Imperiale Verbände im Deutschland der Zwischenkriegszeit im Vergleich. Die Beispiele des „Deutschen Ostbundes“ und der „Deutschen Kolonialgesellschaft“

Dissertation
zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
an der
Philosophischen Fakultät
der
Technischen Universität Dresden

vorgelegt von

Reiner Fenske, M.A.
geboren am 27.8.1986 in Bad Muskau

Betreuerin:	**Prof. Dr. Susanne Schötz**, Technische Universität Dresden
Erste Gutachterin:	**Prof. Dr. Susanne Schötz**, Professur für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Institut für Geschichte, Technische Universität Dresden
Zweiter Gutachter:	**Prof. Dr. Dirk van Laak**, Lehrstuhl für Deutsche und Europäische Geschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts, Historisches Seminar, Universität Leipzig
Datum der Disputation:	9. Juli 2018

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung 4

1.1. Forschungslagen, Forschungsfragen 4

1.2. Zur Definition zentraler Begriffe 18

1.3. Methodisches 31

1.4. Quellen 42

2. Vergleichende Sozial- und Kulturgeschichte imperialer Verbände 45

2.1. Vom Kaiserreich zur frühen Weimarer Republik 45

2.1.1. DKG und DOV im deutschen Kaiserreich 45

2.1.2. Kriegszielpolitiken im Ersten Weltkrieg 52

2.1.3. Schock und Reorganisation nach dem Weltkrieg 57

2.1.4. Exkurs: Die imperiale Verbandslandschaft 96

2.2. Struktur der Verbände 109

2.2.1. Aufbau 109

2.2.2. Die Verbandsführungen 112

2.2.3. Mitgliederstruktur 121

2.2.4. Finanzierung 131

2.3. Schlaglichter auf ein vielfältiges Verbandsleben 136

2.3.1. Selbstverständnis(se) der Verbände 136

2.3.2. Ziel beider Verbände: der Siedlungskolonialismus 141

2.3.3. Frauenbilder und -beteiligung 170

2.3.4. Engagement (in) der Jugend 189

2.3.5. Engagement (in) der Arbeiterbewegung 201

2.3.6. Geselligkeit 205

2.3.7. Geschichts- und Erinnerungskultur 213

2.3.8. Bildungspolitik 222

2.3.9. Medien der Verbände 225

2.3.10. Der Blick auf die ehemals ‚Kolonialisierten' 234

2.4. Von der späten Weimarer Republik zum Faschismus 258

2.4.1. Status und Rolle der Verbände in der Weimarer Politik 258
2.4.2. Beide Verbände im Urteil zeitgenössischer Kritiken 284
2.4.3. Kritik der Verbände an und während der Weimarer Republik 292
2.4.4. Arrangieren mit dem neuen Regime 303

3. Ausblick und vergleichendes Fazit 323

3.1. Faschismus als Ende der Imperialität 323
3.2. Thesen und Forschungsperspektiven 330

4. Anhang 341

4.1. Verzeichnis der Tabellen 341
4.2. Verzeichnis der Abkürzungen 341

4.2.1. Allgemeine Abkürzungen 341
4.2.2. Abkürzungen von Archivalien und Periodika 342

4.3. Quellenverzeichnis 343

4.3.1. Archivalische Quellen 343
4.3.2. Zeitgenössische Publikationen 347
4.3.3. Edierte Dokumente 355
4.3.4. Amtliche Druckschriften & zeitgenössische Lexika 357

4.4. Literaturverzeichnis 358
4.5. Eigenständigkeitserklärung 410

1. Einführung

1.1. Forschungslagen, Forschungsfragen

> „Immer wieder wird die Meinung ausgesprochen, daß das deutsche Volk ein junges Kolonialvolk und daß die ‚koloniale Periode' nur eine Episode in unserer Geschichte sei. […] Gewöhnlich verbindet man mit dem Begriff des Kolonialen nur Wirtschafts- und Siedlungsarbeit in Übersee […]. Das ist aber eine unberechtigte Einengung. Es gibt auch in den mit dem Mutterlande zusammenhängenden Räumen Kolonien […].Wir dürfen das Koloniale nicht allein vom Staate her sehen; wir müssen die kolonialen Bereiche vom Volkstum her abstecken. […] Das deutsche Volk ist ein sehr altes Kolonialvolk, vielleicht das größte des Mittelalters […]."[1]

Mag man in diesen 1934 veröffentlichten Zeilen eines deutschen Geografie-Professors auch eine unzweifelhafte Verbeugung vor den neuen Machthabern erkennen, so lässt sich daraus andererseits doch ein sehr aktueller historischer Fragenkomplex herauslesen.[2] Wie weit reichte der ‚deutsche' Kolonialismus in seinen zeitlichen und räumlichen Ausmaßen? Die Antworten der etablierten Forschung dazu begrenzen ihn meist auf die Zeit des Kaiserreichs und besonders auf dessen Kolonien in Afrika.[3] Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Verlust der Kolonien durch die Pariser Vorortverträge wird in einer solchen Sicht für gewöhnlich das Ende kolonialer Politik gesehen. Die Zeit der Weimarer Republik erscheint

---

1 Schmitthenner, Heinrich: Die Deutschen als Kolonialvolk, in: Geographische Zeitschrift 40 (1934) 5/6, S. 161-181, hier S. 161.

2 Allgemeine Hinweise zu meiner Zitierweise: Da für diese Studie eine enorme Menge an Material ausgewertet wurde, wird *Literatur* in den Anmerkungen nur mit dem Nachnamen der Autor_innen sowie (im Regelfall) der ersten sinngebenden Wortgruppe des Beitrags zitiert. Ausführliche Angaben dazu sind selbstverständlich im Literaturverzeichnis am Ende der Arbeit aufgeführt. Im Unterschied dazu werden alle *Quellen*belege ausführlich in den Anmerkungen zitiert. Dies deswegen, da aus den mittlerweile auch bei solchen Belegen oft nur höchst allgemein gehaltene Angaben zur Akte etc. nichts Genaueres über den Überlieferungskontext mitgeteilt wird. Die vorgelagerten Abkürzungen vor den Literaturangaben geben dabei drei unterschiedliche Abstraktions-/ Konkretisierungsebenen an: „Siehe" verweist auf ein Thema, welches nur gestreift wird und mit dieser Angabe auf weiterführende Literatur verwiesen wird, auf diese selbst aber nicht näher eingegangen wird. „Vergleiche" (Vgl.) bezieht sich auf Argumente, die aus einer Quelle oder einer Literaturangabe stammen und auf die genauer Bezug genommen wird, wobei diese mitunter für die eigene Argumentation methodisch reflektiert abgewandelt wurde – eben deswegen ist ja der Vergleich zwischen der Belegstelle und der hier vorliegenden Argumentation ein wichtiges Verfahren, um selbige nachvollziehen zu können. Direkte Zitate werden dagegen nicht mit einem Operationsbegriff in der Fußnote versehen, sondern schlicht mit „ebenda" (ebd.). Im Text wird spätestens am Satzende eines direkten Zitates die Fußnote hierfür gesetzt, bei mehreren Zitaten in einem Satz aus verschiedenen Quellen erfolgt nach jedem Zitat eine Fußnote.

3 Siehe als neuere Forschungsüberblicke Eley: Germany and its colonies; Lindner: Plätze an der Sonne? Vgl. auch Conrad/ Osterhammel: Einleitung, S. 20.

dann als eine Zeit, in der vor allem mit dem „Kolonialrevisionismus“ der einstmaligen imperialen ‚Größe‘ nachgetrauert wurde und – letztendlich erfolglos – an ihrem Wiederaufbau vor allem durch politisch eher rechts stehende Gruppen gearbeitet wurde.[4] Scharf getrennt zu den kolonialen Bestrebungen des Kaiserreichs erscheint vor diesem Hintergrund das im Holocaust gipfelnde faschistische Ausgreifen vor allem nach Osteuropa im Zweiten Weltkrieg. Das obige Zitat verdeutlicht dabei, dass für manchen Zeitgenossen die Frage eines Kolonialismus nicht im ‚entweder-oder‘ bestand, sondern durchaus im ‚sowohl-als auch‘.

Thesen vor allem des Hamburger Afrika-Historikers Jürgen Zimmerer, der einen diachronen Vergleich zwischen den Kolonialkriegen des Kaiserreichs mit der Vernichtungspolitik des deutschen Faschismus[5] in Osteuropa in mehreren Beiträgen vorschlug,[6] stießen auf lebhafte Diskussionen in der Forschung, konnten sich aber bis jetzt nicht durchsetzen.[7] Eine solche Perspektive hat Konjunktur in einer Historiografie, die besonders kollektive Gewalt nicht mehr als anthropologische Konstante begreift, sondern diese historisiert.[8] Zugleich ergibt sich hier aber ein hochgradiges Dilemma für die Historiografie: einerseits führt um den Holocaust kein Weg in einer Darstellung herum, die die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts tangiert. Andererseits engt diese bis zu einem hohen Maße verwirklichte exterminatorische, negative „Utopie“[9] den Blick auf Ostmitteleuropa zu sehr auf Kolonialismus, Rassismus und die letztendliche millionenfache Vernichtung von Menschen ein. Dabei gerät „das Verwobensein der deutschen Kultur mit den Kulturen des östlichen Mitteleuropa in seiner herausragenden Bedeutung *für beide Seiten* [H. d. A., RF]“ tendenziell aus dem Blick.[10]

Außerdem tendiert eine solche Sicht dazu, die wechselhafte und niemals isoliert voneinander zu schreibende Geschichte verschiedener Gruppen im Ostmitteleuropa der Neuzeit unzulässig zu vereinfachen.[11] Auch wird mit einer solch starken Betonung von Kolonialismus und

---

4 Siehe Rüger: Der Kolonialrevisionismus.

5 In der jahrzehntelangen Diskussion um die Angemessenheit der Terminologie wird diesem Begriff hier der Vorzug gegeben vor der analytisch schwachen Selbstbezeichnung ‚Nationalsozialismus‘. Vgl. Fenske: Vom ›Randphänomen‹ zum ›Verdichtungsraum‹, S. 27-33. Wildt kommt in seinem jüngsten Debattenbeitrag zu dem Schluss, dass das Einzige, was diesen von den anderen (europäischen) Faschismen unterscheidet, in den Vernichtungslagern zu suchen sei, „die nur dem Zweck dienten, möglichst viele jüdische Menschen in möglichst kurzer Zeit zu töten.“ Wildt: Nationalsozialismus oder deutscher Faschismus?, S. 114. Da es in den abschließenden Teilen dieser Studie nicht so sehr um den Holocaust geht, sondern andere Aspekte faschistischer Politik, wird auch deswegen konsequent von deutschen und italienischen Faschismen die Rede sein. Vgl. auch ebd., S. 104 und S. 113 ff.

6 Siehe Zimmerer: Von Windhuk nach Ausschwitz?

7 Vgl. Kühne: Colonialism and the Holocaust, S. 341 ff.

8 Siehe stellvertretend für viele: Behrends: Gewalt und Staatlichkeit.

9 Hierzu immer noch klassisch Mommsen: Die Realisierung des Utopischen.

10 Thum: Mythische Landschaften, S. 181. Vgl. auch ebd., S. 208 f.

11 Vgl. Zahra: Looking East, S. 6 f.

Steigerungen bzw. Ableitungen davon[12] aber auch den davon Betroffenen im Prinzip die Handlungskompetenz bestritten und diese als rein passiv dargestellt.[13] Gerade dies kann aber nicht im Sinne einer Geschichtsschreibung sein, die Menschen als handelnde Subjekte wahr- und ernstnehmen will (und sollte). Der Holocaust-Historiker Thomas Kühne macht außerdem auf einen wissenschaftsimmanenten Punkt aufmerksam:

> „To a certain degree, the colonial or imperial contextualization of Nazi violence is the result of the Holocaust's role as ‚gold standard' in modern history: whatever can be linked to the Holocaust is more important than other historical events, periods and settings. […] By linking them to the Holocaust, the histories of colonialism and imperialism are upgraded."[14]

Kritikwürdig sind solche Ansätze auch deswegen, da in ihnen vor allem unklar bleibt, wie lang und wie intensiv bereits vor der Gründung des Kaiserreichs über Kolonien diskutiert wurde bzw. welche reellen Ansätze dazu es überhaupt davor gab.[15] Wird deutscher Kolonialismus zumal ohne definitorische Bemühungen[16] schlichtweg auf die Zeit ab Mitte der 1880er Jahre verengt und damit als ein Werk von Bismarcks Politik definiert, so hält hier wiederrum eine historistische Interpretation Einzug, in der die vermeintlichen ‚großen Männer Geschichte machen'.[17] Dabei wird einzelnen Herrschern eine Handlungsrationalität und ein Weitblick unterstellt, den diese keinesfalls gehabt haben können. Andererseits neigt eine solche Interpretation ohnehin dazu, subalternen Schichten oder Minderheiten eine passive, erleidende bis erduldende Rolle in der Geschichte zuzuschreiben. Geschichte wird so von ihren ‚Ergebnissen' her geschrieben, und somit ist sie blind für Alternativen.[18] Dort, wo die deutsch-polnische Geschichte allenfalls als eine größere Randnotiz besonders der preußischen Geschichte interpretiert wird, ist der dem unausgesprochen zugrunde liegende Maßstab die Angleichung der Verhältnisse an ein stark idealisiertes westeuropäisches Muster.[19] Hier ist wohl deutlich mehr (Selbst-) Reflektion über die normativen Vorannahmen

---

12 Verweise innerhalb dieser Studie sind (noch) in Ermangelung aussagekräftiger Register kursiv gehalten. *Siehe zu den entsprechenden Definitionen S. 27 ff.*

13 Vgl. Zahra: Looking East, S. 3 und S. 6 f.

14 Kühne: Colonialism and the Holocaust, S. 340.

15 Als anregenden Anstoß für neue Fragestellungen kann gelten: Kundrus: Von der Peripherie ins Zentrum.

16 *Siehe oben Anm. 12.*

17 Siehe Wehler: Bismarck und der Imperialismus.

18 Siehe Rüsen: Geschichte als Aufklärung?

19 Vgl. zu den historiografischen Trends der deutschssprachigen Forschung hierzu Kleßmann/ Frackowiak,: Die Polenpolitik des Deutschen Kaiserreichs, S. 25-31.

der jeweiligen historischen Interpretation geboten sowie die Einbeziehung der entsprechenden empirischen Spezialstudien.[20]

Dabei kann die Geschichte des Kolonialismus nach heutigem Wissensstand auch neu, anders und vor allem: als länger andauernd geschrieben werden. Hierzu liegt eine Quellen- und Forschungslage vor, die derzeit wieder ‚neu entdeckt' wird.[21] Das Potential in den Thesen Jürgen Zimmerers liegt wiederum darin begründet, darauf aufmerksam gemacht zu haben, dass eben nicht nur die Kolonien in Übersee in eine neuzeitliche ‚deutsche' Geschichte einbezogen werden, sondern auch und gerade Ostmitteleuropa.[22] David Blackbourn sieht eben das Gegenstück zu den britischen und französischen Kolonien Indien bzw. Algerien nicht in den Überseekolonien des Kaiserreichs, sondern in ‚Mitteleuropa'.[23] Die neueste Forschung nimmt derartige Anregungen bereits auf und macht besonders darauf aufmerksam, dass das Ausgreifen der USA mit dem „Manifest destiny" und die kolonialpolitischen Diskussionen der Paulskirche nicht nur zeitlich nahezu parallel stattfanden, sondern beide Vorgänge auch wechselseitig intensiv rezipiert wurden.[24]

Besonders die preußisch-polnische Geschichte gilt der jüngeren Historiografie hier nahezu als ein Musterbeispiel eines vergleichsweise früh beginnenden und lang anhaltenden kolonialen Verhältnisses.[25] Vor diesem Hintergrund einer verstärkten Einbeziehung der Osteuropäischen Geschichte in die Geschichte des deutschen Kolonialismus und Imperialismus spricht Blackbourn davon, dass erst 1945 mit dem Sieg der Alliierten über den deutschen Faschismus vom Ende des deutschen Kolonialreiches gesprochen werden kann.[26] Nimmt man derartige Thesen ernst, kann also von einem ca. 100 Jahre währenden deutschen Kolonialismus gesprochen werden, der sich in einer kultur- und wissenshistorischen Erweiterung[27] eben nicht nur auf die politikhistorisch zu enge Perspektive von ca. 1884 bis 1919 reduzieren ließe.

Solche Überlegungen haben ihre Stärke in der Synthesekraft ihrer Argumente, überzeugen aber noch nicht mit einer empirischen Überprüfung anhand des Studiums ausgedehnter,

---

20 Diese These und Belege dafür bei Arndt/ Häberlen/ Reinecke: Europäische Geschichtsschreibung, S. 16 f.

21 Als Pionierleistung zu würdigen ist hierbei Smith: The Ideological Origins.

22 Zum Potential bzw. der Problematik des Ostmitteleuropa-Begriffs siehe Jaworski: Ostmitteleuropa. Vgl. auch Thum: Mythische Landschaften, S. 182.

23 Blackbourn: Das Kaiserreich transnational, S. 322; Vgl. auch Ther: Imperial instead of National History, S. 60. Zumindest partiell die neueste Forschung zusammenfassend: Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 9 ff.

24 Siehe Guettel: German expansionism; Thum: Eine deutsche Frontier?

25 Siehe nur Kopp: Germany's wild east; Ther: Imperial instead of National History; Healy: From Commonwealth to Colony? Kritisch-vorsichtig zu diesem Ansatz: Zahra: Looking East.

26 Vgl. Blackbourn: Das Kaiserreich transnational, S. 324.

27 Vgl. Honold/ Simons (Hg.): Kolonialismus als Kultur. Allgemeiner zu den fortlaufenden, fast inflationären ‚turns' der Geschichtswissenschaft: Haas: Theory Turn; Schulze: „Geschichte in der permanenten Erweiterung"; Allolio-Näcke: Turn, turn, turn around.

heterogener (zumal unveröffentlichter) Quellen.[28] Zugleich eröffnet eine – ergebnisoffene – Erweiterung des Blicks auf Ostmitteleuropa als möglicher ‚deutscher Kolonie' auch neues Potential, auch die ‚deutsche' Geschichte von ihren „Rändern" her neu zu durchdenken.[29]
Genau eine solche Synthese dieser Ansätze zur Deutung der deutschen Geschichte in globalen Kontexten zwischen 1848 bis 1945 steht bisher noch aus und kann hier keinesfalls geleistet werden. Sie hätte idealtypische Unterscheidung verschiedener Formen und Stadien von ‚deutschem' Kolonialismus herauszuarbeiten,[30] die eben gerade jene Bestrebungen hierzu sowohl in Ostmitteleuropa als auch in Übersee zusammendenkt. So anregend die skizzierten Konjunkturen der Forschung zum ‚deutschen' Kolonialismus im Detail auch sein mögen, so bedürfen auch sie doch der übergeordneten Reflexion. Dabei fällt auf, dass Kolonialismus gerade in der deutschsprachigen Forschung meist mit direkter Kolonialherrschaft in der Epoche des Hochimperialismus (ca. 1880 bis 1918) zusammenfällt. Als prägend für diese Tendenz wird man wohl die vorsichtige Öffnung der damals noch nationalgeschichtlich verengten Perspektive auf das deutsche Kaiserreich für kolonial- und imperialhistorische Fragen durch Hans-Ulrich Wehler ansehen dürfen.[31] Auch die prononciertesten Gegner seiner Thesen zum ‚Sozialimperialismus' und ‚deutschen Sonderweg' wie Blackbourn und Eley bewegten sich zeitlich und räumlich in denselben Bahnen.[32] Das verengte den Blick auf den deutschen Kolonialismus in Afrika. So verwundert es kaum, dass die These, wonach dieser Kolonialismus „marginal" gewesen sei, von einem ausgewiesenen Afrikahistoriker stammt.[33] So folgenschwer dieser Kolonialismus gerade für die Bevölkerung in den Kolonien auch war – er reduziert dennoch den Blick auf die letzten Phasen einer jahrhundertelangen Entwicklung der Erforschung und letztlichen „Unterwerfung der Welt" seit der Wende vom Mittelalter zur

---

28 Vgl. Weger: „Volkstumskampf" ohne Ende?, S. 26.

29 Gregor/ Roemer/ Roseman (Hg.): German History from the Margins. Verdienstvoll und als erste empirische Studie für diese neuen Ansätze zu würdigen ist Lerp: Imperiale Grenzräume, die sich allerdings auf die Zeit des Kaiserreichs beschränkt.

30 Wichtig ist an dieser Stelle der kurze Hinweis, dass die Geschichte vor der Reichsgründung zwar oftmals teleologisch auf die Nationalstaatsgründung hin verengt wird. So spottete der Schweizer Kulturhistoriker Jacob Burckhardt (1818-1897), dass die deutsche Geschichte seit der Reichsgründung „von Adam an siegesdeutsch angestrichen und auf 1870/71 orientirt [sic!]" gewesen sei. Burckhardt, J[acob] an Friedrich von Preen; Basel, Sylvester 1872, in: (ders.): Briefe. Vollständige und kritische Ausgabe. Mit Benützung des handschriftlichen Nachlasses bearbeitet von Max Burckhardt. 10 Bde. und ein Registerband. Bd. 5: Scheitelpunkt der historischen Professur, Entstehungszeit der „Weltgeschichtlichen Betrachtungen" und der „Griechischen Culturgeschichte", Wiederaufnahme kunstgeschichtlicher Vorlesungen. 1868 bis März 1875. Basel/ Stuttgart 1963, S. 181-184, hier S. 184. Vgl. auch Ther: Imperial instead of National History, S. 50 ff. Sachlich angemessener ist es aber, diese Geschichte als die von einzelnen Territorialstaaten wie Hannover, Bayern, Sachsen oder eben Preußen zu schreiben. Vgl. Mieck: Preußen und Westeuropa, S. 453-460.

31 Siehe Wehler: Bismarck und der Imperialismus.

32 Siehe Blackbourn/ Eley: The Peculiarities of German History. Vgl. dazu Conrad/ Osterhammel: Einleitung, S. 12 f.

33 Gann: Marginal colonialism; Duignan/ Gann (Hg.): Colonialism in Africa.

Neuzeit.[34] Die älteren Überlegungen des Frühneuzeithistorikers Durchhardt verdienen vor diesem Hintergrund neue Beachtung. Er argumentierte, dass zunächst der europäische Sklavenhandel sowie die Suche nach ‚den Indiens'[35] bis ins beginnende 19. Jahrhundert bei den europäischen Mächten viel wichtiger war als Afrika.[36] Gerade aber die frühneuzeitliche Suche nach ‚Ost- und Westindien' lädt dazu ein, in Zukunft stärker die präkolonialen Entdeckungen und Begegnungen nicht einfach teleologisch als Auftakt zum Kolonialismus zu betrachten.[37] Kolonialpläne – so erfolglos sie letztendlich auch gewesen sein mögen – gab es schließlich bereits seit den letzten Jahren des Dreißigjährigen Krieges an den Fürstenhöfen des Alten Reiches.[38] Sicher werden diese Hinweise und Überlegungen keineswegs dazu führen, die Geschichte des Alten Reiches oder Europas mit anderen Gebieten derWelt in ihren Grundfesten zu erschüttern. Doch dürften künftige, direkt aus den Quellen gearbeitete Detailstudien eine vielfältigere, widersprüchlichere und interessentarere Frühe Neuzeit sichtbar machen. Insgesamt sollte die künftige Forschung das imperiale Ausgreifen zunächst Preußens nach Polen und später des Kaiserreichs nach Afrika nicht als teleologischen Prozess deuten und damit der älteren, nationalistischen Geschichtsschreibung in ihren unübersehbaren Legitimationsbedürfnissen Folge leisten. Es fanden sich auch immer Stimmen, die offen Gedanken äußerten, die so gar nicht die These der zielgerichteten imperialen Landnahme unterstützten – selbst bei ausgeprägten Nationalisten wie Carl Peters (1856-1918):

> „Unsere kolonialpolitischen Erwerbungen in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts waren nicht planmäßige, sondern überall rein zufällige. Wo immer auf der Erde Länder politisch frei waren, da griffen wir zu; in Afrika wie in der Südsee […] Weder gab es geographische, sprachliche noch klimatische oder militärische Gesichtspunkte, nach denen die zu besetzenden Länder ausgewählt wurden. Sondern wir hißten unsere Flagge ganz unbekümmert um einzelne Bedürfnisse und Erwägungen."[39]

---

34 Reinhard: Die Unterwerfung der Welt.

35 Gar nicht überbewerten kann man die völlig anders gelagerten ‚mental maps' der Frühen Neuzeit bzw. das sich erst durch Entdeckungsfahrten etc. herausbildende geografische Wissen über die Beschaffenheit der Erde. Gemeint waren hier nämlich mit ‚Ostindien' letztlich die ‚Gewürzinseln' der Molukken im heutigen Indonesien einerseits und mit ‚Westindien' die Karibik andererseits. Zwei Regionen also, die sich in zwei nahezu *entgegengesetzten Punkten der Erde* befinden.

36 Vgl. Duchhardt: Afrika und die deutschen Kolonialprojekte, S. 125 ff.

37 Siehe exemplarisch Dharampal-Frick: Indien im Spiegel deutscher Quellen.

38 Siehe exemplarisch Müller-Armack: Geistesgeschichte der Kolonialpläne.

39 Peters, Carl (1917): Ein deutsches Kolonialreich in Mittelafrika, in: (ders.): Gesammelte Schriften. Hgg. von Walter Frank. 3 Bde. Bd. 1: [ohne Untertitel]. 2. Aufl. (1. Aufl. 1934). München/ Berlin 1934, S. 469-473, hier S. 469. Zitiert nach Bendikat: Organisierte Kolonialbewegung, S. 19.

Und natürlich lässt sich andersherum gedacht auch das Argument, wonach der deutsche Kolonialismus besonders kurzlebig und deswegen „marginal“ (Lewis H. Gann) gewesen sei, auch auf *das* Beispiel eines möglichst globalen Imperiums anwenden: das britische *Empire*. So spricht etwa David Feldman von einem „empire and ist short-lived global hegemony.“[40] Nun wäre es ganz fraglos unstatthaft, dem deutschen mit dem britischen Kolonialreich in einem diachronen Vergleich eine ähnlich gewichtige Rolle für den Kolonialismus zuweisen zu wollen.[41] Allerdings, und dieser Aspekt erscheint mir als der sehr zentrale, muss man sich von zwei Vorstellungen lösen, die unser Verständnis von Kolonialismus bis heute prägen. Die erste dieser Vorstellungen besteht darin, dass Kolonialreiche zwingend aus Überseekolonien bestehen. Selbst für das britische Empire verweist Jürgen Osterhammel zu Recht auf Kanada sowie Indien als britische Kolonien und spricht von daher von einem „amphibischen Gebilde“.[42] Und auch für den wohl landläufig der überseeischen Imperienbildung unverdächtigsten Fall der Habsburgermonarchie hat die jüngere Forschung mit guten Argumenten auf die zaghaften und letztendlich abgebrochenen Versuche zur Expansion in Übersee hingewiesen.[43] Die zweite überkommene Vorstellung ist die, dass Kolonialismus vor allem zuerst aus *direkter* bzw. *formeller* Kolonialherrschaft bestünde. Besonders Robinson und Gallagher haben darauf hingewiesen, dass der „informelle“ Kolonialismus mindestens ebenso relevant ist, beispielsweise durch seine vielfältigen sozioökonomischen Ausbeutungsverhältnisse oder auch ungleiche Rechtsverträge zu deren formeller Legitimierung.[44] Ebenso sicher, wie ein Vergleich zwischen den Kolonialreichen Großbritanniens und Deutschlands wohl eher die Unterschiede als die Gemeinsamkeiten betonen wird, scheint es mir aber angebracht, die These vom „marginalen“ (Gann) deutschen Kolonialismus stärker als bisher in Frage zu stellen.

Zu zeigen sein wird, dass eben jener Kolonialismus bereits im Vormärz ideell vorbereitet wurde, vorhergehende Formen der Kolonisation ebenso ideell vereinnahmte und vor allem ein bürgerliches Vorhaben war.[45] Denkt man diese noch zu entfaltende These konsequent weiter, so ist mit der Entstehung einer bürgerlichen Vereinskultur in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zugleich auch eine genauere Aussage über gesellschaftliche Trägergruppen des

---

40 Feldman: The New Imperial History, S. 235 f.

41 Mit Recht wurde genau darauf bereits hingewiesen: „Innerhalb der Vielfalt der transnationalen Beziehungen des Kaiserreichs nimmt das Kolonialreich im strikten Sinne nur einen kleinen Teilbereich ein. Kamerun war kein deutsches Indien, Südwestafrika kein Pendant zu Algerien.“ Conrad/ Osterhammel: Einleitung, S. 23.

42 (Ders.): Die Verwandlung der Welt, S. 618.

43 Vgl. Strohmeier: Die Habsburgermonarchie in der Frühen Neuzeit, S. 1035-1039.

44 Vgl. Louis (Hg.): Imperialism.

45 *Siehe S. 45 f.*

Kolonialismus möglich. Denn hier bildeten sich zahlreiche Vereine aus, die sich schon lange vor der Reichsgründung 1870/71 für eine Expansion ‚Deutschlands' stark machten.[46]
Bereits dieser Punkt verweist darauf, dass koloniale bzw. imperiale Expansion bereits zu jener Zeit untrennbar mit der Ideenwelt des deutschen Nationalismus und der deutschen Nationalbewegung und ihrem sich ausdifferenzierendem Spektrum an Vereinen als dessen Trägerin verbunden war. Mit dieser Tendenz, sich ab dem 19. Jahrhundert vor allem in Verbänden und Vereinen zu organisieren, wurden diese in bis heute grundlegenden Überblickswerken untersucht.[47] Besonders die Arbeiten von Stegmann und Eley stellen darüber hinaus noch wichtige vertiefende Studien zur Vereins- und Verbändeproblematik vom Kaiserreich bis zur Weimarer Republik dar.[48] Neben Stegmann diskutierte auch Thomas Nipperdey die Problematik in einigen Beiträgen.[49] Dagegen interessierte sich die Sozialgeschichte besonders ‚Bielefelder Prägung' nur am Rande für die Verbändeforschung im nicht-wirtschaftlichen Bereich.[50] Verantwortlich dafür ist in den entsprechenden Studien die zu enge und selten gründlicher reflektierte Verzahnung des ‚Sozialen' mit dem ‚Ökonomischen'.[51] Zu Recht wurde deshalb angemahnt, dass sozialhistorische Studien noch Mangelware seien, die die „politische Kultur, die Beziehungen zwischen Basis und Organisationen und das Organisationsbinnenleben" erforschen.[52] Die letzte größere Gesamtdarstellung von Ullmann aus dem Jahre 1988 bezieht zwar bereits diese Perspektive am Rande mit ein, interessiert sich aber primär für Verbände als Interessenverbände und dabei als solche, in denen zunächst einmal die Interessen der abhängig Beschäftigten artikuliert werden.[53] Entgegen diesen früheren Trends der Forschung wurde die übergreifende historische Forschung zu Verbänden im letzten Vierteljahrhundert leider zu einem Randthema. Der Trend ging seither eher zu Einzelstudien oder kleinteiligeren Vergleichsstudien, die vor allem nach der Rolle von Verbänden für die Herausbildung des

---

46 Wie dieses ‚Deutschland' politisch verfasst sein sollte, welche Gebiete es umfassen sollte, was überhaupt als ‚deutsch' im Sinne von (variablen) Wesensmerkmalen, war freilich nicht nur, aber vor allem in der Paulskirche stark umstritten. Siehe bereits Wollstein: Das „Grossdeutschland" der Paulskirche.

47 Siehe Fricke (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte; Vahrein (Hg.): Interessenverbände in Deutschland; zur älteren Forschung: Ullmann: Interessenverbände in Deutschland, S. 9 f.

48 Stegmann: Vom Neokonservatismus zum Proto-Faschismus; (ders.): Die Erben Bismarcks; Eley: Reshaping the German right. Vgl. zu letzterem auch Stegmann: Konservativismus und nationale Verbände, S. 414-420. Ein allgemeinerer Forschungsüberblick findet sich bei Heise/ Watermann: Vereinsforschung in der Erweiterung, S. 6 ff.

49 Siehe Nipperdey: Verein als soziale Struktur; (ders.): Interessenverbände und Parteien.

50 Siehe Wehler: Historische Verbandsforschung.

51 Vgl. Welskopp: Die Sozialgeschichte der Väter, S. 181 ff.

52 Ebd., S. 182.

53 Siehe Ullmann: Interessenverbände in Deutschland.

Nationalismus in Deutschland fragten.[54] Doch in jüngster Zeit wurden gerade für die Zwischenkriegszeit zwei Studien zum AdV sowie zum „Deutschen Flottenverein" vorgelegt.[55] Für die historische Vorform des Verbands, nämlich den Verein, liegt dagegen eine noch zaghaft wachsende Forschungskonjunktur vor.[56]

Jüngst hat Wagner es unternommen, entsprechende Verbände international vergleichend zu untersuchen.[57] Auf die Arbeiten von Grupp zur französischen Kolonialbewegung kann aus Platzgründen in dieser Studie nicht weiter eingegangen werden. Dennoch können sie für künftige vergleichende Forschungen als eine wichtige Vergleichsfolie herangezogen werden.[58] Wie alle Sekundärquellen kritisch, aber dennoch mit viel Gewinn im Detail zu lesen ist bis heute das vierbändige Handbuch „Lexikon zur Parteiengeschichte"[59], welches selbst eine eigene Forschungsgeschichte hat.[60] Die Verbandsforschung wurde seitdem aber disziplinär mehr und mehr verlagert und zu einem Thema der Politik- und Wirtschaftswissenschaften.[61]

Wo sie weiterhin historisch betrieben wurde, fragte sie vor allem nach dem Einfluss des Verbands- und Vereinslebens für die politische Sozialisation.[62] Eine solche Perspektive ist aus wenigstens zwei Gründen heraus zu kritisieren. Erstens geht es zu sehr vom bürgerlichen Idealbild des Assoziationswesens an sich aus, in welchem sich der mündige (implizit männliche) Bürger unter Freien und Gleichen über öffentliche, und das heißt letztlich immer auch: politische Themen austauschen könne und zu ‚vernünftigen' Lösungen gelange.[63] Die historische Realität war durchaus ernüchternder. Oder, anders ausgedrückt: jemand wird nicht dadurch ‚demokratischer' oder ‚weltoffener', dass er oder sie in einem Verein oder Verband tätig wird. Vielmehr ist es zentral, welchen Zwecken diese Assoziation dient.[64] Der zweite Kritikpunkt ist mit dem ersten verbunden: in einer solchen Forschungsperspektive wird dem Assoziationswesen ein sehr hoher Stellenwert als Sozialisationsagentur eingeräumt. Wird nur die entsprechende Assoziation an sich untersucht, droht der gesellschaftliche Kontext ausgeblendet und die Rolle anderer Sozialisationsagenturen (z.B. Schule, ‚peer group', Militär

---

54 Siehe z.B. Walkenhorst: Nation, Volk, Rasse; Bösch: Das konservative Milieu.
55 Siehe Jungcurt: Alldeutscher Extremismus; Diziol: „Deutsche, werdet Mitglieder des Vaterlandes!".
56 Siehe Heise/ Watermann: Vereinsforschung in der Erweiterung; Hoffmann: Geselligkeit und Demokratie.
57 Siehe Wagner: Kolonialverbände in Deutschland, Frankreich, Spanien und Belgien.
58 Grupp: Deutschland, Frankreich und die Kolonien; (ders.): Parti colonial Français und deutsche Kolonialbewegung.
59 Fricke (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte.
60 Siehe Hahn/ Kaiser: Die Arbeitsgruppe zur Geschichte der bürgerlichen Parteien.
61 Siehe z.B. Schiller: Parteien und Interessenverbände.
62 Vgl. Nathaus: Organisierte Geselligkeit, S. 14.
63 Vgl. ebd., S. 14 und S. 32 ff.
64 Vgl. ebd., S. 13 f.

etc.) unterbelichtet zu werden. Allerdings besteht ein gangbarer Mittelweg darin, wie in dieser Studie Verbände als ‚Sonden' zu nutzen, um anhand ausgewählter Fragestellungen mehr eine Gesellschaft in ihrer Epoche erforschen zu können.[65]

Anhand der Untersuchung dieser Verbände, von denen mit dem „Deutschen Ostbund" (DO) sowie der „Deutschen Kolonialgesellschaft" (DKG) zwei herausragende Beispiele ausgewählt wurden, soll die Entwicklung des Kolonialismus in Deutschland genauer studiert werden. Die letztgenannte Organisation war bereits Gegenstand der älteren Monografien von Bendikat sowie Demhardt.[66] Beide Arbeiten konzentrieren sich auf die Zeit des Kaiserreichs, während es für die Zeit der Republik an auch aus Archivalien gearbeiteten Studien mangelt.[67] Für den Übergang der DKG von der Republik in den Faschismus hat Hildebrand bereits 1969 eine bis heute maßgebliche (und in ihrem Quellenreichtum erschöpfende) Darstellung geliefert.[68]

Für den erst 1920 gegründeten DO ist freilich die Zeit der Republik der logische Bezugspunkt einer Studie.[69] Die Forschungslage zu ihm muss dabei bis heute als weitestgehendes Desiderat gekennzeichnet werden. Zwar bemühte sich besonders der verstorbene polnische Zeithistoriker Janusz Sobczak in wenigen Artikeln um seine Einordnung.[70] Auch von der deutschsprachigen Forschung wurde konstatiert, dass es sich beim DO um „den politisch interessantesten Ostverband der zwanziger Jahre"[71] handele, allerdings folgten dem keine forcierten Forschungsbemühungen. Es blieb entweder bei kürzeren Abschnitten in einzelnen Monografien oder Handbüchern.[72] Daneben existiert eher als zeitgenössische denn als historiographische Studie jene des DDR-Historikers Erich Paterna, der das Wirken des DO nicht nur als Historiker, sondern auch als Zeitgenosse in einem umfassenderen Beitrag mit regionalem Schwerpunkt auf Frankfurt a. d. O. nachgezeichnet hat.[73]

In ihrem archivalischen Quellenreichtum bis heute ebenso wegweisend wie in ihren Interpretationen unbefriedigend-problematisch sind dagegen ältere Darstellungen der DDR-

---

65 Vgl. Nathaus: Organisierte Geselligkeit, S. 13.

66 Siehe Bendikat: Organisierte Kolonialbewegung; Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft.

67 Siehe Rüger: Die kolonialen Bestrebungen; (ders.): Der Kolonialrevisionismus.

68 Siehe Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich.

69 *Siehe zu dessen Gründungsprozess S. 79-86.*

70 Siehe Sobczak: Die Grenzrevisionspropaganda; (ders.): Działalność Deutscher Ostbund; Sowie als neuere vergleichende Regionalstudie Dyroff: Das ostmärkische Erbe, S. 169-175.

71 Hertz-Eichenrode: Die Vertriebenenorganisationen, S. 465.

72 Vgl. Wolkowicz: Art. Deutscher Ostbund; Fischer: Die deutsche Publizistik, S. 57 ff.; Hertz-Eichenrode: Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919-1930, S. 183 ff.; Ludwig: Die nationalpolitische Bedeutung der Ostsiedlung, S. 134 ff.; Dyroff: Erinnerungskultur im deutsch-polnischen Kontaktbereich, S. 155 f.

73 Siehe Paterna: Die Rolle der Stadt Frankfurt (Oder). Paterna war in der Weimarer Republik Schuldirektor in der Stadt. Vgl. ebd., S. 71, Anm. 193a). Vgl. dazu auch: Pätzold: Art. Erich Paterna, S. 187 f.

Historiografie,[74] dabei besonders deren Beiträge zur osteuropäischen Geschichte[75] sowie zur ‚deutschen' Kolonialgeschichte.[76] Das grundlegende Problem dieser Studien liegt darin begründet, dass sie Verbände und Vereine als Typen intermediärer Organisationen deuten, die zur Durchsetzung von untereinander mitunter durchaus konkurrierenden, monopolartig organisierten Klasseninteressen dienen. Diese vor allem um das Verhältnis von Ökonomie und Politik kreisende Sichtweise ist in die Forschungsdiskussion als die „Monopolgruppentheorie" eingegangen.[77] Für eine Untersuchung, die Verbände *an sich* untersuchen will anhand unterschiedlicher Quellentypen, kann ein solcher methodischer Ansatz nicht überzeugen, der solche Organisationen einzig und allein als Mittel *für etwas* versteht. Es kann durchaus sein, dass die hier untersuchten Verbände der DKG und des DO ‚klassenmäßig' relativ eindeutig als ‚bürgerlich' bestimmbar wären. Doch sagt eine solche Charakterisierung bzw. verengte Lesart der Quellen noch viel zu wenig über weitere, kultur-, geschlechter- oder auch globalgeschichtliche Fragestellungen aus. Diese Verbände waren also *möglicherweise auch* ‚bürgerlich', aber *nicht nur*. Anders formuliert: es würde schlicht Forschungspotential zu einem quellengesättigten Forschungsfeld verschenkt, über das in der jüngeren Historiographie denkbar wenig gearbeitet wird.

Beide Verbände sollen zeitlich genau in jener Zeit studiert werden, von der man wohl paradoxer Weise *am Wenigsten* erwarten würde, sie sinnvoll mit Adjektiven wie „kolonial" oder „imperial" beschreiben zu können: der Zwischenkriegszeit und hierbei besonders die Zeit der Weimarer Republik. Damit wird hier das Ziel verfolgt, nach den Kontinuitäten und Brüchen in den imperialen Vorstellungs- und Handlungshorizonten zwischen dem Kaiserreich und dem deutschen Faschismus zu fragen.

Es wird hier die Ansicht vertreten, dass zentrale koloniale Deutungsmuster hier nicht nur konserviert, sondern auch transformiert wurden. Damit wird eine vermittelnde Stellung eingenommen zwischen den Positionen der Forschung, die einerseits den deutschen Kolonialismus ab 1918 für beendet erklärt und hier eine „colonial amnesia" wirken sehen[78] und andererseits jener gerade in den ‚historischen Kulturwissenschaften' verbreiteten Position, die eine Kontinuität oder doch zumindest ein Nachwirken des deutschen Kolonialismus vom 19. Jahrhundert im Prinzip bis zur Gegenwart behauptet, aber nicht nach

---

74 Siehe Gentzen: Die Rolle des Deutschen Ostmarkenvereins; (ders.): Zur Geschichte des deutschen Revanchismus.

75 Siehe für deren historischen Kontext Küttler: Bemerkungen zum Platz der osteuropäischen Geschichte.

76 Siehe ebenfalls für deren historischen Kontext Küttler/ Middell/ Zeuske: Manfred Kossok – Wege zur Weltgeschichte; Heyden: Die Afrikawissenschaften in der DDR.

77 Siehe exemplarisch hierzu Hennig: Materialien zur Diskussion der Monopolgruppentheorie.

78 Albrecht: (Post-) colonial amnesia?

historischer Gewichtung und auch Transformation fragt.[79] Eine solche Forschungsrichtung interessiert sich eben primär für den „Kolonialismus als Kultur".[80] Damit einher geht, dass vor allem die Vermittlungen und Wahrnehmungen ‚des Fremden', ‚der Anderen' usw. untersucht werden,[81] um vor allem den vormals Unterdrückten, Beherrschten und Ausgebeuteten zumindest retrospektiv eine Stimme zu geben und sie historisch zu würdigen.[82] Ethisch ist das ein unzweifelhaft löbliches Anliegen, allerdings bleibt es blind für die ältere sozialhistorisch orientierte Frage nach einer möglichen ‚sozialen Basis' des Kolonialismus. Anders formuliert: wenn ‚Kolonialismus' primär anhand seiner kulturellen Repräsentationen im weitesten Sinne untersucht wird, wird zumindest unterschwellig suggeriert, dass diese Repräsentationen unterschiedslos auf alle Zeitgenossen und -genossinnen[83] gleich eingewirkt hätten.[84] Dagegen die Frage nach der sozialen Basis des ‚Kolonialismus' in einer solchen Perspektive ausgeblendet. Gerade darum soll es aber in der vorliegenden Studie gehen. Das schließt keineswegs aus, dass nicht auch die Repräsentationen ‚des Fremden' oder ‚des Anderen' hier mit untersucht werden. Es verwahrt sich bloß gegen die falsche Entgegensetzung eines ‚entweder/oder' von Sozial- und Kulturgeschichte und plädiert für ein ‚sowohl als auch' als einer Synthese davon.[85] Das berührt auch die zeitliche Einordnung des hiesigen Themas.

---

79 Siehe z.B. Göttsche/ Dunker/ Dürbeck (Hg.): Handbuch Postkolonialismus und Literatur.

80 Honold/ Simons (Hg.): Kolonialismus als Kultur.

81 Siehe z.B. Gutjahr/ Hermes (Hg.): Maskeraden des (Post-)Kolonialismus.

82 Vgl. Welskopp: Die Sozialgeschichte der Väter, S. 197.

83 Hier wird die nicht unerhebliche Frage berührt, wie in dieser Arbeit mit geschlechterspezifischen Schreibweisen umgegangen wird. Während ich in meinem ersten Buch dahingehend dem ‚gender gap' den Vorzug gab, um zu zeigen, dass eine Pluralität an ‚Geschlechtern' bzw. ihren Konstruktionen herrscht, bin ich für Epochen vor der Zeitgeschichte da wesentlich skeptischer. Vgl. Fenske: Vom ›Randphänomen‹ zum ›Verdichtungsraum‹, S. 16 f. Dies nicht deswegen, da ich diesen Pluralismus auf einmal ablehnen würde, aber doch als Historiker davor warne, gegenwärtige Kategorien in a-historischer Manier auf frühere Zeiten zu übertragen und so womöglich ‚den Quellen Gewalt anzutun'. Auf der anderen Seite ist dieses aus der Geschichtsphilosophie bekannte Problem des „Präsentismus" wiederum wünschenswert, da es alle historisch Arbeitenden dazu auffordert, ihre Wertannahmen nicht wie so oft hinter historistischen Objektivitäts-Postulaten zu verstecken, sondern offen ‚Farbe zu bekennen'. Siehe Hülsewiesche: Art. Präsentismus. Es scheint mir z.B. ein Forschungsdesiderat zu sein, wann nicht nur plurale Entwürfe von ‚Geschlecht' erstmals in Quellen greifbar werden, sondern auch, wie die soziale Umwelt darauf reagierte. Hier bleibt für eine methodisch reflektierte Geschlechtergeschichte noch Einiges zu tun. In meinen Quellen tauchen übrigens schlichtweg keine Hinweise auf diese pluralen Entwürfe auf, was auf die klassische, bipolare, bürgerliche Geschlechterordnung seit der Aufklärung im Denken und Wirken meiner Akteursgruppen hinweist. Insofern werden die historischen Akteure und Akteurinnen auch durchweg im maskulinen bzw. femininen Plural beschrieben. Beziehe ich mich (selten) auf meine Zeitgenoss_innen (wie z.B. Historiker_innen), so halte ich den ‚gender gap' durchaus für vertretbar.

84 Welskopp spricht von daher völlig zu Recht von der „tendenziell homogenisierenden ‚Kultur'-Perspektive", die der Tendenz nach soziale Unterschiede und Konflikte zu übersehen drohe. Vgl. (ders.): Die Sozialgeschichte der Väter, S. 194.

85 Vgl. ebd., S. 176 ff.

Pointiert formuliert, ist die Weimarer Republik keineswegs als ein „postkolonialer Staat in einer immer noch kolonialen Welt“ anzusehen, wie es Marcia Klotz zusammengefasst hat.[86] Vielmehr ist hervorzuheben, dass sich mit der Loslösung von der ‚Sonderwegsthese‘ und ihrer Engführung der Geschichte hin zum deutschen Faschismus[87] für die Weimarer Republik und die in ihr agierenden imperialen Verbände ein alternatives Bild zeichnen lässt. Zumindest ein Stück weit muss man sich dabei lösen von einer ‚funktionalen‘ Betrachtung, die einzelne Gruppen, Organisationen oder auch Parteien einzig auf ihre Rolle bzw. Funktion im Vorfeld des deutschen Faschismus hin untersucht. Der Blickwinkel soll hier erweitert werden und die beiden hier zu untersuchenden Organisationen als solche mit eigenen sozialen und kulturellen Deutungssystemen, Normen, Praktiken und Symbolen ernst nehmen. Anhand dieser Perspektive kann auch die Frage nach Rolle und Stellenwert des Kolonialismus und Imperialismus in der deutschen Geschichte neu diskutiert werden.

Mag dies für die zeitliche Eingrenzung des Untersuchungszeitraums zumindest eine gangbare Arbeitsgrundlage ergeben, so ist die Konzentration auf imperiale Verbände erklärungsbedürftig. Wolfram Pyta kommt nach Durchsicht der neueren Forschungen zur Weimarer Republik zu dem Schluss, dass dem Konzept des ‚Milieus‘ für die Gesellschafts- und Kulturgeschichte jener Zeit eine große erklärende Kraft zugemessen werden könne.[88] Zwar veranschaulicht er dies am Beispiel des katholischen Milieus, doch lassen sich seine Beobachtungen auch auf das hiesige Thema beziehen. Demnach geht es um die Erforschung des „dichte[n] Organisationsnetz[es]“ entsprechender Vereine, denen er eine „Schlüsselrolle“ zumisst. Nun soll an dieser Stelle nicht voreilig die Behauptung aufgestellt werden, beide zu untersuchenden Verbände wären Teil einer Art ‚imperialen Milieus‘ gewesen. Sehr sinnvoll ist es aber, deren Fokus auf vergangene bzw. zukünftig wieder zu erlangende imperiale Herrschaftsgewalt und Macht ernst zu nehmen und analytisch als eine Form „integrierende[r] Kraft“ zu nutzen. Es wird im Fazit dieser Arbeit noch zu diskutieren sein, ob der Begriff des ‚Milieus‘ ein tragfähiges Analysekonzept für diese Organisationen darstellt oder aber welche Begriffe als sinnvoller erscheinen.[89]

Die Schwerpunktsetzung dieser Studie kann auch dadurch begründet werden, dass den eingangs angeführten Thesen Jürgen Zimmerers zum Vergleich zwischen dem Genozid an den Herero und Nama Anfang des 20. Jahrhunderts einerseits und dem Holocaust andererseits

---

86 Klotz: The Weimar Republic.
87 Vgl. Klautke: Auf den Spuren des Sonderwegs, S. 110 ff.
88 Vgl. Pyta: Weimarer Republik [Literaturbericht, Teil II], S. 688. Auch die folgenden Zitate ebd.
89 *Siehe S. 330.*

im Prinzip keine stringente Entwicklungsgeschichte oder ein synchroner Vergleich zugrunde liegt, sondern ein diachroner Vergleich. Dieser ist eher lockeren Assoziationen in der Wahl der Vergleichsparameter verpflichtet denn einer strengeren Systematik und Begründung derselben. Zum Anderen kann auch aus einer emanzipatorischen Perspektive kritisiert werden, dass eine Reduktion des Kolonialismus auf extreme kollektive Gewalt die Handlungsräume der betroffenen Bevölkerung zu stark einschränkt. Und letztendlich: welche Kontinuitäten und Unterschiede ergeben sich, wenn man nach der Rolle und dem Stellenwert des Kolonialismus bzw. imperialer Vorstellungen und Handlungsweisen in der Zwischenkriegszeit fragt? Diese können schlichtweg nicht verleugnet werden, da sich ja der deutsche Faschismus relativ rasch nach seiner Machtübernahme an Plänen zur Wiedererrichtung des einstigen deutschen Kolonialreiches machte. So ist die Forschungsfrage, die Osterhammel aufwirft, immernoch ein lohnenswertes Feld für weitere Forschungen – auch über die vorliegende Studie hinaus: nämlich „[…] der Frage nach Kontinuitäten zwischen dem Imperialismus des postbismarckischen Kaiserreichs und dem des nationalsozialistischen Deutschland […].“[90] Im Kern spürt die vorliegende Studie diesen Kontinuitäten nach und nutzt dazu quasi als ‚Sonden‘ die beiden Verbände DKG und DO. Wer hier eine „konventionelle Verbandsgeschichte“ erwartet, wird allerdings enttäuscht werden.[91] Wenngleich diese Arbeit dem streckenweise nahekommen mag, so würde eine solche umfassende Geschichte, zumal wenn sie noch für zwei Verbände zu schreiben wäre, hier definitiv den Rahmen sprengen. Darüber hinaus würde ein Vollständigkeitsanspruch auch einen Vergleich eher behindern als befördern. Im Falle des DO mag ein solches pragmatisches Forschungsdesign für eine systematische Frage wie jener nach den genannten Kontinuitätslinien noch vertretbar sein, polnische Quellen nicht heranzuziehen – für eine konsequente Verbandsgeschichte führt dabei aber kein Weg drum herum.

Die Frage liegt dann aber nahe, wie ernst es den neuen Machthabern war bzw. welche Interessengruppen in welchen Kontexten diese Vorhaben forcierten oder verhinderten. Zugleich verfolgt diese Studie das Anliegen, die meist eher unbestimmt-kulturwissenschaftlich argumentierende These, wonach heutige ‚westliche‘ Gesellschaften „postkolonial“ geprägt seien, wieder auf den Boden der historischen Empirie zu holen und so genauere Aussagen darüber zu ermöglichen.[92]

---

90 Osterhammel: Imperialgeschichte, S. 229.

91 Stegmann: Konservativismus und nationale Verbände, S. 417.

92 Der Vorwurf der Ahistorizität wird dabei bisher erstaunlich selten an diese Theorierichtung herangetragen, erscheint mir aber als zentral. Vgl. McClintock: The Angel of Progress, S. 85 ff.; Shohat: Notes on the „Post-Colonial“, S. 101 ff.

Die Herausforderung dieser nur kurz umrissenen Forschungslage wird darin bestehen, sie sinnvoll auf das Thema zu beziehen und eine Synthese anhand der erkenntnisleitenden Fragestellungen dieser Arbeit anzustreben.[93] Auf weitere Studien wird im Hauptteil der Arbeit in den konkreten Fallstudien zurückgegriffen. Doch welches sind die soeben genannten, den anhand dieser Punkte anleitenden Fragen für einen systematisch vorgenommenen Vergleich? Ich sehe Forschungspotential auf folgenden Gebieten: Wie lässt sich die soziale Basis der Verbände beschreiben? Wie stand es um die Beteiligung von Frauen, Jugendlichen und Arbeitern in den Verbänden? Wie war es um die Geselligkeit bestelltt? Welches Geschichtsbild bzw. welche Erinnerungskultur pflegten sie? Welche Medien nutzten sie? Über welchen gesellschaftlichen Rückhalt verfügten die Verbände? Wie sahen sie die Bevölkerung in den ehemals kolonialisierten oder noch zu kolonialisierenden Gebieten und wie rechtfertigten sie den Umgang mit ihnen? Welche mittel- und langfristigen Ziele verfolgten sie? In welchem Verhältnis standen sie zur Weimarer Regierungspolitik? Und letztendlich: wie positionierten sie sich am Ende der Republik zur aufstrebenden NSDAP?
Mag dieser Fragenkatalog auch arbiträr wirken, so kann er doch zumindest als Votum für einen reflektierten Methodenpluralismus historischer Forschung gelesen werden. Künftige Studien werden andere Fragen an das Material richten können, welches hier *keineswegs erschöpfend* behandelt werden kann. Anhand der Forschungsfragen soll die Beantwortung der zentralen Frage erfolgen, welche (Dis-) Kontinuitäten und welche ‚Reichweite' koloniale bzw. imperiale Ideen und Handlungsweisen es in der Zwischenkriegszeit gab. Dabei wird mit den genannten Fragestellungen ein hinreichend heterogenes Themenfeld abgesteckt, um nicht vorschnellen Verallgemeinerungen aufzusitzen. Der hier nur skizzierte Forschungsstand führt zugleich dazu, dass sich diese Studie im Folgenden streckenweise zwischen einer stark quellenorientierten Poinierstudie einerseits sowie einer weit ausgreifenden Literatursynthese andererseits bewegt. Doch zunächst werden zentrale Begriffe zu diskutieren sein, die für die weitere Argumentation von elementarer Bedeutung sind.

1.2. Zur Definition zentraler Begriffe

Die zentralen Begriffe dieser Studie werden im Folgenden in zwei Schritten als Arbeitsdefinitionen zu bestimmen sein. Zunächst ist der Begriff ‚Verband' genauer zu

[93] *Siehe Kap. 3.2.*

definieren. Danach werden die Beziehungen zwischen ‚kolonialen' und ‚imperialen' Expansionsvorgängen diskutiert und in ihre weiteren Kontexte eingebettet.

Mit Hilfe der Politischen Soziologie lassen sich zunächst Spezifika von Verbänden, präziser: Interessenverbänden im Kontext der höheren Abstraktionsebene der Organisationen herausarbeiten. Für Organisationen soll hier mit einer Definition des Soziologen Stefan Kühl ein ‚enger' Begriff gewählt werden. Demnach sprechen wir von Organisationen, wenn sie drei Kriterien erfüllen: sie haben Mitglieder, sie haben eine oder mehrere Hierarchien und sie haben einen oder mehrere Zwecke.[94] Zu diesem allgemeinen Merkmalen müssen freilich noch weitere hinzutreten, um von einem Interessenverband sprechen zu können: a.) die Mitgliedschaft ist *freiwillig*; b.) es gibt eine *formale Organisation*;[95] c.) sie sind *nicht lokal begrenzt* (also mindestens regional, meist aber überregional organisiert); d.) sie vertreten ihre *Interessen* nach außen. Diese formalen soziologischen Kriterien bedürfen noch einer inhaltlichen Erweiterung, möchte man das historisch äußerst vielfältige Feld der Verbände typologisch näher bestimmen. Hier bietet sich eine Differenzierung nach Verbandszielen an. Demnach lassen sich idealtypisch und historisch verallgemeinernd fünf Typen unterscheiden:

> „erstens Wirtschaftsorganisationen von Verbänden der Investoren […], zweitens Gewerkschaften, drittens berufs- und erwerbsständische Gruppen des Mittelstandes […], viertens ideelle Förderverbände, Staatsbürgerverbände, Bürgerinitiativen […] und schließlich fünftens politische Verbände."[96]

Die beiden Verbände dieser Studie sind recht eindeutig dem fünften Typ zuzuordnen, wenngleich damit noch viele Möglichkeiten bleiben, um die genauere politische Ausrichtung genauer zu charakterisieren. Dies soll allerdings detaillierter an anderer Stelle erfolgen.[97]

Nun darf aber gerade die Frage nach dieser Außenvertretung der Interessen als *ein* Zweck eines Interessenverbandes, wie sie besonders gegenüber staatlichen Institutionen zum Tragen kommt,[98] nicht ebenso wichtige Aspekte verdecken: so können Mitglieder von solchen

---

94 Vgl. Kühl: Organisationen, S. 23-88.

95 „Zum einen erfolgt eine Abgrenzung gegenüber anderen Aggregatzuständen von Interessen, nämlich latenten, d.h. unorganisierten […] sowie gegenüber einem spontanen, informell koordinierten und nicht verstetigten kollektiven Handeln." Willems/ Winter: Interessenverbände als intermediäre Organisationen, S. 21. Meine Definition folgt dieser.

96 Ullmann: Interessenverbände in Deutschland, S. 10.

97 *Siehe S. 330 f.*

98 Siehe für diesen Ansatz z.B. Streeck (Hg.): Staat und Verbände.

Verbänden ihre Ziele „auch organisationsintern realisieren“ und für diese auch als „Orte expressiver und normativer Vergemeinschaftung“ dienen.[99] Und weiter:

> „Zu den mitgliederspezifischen Funktionen oder Dienstleistungen zählen etwa das Angebot von Vereinsleben, Geselligkeit, Geborgenheit, Informationen, Durchsetzung materieller Forderungen, spezielle Dienstleistungen, die Ermöglichung von Selbsthilfe, praktizierte Solidarität etc.“[100]

Über die oftmals arg in den Vordergrund gerückte intermediäre Stellung zwischen Staat und Gesellschaft kann die Politische Soziologie also unseren Blick dafür schärfen, dass Interessenverbände durchaus auch so etwas wie ein ‚Innenleben‘, eine ‚Binnen-Kommunikation‘ usw. haben können. Sprich: *Sie können auch als ein komplexes Bündel teilweise untereinander widerstreitender Interessen gedeutet werden*. Des Weiteren hilft auch eine idealtypische Abgrenzung vom Begriff des Vereins.[101] Dieser bewegt sich nicht nur auf kleinerer räumlicher Ebene, sondern ist auch viel eher durch ‚face to face‘-Beziehungen geprägt. Das führt auch dazu, dass man tendenziell bei Vereinen von einer „Identität von Vereinsziel und Mitgliederinteressen“ sprechen kann.[102] Auch sind seine Hierarchien flacher, ebenso wie der Differenzierungs- und Komplexitätsgrad hier geringer ist.[103] Deswegen lässt sich durchaus diese These vertreten, dass die soeben genannte Identität von Zielen und Mitgliederinteressen in Verbänden so sehr wahrscheinlich nicht vorfindbar wäre.
All dies ist bei Verbänden deutlich ausgeprägter. Dies führt bei ihnen dazu, dass sie „in sich differenzierte Organisationen mit ebenenspezifischen Untergliederungen und angeschlossenen Mitgliederorganisationen [sind], wobei aber auch individuelle Mitgliedschaften möglich sind.“ Eben diese Binnendifferenzierungen der Interessenverbände lässt es als lohnenswert erscheinen, diese nicht nur auf ihre nach außen (beispielsweise gegenüber dem Staat) gerichteten Interessen hin zu befragen, sondern beispielsweise auf ihre internen Interessenkonflikte (z.B. Mitgliederbasis vs. Verbandsleitung bei bestimmten Fragen). Mit Blick auf das hier zu verhandelnde Thema soll der weitere Fokus auf eine bestimmte Form von „normativ-ideologisch festgelegte[n] ‚Richtungsorganisationen‘ mit klarer

---

[99] Willems/ Winter: Interessenverbände als intermediäre Organisationen, S. 22.
[100] Ebd., S. 25, Anm. 13.
[101] Einen ausführlicheren Definitionsvorschlag bieten Heise/ Watermann: Vereinsforschung in der Erweiterung, S. 11-15.
[102] Ebd., S. 12.
[103] Vgl. Speth/ Zimmer: Verbändeforschung, S. 270. Auch das folgende Zitat ebd.

Milieuprägung“[104] gelegt werden: den imperialen Verbänden der Zwischenkriegszeit, wobei DKG und DO als exemplarische Fallstudien dienen. Zu betonen ist hierbei, dass diese Verbände nur einen sehr kleinen Teil der vielfältigen Verbands- und Vereinslandschaft widerspiegeln, die sich seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert herausbildete. Zunächst war es der begrenztere Organisationstyp des Vereins, der sich als dezidiert (früh-) bürgerlicher Zusammenschluss Freier und Gleicher konstituierte.[105] Im Zuge der sich im 19. Jahrhundert allmählich ausprägenden unterschiedlichen Milieus differenzierte sich auch das Vereinsleben weiter aus. So entstanden hier Milieus mit je eigenen Verbandskulturen, die beispielsweise jeweils von Wohlfahrtsverbänden über musikalische Chöre bis hin zu milieuspezifischen Gewerkschaften reichten.[106] Die hier zu untersuchenden imperialen Verbände stellen folglich eher die *Ausnahme* als die *Regel* des Organisationstypus ‚Verband‘ dar. Nun ergibt sich allerdings ein nicht unerhebliches Problem, denn beide Verbände bezeichneten sich selbst nicht als solche, sondern hatten jeweils den Rechtsstatus eines Vereins. Ist es also statthaft, sie dennoch als ‚Verbände‘ zu bezeichnen? Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir uns von modernen organisationssoziologischen Interpretationen wie oben dem zeitgenössischen Verständnis zuwenden, was in der Weimarer Republik unter den Begriffen ‚Verein‘ und ‚Verband‘ jeweils verstanden wurde. Zu Ersterem heißt es in einem 1930 veröffentlichten Lexikon, der Verein sei eine „rechtlich organisierte, einen bestimmten Zweck verfolgende Verbindung mehrerer Personen […].“[107] Es gab also keine Abgrenzung zum ‚Verband‘ und auch keine Obergrenze, ab wann ein Verein ‚zu groß‘ sei, um sinnvollerweise noch diesen Namen führen zu können. Unter ‚Verbänden’ verstand man dagegen zeitgenössisch vor allem die Gewerkschaften.[108] Die oben idealtypische vorgenommene Trennung von ‚Verein‘ und ‚Verband‘ ist also eine, die ein wissenschaftliches ex-post-Konstrukt, welches zeitgenössisch keinesfalls die Rolle spielte, die heute hineininterpretiert werden könnte. Aufgrund des großen Organisationsaufbaus der DKG sowie des DO ist es also durchaus sinnvoll, beide im hier dargelegten Sinne fortwährend als ‚Verbände‘ zu bezeichnen.

Von ihren expansionistischen Zielvorstellungen her werden die Vorläufer dieser Verbände in der Forschung meist als „nationale“ Verbände definiert, was allerdings zu kurz greift.[109] Denn

---

104 Ebd., S. 298.

105 Vgl. Hoffmann: Geselligkeit und Demokratie, S. 17 ff.; Nathaus: Organisierte Geselligkeit, S. 14 f.

106 Vgl. Speth/ Zimmer: Verbändeforschung, S. 297 f.

107 Art. Verein, in: Meyers Lexikon. 7., vollständig neu bearbeitete Aufl. (1. Aufl. zuerst in 21 Bde. 1839-1855 unter dem Titel „Großes Conversations-Lexicon für die gebildeten Stände“ erschienen). 15 Bde. Bd. 12: Traunsee – ZZ. Leipzig 1930, Sp. 568.

108 Vgl. Art. Verband, in: ebd., Sp. 542.

109 So Wehler, der von „nationalen Kampfverbänden“ spricht. Wehler: Historische Verbandsforschung.

der Drang nach Weltgeltung und eben nicht nur nach nationaler Einheit kann bereits bis in die Debatten der Paulskirche zurückverfolgt werden. Seine verbandsmäßige Ausformung fällt dagegen durchaus erst ins Kaiserreich.[110] Die Frage aber, wie denn die Zielvorstellungen der genannten Verbände begrifflich präziser zu fassen sind, führt uns dazu, wie eigentlich ‚Imperialität' bzw. seine adjektivische Ableitung bestimmt werden kann.

Wie kann das Verhältnis zwischen ‚kolonialen' und ‚imperialen' Expansionsvorgängen nun im Kontext der vorliegenden Studie gefasst werden, um ‚Imperialität' überhaupt operationalisieren zu können? Forschungshistorisch wurden „Imperium" und „Kolonie" oftmals im Sinne eines linearen Stufenmodells interpretiert: erst ein Imperium habe Kolonien in Besitz nehmen können. Und in der Tat kann eine solche These ab dem Übergang zur Neuzeit um ca. 1500 in globalhistorischer Sicht eine gewisse Plausibilität für sich beanspruchen: die Vereinigung Nordindiens zu einem muslimischen Reich, der Aufstieg des Osmanischen Reiches, die Expansion des Zarenreiches nach Osten bzw. Chinas ins Innere Asiens und für Europa besonders das Habsburgerreich ab Karl V. wären in dieser nicht abschließenden Aufzählung zu nennen.[111] In einer solchen Perspektive sind Imperien die deutlich älteren Formen von Herrschaftssystemen, von denen sich einige, aber keineswegs alle im 19. Jahrhundert zu Nationalstaaten entwickelten. Auch hier kann nicht von einer Abfolge ausgegangen werden, wie Dieter Langewiesche zu Recht bemerkt, vielmehr seien Imperien und Nationalstaaten besonders im 19. Jahrhundert, aber auch im Europa des 20. Jahrhunderts noch durchaus zeitgleich auftretende Phänomene. Dabei macht er einen „nationalstaatlichen Machtkern" als Grundlage europäischer Imperienbildung aus. Daraus resultiert die These, dass der „Idealtypus" (Max Weber) des homogenen Nationalstaats dagegen deutlich zeitlich später als ein Charakteristikum des 20. Jahrhunderts gelten kann. Dieser setzte sich nicht so sehr im 19. Jahrhundert durch, sondern vielmehr erst im globalen(!) Rahmen nach dem Zweiten Weltkrieg.[112] In Europa lässt sich diese Zäsur etwa für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg feststellen. Auch definitorisch lassen sich sinnvolle Kriterien für eine Differenzierung zwischen Imperien und Nationalstaaten finden: Imperien sind ihrem Herrschaftsbereich nach größer und ihrer Herrschaftsstruktur nach komplexer: „Nicht Homogenität, sondern Diversität – ethnisch, national, kulturell, religiös – war ihr

[110] *Siehe S. 46 ff.*
[111] Vgl. Langewiesche: Das alte Reich nach seinem Ende, S. 215. Auch das folgende Zitat ebd.
[112] Vgl. Osterhammel: Die Verwandlung der Welt, S. 582-586.

Hauptmerkmal."[113] Jörn Leonhard und Ulrike Hirschhausen erweitern diese Minimaldefinition, wenn sie schreiben:

> „Empires waren gekennzeichnet durch räumliche Größe, ethnische und religiöse Vielfalt, supranationale Herrschaft, eine Vielzahl heterogener Gebiete mit unterschiedlichem Rechtsstatus als Folge historischer Expansion und Anlagerung, durch unterschiedliche Abhängigkeitsverhältnisse dieser Gebiete zwischen Zentrum und Peripherie sowie schließlich durch weiche Grenzen und fluktuierende Grenzräume. Empires grenzten sich tendenziell durch bewegliche *frontiers*, nicht durch fixierbare *boundaries* und *borders* ab [H. i. O., RF]."[114]

Bei beiden Definitionen stellt sich dennoch das Problem, dass sie nicht erklären können, warum Imperien nicht erst in, aber besonders seit der Neuzeit sich dermaßen lang – oftmals über mehrere Jahrhunderte – etablieren konnten. Der Afrika-Historiker Frederick Cooper vertritt hierbei die überzeugende These, dass das soziologische Grundprinzip imperialer Herrschaft (und damit immer *auch*, aber niemals *nur* Machtausübung) das Kontinuum zwischen „Inkorporierung und Differenzierung" sei.[115] Der Frühneuzeithistoriker Stephan Wendehorst spricht ebenso treffend von der „Politik des Unterschieds".[116]
Darauf aufbauend lässt sich festhalten, dass nicht so sehr Begriffe wie ‚Ungleichheit' oder ‚Unterwerfung' Imperien charakterisieren als vielmehr ‚Verschiedenartigkeit', ‚Unterschiedlichkeit' oder, um es modern auszudrücken: ‚Diversität'.[117] Umschreiben lässt sich dies mit der Beobachtung, dass es sich bei Imperien um eine „historische[] Form von Staatlichkeit [handelt], die von Ungleichheit und Vielfalt geprägt ist."[118] Dass die Machtverhältnisse tendenziell immer asymmetrisch vom ‚Zentrum' zur ‚Peripherie' verliefen, sollte dabei immer mitgedacht werden.[119] Prinzipiell für die Erforschung von Imperien zu beachten ist der Hinweis von Ulrike von Hirschhausen,

---

113 Langewiesche: Das alte Reich nach seinem Ende, S. 217.
114 Hirschhausen/ Leonhard: Empires und Nationalstaaten, S. 10. Die Beiden stützen sich vor allem auf die zahlreichen Studien von Jürgen Osterhammel zur vergleichen Erforschung von Imperien, weswegen diese hier nicht mehr rekapituliert zu werden brauchen.
115 Cooper: Staaten, Imperien und politische Phantasie, S. 257. Ärgerlicherweise fehlt in diesem sonst mit viel Gewinn zu lesenden Buch ein exakter Nachweis der Erstveröffentlichungsorte der Beiträge, die nur ansatzweise im Vorwort angedeutet werden (S. 14 f.). Aufgrund der dort gemachten Angaben gehe ich von einer Publikation im Jahre 2003 aus.
116 Wendehorst: Altes Reich, „Alte Reiche" und der *imperial turn*, S. 28. Vgl. auch Osterhammel: Die Verwandlung der Welt, S. 610.
117 Hirschhausen: A New Imperial History?, S. 730 f.
118 Ebd., S. 756.
119 Vgl. Stuchtey: Zeitgeschichte und vergleichende Imperiengeschichte, S. 304.

„nicht mehr von einer einseitigen Diffusion historischer Entwicklungen und Prozesse von Europa in die außereuropäische Welt auszugehen, sondern die Dynamik der Interaktion zwischen diesen Räumen herauszuarbeiten und als konstitutiv für das jeweilige Ergebnis zu begreifen. Gerade für Empires liegt darin ein Anstoß, zwar nicht auf Modelle von Zentrum und Peripherien zu verzichten, die konstitutiv für Machtgefälle, Ungleichheit und das Management von Differenz waren, aber von einer Variabilität dieser Räume auszugehen, deren Machtgeografie nicht statisch war. Neben einer Zentrumsdynamik, die sich ausdehnen will, gab es ebenso eine Sogwirkung der Peripherie, die nicht nur imstande war, erstere umzuformen und anders zurückzusenden, sondern eine Initialfunktion für Entstehung, Aushandlung und Zerfall imperialer Herrschaft hatte.“[120]

Ebenso mitgedacht werden sollte aber auch, dass in einem dermaßen (zumindest im deutschen Sprachraum) von poststrukturalistischen sowie postkolonialen Studien geprägten Forschungsfeld Machtbeziehungen nicht nur Gefahr laufen, in einer Dichotomie fixiert zu werden, die bar jeder Empirie ist: hier die Unterdrückten, da die Unterdrückenden.[121] Von Hirschhausen warnt beispielsweise vor der Gefahr, die „enorme Vielfalt imperialer Herrschaftsrepertoires auf Repression zu verengen […].“[122] Sie fasst die neuere Forschung zu imperialer Herrschaft vielmehr dahingehend zusammen, dass diese einer „dauernden Aushandlung“ unterlag.[123] Dazu bedurfte es ‚kolonialisierter‘ intermediärer Akteure, die durchaus ihre ganz eigenen Ziele verfolgten. Ohne sie ist imperiale Herrschaft schlichtweg undenkbar.[124] Auch ist wieder darauf hinzuweisen, dass solche Aushandlungsprozesse nicht in einem machtpolitischen Vakuum stattfanden, sondern dass es hierbei auch immer um ein

---

120 Hirschhausen: A New Imperial History?, S. 738 f.; vgl. auch Stuchtey: Zeitgeschichte und vergleichende Imperiengeschichte, S. 316 und S. 321.

121 Cooper spricht zwar in anderem Zusammenhang, aber durchaus auch auf den geschilderten Sachverhalt anwendbar von „holzschnittartige[n] Ergebnissen“. (Ders.): Aufstieg, Niedergang und Wiederaufstieg, S. 100. Weder mir noch Cooper geht es in irgendeiner Weise darum, Formen von Herrschaft, zumal imperialer, nachzutrauern oder sie zu rechtfertigen, doch gibt er mit Blick auf die Gefahr der Dichotomisierung zu bedenken: „Imperiale Herrschaft bedeutete immer Befehlsgewalt, aber patrimoniale Autoritätsformen, Herrschaftssysteme, die korporative Strukturen innerhalb von Imperien anerkannten, Herrschaft durch ethnische Netzwerke und Gruppenstrukturen sowie die Rekrutierung von hochrangigem Verwaltungspersonal aus den unterworfenen Provinzen machen die Beziehungen von Herrschern und Beherrschten, Zugehörigen und Außenseitern durchaus komplizierter.“ Ebd., S. 101. Zu weiteren aktuellen Motiven, die auch unter linken oder liberalen Vorzeichen eine Verklärung von imperialer Herrschaft begünstigen können: Wendehorst: Altes Reich, „Alte Reiche“ und der *imperial turn*, S. 23 ff.

122 Hirschhausen: A New Imperial History?, S. 719.

123 Ebd., S. 731.

124 Vgl. ebd., S. 734-737.

„asymetrisches Machtgefälle“ handelte.[125] Der vielleicht noch mehr neue Erkenntnisse blockierende Fehler liegt darin begründet, solchen asymmetrischen Machtverhältnissen eine Geltungskraft zukommen zu lassen, die ebenfalls empirisch so nicht zutrifft: Machtbeziehungen setzen sich weder ohne ‚Reibungsverluste‘ von ‚oben‘ nach ‚unten‘ durch noch ‚durchfließen‘ sie die Gesellschaft in allen Bereichen wie „Kapillare“ (Michel Foucault), vielmehr sind sie „arteriell“: stark in der Nähe von Herrschaft, weniger fähig zur Machtdurchsetzung mit größerer Entfernung zum Machtzentrum und bis ins 20. Jahrhundert hinein besonders in kolonialen Kontexten weder fähig noch gewillt, allzu viel Wissen über ihre Untertanen zu sammeln oder gesammeltes Wissen weiterzugeben.[126]

In Bezug auf die hier zu untersuchenden beiden Verbände im Kontext ihrer Zeit heißt das auch, die Handlungsmöglichkeiten, die Vorstellungen und auch die Wünsche – insofern quellenmäßig greifbar – ihrer Mitglieder zu untersuchen. Denn mögen sie auch für imperiale Herrschaft eingetreten sein – Anspruch und Wirklichkeit klafften auch hier stark auseinander. Letztendlich ist die Geschichte von Imperien in der modernen Geschichtsschreibung *nicht* die der Macht, sondern den *Grenzen* ihrer Macht.[127] Damit treten die *Handlungsmöglichkeiten* von in ihnen agierenden Gruppen unter einem (für koloniale Studien längst geläufigen) ‚neuen‘ Blickwinkel in den Fokus und sind entsprechend aufzuwerten. Dahinter verbirgt sich ein Grundmoment dialektisch informierter Historiografie, indem sie nämlich zu trennen weiß zwischen Genese und Geltung, hier also zwischen *Anspruch* und *Wirklichkeit*. Eine solche Geschichtsschreibung bietet nicht nur diesen Vorteil, sondern sie ist auch sensibilisiert für *nicht-intendierte Folgen* der Handlungen historischer Akteure, wobei es zunächst unerheblich ist, ob es sich dabei um individuelle oder kollektive Akteure handelt. Zugleich ist ein solches Verfahren auch nicht so sehr anfällig für den Fehler der modernisierungstheoretisch orientierten Sozialgeschichte ‚älterer Prägung‘, zwischen einer idealen Verlaufsform einerseits und deren defizitären Umsetzung andererseits zu unterscheiden.[128]

Damit sind zentrale Vorzüge jenes ‚imperialen‘ Begriffs benannt. Seine Grenzen bzw. Probleme gerade im deutschsprachigen Kontext ergeben sich aus einer Verschiebung des Blickwinkels. Er ist kein Quellenbegriff, sondern eine historische Abstraktion. Im Kontext dieser Studie wird er zwar auf die deutschen Projektionen gegenüber Ostmitteleuropa sowie

---

125 Fenske: Vom ›Randphänomen‹ zum ›Verdichtungsraum‹, S. 11, Anm. 18. Vgl. auch Stuchtey: Zeitgeschichte und vergleichende Imperiengeschichte, S. 304.

126 Vgl. Hirschhausen: A New Imperial History?, S. 720; Cooper: Aufstieg, Niedergang und Wiederaufstieg, S. 95.

127 Vgl. (ders.): Staaten, Imperien und politische Phantasie, S. 332 und S. 336.

128 Vgl. Welskopp: Stolpersteine auf dem Königsweg, S. 342.

Afrika angewandt, dennoch sind die Grenzen und Bedingungen dieses Ansatzes immer wieder zu reflektieren. Beide Räume waren keineswegs die von langer Hand geplanten kolonialen Eroberungen, als die sie von Historiker_innen im 19. und 20. Jahrhundert oft dargestellt wurden. Eine solche Historiographie *an sich* stellte nicht selten selbst den zunehmend verzweifelten Versuch dar, jene Räume endlich in den ‚mental maps' der Deutschen zu verankern. Denn diese ‚mental maps' wurden zumeist beherrscht von einem gänzlich anderen Begriff. Gerade nach dem Ersten Weltkrieg war es eben jene idealistische Schwärmerei für das „Auslandsdeutschtum", welches im Vergleich zu konkreten ‚imperialen' Plänen viel mehr an Gewicht gewann.[129] Würde man diese Idealisierung der ‚Auslandsdeutschen' in der Zwischenkriegszeit konsequent polyzentrisch und aus verschiedenen Blickwinkeln schreiben, so ließe sich ohne Zweifel eine höchst anregende Globalgeschichte der Zwischenkriegszeit (weiter-) schreiben, die die Kategorie des ‚Deutschtums' nicht als Wert an sich, sondern als Zuschreibungen bzw. als Konstruktionen ernst zu nehmen hätte.[130] Diese Studie wird bescheidener, dafür in empirischer Dichte an verschiedenen Punkten immer wieder das mal arbeitsteilige, mal konfligierende Mit- und Gegeneinander der ‚imperialen' und ‚auslandsdeutschen' Akteure ausleuchten, wobei das erstgenannte Beispiel hier als empirische Sonde fungieren soll.

Neben den bei genauerem Hinsehen doch recht komplexen Beziehungen zwischen Imperium und Nationalstaat, die bereits weiter oben angesprochen wurden, liegen zugleich mittlerweile auch Studien vor, die selbst die Habsburgermonarchie,[131] die Schweiz[132] und selbst Polen[133] oder auch Skandinavien[134] stärker in koloniale Zusammenhänge einordnen. Ob es allerdings sinnvoll ist, diese Aspekte kulturwissenschaftlich-‚postkolonial' eher zu verallgemeinern und damit ihrer historischen Kontexte tendenziell zu berauben, mag wohl bezweifelt werden.[135] Denn bei aller Sympathie für politisch aktive und reflektierte Wissenschaften: wenn unklar bleibt, wann eigentlich Kolonialismus endet und wann bzw. wo der ‚Postkolonialismus' historisch beginnt, bedeutet das nicht nur einen Verlust an analytischer Schärfe von Begriffen, sondern es stellen sich auch Fragen nach dem Sinn oder eben Unsinn von Periodisierungen.

---

129 Siehe Jaworski: Der auslandsdeutsche Gedanke.

130 Die bisher überzeugendsten Ansätze dafür lieferten bisher Manz: Constructing a German Diaspora; Schulze: Von verbrasilianisierten Deutschen.

131 Siehe nur Sauer (Hg.): k. u. k. kolonial.

132 Siehe Zangger: Koloniale Schweiz.

133 Siehe bereits früh hierzu Hunczak: Polish Colonial Ambitions.

134 Siehe Suvi/ Tuori/ Irni (Hg.): Complying with Colonialism; Kokkonen: Religious and Colonial Realities.

135 Siehe Falk/ Lüthi/ Purtschert (Hg.): Postkoloniale Schweiz; Csáky/ Feichtinger/Prutsch (Hg.): Habsburg postcolonial.

Fokussiert man sich mehr auf die ‚deutsche' Geschichte, so ist anknüpfend an Forschungen zur osteuropäischen Geschichte die These vertreten worden, dass besonders die Deutschen seit der späten Neuzeit imperiale Ansprüche in Ostmitteleuropa anmeldeten.[136] Wie aber lässt sich vor dem Hintergrund dieser referierten Forschungen nun das Verhältnis von Imperien und Kolonialismen bestimmen? Hier können drei sich ergänzende Antworten gegeben werden: erstens kann sie *räumlich* als (künstliche) Trennung zwischen den Inbesitznahmen von Kolonien im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts einerseits sowie älteren imperialen Herrschaftsansprüchen in Ostmitteleuropa interpretiert werden. Zweitens kann sie *zeitlich* als Parallelität unterschiedlicher Herrschaftsformen in unterschiedlichen Regionen der Erde gedeutet werden. Und ganz auf den Aspekt der Herrschaft hebt auch die einschlägige Definition von Osterhammel ab:

> „Kolonialismus ist eine Herrschaftsbeziehung zwischen Kollektiven, bei welcher die fundamentalen Entscheidungen über die Lebensführung der Kolonisierten durch eine kulturell andersartige und kaum anpassungswillige Minderheit von Kolonialherren unter vorrangiger Berücksichtigung externer Interessen getroffen und tatsächlich durchgesetzt werden. Damit verbinden sich in der Neuzeit in der Regel sendungsideologische Rechtfertigungsdoktrinen, die auf der Überzeugung der Kolonialherren von ihrer eigenen kulturellen Höherwertigkeit beruhen."[137]

Nun wird man, angewandt auf die Geschichte des deutschen Kolonialismus, einer solchen Definition für die Kolonien in Übersee wohl viel eher zustimmen können als der Herrschaft zunächst Preußens, ab 1870/71 des deutschen Kaiserreichs in Ostmitteleuropa. Einwände lassen sich hier zahlreiche vortragen: bis zum Ende des 19. Jahrhunderts beschränkten sich die Eingriffe der deutschen Behörden auf die Sprach- und Religionspolitik gegenüber der polnischen Bevölkerung.[138] So unzweifelhaft diskriminierend diese Politik auch war – sie war doch etwas ganz erheblich Anderes als der Umgang der Deutschen mit den Bevölkerungen in den Übersee-Kolonien. Auch wird man dagegen einwenden können, dass der Punkt der ‚kulturellen Andersartigkeit' gerade mit Blick auf die preußische Herrschaft über Polen keine historisch unwandelbare Differenz darstellt. Zu einer ‚Politik der kulturellen Differenz' kam

[136] Zentral hierfür: Ther: Imperial instead of National History. Auch das folgende Argument ebd.
[137] Osterhammel/ Jansen: Kolonialismus, S. 20.
[138] Vgl. Dyroff: Erinnerungskultur im deutsch-polnischen Kontaktbereich, S. 32-36; Ther: Imperial instead of National History, S. 60.

es vor allem mit dem aufkommenden Nationalismus, weswegen hierbei auch von einer ‚Nationalisierung von Differenz' gesprochen werden kann.[139]

Mehr noch als der nachfolgend zu erläuternde Begriff des Imperialismus hebt der des Kolonialismus auf die Weltsicht und Selbstwahrnehmung der Kolonisierenden ab. Die „kaum anpassungswillige Minderheit von Kolonialherren" sowie ihre „sendungsideologischen Rechtfertigungsdoktrinen" sind ganz sicher kein deutsches Spezifikum, aber unverzichtbar für das historische Verständnis – das belegt ein ums andere Mal auch der Blick auf aktuelle Debatten um Migrationspolitik, bei denen bis heute meist ‚Assimilation' mit ‚Integration' bewusst verwechselt wird.[140] Dabei ist aber auch zu konstatieren, dass Rechtfertigungs- und Sendungsideologien zur Legitimation von Herrschaft ein allgemeines Charakteristikum von imperialer Herrschaft seit der Antike darstellen. Dabei ist es sekundär, ob es sich um Thesen von einem „göttlichen Heilsplan" oder einer säkulareren „Zivilisierungsmission" handelt[141] – immer wieder wurde ein vermeintliches „Kulturgefälle" als Vorwand für Herrschaftsansprüche vorgeschoben.[142] Die These vom ‚west-östlichen Kulturgefälle' kann dabei als eine sehr wirkungsmächtige Sonderform verstanden werden, die durch die Aufklärung entwickelt wurde.[143] Drittens schließlich bietet sich mit der hier vorgeschlagenen Begriffsdifferenzierung auch die Möglichkeit nach einer Unterscheidung zwischen imperialen *Ansprüchen* und kolonialer *Wirklichkeit*. So bemerkt Cooper treffend:

> „Kolonialherrschaft war Imperium in einer Billigversion. Sie schuf einen Flickenteppich wirtschaftlicher Ausbeutung anstelle einer systematischen Transformation und herrschte durch ein verknöchertes System der ‚Stammes'-Autorität, anstatt zu versuchen, gefügige individuelle

139 Siehe (ders.): „Imperial Nationalism".

140 Siehe zu diesem Aspekt, der untrennbar mit Herrschaftsbeziehungen und Unterordnung verbunden ist: Dünnwald: Integration als soziale Konstruktion.

141 Osterhammel/ Jansen: Kolonialismus, S. 19.

142 Dabei ist es eher unerheblich, was konkret als ‚kulturell überlegen' ausgegeben wird. Wichtiger ist, dass bestimmte Maßnahmen als bewusst-planvolles Ziel ausgegeben werden und damit die Frage ausgeblendet wird, ob sie nicht vielmehr schlichtweg Mittel sind, beispielsweise zur Kriegsführung oder aus ökonomischen Gründen. Ein viel grundsätzlicheres philosophisches Problem besteht darin, wie man (und v.a.: wer) überhaupt ‚objektiv' bestimmen kann, woran sich Höherwertigkeit(en) von ‚Kultur(en)' bemessen lassen, was nicht zuletzt auch mit der entsprechenden Interpretation des Kultur-Begriffs selbst zusammenhängt. So ist selbst ein so renommierter Historiker wie Klaus Zernack nicht davor gefeit, die These von einem vermeintlichen west-östlichen Kulturgefälle seit der Antike zu behaupten: (ders.): „Ostkolonisation" in universalgeschichtlicher Perspektive, S. 106 f. Kritisch-kontextualisierend hierzu (ohne sich direkt auf Zernack zu beziehen) Serrier: „Barbaren aus dem Osten", S. 61 f.

143 Siehe Wolff: Inventing Eastern Europe. Thomas Serrier macht darauf aufmerksam, dass es sich bei dieser Denkfigur um ein europäisches Phänomen handelte. Vgl. (ders.): „Barbaren aus dem Osten", S. 61. Kritisch-ergänzend zu Wolffs These von der „Erfindung" eines rückständigen östlichen Europas durch die Denker der Aufklärung gibt Serrier den wichtigen Hinweis, dass dies eher ein Phänomen zwischen ‚Zentren' und ‚Peripherien' war. Vgl. ebd., S. 68 f.

> Untertanen einer vorgeblich modernen Gouvernementalität zu schaffen. […] Die Tatsache, dass starke imperiale Staaten es akzeptabel fanden, unter bestimmten Umständen nur relativ schwache Macht auszuüben, ist so erstaunlich, dass manche Kommentatoren sich lieber an die Mythen von der totalen Ausbeutung oder von der modernen Gouvernementalität halten, anstatt die verwirrende Realität zu untersuchen.“[144]

Demgegenüber ist es nicht ratsam, fortlaufend den Begriff des ‚Imperialismus‘ zu verwenden. Zum Einen wegen seiner enorm starken politischen Konnotationen und zum anderen wegen seiner fehlenden einheitlichen Definition.[145] Einzig für die Phase zwischen ca. 1880 und 1940, die meist und aus guten Gründen als die des „Hochimperialismus“ bezeichnet wird, scheint seine Verwendung sinnvoll.[146] Zwar gibt der Globalhistoriker Jürgen Osterhammel zu bedenken, dass Imperialismus eigentlich der allgemeinere Begriff und Kolonialismus im Unterschied zu ihm der Spezialfall sei. Dies liegt in seiner Definition begründet, wonach *Wille* und *Mittel* zu einer *weltweiten* Interessenwahrnehmung konstitutiv seien für Imperialismen. Insofern hat Osterhammel gute Gründe, das britische Empire bereits ab 1780 als ‚imperialistisch‘ zu kennzeichnen.[147] Nun sind aber globalhistorische Betrachtungen eher übergreifender Abstraktion verpflichtet, wobei derartige globale Definitionen bei der Anwendung auf konkrete Länder doch mit Vorsicht zu verwenden sind. Konkretisieren wir diese Definition für die deutsche Geschichte, so kann wohl erst mit dem Aufbau der kaiserlichen Schlachtflotte in den 1890er Jahren als *Mittel weltweiter Interessendurchsetzung* der Einstieg und dem Ende des deutschen Faschismus 1945 zugleich auch das Ende des deutschen Imperialismus angesetzt werden – mit der ja gerade für diese Studie wichtigen Einschränkung, dass diese Mittel in der Weimarer Republik nicht gegeben waren. Der *Wille* zu solcher Interessendurchsetzung war aber bereits in der Paulskirche artikuliert worden. Jedoch wäre es verfehlt, lediglich diesen *Willen* (bei gleichzeitigem Fehlen der entsprechenden *Mittel*) bereits als eine Form des Imperialismus zu interpretieren, so gründlich

---

144 Cooper: Staaten, Imperien und politische Phantasie, S. 260 f.

145 Vgl. Osterhammel/ Jansen: Kolonialismus, S. 27 f.

146 Als zeitliche Eckdaten können ungefähr die Aufteilung Afrikas unter den europäischen Kolonialmächten einerseits sowie die globale Ausweitung des Zweiten Weltkrieges andererseits dienen. Osterhammel und Jansen deuten beide Weltkriege als zwischen Imperien. Vgl. Osterhammel/ Jansen: Dekolonisation, S. 28 und S. 47. Für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg verschwanden mit dem atomaren Drohpotential infolge der Blockbildung im Kalten Krieg, den zahlreichen Konflikten infolge der Dekolonisation und neuen internationalen Akteuren wie der UN auch nach und nach bis in die 1990er Jahre die letzten Imperien. Vgl. ebd., S. 19, S. 23 und S. 52-85.

147 Vgl. (dies.): Kolonialismus, S. 27.

die jüngere historische Forschung auch die imperialen Ansprüche herausgearbeitet hat, die bereits in der Paulskirche artikuliert wurden.[148]

Neben diesem Argument gegen eine Begriffsüberdehnung erscheint allerdings gerade für die deutschsprachige Forschung die Verwendung des Imperialismus-Begriffs problematisch, hängt damit doch eine jahrzehntelange Forschungskontroverse zusammen, die sich während des „Kalten Krieges" (Walter Lippmann) herausbildete. So vertrat in der Bundesrepublik besonders Hans-Ulrich Wehler nachdrücklich die These, wonach es sich bei dem Erwerb von Kolonien nach 1880 um Ablenkungsmanöver durch Bismarck von innenpolitischen Problemlagen gehandelt habe, wofür er den Begriff des „Sozialimperialismus" stark machte.[149] Dagegen vertrat man in der DDR parteilinientreu die von Lenin stammende These, wonach der Imperialismus das höchste Stadium des Kapitalismus gewesen sei.[150] In diesem vulgärmarxistisch-teleologischen Weltbild ist es dann nur folgelogisch, dass die Ursachen für die Kolonialexpansion in „einflussreiche[n] ökonomische[n] Interessen"[151] gesucht werden.[152] Bereits aber die zeitgenössische Forschung der 70er und 80er Jahre in der Bundesrepublik sah darin aber eine deutliche Überbewertung und Verallgemeinerung der Interessen einzelner Unternehmen und veranschlagte die Rolle ökonomischer Interessen dabei eher gering.[153] Die jüngere Forschung, die nicht mehr so sehr nach den Entscheidungsprozessen in Politik und Ökonomie fragt, sondern eher nach der sozialen Basis des Kolonialismus, konnte dagegen zeigen, dass außer einer höchst aktiven kolonialen Vereinslandschaft eigentlich alle anderen nennenswerten Interessengruppen (Reichsregierung, bestimmte Kapitalfraktionen, Hansestädte usw.) nicht wirklich Interesse an kolonialer Expansion bekundeten und regelrecht ‚dazu getragen werden mussten'.[154] Beiden Deutungen des ‚Imperialismus'-Begriffs ist – bei allen Differenzen im Detail – deutlich ihre Herkunft aus den politisch hochkontroversen wie ebenso ökonomisch verengten Diskussionen des 19. und 20. Jahrhunderts anzumerken.[155]

Um bei der hier skizzierten Vielschichtigkeit von Begriffen nicht in Beliebigkeit zu verfallen, ist es nun abschließend unabdingbar, die weitere Begriffsverwendung in dieser Studie zu reflektieren. Bei den zu untersuchenden Verbänden DKG und DO handelt es sich nicht

---

148 *Siehe S. 11, Anm. 46.*

149 Zum ersten Mal ausformuliert in: Wehler: Bismarck und der Imperialismus.

150 Vgl. Förster: Imperialismus, Militarismus und das deutsche Kaiserreich, S. 713-722.

151 Gründer: Kolonialismus und Marxismus, S. 679.

152 Hinzuweisen ist dahingehend darauf, dass es auch immer neben der ‚staatssozialistischen', im Prinzip ‚parteioffiziösen' Deutung Lenins und seiner Interpreten auch andere (minoritäre) Interpretationen des Imperialismus gab wie beispielsweise jene Rosa Luxemburgs, die wesentlich stärker strukturalistisch und weniger personalistisch argumentierte. Vgl. Andersson: Art. Imperialismus, Sp. 852-856.

153 Vgl. Gründer: Kolonialismus und Marxismus, S. 679.

154 *Siehe S. 49 f.*

155 Vgl. Hirschhausen: A New Imperial History?, S. 722-725.

einfach nur um nationale Verbände, wenngleich sie ihrer Genese nach auch immer starke nationalistische Züge aufwiesen. Auch wäre es verfehlt, sie ‚nur' als koloniale Verbände zu kennzeichnen. Denn wie in der oben gegebenen Definition zu sehen ist, entbehrt der Kolonialismus gänzlich einem der drei zentralen Kriterien des Imperialismus: der *weltweiten* Durchsetzung. Nun waren aber gerade die ‚mental maps' dieser Verbände in der Weimarer Republik nachhaltig durch den Verlust der vormaligen Stellung als (imperialistischer) ‚Weltmacht' geprägt.[156] Dennoch erscheint es mir aus den genannten Gründen problematisch, diese Verbände umstandslos als ‚imperialistisch' zu kennzeichnen. Zum Einen würde eine solche Etikettierung deren Vorstellungswelt unzulässig auf die Jahre *weltweiter* imperialistischer deutscher Herrschaft einengen. Zum Anderen sind diese Verbände weder ‚Agenten des Monopolkapitals' noch war ihre primäre Intention die Ablenkung oder Auslagerung innenpolitischer Probleme. Vielmehr sollte eine zeitgemäße Perspektive sich viel stärker auf die Binnenperspektive solcher Akteursgruppen konzentrieren, anstatt im Grunde immernoch Politikgeschichte ‚vom grünen Tisch her' zu schreiben.[157]

Die Langlebigkeit bestimmter Vorstellungen seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert(!) auch bis über das Ende der Weimarer Republik lässt sich noch am besten mit dem Begriff der imperialen Verbände untersuchen. Das Adjektiv ‚imperial' erweist sich, angewandt zunächst auf die preußische, später auf die deutsche Geschichte, als treffend. Bei der oben vorgeschlagenen Begriffsverwendung von ‚Imperialismus' sollte diese für die Phase ab Mitte der 1890er Jahre bis zum Ende des Ersten Weltkriegs reserviert bleiben. Nachfolgend wird vor allem für die Zeit davor das Adjektiv ‚imperial' bevorzugt, da es Prozesse längerer Dauer besser ausdrückt. Für die Zeit zwischen 1933 und 1945 wird zu zeigen sein, dass sich zu vorhergehenden Vorstellungen und Herrschaftspraxen derart fundamentale Unterschiede ergeben, die diese Begriffsverwendung nicht mehr ratsam erscheint.[158]

1.3. Methodisches

Anknüpfend an die obige Skizze zu den wesentlichen, grundlegenden Studien zum Thema dieser Arbeit sollen im folgenden Teil die methodischen Prämissen umrissen werden. Zunächst sind grundlegende Überlegungen zum historischen Vergleich vorwegzuschicken.

---

156 *Siehe Kap. 2.1.3.*
157 *Siehe Kap. 2.4.1.*
158 *Siehe Kap. 3.1.*

Danach wird zu begründen sein, warum welche Methodik ausgewählt wurde und warum es besonders lohnenswert ist, die beiden Untersuchungsobjekte unter den zu explizierenden methodischen Blickwinkeln in den Blick zu nehmen. Des Weiteren sind damit automatisch auch weitreichendere Aussagen über die erhofften Erkenntnisziele dieser Studie verbunden. Rekapitulieren wir kurz wesentliche Hypothesen: die Berechtigung des Vergleichs für das Thema der imperialen Verbände ergibt sich demnach aus der eingangs der Studie formulierten These, dass imperiale deutsche Herrschaft nur angemessen verstanden werden kann, wenn man sie sowohl auf Ostmitteleuropa als auch auf Übersee bezieht. Unterstellt wurde ferner, dass die Forschung bisher noch stark von der Gewalt-Dimension imperialer Herrschaft ausgeht und weniger die Entwicklung sowie die Grenzen imperialer Herrschaft für den deutschen Fall untersucht hat. Im Grunde implizieren derartige Forschungsfragen einen Methodenmix, wobei dem kürzer gehaltenen historischen Längsschnitt ein expliziter und methodisch kontrollierterer Vergleich bzw. Querschnitt anhand verschiedener Fallstudien folgen soll. Gerade aber der historische Vergleich birgt einige Potentiale, aber auch Tücken.

> „Der historische Vergleich ist keine Methode, sondern eine Betrachtungsweise, die bei bestimmten Fragestellungen eine explizit vergleichende Fragestellung informiert. Jede Geschichte, die Aussagen treffen will, welche über die Konstatierung des Einzelfalles hinausweisen, ist ebenso genuin vergleichend wie theoriebezogen. Theoriebezug, Vergleichsperspektive und Erklärung sind mithin die drei zentralen, nicht aufeinander zu reduzierenden Komponenten analytischer Geschichtsschreibung. […] [Hier] soll der Begriff des Vergleichs […] für solche Studien reserviert bleiben, die als Forschungsstrategie *ein* historisches Phänomen in *mindestens zwei* sozialen Kontexten aufsuchen und rekonstruieren.“[159]

Nicht zwei oder mehr Phänomene gilt es also zu rekonstruieren, sondern jeweils eines in ihren jeweiligen Kontext. Ansonsten werden Äpfel mit Birnen ‚verglichen‘, was in einem methodologischen Sinne eben gar kein Vergleich sein kann.[160] Für den relativ überschaubaren Zeitabschnitt dieser Studie bietet sich statt einer Längsschnittuntersuchung

[159] Welskopp: Stolpersteine auf dem Königsweg, S. 343.

[160] Ein geläufiges Beispiel aus den zeitgenössischen Sozialwissenschaften für den behaupteten Vergleich bei zugleich fehlender methodologischer Güte bildet die sogenannte „vergleichende Extremismusforschung“, die nicht nur in reiner Deskription stecken bleibt, sondern deren ‚tertium comparationis‘ (‚bürgerliche Mitte‘, ‚demokratischer Verfassungsstaat‘ bzw. dessen ‚Spielregeln‘ usw. usf.) vollkommen idealisiert vorausgesetzt wird und einer empirischen Überprüfung von Genese und Geltung bzw. Anspruch und Wirklichkeit vollkommen entzogen bleibt. Vgl. Fenske: Vom ›Randphänomen‹ zum ›Verdichtungsraum‹, S. 111-118.

eine solche im Querschnitt an. Dabei sollen eine gleichgewichtete vergleichende Perspektive auf beide Verbände eingenommen werden.[161] Es handelt sich dabei insgesamt um einen Partialvergleich, der aufgrund von zwei Vergleichsfällen methodisch einfacher umzusetzen ist als ein größeres ‚sample' von Vergleichsfällen.[162]

Neben diesen Fragen nach dem angemessenen methodischen Zugriff scheint mir auch eine Diskussion über die normativen Vorannahmen bzw. bestimmte historiografische Trends angebracht, um diese Studie präziser in die Forschungslandschaft einordnen zu können. So ging es der älteren Forschung thematisch vor allem um die Bestimmung des Imperialismus, die diesen inhaltlich bis auf sehr wenige Ausnahmen durch Untersuchungen der europäischen Metropole[163] zu fassen versuchte.[164] Die Auswirkungen auf die davon betroffenen Länder, notierte Bendikat, „die von ihnen ausgehenden Bedingungsfaktoren für die europäische Politik sind kaum Gegenstand der Analyse, wodurch ein wesentliches Element historischer Realität von vornherein ausgeblendet bleibt."[165]

Von dieser Perspektive ist seit dem Aufkommen der „postcolonial studies" in den 1980er Jahren kaum noch etwas übrig geblieben.[166] Vielmehr wurde die Sicht der Dinge radikal gewendet, so dass mittlerweile ganz eindeutig Studien dominieren, die nach konkreten Auswirkungen kolonialer bzw. imperialer Politiken und Praktiken in den betroffenen Herrschaftsgebieten fragen.[167] Eine solche Perspektive bietet Vorzüge: sie lässt endlich auch die vormals Unterdrückten mit bzw. aus ihren Quellen sprechen; sie überwindet den hochfahrenden Eurozentrismus, der für das 19. und 20. Jahrhundert als weitgehend charakteristisch auch für die historische Forschung anzusehen ist. Durch ihre Konzentration auf meist überschaubare Untersuchungsbereiche kann sie empirisch fundiertere Ergebnisse präsentieren als an abstrakten Modellen orientierte Studien. Andererseits ergeben sich freilich daraus auch Mankos: durch die Fülle an empirisch gesättigten Einzelstudien wird der Vergleich untereinander erschwert, da keine Parameter existieren, anhand derer verglichen werden könnte. Zu Recht kritisiert Dieter Langewiesche dies treffend:

---

161 Vgl. Haupt/ Kocka: Historischer Vergleich, S. 19 f. und S. 39. Auch das folgende Argument ebd.

162 Vgl. Osterhammel: Transkulturell vergleichende Geschichtswissenschaft, S. 293 ff.

163 Ganz im Sinne jener Zeit lag die dependenztheoretische Unterteilung in „Metropole" und „Peripherie", die aber für diese Studie nicht weiter verfolgt wird. Vgl. als Überblick zu Problemen und Perspektiven dieses Modells Kühl: Wirtschaft und Gesellschaft, S. 131-138; Stuchtey: Zeitgeschichte und vergleichende Imperiengeschichte, S. 323 f. und S. 328 f.

164 Vgl. den zusammenfassenden Überbklick der älteren Forschung bei Bendikat: Organisierte Kolonialbewegung, S. 21 ff.

165 Ebd., S. 23.

166 Siehe Reinhard: Kolonialgeschichtliche Probleme; vgl. auch Conrad/ Osterhammel: Einleitung, S. 16 f.; Ther: Imperial instead of National History, S. 49 f.

167 Siehe als neueste, verdienstvolle Studie Lerp: Imperiale Grenzräume.

„Um diese postmodernistische Radikalität in ein Bild zu fassen: Geschichte wird als eine Art Kaleidoskop gesehen, das bei jeder Drehung ein verändertes Bild zeigt, nie jedoch mehrere Bilder gleichzeitig, und erst recht nie ein Gesamtbild. […] In Teilen der Literaturwissenschaft wird dieses Entmystifizierungswerk [von Nationalgeschichten, RF] weitaus radikaler betrieben als in der Geschichtswissenschaft. Dabei wird jeder Versuch aufgegeben, Geschichtsbilder zu entwerfen, die auch das Gegenläufige und die Widersprüche einbeziehen und so arrangieren, daß ein als Einheit wahrzunehmendes Gesamtbild entsteht.“[168]

Einer ‚postkolonialen‘ Perspektive liegt zudem der Durchbruch der Kulturgeschichte im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts zugrunde, welche auch das „Ende [aller] großen Erzählungen“ (Jean-François Lyotard) verkündete.[169] Damit wurde zugleich recht vorschnell die Frage ‚abgeräumt‘, ob es überhaupt noch sinnvoll erscheint, historische Prozesse als solche in einen größeren Rahmen einzuordnen oder ob es vielmehr nicht neo-historistisch besser wäre, die Fülle an Einzelphänomenen als untereinander unverbunden und jedes für sich ‚individuell‘ zu fassen.[170]

Im Unterschied zu diesen Annahmen des „Postkolonialismus“ denke ich nicht, dass ‚Diskursen‘ eine annähernd so große historische und gesellschaftliche Wirkungsmacht zuzusprechen ist, wie es zuweilen geschieht. Grundsätzlich liegt hier das Problem vor, dass Erscheinungen des kulturellen ‚Überbaus‘ eine zu große Wirkungsmacht zugesprochen wird und diese nicht in Verbindung gesetzt wird mit anderen prägenden Faktoren wie Klasse, Geschlecht, Milieu, Region, Religion etc., um nur einige zentrale Begriffe der Soziologie zu nennen.[171] Allerdings ist zuzugestehen, dass ‚postkoloniale‘ Ansätze eher einen interdisziplinären Beitrag, meist mit kulturwissenschaftlicher und/oder explizit politischer Ausrichtung verfolgen und insofern bis heute als keineswegs maßgeblich für die Neuere bis Neueste Geschichte überbewertet werden dürfen. Zugleich ist festzuhalten, dass es doch immer wieder Tendenzen eines ‚methodischen Imperialismus‘ gibt. Dieser besteht im hiesigen Fall darin, Konzepte, die eigentlich aus der Literaturwissenschaft stammen, relativ unreflektiert auf historische Themen zu übertragen.[172] Insgesamt werden sich alle

---

168 Langewiesche: Was heißt ‚Erfindung der Nation‘?, S. 16 f.
169 Vgl. Münker/ Roesler: Poststrukturalismus, S. 110-116.
170 Vgl. allgemein Hanisch: Die linguistische Wende, S. 212 ff. Zur gesamten Einordnung dieser Forschungsdiskussionen unter globalgeschichtlichen Vorzeichen Osterhammel: Gesellschaftsgeschichte und Historische Soziologie, bes. S. 81-85.
171 Vgl. Osterhammel: Die Verwandlung der Welt, S. 663; Thonfeld: Krisenjahre revisited, S. 414.
172 Siehe nur Reinhard: Kolonialgeschichtliche Probleme; Hanisch: Die linguistische Wende.

methodischen Verfahren aber zunächst am *empirisch-analytischen Ertrag* messen lassen müssen.[173] Statt eben dieser Betonung von ‚Diskursen' bin ich der Auffassung, dass es durchaus bestimmte soziale Trägergruppen für bestimmte Vorstellungen und Praktiken geben *kann*. In diesem Falle vor allem das Bildungsbürgertum.[174]

Eine vermittelnde Position zwischen den Polen der Konkretion und Abstraktion nehmen dagegen solche historischen Studien ein, die ‚Metropole' und ‚Peripherie' in „einem analytischen Feld" behandeln[175] bzw. dafür plädieren, diese Kategorien stärker zu hinterfragen, um die Geschichte(n) von Imperien stärker zu de- oder besser rezentralisieren zu können.[176] An großen Arbeiten zu nennen sind hier besonders jene der Globalhistoriker Sebastian Conrad sowie Jürgen Osterhammel.[177] Beide bieten eine überwältigende Fülle an Material, welches besonders dafür genutzt werden kann, einzelne kleinteiligere Ereignisse und Prozesse im weltweiten Rahmen besser einordnen zu können. Doch bei allen unbestreitbaren Verdiensten sind auch der Globalgeschichte freilich Grenzen gesetzt. So ist es bereits unter methodischen Gesichtspunkten eine Herausforderung (aber nicht prinzipiell unmöglich), im interkulturellen Vergleich soziale Trägerschichten von Expansion und Kolonialismus zu identifizieren – und dies auch über den engen europäisch-nordamerikanischen Rahmen hinaus.[178]

Damit schließt sich der Bogen wieder zur allgemeineren Entwicklung der Forschung, in der nicht nur kulturhistorische bzw. -wissenschaftliche Themen und Methoden nach wie vor hoch im Kurs stehen, sondern im Unterschied zur älteren Historiografie vor allem und an sich eine rege Methodendiskussion zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Dabei werden besonders die Forschungsmethoden des Vergleichs, des Transfers sowie der Verflechtung mittlerweile eher als einander komplementär denn als miteinander konkurrierend bewertet.[179] Wie lässt sich ein derart ambitioniertes methodisches Instrumentarium gewinnbringend auf das hiesige Thema beziehen? Zunächst soll in einem etwas kürzer gehaltenem historischen Längsschnitt

---

173 Expressis verbis muss hier angesprochen werden, dass ich also ein wesentliches Problem der ‚postcolonial studies' in ihrer Über-Theoretisierung (eigentlich: Über-Philosophierung) bei gleichzeitiger eklatanter Unter-Empirisierung oder (bestenfalls) in deren fehlender Vermittlung zueiander sehe.

174 Siehe Fröhlich: Das lange Scheitern; Hampe: Sozioökonomische und psychische Hintergründe.

175 Hirschhausen: A New Imperial History?, S. 719; vgl. auch Stuchtey: Zeitgeschichte und vergleichende Imperiengeschichte, S. 305. Paradigmatisch hierfür ist der Beitrag von Cooper/ Stoler: Between Metropole and Colony.

176 Vgl. Stuchtey: Zeitgeschichte und vergleichende Imperiengeschichte, S. 307, S. 315, S. 318 f., S. 323 f., S. 328 f. und S. 334 f.

177 Siehe Conrad: Globalisierung und Nation; Osterhammel: Die Verwandlung der Welt.

178 Siehe zu diesen Herausforderungen, aber auch Potentialen Osterhammel: Transkulturell vergleichende Geschichtswissenschaft.

179 Vgl. Arndt/ Häberlen/ Reinecke: Europäische Geschichtsschreibung, S. 14 ff.; Thonfeld: Krisenjahre revisited, S. 414.

die Entwicklung des Kolonialismus in Deutschland vor allem mit Blick auf Ostmitteleuropa einerseits sowie in ‚Übersee' andererseits skizziert werden. Hierbei wird vor allem stärker eine vergleichende Fragestellung favorisiert, die aber gerade für Ostmitteleuropa auf verdienstvolle Studien zur Verflechtungsgeschichte zurückgreifen kann. In den danach folgenden Kapiteln wird zwar auch der partielle und gleichgewichtete Vergleich, besonders zwischen den beiden Verbänden DKG und DO, als bevorzugte Methode gewählt. Allerdings wird der Auffassung gefolgt, dass Methodologie auch flexibel eingesetzt werden kann, insofern sie kritisch reflektiert und auf daraus entstehende Probleme und Leerstellen hingewiesen wird und die Forschung somit methodisch kontrolliert praktiziert wird. Eine solche vergleichende Studie kann freilich keinen umfassenden Anspruch anmelden, sondern nur als eine Synthese von verschiedenen ‚Sonden' oder ‚Probebohrungen' anhand des empirischen Materials gelten. Zugleich wird im Hauptteil der Arbeit jedes Kapitel einen Vergleich beinhalten, der wie auch die gesamte Studie grundsätzlich möglichst deduktiv verfährt. Es werden zuerst allgemeinere Faktoren diskutiert, diese dann mit Quellen konfrontiert, die dann in einem vergleichenden Zwischenfazit synthetisiert werden.

Mit welchem methodischen Zugang lässt sich ein solches Forschungsdesign am Ehesten realisieren? Hier scheint mir die „new imperial history" wohl am geeignetsten. Zum Einen ist die Kombination aus verschiedenen methodischen Zugängen wie beispielsweise Sozial-, Kultur- oder auch Geschlechtergeschichte reizvoll, weil interdisziplinär.[180] Zum Anderen steht die „new imperial history" keinesfalls für die historische Verherrlichung des Kolonialismus, sondern auch für die Untersuchung der Rückwirkungen der Kolonien auf das oder gar die kolonialen Zentren. Dabei wird dieser Ansatz für diese konkrete Arbeit nicht als streng zu befolgendes Paradigma verstanden, sondern eher als eine Art ‚Werkzeugkasten'. Dabei ist die additive Faktensammelei zu vermeiden, sondern es stehen gesellschaftliche Prozesse und synthetisierende, thesenhaft zugespitzte Erklärungen im Vordergrund. Ebenfalls ist hervorzuheben, dass die „new imperial history" nicht unbedingt den erkenntnistheoretischen Status beanspruchen muss, der immer wieder einmal von den vielfältigen ‚turns' in den Geschichts- und Kulturwissenschaften behauptet wird.[181] Als Beleg

[180] Insbesondere der Begriff der ‚Kulturgeschichte' bedarf hier einer weiterreichenden Operationalisierung, soll er nicht als unspezifischer Platzhalter dienen. Für die Studie wird deswegen ein erfahrungsgeschichtlicher Kulturbegriff präferiert. Vgl. Jaeger: Historische Kulturwissenschaft, S. 527 ff.

[181] Die Behauptung von kaum noch zu überblickenden ‚Turns' scheint nicht so sehr in immer neuen methodischen Innovationen der Geschichts- und Kulturwissenschaften *an sich* zu liegen, sondern vor allem dem Druck geschuldet zu sein, sich mit möglichst Aufsehen erregenden Thesen auf dem wissenschaftlichen Markt besser verkaufen zu wollen bzw. zu müssen. Die Forschung zu dieser Kommerzialisierung (nicht nur) der Geschichtswissenschaften erscheint mir hierbei als ein bisher kaum bestelltes Feld zwischen

für diese Problemstellung im Besonderen und die gelinde gesagt etwas aufdringliche Verkündung immer neuer ‚Turns' kann ein deutliches Urteil des sonst recht abwägend urteilenden Globalhistorikers Osterhammel gelten:

> „‚Turns' sind gut fürs *Geschäft*, sie halten den Laden in Schwung. Der Vorteil ist immer bei jenen, die sich die Wendehegemonie sichern […]. Die imperiale Wende wird als nicht länger *begründungspflichtige Naturtatsache* betrachtet. Was sonst noch gegen Nationalgeschichtsschreibung sprechen könnte außer, dass sie reaktionär ist, bleibt leider ungesagt. Da der Rest des Bandes darauf auch keine explizit begründeten Antworten gibt, ist er weniger ein Beitrag zu einer offen geführten Debatte als ein *Dokument der Autosuggestion* [H. d. A., RF]."[182]

Dagegen lässt sich die „new imperial history" vielmehr als den interdisziplinären Versuch verstehen, neuere Fragestellungen mit bewährten Methoden zu verbinden. Dazu können ganz unterschiedliche Fragen zählen wie nach der Konstruktion von Identitäten, von Macht und Herrschaft (und ihren Grenzen), von Transferprozessen zwischen ‚Kolonien' und ‚Metropolen', von Gender-Aspekten in imperialen Kontexten usw. usf.[183] Insofern kommt der „new imperial history" eher der epistemische Status eines größeren Fragenkatalogs zu denn der eines strikten Forschungsparadigmas. Dazu bemerkt der britische Historiker Howe:

> „Embracing analytical diversity, even eclecticism, […] may also aptly reflect the multiplicity of forms of empires itself: not merely variation across time, but the coexistence of very different kinds of empire within the same system, at the same time."[184]

Dieses Forschungskonzept ist also viel weniger ein methodischer ‚Quantensprung' denn eher eine letztendlich am empirischen Ertrag zu bewertende Rückbesinnung auf gar nicht ‚so' neue Fragestellungen.[185] Osterhammel hebt zu Recht hervor, dass derartige Studien einer „systematische[n] Unabgeschlossenheit" unterlägen, die diese in die Richtung einer „*Histoire*

Historiographiegeschichte einerseits und einer kritischen Unternehmensgeschichtsschreibung andererseits. Ein Vergleich zwischen den dahingehend doch arg unterschiedlichen Fachkulturen der USA einerseits und Deutschlands andererseits wäre hier ein gelungener Anfang, der freilich durch andere Fallstudien ergänzt werden könnte. Eine erste Schneise für entsprechende Tendenzen und Institutionen in Deutschland bietet zum Beispiel Schanetzky: Die Mitläuferfabrik.

182 Osterhammel: [Rez. zu: Burton (Hg.): After the Imperial Turn].

183 Diese nicht erschöpfende Aufzählung wird fortgeführt bei Howe: Introduction, S. 4-16; Stuchtey: Zeitgeschichte und vergleichende Imperiengeschichte, S. 304 f., S. 307, S. 310 und S. 336.

184 Howe: Introduction, S. 16.

185 Vgl. Osterhammel: [Rezension zu: Wilson (Hg.): A New Imperial History].

totale [H. i. O., RF]“ treibe.[186] Und genau an dieser „Unabgeschlossenheit“ orientiert sich der weitere Aufbau der vorliegenden Studie. Anhand verschiedener komparativer Fallstudien soll nach der Rolle und dem Stellenwert des Kolonialismus bzw. imperialer Vorstellungen und Handlungen für die Zwischenkriegszeit gefragt werden. Die Auswahl der behandelten Themen ist dabei keineswegs erschöpfend, sondern stellt nach Maßgabe meiner Interessen eine Mischung aus struktur-, sozial- und kulturhistorischen Themen dar. Sie ließen sich sicherlich noch um weitere Fallstudien erweitern bzw. diese anregen.

Dies mag von der Warte eines Methodenpurismus einerseits oder auch einer epochalen Engführung andererseits her ein kritikwürdiger Ansatz sein. Dennoch ist in Anlehnung an den Mediävisten Michael Borgolte darauf zu beharren, dass ein solches Konzept gar nicht den Anspruch erhebt, eine ‚totale‘, allumfassende Geschichte zu schreiben. Wohl ist sie aber stets darum bemüht, aktuelle Fragen aus den Methodendiskussionen des Fachs (und darüber hinaus) produktiv anhand des eigenen Themas zu integrieren.[187] Auch in der vorliegenden Studie kann es keineswegs darum gehen, eine ‚totale‘ Geschichte der beiden Verbände zu schreiben. Das verbietet sich aus wenigstens drei Gründen: erstens überhaupt aufgrund der Frage nach dem analytischen Zugewinn einer zwar empirisch gesättigten, aber letztendlich interpretatorisch blutarmen und kontextlosen Verbandsgeschichte. Zweitens dem sehr heterogenen Quellenkorpus, der für die DKG ein aufgrund des gänzlich erhaltenen Verbandsarchivs nachgerade gigantisches Ausmaß annimmt, während die Suche nach DO-Quellen oft genug Detektivarbeit erforderte.[188] Drittens geht es schlichtweg und pragmatisch um eine Arbeitsökonomie, bei der die eingesetzten Ressourcen des wissenschaftlichen Arbeitens sich auch am Ertrag messen lassen müssen. Wer hier also zwei chronlogische Verbandsgeschichten erwartet, wird leider enttäuscht werden. Wer aber systematische Fallstudien zu den Fragen imperialer (Dis-) Kontinuitäten anhand von Fallbeispielen aus beiden Verbänden sucht, könnte hier eher fündig werden.

Somit sollte man die präferierte methodische Offenheit nicht so als einen Schwachpunkt sehen, sondern eine Stärke, wobei es freilich laufend der Diskussion zwischen Empirie und Theorie bedarf, um das hier erkennbare Innovationspotenzial auch freilegen zu können. So kann man mit der treffenden Beobachtung von Osterhammel zusammenfassen:

---

186 (Ders.): Imperialgeschichte, S. 221.

187 Vgl. Borgolte: „Totale Geschichte“ des Mittelalters?, S. 44 f.

188 Außerdem ist klar einzuräumen, dass hier ‚nur‘ mit Akten aus Berliner Archiven gearbeitet wurde und selbst hier noch nicht einmal alle Bestände ausgewertet werden. Sowohl hier als auch an die Überlieferungen anderer Archive und Sammlungen können weitere Forschungen also anknüpfen. In meinen Anmerkungen werde ich im Folgenden immer wieder auf weitere Quellen und Ansätze hinweisen, die lohnenswert für künftige Forschungen sind, allerdings über meine hier verfolgte Fragestellung hinausweisen.

„Wenn es ein Gebiet der Geschichtswissenschaft gibt, auf dem sich die Theorie- und Methodenkonflikte vermittelnd entschärfen und die verschiedenartigsten Ansätze experimentell verbinden lassen, dann ist es die Imperialgeschichte. Sie ist […] nichts weniger als die Geschichte des neuzeitlich entstehenden globalen Zusammenhangs.“[189]

Ob sie dabei ganz holistisch gedacht mehr als die Summe ihrer Teile ist, kann hier ruhig und unprätentiös als Frage im Raum stehen gelassen werden und hängt auch ganz von der individuellen Interpretation der Ergebnisse dieser Studie ab. Eine davon unabhängige methodologische Feststellung besteht darin, zwar den eklektischen Umgang mit unterschiedlichen Methoden einerseits zu betonen, davon aber die Ebene der Interpretation der damit gewonnenen Ergebnisse zu trennen. Hier können durchaus kohärente Thesen den Erkenntnisprozess bündeln. Zugleich verdeutlicht die vorgetragene These von Howe, dass nicht die Rede sein sollte von ‚einem‘ Empire – in diesem Falle dem deutschen – sondern dass die „new imperial history“ zugleich eine ergebnisoffene Grundlage für einen methodisch kontrollierten Vergleich verschiedener Formen von ‚Imperien‘ ermöglicht. Was sonst als *inter-imperialer* Vergleich in der Forschung auf reges Interesse stößt,[190] wird in dieser Studie stattdessen als *intra-imperialer* Vergleich realisiert. Die erkenntnisleitende These dahinter lautet, dass sich die ‚imperiale‘ Dimension ‚deutscher‘ Geschichte erst dann besser verstehen lässt, wenn wir sie nicht einfach a priori annehmen oder negieren, sondern sie anhand verschiedener Teilfragen operationalisieren, um ein differenziertes Bild zu erhalten.

Auch gibt Stephan Wendehorst zu bedenken, dass auch die Untersuchung einzelner Imperien in die Falle der nationalstaatlich orientierten Geschichtsschreibung zu tappen drohe, wenn sie nicht möglichst den Vergleich zu anderen Imperien anhand reflektierter Vergleichsmaßstäbe vornähme.[191] Mittel- bis langfristig ist diese Warnung in ihrer Weitsicht ganz sicher kaum zu überschätzen. Doch gerade für den ‚deutschen‘ Fall, für dessen imperialen Denk- und Handlungsweisen sich die jüngere Historiografie erst seit wenigen Jahren zu interessieren beginnt, scheint mir doch zunächst erst einmal der Vergleich zwischen der Imperienbildung in Übersee einerseits sowie der in Ostmitteleuropa als ein Desiderat der historischen Grundlagenforschung. Allerdings sollte ein solcher, hier präferierter Zugang nicht als ‚Königsweg‘ verklärt werden: beispielsweise könnte auch der Vergleich der

189 Osterhammel: Imperialgeschichte, S. 221 f.
190 Vgl. Stuchtey: Zeitgeschichte und vergleichende Imperiengeschichte, S. 304 f., S. 318 f. und S. 334 f.
191 Vgl. Wendehorst: Altes Reich, „Alte Reiche“ und der *imperial turn*, S. 19 f.

Herrschaftspraxen der Habsburgermonarchie, des Zarenreiches und zunächst Preußens, ab 1870/71 des deutschen Kaiserreichs in Ostmitteleuropa unter der Fragestellung nach der Ausprägung von ‚Imperialität' gewiss neue Erkenntnisse zutage fördern.[192]

Auch macht Wendehorst auf das Auseinanderklaffen zwischen der empirischen Sättigung der Imperienforschung und deren unzureichender theoretischer Konzeptionalisierung aufmerksam.[193] Genau aus diesem Grunde wird in dieser Studie ein möglichst methodisch-theoretisch reflektierter Zugang bevorzugt, der zugleich die Fülle an empirischen Belegen im Abschluss zu neuen Thesen zu verdichten versucht. Eine präzise Beschäftigung nicht nur mit den Quellen, sondern auch mit der Sekundärliteratur bietet darüber hinaus einen ungemein wertvollen Vorteil, denn „Literaturkenntnis schützt vor Neuentdeckungen und ist das Elementarste […], dass man etwas hochtrabend historische Methode zu nennen pflegt."[194]

Ein weiteres methodisches Problem stellt die Frage danach dar, wie in einem solch multiperspektivischen Forschungsdesign die Perspektive des ‚gender' sinnvoll umgesetzt werden kann. Auf der einen Seite stünde die Möglichkeit, diese komplett zu ‚integrieren', was die Gefahr einer erneuerten Marginalisierung geschlechterhistorischer Perspektiven Vorschub leisten könnte. Auf der anderen Seite ließe sich eine komplett ‚autonome' Perspektive auf die beiden Verbände einnehmen und diese ausschließlich mit Fragen aus der geschlechterhistorischen Forschung untersuchen.[195] Neben der Gefahr, hier zu viele andere methodische Möglichkeiten des thematischen Zugriffs zu vernachlässigen, erscheint es mir schlichtweg aus einem simplen Grund ratsam zu sein, dieser radikalen Perspektive zumindest für *diese* Studie nicht zu folgen. Denn über den DO wissen wir einfach dermaßen wenig, dass eine methodische Engführung auf eine rein geschlechterhistorische Perspektive zu viel Potential an möglichen Erkenntnissen verschenkt. Wie also mit diesem methodischen Spannungsverhältnis umgehen? Sicher ist mir bewusst, dass zahlreiche der von mir im Hauptteil der Arbeit gewählten Zugänge enge Bezüge zur Geschlechtergeschichte aufweisen oder sogar von dort stammen. Ein möglichst vielschichtiges Bild beider Verbände in der Zwischenkriegszeit zu zeichnen erfordert es aber, sich davon zu lösen, *einen* methodischen Ansatz *allein* verfolgen zu wollen. Dennoch wird in zweierlei Hinsicht ‚gender' als historische Forschungskategorie hier mit einbezogen: einerseits wird nach dem Blick innerhalb der Verbände *auf* die Geschlechterordnung geblickt und andererseits wird nach der

[192] Weitere interessante Vergleichsgegenstände werden ebd., S. 42 formuliert.
[193] Vgl. ebd., S. 19.
[194] Heimpel: [Rezension zu: Heydte: Die Geburtsstunde des souveränen Staates […]], S. 210.
[195] Vgl. Bothe/ Schuh: Geschlecht in der Geschichte?, S. 17 ff. und S. 24-27.

Rolle, den Handlungsmöglichkeiten, dem Selbstbild etc. von Frauen *in* diesen Verbänden gefragt. Wo sich weitere Hinweise auf geschlechterhistorisch relevante Aspekte eines Themas ergeben, werden diese möglichst in den Anmerkungen als solche ausgeführt. Eine solche Herangehensweise kann man mit Bothe/ Schuh als „integrierte" Perspektive bezeichnen.[196] Auf ein weiteres Argument für eine solche Sichtweise der zahlreichen Quellen weist Thomas Welskopp hin. Demnach berge nach der Ausformulierung und –differenzierung der bürgerlichen Geschlechtervorstellungen im Übergang zur Moderne ein Forschungsansatz umso mehr Potential, wenn er nicht nur die vermeintlich ‚männlichen' Rollenbilder ernst nimmt, sondern immer auch nach den komplementären Bildern und Begriffen fragt. Als Historiker der (frühen) Arbeiterbewegung exemplifiziert er dies: „Nicht obwohl, sondern *weil* sich beispielweise die frühen deutschen Sozialdemokraten ausdrücklich als ‚Männer' verstanden, konnten sie sich als Mitglieder einer kämpferischen und ehrenvollen Klassenbewegung ausgeben [H. i. O., RF]."[197]

Zur Frage, ob stärker erzählende oder erklärende Elemente den Gang der Argumentation prägen sollen, so wird der Schwerpunkt mehr auf Erklärungen gelegt. Von den systematischen Grundlagen historischer Erkenntnis her werden Verstehen, Erzählen und Erklären nicht als Widersprüche behandelt, sondern als eine Trias, innerhalb derer verschiedene Gewichtungen vorgenommen werden können.[198] Im Anschluss an meine erste größere Studie zu einem anderen, fortlaufend sehr aktuellen Thema ist es einfach mein Interesse an Kausalanalyse, welches diese Akzentuierung bedingt.[199] Ich bin mir dabei der Gefahr bewusst, dass im Spannungsfeld zwischen nomothetischen versus idiographischen Forschungsrichtungen eine stärker erklärende denn verstehende Herangehensweise die Gefahr des monokausalen Schlusses enthält, halte aber dagegen, dass verstehen die erkenntnislogisch vorgängige Operation ist (d.h. erst das Verstehen ermöglicht das Erklären).[200]

Letztlich wird die Vorgehensweise dieser Studie bestimmt werden von einem Drahtseilakt zwischen den Extremen eines positivistischen Empirizismus einerseits oder aber einer empirielosen Über-Theoretisierung andererseits.[201] Ob dieser Balanceakt letztlich gelungen ist, sei allen Lesenden nach der Lektüre dieser Studie selbst anheim gestellt.

---

196 Bothe/ Schuh: Geschlecht in der Geschichte?, S. 25.
197 Welskopp: Die Sozialgeschichte der Väter, S. 184 f.
198 Siehe Frings/ Marx (Hg.): Erzählen, Erklären, Verstehen; Laak: Erzählen, Erklären oder Erbsenzählen?; Schurz: Erklären und Verstehen.
199 Vgl. Fenske: Vom ›Randphänomen‹ zum ›Verdichtungsraum‹, S. 12 f.
200 Vgl. Jaeger: Historische Kulturwissenschaft, S. 518-524.
201 Vgl. Howe: Introduction, S. 16.

1.4. Quellen

Um solch ein Forschungsprojekt als *gleichgewichteten* Vergleich realisieren zu können, ist zunächst auf ein eklatantes *Ungleichgewicht* der Quellenlage hinzuweisen.[202] Dies hängt eng mit der Überlieferungssituation zusammen. Während wie gezeigt zur DKG ein besonders im Bundesarchiv Berlin der nahezu vollständige Bestand des Verbandsarchivs zugänglich ist, fehlt eine solche nahezu geschlossene Überlieferung zum DO. Zu ihm findet sich eine fragmentierte archivalische Überlieferung in verschiedenen Provenzien des Bundesarchives. Kompakter ist dagegen die Überlieferung zum DO in Akten des DOV im Berliner Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, der vom DO während der Weimarer Republik zunehmend marginalisiert wurde und sich intensiv mit seinem jüngeren ‚Rivalen' auseinandersetzte. Sehr genau wurde der Verband schließlich besonders vom AA in Berlin beobachtet, das eine quantitativ vergleichsweise schmale, dafür aber fast als minutiös zu bezeichnende fortlaufende Aktenserie über ihn anlegte, auf die hier erstmals umfassend zurückgegriffen werden konnte. Für die DKG lässt sich folglich ein Überangebot auch an unveröffentlichten Quellen festhalten, während für den DO beinahe detektivischer Spürsinn erforderlich war. Über den Verbleib der Akten der verbandseigenen „Archivabteilung" ließen sich trotz intensiver Recherchen keine Angaben finden.[203]

Auch finden sich im Verbandsarchiv der DKG in Berlin zahlreiche Ego-Dokumente führender Akteure, während für den DO trotz intensiver Recherchen kein einziger Nachlass von Personen der Verbandsleitung ermittelt und ausgewertet werden konnte. Die Informationen, die dazu zusammengetragen wurden, beziehen sich auf sehr diversifizierte Quellen. Da mir leider die Kenntnisse der polnischen Sprache fehlen, wurden polnische Archivbestände nicht für diese Studie herangezogen.[204] Ich bin aber der festen Überzeugung, dass sich gerade hier noch zahlreiche aussagekräftige Quellen befinden. Auch die polnische Forschung wurde aufgrund dieser fehlenden Kenntnisse zwar nicht völlig, aber in zu großem

---

[202] Die einzelnen Provenienzen werden hier nicht näher vorgestellt. Sie sind anhand des Quellenverzeichnisses formell ersichtlich und inhaltlich anhand der hier gebotenen Entwicklungsgeschichte beider Verbände *(siehe S. 46 f. und S. 79-86)*.

[203] [Anonym]: Zehn Jahre Kampf für Ostheimat, deutsches Volkstum und Vaterland. Erinnerungsblätter zur Feier des 10jährigen Bestehens des Deutschen Ostbundes. Berlin 1929, S. 49.

[204] Auch der Überblicksartikel von Sobczak ist zwar auf Polnisch verfasst, nutzt aber ausschließlich deutsche Archivbestände. Diese wären in weiteren Studien zum DO durch die Erschließung polnischer Bestände zu ergänzen. Siehe (ders.): Działalność Deutscher Ostbund.

Ausmaß außer Acht gelassen.[205] Entsprechende Akten dürften möglicherweise noch nicht einmal in den elektronischen Bestandsübersichten der Archive verzeichnet sein,[206] sodass hier die Kooperation mit dem Archivpersonal vor Ort zu suchen sein wird. Insgesamt stützt sich diese Arbeit schwerpunktmäßig besonders auf die fortlaufende Diskussion von Archivalien und Forschungsliteratur, und dieses Material ist bei genauerer Betrachtung überaus reichhaltig, ja fast überbordend. Es bleibt weiteren Studien vorbehalten, neue bzw. andere Quellengattungen systematisch zu erschließen und auszuwerten.

Dazu zählen zunächst Zeitschriften. Sinnvoll ist dies deswegen, da die Zeitschrift seit der Aufklärung eines *der* bürgerlichen Medien schlechthin darstellt.[207] Zudem können beide untersuchten Verbände ihrer sozialen Zusammensetzung sowie ihrem Wertehorizont nach klar als bürgerlich charakterisiert werden.[208] Wenngleich sich das deutsche Bürgertum seinem Selbstverständnis nach nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg in der Krise befand,[209] ließe sich durch eine zumindest *exemplarische* Auswertung der entsprechenden Zeitschriften über die hier diskutierten Forschungsfragen einiges herausfinden. Nöhre und Schubert haben für die DKG hier bereits Pionierarbeit geleistet,[210] für den DO steht diese noch komplett aus. Allerdings kann hier keine erschöpfende systematische Analyse der Periodika beider Verbände erfolgen. Vielmehr werden diese nur punktuell herangezogen. Auch wird an entsprechender Stelle ein Überblick gegeben, an den weitere Forschungen anknüpfen können. Allerdings ist die entsprechende Überlieferungslage eine Herausforderung: die meisten dieser Periodika sind nur sehr schwer zu erreichen und meist auch nicht mehr seriell an einem Ort überliefert, zumal sie sich auch physisch in einem meist sehr schlechten Zustand bzw. sich buchstäblich in Auflösung befinden. Ihre Digitalisierung ist wichtig, um sie der Forschung dauerhaft erhalten zu können. Gearbeitet wurde mit diesem Quellentyp vor allem im Grimm-Zentrum der HU Berlin, wo die reichsten Bestände lagern. Ferner lagerten Teilbestände in den Bibliotheken der FU Berlin, der SLUB Dresden sowie der Nationalbibliothek Leipzig.

---

205 Wichtige Hinweise auf weitere entlegene (deutsche) Akten finden sich allerdings besonders in der älteren polnischen Literatur. Vgl. Wąsicki: Prowincja Grenzmark, S. 96-108.

206 Die Recherche der Archivbestände erfolgte zunächst über die Datenbanken „Archives Portal Europe“ (http://www.archivesportaleurope.net/) sowie (für Nachlässe) „Kalliope“ (http://kalliope.staatsbibliothek-berlin.de/de/index.html). Anhand der konkreten Zusammenarbeit mit den Archivar_innen vor Ort ergaben sich nicht selten weitere Aktenfunde in (noch) nicht verzeichneten Provenienzen.

207 Vgl. Faulstich: Die bürgerliche Mediengesellschaft, S. 225-251.

208 *Siehe Kap. 2.2.3. und z.B. S. 139, S. 150 ff. und S. 160.*

209 Vgl. Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 13 f.

210 Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung; Schubert: Der schwarze Fremde. Im Folgenden stütze ich mich deswegen auf diese beiden Studien, ohne selbst weitere DKG-Periodika auszuwerten.

Da die Weimarer Republik auch die Zeit war, als sich neue Massenmedien wie beispielsweise das Kino etablierten, soll der Umgang beider Verbände mit diesen ‚neuen Medien' ebenfalls kurz skizziert werden.[211] Etwas außen vor bleiben dabei aber Quellen reiner oder vorrangiger literarischer Provenienz, da sie als absichtsvoll verfasste und gegebenenfalls fiktive Quellen nur höchst bedingt Aufschluss über ihre Zeit erlauben.[212] Somit werden in dieser Studie stärker die Unterschiede als die Gemeinsamkeiten zwischen Geschichts- und Literaturwissenschaften betont; zumal eine noch so ausgefeilte Interpretation literarischer Texte nun einmal nicht die empirische Arbeit in Archiven ersetzen kann – sie kann sie aber durchaus in methodisch reflektierter Weise ergänzen.[213]

Eine methodische Herausforderung, die abschließend noch einige Beachtung verlangt, ist die besonders von Cooper/ Stoler mit Nachdruck vertretene Forderung, ‚Kolonialisierer' und ‚Kolonialisierte' im selben analytischen Feld zu behandeln.[214] Allerdings liegt hier ein gewichtiges Problem vor. Es ist dies die Frage, wer mit welchen Quellen ‚zum Sprechen gebracht wird' und wem diese nachträgliche Artikulation historischer Erfahrungen logischerweise nur eingeschränkt oder gar komplett verwehrt wird.[215] Dieses Problem ist in seiner logischen Grundstruktur ein dialektisches, denn man wird nie wirklich *alle* Perspektiven auf ein Problem einfangen und bündeln können, auch wenn dieser redliche Ansatz besonders von der „histoire croissé" versucht wird.[216] Ein solches Vorhaben kann noch auf einer sehr geringen Abstraktionsebene wie Lokal- oder Regionalstudien arbeitsökonomisch realisiert werden. Sobald es aber zeitlich bzw. räumlich größere Bereiche in den Blick nimmt, steigt automatisch der Abstraktionsgrad und ein solches Unterfangen wird zur arbeitsökonomischen Mammut-Aufgabe, die sich beständig der Frage nach dem erkenntnistheoretischen Kosten-Nutzen-Verhältnis stellen muss.

Neben diesem Komplexitätsproblem ergibt sich noch ein weit profaneres Problem. Denn direkte Herrschaftsbeziehungen über andere, als ‚Kolonialisierte' wahrgenommene Gruppen von Menschen fehlten in der Weimarer Republik aufgrund der fehlenden Kolonien ja weitgehend. Ohne Frage sind Analysen vom Zusammenhang zwischen ‚race' und ‚gender' auch für die Zeit fehlender direkter kolonialer bzw. imperialer Herrschaft sinnvoll. Sie sind

---

211 *Siehe S. 232 f.*
212 Siehe zu dieser Diskussion, zu der somit Stellung bezogen wurde: Rathmann/ Wegmann (Hg.): „Quelle".
213 Vgl. Hanisch: Die linguistische Wende, S. 219 ff.
214 Siehe Cooper/ Stoler: Between Metropole and Colony.
215 Siehe Büschel: Das Schweigen der Subalternen.
216 Vgl. Arndt/ Häberlen/ Reinecke: Europäische Geschichtsschreibung, S. 14 und bes. S. 16.

aber bereits geleistet worden und können hier als Korrektiv fungieren.[217] Außerdem kann argumentiert werden, dass die zu untersuchenden beiden imperialen Verbände keine frühere Herrschaftsfunktion im imperialen Kontext des Kaiserreichs ausübten, weswegen ihr Kontakt mit der beherrschten Bevölkerung ‚vor Ort' zwar nicht gänzlich ausblieb, sie allerdings vor allem als Interessenverbände innerhalb des Kaiserreichs wirkten. Sie waren sozusagen ‚imperiale Verbände zweiten Grades'.[218] Von daher wäre es auch methodisch nicht zielführend, hier ein ‚gemeinsames analytisches Feld' zu konstruieren, welches schlichtweg so nicht bestand. Der ernstzunehmende Vorwurf, durch ein solch eher vereinseitigendes Verfahren der Quellenauswahl eine versteckte Apologetik eurozentrischer oder gar rassistischer Standpunkte zu betreiben,[219] wird dadurch begegnet, dass in einem gesonderten Kapitel der Blick jener Verbände auf die vormals Beherrschten untersucht wird, die beispielsweise in Form von Zwangs- oder freiwilliger Migration in der Weimarer Republik lebten oder in ihr Staatsgebiet zurückkehrten.[220]

2. Vergleichende Sozial- und Kulturgeschichte imperialer Verbände

2.1. Vom Kaiserreich zur frühen Weimarer Republik

2.1.1. DKG und DOV im deutschen Kaiserreich

Die neuere Forschung hat eindrücklich gezeigt, dass bereits seit dem Vormärz von Teilen des liberalen Nationalismus immer lautstärker auch nach imperialer Expansion verlangt wurde.[221] Die bevorzugte Organisationsform dieser Interessen war der (bürgerliche) Verein.[222] Auch nach der Reichsgründung von 1870/71 gingen die Meinungen über die außenpolitischen Konzeptionen zwischen Bismarck und der nationalliberalen Kolonialpublizistik stark auseinander. Während der Erstgenannte in den Bahnen europäischer Bündnis- und

[217] Hier sei statt unzähliger Aufsätze nur verwiesen auf: Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger; Schubert: Der schwarze Fremde; Oltmer: Migration und Politik.
[218] *Siehe auch S. 109.*
[219] Siehe nur Eckert/ Randeria (Hg.): Vom Imperialismus zum Empire; Conrad/ Randeria (Hg.): Jenseits des Eurozentrismus.
[220] *Siehe Kap. 2.3.10.*
[221] Siehe Fitzpatrick: Liberal imperialism in Germany; Müller: „Der Traum von der Weltmacht"; Fenske: Imperialistische Tendenzen in Deutschland vor 1866.
[222] Vgl. Hoffmann: Geselligkeit und Demokratie, S. 66 ff. und S. 90; Gottwald: Art. Deutscher Kolonialverein, S. 159 f.

Sicherheitspolitik dachte, wollte die letztgenannte Gruppe möglichst eine „‚zweite Reichsgründung' in Übersee".[223] Für sie gehörten Nationalismus und Kolonialismus wie selbstverständlich zusammen, denn nur so könne eine Weltmacht entstehen.[224] Da das Kaiserreich aber erst vergleichsweise spät in die imperialistische Aufteilung weiter Teile der Welt in Einflusssphären einsteigen konnte, entwickelte sich zugleich hier ein latenter kolonialpolitischer Minderwertigkeitskomplex.[225] Zwei zentrale Punkte sollten deswegen besonders den deutschen Kolonialismus prägen: einerseits die „Distinktion" gegenüber anderen Kolonialmächten, andererseits aber auch deren insgeheime „Imitation".[226] Das war ganz besonders beim britischen Empire der Fall.[227]

Führende Publizisten der frühen nationalliberalen Kolonialbewegung waren Friedrich Fabri (1824-1891), Wilhelm Hübbe-Schleiden (1846-1916) und Ernst von Weber (1830-1902), die „Drillinge[] der Kolonialbewegung".[228] Kritisiert wurde von ihnen vor allem der ihrer Meinung nach fehlende Wille der Regierung, auch eine koloniale Großmacht sein zu wollen. So beschwerte sich der bekannte nationalliberale Historiker und Publizist Treitschke:

> „Mit vollem Recht verlangt die Nation, daß Deutschland in diesem großen Wettbewerbe der Völker nicht zurückstehen dürfe. Sie sieht sich nicht bloß in ihrem politischen Ehrgeiz gekränkt, wenn sie ihre Stellung in der transatlantischen Welt betrachtet; sie empfindet auch eine sittliche Beschämung, da sie sich gestehen muß, daß wir Deutschen zu den großen kosmopolitischen Arbeiten des modernen Völkerverkehrs bisher nur sehr wenig beigetragen haben. Die Begründung des Weltpostvereins und die Teilnahme an der Erbauung der Gotthardbahn – das sind nahezu unsere einzigen Verdienste auf diesem Gebiete, und wie schrumpfen sie zusammen neben den Taten der englischen Kolonialpolitik […]."[229]

Die frühe Kolonialbewegung des Kaiserreichs war dabei keineswegs einheitlich. Den ersten Anlauf, die verschiedenen Auswanderungsvereine und geografischen in den Städten des Kaiserreichs zusammenzufassen, unternahm der im Oktober 1878 gegründete „Centralverein

---

223 Bade: Die „Zweite Reichsgründung" in Übersee.
224 Vgl. Walgenbach: „Die weisse Frau […]", S. 161.
225 Vgl. ebd., S. 162; Pogge von Strandmann: Imperialism and Revisionism, S. 92.
226 Walgenbach: „Die weisse Frau […]", S. 162.
227 Siehe Epkenhans: Aspekte des deutschen Englandbildes. Vgl. auch Bade: Die „Zweite Reichsgründung" in Übersee, S. 195-198; Fröhlich: Das lange Scheitern, S. 224 f.
228 Ebd., S. 221; vgl. auch ebd., S. 219-224; Bade: Enthusiasmus und Kalkül, S. 83.
229 Treitschke, Heinrich von (1884): Die ersten Versuche deutscher Kolonialpolitik, in: (ders.): Aufsätze, Reden und Briefe. Hgg. von Karl Martin Schiller. 5 Bde. Bd. 4: Schriften und Reden zur Zeitgeschichte II. Leipzig 1929, S. 665-676, hier S. 667 f. Vgl. auch Hartwig: Art. Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 731.

für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande“ (CHF).[230] In der Wahl des präferierten Kolonietyps[231] schwankte man hier zwischen handlungspolitisch orientierter Stützpunktkolonie einerseits und der bevölkerungspolitischen Siedlungskolonie.[232] Im Jahr 1881 gründete Friedrich Fabri dann in Düsseldorf den noch regional begrenzten „Westdeutschen Verein für Colonisation und Export“, dem 1882 in Frankfurt a. M. der „Deutsche Kolonialverein“ (DKV) unter Hermann Fürst zu Hohenlohe-Langenburg (1832-1913) folgte.[233] Bereits bei den DKG-Vorgängern CHF und DKV war der spätere Haupttheoretiker der „Geopolitik“, Friedrich Ratzel (1844-1904), aktiv.[234] Zugleich deuteten diese Fusionen kolonialpolitischer Organisationen auf einen zunehmenden Konzentrationsprozess hin. Neben der kolonialpolitischen Agitation betrieb der DKV-Vorsitzende zu Hohenlohe-Langenburg schlichtweg wirtschaftlichen Lobbyismus für sich und ihm nahestehende Geschäftspartner, die in afrikanische Besitzungen investiert hatten.[235]
Waren diese beiden Verbände eher großbürgerlich-mittelständisch geprägt,[236] so gab es einen anderen, kleineren, radikaleren Flügel der frühen Kolonialbewegung. Unter der Führung von Carl Peters konkurrierte seit 1884 die Berliner „Gesellschaft für deutsche Kolonisation“ mit den erwähnten westdeutschen Verbänden. Im Unterschied zu diesen engagierte sich diese „Gesellschaft“ nicht einfach nur emsig in der Propaganda, sondern grenzte sich von den verachteten „Frankfurter ‚Theoretikern‘“ mit einem eigenen Siedlungsprojekt im Osten Afrikas ab. Erst 1887 gelang es, diesen radikalen Flügel mit den westlichen Verbänden zur „Deutschen Kolonialgesellschaft“ (DKG) unter Führung von zu Hohenlohe-Langenburgs zu vereinigen.[237] Dennoch deutete sich hier bereits die langfristige Differenzierung der Kolonialbewegung in „praktische Tätigkeit“ sowie „koloniale Propaganda“ an.[238] Anfang des Jahres 1902 wurde diese Trennung endgültig vertraglich fixiert. So erklärte sich die DKG allein für die koloniale Propaganda- und Lobbyarbeit im Kaiserreich zuständig und übertrug

---

230 Vgl. Gottwald: Art. Centralverein für Handelsgeographie, S. 427.
231 Osterhammel/ Jansen: Kolonialismus, S. 17 definieren außerdem als dritten Typ nach den beiden oben genannten den der „Beherrschungskolonien“. Vgl. zur Typologie insgesamt ebd., S. 16 ff.
232 Vgl. Gottwald: Art. Centralverein für Handelsgeographie, S. 428.
233 Siehe (ders.): Art. Deutscher Kolonialverein; vgl. auch Bade: Enthusiasmus und Kalkül, S. 87.
234 Vgl. Gottwald: Art. Centralverein für Handelsgeographie, S. 427; Schulz: Fürst Hermann zu Hohenlohe-Langenburg, S. 275. Vgl. zu Ratzel: Laak: Imperiale Infrastruktur, S. 71 ff. und S. 94 f.; Hartwig: Art. Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 731.
235 Vgl. Schulz: Fürst Hermann zu Hohenlohe-Langenburg, S. 275 ff.
236 Vgl. Fröhlich: Das lange Scheitern, S. 226 und S. 230; Bade: Enthusiasmus und Kalkül, S. 87. Auch die folgenden Argumente ebd.
237 Vgl. Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 18 ff.; Bade: Enthusiasmus und Kalkül, S. 87 f.; Fröhlich: Das lange Scheitern, S. 226.
238 Duems, Erich: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (1919-1932), in: (ders.)/ Stuemer, Willibald von: Fünfzig Jahre Deutsche Kolonialgesellschaft 1882-1932. Berlin 1932, S. 57-115, hier S. 66.

die praktische Tätigkeit an das von ihr mehr oder minder abhängige „Kolonial-Wirtschaftliche Komitee".[239] Diese wichtige Differenzierung der Aufgabenfelder war eine Reaktion seitens der DKG auf die ernüchternden und im Grunde gescheiterten Versuche, „die angekündigte große Kolonialpolitik selbstständig zu betreiben."[240]

Mittelbar aus diesen Kolonialverbänden ging auch der „Alldeutsche Verband" hervor. Genauso wie diese hatte er seine Wurzeln ebenfalls in dem Geltungsbedürfnis nach „Weltpolitik". Zunächst in Berlin gegründet am 13.9.1886 als der „Allgemeine Deutsche Verband zur Förderung überseeischer deutsch-nationaler Interessen", schliefen dessen Aktivitäten auch aufgrund der Konkurrenz zur DKG zunächst ein.[241] Erst aus Protest über den Helgoland-Sansibar-Vertrag (1.7.1890)[242] schloss sich der Verband unter Carl Peters mit einem Züricher Protestkreis unter Führung des jungen Alfred Hugenberg (1865-1951) zusammen.[243] Auch die DKG kritisierte zwar die Regierung wegen des Vertrags, bot ihr allerdings die Zusammenarbeit an.[244] Anfangs vertraten auch die ‚Alldeutschen' noch durchweg imperiale Pläne auch in Übersee. Dies auch deswegen, da der völkisch-rechtere Flügel der Kolonialbewegung um Peters für kurze Zeit ebenfalls noch in der neugegründeten DKG aktiv waren.[245] So heißt es in einem frühen Aufruf der ‚Alldeutschen': „[…] über See genießt unsere Flagge noch nicht das Ansehen, wie es der ersten Kriegsmacht Europas zukommt."[246] Deswegen wolle der Verband beitragen zur

> „2. Pflege und Unterstützung deutsch-nationaler Bestrebungen in allen Ländern, wo Angehörige unseres Volkes um die Behauptung ihrer Eigenart zu kämpfen haben, und Zusammenfassung aller deutschen Elemente auf der Erde für diese Ziele. 3. Förderung einer tatkräftigen deutschen Interessenpolitik in Europa und über See. Insbesondere auch Fortführung der deutschen Kolonialbewegung zu praktischen Ergebnissen."[247]

---

239 Vgl. zu den Ursachen dafür Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 67-70.
240 Hartwig: Art. Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 728.
241 Vgl. Hering: Konstruierte Nation, S. 111 f.
242 Vgl. Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 24; Osterhammel/ Jansen: Kolonialismus, S. 27.
243 Vgl. Hering: Konstruierte Nation, S. 112-115; Fröhlich: Das lange Scheitern, S. 227 ff.; Ullmann: Interessenverbände in Deutschland, S. 106.
244 Vgl. Hartwig: Art. Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 727 f.
245 Vgl. Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 31 f., S. 34 und S. 37 ff.
246 Dok. Nr. 31: Allgemeiner Deutscher Verband (Alldeutscher Verband), Aufruf [vom] 9.4.1891, in: Mommsen, Wilhelm (Hg.): Deutsche Parteiprogramme. (= Deutsches Handbuch der Politik Bd. 1). München 1960, S. 88-91, hier S. 89.
247 Ebd., S. 90. Weitere Hinweise auf diese programmatische Kongruenz zwischen Alldeutschen und Kolonialbewegung bei Djomo: „Des Deutschen Feld […]", S. 30 ff.; Breuer: Die Völkischen in Deutschland, S. 61 f.; Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 60 f.

Während des Kaiserreichs stellten sowohl die „Alldeutschen“ als auch der Flottenverein die DKG in den Schatten.[248] Auch kann keinesfalls die Rede davon sein, dass diese frühe Kolonialbewegung aufgrund ihrer Propaganda planvoll eine Kolonialpolitik gegenüber Bismarck durchsetzen konnte. Vielmehr hielt beispielsweise Friedrich Fabri noch 1883 die Propaganda für Kolonien für eine Kernaufgabe der Kolonialbewegung des 19. Jahrhunderts, dem sich erst im 20. Jahrhundert die Gründung deutscher Kolonien anschließen sollte.[249] Umso überraschter und unvorbereiteter reagierte die Kolonialbewegung, als sie Bismarck mit der Erklärung der „Schutzgebiete“ in Südwest- bzw. Ostafrika vor vollendete Tatsachen stellte.[250] Das hatte zweierlei zur Folge: der koloniale Enthusiasmus verflog erstens schnell angesichts der harten und widersprüchlichen Realität in den Kolonien. Zweitens begab sich die Kolonialbewegung auf einen Konfrontationskurs zu Bismarck, dem man in kolonialen Belangen Führungsschwäche vorwarf. Dieser war selbst allerdings mit der Zeit schlichtweg genervt von dem Thema.[251] Erst mit dem Abdanken Bismarcks als Reichskanzler 1890 schwenkt die DKG auf ihren jahrzehntelangen durchgehend regierungsfreundlichen Kurs ein.[252] Somit erlebten die bereits seit dem Vormärz ventilierten hochfliegenden Kolonialpläne, die vom Macht- und Geltungsbewusstsein besonders des kolonial interessierten Bildungsbürgertums zeugten, nun eine harte, ernüchternde Landung.

Denn im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts trafen zwei Entwicklungen aufeinander, die sich gegenseitig verstärkten: einerseits eine Wirtschaftskrise, die „die in der damaligen klassischen bürgerlichen Ökonomie vorherrschende Utopie einer zyklenfreien Dauerkonjunktur, den Idealzustand einer gleichmäßig ansteigenden Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit [Lügen strafte, RF].“[253] Zum Anderen kam es zu einem Aufstieg der Eugenik[254] und mit ihr zwar nicht identisch, aber vielfach verbunden, dem Sozialdarwinismus.[255] Die nicht von ungefähr eher philosophisch inspirierten, zutiefst eurozentrischen Vorstellungen von der ‚zivilisatorischen Hebung‘ der Kolonialisierten mussten sich immer mehr einer stark auf Naturwissenschaften und vermeintlich ‚exakten Daten‘ beruhenden Herrschaftsideologie erwehren, die erpicht auf ihre angebliche

[248] Vgl. Fröhlich: Das lange Scheitern, S. 236 f.
[249] Vgl. Bade: Enthusiasmus und Kalkül, S. 88 f.
[250] Vgl. S. 89 f. Auch das folgende Argument ebd.
[251] Vgl. ebd., S. 91 und S. 101 f.; Fröhlich: Das lange Scheitern, S. 226.
[252] Vgl. ebd., S. 226 f.; Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 29 und S. 74; Hartwig: Art. Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 727 f. und S. 733.
[253] Bendikat: Organisierte Kolonialbewegung, S. 30.
[254] Siehe Grosse: Kolonialismus, Eugenik und bürgerliche Gesellschaft.
[255] Siehe Bayertz/ Gerhard/ Jaeschke (Hg.): Weltanschauung, Philosophie und Naturwissenschaft.

‚Wissenschaftlichkeit' pochte. In einer solchen Weltsicht wurde nicht nur der kapitalistische Konkurrenzkampf zum ‚Kampf ums Überleben' hochstilisiert, sondern die Idee der „Zivilisierungsmission" verblasste auch zusehends. An ihre Stelle trat die „‚Inwertsetzung'" der kolonialisierten Bevölkerung besonders in den deutschen Übersee-Kolonien.[256]

Doch konnte von einem größeren kolonialen Engagement der Wirtschaft zu der Zeit kaum die Rede sein. Zwar brachten sich einzelne Kaufleute durchaus mit Geldspenden etc. ein. Das taten sie aber eher aus patriotischem Pflichtgefühl und eben nicht als Kaufleute.[257] Die große Mehrheit der Wirtschaftsunternehmen im Kaiserreich verhielt sich sehr zurückhaltend bezüglich eines möglichen kolonialen Engagements, da ihnen die Rahmenbedingungen und Gewinnmöglichkeiten viel zu unsicher erschienen.[258] Ebenso wichtig war aber, dass die protektionistische Argumentation, wonach in deutschen Kolonien nicht nur Deutsche angesiedelt werden könnten, sondern somit auch Absatzmärkte erschlossen würden, bis 1879 auf taube Ohren bei vielen Unternehmen stieß. Sie profitierten ja vielmehr vom Freihandel.[259]

Betrachtet man dagegen kurz die Zielregionen des kolonialen Denkens, so war auch hier Afrika keineswegs die erste Wahl. Besonders Südamerika galt dagegen der frühen Kolonialpublizistik als Ziel deutscher Siedlungskolonien.[260] Die Gedankenspiele dahingehend gingen sogar soweit, den Rio de la Plata durch jene geplanten deutschen Siedlungen zu einem „‚südamerikanische[n] Rhein" machen zu wollen.[261] Auch der erste größere koloniale Verein CHF widmete sich noch bis Anfang der 1920er Jahre der Beratung deutscher Auswanderungswilliger nach Südbrasilien.[262] Als Vorbilder für diesen Siedlungskolonialismus galten auch die deutschsprachigen Siedlungen in den USA, wobei man beständig die Assimilation bzw. den ‚Verlust des Deutschtums' befürchtete.[263] Und eben diese Frage nach der expansiven Zielrichtung nach Afrika oder Südamerika sowie den Mitteln

---

256 Zitiert nach Laak: Imperiale Infrastruktur, S. 117. Vgl. für die Kontinuität dieses Denkens bis in die jüngere Zeitgeschichte hinein auch ebd., S. 132, S. 212, S. 259 und S. 368; Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 12 f.

257 Vgl. Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 106 f.; Bade: Enthusiasmus und Kalkül, S. 104.

258 Vgl. ebd., S. 90-107.

259 Vgl. Fröhlich: Das lange Scheitern, S. 219, S. 226 und S. 237; Hartwig: Art. Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 726 f.

260 Siehe vor allem Zantop: Kolonialphantasien im vorkolonialen Deutschland. Bereits früh hierzu Hell: Das „südbrasilianische Neudeutschland". Diese Pläne können im Grunde bis ins frühe 16. Jahrhundert zurückverfolgt werden, als die Fugger und Welser erste Handelskolonien in Südamerika zu errichten versuchten. Siehe Denzer: Die Konquista der Augsburger Welser-Gesellschaft; vgl. auch Werner: Die Beteiligung der Nürnberger Welser, S. 503-508 und S. 585 f.

261 Zitiert nach Bade: Die „Zweite Reichsgründung" in Übersee, S. 190; vgl. auch ebd., S. 212; Hartwig: Art. Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 728.

262 Vgl. Gottwald: Art. Centralverein für Handelsgeographie, S. 429.

263 Vgl. Kundrus: Moderne Imperialisten, S. 44 f.

des Kolonialismus führte bereits 1883 zu ernsten Differenzen im DKG-Vorgänger DKV.[264] Daneben existierte mit Blick auf Südosteuropa bis hin zum Osmanischen Reich seit den 1840er Jahren in der deutschsprachigen Expansionsdiskussion auch immer eine Vielzahl an Konzepten, die seitdem unter der Rubrik ‚Mitteleuropa' erforscht werden.[265]

Die Gründung des DOV war dagegen keine Reaktion auf die Politik Bismarcks, sondern richtete sich gegen dessen Nachfolger als Reichskanzler, Leo von Caprivi (1831-1899). Statt wie sein Vorgänger gegenüber der polnischen Bevölkerung im Reich eine strikt auf Assimilation bzw. ‚Germanisierung' ausgerichtete Politik fortzusetzen, suchte er einen Ausgleich und nahm zentrale antipolnische Maßnahmen zurück. So wurde der Schulunterricht und die Religionsausübung in polnischer Sprache wieder zugelassen und die polnischen Genossenschaften rechtlich besser gestellt.[266] Bismarck unterstützte deswegen wohlwollend die Gründung der zunächst als „Vereins zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken" firmierenden Organisation, als dieser sich im November 1894 in Posen/ Poznań gründete. Seinen späteren, bis heute geläufigeren Namen DOV gab sich der Verband erst im Mai 1899.[267] Einen Monat vor der Gründung war allerdings von Caprivi schon wieder vom Kaiser entlassen worden und unter seinem Nachfolger kehrte die preußische Regierung wieder zur betont antipolnischen Politik zurück.[268] Das erklärte Ziel des DOV war dabei, die polnische Minderheit möglichst zu assimilieren. Das hieß konkret, besonders in den Bereichen Sprach- und Religionspolitik die polnische Sprache und den katholische Geistlichkeit dieser Minderheit zu attackieren und in den Bereich des Privaten abzudrängen, um auf einen seinerzeit noch betont kulturell homogenen preußischen Nationalstaat hin zu wirken.[269]

Zugleich forderte der DOV eine deutsche Siedlungspolitik in den preußischen Ostprovinzen, die er mit begleitenden Maßnahmen wie der Vermittlung von deutschen Arbeitskräften, den Boykotten polnischer Geschäfte oder auch der Einrichtung deutschsprachiger Bibliotheken.[270] All dies waren Maßnahmen einer nichtstaatlichen Bevölkerungspolitik, die zunächst auf sozial- und kulturpolitischem Gebiet ansetzte. Letztlich war es die „Furcht vor der demographischen Niederlage, die dem [DOV, RF] trotz seiner großspurig-nationalistischen

---

264 Vgl. Gottwald: Art. Deutscher Kolonialverein, S. 160.
265 Vgl. Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 7. Siehe aber v.a. Elvert: Mitteleuropa!; Meier: Deutsche Mitteleuropa-Konzepte.
266 Vgl. Oldenburg: Der Deutsche Ostmarkenverein, S. 11 ff.
267 Vgl. ebd., S. 15-18.
268 Vgl. ebd., S. 19-24.
269 Vgl. ebd., S. 25-29.
270 Vgl. ebd., S. 61-69 und S. 135-183.

Rhetorik letztlich zugrunde lag […].“[271] Zwar konnte er bis 1913 ca. 54.100 Mitglieder in fast 450 Ortsgruppen reichsweit organisieren (mit klarem Schwerpunkt auf den ostelbischen Provinzen), allerdings stagnierten die Mitgliedszahlen.[272] Letztlich scheiterte der DOV mit seinem nationalistischen Konfrontationskurs gegenüber der polnischen Bevölkerung, die diese Herausforderung annahm und sich ebenfalls u.a. in nationalistischen Organisationen sammelte.[273] Zwischen deutschen und polnischen nationalistischen Organisationen kam es daraufhin zu intensiven wechselseitigen Lernprozessen, sodass beide durchaus als ‚feindliche Geschwister‘ charakterisiert werden können.[274] Das Scheitern der antipolnischen deutschen Assimilationspolitik sollte im Ersten Weltkrieg zu wesentlich weitreichenderen Plänen führen, als das, was noch zuvor überhaupt für denk- oder gar diskutierbar gehalten wurde. Auch die DKG stimmte auf ihre Weise darin ein, wie nun zu zeigen sein wird.

2.1.2. Kriegszielpolitiken im Ersten Weltkrieg

Als der Erste Weltkrieg im August 1914 ausbrach, taten sich auch die imperialen Verbände mit den allenthalben erscheinenden Kriegszieldenkschriften hervor. Zweier Beispiele können hier als paradigmatisch gelten: die Denkschriften des damaligen Präsidenten der DKG, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin (1857-1920)[275] sowie die Denkschrift des DOV, der als Vorgängerverband des DO anzusehen ist.

In seinem nicht publizierten, aber u.a. an den damaligen Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg gesandten „Brief eines Deutschen mit Gedanken und Plänen für Deutschlands Zukunft“ vom 7.7.1915 artikulierte der Herzog sehr offen seine Vorstellungen über die Kriegsziele.[276] Gegliedert nach Regionen, war es ihm vor allem um „militärisch-völkische Grenzen“ zu tun.[277] Zwar schrieb er vom „deutschen Volkstum[]“, welches „feindliche[n] Volkskörper[n]“ gegenüberstehe. Allerdings bewegten sich diese Gedanken auf

[271] Thum: Mythische Landschaften, S. 184.
[272] Vgl. Oldenburg: Der Deutsche Ostmarkenverein, S. 103 f.
[273] Vgl. Grabowski: Deutscher und polnischer Nationalismus, S. 209-278.
[274] Vgl. ebd., S. 279-299.
[275] Dieser war DKG-Präsident von 1895 bis 1920. Vgl. Hartwig: Art. Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 724. Zu seiner ähnlichen, früheren Kriegszieldenkschrift aus dem Frühjahr 1915 vgl. ebd., S. 735 f.
[276] Kasten, Bernd: Das Kriegszielprogramm Herzog Johann Albrechts zu Mecklenburg aus dem Frühjahr 1915. [Hgg. und eingeleitet von Bernd Kasten], in: Zeitgeschichte regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern 18 (2014) 1, S. 36-42, hier S. 36 f.
[277] Ebd., S. 38. Auch die folgenden Zitate ebd.

der Ebene der Mittel noch gänzlich im Rahmen der imperialen Logik des Kaiserreichs, denn als Mittel hierfür wurde vor allem die „Erwerbung von Landeigentum durch das Reich“ bzw. eine „Kriegsentschädigung in Landeigentum“ vorgeschlagen. In Bezug auf Frankreich wurde nicht nur eine Umsiedlungspolitik ins Auge gefasst, sondern auch eine Ausdehnung des Kaiserreiches b is zum Kanal bei Calais.[278] In Bezug auf Belgien lebe laut dem Herzog eine „fremdrassige, degenerierte Wallonenbevölkerung“. Über die Ostgrenze äußerte er: „Durch die Entwicklung der Weltgeschichte ist die bisherige Ostgrenze des Deutschen Reiches in geographischer, militärischer und *völkischer* Beziehung als *minderwertig* und gefahrdrohend zu bezeichnen [H. d. A., RF].“ Hier sollten Grenzen von Ostpreußen bis Galizien reichen.[279]
Im Bereich des eigentlichen ‚Kerngeschäfts‘ der DKG, nämlich den überseeischen Besitzungen, sollen die „verzettelten Besitzungen in der Südsee bzw. Ostasien“ abgetreten werden und an ihre Stelle ein „geschlossenes Kolonialreich in Mittelafrika“ treten.[280] Von besonderem Interesse waren dabei die portugiesischen Kolonien.[281] Damit war ein alter Traum der Koloniallobby[282] seit der staatlichen Inbesitznahme Mitte der 1880er Jahre angesprochen. Neben des Wunschziels jenes „geschlossenen Kolonialreiches“ war bereits in der ‚Imaginationsphase‘ des Kolonialismus der Traum von einem „deutschen Indien“[283] mit Bezug auf Afrika ein Maximalziel jener Kreise. Anspruch und Wirklichkeit klafften aber wie so oft auch hier weit auseinander; denn das Afrika jenseits der Sahara war zum Zeitpunkt der Artikulation solcher Ziele bereits in der weitgehenden Aufteilung durch andere europäische Kolonialmächte begriffen.[284] Darüber hinaus gehörte aber die Forderung nach einem „geschlossene[n] Kolonialreich in Mittelafrika“ in den vielfältigen Kriegszieldiskussionen im Ersten Weltkrieg im Kaiserreich noch zum gängigen Repertoire an Kriegszielen auch weit

---

278 Ebd., S. 39. Nachfolgende Zitate auch ebd.
279 Vgl. ebd.
280 Ebd., S. 40; vgl. auch Fröhlich: Das lange Scheitern, S. 230.
281 Siehe Tschapek: Bausteine eines zukünftigen deutschen Mittelafrika; vgl. auch Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 295 f.
282 Wenn im Folgenden von der ‚Koloniallobby‘ die Rede ist, meint das die Gesamtheit der kolonialen Organisationen. Das chließt explizit auch die oftmals der DKG feindlich gesinnten kleineren Verbände mit ein, um damit zu unterstreichen, dass bei allen Differenzen im Detail all diese Organisationen doch bestimmte ideologische Grundannahmen teilten, so z.B. einen ausgeprägten Rassismus.
283 Siehe nur als programmatische Schrift: Schwarz, Bernhard: Ein deutsches Indien und die Theilung der Erde. Colonialpolitische Randglossen zur Sachlage in Afrika und zur Congoconferenz. Leipzig 1884. Auch Rwankote erkennt als Fernziel der Kolonialpläne ein Reich, dass sich in Afrika „vom Indischen bis zum Atlantischen Ozean erstrecken sollte […].“ Rwankote: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik, S. 65. Nicht zu verwechseln damit ist die Rezeption des Subkontinents Indien im Kaiserreich, denn ‚Britisch-Indien‘ galt zu jener Zeit als ebenso bewundertes wie auch beneidetes britisches Vorbild für die deutsche koloniale Expansion. Siehe Myers: German visions of India.
284 Vgl. Stoecker: Die Expansionsbestrebungen in Mittelafrika, S. 207 ff.

über die DKG hinaus.[285] Die Konkretisierung dieser Forderung ist dabei keineswegs aus der Dynamik der Kriegszieldiskussion ab 1914 abzuleiten, sondern lässt sich für die deutsche Seite als ein Ergebnis der zweiten Marokkokrise 1911 interpretieren.[286] Noch im Januar 1916 waren die deutschen Begehrlichkeiten keineswegs nur auf die Eroberung weiterer Kolonien in Afrika gerichtet. In einer als „streng vertraulich" klassifizierten Denkschrift des „Kolonial-wirtschaftlichen Komitees" der DKG werden als potentielle weitere Ziele kolonialer Expansion noch „Indochina", „Neu-Kaledonien" sowie einige von anderen Kolonialmächten besetzte Inseln in Ozeanien genannt.[287] Die völlige Losgelöstheit dieser phantastisch anmutenden Pläne lässt sich durch den Verlust der meisten deutschen Kolonien direkt nach Kriegsbeginn erklären. So war bereits die koloniale Kriegszieldiskussion zu einer ‚ohne Kolonien' geworden, „deren stark tönende Inhalte völlig an den internationalen politischen Verhältnissen nach 1914 vorbei gingen […]."[288] In der Denkschrift des DKG-Präsidenten formulierte dieser ebenfalls: „Für die Hülfe, die wir der Türkei erwiesen haben und erweisen, wäre zu beanspruchen, daß der Suezkanal mit seinem Aktienbesitz je zur Hälfte an die Türkei und an das Deutsche Reich übergingen […]."[289] Auch hier bewegen sich die Gedankengänge noch ganz in den imperialen Bahnen des Kaiserreichs, in dem ja das Projekt einer Bagdadbahn eines der Prestige-Projekte einer „indirect rule" darstellte.[290]

Zwei Jahre später sollte Johann Albrecht dann zum Ehrenvorsitzenden der äußerst kurzlebigen „Deutschen Vaterlandspartei" werden, die unter dem ersten Vorsitzenden Admirals Alfred von Tirpitz entstand (zweiter Vorsitzende war der spätere Putschist Wolfgang Kapp) und gerade einmal ca. eineinhalb Jahre bestand.[291] Während des Krieges stellte der Herzog auch lyrische Kriegspropaganda zusammen und gab sie heraus,[292] die in zehn Heften erschien und in allen Preisklassen erhältlich war: „Sie waren für den gemeinen Mann an der Front als preiswerter Frontbrief, als Ausgabe im festen Pappeinband und für den

---

285 Vgl. (ders.): Der erste Weltkrieg, S. 235 ff.

286 Vgl. (ders.): Die Expansionsbestrebungen in Mittelafrika, S. 209-215; Hartwig: Art. Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 732 und S. 734.

287 Kolonial-Wirtschaftliches Komitee: Denkschrift über die beim Friedensschluß als Neuerwerbungen in Betracht kommenden fremden Kolonialgebiete. Berlin 1916, S. 8.

288 Schubert: Der schwarze Fremde, S. 308; vgl. auch Fröhlich: Das lange Scheitern, S. 235. Die Kriegszieldiskussion und die im Grunde sehr passive Rolle der DKG darin gut zusammenfassend: Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 88 ff.

289 Kasten: Das Kriegszielprogramm Herzog Johann Albrechts, S. 41.

290 Vgl. Laak: Imperiale Infrastruktur, S. 150-164.

291 Vgl. Hering: Konstruierte Nation, S. 469 ff.; Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 61 und S. 73. Pade: Reise um den mecklenburgischen Globus, S. 294. Zur „Vaterlandspartei" allgemein Hagenlücke: Deutsche Vaterlandspartei.

292 Deutsche Kriegsklänge. Ausgewählt von Johann Albrecht, Herzog zu Mecklenburg-Schwerin. 10 Hefte. Leipzig 1914-18.

gehobenen Anspruch als Liebhaberausgabe mit eigenhändiger Unterschrift des Herzogs zu erwerben."[293] Resümiert man insgesamt die zitierte Kriegszieldenkschrift des DKG-Präsidenten, so fällt der deutliche Anspruch nach imperialer Weltgeltung auf. Was dagegen fehlt, sind Überlegungen zu ‚weißen' Siedlungskolonien in Afrika – ein Gedanke, der für seinen Verband in der Weimarer Republik von erstrangiger Bedeutung werden sollte.[294]

Vergleichend lohnt sich der Blick auf die Kriegsziele des DO-Vorgängers DOV, denn diese weisen durchaus ähnliche Züge auf. Bereits 1915 setzten sich DOV-Funktionäre in Kriegszieldenkschriften für einen breiten ‚Grenzstreifen' ein, der einerseits gegen das zarische Rußland militärisch schützen und andererseits auch die ‚Germanisierung' der westlichen Teile Polens vorantreiben sollte.[295] Die ‚Germanisierungspolitik' der kaiserlichen Regierung galt indirekt als gescheitert, da sie der polnischen Bevölkerung zuviele Möglichkeiten bot, sie zu unterlaufen.[296] Erstmals tauchte 1916 im Kontext der DOV-Kriegsziele die Überlegung auf, „die polnische Bevölkerung auszusiedeln."[297] Hierfür sollten andererseits in Fortführung der preußischen Siedlungspolitik ein Siedlungskolonialismus mit deutschen Bauern etabliert werden. Allerdings blieben diese Überlegungen seinerzeit noch von untergeordnetem Interesse. Die Diskussionen drehten sich vielmehr um die im November 1916 erfolgte Etablierung des Königreiches Polen. Der DOV konnte dies nur noch verbittert verfolgen, aufgrund der kriegsbedingten Zensur aber nicht mehr maßgeblich beeinflussen.[298]

Insgesamt bewegten sich die hier diskutierten Kriegszieldenkschriften allesamt in den Logiken der zeitgenössischen imperialen Bevölkerungspolitiken unter Kriegsbedingungen und stellen kein deutsches Spezifikum dar.[299] Gerade für den Ersten Weltkrieg in Osteuropa und nicht zuletzt für die kollektive Erinnerung der Deutschen daran kann die zeitgenössische Wahrnehmung des Krieges kaum überschätzt werden.[300] Dieser stellte sich besonders im

---

293 Pade: Reise um den mecklenburgischen Globus, S. 295.

294 *Siehe Kap. 2.3.2.*

295 Siehe Henschel: Territoriale Expansion und „völkische Flurbereinigung"; vgl. auch Nietzel: Im Bann des Raums, S. 31; Oldenburg: Der Deutsche Ostmarkenverein, S. 222 f.

296 Vgl. ebd., S. 230 ff.

297 Ebd., S. 231. Vgl. auch ebd., S. 232, wo es bezüglich der folgerichtigen Vertreibung der polnischen Bevölkerung heißt: „Mit Sicherheit war der Verein [der DOV, RF] aber Träger einer Ideologie, die eine solche Politik bevorzugte." Allerdings, so stellt Oldenburg klar, orientierte sich diese Politik zunächst noch an der Fortführung preußischer Ansiedlungspolitik, also dem Aufkauf polnischer Grundstücke. Vgl. ebd., S. 222, Anm. 906; vgl. auch Nietzel: Im Bann des Raums, S. 31; Henschel: Territoriale Expansion und „völkische Flurbereinigung", S. 72.

298 Vgl. Oldenburg: Der Deutsche Ostmarkenverein, S. 233-239. Siehe zur Proklamation dieses Königreichs Spät: Die „polnische Frage".

299 Vgl. Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 293 f. und S. 301.

300 Insofern sollte die vielfältige, vor allem auf Maßnahmen zur Naturbeherrschung abzielende Kolonisations-Propaganda des DO nicht achtlos beiseite gelassen werden, sondern als wichtiges Motiv kollektiver

Krieg gegen das Zarenreich eher als Kampf gegen die Natur dar, der nur durch Naturbeherrschung zu gewinnen sei. Nietzel formuliert treffend:

> „Der Krieg an der Ostfront hatte wenig mit dem zu tun, was als Auseinandersetzung von Mensch und Maschine etwa in den Schriften von Ernst Jünger beschworen und gefeiert wurde. Stattdessen erlebten die deutschen Eroberer einen Kampf mit weiten und unwirtlichen Räumen, oftmals […] mit Kälte, Schnee, Matsch und Schmutz. Die Natur schien zu weiten Teilen unberührt, aber auch ungebändigt durch die einheimischen Bewohner, die fast alle deutschen Beobachter durchweg als rückständig, stumpfsinnig und verbesserungsbedürftig abqualifizierten.“[301]

Nach dem Weltkrieg sollte dieses Motiv der Naturbeherrschung eine wichtige Rolle in der Selbstinszenierung des DO spielen. Man inszenierte die eigenen Mitglieder für eine breitere Öffentlichkeit als einen der herausragendenen Sozialfiguren der ‚Zivilisierung‘ des gesamten Planeten des 19. Jahrhunderts: dem rodenden Siedler.[302] Anknüpfen konnten derartige Bilder an die sich immer stärker politisierenden Natur- und Heimatschutzbewegungen, die sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelten.[303] Diese lud Begriffe wie ‚Natur‘ oder auch ‚Landschaft‘ ideologisch stark auf. Drummond bemerkt treffend hierzu:

> „Ähnlich dem Konzept der auf gemeinsamer Sprache und Kultur beruhenden Kulturnation diente die deutsche Landschaft dazu, die Deutschen *über Zeit und Raum* hinweg aneinander zu binden. *Naturgeschichte wurde als Nationalgeschichte erfunden*, was für eine Nation, der eine einheitliche politische Geschichte fehlte, notwendig war [H. d. A., RF].“[304]

In dieser romantisch-völkischen Sichtweise galten ‚Landschaft‘, besonders aber der ‚Boden‘ eines Landes als eng verbunden mit dem ‚Volk‘. Eine herausgehobene Rolle bei dieser Verbindung kam dem ebenfalls mythisch überhöhten ‚Bauernstand‘ zu, da dieser eine besondere Verbundenheit zum Boden besäße.[305] „Hier war die Verbindung zur idealisierten […] Form einer symbolischen Einheit von Volk – *im späteren auch Rasse* – und Natur

---

Erinnerung ernstgenommen werden. Derartige Topoi dienten ja nicht zuletzt auch zur Motivation der eigenen Mitglieder. *Siehe auch S. 78 f.*

301 Nietzel: Im Bann des Raums, S. 30; vgl. auch Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 292 f.; Henschel: Territoriale Expansion und „völkische Flurbereinigung“, S. 62.

302 Osterhammel: Die Verwandlung der Welt, S. 1175: „Der rodende Siedler, der Großwildjäger und der Flussregulierer waren emblematische Figuren einer solchen allumfassenden Zivilisierung des Planeten.“

303 Siehe Petri: Deutsche Heimat 1850-1950.

304 Drummond: „Einen kräftigen Damm […]“, S. 110.

305 Vgl. Wolter: „Volk ohne Raum“, S. 51. Auch das folgende Zitat ebd.

geschaffen […] [H. d. A., RF].“ Zugleich galt das bäuerliche Leben als Gegenentwurf zur industriellen Moderne.[306] Auch die Kolonien hatten in dieser Gedankenwelt ihren festen Platz. Sie symbolisierten die „[…] Sehnsucht nach der unberührten Natur […] und dem dort erwartbaren einfachen und ursprünglichen, doch selbstbestimmten Leben […].“[307] Der Verlust der Kolonien nach dem Weltkrieg führte nicht zu einem Ende dieser seit dem 19. Jahrhundert geläufigen Bilder, sondern sie erlebten ihre erneute Renaissance.[308]

2.1.3. Schock und Reorganisation nach dem Weltkrieg

So weitreichend und illusorisch die kolonialen Kriegsziele im Kaiserreich während des Ersten Weltkriegs waren, so rasch verlor das Kaiserreich sein Kolonialreich bereits nach Kriegsbeginn. In den afrikanischen Kolonien durch erhebliche zahlenmäßige Unterlegenheit sowie britische Seeblockaden von Verstärkungen abgeschnitten, waren die deutschen „Schutztruppen“ von vornherein zur Defensive genötigt. Die Kolonien wurden sehr rasch von den alliierten Truppen eingenommen: Ende August 1914 fiel Togo; die Kolonialtruppen der vom späteren DKG-Präsidenten Theodor Seitz (1863-1949) regierten Kolonie „Deutsch-Südwestafrika“ ergaben sich Anfang Juli 1915; in Kamerun ergaben sich nach hinhaltendem Widerstand die letzten deutschen Truppen im Februar 1916. Einzig in der Kolonie „Deutsch-Ostafrika“ kam es zu einem längeren Krieg, vor allem durch die auf das rücksichtslose ‚Durchhalten‘ pochende Kriegführung des Generals Paul von Lettow-Vorbeck (1870-1964). Dieser ergab sich erst im November 1918 und galt damit besonders in den Kreisen des ehemaligen Kolonialmilitärs als ‚soldatischer Männlichkeit‘.[309] Derselbe General sollte später pointiert die zeitgenössische Argumentation für die Notwendigkeit des Wiedererhalts von Kolonien für Deutschland auf den Punkt bringen. Sie lag für ihn in der zeitgenössisch ausgeprägten Angst vor Überbevölkerung und der Urbanisierung begründet.

> „Durch den Niedergang unserer Wirtschaft, durch den Verlust Polens, Westpreußens und anderer Landesteile, ist die Heimat für uns zu eng geworden. Unser Bevölkerungsüberschuß kann nicht abwandern. Millionen von Deutschen müssen langsam dahinsiechen und sich

[306] Vgl. ebd., S. 52 und S. 56 f.; Thum: Mythische Landschaften, S. 200 f.
[307] Wolter: „Volk ohne Raum“, S. 58.
[308] *Siehe z.B. 141, S. 209 und S. 249.*
[309] Vgl. Stoecker: Der erste Weltkrieg, S. 221 ff.; Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 83; Baranowski: Nazi Empire, S. 112 f.

gegenseitig die Köpfe einschlagen, wenn wir keinen Ersatz erhalten für die uns genommenen Kolonien.“[310]

Eben diese Gebietsverluste verstärkten die zeitgenössische Wahrnehmung einer ‚sich schließenden Welt‘.[311] Dieses Denken entstammte der Phase des Hochimperialismus,[312] und in genau diesen Bahnen bewegte sich die DKG-Argumentation: „Das deutsche Kolonialproblem ist ein Teil des deutschen Raumproblems, und dieses ist älter als die gegenwärtige Not […].“[313] Und in der Tat: die Furcht, bei der kolonialen Landannahme zu kurz zu kommen, wurde durch die rasant einsetzende Aufteilung Afrikas ab etwa 1880 stark befördert.[314] Allerdings scheiterten auch die seit der Endphase des Krieges einsetzenden Bemühungen deutscher Diplomaten zum Erhalt der Kolonien beim Reich.[315]

Als sich mehr und mehr abzuzeichnen begann, dass der Kriegsverlauf auf keinen Sieg der Mittelmächte hinauslief, wurde mehr und mehr der Gedanke einer inter-imperialistischen Gemeinschaftsaufgabe des Kolonialismus betont.[316] So forderte der Liberale Friedrich Naumann (1860-1919) beispielsweise einen „*Völkerbund der Kolonisationsmächte* [H. i. O., RF]“.[317] Noch in den Verhandlungen der Siegermächte in Versailles bestanden deutsche Diplomaten auf der Einrichtung eines „‚Weltkolonialamt[s]‘“.[318] Die alliierte Antwort darauf fiel allerdings unmissverständlich und deutlich aus: die Zeit für Diskussionen sei abgelaufen

---

310 Zitiert nach [Anonym]: Kolonial-Bund Deutscher Pfadfinder. Jugendorganisation des Deutschen Kolonialvereins, Gesellschaft für nationale Siedlungs- und Auslandspolitik e.V. Berlin o. J. [1928], S. 16. Lettow-Vorbeck war Ehrenvorsitzender jenes Bundes, vgl. S. 2. Der ursprüngliche Veröffentlichungsort dieses Zitats ließ sich leider nicht ermitteln.

311 Neben dem Verlust der Kolonien sorgte besonders auch der Verlust der östlichen preußischen Provinzen für vielfache nationalistische Empörung auf deutscher Seite, während beispielsweise um den Verlust Elsass-Lothringens „wenig Aufhebens gemacht“ wurde. „Vielleicht“, so Gregor Thum, „weil im Osten, auf den sich während des Krieges die imperialen Phantasien in besonderem Maße gerichtet hatten, die Fallhöhe am größten war. Hatte man sich eben noch als Ordnungsmacht im östlichen Europa gewähnt, fürchtete man nun ein Ausbluten im Osten und die Vernichtung dessen, was in Jahrhunderten ‚deutscher Ostkolonisation‘ geschaffen worden war.“ Thum: Mythische Landschaften, S. 188 f.

312 Vgl. Laak: Imperiale Infrastruktur, S. 67. Im Folgenden macht van Laak darauf aufmerksam, dass dieses Denken zunächst von den ‚Frontier‘-Gesellschaften des Zarenreichs und ganz besonders den USA ausging. Neben der zentralen Rolle der Eisenbahn als Medium zur Überwindung von Zeit und Raum kam in diesen Diskussionen auch der (Über-) Bevölkerungsfrage eine zentrale Rolle zu. Vgl. ebd., S. 69 ff.

313 [DKG-Jahresbericht 1931], in: BArch, R 1001, Nr. 9698: Auswärtiges Amt, Abteilung Pol. X, Akten betreffend: Deutsche Kolonialgesellschaft, Bd. 7: Sept. 1931 bis 1937, Bl. 2-Bl. 16, hier Bl. 3.

314 Vgl. Osterhammel: Die Verwandlung der Welt, S. 577 f.

315 Vgl. Rüger: Der Kolonialrevisionismus, S. 243-249; (ders.): Die kolonialen Bestrebungen, S. 243 f.; Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 91.

316 Vgl. Laak: Afrika vor den Toren, S. 99 f. und S. 104-107.

317 Naumann, Friedrich: Das Schicksal der Naturvölker im Zivilisationskriege. Vortrag, gehalten am 16.9.1918 im Abgeordnetenhause, in: Koloniale Rundschau [10] (1918) 9/10, S. 320-328, hier S. 327. Zitiert nach Rüger: Die kolonialen Bestrebungen des deutschen Imperialismus, S. 883.

318 Zitiert nach ebd., S. 888.

und Deutschland habe alle Bedingungen des Friedensvertrages ohne Einschränkungen oder Vorbehalte schlichtweg so zu akzeptieren. Wenige Tage darauf wurde er unterzeichnet.[319]
In Osteuropa war die deutsche Armee dagegen wesentlich erfolgreicher und eroberte sich besonders im Kontext der russischen Oktoberrevolution und dem Frieden von Brest-Litowsk mit dem Militärstaat „Ober-Ost" ein riesiges Gebiet im Osten Europas.[320] Besonders die Bedingungen des Friedensvertrages von Versailles mussten unter diesen Vorzeichen bei den Eliten des Reichs als eine Schmach für die ‚nationale Ehre' gelten.[321] Nicht nur, dass Deutschland die Kriegsschuld weitestgehend angelastet wurde; gerade der Vorwurf, dass es unfähig und unwürdig gewesen sei, ‚zivilisiert' zu kolonisieren, wurde als schändlich und ehrabschneidend empfunden.[322] Allerdings dürfte diese Empörung vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Umbrüche in der Nachkriegszeit nur eine Herzensanglegenheit der mehr oder minder direkt mit den Kolonien verbundenen Eliten gewesen sein. Rwankote bemerkt:

> „Das einfache Volk blieb, auch weil der Verlust der Kolonien den Einzelnen wenig traf und er mit persönlichen ernsteren Problemen und Sorgen zu kämpfen hatte, weiterhin […] uninteressiert an Kolonien. Sein Interesse galt oftmals nur dem Kampf um das tägliche Brot."[323]

Dabei wurden von den Alliierten auch die kolonialkritischen Argumentationen von eher linksliberaler Seite als ‚Beweis' für jene vermeintliche ‚Unfähigkeit' benutzt. Erst dies führte zu „ein[em] nie vorher gekannte[n] Konsens […] über eine koloniale Betätigung Deutschlands […]."[324] Die entsprechende Gegenerzählung, vorgetragen als Symbiose von ‚Modernisierung' und ‚Zivilisierung',[325] sollte auch helfen, „so die militärische Niederlage in einen politisch-moralischen Sieg umzumünzen."[326]
Auch ohne Bezug auf die Überseekolonien wurde gegen die sogenannte „Schuldlüge" vorgegangen, denn wo die ‚nationale Ehre' gekränkt war, galt es im zeitgenössischen Verständnis, als Nation zusammenzustehen. „Nicht parteipolitisch, nur deutsch zu arbeiten"

---

319 Vgl. ebd., S. 889.
320 Siehe Liulevicius: Kriegsland im Osten.
321 Die populärste Propagandaschrift hierzu war Schnee, Heinrich: Die koloniale Schuldlüge. Berlin 1924. Sie erreichte bis 1940 zwölf Auflagen und wurde in mehrere Sprachen übersetzt. Vgl. zu den in diversen Ministerien sitzenden Auftraggebern dieser Schrift Rüger: Die kolonialen Bestrebungen, S. 248.
322 Vgl. Schubert: Der schwarze Fremde, S. 309 ff.; Baranowski: Nazi Empire, S. 110; Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 50.
323 Rwankote: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik, S. 62.
324 Schubert: Der schwarze Fremde, S. 310.
325 *Siehe S. 246.*
326 Speitkamp: Kolonialherrschaft und Denkmal, S. 182.

war das Motto.[327] Zu diesem Zweck wurde auch eine eigene „Zentralstelle zur Erforschung der Kriegsursache“ eingerichtet.[328] Dabei waren derartige Vorwürfe wie solche nach der Kriegsschuld und der Unfähigkeit zur Kolonisierung im beginnenden Zeitalter der Massenmedien auch ein Mittel im Kampf nicht nur um Wählerstimmen, sondern auch um Machtpositionen und Absatzmärkte bzw. Rohstoffquellen.[329] Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hatte beispielsweise niemand Geringeres als Arthur Conan Doyle (1859-1930) die „Kongogreuel“ des belgischen Herrschers Leopold II. von Sachsen-Coburg und Gotha (1835-1909) scharf verurteilt[330] und dem den Vorschlag einer Aufteilung des Kongo unter Großbritannien, Frankreich und dem deutschen Kaiserreich folgen lassen.[331] Die Bestimmungen des Vertrags mit ihren zahlreichen Gebietsabtretungen galten als übertrieben hart.[332] Diese Wahrnehmung wurde noch dadurch potenziert, dass es während des Weltkrieges durchaus Stimmen gab, die eine Ostexpansion für unabdingbar hielten.[333] Zusätzlich stellte die deutsche Propaganda den Krieg als Verteidigungskrieg dar und imaginierte die deutsche Nation als im „gefühlten Belagerungszustand“.[334] Dabei wollte man nicht wahrhaben, dass gerade der Frieden von Brest-Litowsk, dem man der an allen Fronten kämpfenden, erst im Entstehen begriffenen Sowjetunion diktiert hatte, ungleich härtere Bedingungen aufwies:

> „Anklagend wurden den alliierten Forderungen die deutschen Friedensangebote aus der Kriegszeit entgegengehalten. Die Fähigkeit zum Vergessen war dabei offenbar hoch ausgeprägt, hatten doch einige deutsche Kriegszielprogramme des Krieges keinen Vergleich mit den Versailler Vorschlägen zu scheuen brauchen. Auch der wenige Monate alte Friede von Brest-Litowsk war inzwischen wenigstens für die entrüsteten Deutschen in [den] Nebel der Geschichte eingetaucht.“[335]

---

327 [Anonym]: Die vierte Schulungswoche des Deutschen Frauenausschusses zur Bekämpfung der Schuldlüge, in: Die ostmärkische Frau [ohne Jg.] (1927) 3, S. 24. Vgl. ferner Pogge von Strandmann: Imperialism and Revisionism, S. 97.

328 Vgl. zu dieser „Zentralstelle“ Heinemann: Die verdrängte Niederlage, S. 95-119.

329 Vgl. Bösch: Öffentliche Geheimnisse, S. 225-327; Sobich: „Schwarze Bestien, rote Gefahr“, S. 225 ff.

330 Siehe Doyle, Arthur Conan: The Crime of the Congo. Garden City (NY) 1909.

331 Vgl. Pade: Zwischen Wissenschaft, Abenteurertum und Kolonialpolitik, S. 205.

332 Vgl. zu diesen Abtretungen (Elsass-Lothringen, Nordschleswig, Oberschlesien, Posen, Westpreußen und das Memelgebiet; Mandatsstatus des Saarlandes sowie Bildung der „Freien Stadt Danzig“ unter Aufsicht des Völkerbundes) Baranowski: Nazi Empire, S. 110 und S. 120.

333 Vgl. Henschel: Territoriale Expansion und „völkische Flurbereinigung“, S. 67.

334 Ebd., S. 62.

335 Dreyer/ Lembcke: Die deutsche Diskussion um die Kriegsschuldfrage, S. 129 f.

Rasch vergessen war ebenfalls das auf eben jenem Friedensvertrag aufbauende „Ober-Ost“ in Ostmitteleuropa.[336] Wie zu Friedenszeiten gegenüber den Polen, hatten sich dort die deutsche Truppen im Kampf gegen die Armeen des Zarenreichs als ‚Kulturbringer‘ definiert, die klassische ‚bürgerliche Tugenden‘ wie Arbeit, Ordnung, Fleiß, Sauberkeit etc. verbreiteten.[337] Bereits der „Ostmarkenverein“ beschrieb sein Selbstverständnis so:

> „Wir haben immer den Polen die Hand zur Versöhnung geboten, *freilich* auf dem Boden, den eine hundertjährige Entwicklung geschaffen. Unser Endziel war die Aussöhnung der beiden Volksstämme. Sie konnte nur dadurch erreicht werden – das war keinem Kenner des *polnischen Volkscharakters* zweifelhaft, dass unsere Ostmarken *fest im Deutschtum* verankert wurden. […] Unsere Bewegung hat die Ostmarken und ihre deutsche und polnische Bevölkerung der Kulturstufe des übrigen Reiches genähert und dem *Lande den deutschen Stempel* aufgedrückt [H. d. A., RF].“[338]

Hinter diesem Sendungsbewusstsein verbarg sich analog zur Aufteilung Afrikas in den 1880er Jahren die moralische Rechtfertigung nicht allein für die Weltordnungsvorstellungen des Hochimperialismus, sondern auch ein stark ausgeprägter „Frontier“-Gedanke.[339] Dabei war gerade im durch die Mittelmächte besetzten Ostmitteleuropa die Vorstellung einer drohenden Niederlage im Grunde undenkbar. Krekeler fasst es sehr treffend zusammen:

> „Am Ende des ersten Weltkrieges bestand im Osten militärisch eine Lage, die gerade den Deutschen in den Ostgebieten jede Einsicht in den vollständigen Zusammenbruch des Kaiserreichs verwehren mußte. Die deutschen Truppen standen tief in Rußland, und der Vertrag von Brest-Litowsk (3.3.1918) schien ihnen den Sieg auf diesem Kriegsschauplatz zu garantieren. Der Verzicht Rußlands auf Livland, Kurland, Litauen, Estland und Polen und die Anerkennung des deutsch-ukrainischen Sondervertrages nährten die Vorstellung eines Sieg-Friedens im Osten – die dort lebenden Deutschen konnten mit einigem Recht glauben, daß die Hegemonialansprüche Deutschlands in diesem Teil Europas vollauf bestätigt waren.“[340]

Die Kapitulation der Mittelmächte musste dementsprechend wie ein Schock für etwaige Vorstellungen von imperialer Machtentfaltung wirken. Auch brachen mit dem Ende des

---

336 Siehe Liulevicius: Kriegsland im Osten. Dort auch passim. das folgende Argument.
337 Siehe auch Jaworski: Zur Kulturträgertheorie.
338 Sitzung des Gesamtauschusses des Ostmarkenvereins; Berlin, den 1.12.1919, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 195: Gesamtauschuß [des DOV], Nr. 3, Bd. 2: 1919-1920, Bl. 100 ff., hier Bl. 101.
339 Vgl. Osterhammel: Die Verwandlung der Welt, S. 531 ff.; Thum: Mythische Landschaften, S. 198 f.
340 Krekeler: Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik, S. 10.

Ersten Weltkriegs nicht nur die Ostmitteleuropa für weit über hundert Jahre prägenden drei Imperien der Hohenzollern, der Habsburger und der Romanovs zusammen, sondern es gewannen auch völkische Positionen merklich an Gewicht, die freilich bereits im Kaiserreich ihre Vorläufer hatten.[341] Zugleich führte die (Wieder-) Entdeckung des „Auslandsdeutschtums" ab 1918 zunächst zu zwei Sachverhalten: zum Einen stärkte es das Identifikationsmerkmal des ‚Deutsch-seins' für die „Auslandsdeutschen". Zum Anderen schlug sich dies in zahlreichen Vereinsgründungen in den jeweiligen Staaten nieder.[342]
Aber die einstmalige Euphorie, endlich über ein riesiges Reich herrschen zu können, verkehrte sich unter dem Eindruck der durch die neu entstandenen Nationalstaaten Ostmitteleuropas allenthalben als bedroht wahrgenommenen „deutschen Sprachinseln" ins Gegenteil. Zunehmend populär wurden Topoi der deutschen Selbstwahrnehmung und –beschreibung als „Grenzergesellschaft in der Defensive".[343] In einem mehr offensiven Sinne sollten jene ‚deutschen Sprachinseln' besonders als Hebel für die Wiedererrichtung einer nunmehr völkisch definierten ‚Neuordnung' bzw. Wiedererrichtung eines deutschen Imperiums vor allem in Ostmitteleuropa dienen.[344]

> „Beeinflußt von den Theorien der politischen Geographie und der Geopolitik und unter Zuhilfenahme biologistischer Interpretationen verschob sich die Vorstellung von der Grenze als staatlicher Demarkations- oder selbst Verteidigungslinie zum Schauplatz von Volkstumskämpfen."[345]

Zugleich wurde die politische Semantik jener Zeit in diesem Kontext mit zahlreichen biologistischen Metaphern angereichert: die Rede war nun von der „blutende[n] Grenze", die eine „offene Wunde" darstelle, dem es sich mit einer „Grenzwacht" bzw. einem „Grenzgeist"[346] entgegen zu stellen gelte bzw. die der „Grenzlandkämpfer" bedürfe.[347] Rekurriert wurde dabei erstens auf eine seit der Antike bestehende Ideengeschichte des

---

341 *Siehe S. 48 ff.*
342 Vgl. Höpfner: Deutsche Südosteuropapolitik, S. 304.
343 Laak: Afrika vor den Toren, S. 103.
344 Siehe Fahlbusch: „Wo der deutsche ... ist, ist Deutschland!"; vgl. auch Prehn: „Volksgemeinschaft im Abwehrkampf", S. 34.
345 Fischer: Die deutsche Publizistik, S. 41. Vgl. auch Inachin: Nationalstaat und regionale Selbstbehauptung, S. 289 f.
346 Fischer: Die deutsche Publizistik, S. 43. Vgl. auch Inachin: Nationalstaat und regionale Selbstbehauptung, S. 295 f.
347 So zutreffend, aber mit Blick auf den ‚sudetendeutschen' Revanchismus nach dem Ersten Weltkrieg und eher mit dem Fokus auf Österreich Wolfgramm: „Grenzlandkämpfer", S. 22-28.

Staates als ‚politischem Körper'.[348] Zweitens wurden somit Analogien gebildet zu den aus dem Krieg heimkehrenden versehrten Soldaten und dem als ‚wehrlos' wahrgenommenen Deutschland.[349] Drittens knüpften sie direkt an Bilder aus dem Kaiserreich, die vom „Alldeutschen Verband" ebenso propagiert und damit popularisiert wurden wie vom DOV. Diese verstanden schon lange vor dem Ersten Weltkrieg

> „den nationalen Konflikt mit den Polen als Krieg. Viele Metaphern in den Veröffentlichungen sind […] dementsprechend militaristisch. Die deutschen Siedlungen in den preußischen Ostprovinzen wurden als Bollwerke gegen die slawische Gefahr dargestellt, sie waren ‚Vorposten', ‚Vormauer', ‚Wall', ‚Burg', ‚Festung' und ‚Außenforts'. Die Deutschen selbst waren ‚Vorkämpfer', die Vorhut der deutschen Nationalbewegung."[350]

Das übergreifende Ziel lautete nun neben der „wirtschaftliche[n] und kulturelle[n] des Deutschtums […] die Festigung des deutschen Volkstums an der neuen Grenze im Osten […]."[351] Die Rede war analog zu dem durch die Aufklärung verbreiteten Topos eines west-östlichen „Kulturgefälles" von einer „Kulturgrenze im Osten".[352] Einen Aufstieg erlebte auch der Begriff des „Grenzlanddeutschen", da sich deren Anzahl durch die rapide Verkleinerung des Reiches ja stark vergrößert habe.[353] Analog zu dem als Unrecht empfundenden Verlust der deutschen Übersee-Kolonien sah man später ebenfalls den Verlust der preußischen Ostprovinzen und Teilen Oberschlesiens als ungerecht an, gerade da „die abgetretenen Gebiete ihre Blüte ausschließlich deutscher Kultur verdankten."[354] Rekurriert wurde dabei besonders auf die einschlägige Publizistik von Heinrich von Treitschke. Bereits dieser sah im

---

348 Siehe Koschorke/ Lüdemann/ Frank (u. a.): Der fiktive Staat; vgl. auch Jureit: Das Ordnen von Räumen, S. 136 ff.

349 Vgl. Harvey: Pilgrimages to the „Bleeding Border", S. 211 und S. 219 f.; Wildenthal: German Women for Empire, S. 130; Kopp: The „Weimar Drang nach Osten", S. 190.

350 Drummond: „Einen kräftigen Damm […]", S. 104; vgl. auch Harvey: Pilgrimages to the „Bleeding Border", S. 220; Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 113 f.; Nietzel: Im Bann des Raums, S. 27 f.; Dyroff: Preußische Ostmark, S. 161.

351 Anlage zum Rundschreiben A Nr. 1 [betrifft: Glückwunsch zum 60. Geburtstag von Alfred v. Tilly]; Berlin, den 10.8.1926, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 349 a: Akten auf Anordnung der NSDAP (Alfred Rosenberg). Zusammenlegung der Ostverbände unter dem Namen „Bund Deutscher Osten", Bl. 413 f., hier Bl. 413.

352 Der DO-Bundesdirektor [Emanuel] Ginschel an den Reichskanzler [Wilhelm] Marx; Berlin, den 16.5.1928, in: BArch, R 43 I, Nr. 1815: Alte Reichskanzlei, Akten betreffend: Deutscher Ostbund, Bd. 1: 1.1.1928-33, Bl. 47 ff., hier Bl. 49.

353 Vgl. Prehn: „Volksgemeinschaft im Abwehrkampf", S. 29 ff.

354 Der DO-Bundesdirektor [Emanuel] Ginschel an den Deutschen Ostmarkenverein; Berlin, den 22.12.1926, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 349 a: Akten auf Anordnung der NSDAP (Alfred Rosenberg). Zusammenlegung der Ostverbände unter dem Namen „Bund Deutscher Osten", Bl. 328. Vgl. auch Drummond: „Einen kräftigen Damm […]", S. 102 f.

Osten ein ‚Kolonisationsgebiet'.[355] Doch auch die dort anklingende Siedlungspolitik verkehrte sich durch den Ausgang des Krieges von einem zentralen Mittel imperialer Expansion in ihr Gegenteil. Stattdessen galt es nun nämlich, eine Siedlungspolitik im Reich selbst für die zahllosen deutschen Flüchlinge zu organisieren.[356]
In dieselbe Richtung ging die Umwertung des Begriffes des „polnischen Korridors". Es meinte ursprünglich den Meereszugang Polens über die nunmehr zu seinem Staatsgebiet zählenden Pommerellen. Stattdessen betonte die deutsche Propaganda in der Zwischenkriegszeit vehement das „Zerreißen" der Verbindung zwischen dem „Reich" und der Provinz Ostpreußen.[357] Ein zeitgenössischer publizistischer Kommentar bemerkte:

> „Wir können an dieses Volk, diesen Staat gar nicht denken, ohne daß die Begriffe ‚Korridor', ‚Oberschlesien', ‚Minderheiten' sich vor uns wie eine Mauer aufrichten, die jedes ‚Hinübersehen', ‚Weitersehen' verhindert."[358]

Auch die durch den Frieden erwirkte Abtretung bzw. Neuaufteilung der ehemaligen deutschen Kolonien machte deren Bewohnerinnen und Bewohner zu „Auslandsdeutschen", wobei in Bezug auf Menschen, die aus den ehemals deutschen Kolonien nach Deutschland einwandern wollten, in Kontinuität zum Kaiserreich sehr stark auf eine rassistisch definierte Dissimilation des Staatsbürgerschaftsrechts geachtet wurde.[359] Der Begriff der „Auslandsdeutschen" war in seiner Bedeutung zwar seit der nachrevolutionären Epoche nach 1848 geläufig,[360] erfuhr nun aber seine politische Aufwertung und informelle Instrumentalisierung von staatlicher Seite. Hierfür wurde besonders ab 1920 mit der „Deutschen Stiftung" (DSt) ein Organ geschaffen, welches zwar privaten Rechts war, aber regelmäßig mit dem Innen-, dem Haushalts- sowie dem Finanzministerium tagte und insgeheim vom Reich finanziert wurde.[361] Auch eine sich bereits im Kaiserreich formierende ‚neue Rechte'[362] legte ihre vor dem Krieg stark ästhetisch formulierte Gesellschafts- und Zivilisationskritik beiseite und formulierte sie nunmehr eminent politisch.[363]

---

355 Siehe Hertz-Eichenrode: Heinrich von Treitschke.
356 Vgl. Wippermann: Politische Propaganda, S. 103 f.
357 Vgl. Fischer: Die deutsche Publizistik, S. 44-49.
358 Zitiert nach Inachin: Nationalstaat und regionale Selbstbehauptung, S. 289.
359 Siehe El-Tayeb: Schwarze Deutsche.
360 Siehe Naranch: Inventing the ‚Auslandsdeutsche'.
361 *Siehe S. 103.*
362 Den unzähligen sozialwissenschaftlichen Studien zum Thema fehlt meist die historische Tiefenschärfe sowie eine Antwort auf die Frage, was denn so ‚neu' an heutigen extrem rechten Entwicklungen sei. Dagegen betont Axel Schildt, dass bereits die Gründungsjahre des Kaiserreichs von einer politischen

Insgesamt kann das ‚Ende' des Ersten Weltkrieges – in Ostmitteleuropa zogen sich die verschiedensten bewaffneten Konflikte noch bis in das erste Drittel der 1920er hin –[364] für die Bedeutung des imperialen Denkens und entsprechender Politiken nicht hoch genug angesetzt werden. Das gilt ganz besonders für die vormals imperial beherrschten Teile Ostmitteleuropas. Alle drei Imperien, die sich Ende des 18. Jahrhunderts an den Teilungen Polen-Litauens beteiligt hatten, gingen in Folge des Ersten Weltkriegs unter. An ihre Stelle traten Nationalstaaten, die sich meist erst in Staatenbildungs- und Bürgerkriegen gegeneinander behaupten mussten. Gerade Ostmitteleuropa in der unmittelbaren Nachkriegszeit bietet ein sinnfälliges Beispiel für die Probleme des Übergangs zwischen Imperien und Nationalstaaten. Die vormals innerhalb der Imperien mal mehr, mal weniger fein austarierten Differenzen zwischen verschiedenen Gruppen verwandelten sich nicht nur sehr plötzlich in zwischenstaatliche Differenzen, sondern auch in solche innerhalb der neu entstehenden Staaten.[365] Nun wirkte sich sehr folgenschwer aus, dass Imperien eine andere Entstehungsgeschichte aufwiesen als Nationalstaaten:

> „Sie waren in den Jahrhunderten zuvor während des monarchischen Zeitalters in der europäischen Geschichte ohne Rücksicht auf Herkunft und Sprache der Bevölkerung aus eher zufälligen dynastischen Verbindungen und wahllosen territorialen Umschichtungen zusammengewachsen."[366]

Zum Ende des Ersten Weltkriegs wurde der Begriff der „Balkanisierung" zum geflügelten Wort des politischen Vokabulars.[367] Aus heutiger Perspektive betrachtet macht er das destruktive Potential der nationalstaatlichen Organisation von Menschen deutlich, wo vorher ‚Multiethnizität' eher die Regel denn die Ausnahme darstellte.[368] Der Begriff der „Balkanisierung" bezeichnet dabei mehr Vorurteile und Ängste über den Balkan als das er als analytische Kategorie genutzt werden könnte. In diesem Kontext ist auch von Interesse, dass im Zuge der Konfrontation der europäischen Mächte mit dem Osmanischen Reich im 19.

Ausdifferenzierung des rechten Spektrums gesprochen werden kann. Siehe Schildt: Radikale Antworten von rechts.

363 Vgl. Petzinna: Erziehung zum deutschen Lebensstil, S. 11-50.

364 Siehe Böhler: Europas „Wilder Osten". Auch das folgende Argument ebd.

365 Siehe Ruppert: Der Untergang der Imperien.

366 Hösch: Die „Balkanisierung", S. 79.

367 Vgl. ebd., S. 81; Langewiesche: Nationalismus als Pflicht zur Intoleranz, S. 286.

368 Vgl. ebd., S. 282 f., S. 289 und S. 291; Hösch: Die „Balkanisierung", S. 81 f.; Oldenburg: Der deutsche Ostmarkenverein, S. 83 f.; Thum: Mythische Landschaften, S. 187; Ther: Imperial instead of National History, S. 52 und S. 59.

Jahrhundert keinesfalls von *einem* „christlichen Abendland“ gesprochen werden kann. Vielmehr traten nun konkurrierende machtpolitische Ansprüche und wirtschaftliche Interessen der europäischen Pentarchie zutage.[369] Ausgangspunkt dieser Großmächtepolitik war der griechische Unabhängigkeitskampf gegen die Osmanen im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts, der aus machtpolitischem Kalkül unterstützt wurde.[370] Das führte dazu, dass „die Großmächte die Rahmenbedingungen diktierten und das Zusammenleben der Balkanvölker organisierten.“[371] Dies geschah vornehmlich unter der Herrschaft von Abkömmlingen deutscher Fürstenhäuser, da sie machtpolitisch-dynastisch am Ehesten mit der Politik der Großmächte als kompatibel galten.[372] Zugleich kann man dem Begriff der „Balkanisierung“ vielleicht doch etwas Analytisches abgewinnen:

> „Balkanisierung meint auch und gerade die negativen praktisch-politischen Schlußfolgerungen, die schon vor den Pariser Friedensbemühungen aus der verworrenen Sachlage in den Mischgebieten gezogen worden waren. Deportation, Flucht und Vertreibung waren längst vor dem Ende des Ersten Weltkriegs bittere Realität […] in Südosteuropa geworden.“[373]

Die Homogenisierungsversuche von Gruppen nach vermeintlich ‚objektiven‘ Kriterien gründeten sich in dieser Übergangsphase von imperialer hin zu nationaler Organisation von Bevölkerungsgruppen und können dabei auf eine Geschichte bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückblicken.[374] Edgar Hösch gibt mit Blick auf die Genese des Nationalismus außerdem zu bedenken: „Selbst […] [der] Ethnonationalismus und [der] Sprachnationalismus sind europäische Exportprodukte, geboren aus dem Geist der Romantik und der Herderschen Ideen.“[375] Jedoch potenzierten sich im Ausgang des Ersten Weltkriegs die Gewalt und das Maß in riesigem Ausmaß, in dem Hundertausende von Menschen in Südosteuropa bis 1923 zu bloßen Zahlen und damit Betroffenen einer nationalistisch-religiös motivierten Bevölkerungspolitik wurden.[376] In der Weimarer Republik schließlich wurden diese Verhältnisse eher dem Scheitern eines multiethnischen Zusammenlebens in imperialen

---

369 Vgl. Hösch: Die „Balkanisierung“, S. 84. Zu dieser Pentarchie wurden Frankreich, Österreich-Ungarn, Großbritannien, das Zarenreich und Preußen gerechnet.
370 Vgl. (ders.): Deutschland, Europa und der Balkan, S. 52.
371 Ebd., S. 51.
372 Vgl. ebd., S. 52.
373 (Ders.): „Balkanisierung“, S. 91.
374 Vgl. Ther: Die dunkle Seite der Nationalstaaten, S. 23-68.
375 Hösch: Deutschland, Europa und der Balkan, S. 53.
376 Vgl. Hösch: „Balkanisierung“, S. 91 f.

Kontexten (nämlich dem Zerfall der Habsburgermonarchie bzw. dem Osmanischen Reich) zugeschrieben als der destruktiven Dynamik des Nationalstaatsprinzips und dessen Einführung durch die europäischen Großmächte wenige Jahrzehnte zuvor.[377]
Hinzu trat unmittelbar nach Kriegsende das vom US-Präsidenten Wilson in seinem zentralen 14-Punkte-Papier verkündete „Selbstbestimmungsrecht der Völker" – ein Begriff von ebenfalls ungemeiner Eigendynamik, der wie die ‚Büchse der Pandora' wirkte. Wilson war aber nicht der Urheber dieses Gedankens, sondern Lenin.[378] Dessen Forderung nach dem „Selbstbestimmungsrecht" ist natürlich im Kontext der Oktoberrevolution zu sehen und damit als Mittel des revolutionären Übergangs zum Kommunismus im Weltmaßstab.[379] Gerade aber allein schon der Gedanke, durch Volksabstimmungen territoriale Zugehörigkeiten zu verhandeln, sorgte in der deutschen Führung für starkes Befremden, denn:

> „[Sie] standen diametral [entgegen] zum deutschen territorialen Selbstverständnis. Ein generelles Sezessionsrecht von nationalen Minderheiten wurde abgelehnt. Als zur Staatsbildung befähigt sah man nur kulturell hochstehende Nationen an, wozu etwa die slawischen Völker gemeinhin nicht gezählt wurden."[380]

Man wird mit gutem Recht behaupten dürfen, dass sich in dieser Ablehnung die nahezu systematische Diskriminierung von Minoritäten im Kaiserreich ebenso äußerte wie den Charakter ebenjener Gesellschaft als einer Migrationsgesellschaft.[381] Daneben war es ebenfalls bis dato der politischen Kultur Deutschlands fremd, außerhalb von Wahlen die Meinung der Bevölkerung zu politischen Themen einzuholen. Erst nachdem sich im Spätsommer 1918 die deutsche Niederlage abzuzeichnen begann, avancierte das „Recht auf Selbstbestimmung" zu einem zentralen Thema. Davon versprach man sich auf deutscher Seite, die territoriale Integrität des nunmehr ehemaligen Kaiserreiches möglichst wahren zu können.[382] Dabei wurden allerdings Volksabstimmungen von der politischen Führung im Grunde bis zuletzt als unnötig bzw. überflüssig angesehen, hatte doch die Bevölkerung durch Demonstrationen und Kundgebungen vermeintlich ‚einmütig' bereits ‚ihren' Willen zum

---

377 Vgl. Troebst: „Macedonia heroica", S. 299 ff.
378 Vgl. Schubert: Der schwarze Fremde, S. 339 ff.
379 Laba: „Entgegen dem feierlich erklärten Mehrheitswillen", S. 129.
380 Ebd.; vgl. auch Kopp: The „Weimar Drang nach Osten", S. 189 und S. 195 f.
381 Siehe Mergel: Das Kaiserreich als Migrationsgesellschaft; Vgl. auch Ther: Imperial instead of National History, S. 56-60.
382 Vgl. Laba: „Entgegen dem feierlich erklärten Mehrheitswillen", S. 131-137.

Verbleib der Abstimmungsgebiete zu Deutschland geäußert.[383] Zum Einen äußerte sich hier ein sehr idealisierendes, stark nationalistisches Bild eines vermeintlich einheitlichen ‚deutschen Volkes'. Zum Anderen lassen sich hier auch noch Züge der wesentlich älteren konservativen Tradition der Verachtung oder mindestens aber der Skepsis gegenüber dem ‚Volk' als Synonym für die ‚Massen' erkennen.[384] Die letztendlich erfolgte Abtretung großer Gebiete besonders an den neuentstandenen polnischen Staat wurde von deutscher Seite mit größter Verbitterung aufgenommen und als „Beweis für die Willkürlichkeit der Grenzziehungspraktiken der Alliierten im Allgemeinen [gedeutet], da sie darauf hinwies, dass die Alliierten ihre eigenen Grundsätze nicht einhielten."[385] Im Ergebnis führte diese Verurteilung besonders der neuen deutschen Ostgrenze zu einem parteiübergreifenden Konsens der Grenzrevision, ja zu einem regelrechten „Revisionssyndrom"[386], freilich mit Ausnahme der KPD.[387] Außerdem führten die Ergebnisse der Abstimmungen dazu, dass bereits in der Frühphase der Weimarer Republik das Vertrauen in internationale Organisationen und ihre Regulierungsmöglichkeiten von Interessen zerstört wurde.[388]

Dagegen interpretierte man von Seiten der deutschen Regierung den bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk von kommunistischer Seite vorgebrachten Vorschlag nach dem Selbstbestimmungsrecht für die Kolonien[389] nicht taktisch-selektiv, sondern kategorisch negativ.[390] Die Begründung dafür verrät allerdings Einiges über die Mentalität der ehemals Kolonisierenden:

> „Bei der Natur der deutschen Kolonialgebiete scheint […] die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts in den von der russischen Delegation vorgeschlagenen Formen zur Zeit *nicht durchführbar*. Der Umstand, daß in den deutschen Kolonien die Eingeborenen trotz der größten Beschwerden und trotz der geringen Aussichten eines Kampfes gegen den um das vielfache überlegenen, über unbeschränkten überseeischen Nachschub verfügenden Gegner in Not und Tod treu zu ihren *deutschen Freunden* gehalten haben, ist ein *Beweis ihrer Anhänglichkeit* und ihres Entschlusses, *unter allen Umständen* bei Deutschland zu bleiben; ein

383 Vgl. ebd., S. 139 ff.
384 Vgl. Fenske: Vom ›Randphänomen‹ zum ›Verdichtungsraum‹, S. 103 f. und S. 135 ff.
385 Laba: „Entgegen dem feierlich erklärten Mehrheitswillen", S. 142.
386 Salewski: Das Weimarer Revisionssyndrom; vgl. auch Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. [14 f.].
387 Vgl. Laba: „Entgegen dem feierlich erklärten Mehrheitswillen", S. 144 f.
388 Vgl. Jureit: Das Ordnen von Räumen, S. 233.
389 Vgl. Dok. Nr. 52: Erklärung der russischen Delegation auf der ersten Vollsitzung der Friedenskonferenz in Brest-Litowsk vom 9. (22.) Dezember 1917, in: Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und der UdSSR [Hg.]: Deutsch-sowjetische Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litowsk bis zum Abschluß des Rapallovertrages. Dokumentensammlung. 2 Bde. Bd. 1: 1917-1918. Berlin 1967, S. 167 ff.
390 Vgl. Stoecker: Der erste Weltkrieg, S. 241 f.; zum Folgenden Rüger: Die kolonialen Bestrebungen, S. 243 f.

> Beweis, der an Ernst und Gewicht *jede mögliche Willenskundgebung* durch Abstimmung *weit übertrifft* [H. d. A., RF].“[391]

Folglich sei die Forderung des „Selbstbestimmungsrechts der Kolonien für uns gänzlich unannehmbar […].“[392] Dabei handelte es sich bei dieser Ablehnung um eine Konstante kolonialer Vorstellungen. Denn die Begründung dessen durch Heinrich Schnee war noch 1929 durch und durch rassistisch. Zuerst wurde eine Unterscheidung zwischen einem „Wiedererwachen[] alter farbiger Kulturvölker“[393] einerseits und „Völkern primitiver Rasse“[394] andererseits vorgenommen. Während die Unabhängigkeitsbestrebungen der erstgenannten Gruppe noch einiges Verständnis entgegengebracht wird,[395] ist für Schnee Unabhängigkeit für die ehemaligen subsaharischen oder auch pazifischen deutschen Kolonien eine Undenkbarkeit:

> „Ganz anders liegt die Sache bei denjenigen Ländern, welche von Völkern primitiver Rasse bewohnt werden, die weder früher eine Staatenbildung gekannt haben noch in der Gegenwart die Fähigkeit dazu besitzen, noch sie absehbarer Zukunft besitzen werden. Dazu gehören vor allem der größte Teil von Afrika und eine große Zahl von Inselgruppen im Stillen Ozean. Nichts wäre verfehlter als eine Anwendung der oben beschriebenen Gedankengänge, die für alte Kulturvölker gelten, auf diese in der Entwicklung zurückgebliebenen Eingeborenen.“[396]

Begründet wurde dies mit einem propagandistischen Bild präkolonialer Verhältnisse. Die Rede war vom Kampf der ‚Eingeborenen‘ untereinander, Sklaverei und Kannibalismus. All

---

391 Dok. Nr. 62: Erklärung der verbündeten Mächte, dargelegt vom Minister für Auswärtige Angelegenheiten Österreich-Ungarns, Czernin vom 25. Dezember 1917, in: Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und der UdSSR [Hg.]: Deutsch-sowjetische Beziehungen (a. a. O.), S. 194-197, hier S. 197.

392 Dok. Nr. 68: Telegramm des Unterstaatssekretärs des Auswärtigen Amtes an das Mitglied der deutschen Delegation in Brest-Litowsk, von Rosenberg vom 26. Dezember 1917, in: ebd., S. 204.

393 Schnee, Heinrich: Neuzeitliche Kolonialpolitik, in: Harms, Bernhard (Hg.): Volk und Reich der Deutschen. Vorlesungen gehalten in der Deutschen Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung. 3 Bde. Bd. 3: Weltpolitische Gestaltungstendenzen, das Schrifttum. Berlin 1929, S. 106-133, hier S. 116. Gemeint sind hier China, Indien, Japan und Ägypten. Vgl. ebd., S. 114 ff.

394 Ebd., S. 117.

395 So wird an anderer Stelle auch kein Hehl daraus gemacht, dass sich dahinter auch handfeste Interessen verbergen können. So heißt es beispielsweise über China: „Eine freundliche Haltung der [DKG, RF] wie überhaupt des deutschen Volkes ihnen [den Chines_innen, RF] gegenüber […] ist […] gerechtfertigt und auch im Hinblick auf die deutschen Wirtschaftsinteressen in China politisch zweckmässig.“ [Schnee, Heinrich]: Aufzeichnung betreffend koloniale Fragen […], 1930, in: GStA PK, VI. HA: Nachlässe, Nl. Heinrich Schnee, Nr. 24: Heinrich-Schnee-Archiv. Bd. 2: Aufzeichnungen, Berichte Nr. 27-72, Bl. 1-Bl. 5, hier Bl. 1.

396 Schnee: Neuzeitliche Kolonialpolitik (a. a. O.), S. 117. Auch die folgenden Zitate ebd. Vgl. zur zeitgenössischen wissenschaftlichen Diskussion um vermeintliche „Kultur-“ und „Naturvölker“ Kopp: The „Weimar Drang nach Osten“, S. 192.

dies habe sich erst geändert durch die Errichtung „der europäischen Herrschaft“, denn: „Der Landfriede wurde hergestellt. Zum erstenmal [sic!] erhielten die Eingeborenen die Sicherheit für Leib und Leben und Schutz ihres Eigentums und gelangten in die Lage, friedlich ihrem Erwerb nachgehen zu können.“ Wer dennoch die Forderung nach dem ‚Selbstbestimmungsrecht‘ dahingehend vertrete, unterliege entweder einer „vollständige[n] Illusion“, „vollständige[n] Unkenntnis der Verhältnisse jener farbigen Völker oder aber […] kommunistische[n] Propaganda“, denn all das „würde lediglich zum Chaos führen, zur Wiederkehr solcher Zustände, wie sie in den Zeiten vor der Einrichtung der europäischen Verwaltung vorhanden waren […].“ Schnee kann hier als Exponent einer Mehrheit der Koloniallobby gesehen werden. Diese vertrat immer noch einen erfahrungsresistenten Herrenstandpunkt, der die Menschen in Afrika oder Ozeanien als bloße Objekte und Verfügungsmasse europäischer Kolonialherrschaft sah.

Zugleich zeugen derartige Tiraden aber auch davon, dass man sich auf Seiten der DKG seiner Sache doch nicht mehr so sicher war. Der Erste Weltkrieg wirkte auch hier als Katalysator für Unabhängigkeits- und Dekolonisationsbestrebungen.[397] Außerdem sorgte die Etablierung der Sowjetunion als weltpolitischer Akteur bei den etablierten westlichen Kolonialmächten für Anspannung und Verunsicherung – Haltungen, die die DKG-Führung zum einen selber teilte, zum anderen aber mit in ihr politisches Kalkül einzubinden versuchte. Mit der Identifizierung von antikolonialen mit kommunistischen Bewegungen wurde nicht nur ein neues Feindbild geschaffen, sondern mit dessen Bekämpfung suchte man sich auch besonders gegenüber dem britischen Empire als ‚imperial zuverlässig‘ darzustellen.[398]

Eine Minderheit sah in den Dekolonisationsprozessen aber auch potentielle Optionen für eine geschicktere, weniger konfrontative Linie, die den Verlust der Kolonien im Ersten Weltkrieg nicht als Last, sondern als den Gewinn neuer Spielräume für eine ausgefeiltere Außenpolitik deutete.[399] Doch hatte diese Solidarisierung mit jenen Unabhängigkeitsbestrebungen rein strategisch-instrumentellen Charakter. So führte der frühere Gouverneur von Samoa,

---

397 Vgl. Osterhammel/ Jansen: Dekolonisation, S. 29-39; Loth: Bemerkungen zur Tradition der antikolonialen Demagogie, S. 476 f.

398 Vgl. ebd., S. 477 f. und S. 480; Rüger: Die kolonialen Bestrebungen, S. 271; (ders.): Der Kolonialrevisionismus, S. 249 f. Dem gingen Vorwürfe durch französische und britische Diplomaten voraus, dass Deutschland „mit Hilfe der Bolschewisierung der Eingeborenen ihrem Kolonial-Imperialismus in den Kolonien selbst Schwierigkeiten machen.“ Theodor Seitz an den Reichsminister des Äußeren Stresemann; Berlin, den 4.7.1927, in: PA AA, R 28600: Büro Reichsminister, Akten betreffend: Kolonien, Bd. 1: 1.2.1921-29.1.1930, Bl. D625607-Bl. D625611, hier Bl. D625608.

399 Vgl. Loth: Bemerkungen zur Tradition der antikolonialen Demagogie, S. 482.

kurzzeitige Außenminister[400] und nunmehr deutsche Botschafter in Japan, Wilhelm Solf (1862-1936) in einem Brief aus:

> „Durch die farbigen Völker der ganzen Erde geht heute ein gewaltiges Streben nach Unabhängigkeit und Selbstständigkeit. In China hat dieses Bestreben seinen weithin sichtbaren Ausdruck gefunden […]. Ja, *sogar* bei den Negern sind Anzeichen einer solchen Bewegung zu verzeichnen. Wir sprechen heute von dem ‚Erwachen Asiens', das ‚Erwachen Afrikas' wird nicht ausbleiben. […] Solche elementaren Geistesbewegungen lassen sich nicht aufhalten. Sich ihnen entgegenzustellen, ist, wie die Geschichte lehrt, eine nutzlose Kraftverschwendung. Eine kluge Politik sucht, solchen Strömungen sich nicht nur anzupassen, *sondern sie zu leiten oder wenigstens sich nutzbar zu machen*. Wir sind in der vorteilhaften Lage, daß heute kein farbiger Volksstamm in uns den Unterdrücker und Aussager sieht […] [H. d. A., RF]."[401]

So war es dann auch nur folgelogisch, wie in einem geschickten propagandistisch-argumentativem Winkelzug die mögliche Wiedererrichtung deutscher Kolonialherrschaft in Afrika dargestellt wurde. Die dortige Bevölkerung denke „in ihrer großen Mehrheit gar nicht daran, die Europäerherrschaft als ‚Entrechtung' zu empfinden. „Entrechtet fühlen sich nur die ehemaligen, blutdürstigen Häuptlinge und Zauberer."[402] Potentielle Kolonialherrschaft wurde also als soziale Befreiung verschleiert. Zugleich versuchte man von deutscher Seite mit solchen Argumenten auch, maßgeblichen Einfluss auf die sich seit der russischen Oktoberrevolution sowie dem aus afrikanischer Warte als „Selbstzerfleischung Europas im Krieg"[403] gedeuteten entstehenden panafrikanischen Bewegung zu nehmen – ohne Erfolg.[404] Auch in einigen Chefetagen von deutschen Unternehmen sah man in der ab Mitte der 20er Jahre erfolgten Lockerung der Restriktionen zwischen dem Reich und den ehemaligen

---

400 Solf leitete das Außenministerium unter den Kabinetten der Reichskanzler Max von Baden und Friedrich Ebert. Vgl. Rüger: Die kolonialen Bestrebungen, S. 243 f.; Kundrus: Das Reichskolonialamt, S. 18.

401 Wilhelm Solf an Verlagsdirektor Schmidt; Tokio, den 5.7.1927 [Im Folgenden zitiert als: Solf an Direktor Schmidt; Tokio, den 5.7.1927], in: PA AA, R 28600: Büro Reichsminister, Akten betreffend: Kolonien, Bd. 1: 1.2.1921-29.1.1930, Bl. D625627-Bl. D625633, hier Bl. D625632. Zitiert nach Loth: Bemerkungen zur Tradition der antikolonialen Demagogie, S. 477. Weitere einschlägige Belege hierfür ebd., S. 481. Vgl. zu Solfs Publizistik zur Kolonialfrage vor 1920 ebd., S. 478 sowie Kundrus: Das Reichskolonialamt, S. 14 f. und S. 17 ff., Dabag: National-koloniale Konstruktionen, S. 35 f.; Rwankote: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik, S. 68; Rüger: Der Kolonialrevisionismus, S. 243 f.; (ders.): Die kolonialen Bestrebungen, S. 252, Anm. 46; Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 88. Der in der Abteilung Koblenz des Bundesarchivs befindliche Nachlass Solfs wurde aus arbeitsökonomischen Gründen nicht für diese Studie ausgewertet. Sicherlich würden sich aber aus einer Studie auf breiterer Quellenbasis zu ihm neue Einsichten gewinnen lassen.

402 Jacob, Ernst Gerhard: Deutsche Kolonialkunde 1884-1934. (= Staat – Recht – Wirtschaft. Einzeldarstellungen in Grundrissen Bd. 12). Dresden 1934, S. 79.

403 Eckert: Panafrikanismus, S. 234.

404 Vgl. ebd., S. 233-238.

Kolonien ein Argument gegen eine Neuaufnahme direkter kolonialer Herrschaft und votierte dagegen für die Aufnahme bzw. den Ausbau von Handelsbeziehungen.[405] In dieser Sichtweise galten die Kolonien als eine Last, die man nun nicht mehr zu tragen hatte.[406] Auch Solf votierte in dem oben zitierten Brief dafür, sich „den Verhältnissen anzupassen und […] uns trotz der auferlegten Fesseln zunächst einmal wirtschaftlich wieder emporzuarbeiten […].“[407] Seine Schlussfolgerung lautete: „*Hinein in alle Rohstoffländer* [H. i. O., RF]!“[408] Zynischer, weil die afrikanische Bevölkerung rein auf den Status als Objekte kolonialer Ausbeutung reduzierend, argumentierte Hans Zache.[409] Diese sei „das wertvollste Aktivum der Kolonialwirtschaft […].“[410] Solf wiederum erwiderte denjenigen unter den ehemaligen Kriegsgegnern, „die es nicht glauben […] wollen, zeigen wir dann am besten in ihren eigenen Kolonien […], dass wir die Fähigkeit zu kolonisatorischer Fähigkeit besitzen.“[411] Er verband damit die Forderung: „wir müssen unseren Landsleuten, die ins Ausland wollen, die Wege in die Kolonien anderer Staaten öffnen.“ Allerdings stand Solf mit diesem Argument relativ allein da.[412] Die DKG favorisierte nicht die wirtschaftliche Durchdringung fremder Kolonien, sondern deutsche Siedlungskolonien in Afrika.[413] Sie verwahrte sich gegen

---

405 Ein differenzierter Überblick über die verschiedenen Positionen der deutschen Wirtschaft zum Kolonialproblem kann hier nicht erfolgen. Hinweise finden sich aber Rwankote: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik, S. 77 f. In diesem Zusammenhang ist besonders auf die strikt pro-koloniale Haltung des Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht (1877-1970) hinzuweisen, der hier ebenfalls nicht weiter nachgegangen werden kann. Vgl. ebd., S. 164-167; Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 204-211; Crozier: Imperial Decline, S. 214 f., S. 219 und S. 230; Müller: Die Zentralbank, S. 24 f. Rüger: Die kolonialen Bestrebungen, S. 261 f. Eine größere Studie hierzu wäre auch deswegen wünschenswert, um anhand umfangreicher Quellenforschungen die auch in der vorliegenden Studie nur oberflächlich behandelte Frage nach der Finanzierung der DKG im Besonderen und der Koloniallobby im Allgemeinen endlich besser beantworten zu können. *Siehe zu Letzterem Kap. 2.2.4.*

406 Vgl. Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 51; Laak: Afrika vor den Toren, S. 101.

407 Solf an Direktor Schmidt; Tokio, den 5.7.1927 (a. a. O.), Bl. D625627.

408 Ebd., Bl. D625629.

409 Beim Hamburger Zache handelte es sich um einen ehemaligen Kolonialbeamten und –publizisten sowie DVP-Politiker. Vgl. Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 140.

410 Zache, Hans: Imperialismus und Kolonialpolitik. Berlin 1927, S. 9. Vgl. auch Rüger: Die kolonialen Bestrebungen des deutschen Imperialismus, S. 887.

411 Solf an Direktor Schmidt; Tokio, den 5.7.1927 (a. a. O.), Bl. D625631. Auch das folgende Zitat ebd.

412 Solf war mit seinem, am politisch Machbaren orientierten Blick in der DKG relativ isoliert. Vgl. Fitzpatrick: Nazifying colonialism, S. 28; Kundrus: Das Reichskolonialamt, S. 19; Laak: Imperiale Infrastruktur, S. 213 f. In der DKG dominierte ein verklärter Blick auf Kolonien, die diese mit viel utopischem Überschuss als Projektionsfläche für verschiedenste Wünsche und Ideale entwarfen.

413 Vgl. Seitz an Solf; Berlin, den 13.3.1930, in: BArch, R 8023, Nr. 669: [DKG-Korrespondenz mit Theodor Seitz etc.], Bl. 78-Bl. 79 r. *Siehe zu den Siedlungsprojekten Kap. 2.3.2.*

„jede Form *internationaler Siedlungspolitik* […], weil sie der Überzeugung ist, daß nur in reichseigenen Siedlungsgebieten die überschüssige deutsche Bevölkerung wirtschaftlich und kulturell in engster Verbindung mit dem Mutterland bleibt [H. i. O., RF].“[414]

In eine ähnliche Richtung wie bei Solf gingen Diskussionen in sozialdemokratischen Kreisen, die trotz des Paternalismus des ‚Entwicklungs‘-Denkens gegenüber den ehemaligen Kolonien diese als zunehmend an Bedeutung gewinnenende Akteure einer sich tendenziell globalisierenden Weltwirtschaft sahen.[415] Auch der liberale Ökonom Moritz Julius Bonn (1873-1965) sah das Zeitalter des Kolonialismus überaus kritisch und prägte als analytischen Gegenbegriff hierzu den der „Gegenkolonisation“.[416] In seinem programmatischen Artikel aus dem Jahr 1926 heißt es dazu:

„Das Zeitalter der mühelosen kolonialen Erschließung ist zu Ende. Der Stein [des Kolonialismus, RF], der ins Wasser fiel und […] immer neue Ringe zog, hat den Grund berührt. An den Ufern schlagen die Ringe an und wellen nach dem Zentrum zurück. An die Stelle der großen Reiche […] ist die Gegenbewegung getreten.“[417]

Solch nüchterne Analysen hatten allerdings absoluten Seltenheitswert. Stattdessen formulierten neben anderen auch die beiden hier untersuchten Verbände weitgespannte Herrschaftspläne, die sie mittelbar und auf verschiedenen Wegen in das Fahrwasser des aufstrebenden Faschismus führten.[418]

Legitimiert wurde die koloniale Propaganda mit der gebetsmühlenartig wiederholten und sich in fast jedem Beitrag der DKG findenden Behauptung von der ‚Treue der Askaris‘.[419] Ihre politische Funktion lag in der „Glaubhaftmachung einer hervorragenden deutschen Kolonialarbeit; damit wurden die kolonialrevisionistischen Ziele der national-konservativen

---

414 Duems, Erich: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (1919-1932), in: (ders.)/ Stuemer, Willibald von: Fünfzig Jahre Deutsche Kolonialgesellschaft 1882-1932. Berlin 1932, S. 57-115, hier S. 113.

415 Vgl. Schubert: Der schwarze Fremde, S. 333 f., S. 338 f. und S. 346-353; Rwankote: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik, S. 100-103; Laak: Afrika vor den Toren, S. 97 und S. 99 f. Siehe insgesamt zur eher linken Kolonialkritik um 1900 Schwarz: „Je weniger Afrika, desto besser“; sowie den historischen Längsschnitt von Klein-Arendt/ Heyn: „Glücklich das Volk […]“.

416 Vgl. Hacke: Einleitung, S. 17 f. und S. 20; Laak: Imperiale Infrastruktur, S. 214; Rüger: Die kolonialen Bestrebungen, S. 272 f.

417 Bonn, Moritz Julius (1926): Die Gegenkolonisation, in: (ders.): Zur Krise der Demokratie. Politische Schriften in der Weimarer Republik 1919-1932. Hgg. von Jens Hacke. (= Schriften zur europäischen Ideengeschichte Bd. 9). Berlin/ Boston 2015, S. 101-107, hier S. 105.

418 *Siehe*

419 Vgl. Schulte-Varendorff: Kolonialheld für Kaiser und Führer, S. 60.

Parteien und Verbände […] begründet."[420] Am Beispiel der deutschen Kriegsführung in Ostafrika während des Ersten Weltkriegs hat Schulte-Varendorff nachweisen können, dass vielmehr Zwangsrekrutierungen, Zwangsarbeit, Massenexekutionen etc. – kurzum: eine rücksichtslose Ausnutzung (und im Zweifelsfall: Vernichtung) von Land und Leuten charakteristisch waren für die deutsche Kolonialherrschaft.[421] Und auch unter den Askaris flüchteten viele, desertierten oder wechselten kurzerhand einfach die Seiten – allein die Desertions-Rate wird auf ca. 18% geschätzt.[422] Freilich gab es auch genügend Gründe, für diese Soldaten weiter für das deutsche Kaiserreich zu kämpfen – nur sind diese eben viel weniger idealistisch motiviert gewesen, als es die kolonialistische Literatur im Deutschland der Zwischenkriegszeit je wahrhaben wollte. Es ging diesen Soldaten zunächst einmal um ihr Leben bzw. auch um eine Zukunftsperspektive. Dies sahen sie gewährleistet durch den

> „*versprochene[n]* Sold,[423] gehobenes Ansehen, Perspektivlosigkeit in den vom Krieg heimgesuchten Dörfern und vielleicht auch das zügellose Leben des Kriegsalltags, dem die Zivilbevölkerung schutzlos ausgeliefert war [H. d. A., RF]."[424]

Sicher sollte man nicht Gefahr laufen, in der historischen Rekonstruktion diese Befunde vorschnell auf sämtliche deutschen Kolonien von jenen in der zeitgenössischen ‚Südsee' bis hin zu ‚Deutsch-Südwest' zu verallgemeinern. Aber da der Mythos der ‚treuen Askaris' ganz wesentlich in der Zwischenkriegszeit an den Namen des ehemaligen Generals Paul von Lettow-Vorbeck geknüpft wurde,[425] kann die exemplarische Dekonstruktion dieses Mythos anhand deutscher Herrschaft in Ostafrika einiges an Plausibilität für sich beanspruchen. Zugleich ist darauf hingewiesen worden, dass dieser Mythos ein direktes Produkt der deutschen Kriegspropaganda war.[426]

Auf der anderen Seite bedeutete das Kriegsende in den preußischen Ostprovinzen für die deutsche Bevölkerung nicht nur, aber gerade in den vormals vom deutschen Kaiserreich beherrschten Teilen dieses riesigen Gebiets zunächst einmal den Verlust ihrer einstmals

---

420 Ebd., S. 150.
421 Vgl. ebd., S. 54-59.
422 Vgl. ebd., S. 60 ff.
423 Teilweise bis 1926 mussten viele ehemalige afrikanische Söldner auf ihren Sold warten, da das ganz handfeste materielle Problem ihrer Entlohnung immer und immer wieder in der Weimarer Republik auf die lange Bank geschoben wurde. Vgl. Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 64-67; Morlang: Askari und Fitafita, S. 151 ff. Das zuletzt genannte Buch bietet auch allgemein eine Würdigung der Lebens- und Erfahrungswelten der indigenen Kolonialsoldaten.
424 Schulte-Varendorff: Kolonialheld für Kaiser und Führer, S. 63.
425 Vgl. ebd., S. 95-107.
426 Vgl. ebd., S. 36-40.

privilegierten Stellung. Sie wurden nun zu Minderheiten, die besonders in der frühen Weimarer Republik als ‚gefährdete Ethnien' gedeutet wurden.[427] In der politischen Rechten der jungen Republik erfuhr dieses „Grenz- und Auslandsdeutschtum" eine starke Überhöhung, sah man doch in ihm idealistisch ein Vorbild, um den eigenen Führungsanspruch zu legitimieren.[428] Die Realität vor Ort war freilich eine ganz andere, als diese nationalistischen Verzerrungen uns glauben machen wollen. So kommt Niendorf in seiner wichtigen Lokalstudie zum deutsch-polnischen Grenzgebiet zwischen 1900 und 1939 zu wesentlich profaneren Ergebnissen:

> „Tatsächlich waren die Deutschen Gutsbesitzer und Landarbeiter gewesen, Katholiken und Juden, Protestanten pietistischer oder landeskirchlicher Prägung, um nur einige aus einer Vielzahl von Rollen zu nennen. Gemeinsames Handeln als Deutsche hatte allenfalls bei den Stichwahlen der Reichstagswahlen engeübt werden können, soweit es sich um Männer im volljährigen Alter handelte."[429]

Zugleich war die unmittelbare Nachkriegszeit zwischen Kriegsende (November 1918) bis zum Inkrafttreten des Versailler Vertrages (Januar 1920) auch die Geburtsstunde der ersten Vertriebenenverbände, die sich freilich vielmehr selbst als „Heimatvereine" verstanden und landsmannschaftlich zusammenschlossen.[430] Koordiniert und geleitet wurden sie dabei von der „Reichszentrale für Heimatdienst"[431], einer frühen Vorläuferin der heutigen „Bundeszentrale für Politische Bildung".[432] Diese „Reichszentrale" unterstand als nachgeordnete Behörde dem Reichsinnenministerium. Zugleich verschob sich die „Deutschtumspflege" als das zentrale Mittel der Außenpolitik, die sich weg vom Begriff des ‚Staates' denn vielmehr hin zu dem des ‚Volkstums' verschob. Programmatisch heißt es in einer zeitgenössischen Publikation eines leitenden VdA-Funktionärs im Rückblick:

> „Es gab nur noch *Deutsche schlechthin*, Menschen deutscher Abstammung, Sprache und Sitte. So wünschenswert der Staat, der Nationalstaat als höchste Ausdrucksform reifen Volkstums blieb, er trat in der Schätzung hinter dem Volkstum und Volksbewusstsein, der Nation und

---

427 Vgl. Kessler: Elitenwechsel, S. 54 ff. und S. 58 f.; Lakeberg: Die deutsche Minderheitenpresse, S. 277 f.; Thum: Mythische Landschaften, S. 186.
428 Vgl. Petzinna: Erziehung zum deutschen Lebensstil, S. 108-117.
429 Niendorf: Minderheiten an der Grenze, S. 249.
430 Vgl. Dyroff: Erinnerungskultur im deutsch-polnischen Kontaktbereich, S. 155 f.; Inachin: Nationalstaat und regionale Selbstbehauptung, S. 306; Fensch: Zur Vorgeschichte, Bd. 1, S. 57.
431 Vgl. ebd., S. 59; Wippermann: Politische Propaganda, S. 179-184.
432 Siehe insgesamt ebd.

> dem Nationalgefühl zurück. Volkstum wurde wieder als das *Naturhafte* und *Ewige* gewertet, das *vor dem Staate ist und nach ihm sein wird*, das weit über seine Grenzen hinausreichen kann, ohne deshalb seine Echtheit und Ursprünglichkeit zu verlieren [H. d. A., RF].“[433]

Besonders den ‚weichen‘, weil sehr variabel ausdeutbaren kulturellen Faktoren wie der deutschen Sprache kam in solchen Definitionsversuchen eine Schlüsselrolle zu, um letztendlich Machtansprüche seitens der deutschen Minderheitenpolitik artikulieren zu können.[434] Und auch beim 1919 gegründeten „Deutschen Schutzbund“ (DtSB) findet sich eine ähnliche, aber stärker holistisch-organizistische Vorstellung ‚des Deutschen‘ als vermeintlich primordiale, überindividuelle Entität. In einer Selbstdarstellung des Verbands heißt es zum ‚Deutschtum‘, dieses erscheine „in Gestalt des Volksganzen, dass sich konzentrisch in die Grenz- und Vorlande des geschlossenen Volksbodens und schließlich in Streusiedlungen über die ganze Erde hin ausbreitet […].“[435] Weiter wird ausgeführt, dass

> „diese deutsche Volksgemeinschaft bisher ein unbestimmtes Etwas [sei], das seine *körperliche Gestaltwerdung* noch sucht. […] Denn da es dieser heute noch formlosen Volksgemeinschaft an jeder geordneten Gewalt von oben her völlig fehlt und da auch das Deutsche Reich eben als Staat weder in Wirklichkeit, noch auch nur dem Anspruch nach diese Stelle einnehmen kann, […] befindet sich die Deutschtumsbewegung […] in der paradoxen Lage, […] zwischen dem Reichsvolk und den Auslandsdeutschtum eine Brücke zu schlagen und die Verbindung, die dem Grenzdeutschtum diesseits und jenseits der Grenzen schicksalsmäßig gegeben ist, bis zum Binnendeutschtum hier, bis zum Streu- und Inseldeutschtum dort auszudehnen, um so […] festen Boden zu schaffen, auf dem sich das Volksganze dann auch in gültiger und verbindlicher Gestalt verkörpern kann [H. d. A., RF].“

Der DtSB fungierte mit einer so weitreichenden Definition als ein Dachverband, dem sich auf seinem Höhepunkt 1931 ca. 120 Organisationen angeschlossen hatten.[436] Auch die sich als „jungkonservativ“ verstehende Rechte des sogenannten „Ring“-Kreises gründete 1926 eigens eine eigene Einrichtung, um sich eingehender mit dem „Grenz- und Auslandsdeutschtum“ zu

---

433 Schäfer, Otto: Sinn und Wesen des V.D.A. Volksbundes für das Deutschtum im Auslande. 3., verbesserte Aufl. (1. Aufl. 1933). Frankfurt a. M. 1934, S. 9. Zitiert nach Weißbecker: Die nationalistisch-revanchistische „Deutschtumspolitik“, S. 171.

434 Vgl. Weidenfeller: „Volkstumsarbeit“, S. 144.

435 Boehm, Max Hildebert: Die nationale Bedeutung des deutschen Vereinswesens, in: Praesent, Hans [Hg.]: Die Verbände des deutschen Schutzbundes und ihre Veröffentlichungen. O. O. [Berlin] 1928, S. 11-19, hier S. 17. Auch die folgenden Zitate ebd.

436 Vgl. Hiden: The Weimar Republic, S. 275; Weidenfeller: „Volkstumsarbeit“, S. 146 f.

befassen und vor allem den eigenen Nachwuchs zu „Führern“ zu erziehen: das Berliner „Institut für Grenz- und Auslandsstudien“.[437] Doch wie reagierten die beiden hier im Fokus des Interesses stehenden Verbände auf die Folgen des Kriegsendes?

Die DKG überstand das Kriegsende vergleichsweise glimpflich und gab sich kämpferisch: „Hätten wir noch keine Kolonialgesellschaft, so müsste sie jetzt ins Leben gerufen werden.“[438] Im Unterschied dazu waren die Verhältnisse bei den auf Ostmitteleuropa ausgerichteten Verbänden in Bewegung geraten. Der DOV, einstmals neben dem AdV das ‚Flaggschiff‘ imperialer deutscher Herrschaft und Sendung, geriet aufgrund fehlender politischer Unterstützung, einer wegbrechenden Mitgliederbasis und später der Inflation zusehends in finanzielle Schwierigkeiten, von denen er sich bis zur ‚Gleichschaltung‘ im „Bund Deutscher Osten“ (BDO) nie mehr wirklich erholen sollte.[439] Diese Probleme lagen auch darin begründet, dass in der Zweiten Polnischen Republik ebensolche Enteignungen auf gesetzlicher Grundlage gegenüber den Deutschen vorgenommen wurden, wie sie selbige noch kurz vor dem Ersten Weltkrieg selbst gegenüber der polnischen Bevölkerung vorgenommen hatten.[440] Außerdem galt der DOV besonders in Polen als politisch hochgradig diskreditiert, da er sich lange in der Diskriminierung der polnischen Bevölkerung hervorgetan hatte.[441] Es bedurfte also einer neuen Organisation:

> „Organisation ist Macht. Nur ist es nötig, daß nicht jeder eine Rolle spielen darf. […] Führer müssen anerkannt werden. […] Das Deutschtum muß stark werden, stark bleiben, auch im Osten und gerade im Osten – bis der Tag kommt, da die schwarz-weiß-roten Fahnen wieder flattern, die jetzt zusammengerollt wurden.“[442]

Diese im Zentralorgan des DOV getroffenen Aussagen sollten, wie noch zu zeigen sein wird, einen durchaus programmatischen Charakter haben. Beispielsweise forderte in nachgerade entwaffnender Offenheit der stellvertretende Vorsitzende des DOV, Justizrat Franz Wagner, am 30.11.1919 auf der Jubiläumssitzung des Gesamtausschusses seines Verbandes Folgendes:

---

437 Vgl. Prehn: Max Hildebert Boehm, S. 189-205; Petzinna: Erziehung zum deutschen Lebensstil, S. 205-214.

438 Aufruf der Hauptversammlung der DKG in Magdeburg; den 7.5.1920: Deutschland, gedenke deiner Kolonien!, in: BArch, R 8023, Nr. 803: Deutsche Kolonial-Gesellschaft, [Entwürfe betreffs des Verlustes der Kolonien], Bl. 5.

439 Vgl. Oldenburg: Der Deutsche Ostmarkenverein, S. 248-268, S. 303 ff. und S. 307 ff.

440 Vgl. Kotowski: Polens Politik, S. 87-122.

441 Vgl. Gentzen: Die Rolle des Deutschen Ostmarkenvereins, S. 200 f.; Oldenburg: Der Deutsche Ostmarkenverein, S. 255 ff.

442 Lüdtke, Franz: Deutsche Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten im künftigen Polen, in: Die Ostmark. Monatsblatt des Deutschen Ostmarken-Vereins 24 (1919) 8, S. 57 f., hier S. 58. Zitiert nach ebd., S. 202 f.

„Auf die Landkarte im Osten wollen wir die Worte setzen ‚Einstweilen ausgeborgt!'. Für den Deutschen Ostmarkenverein muss es Leitstern sein, diese Provinzen zurückzuholen. Wir dürfen aber davon nicht sprechen, müssen aber immer daran denken und danach handeln. […] Es handelt sich nicht bloß um die Förderung des Deutschtums, sondern um die *Rückeroberung* des *Ostens*. Unsere erste Aufgabe ist die Sorge, daß die Deutschen im Osten bleiben, und nur solchen wollen wir helfen, die zur Auswanderung *gezwungen* sind [H. i. O., RF]."[443]

Eine argumentative Konstante blieb dabei aber das spätestens seit den Debatten der Paulskirche vertretene Kernargument,[444] dass eine forcierte Naturbeherrschung durch den Menschen zugleich auch die Herrschaftsansprüche über Menschen begründen könne.[445] „Ist denn nicht mehr der Geist jener alten Kolonisten lebendig, die mit dem Liede: ‚nach Ostland wollen wir reiten' hierher zogen, die Wildnis zu roden und den Sumpf zu entwässern?"[446] Auch Mitte der 20er Jahre war noch vom „Kolonialboden Ostdeutschlands" bzw. vom „ostdeutschen Kolonialland[]" die Rede.[447] Dabei handele es sich um die „*Fleisch- und Kornkammern* für das gesamte deutsche Volk [H. i. O., RF]".[448] Wie auch in Afrika war die Eroberung dieser Natur immer auch sexuell konnotiert.[449] Bereits die ‚Ostkolonisation' des Mittelalters[450] wurde so retrospektiv interpretiert: „Der eiserne Pflug verdrängte den hölzernen Haken, tief wurde das jungfräuliche Land aufgerissen und gab ungeahnte Ernten."[451] Wieder mit Blick auf Afrika existierte ebenfalls dieses Narrativ der

---

443 Sitzung des Gesamtauschusses; Berlin, den 30.11.1919, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 195: Gesamtauschuß [des DOV], Nr. 3, Bd. 2: 1919-1920, Bl. 103-Bl. 132, hier Bl. 115. Zitiert nach ebd., S. 203.

444 Bereits in der sogenannten „Polen-Debatte" im Juli 1848 äußerte der Abgeordnete Wilhelm Jordan in seiner berühmt-berüchtigten ‚Polen-Rede' diesen Gedanken: „Hat der Deutsche die Wälder gelichtet, die Sümpfe getrocknet, den Boden urbar gemacht, Straßen und Kanäle angelegt, Dörfer gebaut und Städte gegründet, um den Epigonen eines exilierten hundertköpfigen polnischen Despotismus neue Schmarotzernester zu bereiten?" Zitiert nach Wippermann: „Gesunder Volksegoismus", S. 354. Siehe zu diesen Diskussionen ebd.

445 Dieses Thema hat einige Beachtung in der jüngsten Forschung erfahren. Siehe nur Blackbourn: Die Eroberung der Natur; Radkau: Natur und Macht; Wilson: Environmental Chauvinism.

446 Lüdtke: Deutsche Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten (a. a. O.), S. 58. Vgl. auch Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 185.

447 Lüdtke, Franz: Hindenburg, der Grenzlanddeutsche, und das Grenz- und Auslandsdeutschtum, in: Deutsche Welt. Zeitschrift des Vereins für das Deutschtum im Ausland [4] (1927) 10, S. 454-461, hier S. 454.

448 [Anonym]: Zehn Jahre Kampf für Ostheimat, deutsches Volkstum und Vaterland. Erinnerungsblätter zur Feier des 10jährigen Bestehens des Deutschen Ostbundes. Berlin 1929, S. 50.

449 Vgl. Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 122-125; Laak: Afrika vor den Toren, S. 98.

450 Siehe Zernack: Der hochmittelalterliche Landesausbau.

451 Lüdtke, Franz: Ostmark und Aufbruch. (= Flugschriften des Arbeitsringes für ostdeutsches Schrifttum Heft 1). Oranienburg/ Berlin o. J. [1932], S. 9. Hier kam wiederum das zeitgenössische Konzept des „Volks- und Kulturbodens" zum Tragen, welches Polen zur deutschen Kolonie prädisponierte. Vgl. Kopp: The „Weimar Drang nach Osten", S. 191 f. und S. 196; Jureit: Das Ordnen von Räumen, S. 236 ff.; Oberkrome: „Grenzkampf" und „Heimatdienst", S. 192-198.

Naturbeherrschung. Besonders der gezielten Rodung des dortigen Regenwaldes kam eine hohe symbolische Bedeutung zu. Ohne das bürgerliche Denken jener Zeit in Dichotomien (hier: ‚Kultur' versus ‚Natur') bleibt dies unverständlich.[452] Denn der Regenwald galt als ‚Natur' par exellence,[453] die es durch menschliche (europäische) Anstrengungen zu bewältigen galt. Die Rodung von Wäldern oder das Trockenlegen von Sümpfen wurde so zu einem ‚Sieg' der (menschlichen) ‚Kultur' über die ‚Natur' stilisiert.[454] Und wer jene ‚Natur' beherrschen könne, könne auch jene vermeintlichen ‚Naturvölker' beherrschen.[455]

Die mit dem Militärstaat „Ober-Ost" weitgespannten deutschen Herrschaftspläne in Ostmitteleuropa der Nachkriegszeit fanden indes rasch ihr Ende. Die Kriegsniederlage führte hier rasch zu einer frappierenden Ernüchterung. Es ging nunmehr zunächst um weit profanere Dinge: besonders die Entschädigung jener Deutschen, die in den ehemals preußischen Ostprovinzen ihr Eigentum verloren hatten. Hierfür gründete sich zunächst im Januar 1919 der „Reichsverband Ostschutz", der die entsprechenden Aufgaben koordinieren sollte.[456] In der Forschung wurde bisher angenommen, dass dieser Verband eine getarnte Gründung des DOV sei.[457] Dabei wird folgendem Zitat viel Beweiskraft zugesprochen: „Der Reichsverband Ostschutz ist eine *notwendige Gründung*. Er muss dort eintreten, wo der Ostmarkenverein nicht hervortreten kann, wo er als belastet gilt [H. i. O., RF]."[458]

Allerdings zeigt der Blick in eine publizierte Quelle, dass große Teile der Leitung des DOV ganz und gar nicht erfreut waren über den neuen Verband, den sie auch schnell als

---

452 Vgl. Walgenbach: „Die weisse Frau […]", S. 122-125.

453 Vgl. Wirz: Innerer und äußerer Wald, S. 43; ferner hierzu Jaworski: Der auslandsdeutsche Gedanke, S. 382.

454 Natürlich darf nicht vergessen werden, dass es immer auch gegenläufige Tendenzen gab. Besonders koloniale Räume galten je nach Sichtweise eben auch als „Imagination […] einer angeblich paradiesischen, von Menschenhand unberührten, empfindlichen und deshalb besonders schützenswerten Welt […] – eine idealisierte und zeitkritische Gegenfolie zur ‚zivilisierten', aber auch industrialisierten Welt." Stuchtey: Zeitgeschichte und vergleichende Imperiengeschichte, S. 309.

455 „[…], sogar die Wälder haben eine Geschichte, wobei […] gerade die Leugnung dieser Geschichte eine zentrale Denkfigur im westlichen Denken über den Wald bildet, gelten doch Wälder als *Inbegriff des Wilden und Kulturlosen* [H. d. A., RF]." Ebd., S. 23. Vgl. zur Funktionalität als Herrschaftsideologie ebd., S. 29. Vgl. für die äquivalente deutsche Diskussion bezüglich Ostmitteleuropa: Drummond: „Einen kräftigen Damm […]", S. 110 f.; Jureit: Das Ordnen von Räumen, S. 236 f.; vgl. ferner auch Oberkrome: „Grenzkampf" und „Heimatdienst", S. 199.

456 Vgl. Fensch: Zur Vorgeschichte, Bd. 2, S. 16, Anm. 52.

457 Vgl. Gentzen: Die Rolle des Deutschen Ostmarkenvereins, S. 204 f.

458 Sitzung des Gesamtauschusses; Berlin, den 30.11.1919, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 195: Gesamtauschuß [des DOV], Nr. 3, Bd. 2: 1919-1920, Bl. 103-Bl. 132, hier Bl. 127. Zitiert nach ebd. Als beispielhaft für diese Politik der getarnten Beeinflussung bzw. Finanzierung ist bereits die deutsche Pressepropaganda in den besetzten polnischen Gebieten während des Ersten Weltkriegs, als dessen Leiter der sehr konservative Journalist Georg Cleinow fungierte. Siehe Lemke: Georg Cleinow und die deutsche Polenpolitik; vgl. auch Henschel: Territoriale Expansion und „völkische Flurbereinigung", S. 66. Dabei setzte der DOV zunächst Hoffnungen in den „Reichsverband", um die „demokratischen Kreise" für die Mitarbeit zu gewinnen. *Siehe*

Konkurrenz auffassten.[459] Bereits über das Vorhaben des Vorgängerverbands, des „Reichsverbands Ostschutz“, sich ein eigene Verbandsorganisation zu schaffen, war der damalige DOV-Vorsitzende Heinrich von Tiedemann-Seeheim (1843-1922) wenig erbaut.[460] Bereits im Juli 1919 forderte er, „den Gedanken einer dauernden Organisation neben dem D.O.V. […] herzlich fallen zu lassen.“[461] Noch deutlicher äußerte sich sein späterer Nachfolger, Ernst von Wrisberg (1862-1927): „Der D.O. hat sich, vom D.O.V. zu einem ganz anderen Zweck gegründet, über seine erste Aufgabe hinweggesetzt und sich zu einem Konkurrenzunternehmen herausgebildet […].“[462] Ebenso ungehalten erwiderte ihm daraufhin der DO-Vorsitzende Alfred von Tilly:

> „Wer in aller Welt hat es sich herausgenommen, auch Ihnen diese für alle Beteiligten unverständliche Mitteilung zu machen? Weder der Reichsverband Ostschutz noch sein Nachfolger[,] der Deutsche Ostbund sind vom Deutschen Ostmarkenverein gegründet worden. Dieser darf es für sich nicht einmal in Anspruch nehmen, die Anregung zu einer dieser beiden Gründungen gegeben zu haben.“[463]

Ursprünglich geäußert wurde diese Behauptung von einem führenden Vertreter des DOV, des Graf von Haslingen, auf einer Tagung des DtSB im Mai 1921 in Klagenfurt.[464] Der Stein des Anstoßes waren demnach hohe Darlehen des DOV an den „Reichsverband Ostschutz“ für Propagandazwecke.[465] Daraus leitete der DOV einen Führungsanspruch ab, dem sich der DO aber entschieden widersetzte. Ursprünglich sollte der „Reichsverband“ nur ein „Helfer auf gemeinsamen Kampfplatz“ für den DOV sein.[466]

---

459 Vgl. Cleinow, Georg: Der Verlust der Ostmark. Die deutschen Volksräte des Bromberger Systems im Kampf um die Erhaltung der Ostmark beim Reich 1918/19. Berlin 1934, S. 185-188. Vgl. zum Folgenden auch Oldenburg: Der Deutsche Ostmarkenverein, S. 271-274.

460 *Siehe zu ihm S. 115.*

461 Der DOV an den [Reichsverband] Ostschutz; [ohne Ort], den 23.7.[19]19, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Repositurен, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 349: Verhandlungen über die Zusammenlegung von Ostmarkenverein und von Ostbund 1925-1929, Bl. 1.

462 [Ernst von] Wrisberg [an Alfred v. Tilly; o. O.; den 29.10.1921, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Repositurен, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 347: Verhandlungen zwischen Deutschem Ostmarkenverein und Deutschem Ostbund zwecks Zusammenführung, unpaginiert.

463 [Alfred v.] Tilly an [Ernst] von Wrisberg; Berlin, den 4.11.1921, in: ebd., unpaginiert.

464 [Emanuel] Ginschel an [Alfred] v. Tilly; Berlin, den 24.5.1921 (Abschrift), in: ebd., unpaginiert. Es war mir nicht möglich, herauszufinden, um welchen der Grafen von Haslingen es sich handelte.

465 So z.B. in Höhe von 27.000 Mark im Januar 1919. Vgl. Der Vorstand des Reichsverbandes Ostschutz an den DOV; Berlin, den 18.1.1919, in: GStA, PK I. HA: Alte und neue Repositurен, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 349: Verhandlungen über die Zusammenlegung von Ostmarkenverein und von Ostbund 1925-1929, unpaginiert.

466 [Anonym]: Der Reichsverband „Ostschutz“, in: Die Ostmark. Monatsblatt des Deutschen Ostmarkenvereins 25 (1920) 1, S. 9.

Kritisiert wurde der DO wiederum von anderer Seite nicht nur deswegen, da er nicht in den Ostprovinzen, sondern in Berlin arbeitete. Im Grunde lautete der Vorwurf ‚Feigheit vor dem Gegner' und trug dem Verband die Beschimpfung ein, ein „Heimats-Etappengewächs" zu sein.[467] Darüber hinaus schaffe er auch positive Anreize für eine deutsche Abwanderung aus dem neu gegründeten polnischen Staat. Dies untergrub die Hoffnung seitens der deutschen Regierung, durch den Erhalt der deutschen Minderheit in Polen ihre Machtansprüche auf entsprechende Gebiete aufrechterhalten zu können.[468] Die Arbeit des „Reichsverbands" schaffe „im ganzen Reich Nester […], in die sich schon frühzeitig all jene Elemente aus der Ostmark flüchten konnten, die sich ihrer großen nationalpolitischen Aufgaben als Deutsche nicht bewußt geworden sind."[469] Und selbst die Propaganda des „Reichsverbands" über vermeintliche polnische Verbrechen an den verbliebenen Deutschen wurde von Seiten des DOV abgelehnt mit dem Argument, dass diese „geradezu Panikstimmung" verbreite und folglich als negativer Faktor weitere Abwanderungen begünstige.[470] Allerdings galt der DOV nicht nur allerorts als politisch in höchstem Maße kompromitiert, sondern er verlor im Zuge der Novemberrevolution 1918 auch rasch seinen Einfluss auf die Berliner Ministerien.[471]

Die Motive für eine Abwanderung der Deutschen waren vielfältig.[472] Ein Argument dafür war, dass man nicht unter polnischer Souveränität als Minderheit leben wollte. Andere befürchteten wiederum polnische Racheaktionen für die ‚Germanisierungspolitik' während des Kaiserreichs. Ein dritter Punkt war die Angst vor dem wirtschaftlichen Chaos des Nachkriegspolens. Viertens kam dazu Anfang der zwanziger Jahre noch die Option, die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen zu können, dafür eben aber Polen verlassen zu müssen.[473] Ein weiteres Motiv bestand in der Fortsetzung jener als „Ostflucht" bekannten Arbeitsmigration gen Westeuropa, um neue und bessere Arbeits- und Lebensmöglichkeiten jenseits der agrarisch geprägten ehemaligen Ostprovinzen zu suchen.[474]

Der „Reichsverband Ostschutz" erscheint in diesem Kontext vielmehr als ein Vernunftkompromiss denn als das Produkt einer von langer Hand geplanten Geheimoperation.[475] Dem DOV-Vorstand von Tiedemann-Seeheim stand der durch den Verlust seines Postens als Verlagsdirektor des preußisch-konservativen „Posener Tageblatts"

---

467 Cleinow: Der Verlust der Ostmark (a. a. O.), S. 188.
468 Vgl. Kotowski: Die erste Vertreibung […]?, S. 174.
469 Cleinow: Der Verlust der Ostmark (a. a. O.), S. 182.
470 Ebd., S. 181.
471 Vgl. ebd., S. 180; Oldenburg: Der Deutsche Ostmarkenverein, S. 248-257.
472 Vgl. Oltmer: Migration und Politik, S. 102-107; Kotowski: Die erste Vertreibung […]?, S. 182.
473 Vgl. Lakeberg: Die deutsche Minderheitenpresse, S. 39; Niendorf: Minderheiten an der Grenze, S. 201.
474 Vgl. Niendorf: Minderheiten an der Grenze, S. 202.
475 In dieser Diktion argumentiert fortlaufend Gentzen: Die Rolle des Deutschen Ostmarkenvereins.

wirtschaftlich in seiner Existenz bedrohte Emanuel Ginschel nahe.[476] Ersterer, ohnehin hoch betagt und durch einen Nervenzusammenbruch gezeichnet,[477] dürfte die Entlastung und Abtretung zahlreicher Aufgaben an den jüngeren Ginschel durchaus begrüßt haben. Gefördert wurde außerdem die Gründung des „Reichsverbands" durch den Unterstaatssekretär im preußischen Innenministerium Friedrich Freund (1861-1924), der sich dadurch Entlastung der Behörden von den zahllosen Bittgesuchen der durch die baldige Abtretung der Ostprovinzen betroffenen Deutschen versprach und somit eine Art informelle Neben-Bürokratie förderte.[478] Aus der Fusion zwischen diesem „Reichsverband Ostschutz"[479] sowie dem im April 1919 in Frankfurt a. d. Oder gegründeten „Deutschen Heimatbund Posener Flüchtlinge"[480] ging am 27.9.1920 der DO hervor.[481] Dabei war die Organisation der „Posener Flüchtlinge" eine Reaktion auf den sogenannten „Großpolnischen Aufstand" im Winter 1918/19[482] und

---

476 Vgl. Cleinow: Der Verlust der Ostmark (a. a. O.), S. 181.

477 Vgl. ebd., S. 180.

478 Vgl. ebd., S. 181 f.; Wolkowicz: Art. Deutscher Ostbund, S. 221.

479 Nicht zu verwechseln ist dieser erste „Ostschutz" trotz ähnlicher Bezeichnung mit dem Anfang 1926 gegründetem „Ostausschuß. Arbeitsgemeinschaft im Deutschen Schutzbund vereinigter Ostverbände", dem der DO ausdrücklich *nicht* angehörte, da er „selbstständig seine Ziele verfolgt". Flugblatt „Zur Aufklärung! Wer ist, was will und was tut der Ostausschuß?", April 1929, in: BArch, R 8043, Nr. 1148: Deutsche Stiftung – Ostverbände, Bd. 2, Bl. 305. Diesem Ausschuss gehörten zu jener Zeit folgende Vereine und Verbände an: „Reichsverband der heimattreuen Ost- und Westpreußen e. V.", „Bund heimattreuer Ostpreußen e. V.", Memellandbund e. V.", „Reichsbund der Danziger e. V.", „Reichsbund der Posener", „Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier e. V.", „Reichsverband heimatliebender Hultschiner e. V.", „Deutscher Ostmarkenverein e. V.", „Deutscher Frauenverein für die Ostmarken e. V.", „Ostdeutscher Heimatdienst Allenstein e. V.", „Heimatdienst Westpreußen" [Marienwerder], „Ostdeutscher Heimatdienst Tilsit e. V.", „Grenzmarkdienst Posen-Westpreußen" [Schneidemühl], „Arbeitsring Ostdeutscher Studentenverbände einschließlich Grenzmannschaft ‚Altpreußen'" [Berlin]. Ebd. Als sein Anliegen definierte er die „zweckmäßige Abgrenzung der Arbeitsgebiete" der ihm angeschlossenen Verbände, um „Doppelarbeit zu vermeiden". Geleitet wurde dieser erneute Versuch einer organisatorischen Zusammenfassung vom Grafen Baudissin. Ebd., Bl. 305 r. Zur Rolle des Grafen Theodor von Baudissin (1874-1950): Haar: Historiker im Nationalsozialismus, S. 43; Deutscher Wirtschaftsverlag (Hg.): Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft, Bd. 1, S. 70.

480 In preußischen Akten findet sich über den eigentlichen Zweck dieses „Heimatbundes" äußerst erhellendes Material. Dort heißt es: „Das Ziel des Bundes war politischer Natur und bezweckte die Wiedereroberung der verloren gegangenen Provinz Posen Hand in Hand mit den Militairbehörden und der Reichsregierung. Dieses Ziel wurde bis zur Annahme des Friedensvertrages Ende Juli 1919 verfolgt und fand anscheinend weitgehende Unterstützung seitens der maßgebenden Behörde. Mit der Annahme des Friedensvertrages wurde [dieser] Hauptzweck […] hinfällig, und stellte sich der Bund nunmehr sociale Aufgaben zur Linderung und Unterstützung der notleidenden Posener Flüchtlinge." Bericht Fritz Maerckers an den Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen über die Zentrale des Deutschen Heimatbundes Posener Flüchtlinge in Frankfurt/ Oder; Berlin, den 21.2.1920, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Repositurен, Rep. 191: Ministerium für Volkswohlfahrt/ Staatskommissar für die Regelung der Wohlfahrtspflege, Nr. 3927: Akten des Staatskommissars für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preussen, betreffend Heimatbund Posener Flüchtlinge, jetzt: Deutscher Ostbund, Bd. 1, Bl. 1-Bl. 6, hier Bl. 1 und Bl. 1 r. In einem „Geschäftsbericht" führt der „Heimatbund" auch unter dem Titel „Die Arbeit […] bis zum Versailler Friedensvertrage" einen seiner Hauptzwecke schlichtweg mit der „Wiedereroberung Polens mit Waffengewalt" an. Geschäftsbericht des Deutschen Heimatbundes Posener Flüchtlinge, erstes Geschäftsjahr. Frankfurt a. d. O., [April 1920], in: ebd., Bl. 1-Bl. 8, hier Bl. 2.

481 Vgl. Fischer: Die deutsche Publizistik, S. 57; Wolkowicz: Art. Deutscher Ostbund, S. 221.

482 Vgl. Schattkowsky: Deutschland und Polen, S. 35-41.

umfasste laut einer zeitgenössischen Quelle ca. 60.000 Mitglieder.[483] Die Fusion des in Berlin ansässigen „Reichsverbands“ mit dem „Heimatbund“ geschah alles andere als in gegenseitigem Einvernehmen. Der gravierendste Unterschied lag in den unterschiedlichen Mitteln, mit denen die „Ostmark“ wiederzugewinnen sei.[484] Während man in Berlin von aussichtslosen militärischen Unternehmungen Abstand nahm und subtilere Mittel favorisierte, bekannte sich der „Heimatbund“ dazu: „erst [zu] kämpfen, dann als geschlossene Macht der Ostmärker auf die Regierung drücken […].“[485] Im zweiten Artikel seiner internen „Richtlinien“ wurde als eigentlicher Zweck des „Heimatbundes“ folgender artikuliert: „Alsbaldigste Wiedereroberung unserer Heimat unter Fühlungnahme mit den obersten Militärbehörden zum Zwecke eines gleichmäßigen Vorgehens auf der ganzen Front.“[486] Der „Heimatbund“ selbst charakterisierte sich vor allem als „eine rein militärische Vereinigung“, bestehend aus „deutschen Kriegsteilnehmern, die von den Polen verjagt wurden“ und den deutschen Soldaten, die infolge der Kriegswirren hinter polnischen Linien festsaßen.[487] Diese Drohung mit militärischer Gewalt richtete sich nicht nur gegen Polen, sondern galt auch als Druckmittel gegen die deutsche Regierung: es gehe um „Festigung unserer Interessen unserer besetzten Heimat auf der Friedensversammlung und Nat[ional]Vers[ammlung] gegenüber der R[eichs]Reg[ierung].“ Und in einem Bericht des „Armeeoberkommandos Süd“ in Breslau/ Wrocław an die Oberste Heeresleitung (OHL) in Kolberg vom 27.4.1919 hieß es,

> „daß die Bewegung der unter der dt. Bevölkerung an der Demarkationslinie und unter den Grenzschutztruppen, besonders unter den zahlreichen in ihr stehenden Flüchtlingen aus Posen gegen die vermeintliche Untätigkeit der dt. Reg. und der Militärbehörden ständig im Wachsen ist. […] Bestrebungen, auch ohne Offiziere anzugreifen, treten immer mehr hervor.“[488]

---

483 Deutscher Heimatbund Posener Flüchtlinge e.V. an die Reich[s]regierung in Berlin, Frankfurt a. d. O., den 24.11.1919 (Abschrift), in: BArch, R 2, Nr. 695: Reichsfinanzministerium, Akten betreffend: Verdrängungsschäden. Generalia, Bd. 1: 18.11.1919-31.7.1920, Bl. 15-Bl. 17 r., hier Bl. 17 r.

484 Gregor Thum macht darauf aufmerksam, dass sich der „Ostmark“- Begriff seit dem deutschen Kaiserreich wandelte. Seit dem Mittelalter eigentlich die Randgebiete Bayerns und Sachsens bezeichend, verschob sich deren Bedeutung nun nach Norden hin zu den preußischen Ostprovinzen. Vgl. (ders.): Mythische Landschaften, S. 183 f. Außerdem wurde „der nationale Konflikt zwischen Deutschen und Polen“ nun zum konstitutiven Bestandteil des Begriffs und dieser somit zum „politischen Kampfbegriff“. Ebd., S. 184. Erst mit der Annektierung Österreichs 1938 verschob sich der Begriff wieder nach Süden und meinte nun die österreischen Reichsteile des entstehenden, kurzweiligen faschistischen Imperiums. Vgl. ebd., S. 192; Dyroff: Preußische Ostmark, S. 157 und S. 166.

485 Cleinow: Der Verlust der Ostmark (a. a. O.), S. 189, Anm. *.

486 Dok. Nr. 52 b: Kabinettssitzung vom 24. April 1919, 11 Uhr, in: Schulze, Hagen (Bearb.): Das Kabinett Scheidemann. 13. Februar bis 20. Juni 1919. (= Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik). Boppard am Rhein 1971, S. 210-225, hier S. 216, Anm. 15. Auch das folgende Zitat ebd.

487 P., L.: Deutscher Ostbund, in: Die verlorene Ostmark 1 (1920) 7, S. 61 f., hier S. 61.

488 Dok. Nr. 56: Kabinettssitzung vom 28. April 1919, 11 Uhr, in: Schulze, (Bearb.): Das Kabinett Scheidemann (a. a. O.), S. 245-249, hier S. 247, Anm. 8.

In Frankfurt a. d. Oder wurden nach Kriegsende auf geheimen Befehl des deutschen Generalstabs zahlreiche informelle paramilitärische Verbände konzentriert, um einerseits gegen Revolutionsversuche im Inland und andererseits gegen Polen aktiv werden zu können.[489] Reguläre Truppen galten besonders für die Niederschlagung von Aufständen aufgrund der Novemberrevolution als politisch unzuverlässig.[490] Außerdem war die Stadt an der Oder sowohl Durchgangsstation als auch das Ziel für einen Neuanfang zahlreicher „Ostflüchtlinge", die aus den ehemals preußischen Ostprovinzen kamen.[491] Letztlich machte der „Reichsverband Ostschutz" seinen größeren politischen Einfluss in Berlin geltend und zwang den „Heimatbund Posener Flüchtlinge" zum Zusammenschluss mit ihm.[492]

Insgesamt betrachtet kam zeitgenössischen Bezeichnungen wie „Heimatbund" oder „Ostschutz" eine tarnende Funktion zu. Dasselbe trifft zu, wenn die Führung des DO rückblickend diese Gründungsphase als reine Sorge um die „kulturpolitischen Aufgaben des Deutschtums im Osten" verklärte.[493] Es handelte sich bei den genannten Organisationen vielmehr um paramilitärische-ländliche Verbände der sogenannten „Einwohnerwehren", die besonders in der Übergangsphase zwischen dem Ende des Ersten Weltkrieges und der relativen Konsolidierung der Weimarer Republik eine nicht unerhebliche Rolle spielten.[494] Diese suchten ein militärisches Machtvakuum zu füllen, welches durch den Rückzug des „imperialen Zentrums bei der Aufgabe seiner Militärpräsenz" entstanden war.[495] Beispielsweise hieß es in der Satzung des „Heimatbundes Ostpreussen e.V. (Ostpreussenschutz)", dass dieser die „Deutscherhaltung Ostpreußens, die Bekämpfung aller auf Absplitterung vom Reich und auf innere Zersetzung gerichteten Bestrebungen und die Stärkung des nationalen Gedankens" verfolge.[496] In einer früheren Fassung der Satzung wurde der Zweck jenes „Heimatbundes" noch benannt mit der „Abwehr des Bolschewismus und derjenigen Bestrebungen […], die die heutige Gesellschaftsordnung umzustürzen trachten

---

489 Vgl. Paterna: Die Rolle der Stadt Frankfurt (Oder), S. 6 f.

490 Vgl. Schattkowsky: Deutschland und Polen, S. 25, S. 31 und S. 41; Niendorf: Minderheiten an der Grenze, S. 152-155.

491 Vgl. Paterna: Die Rolle der Stadt Frankfurt (Oder), S. 4 f.; Dyroff: Preußische Ostmark, S. 166.

492 Vgl. Cleinow: Der Verlust der Ostmark (a. a. O.), S. 189, Anm. *.

493 Das Bundespräsidium an den Reichsaußenminister; Berlin, den 2.2.1927, in: PA AA, R 82314, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 2: 15.8.1926-29.5.1927, Bl. 198-Bl. 207, hier Bl. 204.

494 Vgl. Bergien: Die bellizistische Republik, S. 75-102; Flemming: Die Bewaffnung des „Landvolks".

495 Hirschhausen: A New Imperial History?, S. 755.

496 Satzung des Heimatbundes Ostpreußen e.V. (Ostpreußenschutz) in der Fassung vom 24.2.1922 (Abschrift), in: GStA PK, XX. HA: Historisches Staatsarchiv Königsberg, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 10: Akten der Regierung zu Königsberg. Präsidial-Registratur P III: Heimatbund Ostpreußenschutz, Bd. 1, Bl. 5-Bl. 7, hier Bl. 5.

[…].“[497] Auch der „Reichsverband Ostschutz“ hatte als insgeheimes Ziel ausgegeben, dass dieser „zwar vom Ostmarkenverein getrennt marschieren, aber mit ihm zusammen schlagen [werde].“[498] Als weiteres Beispiel für die These des paramilitärischen Charakters der Bewegungen des ‚Heimatschutzes‘ mögen Bestrebungen des späteren Putschisten Wolfgang Kapp (1858-1922) dienen, mit Erlaubnis der Reichsregierung paramilitärische Verbände aufzustellen zum Zwecke des „Heimatschutzes im Osten“.[499] Nicht nur dort fürchtete man besonders aufgrund ihrer langen Tradition polnische Aufstandsversuche, sondern auch aufgrund der starken polnischsprachigen Migration im Rheinland sowie in Westfalen.[500]

Als These für weitere Forschungen kann hier festgehalten werden, dass es sich bei den nach dem Ersten Weltkrieg zahlreich formierenden „Heimatbünden“ und ähnlichen Organisationen[501] um radikalisierte Formen der national-konservativen ‚Heimatbewegung‘ des Kaiserreiches handelt,[502] die über die ‚Einwohnerwehren‘ fließende Übergänge bis hin zu den Freikorps aufwiesen.[503] Bereits für das Kaiserreich wurde pointiert bemerkt, diese ‚Heimatbewegung‘ basiere auf der „Nationalisierung von Natur und Heimat und [der] Natürlichkeit des Nationalen“,[504] was deren enge Verschränktheit erklären kann.

Inwiefern diese These zutrifft, werden weitere Detailstudien zeigen müssen. Die durch die Quellen gut dokumentierte Militanz der ‚Heimatbewegungen‘ ist einerseits ein weiteres

---

497 Satzung des Heimatbundes Ostpreußen e.V. (Ostpreußenschutz) in der Fassung vom 14.9.1920, in: ebd., Bl. 2-Bl. 3 r., hier Bl. 2.

498 Sitzung des Gesamtauschusses; Berlin, den 30.11.1919, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Repositurен, Rep. 195: Gesamtauschuß [des DOV], Nr. 3, Bd. 2: 1919-1920, Bl. 103-Bl. 132, hier Bl. 126.

499 Dok. Nr. 17: Dienstags, 19.11.1918 abends: Kabinettssitzung, in: Miller, Susanne (Bearb.): Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, erster Teil. (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. Reihe: Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik. Bd. 6, 1. Teilbd.). Düsseldorf 1969, S. 105-108, hier S. 107. Zitiert nach Flemming: Die Bewaffnung des „Landvolks“, S. 14. Vgl. auch dazu ebd., S. 14 f.

500 Vgl. Inachin: Nationalstaat und regionale Selbstbehauptung, S. 304.

501 Siehe nur die weiter oben bereits zitierte Aufstellung in einem Flugblatt des „Ostausschusses“ vom April 1929, wobei das Problematische an dieser Quelle ist, dass sie nicht zeigt, wann die einzelnen Verbände und Vereine gegründet wurden. Dies wäre eine Aufgabe für weitere mikrohistorische Studien. Folgende Organisationen werden genannt: „Reichsverband der heimattreuen Ost- und Westpreußen e. V.“, „Bund heimattreuer Ostpreußen e. V.“, Memellandbund e. V.“, „Reichsbund der Danziger e. V.“, „Reichsbund der Posener“, „Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier e. V.“, „Reichsverband heimatliebender Hultschiner e. V.“, „Deutscher Ostmarkenverein e. V.“, „Deutscher Frauenverein für die Ostmarken e. V.“, „Ostdeutscher Heimatdienst Allenstein e. V.“, „Heimatdienst Westpreußen“ [Marienwerder], „Ostdeutscher Heimatdienst Tilsit e. V.“, „Grenzmarkdienst Posen-Westpreußen“ [Schneidemühl], „Arbeitsring Ostdeutscher Studentenverbände einschließlich Grenzmannschaft ‚Altpreußen‘“ [Berlin]. Flugblatt „Zur Aufklärung! Wer ist, was will und was tut der Ostausschuß?“, April 1929, in: BArch, R 8043, Nr. 1148: Deutsche Stiftung – Ostverbände, Bd. 2, Bl. 305.

502 Vgl. Oberkrome: „Deutsche Heimat“, S. 36-69; Wolschke-Bulmahn: Heimatschutz.

503 Vgl. Zeitungsausschnitt aus der Königsberger Volkszeitung vom 12.9.1924: Die entlarvte Verleumderzentrale des Heimatbundes, in: GStA PK, XX. HA: Historisches Staatsarchiv Königsberg, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 10: Akten der Regierung zu Königsberg. Präsidial-Registratur P III: Heimatbund Ostpreußenschutz, Bd. 1, Bl. 8; Zeitungsausschnitt aus der Königsberger Volkszeitung vom 2.12.1925: Der Heimatbund als Geldgeber. Er finanziert die Bewaffnung der faschistischen Horden, in: ebd., Bl. 36.

504 Bausinger: Zwischen Grün und Braun, S. 217.

Argument dafür, die Phase nach dem Ende der militärischen Konfrontationen im Herbst 1918 zumindest für die durch den Krieg radikalisierten imperialen Organisationen mehr als bisher als Formen eines „Krieg[s] im Frieden“[505] oder „latenten Unfrieden[s]“[506] zu deuten. Sandra Maß hat eine sehr plausible Erklärung für diese von ihr auch als „Abwehr des Friedens“[507] bezeichnete Nachkriegsphase vorgeschlagen. Demzufolge waren es gerade Faktoren wie das neue, massenhafte Töten im Weltkrieg und „die letztlich unerwartete Niederlage“, die derartige paramilitärische Konflikte und überhaupt den Kampf als Mittel der politischen Auseinandersetzung zu einem Mittel „gesellschaftliche[r] Sinnstiftung nach dem Krieg“ umdeutete.[508] Andererseits ist dabei aber auch auf die Unterschiede zu den jeweiligen Teilkulturen wie beispielsweise der Sozialdemokratie oder den Katholizismus hinzuweisen.[509] Diese Deutung kann auch für die DKG zumindest auf rhetorischer Ebene ebenfalls bestätigt werden. In den zahlreichen Entwürfen, die ihre einzelnen Abteilungen aus Anlass des Verlustes der Kolonien durch den Versailler Vertrag verfassten und an die Berliner Zentrale sandten, wird jener Vertrag als Mittel der „Vernichtung“ bezeichnet:

> „Das Wort Clemenceaus: ‚20 Millionen Deutsche gibt es zu viel auf der Welt‘ ist kein leeres, leichtfertiges Schlagwort […], sondern ein Ausspruch von tiefster Bedeutung, getragen von der ernsten Absicht, alle Mittel aufzubieten, um die Vernichtung möglichst wahr zu machen. Darum die ärgsten Auswanderungs-Beschränkungen, keine Import- und Exportmöglichkeiten […], bis wir uns selbst aufgezehrt haben, nachdem Handel, Industrie und Landwirtschaft der Vernichtung anheim gefallen sind.“[510]

In einem anderen Entwurf heißt es in ähnlicher Diktion: „Nicht weitsichtige Staatsmänner sind in Versailles am Werke gewesen […]. Kurzblickende Haß- und Rachepolitiker wollen den Völkerstreit bis zu Deutschlands Erdrosselung verlängern auch auf dem Gebiete der kolonialen Notwendigkeiten.“[511] Im Unterschied aber zu den Staatsbildungskonflikten in Ostmitteleuropa, in dem auch der „Grenzschutz Ost“/ „Reichsverband Ostschutz“ eine (aber

---

505 Horne/ Gerwarth (Hg.): Krieg im Frieden.
506 Wagner: Vom totalen Krieg zum latenten Unfrieden; vgl. auch Thonfeld: Krisenjahre revisited, S. 417 f.
507 Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 71.
508 Ebd., S. 75. Vgl. zur zeitgenössischen Kriegswahrnehmung als industrielles Töten (und ihren Folgen) ebd., S. 131 ff. und S. 152-157.
509 Siehe für diesen Ansatz Ziemann: Germany after the First World War.
510 DKG-Abteilung Magdeburg (Entwurf Gerike) an die DKG-Zentrale in Berlin; [undatiert, wohl Herbst 1919], in: BArch, R 8023, Nr. 803: Deutsche Kolonial-Gesellschaft, [Entwürfe betreffs des Verlustes der Kolonien], Bl. 79 f., hier Bl. 79.
511 DKG-Abteilung Breslau (Entwurf Schmeißer) an die DKG-Zentrale in Berlin; Breslau, den 2.11.1919, in: ebd., Bl. 100-Bl. 105, hier Bl. 104.

sicher nicht zu überschätzende) Rolle spielte, waren der DKG machtpolitisch die Hände gebunden, da das Deutsche Reich in allen ehemaligen Kolonien militärisch völlig besiegt war. Die DKG war nun gezwungen, ihr Aufgabenfeld neu zu definieren, um auch ohne Kolonien weiter existieren zu können. Diese Aufgaben definierte sie nun als „[p]olitische Interessenvertretung des Kolonialdeutschtums gegenüber den Regierungen, koloniale Schulpolitik, koloniales Wohlfahrtswesen".[512] Im Selbstverständnis als Interessenvertretung sowie als Wohlfahrtsverband lassen sich klare Parallelen zwischen der DKG und dem DO erkennen. Allerdings sollten die Unterschiede bedacht werden. Diese waren nach dem Weltkrieg zunächst einmal durch machtpolitisch gänzlich unterschiedliche Ausgangslagen definiert. Außerdem darf die umfangreiche DKG-Propaganda nicht den Blick für die spärliche Zahl an deutschen Siedler und Siedlerinnen besonders in Afrika verdecken. Diese bewegte sich mit ca. 28.500 Menschen[513] bei weitem unter der Zahl der aus Ostmitteleuropa nach dem Krieg ins Reich migrierten Deutschen, für die neuere Schätzungen allein für den Zeitraum zwischen 1918 und 1921 die Zahl von über einer halben Million Menschen annehmen.[514]

Hier war es nach dem offiziellen Kriegsende 1918 sowohl für die deutschen Regierungsstellen als auch für andere Organisationen ein zentrales Thema, möglichst viele Deutsche auch jenseits der nun enger werdenden Grenzen des Reichs zum Ausharren zu bewegen. Somit konnten sie nämlich für die künftige deutsche Außenpolitik als Argument und Druckmittel fungieren, da kriegerische Expanionspolitik bis auf Weiteres durch die Kriegsniederlage nicht möglich war.[515] Allerdings muss hier zwischen Wunsch und Wirklichkeit getrennt werden. So beschwerte sich einer der späteren Leiter des DO: „Unsere Ostmärker dürfen einfach nicht so davonlaufen!"[516] Neben den Klagen über die Behandlung der deutschen Bevölkerung in Polen durch eine vermeintlich „kulturell unter ihr stehende[] Macht" wurde auch ein fadenscheiniges Angebot an die Polen formuliert. Diese bräuchten Deutsche „zum Aufbau [des] Staatswesens, […] zur wirtschaftlichen Erstarkung […] [und] zum gemeinsamen Kampf gegen den Bolschewismus."[517]

Folglich hatte der DO zunächst wenig gemein mit den imperialen Massenverbänden des Kaiserreichs, sondern war seinem Aufgabenspektrum nach eher eine Koordinierungsstelle für Entschädigungs- und Flüchtlingsfragen. Dies war aufgrund der schieren Überforderung mit

---

512 Flugblatt(?): „Kolonialverein" und Deutsche Kolonialgesellschaft [undatiert, ca. 1929], in: BArch, R 8023, Nr. 361: [Deutscher Kolonialverein etc.], Bl. 93-Bl. 93 r., hier Bl. 93.

513 Vgl. Kößler: Kolonialherrschaft, S. 26 und S. 37 f.

514 Vgl. Oltmer: Migration und Politik, S. 99-102, bes. S. 101.

515 *Siehe S. 75 f. und S. 81.*

516 Lüdtke: Deutsche Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten (a. a. O.), S. 57. Auch das folgende Zitat ebd.

517 Ebd., S. 58.

den Kriegsfolgen der staatlichen Stellen in den ersten Nachkriegsjahren von diesen auch durchaus so gewollt.[518] Dem DO wurde die Vorprüfung der Entschädigungsanträge aufgetragen. Dies geschah „auf ausdrücklichen Wunsch der Reichstagsfraktionen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten […].“[519] Zu diesem Zweck unterhielt er auch einen enormen Verwaltungsapparat von über 500 Angestellten,[520] der aus öffentlichen Mitteln auf Reichsebene bezahlt wurde.[521] Daneben engagierte er sich in der „Arbeits- und Stellenbeschaffung für die ostmärkischen Flüchtlinge“,[522] gewährte ihnen Kredite und Darlehen,[523] bis die Hyperinflation im Frühsommer 1923 den DO dazu zwang, diese Hilfe einzustellen.
Doch entwickelte der DO einen gewissen Übereifer, indem er Menschen, die aus Polen nach Deutschland migrieren wollten, ganz konkrete Hilfestellung dabei anbot, welche Amtsstellen mit welchen Unterlagen in welcher Reihenfolge aufzusuchen seien.[524] Erklärlich wird dieser Übereifer aber auch durch den Doppelcharakter des DO in den Anfangsjahren der Weimarer Republik. Denn zum Einen war er eine der von und für deutsche Flüchtlinge gegründeten

---

518 Vgl. Der Präsident des Reichsentschädigungsamtes für Kriegsschäden an den Reichsminister für Wiederaufbau; betrifft: Finanzwirtschaft des Deutschen Ostbundes; Berlin, 23.3.1922, in: BArch, R 3301, Nr. 1738: Reichsfinanzministerium, Akten betreffend: Geldbedarf pp. des „Deutschen Ostbundes“ (Reichsverband Ostschutz/ deutscher Heimatbund Posener Flüchtlinge), Bd. 1: 8.10.1921-16.9.1924, Bl. 9. Dabei war der DO nicht die einzige Organisation, die mit der Wahrnehmung der genannten Aufgaben betraut wurde. Gleichgerichtete Aufträge ergingen ebenfalls an „1.) de[n] Hilfsbund für die Elsass-Lothringer im Reich, […] 3.) de[n] Reichsverband der Kolonialdeutschen und Kolonialinteressierten, 4.) de[n] Bund der Auslandsdeutschen, 5.) de[n] Verband der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen und […] 6.) den vereinigten Verbänden heimattreuer Oberschlesier.“ Reichminister für Wiederaufbau (in Vertretung): Aufzeichnung über die Aufgaben und finanziellen Bedürfnisse der Interessenvertretungen im Entschädigungswesen, in: ebd., Bl. 137-Bl. 137 [a], hier Bl. 137-Bl. 137 r. Vgl. zu diesen Neugründungen nach dem Ersten Weltkrieg auch Jaworski: Der auslandsdeutsche Gedanke, S. 374.

519 Das Bundespräsidium an den Reichsaußenminister; Berlin, den 2.2.1927, in: PA AA, R 82314, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 2: 15.8.1926-29.5.1927, Bl. 198-Bl. 207, hier Bl. 204.

520 Ende Juli 1922 beschäftigte der DO genau 502 Angestellte, ein halbes Jahr später waren es bereits 524. Vgl. Der Präsident des Reichsentschädigungsamtes für Kriegsschäden an den Reichsminister für Wiederaufbau; betrifft: Vermehrung der Angestellten für die Vorprüfung beim Deutschen Ostbunde; Berlin, 11.1.1923, in: ebd., Bl. 70-Bl. 74 r., hier Bl. 70 r.; Der Präsident des Reichsentschädigungsamtes für Kriegsschäden an den Deutschen Ostbund, Geschäftsstelle für die Vorprüfung von Verdrängungsschäden, Berlin, 31.7.1922 (Abschrift), in: ebd., Bl. 77 f., hier Bl. 77 r.

521 Vgl. Reichsminister für Wiederaufbau an den Deutschen Ostbund, Berlin, 9.5.1923 (Abschrift), in: ebd., Bl. 130-Bl. 136.

522 Vgl. Der Präsident des Reichsentschädigungsamts für Kriegsschäden an den Reichsminister für Wiederaufbau; Berlin, 28.8.1923, in: BArch, R 3301, Nr. 1738: Reichsfinanzministerium, Akten betreffend: Geldbedarf pp. des „Deutschen Ostbundes“ (Reichsverband Ostschutz/ deutscher Heimatbund Posener Flüchtlinge), Bd. 1: 8.10.1921-16.9.1924, Bl. 166.

523 Vgl. Rothbart: Der „Bund Deutscher Osten“, Bd. 1, S. 8.

524 Vgl. Deutscher Ostbund, Beratungsstelle in Verdrängungsschäden für den Landesverband Vorpommern, Stettin, an Robert von Orlikowski; Stettin, 19.4.1926 (Abschrift [des Auswärtigen Amtes]), in: BArch, R 8043, Nr. 1148: Deutsche Stiftung – Ostverbände, Bd. 2, Bl. 498.

„Interessenvertretungen“,[525] zum Anderen war er auf halbstaatlicher Ebene von Staats wegen mit einem administrativen Auftrag beauftragt worden. Zielkonflikte waren somit unvermeidlich. Darüber hinaus war er von Beginn an nicht nur eine Art ‚Lobbyverband‘ der aus Polen abgewanderten Deutschen, sondern er strebte zugleich an, diese zusammenzuschließen „*mit denjenigen Deutschen, die aus wirtschaftlichen und kulturellen Gründen für das Ostmark-Deutschtum eintreten* [H. i. O., RF].“[526] Er verfolgte also von Beginn an viel weitreichendere Zwecke. Allerdings konnte er sich diesen nicht sofort in größerem Umfang widmen, da die Entschädigungs- und Flüchtlingsthematik sehr umfangreich war: „Die Flüchtlingsfürsorge hat aber einen derartigen Umfang angenommen, und ihre Aufgaben wie ihr Umfang wachsen noch fortgesetzt in einer Weise, dass wir […] tatsächlich alle Hände voll zu tun haben[,] um nur diesen Aufgaben gerecht zu werden.“[527] Im Laufe der Zeit sollte sich allerdings zeigen, dass der DO sich vor allem als Interessenverband verstand.[528] Auf der anderen Seite formulierte man im AA durchaus spitzfindig den Wunsch, wie sehr dem Verband eigentlich daran gelegen sein müsse,

> „als einer überparteilichen und überkonfessionellen, lediglich dem *allgemeinen deutschen Ostinteresse* dienenden Organisation […] mit den Reichs- und Staatsbehörden stets in einem rücksichtsvollen, möglichst zusammengehenden Verhältnis zu stehen [H. d. A., RF].“[529]

Gegen dieses unkonkret-allgemeine „Ostinteresse“ führte der DO als Interessenverband ganz konkrete Forderungen nicht zuletzt seiner Mitglieder an. So inserierte er beispielsweise in

---

525 Der Präsident des Reichsentschädigungsamtes für Kriegsschäden an den Reichsminister für Wiederaufbau, betrifft: Vermehrung der Angestellten für die Vorprüfung beim Deutschen Ostbunde; Berlin, 11.1.1923, in: PA AA, R 82314, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 2: 15.8.1926-29.5.1927, Bl. 70-Bl. 74 r., hier Bl. 72.

526 Satzung des Deutschen Ostbundes e.V. in Berlin, [undatiert, ca. 1921], in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Repositurен, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 348: Verhandlungen zwecks Zusammenführung von D.O.V. und D.O., § 2.

527 [Alfred] v. Tilly sowie [Emanuel] Ginschel an [Ludwig Raschdau]; Berlin, den 7.2.[19]21 (Abschrift), in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Repositurен, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 347: Verhandlungen zwischen Deutschem Ostmarkenverein und Deutschem Ostbund zwecks Zusammenführung, unpaginiert.

528 Siehe z.B. die lange Liste an Monita, die auch noch kurz nach der Machtübernahme der Nazis an den preußischen Finanzminister erging: Deutscher Ostbund, Abteilung: Bund der Kommunalbeamten aus den abgetretenen und besetzten Gebieten e.V. (Sitz in Berlin) an den Preußischen Finanzminister; Stettin, den 1.4.1933, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Repositurен, Rep. 151: Preußisches Finanzministerium, Nr. 293: Grenzlandangelegenheiten – Personelle Angelegenheiten. Beteiligung des Staates an den Versorgungsbezügen für die aus den besetzten Gebieten verdrängten wieder im Reich untergebrachten Beamten (Allgemeines und Einzelfälle), 1928-1940, Bl. 52-Bl. 53 r.

529 [August] Schmid an Weichmann [Preußisches Staatsministerium]; Charlottenburg, den 11.2.1930 (Abschrift), in: PA AA, R 60012, Rep. VI a: Auslandsdeutschtum und kulturelle Beziehungen zum Ausland, Akten betreffend: Die Förderung der Deutschen im Ausland, Bd. 13: 1928-1930, Bl. K635944 ff., hier Bl. K635945 f.

Zeitungen Werbung für seine „Beratungsstelle[n]“, die an die in Polen verbliebenen Deutschen gerichtet waren. Damit werde aber ein Anreiz geschaffen, dass „deutsche Elemente“ durch den „Anreiz einer Entschädigung aus Polen abwanderten […].“[530]

Diese Förderung der Abwanderung wurde nicht nur seitens der Behörden kritisiert, sondern auch von tendenziell konkurrierenden Organisationen wie den „Deutschen Volksräten in Polen“.[531] Deren maßgeblicher Organisator Georg Cleinow fasste rückblickend äußerst sarkastisch seine Kritik bereits an einem der DO-Vorgänger zusammen, dem „Reichsverband Ostschutz“. Dieser sei der „Hauptträger“ des „Defaitismus“ und gehöre zu jenen Organisationen, „die in der Toga ‚echt nationaler‘ Gesinnung umherstolzierten.“[532] Außerdem sei es ihm besonders mit Blick auf „seine Finanzierung ein Lebensinteresse […], den Flüchtlingsstrom aus dem Osten durch seine Büros zu leiten. Er demaskierte sich vollständig als soziales Hilfsorgan unter nationalpolitischem Mäntelchen […].“ Entsetzt klagte er über Kundgebungen des Verbands: „Kein Wort der Aufforderung, auszuhalten und zu bleiben!“

Diese Klage wies bereits auf den späteren Charakter des DO voraus. Dieser war niemals nur jene Organisation des „Revanchismus“, als den ihn die offiziöse Historiographie staatssozialistischer Länder dargestellt hat.[533] Er entfaltete darüber hinaus auch umfassende sozialpolitische Aktivitäten. Abteilungen zur Beratung und Hilfe existierten beispielsweise für „Verdrängungsschäden“,[534] Inflationsgeschädigte, (deutsche) Flüchtlinge; daneben gab es noch eine Rechtsschutz-, Vermögens-[535], Beamten- und Versicherungsabteilung, ein Wohnungskommissariat, eine Darlehenskasse, eine Grundstücksvermittlung und selbst eine Sterbekasse.[536] Somit war der DO aufgrund der Fülle dieser Tätigkeitsfelder *auch* ein Beispiel

---

530 Niederschrift [des Beamten Densow] über die Besprechungen beim deutschen Generalkonsulat in Posen am 4. und 5.6.1925 über die mit der Optantenabwanderung zusammenhängden Fragen, in: BArch, R 2, Nr. 881: Reichsfinanzministerium, Akten betreffend: Die Kriegsschäden Deutscher in den abgetretenen Gebieten. Generalia, Bd. 6: 1.1925-31.12.1928, Bl. 65-Bl. 68 r., hier Bl. 68.

531 Vgl. Lakeberg: Die deutsche Minderheitenpresse, S. 39 und S. 66. Bei diesen „Volksräten“ handelte es sich um Organisationen, die dezidiert als nationalistische Gegengründungen zu den polnischen Volksräten in der Umbruchszeit des Endes des Ersten Weltkrieges gegründet wurden, um die öffentliche Meinung gezielt zu beeinflussen. Vgl. Niendorf: Minderheiten an der Grenze, S. 155.

532 Cleinow, Georg: Der Verlust der Ostmark. Die deutschen Volksräte des Bromberger Systems im Kampf um die Erhaltung der Ostmark beim Reich 1918/19. Berlin 1934, S. 350. Auch die folgenden Zitate ebd. Vgl. auch Oldenburg: Der Deutsche Ostmarkenverein, S. 251 ff.

533 Siehe Gentzen: Die Rolle des Deutschen Ostmarkenvereins; (ders.): Zur Geschichte des deutschen Revanchismus; Wolkowicz: Art. Deutscher Ostbund.

534 Damit waren die materiellen Verluste gemeint, die die aus Polen abwandernden Deutschen zu verzeichnen hatten. Vgl. [Anonym]: Zehn Jahre Kampf für Ostheimat, deutsches Volkstum und Vaterland. Erinnerungsblätter zur Feier des 10jährigen Bestehens des Deutschen Ostbundes. Berlin 1929, S. 33.

535 Vgl. ebd., S. 32-36.

536 Vgl. ebd., S. 41-45.

der freien Wohlfahrtsverbände der Weimarer Republik.[537] Der Verband bot für seine Mitglieder eine umfangreiche Unterstützung für nahezu alle Lebensbereiche an: „Es gibt kaum irgendeine Angelegenheit des bürgerlichen Lebens, die er nicht für seine Mitglieder bearbeitet hätte.“[538] In dieser Expansion der Aufgabengebiete des Verbands zeigte sich zugleich dessen Professionalisierung.[539] Allerdings kannte die Solidarität des Verbands nach unten auch Grenzen. So wurden völlig mittellose Flüchtlinge an das Rote Kreuz verwiesen.[540] Dennoch erkannte die oben für ihren dogmatischen Reduktionismus gescholtene staatssozialistische Geschichtsschreibung den Kern bzw. das zentrale politische Ziel des DO klar. Der Verband selbst gab die Funktion seiner sozialpolitischen Maßnahmen auch ganz unumwunden und sogar öffentlich zu. So sehe er sich nicht als reine „Interessenvertretung der ostmärkischen Verdrängten“. Sein erklärtes Hauptziel sei vielmehr die „Herstellung einer überparteilichen Abwehrgemeinschaft gegenüber der polnischen Irredentapolitik“ sowie die „Förderung des Deutschtums diesseits und jenseits der neuen Grenze.“[541]

Andererseits beklagte sich der DO immer wieder über die unzureichende Unterbringung und Versorgung der (deutschen) „Flüchtlinge“.[542] Zugleich wurde von ministerieller Seite beklagt, dass der DO seinen administrativen Aufgaben nur ungenügend nachkomme. Es ergebe ein „unbefriedigende[s] Bild, das die Statistik von der bisherigen Tätigkeit des Ostbundes gibt […].“[543] Die etwas zu eilfertige Hilfe für die in Polen verbliebenen Deutschen war nun freilich Wasser auf den Mühlen derjenigen in den Ministerien und Organisationen, die den DO kritisierten. Dieser wiederum hatte andererseits ein beredtes Interesse daran, möglichst viele Deutsche durch konkrete Hilfe zu unterstützen, denn damit konnte er auch um Mitglieder werben und folglich seine politische Machtbasis stärken.[544]

---

537 Siehe Kaiser: Freie Wohlfahrtsverbände im Kaiserreich und in der Weimarer Republik; vgl. auch Paterna: Die Rolle der Stadt Frankfurt (Oder), S. 11.

538 Ginschel, Emanuel: Der Deutsche Ostbund im Jahre 1930, in: OHK 10 (1931), S. 108-117, hier S. 116.

539 Vgl. Prehn: „Volksgemeinschaft im Abwehrkampf“, S. 40.

540 Vgl. Wolkowicz: Art. Deutscher Ostbund, S. 222; [Anonym]: Zehn Jahre Kampf (a. a. O.), S. 37 ff.

541 Der Bundespräsident v. Tilly [sowie] der Bundesdirektor Ginschel an das Reichsfinanzministerium, Berlin, den 5.3.1922, in: BArch, R 2, Nr. 881: Reichsfinanzministerium, Akten betreffend: Die Kriegsschäden Deutscher in den abgetretenen Gebieten. Generalia, Bd. 6: 1.1925-31.12.1928, Bl. 22.

542 [Anonym]: Die Auslandsdeutschen im Reich. Der Kongreß der Verdrängten in Berlin, in: Der Auslandsdeutsche. Halbmonatsschrift für Auslandsdeutschtum und Auslandkunde/ Mitteilungen des deutschen Ausland-Instituts Stuttgart 5 (1922) 23, S. 684 f., hier S. 684; Bach, Fritz: Kongreß der Verdrängten (Berlin, 12.-15. November 1922), in: ebd. 5 (1922) 24, S. 694 f.

543 Der Reichsminister für Wiederaufbau an den Präsidenten des Reichsentschädigungsamtes für Kriegsschäden, Berlin, 22.2.1923 (Abschrift), in: BArch, R 3301, Nr. 1738: Reichsfinanzministerium, Akten betreffend: Geldbedarf pp. des „Deutschen Ostbundes“ (Reichsverband Ostschutz/ deutscher Heimatbund Posener Flüchtlinge), Bd. 1: 8.10.1921-16.9.1924, Bl. 113 f., hier Bl. 113.

544 Vgl. Aufzeichnung des Gesandtschaftsrats von Schack über die von Polen erhobene Auswandererersteuer; Berlin, den 8.1.1927, in: PA AA, R 82314, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 2: 15.8.1926-29.5.1927, Bl. 136 f., hier Bl. 137.

Diese Hilfestellung stieß zunächst bei den deutschen Konsulaten in Polen auf alarmierende Aufmerksamkeit, drohte der DO damit doch, das bevölkerungspolitische Argument der deutschen Außenpolitik der verbliebenen Deutschen in Polen zu untergraben. Kritisiert wurde vor allem „die der Mentalität der Abgewanderten entsprechende völlige Verkennung des Verdrängtenbegriffes.“[545] Der DO erkenne gerade auch „rein persönliche Gründe“ für eine Abwanderung an, dagegen sei aber der „*Zwang* zur Abwanderung [H. d. A., RF]“ maßgeblich. Durch diese verfehlte Definition von Gründen für „Verdrängungen“ schaffe der DO einen „erheblichen Anreiz zur Abwanderung und zur Stellung von Entschädigungsansprüchen […].“[546] Schließlich wurden diese Vorgänge auch den Ministerien in Deutschland bekannt, die daraufhin 1926 eine gemeinsame Strategie gegen den DO beschlossen.[547]

Dies führt allgemeiner zur Fülle an Problemen, die sich durch das Kriegsende 1918 stellten. Eines davon war die Entschädigung der ‚Auslandsdeutschen‘ insgesamt. Zunächst wurde diese Aufgabe vom neu gebildeten „Reichsministerium für Wiederaufbau“ übernommen, welches aber außerdem aufgrund des Versailler Vertrages mit wesentlich gewichtigeren Problemen konfrontiert war. So sollte es die unmittelbare wirtschaftliche Wiedergutmachung, den Ausgleich von Forderungen und Schulden gegenüber bisherigen Feinden, die Liquidation von ehemaligem Feindvermögen sowie den Ausgleich der Kriegsschäden deutscher Reedereien bearbeiten.[548] Einerseits im Grunde vor unlösbare Probleme gestellt, war es andererseits aber auch ein Auffangbecken für das Personal des Reichskolonialministeriums, welches am 1.4.1920 aufgelöst wurde.[549] Der Ausgleich für die Kriegsschäden der deutschen Staatsangehörigen stellte nach dem Ersten Weltkrieg die deutschen Behörden vor unüberwindliche Schwierigkeiten. Nicht nur, dass diese Gesamtschäden zeitgenössisch auf ca. 10,4 Mrd. Reichsmark beziffert wurden.[550] Auch konnte aufgrund der staatlichen Finanznot in Verbindung mit der gallopierenden Inflation von einer effektiven Entschädigungspolitik nicht die Rede sein.[551] So waren die für das hier zu behandelnde Themenfeld einschlägigen Gesetze

---

545 Deutsches Konsulat in Thorn an das Auswärtige Amt, 17.8.1926 (Abschrift), in: BArch, R 8043, Nr. 1148: Deutsche Stiftung – Ostverbände, Bd. 2, Bl. 497.

546 Ebd., Bl. 497 r.

547 *Siehe S. 265 f.*

548 Vgl. Ott: Das Reichsministerium für Wiederaufbau, S. 290 ff.

549 Vgl. ebd., S. 290, Anm. 5. *Siehe S. 272.*

550 Davon entfielen 7,6 Mrd. RM auf sogenannte „Liquidationsschäden“ und 2,8 Mrd. RM auf „Gewaltschäden“. Vgl. Frerich/ Frey: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik, Bd. 1, S. 230 f. Zu den Definitionen der unterschiedlichen Schadensarten: „[E]rstere betrafen Vermögensschäden Deutscher, die durch Zwangsmaßnahmen (z.B. Beschlagnahme) der alliierten Staaten eingetreten waren. Gewaltschäden umfaßten zum einen Verdrängungsschäden (hervorgerufen durch deutsche Gebietsabtretungen), zum anderen Kolonial- und Auslandsschäden.“ Ebd., S. 231.

551 Vgl. ebd.; Hiden: The Weimar Republic, S. 280.

wie beispielsweise das „Verdrängungsschädengesetz“[552] oder das „Kriegsschädenschlussgesetz“[553] eher Versuche denn Lösungen für die Entschädigung der materiellen Kriegsverluste der deutschen Zivilbevölkerung. Erstgenanntes Gesetz unterband praktisch, dass neue Anträge auf Entschädigung bei den entsprechenden Behörden gestellt werden durften. Der führende DO-Funktionär Ginschel kritisierte das „Kriegsschädenschlussgesetz“ im sogleich in einem Leitartikel: das Gesetz falle viel zu formalistisch aus, auf die ‚Verdrängten‘ werde kaum Rücksicht genommen, die ausgezahlten Beträge seien viel zu niedrig und der ehemalige Mittelstand der ‚Ostgebiete‘ verarme dadurch.[554] Auf der anderen Seite bestand ja auch ideell gerade von Seiten des AA überhaupt kein Wunsch nach einer umfassenden Entschädigung, vielmehr beklagte man intern die „demoralisierende Wirkung der Entschädigungspolitik“,[555] da sie ja die deutsche Abwanderung befördere.

Insgesamt gesehen entwickelte sich die Hilfe für das ‚Auslandsdeutschtum‘ nicht zu jener höchst uneigennützigen, weltanschaulich geleiteten Hilfe, für die man sie wohl halten könnte. Nein, es gab erhebliche Geldsummen für diese Hilfe und es entwickelte sich daraus fast ein eigener Geschäftszweig.[556] So warnte der DO vor der „Ausbeutung durch unlautere Elemente“[557] sowie vor „Schwindler[n]“ und „wilde[n] Vermittler[n]“.[558] Doch auch beim Verband selbst kam es zu Fällen, in denen manch einer schwach wurde und in die Kasse griff, die er eigentlich verwalten sollte. So trug es sich im schlesischen Brieg/ Brzeg zu, dass sogar der örtliche DO-Verbandsvorsitzende(!), ein ehemals „kommunaler Polizeibeamter“(!!), sich mit „60.000 Mark *amtlicher Gelder*, die für die Verdrängungsschäden der Flüchtlinge aus dem Osten bestimmt waren, flüchtig geworden [war] [H. i. O., RF].“[559] Auch wurde seitens Dritter wiederholt Klage über das Geschäftsgebaren des Verbandes geführt. So fordere er bei

---

552 Gesetz Nr. 8251: Gesetz über den Ersatz der durch die Abtretung deutscher Reichsgebiete entstandenen Schäden (Verdrängungsschädengesetz) vom 28.7.1921, in: Reichsgesetzblatt [51] (5.8.1921) 82, S. 1021-1031.

553 Gesetz [ohne lfd. Nr.]: Gesetz zur endgültigen Regelung der Liquidations- und Gewaltschäden (Kriegsschädenschlußgesetz) vom 30.3.1928, in: ebd. [58] (31.3.1928) 14, S. 120-124.

554 Vgl. Ginschel, Emanuel: Der Deutsche Ostbund und seine Kampfziele, in: Ostland 9 (1928) 14, S. 173 f.

555 Deutsches Konsulat Thorn an das Auswärtige Amt; [betrifft]: Schluss mit den Reichsentschädigungen; Thorn, den 11.10.1929 (Abschrift), in: PA AA, R 82315, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V. (jetzt: Bund Deutscher Osten), Bd. 3: 30.5.1927-6.4.1933, Bl. 205 f., hier Bl. 205.

556 Vgl. Schaser: Das Engagement des Bundes Deutscher Frauenvereine, S. 263 f.

557 [Anonym]: Zehn Jahre Kampf (a. a. O.), S. 34.

558 Ebd., S. 44.

559 Ausschnitt aus der „Volkswacht“ für Schlesien, Breslau, den 7.4.[19]25: Die Unterschlagungen im Brieger Ostbund, in: BArch, R 2, Nr. 881: Reichsfinanzministerium, Akten betreffend: Die Kriegsschäden Deutscher in den abgetretenen Gebieten. Generalia, Bd. 6: 1.1925-31.12.1928, Bl. 45.

seiner Beratung „zu hohe Gebühren“, um sich daran zu bereichern.[560] In einem Brief ist schlichtweg von „‚Schweinereien‘ in der Darlehenskasse“ des Verbands die Rede.[561] Rein formell staffelten sich seine Bearbeitungsgebühren dabei wie folgt: bei Schadensbeträgen über 15.000 M wurde 1% fällig, zwischen 15.000 und 5.000 M wurden 0,5% erhoben und unter 5.000 M wurden keine Gebühren erhoben.[562] Von Seiten des Verbandes wurden dabei keine Anstalten unternommen, die angeprangerten ‚Unregelmäßigkeiten‘ anzugehen. Erst Mitte der 20er Jahre, als die Entschädigung der abgewanderten deutschen Bevölkerung im Grunde für abgeschlossen erklärt wurde, kam es vereinzelt zu Fällen, dass Mitglieder aus dem Verband ausgeschlossen wurden, die allzu offensichtlich auf eigene Rechnung weiterhin Beratung und Unterstützung für Abwanderungswillige anboten.[563]

Der Wunsch nach Abwanderung der in Polen verbliebenen Deutschen war zugleich ein andauernder Quell für Auseinandersetzungen zwischen der Reichsregierung und dem Verband. Diese war besonders von Seiten der Regierung überhaupt nicht erwünscht.[564] Bezüglich des DO wurde in einer „kommissarischen Besprechung“, an dem die unter anderem die Ministerien des Innern, des Auswärtigen und der Finanzen auf Reichsebene sowie zahlreiche preußische Ministerien mit ihren Vertretern teilnahmen, Folgendes moniert:

> „Der Ostbund sei zur *Abwicklung des Entschädigungsverfahrens* gegründet worden [H. i. O., RF]; er habe als Organisation zwar die ihm dabei gestellten Aufgaben befriedigend gelöst, aber gleichzeitig durch *hemmungslose Werbearbeit* eine verhängnisvolle Absaugung aus den abgetretenen Gebieten bewirkt. Alle Einwirkungen auf ihn seien vergeblich gewesen, da er von seiner These: ‚Jeder Abgewanderte ist verdrängt‘ trotz aller gegenteiligen Beteuerungen *praktisch nicht abgelassen hat*; […] [H. d. A., RF].“[565]

---

560 [Das Auswärtige Amt] an das Deutsche Generalkonsulat Posen; Berlin, den 20.4.1925 (Abschrift), in: PA AA, R 82313, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 1: 1.1.1925-14.8.1926, Bl. 8.

561 Ein unbekannter Absender an den Polizeidirektor a.D. Zacher; Wernigerode, den 15.12.1920, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Repositurен, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 306: Deutscher Ostbund, intus: Austrittserklärungen einzelner Mitglieder aus dem DOV 1926, unpaginiert.

562 Rundschreiben Nr. 42 an alle Landesverbände und Ortsgruppen des Deutschen Ostbundes; Berlin, den 28.12.1921, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Repositurен, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 348: Verhandlungen zwecks Zusammenführung von D.O.V. und D.O., Bl. 1-Bl. 4, hier Bl. 2.

563 Vgl. DO an den Präsidenten des Reichsentschädigungsamts für Kriegsschäden; Berlin, den 15.7.1925 (Abschrift), in: PA AA, R 82313, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 1: 1.1.1925-14.8.1926, Bl. 62.

564 Vgl. Thum: Mythische Landschaften, S. 187.

565 Niederschrift über die von den Ressorts des Reichs und Preußens am 28.9.1926 abgehaltene kommissarische Besprechung über den Ostbund (Abschrift [des Reichsministers des Innern]), 1.11.1926, in: BArch, R 8043, Nr. 1148: Deutsche Stiftung – Ostverbände, Bd. 2, Bl. 490-Bl. 493, hier Bl. 490 r.

Eine der wichtigsten Folgen des „Kriegsschädenschlussgesetzes“ war, dass seit Ende Juli 1926 keinerlei Ansprüche mehr auf „Verdrängungsschäden“ geltend gemacht werden konnten. Indirekt gegen die Reichsregierung zielend gestand Ginschel zwar ein, dass der Kampf des DO für eine Entschädigung der noch in Polen verbliebenen Deutschen diese zur Migration nach Deutschland ermutigen würde. Allerdings sah er die Schuld dafür an ganz anderer Stelle. Denn wer abwandere, habe kaum eine Chance, „hier eingebürgert zu werden und muß daher mit den größten Schwierigkeiten aller Art rechnen. Wir können […] vor der Abwanderung aus Polen nach Deutschland nur warnen.“[566] Widersprüchlich blieb das Verhalten des Verbandes in der Folgezeit. So meldete er nun selbst Deutsche an das AA, die nicht nur abwandern wollen, sondern auch ihren Besitz in Polen verkaufen wollten. Diese hätten keinerlei Entschädigungsansprüche zu erwarten.[567] Im Grunde denunzierte also der DO besonders die abwanderungswilligen deutschen Grundstückseigentümer und -tümerinnen in Polen. Ein mögliches Motiv dafür dürfte sein, den zuvor durch eine sehr generöse Abwanderungsförderung nicht nur beim AA verspielten Boden wieder gutmachen zu wollen.

Damit wird zugleich die ‚Nachfrage-Seite‘ der in Polen verbliebenen Deutschen interessant. Diese hatten ganz andere, sehr alltägliche Sorgen, die in der Propaganda deutscher Organisationen geflissentlich verschwiegen wurden. Jene, die um Unterstützung bei ihrem Wunsch nach „Abwanderung“ aus Polen nachsuchten, „machen meist geltend, dass sie entweder alte Leute seien, verlassen wären, keine Pflege hätten und daher zu ihren Kindern nach Deutschland wollten oder dass sie keine Arbeit bekommen könnten […].“[568]

Dennoch machte der DO gegenüber Abwanderungsersuchen unverkennbar den imperialen Standpunkt geltend. In Ablehnungsschreiben, welche als Beispiel für viele „fortgesetzt vom Deutschen Ostbund an Abwanderungslustige in den abgetretenen Ostgebieten abgehen“, hieß es:[569] Da Deutschland die „Abänderung der Ostgrenze und die Rückkehr der […] zu Unrecht entrissenen Gebiete“ verlange, erfordere dies, „dass alle diejenigen, die das Recht haben, als Deutsche drüben zu wohnen, weil sie die polnische Staatsbürgerschaft besitzen, auch drüben zu bleiben und die deutsche Position verteidigen helfen.“ Dies sei „eine Pflicht gegenüber

566 Ginschel: Der Deutsche Ostbund und seine Kampfziele (a. a. O.), S. 174.

567 Vgl. Deutsches Generalkonsulat Posen an den Deutschen Ostbund, Posen, 8.3.1927 (Abschrift [eines Briefs an Paul Pfeiler in Frankfurt a. d. O.]), in: BArch, R 8043, Nr. 1148: Deutsche Stiftung – Ostverbände, Bd. 2, Bl. 443; Deutsches Konsulat Thorn an den Deutschen Ostbund, Thorn, 25.3.1927, in: ebd., Bl. 442; Deutscher Ostbund an das Auswärtige Amt, Abteilung Polen, in Berlin, 4.4.1927, in: ebd., S 440 f.

568 Bundesleitung [des DO] an Oberstleutnant a. D. Graebe, Geschäftsstelle der Sejmabgeordneten in Bromberg, 11.2.[1929] (Abschrift), in: BArch, R 8043, Nr. 1148: Deutsche Stiftung – Ostverbände, Bd. 2, Bl. 310.

569 Bundesleitung [des DO] an Regierungsrat a. D. Krahmer-Möllenberg in Berlin, 11.2.1929, in: ebd., Bl. 309.

dem deutschen Volkstum […].“[570] Neben dieses Argument trat noch das tagesaktuelle der Weltwirtschaftskrise: „Drüben bedeutet jeder Deutsche einen unersetzlichen Faktor, hier in Deutschland ist jeder Zuwandernde eine *überflüssige Null* und bildet hinsichtlich seiner Unterbringung in Wohnung und Erwerb eine Verlegenheit [H. d. A., RF].“[571]

Eben diese fortwährenden Klagen über die inneren Krisen der jungen Republik führten bei der Leitung des DO zumindest in einem Fall zu einer sehr zeitigen positiven Stellungnahme zur Person Hitlers. Im Angesicht des Münchner Hitler-Prozesses im Frühjahr 1924 warnte Franz Lüdtke[572] vor der in seinen Augen damit einhergehenden „Volkszerreißung“.[573] Allerdings blieben derartige Äußerungen nach derzeitigem Forschungsstand noch die Ausnahme. Weitere Studien könnten ausloten, inwiefern erstens bestimmte Konzeptionen bezüglich imperialer deutscher Herrschaft bereits in der NSDAP während der Weimarer Republik diskutiert wurden. Ein zweites, damit eng verbundenes Thema wäre das Verhältnis dieser Partei zu den Weimarer ‚Ostverbänden‘, bei denen der DO sicher ein herausragendes Beispiel darstellt, wir aber dennoch über diese Verbandslandschaft noch viel zu wenig wissen. Um beide hier diskutierten Verbände besser einordnen und gewichten zu können, soll nun eine Skizze über eben jene Verbandslandschaft während der Republik gegeben werden.

2.1.4. Exkurs: Die imperiale Verbandslandschaft

Mit dieser Skizze wird zudem nicht nur das komplexe Organisationsgeflecht transparenter, welches sich hier herausbildete. Eine solche Übersicht kann auch verdeutlichen, warum gerade die DKG und der DO als Fallbeispiele für diese Studie gewählt wurden. Insgesamt kann zunächst festgehalten werden, dass mit dem Ende des Kaiserreichs der Begriff der ‚Auslandsdeutschen‘ stark auf- und umgewertet wurde.[574] Besonders unter den Bedingungen des als drückend empfundenen Versailler Vertrages avancierte ‚Volk‘ zu einer höchst

[570] Bundesleitung [des DO] an Martha Kolbe in Nakel [Polen], 11.2.1929 (Abschrift), in: ebd., Bl. 311 f., hier Bl. 311 und Bl. 311 r.
[571] Ebd., Bl. 312 und Bl. 312 r.
[572] *Siehe zu ihm S. 116 f.*
[573] Lüdtke, Franz: Volkszerreißung und Volksgemeinschaft, in: Ostland Kultur. Beilage zum „Ostland“ 5 (1924) 6, S. 1 ff. Zitiert nach Paterna: Die Rolle der Stadt Frankfurt (Oder), S. 25 f. Aufgrund fehlerhafter Bindung der Beilagen zum „Ostland“ war es mir leider nicht möglich, den entsprechenden Aufsatz im Grimm-Zentrum der HU Berlin auszuwerten. Allerdings bleibt aus arbeitsökonomischen Gründen die systematische Auswertung der DO-Publizistik ohnehin einer späteren Studie vorbehalten.
[574] Siehe zu dessen Vorgeschichte im 19. Jahrhundert Naranch: Inventing the ‚Auslandsdeutsche‘.

abstrakten Bezugsgröße und Interpretationsfigur, unter denen sehr Verschiedenes subsumiert werden konnte. Als ‚deutsches Volk' galten nunmehr nicht nur die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger auf dem Gebiet des Deutschen Reiches, sondern besonders auch die ‚Auslandsdeutschen'.[575] Für den Bereich der Außenpolitik hatte diese Aufwertung einen ganz praktischen Nutzen: so konnten nämlich handfeste außenpolitische Interessen, welche nunmehr nicht mehr mit politischem oder militärischem Druck durchgesetzt werden konnten, als Anliegen einer vermeintlich ‚unpolitischen' Kulturpolitik getarnt werden.[576] Dabei konnte einerseits das Verhalten der verschiedenen „Deutschtumsorganisationen […] als authentische Manifestation der deutschen Gesellschaft [ausgegeben werden, RF], von der man sich allerdings auch ohne Schaden zu distanzieren vermochte."[577] Nicht umsonst fällt die 1920 vorgenommene Einrichtung einer Kulturabteilung im AA in die ersten Jahre der Republik.[578] Zugleich konnte so international Präsenz gezeigt werden, „ohne in den direkten politischen Konflikt mit den ehemaligen Siegerstaaten zu geraten, aber auch ohne weitere Abstriche am nationalen Selbstbewusstsein hinnehmen zu müssen."[579]

Dabei vertrat das AA eine gänzlich instrumentelle Politik gegenüber den ‚deutschen' Minderheiten: unterstützt wurden sie nur dort, wo politische bzw. wirtschaftliche Interessen des Reiches tangiert wurden. Im Zweifelsfall hatten die Gesamtinteressen deutscher Politik nämlich Vorrang zu haben vor den Partikularinteressen der deutschen Minderheiten.[580] Und auch andere Minderheiten in Polen wie z.B. die ukrainische wurden für diese Interessen instrumentalisiert.[581] Insgesamt war die Minderheitenthematik ein auf der Ebene der internationalen Politik hochgradig umkämpftes Themenfeld.[582]

---

575 Vgl. Schaser: Das Engagement des Bundes Deutscher Frauenvereine, S. 254 f.

576 Im Folgenden wird der Begriff der ‚auslandsdeutschen' Verbände nicht deswegen gewählt, weil er präzise das Selbstverständnis jener nachfolgend behandelten Organisationen wiedergeben würde, sondern weil er der immensen Ausweitung des Begriffsinhalts des damit Beschriebenen am besten gerecht wird. Bartelt hält nämlich zu Recht fest: „Die Begriffe bezüglich Deutscher im Ausland sind sehr unscharf und werden in der Literatur z.T. sehr unterschiedlich und widersprüchlich verwandt." Bartelt: ‚Fünfte Kolonne' ohne Plan, S. 7, Anm. 10. Es gab nicht erst, wie Bartelt meint, Begriffe wie „Reichs-" oder „Volksdeutsche" im „Dritten Reich". Aber ihr zeitgenössisches Verständnis auch schon zu Weimarer Zeiten bringt er durchaus treffend auf den Punkt. Demnach verstand man unter „Reichsdeutschen" solche deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die für längere Zeit in anderen Staaten lebten bzw. die mit der Absicht Deutschland verließen, sich in anderen Staaten niederzulassen, aber(!) noch nicht in ebendiesen Staaten als Nachfahren deutscher Emigrantinnen und Emigranten zur Welt gekommen waren. Dies traf dagegen auf die sogenannten „Volksdeutschen" zu, die meist seit mehreren Generationen in anderen Staaten lebten.

577 Fischer: Die deutsche Publizistik, S. 50.

578 Vgl. Schaser: Das Engagement des Bundes Deutscher Frauenvereine, S. 259. Ausführlicher hierzu Düwell: Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918-1932.

579 Jaworski: Der auslandsdeutsche Gedanke, S. 383.

580 Vgl. Höpfner: Deutsche Südosteuropapolitik, S. 306 und S. 351; Hiden: The Weimar Republic, S. 278; Weidenfeller: „Volkstumsarbeit", S. 143 f.

581 Vgl. Benecke: „... ein allerdings zur Zeit […]", S. 221 ff. und S. 226-237.

582 Siehe Bamberger-Stemmann: Der Europäische Nationalitätenkongreß.

Zugleich zeigt sich gerade im deutsch-polnischen Vergleich für die Nachkriegszeit, dass es auf deutscher Seite keine „Tradition der Selbstorganisation“ gab.[583] Hier wirkte sich die jahrzehntelange Dominanz des preußischen Staates im gesellschaftlichen Leben seiner Ostprovinzen letztlich kontraproduktiv aus, nachdem die entsprechenden Gebiete an Polen gefallen waren. Nicht nur, dass entsprechende Vereine und Verbände auf den preußischen Staat bzw. das Reich als organisatorischen Bezugspunkt angewiesen waren. Die deutschen Minderheiten in Polen neigten auch zu einer „ausgesprochenen Subventionsmentalität“.[584]
Dagegen würde es den Blick zu sehr verengen, im Folgenden von „Deutschtums“-Organisationen zu sprechen.[585] Auch der zeitgenössische Begriff der „Grenzdeutschen“ würde die folgenden organisationshistorischen Skizzen zu stark auf jene Bevölkerungsteile einschränken, die nach dem Ersten Weltkrieg in den vormals zum deutschen Kaiserreich gehörigen Gebieten nunmehr unter anderer staatlicher Hoheit lebten.[586] Der Generalsekretär des „Deutschen Auslands-Instituts“ (DAI) in Stuttgart, Fritz Wertheimer (1884-1968), fasste die veränderte außenpolitische Lage treffend zusammen:

> „Der deutschen Außenpolitik ist ihr wichtigster Träger, ist die Stütze auf Heer und Marine genommen. Sie ist damit auf rein wirtschaftliche und geistige Fragen weit stärker hingewiesen, als das bei den Regierungen der Siegerstaaten der Fall ist […], bei denen altvorhandener Kolonial- und neu hinzugekommener Mandatsbesitz die Außenpolitik weit stärker bestimmt. […] Umso stärker muß die auswärtige Politik des Reiches Stütze suchen in der *ungebrochenen* und auch durch noch so harten feindlichen Druck nicht brechenden geistigen Stärke des deutschen Volkes innerhalb und außerhalb des Reiches. An die Stelle

583 Kessler: Elitenwechsel, S. 55; vgl. auch Niendorf: Minderheiten an der Grenze, S. 156 und S. 207; Dyroff: Preußische Ostmark, S. 157.

584 Kessler: Elitenwechsel, S. 55.

585 Bartelt: ‚Fünfte Kolonne‘ ohne Plan, S. 7, Anm. 10: Der Begriff des „Deutschtums“ meine demnach eher „die organisierte Gesamtheit der Organisationen […] und Personen, die einen strengen Nationalismus verfolgten und für die ethnische Reinheit von deutscher Sprache, Sitten, Traditionen etc. eintraten.“ Diese Definition fängt sehr gut das Selbstverständnis entsprechender Organisationen und Personen ein, unterschlägt aber das Potential ihrer politischen Mobilisierung durch die deutsche Politik ihrer Zeit.

586 So heißt es bei niemand Geringerem als beim Historiker Hermann Oncken (1869-1945) in einem Vortrag auf der Jahresversammlung der „Deutschen Akademie“ am 22.10.1926, dass der „Begriff der *gesamtdeutschen Kulturgemeinschaft* […] Reichsdeutsche, Grenzdeutsche und Auslandsdeutsche umfasst […] [H. d. A., RF].“ Oncken, Hermann: Die geistige und sittliche Kulturbedeutung des Auslandsdeutschtums, in: Zeitwende 3 (1927) 1, S. 201-218, hier S. 210. Der Begriff „gesamtdeutsch“ verwirrt im heutigen Verständnis des Begriffes eher, als das er Klarheit schafft, denn er weist direkt zum Selbstverständnis der ‚Vertriebenen‘ nach 1945, wenngleich er hier eine geografische Eingrenzung erfährt. Das verweist einmal mehr auf Kontinuitäten jener Verbände. Zum vorletzt genannten Aspekt Stickler: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“.

militärischen und maritimen Drucks tritt *die Macht sittlicher und kultureller Gedankenreihen* […] [H. d. A., RF].“[587]

Für die Ebene der Verbände lässt sich mit dieser Aufwertung des ‚Auslandsdeutschtums‘ eine wahre Flut von Verbands- und Vereinsgründungen feststellen, welche bereits im Kaiserreich eine enorme Anzahl erreicht hatte.[588] Um die Dimensionen einmal zu veranschaulichen: 1930 wurden (ohne Vollständigkeitsanspruch) 32.952(!) „auslandsdeutsche Vereine“ registriert.[589] Zu Recht wurde diesbezüglich von einem „mushrooming of new organizations“ gesprochen.[590] Aus dieser enormen Anzahl seien hier nur die für die Zwischenkriegszeit und den Kontext der DKG bzw. des DO wesentlichsten genannt.

Versucht man nun, die zahlreichen in der Weimarer Republik neu gründeten Verbände und Vereine, die sich (nicht nur) mit dem „Auslandsdeutschtum“ befassten, in den Kontext der bisher skizzierten Entwicklungen einzuordnen, so wird man gut daran tun, sie nach bestimmten Kriterien zu ordnen, um eine gewisse Systematik und damit Übersichtlichkeit zu bieten. Als ein solches Kriterium zur Differenzierung bietet es sich an, zwischen Verbänden mit spezifischer geografischer Zielrichtung und solche ohne selbige zu differenzieren.[591] Beginnen wir mit Letztgenannten, denn ihre Zahl ist geringer und sie fungierten nicht selten als Dachverbände für die Erstgenannten. Deswegen werden jene Verbände mit spezifischer geografischer Ausrichtung hier nicht gesondert behandelt, sondern im Kontext ihrer Dachverbände bzw. in den entsprechenden Kapiteln dieser Studie, die sich konkret mit den Verbindungen des DO bzw. der DKG zu anderen Verbänden und Vereinen befassen.[592]

Als am traditionsreichsten von allen hier vorzustellenden Verbänden kann sicherlich der bereits 1881 gegründete VdA gelten.[593] Nach der Kriegsniederlage erweiterte er sein Repertoire an Forderungen um die nach dem Anschluss Österreichs sowie nach dem „Selbstbestimmungsrecht für die *Deutschen* [H. d. A., RF]“.[594] In seiner praktischen Arbeit

---

587 Wertheimer, Fritz: Auslandsdeutschtum und Deutschtumspolitik, in: Harms, Bernhard (Hg.): Volk und Reich der Deutschen. Vorlesungen gehalten in der Deutschen Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung. 3 Bde. Bd. 3: Weltpolitische Gestaltungstendenzen, das Schrifttum. Berlin 1929, S. 207-227, hier S. 218 f. Zitiert nach Weißbecker: Die nationalistisch-revanchistische „Deutschtumspolitik“, S. 184 f.

588 Vgl. Hoffmann: Geselligkeit und Demokratie, S. 75 f.

589 Vgl. Weißbecker: Art. Zweckverband der freien Deutschtumsvereine, S. 642.

590 Hiden: The Weimar Republic, S. 273.

591 Hiden differenziert auf der einen Seite nach jenen Organisationen, die sich allgemein für das ‚Auslandsdeutschtum‘ nach dem Krieg engagierten, auf der anderen Seite nach jenen, die sich konkret für deren Entschädigungen einsetzten. Zur ersten Gruppe rechnet er den VdA und den DtSB, zur letztgenannten Gruppe den BdA und den DO. Vgl. Hiden: The Weimar Republic, S. 274.

592 *Siehe S. 276 ff. und S. 286-291.*

593 Siehe Weidenfeller: VDA.

594 Poßekel: Art. Verein für das Deutschtum im Ausland, S. 288.

‚pflegte' der VdA nicht nur jenes vermeintlich einheitliche ‚Auslandsdeutschtum, sondern verfolgte langfristige und höchst politische Fernziele: „Der Tag des Selbstbestimmungsrechts der Völker […] wird auch für die Deutschen kommen und mit ihm die *große Volksgemeinschaft, die Schöpfung des Einheitsblocks des Deutschtums in Mitteleuropa* […] [H. i. O., RF]."[595] Nun sollte man nicht den äußerst schillernden Begriff auf seine spätere semantische Verengung durch den deutschen Faschismus reduzieren. Der Begriff war seit dem Ersten Weltkrieg in ganz unterschiedlichen Kontexten geläufig,[596] lässt sich aber bis ins ausgehende 18. Jahrhundert für den deutschen Sprachraum nachweisen.[597] Für den VdA hatte der Begriff zwei Bedeutungsebenen: einerseits als über allen Klassen stehende Gemeinschaft und andererseits als „Gemeinschaft aller Deutschen, unabhängig von Staatsgrenzen und Staatsangehörigkeit."[598] Der Kern der VdA-Arbeit blieb aber weiterhin die ‚auslandsdeutsche' Schulpolitik.[599] Diese war für ihn ein Mittel zum „Schutz des Siedlungsdeutschtum[s]."[600]

Der erste der *neu gegründeten* Verbände war der am 18.8.1919 in München gegründete „Bund der Auslandsdeutschen" (BdA). Seine Hauptaufgabe war ebenfalls zunächst die Entschädigung der durch den Krieg geschädigten Deutschen.[601] Darüber hinaus verselbstständigten sich seine Interessen aber recht schnell und bald setzte er sich für die Schaffung einer „‚Weltgemeinschaft' der Auslandsdeutschen" ein.[602] Da ihm von der Reichsregierung zur Abwicklung ein Teil der Entschädigungsgesetze als Aufgaben übertragen wurde, rief der BdA zu diesem Zweck die „Arbeitsgemeinschaft der Interessenvertretungen für den Ersatz von Kriegs- und Verdrängungsschäden" ins Leben, dem unter anderem auch der „Reichsverband der Kolonialdeutschen und Kolonialinteressierten", der DO, der „Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich" sowie die „Vereinigten Verbände heimattreuer Schlesier" angehörten. Im Grunde handelte es sich beim BdA um eine halbstaatliche Einrichtung, die für die entsprechenden Reichsbehörden Vorprüfungen der entsprechenden Entschädigungsfälle vornahm und einen nicht geringen Verwaltungsapparat von zeitweise

595 Grothe, Hugo: Schicksale und Entwicklung des Auslandsdeutschtums im letzten Jahrzehnt, insbesondere seit dem Weltkrieg, in: Jahrbuch des Vereins für das Deutschtums im Ausland [1] (1921 [1922]), S. 25-189, hier S. 40. Zitiert nach Poßekel: Art. Verein für das Deutschtum im Ausland, S. 289.

596 Siehe als fast schon klassische Studien Bruendel: Volksgemeinschaft oder Volksstaat; Verhey: Der „Geist von 1914".

597 Vgl. Steuwer: Was meint und nützt das Sprechen von der ‚Volksgemeinschaft'?, S. 494-500.

598 Poßekel: Art. Verein für das Deutschtum im Ausland, S. 288.

599 Vgl. ebd., S. 289 ff.

600 Vermerk [über die Ziele des Bundes der Auslandsdeutschen], Berlin, den 19.5.1926, in: BArch, R 2, Nr. 881: Reichsfinanzministerium, Akten betreffend: Die Kriegsschäden Deutscher in den abgetretenen Gebieten. Generalia, Bd. 6: 1.1925-31.12.1928, Bl. 183-Bl. 184 r., hier Bl. 183 r.

601 Vgl. Weißbecker: Art. Bund der Auslandsdeutschen, S. 203 ff.

602 Ebd., S. 204. Die folgenden Aufzählungen auch nach ebd.

mehr als 700 Angestellten umfasste und von einem hierfür ‚beurlaubten' Oberregierungsrat des Reichsentschädigungsamtes geleitet wurde. Die Verbandsarbeit professionalisierte und bürokratisierte sich somit zusehends.[603] Selbst das Deutsche Rote Kreuz verdient hier Erwähnung, handelte es sich dabei doch um einen eminent konservativen Wohlfahrtsverband mit engen Beziehungen zum Staat und zu konservativen Kreisen, der sowohl mit dem FDKG als auch dem DO im Rahmen ihrer Aufgaben als Wohlfahrtsorganisationen kooperierte.[604]
Gefördert wurden besonders solche Ansprüche auf Entschädigungen, bei denen „jene Auslandsdeutschen eine besondere Unterstützung erhielten, die gewillt waren, wieder ins Ausland zu gehen und neu anzufangen."[605] Insofern geht es nicht fehl, den BdA als ‚auslandsdeutschen' Pendant zum vor allem auf Polen konzentrierten DO zu bezeichnen.[606] Beide arbeiteten darüber hinaus in der „Arbeitsgemeinschaft der Interessenvertretungen für den Ersatz von Kriegs- und Verdrängungsschäden" zusammen.[607]
Ein weiterer Sammelverband war der 1922 im Wesentlichen vom VdA ins Leben gerufene „Zweckverband der freien Deutschtumsvereine" (ZfD). Angeregt wurde diese Gründung vom AA, „um Planmäßigkeit in die gesamte Arbeit für das Auslandsdeutschtum zu bringen, Doppelarbeit durch eine grundsätzliche Abgrenzung der Arbeitsgebiete zu vermeiden und gemeinsame Aufgaben durch gegenseitige Ergänzung und Unterstützung zu fördern."[608] Ihm gehörten unter anderem neben dem BdA auch die DKG, der DtSB sowie die beiden konfessionellen Organisationen für ‚Auslandsdeutsche' an.[609] Franz von Reichenau (1857-1940) formulierte als Vorsitzender des VdA 1920 den Sinn der späteren Verbands-Neugründung wie folgt: „Es genügt nicht, daß wir ein Volk sind, notwendig ist, daß wir das Bewusstsein und den Willen haben, ein Volk zu sein […]. Endlich muß das Wort von der Zusammengehörigkeit der Deutschen in der Welt aufhören, eine leere Phrase zu sein und zur

---

603 Vgl. Ullmann: Interessenverbände in Deutschland, S. 177 f.

604 Vgl. Riesenberger: Das Deutsche Rote Kreuz, S. 189-194. *Siehe zu diesen Kooperationen S. 91, S. 108, Anm. 655 und S. 191.*

605 Weißbecker: Art. Bund der Auslandsdeutschen, S. 117.

606 Vgl. Krekeler: Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik, S. 31.

607 Weitere Mitglieder dieser „Arbeitsgemeinschaft" waren außerdem der „Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich", der „Reichsverband der Kolonialdeutschen und Kolonialinteressierten" sowie der „Verband der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen". Vgl. Arbeitsgemeinschaft der Interessenvertretungen für den Ersatz von Kriegs- und Verdrängungsschäden; betrifft: Entwurf eines Liquidationsschädengesetzes; Berlin, den 21.2.1922, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 348: Verhandlungen zwecks Zusammenführung von D.O.V. und D.O., Bl. 1-Bl. 7, hier Bl. 7.

608 Dok. Nr. 5: Aufzeichnung des Legationssekretärs Noebel; Berlin, den 5.1.1923 (vertraulich), in: ADAP 1918-1945, Reihe A: 1918-1925, Bd. 7: 1. Januar 1923 bis 31. Mai 1923. Göttingen 1989, S. 9-13, hier S. 11. Vgl. zu den (vergeblichen) Versuchen des AA, diese Verbände zusammenzufassen und ihre Aufgabenfelder voneinander abzugrenzen: Hiden: The Weimar Republic, S. 275 f.

609 Vgl. Dok. Nr. 5 (a. a. O.), S. 11 f.; Weißbecker: Art. Zweckverband der freien Deutschtumsvereine, S. 642; Vgl. Prehn: „Volksgemeinschaft im Abwehrkampf", S. 42; Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 64. *Siehe für die beiden konfessionellen Organisationen S. 103.*

lebendigen Wirklichkeit werden."[610] Der ZfD wandte sich in seiner Arbeit entschieden gegen Verbände und Vereine, die auch auf regionaler Ebene tätig waren. Aus diesem Grund wurde beispielsweise auch der Aufnahmeantrag des DO als korporatives Mitglied des ZfD grundsätzlich abgelehnt.[611] Der Grund dieser Ablehnung war derselbe, weswegen alle Versuche zur Konzentration und Zentralisation der „Deutschtumsvereine" kritisch betrachtet wurden. Denn der ZfD ging von einer ‚idealistisch-kulturellen' Grundlage seiner ‚Deutschtumsarbeit' aus, die durch konkrete Arbeit ‚vor Ort' im Ausland von den entsprechenden Regierungen als Untergrabung der staatlichen Autorität gedeutet werden konnte. So sei es zu vermeiden,

> „die vielen Millionen Menschen in der Welt, die mit uns keine *politische* Verbindung haben *dürfen*, durch organisatorische Plumpheiten zu belasten. Der wirkliche Weltbund aller Deutschen kann nur in einer Geistes- und Kulturgemeinschaft bestehen, die sich nicht gegen andere Völker und Staaten richtet, aber dennoch alles, was in seinem Wesen und in seiner Sprache deutsch ist und deutsch bleiben will, zu kultur- und wirtschaftsfördernder Arbeit zusammenfasst [H. d. A., RF]."[612]

Übersetzt man dies in weniger idealistische Begriffe, so verschleierte der ZfD somit durchaus politische Tätigkeiten als ‚unpolitisch' und ‚kulturpflegend'. Diese Ablehnung von Zentralisationsbestrebungen brachte den ZfD wiederholt mit der ihn eigentlich initiierenden Organisation in Konfrontationen, dem VdA.[613] Diese über das Pro oder Contra der Zentralisierungsfrage geführten Auseinandersetzungen ließ den ZfD aber bereits 1928 zwar formell weiterbestehen, de facto glitt er aber in die Bedeutungslosigkeit.[614]
Auch wichtige wissenschaftliche Einrichtungen wurden nach dem Ersten Weltkrieg gegründet, auf die hier aufgrund einschlägiger Forschungen nicht näher eingegangen werden muss.[615] Neben diesen halbstaatlichen Einrichtungen unterhielten auch die beiden großen deutschen Kirchen jeweils entsprechende Organisationen: die „Vereinigung der Deutsch-

---

610 Reichenau, Franz von: Volk und Heimat, in: Volk und Heimat. Zeitschrift des Vereins für das Deutschtum im Ausland. Nachrichtenblatt des Deutschen Schutzbundes für die Grenz- und Auslandsdeutschen [1] (1920) 1, S. 2 f., hier S. 2. Zitiert nach Weißbecker: Art. Zweckverband der freien Deutschtumsvereine, S. 642.
611 Vgl. ebd., S. 643.
612 Flierl, Friedrich: Weltbund der Auslandsdeutschen?, in: Volk und Heimat. Zeitschrift des Vereins für das Deutschtum im Ausland. Nachrichtenblatt des Deutschen Schutzbundes für die Grenz- und Auslandsdeutschen 3 (1922) 2, S. 46. Zitiert nach Weißbecker: Art. Zweckverband der freien Deutschtumsvereine, S. 644.
613 Vgl. ebd., S. 643 f.
614 Vgl. ebd., S. 644; Weidenfeller: „Volkstumsarbeit", S. 147.
615 Hierzu sei nur auf die einschlägigen Handbücher verwiesen: Fahlbusch/ Haar (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften; (dies.) (Hg.): German scholars and ethnic cleansing.

Evangelischen im Ausland“[616] sowie den „Reichsverband der katholischen Auslandsdeutschen“[617]. Das verwundert nicht, schließlich fühlten sich beide Kirchen in Form der verschiedensten Missionsgesellschaften seit Beginn der europäischen Expansion nicht nur für die Christianisierung zuständig, sondern auch für die Kolonisierung.[618]

Neben diesen Verbänden gab es auch mehr oder minder informelle Organisationen und parlamentarische Netzwerke, die sich vor allem um politische Einflussnahme innerhalb Deutschlands bemühten. Zu nennen hier die „Interfraktionelle Koloniale Vereinigung“ sowie der „Interfraktionelle Ostauschuss“. Der erstgenannte informelle Zusammenschluss war eine Reaktion auf die neuen kolonialrevisionistischen Spielräume nach der Verabschiedung des Dawes-Abkommens im August 1924.[619] Gegründet wurde er Anfang Mai 1925 im Reichstag von „Abgeordnete[n] des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei, der Deutschnationalen und der SPD […].“[620] Der „Interfraktionelle Ostauschuss“ wurde 1919 gegründet, um die Arbeit für die Volksabstimmungen in jenen östlichen deutschen Provinzen zu koordinieren, die an Polen zu fallen drohten. Aus ihm ging ein Jahr darauf die DSt hervor.[621]

Zugleich wirkten diese „Abstimmungskämpfe“ unmittelbar nach Nachkriegsende als Katalysator für die Gründung der ersten Landsmannschaften.[622] Diese resultierten aus dem erheblichen Politisierungs-Schub des ‚Heimat‘-Begriffs und damit auch der Heimatvereine nach dem Ersten Weltkrieg. So verwundert es nicht, dass gerade in jenen Gebieten, die durch die Abstimmungen nach dem Krieg an andere Staaten fielen, eine rege landsmannschaftliche Vereinstätigkeit einsetzte.[623] Dabei wurden die in den Abstimmungen als ‚erfolgreich‘ dargestellten nationalen Minderheiten sowohl natürlich als Gegner, insgeheim aber auch als Vorbilder für eine gelungene nationale Mobilisierung mit nur mühsam bemänteltem Neid

---

616 Als zeitgenössische Quelle hierzu Schubert, Ernst: Das evangelische Auslandsdeutschtum, in: Kirchliches Jahrbuch 47 (1920), S. 278-301.

617 Vgl. hierzu Richter: Nationales Denken im Katholizismus, S. 303-316.

618 Siehe Gründer: Christliche Heilsbotschaft und weltliche Macht.

619 *Siehe S. 149.*

620 Rüger: Der Kolonialrevisionismus, S. 261; vgl. auch Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 116 f.; Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 97; Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 109.

621 Vgl. Krekeler: Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik, S. 16-22; Höpfner: Deutsche Südosteuropapolitik, S. 95 ff.; Hiden: The Weimar Republic, S. 276 f.; Schattkowsky: Deutschland und Polen, S. 135; Rothbart: Der „Bund Deutscher Osten“, Bd. 1, S. 8.

622 Lüdtke, Franz: Das deutsche Ostland, seine Geschichte, seine Kultur, seine Bedeutung, in: (ders.)/ Thiele, Ernst Otto (Hg.): Der Kampf um deutsches Ostland – trotz Versailles. Düsseldorf o. J. [1931], S. 5-35, hier S. 31.

623 So mit Fokus auf Ostpreußen und konkreten archivalischen Hinweisen Hertz-Eichenrode: Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919-1930, S. 49 f.; zu Nordschleswig Vaagt: Der 14. März als nationales Erlebnis, S. 282 ff. und S. 305 f.

betrachtet.[624] Schon der DOV orientierte sich zunächst als gegnerischem Vorbild am seit 1841 existierenden polnischen Marcinkowski-Verein.[625]

Diese „Abstimmungskämpfe" beförderten stark die Wahrnehmung, dass besonders im Osten des Reichs ein fortgesetzter „Nationalitätenkampf" tobe.[626] Über diese ‚erste Generation' der Landsmannschaften wissen wir so gut wie nichts, was insbesondere den Bedarf nach regionalhistorisch vergleichenden Studien unter gezielter Durcharbeitung auch ausländischer, vor allem polnischer Archive und Bibliotheken anzeigt.[627] Auszugehen ist von einer regen Tätigkeit von Vereinen und, darauf aufbauend, von Verbänden, deren Kontinuitäten in der Zwischenkriegszeit in künftigen Forschungen noch nachzuspüren wären. Zwar dürfen zeitgenössische Schätzungen von „über Tausend Heimatvereinen" als Produkt übertriebener nationalistischer Propaganda gelten.[628] Dennoch organisierten diese beispielsweise in landsmannschaftlichen Dachverbänden in Allenstein/ Olsztyn, Marienburg/ Malbork und Tilsit/ Sowetsk die nationale (deutsche) Mobilisierung.

Über all diese Verbände, Vereine und Gruppen versuchte der im Mai 1919 gegründete DtSB als organisierendes Zentrum zu wirken,[629] was ihm aber nur leidlich gelang. Dieser definierte sich selbst laut seines Vorsitzenden Karl Christian von Loesch (1880-1951) als ein „Aufnahmebecken für Strömungen im deutschen Volke, die zu einer Erneuerung auf volkspolitischem Gebiete drängen."[630] Dabei versammelte er „Heimatvereine, berufsständische Vereine, wissenschaftliche Institute, Körperkulturbestrebungen und konfessionelle Verbände […]." Zentral für den DtSB seien dabei aber die „grenz- und

---

624 Vgl. ebd., S. 283, S. 286 und S. 292; Jaworski: Zwischen Polenliebe und Polenschelte, S. 83. Zeitgenössisch hierzu Worgitzki, Max: Deutsche Kulturarbeit in Ostpreußen, in: Deutsche Arbeit. Zeitschrift des Vereins für das Deutschtum im Ausland 23 (1924) 11, S. 281 ff., hier S. 281.

625 Vgl. Grabowski: Deutscher und polnischer Nationalismus, S. 112-127.

626 Thum: Mythische Landschaften, S. 187; vgl. auch Dyroff: Preußische Ostmark, S. 157, S. 165 und S. 167 f.

627 Ein zeitgenössisches Flugblatt gibt zumindest einen ersten Überblick über die Vielfalt dieses landsmannschaftlichen Organisationswesens. Demnach gab es u.a.: „Reichsverband der heimattreuen Ost- und Westpreußen e. V.", „Bund heimattreuer Ostpreußen e. V.", Memellandbund e. V.", „Reichsbund der Danziger e. V.", „Reichsbund der Posener", „Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier e. V.", „Reichsverband heimatliebender Hultschiner e. V.", „Deutscher Ostmarkenverein e. V.", „Deutscher Frauenverein für die Ostmarken e. V.", „Ostdeutscher Heimatdienst Allenstein e. V.", „Heimatdienst Westpreußen" [Marienwerder], „Ostdeutscher Heimatdienst Tilsit e. V.", „Grenzmarkdienst Posen-Westpreußen" [Schneidemühl], „Arbeitsring Ostdeutscher Studentenverbände einschließlich Grenzmannschaft ‚Altpreußen'" [Berlin]. Flugblatt „Zur Aufklärung! Wer ist, was will und was tut der Ostausschuß?", April 1929, in: BArch, R 8043, Nr. 1148: Deutsche Stiftung – Ostverbände, Bd. 2, Bl. 305.

628 Worgitzki: Deutsche Kulturarbeit in Ostpreußen (a. a. O.), S. 282. Auch das folgende Argument ebd.

629 Anlass für die Gründung des Verbands war die Koordinierung der „Abstimmungskämpfe", also jener Auseinandersetzungen um Abstimmungen über territoriale Zugehörigkeiten der vormals zum deutschen Kaiserreich gehörigen Gebiete. Loesch, K[arl] C[christian] von: Der Deutsche Schutzbund und seine Verbände, in: Praesent, Hans [Hg.]: Die Verbände des deutschen Schutzbundes und ihre Veröffentlichungen. O. O. [Berlin] 1928, S. 1-10, hier S. 7.

630 Ebd., S. 2. Auch das folgende Zitat ebd.

auslandsdeutschen Verbände."[631] Er richtete sich sehr klar konservativ-antimodern aus. Individualismus und Urbanisierung galten ihm als große Übel der Moderne. Es sei auch seine

> „Aufgabe der Befreiung des deutschen Menschen von heute *von sich selbst*, d.h. dem Verfall seines Lebenswillens, der sich in Verstädterung und in der Flucht vom Lande zeigt, ferner aber auch in der *volksselbstmörderischen* Ablehnung des Kinderreichtums [H. d. A., RF]."[632]

Allein schon die aus der vormals zitierten Aufzählung ersichtliche schiere Zahl der zugehörigen Organisationstypen und die mangelnden Absprachen untereinander sowie unübersichtliche Doppel- und Mehrfachmitgliedschaften der Organisationen in unterschiedlichen Sammelverbänden verkomplizierten die Arbeit des DtSB ungemein.[633] Dieser legte den Schwerpunkt seiner Arbeit ohnehin in die Propaganda der zeitgenössischen „Abstimmungskämpfe" und verlor Mitte der 1920er zusehends an Bedeutung.[634] Darüber hinaus suchte der DtSB (wie so viele andere Organisationen auch), politischen Einfluss auf die ‚Auslandsdeutschen' auszuüben.[635] Diese organisatorische Zersplitterung einer äußerst schillernden Vereins- und Verbandslandschaft war ein *zentrales* Merkmal der mit dem ‚Deutschtum' in der Weimarer Republik befassten Organisationen. Sie fand erst ihr Ende, als die Nazis durch mehr oder minder zwangsweise durchgeführte ‚Gleichschaltungen' nach ihrer Machtübernahme 1933 diese aufhoben.[636]

Neben dem genannten Kriterium des Vorhandenseins eines geografischen Schwerpunkts der jeweiligen Verbände kann als weiteres differenzierendes Merkmal ihre (Un-) Abhängigkeit von staatlichen Stellen gelten. Wie oben gezeigt, suchte man besonders im AA durch eine als ‚unpolitisch' ausgegebene ‚Kulturpolitik' insgeheim, politische Macht wiederzuerlangen.[637] Durch die Studie von Krekeler ist dies besonders gut dokumentiert für die 1920 gegründete DSt.[638] Diese war eine insgeheim staatlich finanzierte Organisation unter Leitung von Erich

---

631 Ebd., S. 3.

632 Ebd., S. 9. Folglich wurde in dieser Perspektive besonders die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen in der Weimarer Republik als besonderes Übel gesehen.

633 Vgl. zu diesen Schwierigkeiten Fensch: Zur Vorgeschichte, Bd. 1, S. 60-63, S. 84-91, S. 178 und S. 195.

634 Vgl. Petzinna: Erziehung zum deutschen Lebensstil, S. 177-189.

635 Vgl. Fensch: Zur Vorgeschichte, passim.

636 *Siehe Kap. 2.4.4*. Auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Interessenverbände kommt Ullmann für die Weimarer Republik zum entgegengesetzten Urteil: hier seien Konzentration, Zentralisierung und Festigung von Verbandsstrukturen Hand in Hand gegangen, ganz besonders in der Industrie. Vgl. Ullmann: Interessenverbände in Deutschland, S. 176.

637 Vgl. Krekeler: Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik, S. 18-22.

638 Siehe insgesamt Krekeler: Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik.

Krahmer-Möllenberg (1882-1942).[639] Nach dem Ersten Weltkrieg kam es zu Kompetenzstreitigkeiten zwischen den zuständigen Reichsministerien des Inneren und des Äußeren in Bezug auf die Einflußnahme auf die deutschen Minderheiten in Polen. Zuerst beanspruchte das Reichsinnenministerium in Fortführung der preußischen Polenpolitik diese Position für sich. Letztlich setzte sich im Herbst 1922 aber mit einem Machtwort das AA unter dem Zentrumspolitiker Joseph Wirth (1879-1956) durch, der zu dieser Zeit nicht nur Reichskanzler war, sondern auch Außenminister.[640] Überhaupt war die Wiederentdeckung des ‚Auslandsdeutschtums'[641] in der Weimarer Republik und ihre Instrumentalisierung für politische Ziele ein Spezifikum seit der Weimarer Republik. Für das Kaiserreich hält Jaworski fest: „Die Propagierung einer überstaatlichen Kultur oder gar Volksgemeinschaft paßte nicht zu dem dynastisch-etatistisch begrenzten vaterländischen Gedanken."[642] Statt eines imperialen, militärisch potenten Nationalismus trat nun deutlich stärker dessen ältere, idealistischere Variante in den Vordergrund.[643]

Insgesamt kann für die ersten Jahre der Weimarer Republik keineswegs von einer planvollen Zusammenarbeit der unterschiedlichsten privaten, halbstaatlichen und staatlichen Stellen die Rede sein.[644] Vielmehr arbeiteten sie in einem „ungeregelten Neben- und auch Gegeneinander […]."[645] Würde man diese schillernde Vielzahl unter dem modernen Begriff der ‚Zivilgesellschaft' fassen, so wird klar, dass nicht die schiere Zahl an Organisationen zu einer Festigung der Weimarer Demokratie beitrug. Im Gegenteil: wenn auch oft nicht unbedingt offen antirepublikanisch, so hatten die meisten dieser Organisationen doch ein ausgesprochen instrumentelles Verhältnis zur Weimarer Republik. Sie nutzten das ihnen von dort zufließende Geld für den schillernden Begriff der ‚Deutschtumspolitik', blieben im Grunde der Republik

639 Zur Person Krahmer-Möllenbergs Krekeler: Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik, S. 15 f.

640 Vgl. ebd., S. 39-48.

641 Zuvor war die Beschäftigung mit ihm die Sache eines recht kleinen, bildungsbürgerlich-elitären Kreises von Nationalliberalen. Einerseits speiste sich die Idee, dass es überhaupt so etwas wie ‚Auslandsdeutsche' gebe, „aus liberalen Vormärzideen und Herder´schem Ideengut" und war andererseits nach der Reichsgründung 1870/71 ein „Surrogat für die nicht verwirklichten großdeutschen Pläne, ohne sich freilich wirksam gegenüber nationalstaatlicher Saturiertheit durchsetzen zu können." Jaworski: Der auslandsdeutsche Gedanke, S. 370. Vgl. auch ebd., S. 379 und S. 384; Weidenfeller: „Volkstumsarbeit", S. 144; Thum: Mythische Landschaften, S. 191.

642 Jaworski: Der auslandsdeutsche Gedanke, S. 371.

643 Vgl. ebd., S. 372.

644 Vgl. Krekeler: Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik, S. 30-34.

645 Ebd., S. 31.

und der Demokratie aber geistig fremd.[646] Dieses beinahe sprichwörtlich ‚deutschtümelnde' Milieu bildete nicht zuletzt einen ideellen geistigen Nährboden für die Nazis.[647]

Enge Verbindungen dieser Sammelverbände bestanden auch zu wissenschaftlichen Einrichtungen jener Zeit. Zu nennen ist hier zunächst das bereits 1917 gegründete „Deutsche Auslandsinstitut" (DAI) mit Sitz in Stuttgart.[648] Die „Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und Pflege des Deutschtums", kürzer „Deutsche Akademie" entstand dagegen erst 1925 in München unter der Leitung des Geopolitikers Karl Haushofer (1869-1946).[649] Sie arbeitete eng mit dem relativ kurzweiligen ZfD zusammen.[650] Daneben existierte eine Vielzahl an Instituten und Professuren, die sich entweder im Rahmen der Universitäten dem ‚Grenz- und Auslandsdeutschtums' verschrieben oder in dessen organisatorischen Vorfeld tätig waren.[651] All diese Organisationen und Institute verband bei den vielen Unterschieden und Differenzen im Detail, dass sich hier das gehobene Bürgertum sowie teils auch Adlige engagierten, um den Verlust ihrer einstigen relativ privilegierten Positionen nach dem Untergang des Kaiserreichs zumindest ansatzweise kompensieren zu können.[652]

Bezieht man diese ungemeine Fülle an Verbandsgründungen während der Weimarer Republik wieder stärker auf die DKG bzw. den DO, so lässt sich zeigen, dass diese sich durch Verbandsgründungen eigene Netzwerke politischer Einflussnahme zu schaffen versuchten.[653] Im Folgenden geht es folglich darum, nach der Entwicklung des Einflusses der beiden Verbände in der Verbandslandschaft der frühen Republik zu fragen. Zugleich soll damit ihre Auswahl als Untersuchungsobjekte dieser Studie plausibilisiert werden. So wurde 1922 in Halle a. d. Saale unter maßgeblichem Einfluss der DKG die „Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft" (KORAG) gegründet.[654] Diese sollte als Sammelbewegung gegen die organisatorische Zersplitterung der Kolonialbewegung fungieren, die bereits zu diesem

---

646 Vgl. Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 166.

647 Siehe Reichardt: Selbstorganisation und Zivilgesellschaft; vgl. auch Ullmann: Interessenverbände in Deutschland, S. 121 f.

648 Siehe Ritter: Das deutsche Ausland-Institut in Stuttgart 1917-1945.

649 Siehe Michels: Von der Deutschen Akademie zum Goethe-Institut. Siehe zu Haushofer Wolter: „Volk ohne Raum", S. 21-45; Jureit: Das Ordnen von Räumen, S. 250-253.

650 Vgl. Weißbecker: Art. Zweckverband der freien Deutschtumsvereine, S. 643.

651 Siehe Eisler: Minderheitenpolitik in Polen und Deutschland.

652 Vgl.Jaworski: Der auslandsdeutsche Gedanke, S. 376.

653 *Siehe S. 276-286.*

654 Vgl. Weißbecker: Art. Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft, S. 269. Zur Korag existiert im Bundesarchiv noch umfangreiches Aktenmaterial, welches für diese Studie noch nicht ausgewertet wurde. Dies deswegen, da die DKG, zu dessen organisatorischen Vorfeld die Korag gehörte, erfolglos blieb bei ihren Versuchen, politischen Einfluss auf die Regierung zu nehmen *(siehe S. 270-275)*. Unter anderen Fragestellungen könnte es aber sicher weiterführend sein, diese Quellen durchzuarbeiten. Ein Urteil darüber, ob solche ‚intermediären' Organisationen wirklich so erfolglos waren, bleibt somit weiteren Forschungen vorbehalten. Vgl. auch Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 62 f.

Zeitpunkt mindestens acht koloniale Verbände umfasste.[655] Hier beanspruchte die DKG ebenso selbstbewusst wie für sie -verständlich eine „Führerstellung".[656] Dennoch konnte sie nicht verhindern, dass sich mit der Zeit immer wieder kleinere Organisationen gründeten, die sich bei allen Unterschieden im Detail vor allem am Elitismus der DKG störten.[657]

Mit östlichem Bezug herrschte insgesamt eine verwirrende Vielzahl an Organisationen, die von den aus Polen abgewanderten Deutschen im Reich gegründet wurden. Auch in Polen selbst entstand eine vielfältige deutsche Verbands- und Vereinstätigkeit.[658] Das führte nicht nur zum Kompetenzgerangel zwischen Innen- und Außenministerium,[659] sondern auch zu Versuchen, diese unter einem gemeinsamen organisatorischen Dach arbeiten zu lassen. Neben den direkt in Polen arbeitenden Organisationen der deutschen Minderheiten[660] existierten noch zahlreiche Landsmannschaften.[661] Der DO wiederum war der einzige Verband im Reich, der bewusst überregional und möglichst flächendeckend organisiert war. Allerdings wurde er diesem Anspruch kaum gerecht und bildete starke regionale Schwerpunkte.[662]

Zwischen dem älteren DOV und dem erst nach dem Ersten Weltkrieg gegründeten DO kam es während der gesamten Weimarer Republik immer wieder zu Spannungen. Einer der zentralen Streitpunkte war dabei, wer die verbandsmäßige Führung der auf Polen konzentrierten Aktivitäten übernehmen sollte. Immer wieder gab es Verhandlungen beider Verbände über eine Fusion unter verschiedenen Sammelbezeichnungen, die allesamt erfolglos blieben. Der DO setzte sich in diesem langwierigen Konflikt aufgrund einer breiteren Mitgliederbasis und besseren finanziellen Lage schließlich durch.[663]

Im Unterschied zum DO, der sich selbst auch als Interessenverband für Entschädigungen verstand,[664] war dies für die DKG kein vorrangiges Aufgabengebiet, sondern wurde vom „Reichsverband der Kolonialdeutschen und Kolonialinteressenten" wahrgenommen.[665] Zugleich nahm dieser sich der aus den ehemaligen Kolonien kommenden Deutschen an.

---

655 Dazu zählten der „Deutsche Kolonialkriegerbund", der FDKG, der „Kolonialkriegerdank", das „Kolonialwirtschaftliche Komitee", der „Deutschnationale Kolonialverein", der „Frauenverein für vom Roten Kreuz für Deutsche über See" sowie die „Deutsche Vereinigung für deutsche Siedlung und Wanderung". Vgl. ebd., S. 63 f.

656 Ebd., S. 63.

657 *Siehe S. 276 ff.*

658 Vgl. Lakeberg: Die deutsche Minderheitenpresse, S. 40-51 und S. 56-65.

659 Vgl. Krekeler: Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik, S. 39-48.

660 Siehe Chu: The German Minority.

661 *Siehe S. 103 f.*

662 *Siehe S. 129 f.*

663 Vgl. Oldenburg: Der Deutsche Ostmarkenverein, S. 271-277.

664 *Siehe S. 293 f.*

665 Vgl. Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 60 und S. 86 f.; Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. [38].

Außerdem diente die Entschädigungspolitik auch der staatlichen Stützung deutscher Kolonialfirmen und damit dem Erhalt potentieller ökonomischer Macht in den Kolonien. Diese Überlagerung verschiedener Ziele führte auf diesem Gebiet zur engen Interessenverflechtung privater und staatlicher Stellen.[666]

Sowohl die DKG als auch den DO verband, dass sie sich nicht direkt in den ehemals vom deutschen Kaiserreich beherrschten Gebieten in Afrika bzw. Ostmitteleuropa engagierten. Das überließen sie kleineren, oftmals noch radikaleren Organisationen. Beide Verbände waren sozusagen ‚imperiale Organisationen zweiten Grades'. Zudem waren beide überregional, der Tendenz nach sogar reichsweit organisiert. Auch entwickelten beide einen ausgeprägten Führungsanspruch, der sie mit der Zeit immer wieder mit konkurrierenden kleineren Organisationen,[667] vor allem aber auch mit den Regierungen des Reichs bzw. Preußens aneinander geraten ließ.[668] Allerdings wissen wir über die vielfältige Vereins- und Verbandslandschaft der Zwischenkriegszeit noch zu wenig, um deren Reichweite sowie Grenzen abschätzen zu können.[669] Die folgenden Kapitel sind von daher auch als Vorschlag für ein mögliches struktur-, sozial- und kulturgeschichtliches Analyseraster gedacht.

2.2. Struktur der Verbände

2.2.1. Aufbau

Sowohl die DKG als auch der DO hatten einen ausdifferenzierten Aufbau. So wurde die DKG durch ein jeweils gewähltes Präsidium, einen Ausschuss sowie einen Vorstand geleitet.[670] Der Vorstand umfasste dabei 75 durch die Abteilungen gewählte Mitglieder, zu denen maximal noch 50 durch den Vorstand kooptiert werden konnten, sowie Ehrenmitglieder. Dass der Vorstand dabei sozial unter sich blieb, ist schon anhand der hohen Summen begreiflich, die aufzubringen waren, um einen Vertreter in den Vorstand entsenden zu dürfen. Erst ab mindestens 50 Mitgliedern und zugleich dem 50-fachen des Mitgliedsbeitrags war dies

666 Vgl. Rüger: Der Kolonialrevisionismus, S. 255.
667 *Siehe nochmals S. 276-286.*
668 *Siehe Kap. 2.4.3.*
669 Siehe Bösch: Das konservative Milieu; (ders.): Militante Geselligkeit; Reichardt: Selbstorganisation und Zivilgesellschaft.
670 Die DKG [Gründung, Zweck, Arbeitsgebiete, Kriegstätigkeit etc.]; Berlin, Frühjahr 1929, in: BArch, R 8023, Nr. 403: Deutsche Kolonial-Gesellschaft, [Akotech, Arbeitsgemeinschaft deutscher Verbände, DKG etc.], Bl. 91-Bl. 94, hier Bl. 94.

möglich.[671] Sozial rekrutierte sich der Vorstand dabei vor allem aus den ehemaligen administrativen sowie militärischen Funktionseliten der Kolonien.[672] Diese Führungspositionen waren allerdings durch eine sehr geringe personelle Rotation gekennzeichnet und spiegelten somit die Stagnation der DKG als solche.[673]
Mehrere Abteilungen wurden zu „Gauverbänden" zusammengefasst. Sie bestanden aus einzelnen Abteilungen, die ihren Sitz ebenfalls in Städten in Deutschland und Österreich hatten. Kleinere und ärmere DKG-Abteilungen sollten somit unterstützt werden bei kostspieligen Aktivitäten oder der Organisation von Geselligkeit.[674] Jährlich fand eine Hauptversammlung statt, die für drei Jahre die Mitglieder des Vorstands wählte.[675] Sie bestand aus allen anwesenden ordentlichen Mitgliedern des Verbands. Hier wurde vom Vorstand jeweils der Geschäftsbericht entgegen genommen und es wurde über Anträge der einzelnen Abteilungen verhandelt.[676] Der eigentliche Zweck der Hauptversammlung war allerdings die Sozialisation:

> „Die Gala-Bankette, Exkursionen und Empfänge waren der stets besser besuchte Teil der Zusammenkunft, was den Umstand betont, dass die überwiegende Mehrheit der Mitglieder sich als eine über ein gemeinsames Interesse an fernen Kolonien zusammengehaltene, vor allem vom Bildungsbürgertum getragene allgemeingesellschaftliche Neigungsvereinigung verstand und auch erleben wollte. […] Der Charakter der Hauptversammlungen war demnach nicht dezisionistischer Natur, sondern der gesellschaftlich-festliche Höhepunkt im Vereinskalender."[677]

Das beratende Gremium innerhalb des Vorstands wiederum wiederum war der „Elferausschuss", der dem weiteren Vorstand die Anträge der Abteilungen aufbereitete und mit seinen Empfehlungen weiterleitete.[678] Das Präsidium sollte dabei vor allem repräsentieren „und das Prestige seiner herausgehobenen gesellschaftlichen Stellung auf die Gesellschaft übertragen […]".[679] Damit sollte zugleich der Zugang zu führenden Regierungsvertretern gewährleistet werden. Deswegen ist es auch kein Zufall, dass der Präsident bis zum Ende des

671 Vgl. Satzungen der DKG. Berlin 1925, S. 10.
672 Vgl. Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 103 f.
673 Vgl. ebd., S. 104.
674 Vgl. Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 35 f.
675 Vgl. Satzungen der DKG (a. a. O.), S. 11.
676 Vgl. ebd., S. 12 f.
677 Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 35.
678 Vgl. Bericht über die Sitzung des Elferausschusses des DKG-Vorstandes am 12.6.1930 […] in Aachen, in: BArch, R 8023, Nr. 796: [Beschlüsse usw. der DKG-Abteilungen], Bl. 145-Bl. 154.
679 Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 31 und S. 33 f. Auch die folgenden Argumente ebd.

Kaiserreichs immer aus dem Hochadel ausgewählt wurde und erst danach bürgerlich-koloniale Funktionseliten an die Spitze des Verbandes gelangen konnten.[680] Die eigentliche überregionale, koordinierende Verbandsarbeit verblieb dabei letztlich beim Ausschuss, da er nicht nur in Berlin zentriert blieb, sondern auch viel häufiger tagte als der Vorstand oder die Hauptversammlung.[681] Auch hier dominierten ehemalige Funktionseliten des Kaiserreichs.[682] Die „tagtägliche Kärrnerarbeit der Kolonialagitation […] ‚vor Ort'" fand dagegen in hunderten Ortsgruppen und reichsweit verteilten DKG-Abteilungen statt.[683]

Ähnlich verhielt es sich mit dem Aufbau des DO. Auch dieser gliederte sich regional von unten nach oben zunächst in Ortsgruppen. Mindestens zehn Ortsgruppen bildeten einen Landesverband, der nicht identisch sein musste mit den Grenzen der Provinz oder des Landes.[684] Als Leitungsorgan fungierte allein der „Bundesvorstand" von 15-40 Personen, der durch die „Mitgliederversammlung" alle zwei Jahre gewählt wurde. In ihm sollten zugleich jeweils die Landesverbände repräsentiert sein.[685] Diese mindestens jährlich tagende „Mitgliederversammlung" bildete das Äquivalent zur „Hauptversammlung" der DKG.[686] Der „Bundesvorstand" wiederum bildete fast genau die bürgerlichen Funktionseliten der ehemaligen östlichen deutschen Provinzen ab. Hier versammelten sich leitende Beamte und Angestellte, Offiziere und Lehrer – diese waren bis auf eine weibliche Ausnahme allesamt männlich.[687] De facto war das eigentliche Leitungsgremium fernab der Satzung allerdings das dreiköpfige „Bundespräsidium" (Alfred von Tilly, Franz Lüdtke, Emanuel Ginschel). Der Stelle des „Bundesdirektors" (Ginschel) oblag dabei die Geschäftsführung des Verbandes.[688] Die fortlaufende Verwendung des Wortes „Bundes-" bei den Funktionsbezeichnungen verweist insgesamt nicht unbedingt auf ein föderalistisches, modernes Verständnis des Organisationsaufbaus, sondern möglicherweise auf Bezüge zur Jugendbewegung des Kaiserreichs. Denn Lüdtke selbst gab an, dort als „Jugendführer" gewirkt zu haben.[689]

---

680 *Siehe S. 112 ff.*
681 Vgl. Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 33.
682 Vgl. Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 101 f. und S. 105.
683 Vgl. Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 40.
684 Vgl. Satzung des Deutschen Ostbundes e.V. in Berlin, [undatiert, ca. 1921], in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 348: Verhandlungen zwecks Zusammenführung von D.O.V. und D.O., § 4.
685 Vgl. ebd., § 7.
686 Vgl. ebd., § 8.
687 Vgl. ebd., unpaginiert [Rückseite].
688 *Siehe das folgende Kapitel.*
689 Lüdtke, Franz: Worte zu meinem Schaffen, in: OHK 12 (1933), S. 69 f., hier S. 70.

Allerdings organisierte sich nach dem Ersten Weltkrieg die Jugendbewegung zunehmend unabhängig von ‚erwachsenen' Organisationen wie dem DO.[690]

2.2.2. Die Verbandsführungen

Bevor kurze biografische Studien zum Führungspersonal der hier interessierenden Verbände skizziert werden, sei noch kurz an die erkenntnisleitenden Funktionen einer solchen Analyse erinnert. Demnach geht es nicht nur darum, eine soziologische Einordnung verbandspolitischer Eliten zu ermöglichen. Es geht auch darum, gerade an einem derart von geselligen Zusammenschlüssen aller Art nahezu überbordendem Beispiel wie Deutschland besonders für das späte Kaiserreich sowie die Weimarer Republik im Sinne einer historischen Netzwerkanalyse die Verbindungen einzelner imperialer Organisationen untereinander aufzuzeigen. Anhand ihres Führungspersonals ist dies besonders sinnvoll.[691]

Der erste Präsident der DKG war Fürst Hermann zu Hohenlohe-Langenburg (1832-1913). Dieser bereiste bereits im Jahr 1862 Afrika, unter anderem in Begleitung des seinerzeit berühmten ‚Tierforschers' Alfred E. Brehm (1829-1884)[692] sowie von Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg-Gotha.[693] Zu Hohenlohe-Langenburg, von 1871-1881 Abgeordneter für die Freikonservativen im Reichstag, war von 1882-1894 Präsident zuerst des DKV und dann der DKG, bis er vom deutschen Kaiser Wilhelm II. zum Statthalter des damaligen „Reichslandes" Elsass-Lothringen bis 1907 berufen wurde, wobei der Fürst zugleich der Onkel des Kaisers war.[694] Insgesamt blieb zu Hohenlohe-Langenburg sowohl als Präsident der DKG als auch als Statthalter im „Reichsland" eher blass, dem weit mehr am adeligen Repräsentieren gelegen war denn am effizienten Verwalten.[695]

Der Nachfolger des württembergischen Hochadeligen wurde Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg-Schwerin (1857-1920). Seit 1895 Präsident der DKG, war er außerdem von 1897-1901 Regent im Schweriner Schloss für den minderjährigen Thronfolger Friedrich Franz IV. und 1907-1913 ebenfalls Regent in Braunschweig.[696] Ernannt „mit dem Segen des

690 *Siehe Kap. 2.3.4.*
691 Vgl. Heise/ Watermann: Vereinsforschung in der Erweiterung, S. 25 f.
692 Siehe Gall: Authentizität, Dramatik und der Erfolg der populären zoologischen Illustration.
693 Vgl. Schulz: Fürst Hermann zu Hohenlohe-Langenburg, S. 272. Auch das folgende Argument ebd.
694 Vgl. ebd., S. 278 ff.
695 Vgl. ebd., S. 281 f.
696 Vgl. Pade: Reise um den mecklenburgischen Globus, S. 289. Eine Genealogie der letzten Generationen dieses Adelsgeschlechts findet sich ebd., S. 290. Dort auch die folgenden Zitate.

Kaisers“ war der Johann Albrecht recht reisefreudig und so „bereiste er auch der Reihe nach die Gebiete, die nun dem deutschen Reich zugeschlagen worden waren.“ In seiner langen Zeit als Präsident der DKG gab es kaum ein Thema in diesem Kontext, welches er nicht aktiv unterstützte; waren es nun kolonialpolitische Propaganda durch Publikationen, Kino oder Zirkusdarbietungen(!), Kolonialkongresse, Kriegspropaganda für den deutschen Krieg gegen die Herero und Nama, Diskussionen um „Auswandererfragen“ und „geschlossene Siedlungen“, überall beteiligte sich Johann Albrecht mit Eifer.[697] Außerdem war er Mitglied im „Alldeutschen Verband“ seit dessen Gründung.[698] Sein Halbbruder Adolf Friedrich war kurzzeitig auch Gouverneur der deutschen Kolonie Togo und nach dem Ersten Weltkrieg einer der Vizepräsidenten der DKG.[699]

Nach Kriegsende folgte an der Spitze der DKG auf den im Februar 1920 verstorbenen Herzogs der ehemalige Gouverneur (1910-1915) von „Deutsch-Südwestafrika“, Theodor Seitz (1863-1949). Der promovierte Jurist Seitz konnte auf eine lange Beamtenlaufbahn zurückblicken, die er neben Verwaltungsaufgaben in Berlin vor allem in der damaligen deutschen Kolonie Kamerun sammelte. Dort war er von 1895 bis 1899 als Kanzler und Bezirksamtmann tätig und seit Ende Juli 1907 bis August 1910 als Gouverneur. Danach wurde er Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika, welches im Zuge des Ersten Weltkrieges Anfang Juli 1915 an die Südafrikanische Union fiel. 1920 pensioniert, übernahm er bis 1930 den Vorsitz der DKG, der er auch noch von 1930 bis 1936 als Ehrenpräsident angehörte.[700]

Auf Seitz folgte aufgrund dessen hohen Alters und eher widerwillig[701] der ehemalige Gouverneur des damaligen „Deutsch-Ostafrika“ (1912-1919), Heinrich Schnee (1871-1949) als Präsident.[702] Schnee hatte vor seiner Tätigkeit als Gouverneur bereits einige Erfahrungen

---

697 Vgl. ebd., S. 291 ff.

698 Vgl. Hering: Konstruierte Nation, S. 174 und S. 471.

699 Vgl. Röpcke: Adolf Friedrich Herzog zu Mecklenburg, S. 176 und S. 196 ff.; Pade: Zwischen Wissenschaft, Abenteurertum und Kolonialpolitik, S. 201 und S. 208.

700 Vgl. Bade: Art. Seitz, Theodor; Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 52, Anm. 103.

701 In den persönlichen Aufzeichnungen Schnees heißt es dazu: „Im Jahr 1930 trat der Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft, Dr. Seitz, […] infolge Alters zurück zutreten [sic!] beabsichtigte, namen[s] der [DKG, RF] an mich heran und bat mich, als sein Nachfolger die Leitung der [DKG, RF] zu übernehmen. Ich lehnte ab, da ich durch meine bisherige Tätigkeit derart überlastet war, dass ich die notwendige Zeit zur Führung der Geschäfte […] nicht aufbringen konnte und empfahl einen der sonstigen alten Kolonialleute dafür zu nehmen.“ Erst auf nochmaliges dringendes Bitten von Seitz und dem Versprechen, dass genug Personal im Verband vorhanden sei, um alle Arbeiten bewältigen zu können, stimmte Schnee schließlich zu, da ihm „die koloniale Sache zu sehr am Herzen lag […].“ Dr. Schnee als Präsident des Bundes der Auslandsdeutschen [undatiert], in: GStA PK, VI. HA: Nachlässe, Nl. Heinrich Schnee, Nr. 24: Heinrich-Schnee-Archiv. Bd. 2: Aufzeichnungen, Berichte Nr. 27-72, Bl. [157]-Bl. 164, hier Bl. 163 [Falsch paginiert im Original].

702 Vgl. hierzu und zum Folgenden Erbar: Art. Schnee, Albert; Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. [34 f.]; Weißbecker: Die nationalistisch-revanchistische „Deutschtumspolitik“, S. 174 f.; Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 52, Anm. 103.

in der kolonialen Verwaltung sowohl in Deutschland als auch ‚vor Ort' sammeln können, wobei sein Aufgabengebiet zunächst in den deutschen Kolonien in Ozeanien lag.

Neben der Übernahme des Vorsitzes der DKG (1930-36) war Schnee darüber hinaus eine Art konservativer Multifunktionär, der darüber hinaus Präsident (1925-1938) des „Arbeitsausschusses deutscher Verbände"[703], des „Bundes der Auslandsdeutschen"[704] (1926-1933), der „Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft"[705] (1933-1949) sowie nach der Machtübertragung an die Nazis der „Deutschen Gesellschaft für Völkerbundfragen"[706] (1933-1945) war. Außerdem saß er von 1924 bis 1933 für die nationalliberale „Deutsche Volkspartei" (DVP) im Reichstag und während der gesamten Zeit des ‚Dritten Reiches' für die NSDAP.[707] Sein Engagement namentlich im „Arbeitsauschuss Deutscher Verbände", dem BdA sowie der DKG hatte für ihn zum Ziel, „eine Art Generalstab der deutschen Aufklärungsarbeit" zu bilden.[708] Als deren zentrale, zueinander komplementäre Aufgabenfelder wurden „Revisionspolitik, Auslandsdeutschtum und Kolonialpolitik" für „alle außenpolitische Arbeit" definiert. Seine DKG-Tätigkeit während der Amtszeit von Seitz sah Schnee ganz unbescheiden in der „politische[n] Führung der kolonialen Propaganda",[709] während er Seitz ein denkbar schlechtes Zeugnis ausstellte. Dieser habe sich nur bei „den üblichen Vorträgen und der jährlichen großen Veranstaltung" eingebracht und sich ansonsten nur der Verwaltung des Verbands gewidmet. Darüber hinaus „entfaltete Seitz wenig Wirksamkeit." Schnee stand im Vergleich zu Seitz für eine kompromißlosere,

---

703 Dieser Ausschuss sah seine Aufgabe vor allem gegen die Bedingungen und Folgen des Versailler Vertrages. Vgl. Wolkowicz: Art. Arbeitsausschuß Deutscher Verbände; Heinemann: Die verdrängte Niederlage, S. 120-154. Seine vielfältigen Vorläuferorganisationen dokumentiert Moltmann: Die Bedeutung der revisionistischen Geschichtsschreibung, S. 96.

704 Siehe Weißbecker: Art. Bund der Auslandsdeutschen.

705 Zu dieser Organisation liegen so gut wie keine Berichte oder Analysen vor. Ob das an zerstörten oder gesperrten Quellen, ihrer möglicherweise geringen Relevanz oder anderen Faktoren liegt, kann und soll hier aufgrund mangelndem Themenbezugs nicht diskutiert werden. Zeitgenössisch zumindest als erster Ansatz geeignet ist Roscher, Max: Die Wiedererstehung der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 69 (1949) [6], S. 743-751. Archivalische Quellen dazu lagern im Berlin-Brandenburgischen Wirtschaftsarchiv (BB-WA) unter der Signatur „V 2/1: Weltwirtschaftliche Gesellschaft".

706 Diese Gesellschaft ging aus der „Deutschen Liga für den Völkerbund" hervor und wurde mehrfach umbenannt. Mit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund im Oktober 1933 wurde sie später in „Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht und Weltpolitik" umbenannt und 1937 der „Akademie für deutsches Recht" angeschlossen. Sie übernahm Aufträge vom Oberkommando der Wehrmacht (OKW) zu Fragen des Kriegsrechts und in der „Akademie" traten regelmäßig u.a. Vertreter der Wehrmacht sowie der Waffen-SS auf. Vgl. Höhne: Art. Deutsche Liga für den Völkerbund, bes. S. 13 ff.; Toppe: Militär und Kriegsvölkerrecht, S. 214 ff., bes. S. 216, Anm. 187.

707 Vgl. Fitzpatrick: Nazifying colonialism, S. 35 ff.

708 [Hans] Draeger an [Heinrich] Schnee; Berlin, den 9.2.1931, in: BArch, R 8023, Nr. 403: Deutsche Kolonial-Gesellschaft, [Akotech, Arbeitsgemeinschaft deutscher Verbände, DKG etc.], Bl. 96.

709 [Schnee, Heinrich: Aufzeichnung über die] Deutsche Kolonialgesellschaft [undatiert, nach 1936], in: GStA PK, VI. HA: Nachlässe, Nl. Heinrich Schnee, Nr. 25: Heinrich-Schnee-Archiv. Bd. 3: Aufzeichnungen, Berichte Nr. 73-100, Bl. 1-Bl. 53, hier Bl. 2. Auch die folgenden Zitate ebd.

fundamentalistischere Linie bezüglich der Kolonialfrage und scheute dafür auch nicht den Konflikt mit der Regierung.[710] Resümiert man die Entwicklung der Führungsspitze der DKG, so kann bis zum Wechsel des Herzogs Johann Albrecht zu Theodor Seitz der folgenden Einschätzung gefolgt werden:

> „Die tonangebenden Kräfte in der Kolonialgesellschaft kamen wie sein [Johann Albrechts, RF] Vorgänger Hohenlohe-Langenburg aus den Reihen des Hochadels oder aus der Gruppe der aufgestiegenen Industriellen, von denen einige zugleich in der Nationalliberalen Partei führend waren. Sie kamen nicht zuletzt von den großen Banken, von denen die Disconto-Gesellschaft des David von Hansemann in der Kolonialpolitik zur eifrigsten wurde.“[711]

Dabei wurde der Präsident seit der Gründung des Verbands 1884 bis 1920 immer vom deutschen Hochadel gestellt. Erst danach vollzog sich mit dem Übergang der Präsidentschaft zu Theodor Seitz auch der Wandel von Macht- zu Funktionseliten an der Spitze des Verbands.[712] Schnee blieb Präsident der DKG bis zu deren Auflösung 1936.[713] Nach dem Ersten Weltkrieg und dem Verlust der Kolonien wechselten deren ehemalige Gouverneure zugleich wie selbstverständlich in die Verbandsleitung.[714] Einerseits dürfte dafür die Suche nach einem möglichst adäquaten Tätigkeitsfeld zu früheren Leitungsfunktionen ausschlaggebend gewesen sein, andererseits aber auch der Wunsch nach Prestige.[715]
Blickt man dagegen auf die Führungsspitze der auf Ostmitteleuropa ausgerichteten imperialen Verbände, so rekrutierte sich deren Leitung gänzlich aus Funktionseliten. Diese sahen bereits seit dem Kaiserreich ihre Tätigkeit im Osten primär unter karrierestrategischen Gesichtspunkten, waren im Regelfall der polnischen Sprache nicht mächtig und hielten sogar eher Distanz zur einheimischen deutschsprachigen Bevölkerung.[716] Der Vorsitzende des Ostmarkenvereins war von seiner Gründung bis 1922 mit Heinrich von Tiedemann-Seeheim ein ehemaliger preußischer Offizier und preußischer Junker.[717] Auf ihn folgte der

---

710 Vgl. Rüger: Die kolonialen Bestrebungen, S. 259.
711 Pade: Reise um den mecklenburgischen Globus, S. 289 und S. 291.
712 Vgl. Lenk: Elite – Begriff oder Phänomen?, S. 199 f. und S. 208 ff.; Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. [33 f.] und S. [44 f.].
713 Vgl. Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 378 ff.
714 Vgl. Jacob, Ernst Gerhard: Deutsche Kolonialkunde 1884-1934. (= Staat – Recht – Wirtschaft. Einzeldarstellungen in Grundrissen Bd. 12). Dresden 1934, S. 82 f.
715 Vgl. Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 31.
716 Allerdings muss hier vor vorschnellen Verallgemeinerungen gewarnt werden. Ich beziehe mich hier nur auf einige der preußischen Ostprovinzen während des Kaiserreichs. Genauere Studien hierzu wären folglich wünschenswert. Vgl. für genauere Angaben Kessler: Elitenwechsel, S. 50 und S. 60.
717 Vgl. Grabowski: Deutscher und polnischer Nationalismus, S. 38.

Generalmajor a. D. Ernst von Wrisberg (1862-1927).[718] Da für die Zeit der Weimarer Republik ein zunehmender Bedeutungsverlust des DOV einsetzte,[719] kann hier auf ausführlichere biografische Skizzen zu seinen Leitungsstrukturen verzichtet werden. Vielmehr ist die Führungsspitze des DO im Kontext dieser Studie wesentlich interessanter. Sie bestand zunächst mit Alfred von Tilly bis 1928 aus einem Präsidenten, welcher ab da durch ein Führungstrio abgelöst wurde.[720] Von Tilly (1866-1929) entstammte altem niederrheinischem Adel. Nach Studien der Rechtswissenschaften, Volkswirtschaftslehre, Geschichte sowie der Philosophie wählte er die Beamtenlaufbahn. „1902 wurde er zum Landrat des Kreises Posen-Land, 1911 zum Regierungsvizepräsidenten in Königsberg (Pr.) ernannt, 1916 als Vorsitzender der „Reichsstelle für Gemüse und Obst“ in Berlin und zugleich als Abteilungsleiter in das Reichsernährungsministerium berufen.“[721] 1918 war er noch für kurze Zeit im Reichswirtschaftsministerium tätig, bis er 1920 aus dem Reichsdienst ausschied und Präsident des DO wurde.[722] Zugleich war er Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft der Vertriebenenverbände“.[723] Außerdem war er Vorsitzender der „Bundes der Grenzmarken-Schutzverbände“, die sich vor allem als gemeinsame Hilfsorganisation für die deutschen Flüchtlinge aus allen nach dem Ersten Weltkrieg abgetretenen Gebieten verstand.[724]

Der studierte Lehrer und promovierte Historiker[725] Franz Lüdtke (1882-1945)[726] sollte in der Endphase der Weimarer Republik und besonders im Faschismus eine entscheidende Stelle für den DO spielen.[727] Er war ein Schüler des nationalistischen Historikers Erich Schmidt.[728] Nach dem Weltkrieg gründete und leitete Lüdtke von 1919 bis 1922 die „Freie Ostmärkische Volkshochschule“ in Meseritz/ Międzyrzecz. Ebenfalls ab 1919 war er Freiwilliger beim

---

718 Ebd., S. 287.

719 *Siehe S. 108.*

720 Wolkowicz: Art. Deutscher Ostbund, S. 221.

721 Deutscher Wirtschaftsverlag (Hg.): Reichshandbuch, Bd. 2, S. 1913. Alle weiteren Angaben nach ebd.

722 Eine weitere Beschreibung der Tätigkeitsfelder des langjährigen DO-Präsidenten finden sich bei Sprink, Walter: Geheimrat v. Tilly zum 60. Geburtstag, in: Grenzgau Ostland 3 (1926) 9, S. 424 ff.

723 Vgl. [Anonym]: Die Auslandsdeutschen im Reich. Der Kongreß der Verdrängten in Berlin, in: Der Auslandsdeutsche. Halbmonatsschrift für Auslandsdeutschtum und Auslandkunde/ Mitteilungen des deutschen Ausland-Institut Stuttgart 5 (1922) 23, S. 684 f., hier S. 684.

724 Vgl. Der Vorstand des Bundes der deutschen Grenzmarken-Schutzverbände an den Reichsaußenminister; Berlin, den 7.12.1920, in: PA AA, R 60012, Rep. VI a: Deutschtum im Ausland, Nr. 2: Inländische Vereine, Akten betreffend: Inländische Vereine zur Förderung des Deutschtums im Ausland, Bd. 1: 1.10.1920-31.12.1920, unpaginiert.

725 Lüdtke, Franz: Die strategische Bedeutung der Schlacht bei Dresden. (= Phil. Diss., Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin 1904). Berlin 1904.

726 Vgl. für dessen Ausbildung und Tätigkeiten vor dem Ersten Weltkrieg: Dyroff: Erinnerungskultur im deutsch-polnischen Kontaktbereich, S. 61 f.

727 *Siehe S. 304 ff.*

728 Vgl. Dyroff: Aneignung oder Beseitigung, S. 58 ff., S. 63, S. 85 ff. und S. 89 f.

„Grenzschutz Ost“.[729] Von 1920 bis 1928 war er Vizepräsident, sodann 1929-1930 Präsident des DO. Danach leitete er die „Kulturabteilung“ des DO bis 1931.[730] Er engagierte sich vor allem sehr stark auf publizistischem sowie literarischem Gebiet. In einem zeitgenössischem Handbuch heißt es zu seinem Wirken: „Von L. stammen zahlreiche wissenschaftliche, namentlich geschichtliche und ostmärkische Veröffentlichungen sowie Gedichtbücher, Romane und Novellen.“[731] Kurz nach Kriegsende, am 1. Mai 1945, erlag Lüdtke einem Herzschlag, nachdem zuvor russische Stellen versuchten, ihn zu verhaften.[732] Über sein Engagement während des Faschismus wird hier gesondert zu berichten sein.[733]

Neben Lüdtke ist vor allem Emanuel Ginschel (1869-1938) im Kontext der DO-Führung zu erwähnen. Über ihn ist leider sowohl anhand der gedruckten als auch der ungedruckten Quellen kaum etwas überliefert.[734] Allerdings ist gesichert, dass er während des Kaiserreichs erst Chefredakteur, später Verlagsdirektor des preussisch-konservativen „Posener Tageblatts“ war.[735] Sowohl Alfred von Tilly, Emanuel Ginschel als auch Franz Lüdtke hatten bereits im DOV einschlägige Erfahrungen in Sachen ‚ostmärkischer‘ Verbandspolitik gesammelt.[736] Während des Ersten Weltkriegs war Ginschel für die Verwaltung des von deutschen Truppen besetzten „Generalgouvernements Warschau“ tätig.[737] Nach dem Krieg wurde er Geschäftsführer des DO sowie des „Bundes der deutschen Grenzmarken-Schutzverbände“. Spiegelbildlich zum DO war auch hier Alfred von Tilly der Verbandsvorsitzende. In denselben Funktionen waren beide auch noch in der „Arbeitsgemeinschaft für

---

729 Die biographischen Angaben bis hier nach Lakeberg: Die deutsche Minderheitenpresse, S. 133, Anm. 95. Vgl. zum „Grenzschutz Ost“ Schattkowsky: Deutschland und Polen, S. 31-41; Inachin: Nationalstaat und regionale Selbstbehauptung, S. 306-309.

730 Vgl. Lakeberg: Die deutsche Minderheitenpresse, S. 331.

731 Deutscher Wirtschaftsverlag (Hg.): Reichshandbuch, Bd. 2, S. 1162 f. Dort findet sich auch eine Werkauswahl.

732 Vgl. Dombrowski, Erica: Franz Lüdtke aus Bromberg. Dichter seiner ostdeutschen Heimat, in: Westpreußen-Jahrbuch 32 (1982), S. 115-118, hier S. 115.

733 *Siehe S. 304 ff., S. 310 und S. 320 f.*

734 Vgl. zumindest für die Lebensdaten Dyroff: Preußische Ostmark, S. 166.

735 Vgl. Lakeberg: Die deutsche Minderheitenpresse, S. 153.

736 Vgl. [Anonym]: Der Reichsverband „Ostschutz“, in: Die Ostmark. Monatsblatt des Deutschen Ostmarkenvereins 25 (1920) 1, S. 9; Cleinow, Georg: Der Verlust der Ostmark. Die deutschen Volksräte des Bromberger Systems im Kampf um die Erhaltung der Ostmark beim Reich 1918/19. Berlin 1934, zitiert nach Fensch: Zur Vorgeschichte, Bd. 2, S. 16, Anm. 52. Für Ginschel kann dies auch aktenmäßig belegt werden: Vgl. Sitzung des Gesamtauschusses; Berlin, den 30.11.1919, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Repositurен, Rep. 195: Gesamtauschuß [des DOV], Nr. 3, Bd. 2: 1919-1920, Bl. 103-Bl. 132, hier Bl. 125 ff. und Bl. 131. Für Lüdtke vgl. ebd., Bl. 122 und Bl. 127. Vgl. auch Dyroff: Aneignung oder Beseitigung, S. 59 f. und S. 65; Paterna: Die Rolle der Stadt Frankfurt (Oder), S. 10.

737 Vgl. Ginschel, E[manuel]: Vorwort des Herausgebers, in: (ders.) (Hg.): Handbuch für das Generalgouvernement Warschau. 2 Bde. Bd. 1: Die Verordnungen für das Generalgouvernement Warschau. Ausgabe A: Umfassend die Zeit von der Einrichtung der Zivilverwaltung für Polen bis zum Erlaß der Proklamation betr. Errichtung eines Königreichs Polen. Bearbeitet von Otto Palandt. Warschau/ Posen 1917, S. V f. Zwar wurde dort ein zweiter Band und Ergänzungsbände angekündigt, jedoch blieb dieses Behördenwerk ein Solitär, wohl bedingt durch den Kriegsverlauf.

Geschädigtenschutz“ tätig, der sich ebenfalls der Entschädigungsfragen der durch den Krieg um ihren Besitz gekommenen Deutschen annahm.[738]

Die dritte Person im Führungstrio des DO ab 1928 war der Jurist August Schmid (1869-1949). Geboren in Kassel, führte ihn seine Studienzeit nach Würzburg, München und Berlin. Seit 1903 bis 1912 war er beim Oberpräsidium in Posen tätig. Während des Ersten Weltkriegs folgte die Position eines Oberregierungsrates bzw. des Stellvertreters des Regierungspräsidenten in Allenstein/ Olsztyn. In diesem Kontext sorgte er auch für den Wiederaufbau Ostpreußens nach dem russischen Angriff zu Beginn des Krieges sowie die Organisation der Kriegswirtschaft. In der Endphase des Krieges arbeitete er eng mit Adolf von Batocki (1868-1944) und August Winnig (1878-1956) zusammen.[739] Danach war er von 1918 bis 1924 Ministerialrat im Reichsinnenministerium sowie „Leiter des Minderheitenamtes Oppeln zur Ausführung des deutsch-polnischen Minderheitenabkommens, an dessen Bestimmungen Schmid in Genf mitgearbeitet hatte. 1924 wurde er in den einstweiligen Ruhestand versetzt.“[740] Noch im März desselben Jahres wurde er hauptamtlich in den Vorstand des DO kooptiert. Kann man Lüdtke noch eher als eines der Sprachrohre des DO bezeichnen, so war Schmid im Präsidium des DO vor allem für die wirtschaftliche Hilfe zuständig: „In dieser großen Organisation mit 500 über das ganze Deutsche Reich verbreiteten Ortsgruppen hat Sch. es verstanden, namentlich die wirtschaftlichen Bestrebungen der Selbsthilfe unter den aus den geraubten Ostprovinzen zu fördern.“ In diesem Sinne war er auch der „Leiter der Hauptstelle für die Vorprüfung“ von Entschädigungsfällen beim DO.[741]

Resümiert man diese biografischen Skizzen zur Führung des DO, so lässt sich besonders festhalten, dass dessen Führungsspitze erstaunlich ‚blass‘ wirkt. Dafür spricht nicht nur, dass zu ihnen kaum moderne Literatur vorhanden ist, sondern auch, dass die zeitgenössische Literaturlage zu allen dreien ebenfalls sehr dünn ausfällt. Neben diesem Leitungsapparat gab

---

738 Rundschreiben Nr. 11 an alle Ortsgruppen und Landesverbände des Deutschen Ostbundes; Berlin, den 17.12.[1920] (streng vertraulich!), in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 347: Verhandlungen zwischen Deutschem Ostmarkenverein und Deutschem Ostbund zwecks Zusammenführung, unpaginiert.

739 Vgl. Geheimrat August Schmid 60 Jahre alt, in: V.M.Z.(?) Nr. 336 vom 24.7.1929, in: BArch, NS/5/VI, Nr. 17724: [Zeitungsausschnitt-/Loseblattsammlung ohne Titel], Bl. 136. Batocki war Oberpräsident von Ostpreußen, Winnig zu jener Zeit „Reichskommissar des Ostens“. Vgl. Hertz-Eichenrode: Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919-1930, S. 52-58; Wippermann: Politische Propaganda, S. 181 ff.

740 Wirtschaftsverlag (Hg.): Reichshandbuch, Bd. 2, S. 1651. Dort auch das folgende Zitat.

741 Vgl. Der Reichsminister für Wiederaufbau an den Präsidenten des Reichsentschädigungsamtes für Kriegsschäden; Berlin, 22.8.1923, in: BArch, R 3301, Nr. 1738: Reichsfinanzministerium, Akten betreffend: Geldbedarf pp. des „Deutschen Ostbundes“ (Reichsverband Ostschutz/ deutscher Heimatbund Posener Flüchtlinge), Bd. 1: 8.10.1921-16.9.1924, Bl. 160 f., hier Bl. 160.

es auch bei beiden Verbänden Ehrenvorsitzende bzw. „Ehrenpräsidenten“. Beim DO hatte diese Rolle der Reichspräsident (ab 1925) Hindenburg inne,[742] der zuvor bereits dessen „Ehrenvorsitzender“ gewesen war.[743] Ein weiteres Ehrenmitglied war der preußische Ministerpräsident Otto Braun (1872-1955, SPD).[744] Entgegen des sozialistischen Grundgedankens der ‚Völkerverständigung‘ sah dieser aufgrund seiner ostpreußischen Herkunft in Polen und Litauen eine potentielle Bedrohung für die deutschen Ostprovinzen. Aufgrund seines ausgeprägten Regionalpatriotismus sah er besonders Ostpreußen nicht mit den Augen eines Sozialdemokraten, sondern mit denen eines mißtrauischen Grenzbewohners – was seine Affinität zum DO verständlich macht.[745]

Abschließend sollen hier noch auf den personellen Wechsel in den Führungsstrukturen nach 1933 eingegangen werden. Einerseits ist hier der bereits vorgestellte Franz Lüdtke nochmals zu erwähnen. Mit der als Zusammenfassung aller „Ostverbände“ gedachten Gründung des „Bundes deutscher Osten“ (BDO) im Mai 1933 stand er diesem bis Februar 1934 als „Bundesführer“ vor.[746] Schnell avancierte Lüdtke außerdem zum Hauptabteilungsleiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP. Man wird nicht gänzlich fehl darin gehen, dass er stark durch die Erfahrungen imperialer deutscher Herrschaft im preußischen Teilungsgebiet Polens während des Kaiserreichs geprägt war. Das Ende dieser Herrschaft und der wiedergegründete polnische Staat nach dem Ersten Weltkrieg werden für den in Bromberg /Bydgoszcz Geborenen eine tiefe Zäsur dargestellt haben.[747]

Der andere hier zu Nennende ist Franz Xaver Ritter von Epp (1868-1947). Neben vielfältigen Einsätzen als Berufssoldat zuerst in den deutschen Kolonialkriegen, dann im Ersten Weltkrieg und schließlich in den Kämpfen der extrem rechten Freikorps, u.a. gegen die Münchner Räterepublik, war er auch politisch aktiv – wiederum auf der extremen Rechten.[748] Relevant für das hiesige Thema ist Epp deswegen, da der zu jener Zeit schon betagte Offizier im Mai 1934 von Hitler zum „Reichsleiter“ des „Kolonialpolitischen Amtes“ (KPA) der NSDAP ernannt wurde und zwei Jahre später zum „Bundesführer“ des „Reichskolonialbundes“

---

742 Vgl. Wolkowicz: Art. Deutscher Ostbund, S. 221.

743 Vgl. Deutscher Ostbund an das Wiederaufbauministerium; Berlin, den 21.10.1921, in: BArch, R 3301, Nr. 1738: Reichsfinanzministerium, Akten betreffend: Geldbedarf pp. des „Deutschen Ostbundes“ (Reichsverband Ostschutz/ deutscher Heimatbund Posener Flüchtlinge), Bd. 1: 8.10.1921-16.9.1924, Bl. 4.

744 Vgl. Lawaty: 1918, S. 25.

745 Vgl. Schulze: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung, S. 675; vgl. auch Jaworski: Zwischen Polenliebe und Polenschelte, S. 84.

746 Vgl. Weißbecker: Art. Bund Deutscher Osten, S. 308 ff.

747 Vgl. Lakeberg: Die deutsche Minderheitenpresse, S. 331.

748 Siehe insgesamt zu seiner Biografie Wächter: Die Macht der Ohnmacht.

(RKB).[749] Bereits seit 1925 war er „Bundesführer“ des „Deutschen Kolonialkriegerbundes“ gewesen.[750] Seit 1928 Mitglied der NSDAP,[751] war von Epp vor allem für diese Partei in seiner Funktion als Brückenbauer besonders zum konservativen Bürgertum interessant.[752]

Alle hier mit ihren Kurzbiografien vorgestellten Personen weisen einige Gemeinsamkeiten auf. Sie alle waren entweder durch dienstliche Funktionen oder durch ihren Geburtsort mit den imperialen deutschen Herrschaftsräumen verbunden. Sie alle waren auch bei der Gründung der Weimarer Republik im November 1918 bereits in fortgeschrittenem Alter (der Altersdurchschnitt lag bei ca. 50,2 Jahren).[753] Und: es waren alles Männer. Um den falschen Eindruck zu vermeiden, dass Frauen in der Leitung dieser Verbände keinerlei Rolle gespielt hätten und somit hier eine ‚halbierte‘ Geschichte geschrieben würde, gehören zur Abrundung des Bildes auch noch Kurzportraits von namhaften leitenden Frauen der entsprechenden Teilverbände. Allerdings ist festzuhalten, das gemäß der bürgerlichen Geschlechtervorstellungen jener Zeit die ‚weibliche Rolle‘ zwar als *komplementär* zur ‚männlichen‘ gedacht wurde, aber niemals als *gleichwertig*.[754] Dabei wird hier nur auf den „Frauenbund der DKG“ (FDKG) eingegangen, da er im Verhältnis zur DKG einen eigenständigen (und informell untergeordneten) Verband bildete.[755] Eine entsprechend auch anhand von ‚Geschlechtern‘ ausdifferenzierte Organisation bildete der DO nicht aus.[756]

Die erste Vorsitzende des 1908 gegründeten FDKG war die Adelige Adda von Liliencron (1844-1913). Die Generalstochter wurde zu ihrem Engagement noch gänzlich unter dem Eindruck der deutschen Kolonialkriege in Afrika bewegt.[757] Allerdings kann sie als eine ‚Lehnstuhlphantastin‘ gelten,[758] denn „Liliencron produced yards of colonialist text without ever having seen any colony.“[759] Ihr folgte die Berlinerin Hedwig Heyl (1850-1934), die von 1910 bis 1920 dem FDKG vorstand. Sie engagierte sich neben ihren Aufgaben in der Leitung der FDKG vor allem in der bürgerlichen Frauenbewegung und setzte sich hier besonders für

---

749 Vgl. ebd., S. 210 und S. 213. *Siehe S. 318 f.*
750 Ebd., S. 204.
751 Vgl. Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 113.
752 Vgl. ebd., S. 115 ff.
753 Nach eigener Berechnung. Bei dieser Überschlags-Berechnung wurden weder die nur wenig später verstorbenen Heinrich von Tiedemann-Seeheim (DOV) noch Johann Albrecht zu Mecklenburg-Schwerin (DKG) mit einbezogen. Ebenso wurde Franz Xaver Ritter von Epp nicht einbezogen in die Datengrundlage, da sein Handeln erst ab der Zeit des Übergangs von der Republik in den Faschismus relevant wird.
754 Vgl. Der DKG-Vorstand [an Carl Heinrich Becker in Berlin]; Berlin, den 26.1.1931, in: GStA PK, VI. HA: Nachlässe, Nl. Carl Heinrich Becker, Nr. 191: Deutsche Kolonialgesellschaft, unpaginiert.
755 Vgl. Wildenthal: German Woman for Empire, S. 145.
756 *Siehe S. 178 ff.*
757 Vgl. Wildenthal: German Woman for Empire, S. 138-145.
758 Vgl. Conrad/ Osterhammel: Einleitung, S. 27.
759 Wildenthal: German Woman for Empire, S. 142.

die Ausdehnung der Tätigkeitsfelder weiblicher Berufsarbeit ein.[760] Unter ihrer Leitung trat der FDKG 1911 auch dem „Bund deutscher Frauenvereine“ bei.[761]
Ihr folgte als Vorsitzende von 1920 bis 1932 Hedwig von Bredow (1853-1932).[762] Bezeichnend ist der Umstand, dass erst sie die erste Frau auf diesem Posten war, die die Kolonien auch aus eigener Anschauung kannte. Ab Oktober 1932 stand bis 1943 Agnes von Boemcken (1884-?) dem FDKG vor.[763] Sie leitete bereitwillig die ‚Gleichschaltung‘ des Verbandes mit der „Deutschen Frauenfront“ des neuen Regimes ein.[764] Ihr Mann, ein Offizier, war bereits seit Anfang 1931 NSDAP-Mitglied.[765]

2.2.3. Mitgliederstruktur

Die soziale Basis beider Verbände wurde durch den Ausgang des Ersten Weltkriegs stark geprägt. In der DKG organisierten sich nicht zuletzt die Angehörigen der ehemaligen kolonialen Verwaltungen.[766] Im DO verhielt es sich zunächst nicht grundsätzlich anders, wobei hier eher Beamte, Lehrerinnen und Lehrer,[767] Angestellte und Selbstständige dominiert haben dürften.[768] Dass gerade Lehrkräfte sich in dem Verband organisierten, rührt auch daher, dass ihnen die Rolle jenes ‚Kulturträgers‘ zugedacht war, der die preußisch-deutsche ‚Zivilisierungsmission‘ gegenüber der polnischen Bevölkerung ins Werk setzen sollte.[769]
Genauere Angaben zur sozialen Zusammensetzung der Basis beider Verbände sind kaum zu ermitteln, da die Überlieferung dahingehend einfach zu fragmentarisch ist. Allerdings ist für den DO rekonstruierbar, dass sich für nahezu jedes ehemals deutsche Städtchen in Polen ein

760 Vgl. ebd., S. 156-168; Walgenbach: „Die weisse Frau […]“, S. 145 ff.
761 Vgl. ebd., S. 137 f.
762 Vgl. ebd., S. 105. Dort auch das folgende Argument.
763 Vgl. ebd., S. 106 f. Dort auch das folgende Argument.
764 Vgl. auch Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 388.
765 Vgl. ebd., S. 175.
766 Vgl. [Schnee, Heinrich: Aufzeichnung über die] Deutsche Kolonialgesellschaft [undatiert, nach 1936], in: GStA PK, VI. HA: Nachlässe, Nl. Heinrich Schnee, Nr. 25: Heinrich-Schnee-Archiv. Bd. 3: Aufzeichnungen, Berichte Nr. 73-100, Bl. 1-Bl. 53, hier Bl. 3. Vgl. auch Pogge von Strandmann: Imperialism and Revisionism, S. 95.
767 Vgl. die Übersicht über „angeschlossene Flüchtlingsorganisationen“ des „Reichsverbands Ostschutz“, bei der von 19 genannten Vereinen sich fünf aus Lehrkräften oder Beamten rekrutierten. Vgl. [Anonym]: Bundes-Nachrichten, in: Der Ostmark-Deutsche 1 (1920) 2, S. 6 ff., hier S. 6; Der DO-Vorstand an das Reichsministerium für Wiederaufbau; betrifft: Stellungnahme der Beamten und Lehrerschaft zum Verdrängungsschädengesetz; Berlin, den 1.3.1921, in: BArch, R 2, Nr. 697: Reichsfinanzministerium. Akten betreffend: Verdrängungsschäden. Generalia. Bd. 3: 5.8.1920-31.3.1921, Bl. 223-Bl. 225 r.
768 Vgl. [Anonym]: Zehn Jahre Kampf für Ostheimat, deutsches Volkstum und Vaterland. Erinnerungsblätter zur Feier des 10jährigen Bestehens des Deutschen Ostbundes. Berlin 1929, S. 41 f.; Wolkowicz: Art. Deutscher Ostbund, S. 221 f.
769 Vgl. Dyroff: Preußische Ostmark, S. 160 und S. 165.

eigener Verein gründete, der dann korporatives Verbandsmitglied wurde.[770] Dabei sind beispielsweise Meldungen über Mitgliederzahlen in Höhe von 300.000 Personen des DO-Vorgängers „Heimatbund Posener Flüchtlinge“ stark übertrieben.[771] Solch hohe Mitgliederzahlen hatten die Funktion, sich selbst als mächtige Interessengruppe vor allem gegenüber den Regierungen und natürlich als besonders handlungsfähig gegenüber der eigenen Basis zu inszenieren. Dabei wurden in Wahrheit wohl einfach die Mitgliederzahlen aller angeschlossenen Organisationen großzügig aufgerundet und addiert. Dennoch dürfte die allgemeinere Aussage Ullmanns zutreffen, der als konstitutiv für solche Verbände vor allem das städtische Bildungs- und Besitzbürgertum sah.[772] Allerdings muss hier genauer differenziert werden: die DKG war seit ihrer Gründung sozialstrukturell gesehen der „obrigkeitsnächste aller nationalen Verbände des […] Kaiserreichs“.[773] Nicht zuletzt adelige Führungsspitzen anziehend, sah der Verband in deren Leitfunktionen bzw. Rolle als gesellschaftliche Multiplikatoren und Multiplikatorinnen einen adäquaten Ersatz für eine breite Massenbasis.[774] Sie repräsentierten damit ein nahezu klassisches Beispiel für einen Honoratiorenverband.

Entsprechendes kann vom DO nicht behauptet werden. Vielmehr dürfte dieser realistisch als ein Mitgliederverband charakterisiert werden. Die dritte Organisationform schließlich, die einer Massenbewegung, erreichten beide Verbände nicht, da sie aufgrund begrenzter Ziele, sozialer Reichweite, geografischer Verteilung ihrer Ortsgruppen etc. einfach nicht zur Massenmobilisierung fähig waren, wenngleich sie das selbst anders wahrnahmen.[775] Hilfreich ist hier eine Analyse der jeweiligen Mitgliedszahlen, insofern sie verfügbar sind.

So ging die DKG rein zahlenmäßig stark geschwächt aus dem Weltkrieg hervor. Starke Schwankungen in den Mitgliedszahlen aufgrund bestimmter politischer Konjunkturen kolonialer Themen war der Verband dabei bereits gewohnt. Bei seiner Fusion mit dem DKV Ende 1887 hatte er etwa 14.800 Mitglieder angegeben.[776] Einen ersten Schub erlebte diese Zahl infolge der nationalistischen Empörung im Bürgertum über den ‚Helgoland-Sansibar-Vertrag‘ 1890, einen zweiten infolge der Flottenagitation 1896-1900, einen dritten infolge der

---

770 Siehe die fortlaufende Berichterstattung ab 1920 über die korporative Mitgliederentwicklung unter der Rubrik „Bundes-Nachrichten“ in den Verbandszeitschriften „Der Ostmark-Deutsche“.

771 [Anonym]: Erste Bundestagung des Deutschen Heimatbundes Posener Flüchtlinge, in: Die verlorene Ostmark 1 (1920) 3, S. 17 f., hier S. 17.

772 Vgl. Ullmann: Interessenverbände in Deutschland, S. 113.

773 Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 25.

774 Vgl. ebd., S. 25 f.

775 Hier wird der typologischen Binnendifferenzierung von Ullmann gefolgt: vgl. (ders.): Interessenverbände in Deutschland, S. 113.

776 Vgl. Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 23. Auf S. 23 f. findet sich eine präzise tabellarische Aufstellung über die DKG-Mitgliederentwicklung von 1887 bis 1918.

Kolonialkriege in Südwest- und Ostafrika (1904-1908 bzw. 1905).[777] Das vierte und zugleich letzte Hoch erlebte der Verband infolge der Kolonialreformen Bernhard Dernburgs, die die „schlechte Presse der Kolonien“ im Reich beendete. Dazwischen lagen immer wieder Talsohlen oder Phasen der „‚Kolonialmüdigkeit‘“: nach 1890 stellte sich schnell Ernüchterung über die ausbleibenden wirtschaftlichen Erfolge in den Kolonien ein. Auch der propagandistische Effekt der Flottenagitation konnte nicht in einen dauerhaften Mitgliederzuwachs für die DKG umgemünzt werden. Dennoch stiegen die Zahlen bis kurz vor dem Krieg recht kontinuierlich an. So zählte der Verband 1913 ca. 42.200 Mitglieder. Seinen absoluten Höhepunkt erreichte er im Oktober/ November mit einer Zahl von ca. 43.200.[778] Diese Zahl wurde danach nie wieder erreicht. Nach dem Weltkrieg belief sie sich 1922 auf knapp 26.500 Personen.[779] In der Literatur existieren für die danach folgende Zeit verschiedene Angaben zur Mitgliederentwicklung.[780] So gibt Hildebrand anhand verschiedener Quellen zwei Zeit- bzw. Messpunkte dafür an: den ersten im Juni 1925 mit einem Mitgliederstand von offiziell ca. 15.000 und den zweiten im Mai 1929 mit ca. 21.000.[781] Hartwig wiederum gibt aus Sicht der DDR-Forschung auch einen Einblick in den Mitgliederrückgang nicht nur infolge des Kriegsendes, sondern auch der Novemberrevolution. Waren im Januar 1918 noch ca. 35.300 Personen Mitglied, sank diese Zahl bis zum Dezember auf gut 31.550.[782] Danach nahm diese Zahl nahezu kontinuierlich weiter ab: 1922 gut 26.480, 1925 ca. 24.000 und im Januar 1933 letztlich 21.420.

Wie so oft sind all diese Zahlen nicht unproblematisch und bedürfen der näheren Einordnung. Ungenauigkeiten ergeben sich schon aus den Umständen der Zeit. Zunächst waren in dem Chaos des Kriegsendes genaue Meldungen über Todesfälle bzw. Mitgliedschaften in Verbänden nicht die vordringlichste Sorge der Menschen. Neben Mitgliederrückgang infolge der Kriegstoten sind vor allem die umfangreichen Gebietsabtretungen Deutschlands durch den Versailler Vertrag in Rechnung zu stellen. Zahlreiche DKG-Abteilungen lagen nunmehr außerhalb der früheren Reichsgrenzen und hatten mitunter auch keinen Vorstand mehr.[783]

---

[777] Vgl. ebd., S. 24. Dort auch die folgenden Argumente und Zitate.

[778] Vgl. auch: Der Mitgliederbestand [undatiert, wohl November 1914], in: BArch, R 8023, Nr. 741: [Bestandslisten der DKG 1904-1922], Bl. 5; Hartwig: Art. Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 732 f.

[779] Vgl. Uebersicht über die Bewegung im Mitgliederbestande [undatiert, ca. 1922], in: ebd., Bl. 1.

[780] Vgl. zum Folgenden auch Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 52, Anm. 103.

[781] Vgl. Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 101.

[782] Vgl. Hartwig: Art. Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 725. Dort auch die folgenden Zahlenangaben.

[783] Vgl. [Handschriftliche Übersicht über die Abteilungen außerhalb der Reichsgrenzen und ohne Vorstände], 8.10.1920, in: BArch, R 8023, Nr. 741: [Bestandslisten der DKG 1904-1922], Bl. 3; Duems, Erich: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (1919-1932), in: (ders.)/ Stuemer, Willibald von: Fünfzig Jahre Deutsche Kolonialgesellschaft 1882-1932. Berlin 1932, S. 57-115, hier S. 61 f.; Nöhre: Das

Zählte der Verband Ende 1919 noch 368 Abteilungen, so sank diese Zahl bis 1925 auf 250, um sich bis 1933 wieder auf 276 zu erholen.[784] Eine andere Quelle gibt diese Zahl für 1930 mit 280 Abteilungen an.[785] Demnach schwankte diese Zahl leicht, erreichte aber definitiv nicht mehr den Vorkriegsstand. Ebenfalls negativ auf die Überlieferung hierzu wirkte sich die bis 1923 grassierende Inflation aus. Die Verbandsverwaltung selbst wurde dadurch in Mitleidenschaft gezogen, da nunmehr „verschiedene Verwaltungsabteilungen in einer Person" vereinigt wurden und durch diese Überlastung des Personals die Mitgliederlisten nicht mehr geführt wurden.[786] Folglich dürfte die Zahl aktiver Mitglieder eher geringer liegen. Hier ist klar zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu unterscheiden. Auch traten zahlreiche Angestellte und Beamte infolge der Krise aus dem Verband aus, da sie sich die Mitgliedschaft nicht mehr leisten konnten. Während Funktionseliten vor allem der ehemaligen kolonialen Beamtenschaft sowie einige Adlige an der Spitze der DKG standen, dürfte aufgrund der genannten Krisen das Bildungsbürgertum als deren soziale Basis[787] zunehmend erodiert sein. Dafür sprechen zumindest punktuelle Klagen über dessen fehlende Mobilisierungsfähigkeit für kolonialpropagandistische Veranstaltungen.[788] Leider ist aus den durchgearbeiteten Quellen keine Angabe über die Anzahl dieser Gauverbände möglich. In jedem Falle kann aber festgehalten werden, dass es sich bei beiden Verbänden nicht um Massenverbände wie den VdA handelte, der ab 1926 ca. zwei Millionen Mitglieder umfasste.[789]

Der Mitgliedsbeitrag spielte bei der DKG wie bei anderen Vereinen und Verbänden keine geringe Rolle.[790] Da sie sich seit ihrer Gründung vor allem als gutbürgerlich-aristokratischer Honoratiorenverband verstand,[791] wurde sehr auf die soziale Distinktion geachtet. Auch die Beiträge der FDKG waren mit 6 M nicht deutlich günstiger als die ihres ‚männlichen' Pendants.[792] So klagte eine Abteilung, dass der Versuch, „weitere Kreise […] zur Mitarbeit zu

---

Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 141 und S. 144; Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 93 f.

784 Vgl. Hartwig: Art. Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 725.

785 Vgl. [Referat der Abteilung III über die kolonialen Verbände; undatiert, ca. Februar 1930], in: BArch, R 1001, Nr. 9697: Auswärtiges Amt, Abteilung III K[1], Akten betreffend: Deutsche Kolonialgesellschaft, Bd. 6: Januar 1927 bis August 1931, Bl. 1-Bl. 25, hier Bl. 3.

786 DKG (Hg.): Jahresbericht der Deutschen Kolonialgesellschaft 1923. Berlin 1924, unpaginiert. Auch das folgende Argument ebd.

787 Siehe Fröhlich: Das lange Scheitern; Hampe: Sozioökonomische und psychische Hintergründe; vgl. auch Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 52 und S. 74; Djomo: „Des Deutschen Feld […]", S. 30.

788 *Siehe S. 126 f.*

789 Vgl. Prehn: „Volksgemeinschaft im Abwehrkampf", S. 50.

790 Vgl. Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 27.

791 Vgl. Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 31 f., S. 85, S. 109, S. 116, S. 138 ff. und S. 147-150; Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 54.

792 Vgl. FDKG-Abteilung Groß-Berlin: Kolonialball [am] Sonnabend, den 14.1.1933 in den Festräumen des Zoologischen Gartens, in: BArch, R 8023, Nr. 404: Frauenbund der DKG, Bl. 72 f., hier Bl. 73.

gewinnen“, zum Scheitern verurteilt sei, solange es nicht gelänge, den Jahresbeitrag[793] „erheblich“ herabzusetzen. Einzelne Abteilungen boykottierten gar die Zahlung des Beitrags: „da Deutschland zu dieser Zeit tatsächlich keine Kolonien hatte, wurde die Zahlung des Beitrages mit dieser Begründung von verschiedenen Seiten abgelehnt.“[794] Der Vorstandsvorsitzende der Abteilung Hamm klagte über die Folge dieser hohen Beträge: „Kommerzienräte und höhere Beamte können *nicht ausschließlich* als Mitglieder in Frage kommen […] [H. i. O., RF].“[795] Stattdessen solle eben die „Kolonialzeitung“ seltener oder sogar gar nicht mehr, zumindest aber in kleinerem Format erscheinen.[796] Auch die Abteilung Bautzen monierte, dass es „eine ganz andere Mitgliederzahl [gäbe], wenn der Jahresbeitrag nicht 8 M betrüge, sondern wie beim Deutschen Flottenverein 1 oder 2 M.“[797] Ebenfalls wurde hier die hohe soziale Homogenität der Mitglieder beklagt: „Augenblicklich setzt sich die Abteilung aus Beamten- und Offizierskreisen, sowie aus den Kreisen der Wissenschaft und der Großkaufmannschaft zusammen.“ Und nicht weit räumlich entfernt davon richtete die Abteilung Zittau eindringlich einen Brandbrief an die Zentrale in Berlin:

> „Wir haben bisher von der Einhebung der Mitgliederbeiträge für das laufende Jahr abgesehen, weil wir befürchten, daß wir dabei 90% unserer Mitglieder verlieren. Die Schwere der Zeit und die drückenden Sorgen des Tages lassen gerade gegenwärtig nur wenig Raum für Bestrebungen, deren Erfolge in einer fernen Zukunft liegen. Auch hat die deutsche Kolonialgesellschaft bisher noch nicht ihre Zweckbestimmungen nach außen hin in einer Weise geändert, welche den veränderten Zeitverhältnissen gerecht werden […].“[798]

---

793 Der Jahresbetrag konnte zwar von den Abteilungen selbst festgelegt werden, aber mindestens 6 Mark (von in der Quelle genannten 8 M) mussten davon jeweils nach Berlin an die Zentrale abgeführt werden. DKG-Abteilung Insterburg an die DKG-Zentrale in Berlin; Insterburg, den 30.3.1919, in: BArch, R 8023, Nr. 734: [Korrespondenzen mit den Abteilungen], Bl. 17. Vgl. auch DKG-Abteilung Heidelberg an die DKG [-Zentrale] in Berlin; Heidelberg, den 20.3.1919, in: ebd., Bl. 19. Auch das folgende Zitat ebd.

794 DKG-Abteilung Wiesbaden an die DKG-Zentrale in Berlin; Wiesbaden, den 7.7.1919, in: R 8023, Nr. 803: Deutsche Kolonial-Gesellschaft, [Entwürfe betreffs des Verlustes der Kolonien], Bl. 119.

795 Dr. Herr, Rechtsanwalt am Oberlandesgericht Hamm, an die DKG-Zentrale in Berlin; Hamm in Westfalen, den 29.3.1919, in: BArch, R 8023, Nr. 734: [Korrespondenzen mit den Abteilungen], Bl. 19.

796 Vgl. ebd.

797 DKG-Abteilung Bautzen an den geschäftsführenden Vizepräsidenten der DKG, Admiral Strauch, in Berlin; Bautzen, den 2.4.1919, in: ebd., Bl. 25. Auch das folgende Zitat ebd. Der Flottenverein konnte nur deshalb so niedrige Mitgliedsbeiträge anbieten, da er vom Krupp-Konzern ganz erheblich subventioniert wurde, der ja der eigentliche wirtschaftliche Nutznießer des Flottenbauprogramms war. Vgl. Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 61 und S. 63. Allerdings war der symbolische Preis, den der Flottenverein dafür zahlen musste, hoch: unter allen nationalistischen Verbänden hatte er das geringste Sozialprestige. Anders ausgedrückt: Die Mitgliedschaft in ihm galt schlichtweg und pejorativ gemeint als ‚billig‘.

798 DKG-Abteilung Zittau an die DKG-Zentrale in Berlin; Zittau, den 5.11.1919, in: R 8023, Nr. 803: Deutsche Kolonial-Gesellschaft, [Entwürfe betreffs des Verlustes der Kolonien], Bl. 114.

Die Berliner Zentrale antwortete umgehend auf solch massiven Unmut aus der Basis: zwar stünde es den Abteilungen frei, „ausserordentliche Abteilungsmitglieder mit geringerem Betrag aufzunehmen [und es sei ihnen auch, RF] unbenommen, solche Mitglieder in den Abteilungsvorstand zu wählen.“[799] An der Basis mangelte es ja nicht an Vorschlägen, den Verband sozial zumindest etwas zu öffnen. Das sah die Verbandsspitze allerdings anders. Diese Differenzen zwischen DKG-Führung und Basis lässt sich auch mit den Folgen des Weltkrieges für die Mitgliederstruktur erklären:

> „Zu den schon immer kolonial engagierten […] Bürgern gesellten sich jene, die aus den verlorenen Kolonien zurückkamen und zum Teil vor dem Nichts standen. Zu diesen gehörten alle diejenigen, die sich vor allem in Afrika als Farmer und Pflanzer, aber auch als Angestellte der Kolonialverwaltung und Privatunternehmen eine Existenz aufgebaut hatten.“[800]

Wem, so wurde ebenda aus Berlin aber angemahnt, „die Leistung des ordentlichen Gesellschaftsbeitrags zu hoch sei“, könne eben „nicht als ordentliche Mitglieder unserer Gesellschaft […] in Frage kommen.“[801] Insgesamt behinderte die DKG sich durch diese Politik der sozialen Schließung selbst in ihrem Ziel, ein Verband zu sein, deren „Mitglieder […] allen Erwerbs- und Gesellschaftskreisen [angehören].“[802] Auch formulierte die Abteilung Bonn-Godesberg als zukünftiges Ziel, „die D.K.G. zu einer wirklichen Volksgesellschaft auszubauen. Der schon lange vor dem Kriege […] gepflegte Gedanke, die D.K.G. volkstümlicher zu gestalten, ist leider bisher ein frommer Wunsch geblieben.“[803] Er sollte es auch in Zukunft bleiben. Denn die Weltwirtschaftskrise ab 1929 beschleunigte die Erosion der Mitgliederbasis noch weiter. Neue Zielgruppen wie die Jugend oder die Arbeiter für die DKG zu gewinnen wurde nun auch deswegen nötig, da selbst die bürgerliche Stammklientel sich dem Verband zunehmend entfremdete. So beklagte der ehemalige Verbandspräsident Seitz 1932 über seine eigene Herkunftsregion, „dass in Baden eine erfolgreiche Agitation für

---

799 DKG-Zentrale an den Vorstand der Abteilung Insterburg, z.H. des Justizrates Ebel; [Berlin], den 3.4.1919, in: BArch, R 8023, Nr. 734: [Korrespondenzen mit den Abteilungen], Bl. 16.

800 Bechhaus-Gerst: „Wir müssen für unser Volk mehr Raum haben“, S. 146. Vgl. auch ebd., S. 158; Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 93.

801 Die Deutsche Kolonialgesellschaft [Gründung, Zweck, Arbeitsgebiete, Kriegstätigkeit etc.]; Berlin, Frühjahr 1929, in: BArch, R 8023, Nr. 403: Deutsche Kolonial-Gesellschaft, [Akotech, Arbeitsgemeinschaft deutscher Verbände, DKG etc.], Bl. 91-Bl. 94, hier Bl. 94. Auch das folgende Zitat ebd.

802 Vgl. auch Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 104.

803 DKG-Abteilung Bonn-Godesberg an die DKG-Zentrale in Berlin; Bonn, den 18.6.1919, in: BArch, R 8023, Nr. 803: Deutsche Kolonial-Gesellschaft, [Entwürfe betreffs des Verlustes der Kolonien], Bl. 177-Bl. 177 r., hier Bl. 177 r.

Kolonialpolitik nur mit Hilfe der Jugend & der Arbeiter möglich ist. Das Bürgertum hier ist schwer mobil zu machen.“[804]

Im Unterschied zur DKG gab sich der DO weit weniger sozial exklusiv. In seinem Selbstverständnis durften „Unterschiede in der sozialen Stellung nicht anerkannt [werden].“[805] Zugleich wurde aber beklagt, dass sich „„bessere Leute“‘ von der Arbeit des Verbands fernhalten würden.[806] Auch aus dem Grunde einer möglichst breiten Mitgliederbasis erhob der DO nicht solch hohe Mitgliedsbeiträge wie die DKG. Vor der Hyperinflation bis 1923 waren die Beiträge allerdings viel teurer und betrugen 8 M pro Jahr.[807] Später beliefen sich die Beiträge an das Berliner ‚Präsidium‘ auf nunmehr doch recht erschwingliche 25 Pfennig pro Monat.[808] Nach der Überwindung der Inflation bestanden die Ortsgruppen des Verbands nach seinen Angaben aus „sehr *bedürftigen* Mitgliedern [H. i. O., RF]“.[809] Um unter diesen Umständen seine soziale Basis dennoch zu erweitern, ging der Verband dazu über, unter bestimmten Bedingungen die kostenlose Mitgliedschaft zu ermöglichen. So heißt es über die „aus den abgetretenen Ostgebieten Vertriebenen und Verdrängten“: „Die Mehrzahl dieser [Menschen, RF] ist seitens der zuständigen Ortsgruppen von der Zahlung von Mitgliedsbeiträgen ganz oder teilweise oder wenigstens von der Abführung des für die Bundeszentrale bestimmten Satzes befreit.“[810] Im klaren Kontrast zur DKG setzte der DO also nicht auf soziale Schließung, sondern soziale Öffnung.

Das hatte aber wiederum zur Folge, dass keine genauen Angaben über die schiere Anzahl an Mitgliedern gemacht werden konnte, da offenbar nur zahlende Mitglieder genauer registriert

---

804 [Theodor] Seitz an Duems in Berlin; Baden-Baden, den 22.1.1932, in: BArch, R 8023, Nr. 669: [DKG-Korrespondenz mit Theodor Seitz etc.], Bl. 116.

805 Verzeichnis der mit Deutschtumspflege befaßten Verbände: Deutscher Ostbund e.V. [undatiert, ca. Januar 1930] (auszugsweise Abschrift), in: BArch, R 43 I, Nr. 1815: Alte Reichskanzlei, Akten betreffend: Deutscher Ostbund, Bd. 1: 1.1.1928-33, Bl. 89-Bl. 93, hier Bl. 91.

806 Rundschreiben K[ultur] 4 an alle Ortsgruppen und Landesverbände des Deutschen Ostbundes; Berlin, den 18.6.1921, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Repositurен, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 347: Verhandlungen zwischen Deutschem Ostmarkenverein und Deutschem Ostbund zwecks Zusammenführung, unpaginiert.

807 Vgl. Satzung des Deutschen Ostbundes e.V. in Berlin, [undatiert, ca. 1921], in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Repositurен, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 348: Verhandlungen zwecks Zusammenführung von D.O.V. und D.O., § 3.

808 Vgl. Franz Ehrhardt an den Reichsminister des Innern, Joseph Wirth, in Berlin; betrifft: Deutscher Ostbund e.V.; Ratibor, den 27.8.1931 (Abschrift) [Im Folgenden zitiert als: Erhardt an den Reichsinnenminister, 27.8.1931], in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Repositurен, Rep. 90 A: Staatsministerium, Jüngere Registratur, Nr. 2573: Schreiben 1931, Bl. 135-Bl. 140, hier Bl. 138.

809 DO, Kulturpolitische Abteilung, an [Ernst] von Wrisberg; Berlin, den 15.8.1925, in: GStA, PK I. HA: Alte und neue Repositurен, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 349: Verhandlungen über die Zusammenlegung von Ostmarkenverein und von Ostbund 1925-1929, unpaginiert. Auch wird etwa zur selben Zeit von einer „umfassenden Verarmung der Mitglieder“ berichtet: Ginschel, E[manuel]: Die Tätigkeit und die Aufgaben des Deutschen Ostbundes, in: OHK 3/4 (1925), S. 82-85, hier S. 82.

810 Das DO-Bundespräsidium an den Reichsinnenminister; Berlin, den 3.7.1926 (Abschrift), in: BArch, R 8043, Nr. 1148: Deutsche Stiftung – Ostverbände, Bd. 2, Bl. 509 r.-Bl. 512, hier Bl. 511 r.

wurden.[811] Eine externe Quelle vom August 1931 geht daher von ca. 9.200 Mitgliedern aus.[812] Vergleicht man nun diese Betrachtungen mit jenen zur DKG-Basis, so dürfte der DO seine soziale Basis vor allem in den kleinstädtischen Beamten und Angestellten der ehemaligen preußischen Ostprovinzen gehabt haben, die diese nach dem Weltkrieg oder aber im Zuge des deutsch-polnischen ‚kalten Krieges' verließen.[813] Allerdings sind diese Aussagen noch zu vage und bedürfen ergänzender Studien.

Neben diese Probleme treten weitere in Form ihrer Überlieferung. Diese ist stark fragmentiert und erlaubt vorerst keine genauen Angaben auf der Mikroebene, lässt aber anhand einer tabellarischen Aufstellung zumindest die Entwicklung der Landes- und Ortsgruppen des Verbandes deutlicher werden.

Tabelle 1: Entwicklung der DO-Landesverbände und -Ortsgruppen[814]

Jahr	Anzahl der Landesverbände	Anzahl der Ortsgruppen
1920[815]	8[816]	143[817]
1921	11	281
1922	14	401
1923	*Keine Angabe*[818]	*Keine Angabe*
1924	15	351
1925	19	362
1926	20	416
1927	22	478

811 Vgl. ebd.

812 Erhardt an den Reichsinnenminister, 27.8.1931 (a. a. O.), Bl. 138.

813 Siehe Reif: Kalter Zweifrontenkrieg.

814 Insofern nicht anders angegeben, wurden diese Zahlen aus der jährlich im Anhang des OHK veröffentlichen Rubrik „Der Aufbau des Deutschen Ostbundes" zusammengestellt.

815 Die Zahlen für 1920 sind überliefert in der Rubrik „Die Organisation des Bundes", in: Ostland 2 (1921), S. 3 ff., da der OHK erst seit 1922 erschien.

816 Die von Wolkowicz: Art. Deutscher Ostbund, S. 221 angegebene Zahl ist mit elf Landesverbänden zu hoch gegriffen. Der Autor stützt sich in seinem (zu kurzen) Handbuchbeitrag leider nur auf den OHK und einzelne Archivalien, weswegen er wahrscheinlich die erste Auflistung der DO-Landesverbände im OHK 1 (1922) durch simple Auszählung aufsummierte und einfach zurückdatierte.

817 Hier ergibt sich die auffälligste Diskrepanz zwischen meinen Erhebungen und denen von Wolkowicz (vgl. ebd.). Dieser gibt dort die Anzahl der Ortsgruppen für 1920 mit 330 an. Woher diese sehr hohe Zahl resultiert, bleibt unklar. Insgesamt ist an den tabellarischen Angaben des sonst äußerst nützlichen Handbuchs von Fricke et al. zu bemängeln, dass diese nicht mit exakten Quellenverweisen transparent gemacht werden.

818 Wie bei der DKG auch musste der DO im Zuge der Hyperinflation seit 1922 einen Großteil seiner gut 50 Angestellten in der Verwaltung entlassen, weswegen auch hier für das Jahr 1923 keine genauen Zahlen zur korporativen Mitgliederentwicklung überliefert sind. Vgl. Ginschel, E[manuel]: Die Tätigkeit und die Aufgaben des Deutschen Ostbundes, in: OHK 3/4 (1925), S. 82-85, hier S. 82.

1928	23	472
1929	23	478
1930	23	440
1931	24	404
1932	22	367
1933	*Keine Angabe*	*Keine Angabe*

Anhand der absoluten Zahlen lässt sich zunächst im zeitlichen Verlauf klar sagen, dass der Verband anfänglich einen rasanten Aufstieg bis zur Hyperinflation erlebte. Demnach vertrete der DO „die Interessen der rund 1 Million Ostverdrängten", zumal gut die Hälfte seiner Mitglieder dieser Gruppe zuzurechnen sei.[819] Diese hohe Zahl erklärt sich daraus, dass seitens des Verbands alle Mitglieder seiner Ortsgruppen, der angeschlossenenen anderen Vereine, Verbände und Organisationen schlichtweg addiert wurden, um sich selbst als möglichst einflussreich darzustellen.[820] Genaue Angaben lassen sich aus diesen Quellen nicht ermitteln. Die meisten Mitglieder dürfte er aber im letzten Drittel der Zwanziger gehabt haben. Über die Ursachen für den Rückgang können nur Spekulationen angestellt werden. Sicherlich spielte auch hier die Weltwirtschaftskrise seit 1929 eine erhebliche Rolle. Politisch dürfte allerdings auch das Verhältnis zur faschistischen Bewegung in der Weimarer Republik von höchstem Interesse für künftige Studien sein. Anhand des hier ausgebreiteten Materials können dazu keine wirklich tragfähigen Aussagen formuliert werden.[821]

Betrachtet man zunächst die geografische Verteilung der Landesverbände, so lässt sich klar zeigen, dass diese sich auf den Nordosten des Reiches mit besonderem Schwerpunkt auf Preußen konzentrierten. Von 23 Landesverbänden entfielen (inklusive dem Großraum Berlin) 1928 beispielsweise elf Landesverbände auf diese Region des Reichs,[822] vier auf den

[819] Das Bundespräsidium an den Reichsaußenminister Stresemann; Berlin, den 29.11.1926, in: PA AA, R 82314, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 2: 15.8.1926-29.5.1927, Bl. 47- Bl. 48 r., hier Bl. 48-Bl. 48 r.

[820] Vgl. [Alfred] v. Tilly sowie [Emanuel] Ginschel an das Auswärtige Amt; Berlin, undatiert [ca. Januar 1921] (Abschrift), in: GStA, PK I. HA: Alte und neue Repositurен, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 347: Verhandlungen zwischen Deutschem Ostmarkenverein und Deutschem Ostbund zwecks Zusammenführung, unpaginiert. Auch die DDR-Geschichtsschreibung folgte diesen völlig übertriebenen Zahlenangaben. Vgl. Paterna: Die Rolle der Stadt Frankfurt (Oder), S. 10.

[821] Die diesbezügliche Studie von Paterna ist mehr Zeitzeugenbericht als wissenschaftliche Analyse und hat deswegen ungemeinen Wert als narrative Quelle. Vgl. (ders.): Die Rolle der Stadt Frankfurt (Oder), S. 38, S. 42, S. 47 f. und S. 58. Eine sowohl aus Archivalien der Verbands-Perspektive als auch der faschistischen Bewegung schöpfende Studie stellt ein wichtiges Desiderat der Forschung dar. Besonders müssten hierfür auch (insofern überhaupt noch vorhanden) Nachlässe der dafür maßgeblichen Akteure mit einbezogen werden. *Siehe S. 339.*

[822] Hierzu werden folgende Landesverbände gezählt (jeweils mit Sitz ihrer Geschäftsstelle, insofern angegeben): Groß-Berlin/ Brandenburg (Berlin), Ostmark (Frankfurt a. d. O.), Grenzmark (Schneidemühl),

mitteldeutschen Raum[823] und ebensoviele auf den Norden,[824] drei auf den Westen[825], aber nur eine auf den gesamten süddeutschen Raum.[826] Die Ortsgruppen verteilten sich neben einer klaren Ballung im Berliner Raum ansonsten nicht auf die Ballungsgebiete, sondern eher auf ländliche Kleinstädte.[827] Viele der Ortsgruppen trugen zugleich die Bezeichungen „Heimatbund der Deutschen aus …“ bzw. „Verein heimattreuer …“ mit dem entsprechenden Herkunftsort. Somit inkorporierte der DO weite Teile der sich politisierenden Heimatbewegung der ehemaligen deutschen Ostprovinzen nach dem Ersten Weltkrieg.[828] Für die DKG ist eine solch räumlich differenzierte Analyse hier mangels aussagekräftigen Quellenmaterials leider nicht möglich.[829]

Bei der rein quantitativen Entwicklung des DO fällt wiederum auf, dass dieser erst ab der zweiten Hälfte der 20er Jahre seine Organisation verbreiterte. Das lag daran, dass ursprünglich der „Reichsverband Ostschutz“ gar nicht als längerfristiger, durchorganisierter Verband gedacht war, sondern nur kurzfristige Aufgaben übernehmen sollte. Gedacht war er

> „zunächst [als] eine ‚Kopfstelle‘; er sollte weder Einzelmitglieder aufnehmen, noch Ortsgruppen bilden, um den ihm angeschlossenen Vereinen keine Konkurrenz zu machen, und sich bei Friedensschluß auflösen. Seine Gründung erfolgte zu dem Zwecke, eine Arbeitsgemeinschaft zwischen den im Winter 1918/19 entstandenen Stellen, die für den Osten arbeiteten, zu schaffen, und die Verbindung mit der neuen Reichs- und Staatsleitung herzustellen. Seine Umwandlung aus einer Kopfstelle in einen Verein erschien nach Ansicht seiner Leiter schließlich zweckmäßig […] und es notwendig erschien, auch die demokratischen Kreise unseres Volkes, die dem Ostmarkenverein als nationaler Organisation fernblieben, zur Mitwirkung […] für die Arbeit am ostmärkischen Deutschtum heranzuziehen.“[830]

Schlesien (Breslau), Oberschlesien (Ratibor), Niederschlesien (Liegnitz), Vorpommern (Stettin), Ostpommern (Köslin), Westpreußen (Marienwerder), Freie Stadt Danzig (Danzig), Ostpreußen (Königsberg). Vgl. die Übersicht der Landesverbände im OHK 8 (1929), S. 136 ff. Hierauf basieren auch die folgenden Angaben.

823 Bezirk Magdeburg (Magdeburg), Sachsen-Anhalt (Halle a. d. Saale), Freistaat Sachsen (Leipzig), Sachsen-Thüringen (Erfurt).

824 Hannover-Braunschweig (Hannover), Beide Mecklenburg (Schwerin), Wasserkante (Altona), Weser-Ems (Bremen).

825 Hessen-Nassau (Frankfurt a. M.), Rheinland-Westfalen (Essen), Westfalen (Dortmund).

826 Süddeutschland (Freiburg i. Br.).

827 Vgl. die Übersicht der Ortsgruppen ebd., S. 139-152.

828 *Siehe S. 84 ff.*

829 Das heißt allerdings nicht, dass sich in den äußerst umfangreichen Berliner Aktenbeständen zu diesem Verband nicht doch entsprechende Dokumente finden lassen würden.

830 [Anonym]: Der Reichsverband „Ostschutz“, in: Die Ostmark. Monatsblatt des Deutschen Ostmarkenvereins 25 (1920) 1, S. 9.

Fassen wir abschließend die Entwicklungen der Mitgliederstruktur der Verbände zusammen, so lassen sich hier die von Ullmann gemachten allgemeineren Beobachtungen bestätigen.[831] Die DKG als aus dem Kaiserreich stammender Agitationsverband verlor an Bedeutung, während es dem DO zunehmend gelang, Interessen zu organisieren. Fragt man nach den Gründen für diesen Bedeutungsverlust der DKG, so trifft wohl dasselbe Argument zu, welches wiederum Ullmann ebenfalls für die Zeit der Weimarer Republik bezüglich des „Alldeutschen Verbands" formulierte: „Führung und Mitglieder gehörten alters- wie mentalitätsmäßig ins Kaiserreich."[832] Massenmobilisierung war die Sache dieses Verbandes nicht. Einerseits deswegen, da mit den ‚Massen' seitens des Verbandes insgeheim die verachteten Arbeiter und Arbeiterinnen gemeint waren, die der Führung durch Eliten wie eben der DKG bedürften.[833] Andererseits schreckten gerade diese elitären Dünkel ab, was wiederum die Orientierung der DKG auf ‚Führer' noch verstärkte und sie später geradlinig zu Sondierungen mit der Partei führte, die den ‚Führerkult' zu einem zentralen Ideologem erhöhen sollte: der NSDAP. Sowohl der DKG als auch dem DO gelang allerdings nicht, seine bei allen Krisen immernoch nennenswerten Mitgliederzahlen und organisatorische Stärke in politischen Einfluss umzuwandeln. „Die NS-Bewegung bot ihren Anhängern beides, sowohl militante paramilitärische Aktivitäten als auch greifbare politische Erfolge."[834]

2.2.4. Finanzierung

Neben den Mitgliedsbeiträgen und den Einnahmen aus dem Vertrieb von Publikationen waren beide Verbände auf alternative Möglichkeiten der Finanzierung angewiesen. Dabei waren sie unterschiedlich erfolgreich, verfolgten allerdings auch unterschiedliche Strategien. Da Finanzfragen zu jeder Zeit ein sensibles Thema darstellten, wurden diese nicht nennenswerter Gegenstand von veröffentlichten Quellen. Insofern es sich also besonders aus den archivalischen Quellen rekonstruieren lässt, sollen die Finanzierungskonzepte beider Verbände im Folgenden skizziert werden, ohne dabei Vollständigkeitsansprüche zu erheben. Zumindest Tendenzen lassen sich aber hieraus erkennen.

831 Vgl. Ullmann: Interessenverbände in Deutschland, S. 167.
832 Ebd., S. 170.
833 *Siehe S. 201 ff.*
834 Ullmann: Interessenverbände in Deutschland, S. 173.

Die DKG war durch die Erosion der Mitgliederbasis nach dem Ersten Weltkrieg sowie die Inflation finanziell stark gebeutelt.[835] Da die Mittel aus den bisherigen Einnahmequellen nicht ausreichten, wurde versucht, durch Spendensammlungen Geld für die eigene Sache zu akquirieren.[836] Allerdings wirkte sich bei diesem Vorhaben neben der Inflation die starke Zersplitterung und große Vielfalt an Organisationen aus, die alle als Zweck die Sorge und Pflege des ‚Deutschtums' in irgendeiner Form verfolgten. So beschied der preußische Staatskommissar für Wohlfahrtspflege solche Anliegen der DKG negativ:

> „Sie würde die mühsam gewonnene Vereinheitlichung aufs empfindlichste stören, zu einem zügellosen Wettbewerb zahlloser Interessenorganisation führen und eine für den Gesamtertrag der Sammlungen in höchstem Maße abträgliche Zersplitterung zur Folge haben."[837]

Ein solches Anliegen sei auch deswegen wenig erfolgversprechend, „da die Gebefreudigkeit durch das Übermaß an öffentlichen Sammlungen stark beeinträchtigt ist."[838] In der Tat war das Sammeln von Spenden in der Weimarer Republik ein weit verbreitetes Phänomen. Allerdings dominierten dabei konfessionelle Wohlfahrtsverbände und die Zielgruppen waren Arme und Bedürftige.[839] Und gerade die DKG galt ihren Zeitgenossen und -genossinnen als das genaue Gegenteil davon.[840] In den Akten lassen sich aber auch keine Belege für die von der älteren Forschung vertretene These finden, dass die DKG durch erhebliche Beträge der Wirtschaft gefördert bzw. gestützt wurde.[841] Auch die von der DDR-Forschung eher wie eine ideologische Pflichtübung wirkende Unterstellung, dass die Koloniallobby von

---

835 Vgl. Der Präsident der DKG an das Preußische Ministerium des Innern; Berlin, den 18.10.1922, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 191: Ministerium für Volkswohlfahrt/ Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen, Nr. 3395: Akten betreffend Deutsche Kolonialgesellschaft 1915-1925, unpaginiert; Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 65.

836 Vgl. [DKG-Vizepräsident von Lindequist] an den Preußischen Kommissar für die Regelung der Wohlfahrtspflege Peters; betrifft: Straßensammlung; Berlin, den 25.7.1932 (Abschrift), in: BArch, R 1001, Nr. 9698: Auswärtiges Amt, Abteilung Pol. X, Akten betreffend: Deutsche Kolonialgesellschaft, Bd. 7: Sept. 1931 bis 1937, unpaginiert.

837 Der preußische Staatskommissar für die Regelung der Wohlfahrtspflege an den DKG-Präsidenten; Berlin, den 27.3.1924, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 191: Ministerium für Volkswohlfahrt/ Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen, Nr. 3395: Akten betreffend Deutsche Kolonialgesellschaft 1915-1925, unpaginiert.

838 Der preußische Staatskommissar für die Regelung der Wohlfahrtspflege an das Auswärtige Amt; Berlin, den 7.7.1925, in: ebd., unpaginiert.

839 Vgl. Lingelbach: „… die Hungernden zu speisen", S. 31 f.

840 *Siehe S. 203 ff.*

841 Vgl. Rwankote: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik, S. 59 f. Die 1941 erschienene Arbeit von Richter, auf die sich Rwankote hier beruft, trägt einen irreführenden Titel. Behandelt werden in ihr die deutschen Unternehmen in den Kolonien, nicht aber der Interessenverband DKG im Kaiserreich. Siehe Richter: Die Finanzierung von Kolonialgesellschaften.

‚Großkapitalisten' gestützt worden sei, bleibt triftige Nachweise für solche Zuwendungen schuldig.[842] Was sie wiederholt als ‚Belege' heranzieht, sind nichts als Absichtserklärungen:

> „Dass die häufig zitierte Unterstützung von wichtigen Persönlichkeiten und obersten Wirtschafts-, Partei- und Regierungskreisen oftmals reine Lippenbekenntnisse waren, zeigt der chronische Geldmangel der kolonialen Vereine und Unternehmungen."[843]

Sicher mögen einzelne Unternehmen den Verband unterstützt haben, insofern sie selbst in den ehemaligen Kolonien engagiert waren. Allerdings kann von einer systematischen und großangelegten Finanzierung, auch im Geheimen, nicht die Rede sein. Wie wäre es sonst erklärbar, dass beispielsweise in der Phase der relativen politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung der Weimarer Republik im Jahr 1926 in der DKG aufgrund von Geldmangel über die Auflösung der zentralen Abteilung Groß-Berlins nachgedacht wurde?![844] Der Grund für diese „Lippenbekenntnisse" dürfte darin liegen, dass die Koloniallobby in der Zwischenkriegszeit kein geringeres Potential an Interessen und damit auch Stimmen für Wahlen organisierte. Auch die Weltwirtschaftskrise ab Herbst 1929 ging an der DKG keineswegs spurlos vorüber. So klagte deren Buchhaltung über zahlreiche nichtzahlende Mitglieder und auch darüber, dass die einzelnen Abteilungen bei sich „kostspielige[] Veranstaltungen" abhalten würden, deren Kosten aber der Zentrale aufbürdeten.[845] Die Jugendzeitschrift „Jambo" stand ebenfalls 1930 kurz vor der Pleite.[846] Auch noch 1932 war der Verband alles andere als wohlhabend. Das „Afrikahaus"[847] in Berlin-Tiergarten musste an Dritte untervermietet werden, der „Kolonialverein" warb ihm weiter Mitglieder (und damit Gelder) ab und gewohnte Gelder für bisher von der DKG unterstützte deutsche Einrichtungen in Afrika blieben aus.[848]

---

842 Vgl. Rüger: Der Kolonialrevisionismus, S. 265 und S. 272 f. Allerdings muss auch zugestanden werden, dass in der vorliegenden Studie die Finanzierung der DKG nicht den Fokus des Interesses bildete und nur ein Teil der sehr umfangreichen DKG-Überlieferung ausgewertet wurde. Zukünftige Forschungen könnten sich hier den noch nicht ausgewerteten Archivalien im Bundesarchiv zuwenden

843 Bechhaus-Gerst: „Wir müssen für unser Volk mehr Raum haben", S. 161.

844 Vgl. Niederschrift für die nächste Ausschuss-Sitzung; Berlin, den 29.12.1926 (vertraulich!), in: BArch, R 8023, Nr. 1107: Gegenbewegungen innerhalb der kolonialen Verbände, Bl. 4-Bl. 4 r., hier Bl. 4.

845 Bericht der DKG-Finanzkommission über die Vermögenslage der Gesellschaft. Tagung in Berlin am 6.12.1930, in: BArch, R 8023, Nr. 797: [DKG-Vorstandssitzungen etc.], Bl. 45-Bl. 48, hier Bl. 46.

846 DKG-Jugendausschuß an Brückner; Berlin, den 14.10.1930 (Abschrift), in: BArch, R 1001, Nr. 9697: Auswärtiges Amt, Abteilung III K[1], Akten betreffend: Deutsche Kolonialgesellschaft, Bd. 6: Januar 1927 bis August 1931, unpaginiert.

847 Siehe zur DKG-Zentrale Zeller: „Stätte des deutschen kolonialen Wollens".

848 Vgl. [DKG-Generalsekretär Duems(?)] an [Theodor] Seitz in Baden-Baden; [Berlin(?)], den 24.3.1932, in: BArch, R 8023, Nr. 669: [DKG-Korrespondenz mit Theodor Seitz etc.], Bl. 100-Bl. 102 r., hier Bl. 100 r.-101. Vgl. auch Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 142 f.

Beim DO geben die Quellen auf den ersten Blick wenig Aufschluss zu seiner Finanzierung. Zunächst fällt die widersprüchliche Rolle staatlicher Stellen ins Auge. Denn obwohl, wie noch auszuführen ist,[849] die Stellen des Reichs sowie Preußens den DO ablehnten, finanzierten sie diesen indirekt mit, ohne es zu merken, denn für seine Tochtergesellschaften wurden Staatskredite gezahlt, *„aus denen er sich mittelbar erhält* [H. i. O., RF].“[850]

Wie der DO sich finanzierte, ist in der Tat schwer zu rekonstruieren. Belegt ist, dass er Aufgrund der galoppierenden Inflation 1923 umfassende Sparmaßnahmen vornahm, um überhaupt weiter bestehen zu können.[851] Aber auch danach unterhielt er einen recht umfangreichen Verwaltungsapparat. Alleine der Vorstand sowie die Miete der zentralen Berliner Verbandsleitung verschlangen enorme Summen.[852] Die Einnahmen aus dem Vertrieb der DO-Publizistik kann zu deren Deckung kaum ausgereicht haben. Die Quellen zur offiziellen Finanzierung des Verbandes sind recht dürftig. Sie zeigen aber, dass neben den Mitgliedsbeiträgen (+27.000 M) der größte Posten auf der Einnahmeseite der Vertrieb der verbandseigenen Zeitung „Ostland“ (+28.000 M) darstellte. Auf der anderen Seite führten Herstellung und Vertrieb (-26.000 M) dieser Zeitung nahezu zu einem Nullsummenspiel und außerdem schlugen die zu zahlenden Gehälter als größter Soll-Posten zu Buche. Im Ergebnis wirtschaftete der Verband defizitär.[853] Auch für die Zeit der Weltwirtschaftskrise änderte sich

---

849 *Siehe S. 259-266.*

850 Franz Ehrhardt an den Reichsminister des Innern, Joseph Wirth, in Berlin; betrifft: Deutscher Ostbund e.V.; Ratibor, den 27.8.1931 (Abschrift) [Im Folgenden zitiert als: Erhardt an den Reichsinnenminister, 27.8.1931], in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 90 a: Staatsministerium, Jüngere Registratur, Nr. 2573: Schreiben 1931, Bl. 135-Bl. 140, hier Bl. 139.

851 Vgl. Rundschreiben Nr. 55 an alle Landesverbände und Ortsgruppen des Deutschen Ostbundes; betrifft: Umgestaltung der Geschäftsbeziehungen zu den Landesverbänden und Ortsgruppen infolge der Not der Zeit; Berlin, den 26.1.1923 (dringend!), in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 348: Verhandlungen zwecks Zusammenführung von D.O.V. und D.O., unpaginiert.

852 Im Beschwerdebrief des Abgeordneten Ehrhardt an den Reichsinnenminister erfolgt eine aufschlussreiche Aufstellung dieser Posten: „Man fragt sich, woher der Deutsche Ostbund die Mittel hat, um heute noch, wie seit Jahren, dem ‚Bundespräsident‘ Ministerialrat z. D. *Schmid neben seinem hohen Wartegeld ein Monatsgehalt 1000 RM*, dem *‚2. Bundespräsident‘ Ginschel* […] ein *Monatsgehalt von 1000 RM oder 1250 RM neben den Prämien* für eine in zwei Jahren fällige Lebensversicherung *von 50.000 RM*, dem bisherigen *dritten ‚Bundespräsident‘* Studienrat z. D. Dr. Lüdtke *neben seinem Wartegeld* ein *bisheriges Monatsgehalt von 1000 RM*, jetzt von 750 RM zu zahlen; wie der Deutsche Ostbund eine *Jahresmiete* von *26.000 RM* (Hochhaus Hardenbergstraße) aufbringt; wie er seinen *Angestelltenstab* von mehr als *30 Personen* sich hält, wie er seinen Präsidenten die hohen Reise- und Tagegelder zahlt [H. d. A., RF].“ Erhardt an den Reichsinnenminister, 27.8.1931 (a. a. O.), Bl. 138. Alleine schon diese recht hohen Bezüge der Verbandsführung lassen doch starke Zweifel angebracht erscheinen, was die Darstellung des DO gegenüber staatlichen Stellen als „rein gemeinnützige Organisation“ betrifft. Das Bundespräsidium des Deutschen Ostbundes an das preußische Innenministerium; Berlin, den 3.5.1926, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 77: [Preußisches] Ministerium des Innern, Tit. 856, Nr. 566: Akten betr. 650-Jahrfeier der Stadt Marienburg und Tagung des deutschen Ostbundes in Königsberg und Marienburg 1926, vom 3.5. bis 24.6.26, Bd. 1, Beiheft 1, Bl. 1 f., hier Bl. 2.

853 Vgl. Haushaltsvoranschlag für 1925 für den Deutschen Ostbund e.V., in: PA AA, R 82313, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 1: 1.1.1925-14.8.1926, Bl. 114.

daran nicht wirklich etwas.[854] In den Akten findet sich aber auch höchst aufschlussreiche Hinweise zur Tätigkeit des ansonsten kaum öffentlich in Erscheinung tretenden ersten DO-„Bundespräsidenten" August Schmid. In dem offensichtlich von sehr intimen Kenntnissen der Vorgänge im DO gespeisten Klagebrief des schlesischen Reichstagsabgeordneten Franz Ehrhardt (Zentrum)[855] heißt es über die Rolle Schmids, dass dieser den DO

> „*mit einer Reihe Tochtergesellschaften umgeben* [habe], die mit ihm und untereinander verflochten und stets auch durch Herrn Schmid und Ginschel verbunden sind. *Selbst die Mitglieder schauen nicht durch, erst recht nicht ein Fernstehender*. An der Spitze stehen die Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaften, die sämtlich Staats- und Hauszinssteuerkredite erhalten [H. i. O., RF]."[856]

Diese Tochtergesellschaften wiederum hatten „Aufsichtsratsmitglieder aus Ministerien", wobei aber der DO als Gesellschafter auftrat und August Schmid diesen Aufsitzräten vorsaß.[857] Man wird nun Schmid als den im Hintergrund wirkenden finanziellen Organisator des DO einordnen können. Insgesamt wurde das mehr als zwiegespaltene Verhältnis zwischen den Regierungsstellen und dem DO treffend zeitgenössisch wie folgt resümiert:

> „Es ist dringend erwünscht, zu prüfen, ob es zweckmäßig ist, daß der *Deutsche Ostbund, auf den das Preußische Staatsministerium schon warnend hingewiesen hat, für seine sehr geschachtelten Tochtergesellschaften* Staatskredite erhält, um hinterher mit diesen Geldern die Preußische Regierung zu bekämpfen und ihr Schwierigkeiten zu machen [H. i. O., RF]."[858]

Bereits zeitgenössisch waren Vorwürfe laut geworden, dass der Verband erhebliche Summen aus öffentlichen Mitteln erhalte. Von seiner Seite aus wurde dies als „alberne[s] Märchen"

---

854 Für 1929 werden Einnahmen von (jeweils ca.) +245.700 RM und Ausgaben von -253.530 RM angegeben, für 1930 +248.650 RM sowie -254.000 RM. Vgl. Ginschel, Emanuel: Der Deutsche Ostbund im Jahre 1930, in: OHK 10 (1931), S. 108-117, hier S. 116.

855 Siehe Haunfelder: Art. Ehrhardt (-Oppeln), Franz.

856 Erhardt an den Reichsinnenminister, 27.8.1931 (a. a. O.), Bl. 138.

857 Einige dieser Gesellschaften finden sich aufgelistet in: Der Preußische Minister für Volkswohlfahrt an den Herrn Preußischen Ministerpräsidenten; betrifft: Zuweisung von Staatsmitteln an den „Deutschen Ostbund e.V."; Berlin, den 16.10.1931, in: BArch, R 43 I, Nr. 1815: Alte Reichskanzlei, Akten betreffend: Deutscher Ostbund, Bd. 1: 1.1.1928-33, Bl. 131-Bl. 134; Der Reichsarbeitsminister an den Herrn Reichsminister des Innern; betrifft: Deutscher Ostbund (Abschrift); Berlin, den 11.11.1931, in: ebd., Bl. 125 f.

858 Erhardt an den Reichsinnenminister, 27.8.1931 (a. a. O.), Bl. 140.

abgetan.[859] Die Akten sprechen hier allerdings recht eindeutig eine andere Sprache, wobei die verdeckte und diversifizierte Finanzierung des Verbandes als raffiniert zu bezeichnen ist.
Was beiden Verbänden letztlich fehlte, war ihre strategische Nützlichkeit bzw. Instrumentalisierbarkeit für die deutsche Außenpolitik. Zu groß waren die Differenzen mit dem AA bzw. das Konkurrenzverhalten unter den Verbänden (DO) oder der Einfluss auf breitere Bevölkerungsschichten war aufgrund elitärer Standesdünkel zu gering (DKG). So konnte man nicht in nennenswertem Umfang auf die verdeckte Finanzierung durch Reichsstellen bauen, die andere Organisationen verdeckt finanzierten (da offene Subventionierung als Bruch des Versailler Vertrages gesehen worden wäre). Vor allem ist hier die DSt zu nennen.[860] Andererseits sicherte diese fehlende Instrumentalisierungsfähigkeit beiden Verbänden auch eine relative Unabhängigkeit gegenüber dem AA.

2.3. Schlaglichter auf ein vielfältiges Verbandsleben

2.3.1. Selbstverständnis(se) der Verbände

Bei der Diskussion des Selbstverständnisses der Verbände lassen sich Ziele und Mittel nur schwer voneinander trennen. Im Folgenden soll aber versucht werden, besonders deren Selbstwahrnehmung herauszuarbeiten, um anschließend deren Zielsetzungen zu untersuchen.
Konstitutiv für diese Selbstbilder war die dezidiert vertretene Ideologie einer ‚Zivilisierungsmission'.[861] Während sich die Gründer des DO dabei auf die Politik des „Rétablissement" unter Friedrich Wilhelm I. sowie der „Kolonisation" seines Sohnes Friedrich II. beriefen,[862] war für das Selbstverständnis der DKG die ‚kulturelle Hebung der Eingeborenen' zunächst ein identitätsstiftendes Ziel. Erst nach dem Ersten Weltkrieg wandelte sich dies mehr und mehr sozialdarwinistisch grundiert zur „Erhaltung [des] Deutschtums in den entrissenen Kolonien."[863] Zu diesem Zweck entwickelte der Verband mit

[859] [Anonym]: Zehn Jahre Kampf für Ostheimat, deutsches Volkstum und Vaterland. Erinnerungsblätter zur Feier des 10jährigen Bestehens des Deutschen Ostbundes. Berlin 1929, S. 25.
[860] Vgl. Prehn: „Volksgemeinschaft im Abwehrkampf", S. 53. *Siehe auch S. 105 f.*
[861] Vgl. Osterhammel: Die Verwandlung der Welt, S. 1172-1188.
[862] Vgl. z.B. Lüdtke, Franz: Einleitung, in: (ders.) [Hg.]: Preußische Kulturarbeit im Osten. (= Teubners Quellensammlung für den Geschichtsunterricht, zweite Reihe: Quellensammlung für den geschichtlichen Unterricht an höheren Schulen Bd. 97). Leipzig/ Berlin 1915, S. 1.
[863] Aufzeichnung: Der Aufgabenkreis der DKG [undatiert, ca. Juni 1930], in: BArch, R 8023, Nr. 796: [Beschlüsse usw. der DKG-Abteilungen], Bl. 444 ff., hier Bl. 445. *Siehe auch S. 163 und S. 246.*

der Zeit eine Aufgabenteilung seier Arbeitsgebiete: während sich die „Kolonialpolitik“ vor allem auf den Kolonialrevisionismus konzentrierte, gab es außerdem noch Abteilungen für „Koloniale Kulturpolitik“, „Koloniale Wirtschaftspolitik“, „Koloniale Wissenschaft“, „Koloniale Propaganda“ und „Koloniale Jugendpflege“.[864] Bis etwa 1925 blieb das Fernziel die deutsche Herrschaft vor allem über Afrikaner und Afrikanerinnen. So heißt es programmatisch in einer Propaganda-Band unter Bezugnahme auf das „deutsche Volk“:

> „Und hast du nicht unter den dumpf und stumpf dahinlebenden Stämmen die Achtung vor Ordnung und die Freude an dem Sinn und dem Erfolg der Arbeit geweckt? Und den Respekt vor einem für alle geltenden Gesetz? Machten sich nicht auch bereits die ersten Anfänge eines menschenwürdigen Wissens geltend?“[865]

Addressiert waren derartige Ideologeme einer verklärten kolonialen Vergangenheit vor allem in erster Linie an die eigene Mitgliederbasis der DKG zu Mobilisierungszwecken. Allerdings beklagte die DKG-Spitze fortlaufend die geringe Breitenwirkung.[866] Die Ursache für diese „geringe Volkstümlichkeit“ liege allerdings nicht im elitären Habitus des Verbands, sondern in der „*kontinentalen Einstellung* der Deutschen [H. i. O., RF].“[867] Die Fähigkeit zur Selbstreflektion war im Verband offensichtlich nicht sonderlich ausgeprägt.[868] Nicht minder vom eigenen Standpunkt überzeugt zeigte sich auch im Vergleich dazu das Selbstverständnis des DO, der seinen Hauptzweck wie folgt zusammenfasste:

> „Grenzlanddienst zu tun und Grenzmärkergeist zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen […] über das, was der deutsche Geist, der der Ostmark das Christentum und die Kultur gebracht hat, aus einstigem Un- und Oedland und aus dem Gebiete heidnischer Barbarei geschaffen […] hat, zu zeigen, daß nicht nur das Schwert, sondern vor allem der Pflug und deutsche Geistesschärfe dem Osten wie auch der Menschheit unvergängliche Dienste auf diesem deutschen Kolonialboden geleistet haben […].“[869]

---

[864] Ebd., Bl. 446.
[865] Engel, Georg: Germania magistra, in: DKG/ Interfraktionelle Vereinigung des Reichstages (Hg.): Deutschland in den Kolonien. Ein Buch deutscher Tat und deutschen Rechtes. Berlin o. J. [1926], S. 5 f., hier S. 6.
[866] Vgl. Duems, Erich: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (1919-1932), in: (ders.)/ Stuemer, Willibald von: Fünfzig Jahre Deutsche Kolonialgesellschaft 1882-1932. Berlin 1932, S. 57-115, hier S. 99.
[867] Ebd., S. 100.
[868] Vgl. Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 141-146.
[869] Das Bundespräsidium [des DO]: Der Bundestagung zum Gruß!, in: Grenzgau Ostland 3 (1926) 6, S. 257 f., hier S. 258.

Solch offen machtpolitische Töne durchzogen im Grunde fortlaufend die Außendarstellung des DO. In den ersten Jahren der Weimarer Republik verstand sich der Verband zwar zunächst als „Interessenvertretung der verdrängten Deutschen, die aus den an Polen abgetretenen Ostgebieten vertrieben [wurden].“[870] An anderer Stelle heißt es noch bündiger, die zahlreichen „Ostflüchtlinge“ hätten „ihre eigene Organisation, de[n] Deutschen Ostbund.“[871] Dieser sei die „Organisation [der] vereinigten Gesamtheit der ostdeutschen Vertriebenen […].“[872] Auch wurde er von außen bereits zeitgenössisch als Organisation der „[V]ertriebenen“ wahrgenommen.[873] Doch bereits Mitte der 1920er Jahre wurde der eigene Geltungsbereich sehr selbstbewusst viel weiter gefasst. Nunmehr sah man sich selbst als „Vertretung der gesamten ostdeutschen Interessen“[874] bzw. als der „berufenen Vertretung der ostmärkischen Interessen.“[875] Und diese wurden durchaus schon umfassender definiert:

> „Ein Deutschland, dass es nicht versteht, sich die Korn- und Fleischkammern Ostelbiens bis zur Weichsel *und darüber hinaus* zu sichern, hat keine Aussicht, das innere wirtschaftliche und soziale Leben des vorwiegend industriellen Westens jemals wieder gesund zu gestalten und im *Wettbewerb der Großmächte* eine ausschlaggebende Rolle zu spielen [H. d. A., RF].“[876]

So hatte das erste große Tätigkeitsgebiet des DO, eben jene Fürsorge für (deutsche) Flüchtlinge aus Polen, keineswegs ‚unpolitischen‘ Charakter, sondern war von Anfang an hochgradig politisch konnotiert. So heißt es zur Flüchtlingsproblematik in einem internen Dokument: „[hier] stehen nicht nur viele Einzelschicksale auf dem Spiele, sondern auch das

---

870 [Anonym]: Zehn Jahre Kampf für Ostheimat, deutsches Volkstum und Vaterland. Erinnerungsblätter zur Feier des 10jährigen Bestehens des Deutschen Ostbundes. Berlin 1929, S. [6].

871 [Alfred] v. Tilly an den Reichsminister des Innern, Köster, in Berlin; betrifft: Antrag auf Rückstellung von 100 Mio. Mark zum Zwecke der Seßhaftmachung von ostmärkischen Flüchtlingen durch die Besiedlungs-Genossenschaft des DO, Berlin, den 13.7.[1922] (Abschrift), in: BArch, R 2, Nr. 702: Reichsfinanzministerium, Akten betreffend: Die Unterstützung der durch Verdrängung oder Verurteilung im besetzten Reichsgebiet geschädigten Deutschen. Generalia, Bd. 1, Bl. 155 ff., hier Bl. 156.

872 Der Bundespräsident v. Tilly [sowie] der Bundesdirektor Ginschel an den Reichsaußenminister; betrifft: Austritt des „Deutschen Ostbundes“ aus dem Bunde der dt. Ostverbände; Berlin, den 2.1.1926, in: PA AA, R 82313, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 1: 1.1.1925-14.8.1926, Bl. 104 f., hier Bl. 104.

873 Dok. Nr. 6: W[allroth]: Das Auswärtige Amt an die Botschaft in London; Berlin, den 14.7.1926, in: ADAP 1918-1945, Reihe B.: 1925-1933. Bd. 2, 2. Teilbd.: Deutschlands Beziehungen zur Sowjet-Union, zu Polen, Danzig, und den baltischen Staaten; Juni bis Dezember 1926. Göttingen 1967, S. 12 f., hier S. 12.

874 Dok. Nr. 257: Aufzeichnung des vortragenden Legationsrates von Dirksen über die Haltung der deutschen Minderheiten in Polen zu Locarno; Berlin, den 23.11.1925, in: ADAP 1918-1945, Reihe A: 1918-1925, Bd. 14: 14. August bis 30. November 1925. Göttingen 1995, S. 650 f., hier S. 650, Anm. 2.

875 [Anonym]: Zehn Jahre Kampf (a. a. O.), S. 46.

876 Ebd., S. [6].

Interesse der Volksgesamtheit […].“[877] Auch wurde hier ein stark bürgerlich geprägter Wertehorizont sichtbar:

> „Es muss ihnen [den deutschen Flüchtlingen, RF] geholfen werden, sich wieder in *geordnete Verhältnisse* emporzuarbeiten, und es muss der Jugend der Weg gebahnt werden, im *Erwerbsleben* sich eine *geachtete Stellung* zu verschaffen […] [H. d. A., RF].“

Auch in einem aufwändig gestalteten Band zur Architektur- und Kunstgeschichte der „Ostmark“, heißt es ebenfalls, der Band solle „Vorurteile beseitigen, Verständnis für den tausendjährigen Kampf zwischen Germanen- und Slawentum [sic!]“ schaffen und für die „Kulturarbeit der Deutschen im Osten“ werben.[878] Als Ziel heißt es einige Zeilen weiter, dass „durch eine Siedlungspolitik großen Stils einen neuen Zufluß von Menschen [zu schaffen] und so diese dünn bevölkerten Gebiete durch einen *Wall festgewurzelter Menschenleiber national- und bevölkerungspolitisch* zu sichern [H. d. A., RF].“ Gefüllt werden sollte dieser „Wall“ schlichtweg durch „deutsche[s] Siedlermaterial“.[879] An anderer Stelle hieß es über die Ostsiedlung, diese solle „einen Wall von Bauernleibern an der Ostgrenze schaffen […].“[880]

Diese naturalistischen Metaphern waren Topoi der Pan-Bewegungen (hier Pangermanismus bzw. Panslawismus). Diese einte alle die Überzeugung, dass nicht die Politik, sondern kulturelle Größen die Geschichte bestimmen würden.[881] Dahinter verbarg sich deutscherseits die Furcht vor einer ‚slawischen‘ Expansion nach Westen.[882] Zugleich zeigte sich hier auch „die funktionelle Abhängigkeit des deutschen Polenbildes vom Verhältnis zu Rußland.“[883]

---

877 [Alfred v. Tilly/ Emanuel Ginschel: Ankündigung einer Besprechung mit den beteiligten Amtsstellen, Organisationen und Persönlichkeiten im Bereich der Jugendfürsorge in Berlin für Dienstag, den 16.5.1922, vormittags 10 Uhr]; Berlin, den 10.5.1922, in: BArch, R 3901, Nr. 9129: Reichsarbeitsministerium, Abteilung II b, Akten betreffend: Deutscher Heimatbund Posener Flüchtlinge, jetzt: Deutscher Ostbund; ab Oktober 1919, unpaginiert. Auch das folgende Zitat ebd.

878 Ginschel, Emanuel/ Lüdtke, Franz: Vorwort, in: Deutscher Ostbund (Hg.): Deutschlands Städtebau. Ostmark. Mittlere Ostmark – Grenzmark – Posen – Westpreußen. Berlin 1927, S. 5 f., hier S. 5. Dort auch das folgende Zitat.

879 Schmid, A[ugust]: Die Lage der deutschen Ostsiedlung, in: OHK 12 (1933), S. 84-88, hier S. 87.

880 [Anonym]: Zehn Jahre Kampf für Ostheimat, deutsches Volkstum und Vaterland. Erinnerungsblätter zur Feier des 10jährigen Bestehens des Deutschen Ostbundes. Berlin 1929, S. 45.

881 Vgl. Hanschmidt: Panslawismus – Pangermanismus – Panromanismus, S. 139 ff.

882 Vgl. ebd., S. 146 und S. 156; Oldenburg: Der Deutsche Ostmarkenverein, S. 66. Die Idee eines ‚Walls gegen die Slawen‘ lässt sich bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen. Vgl. ebd., S. 154. Zugleich zeigt sich in der ausbuchstabierten Form dieser Metapher auch wieder der bereits erwähnte Aspekt des Herrschaftsanspruchs durch Naturbeherrschung *(siehe S. 56 und S. 79)*. So hält Drummond völlig zu Recht fest: „Diese Metapher beschwört Bilder der *deutschen Technologie* – der mächtige deutsche Damm –, die den Fluß der *polnischen Natur* – die Hochflut – eindämmen [H. d. A., RF].“ Drummond: „Einen kräftigen Damm […]“, S. 99. Vgl. auch ebd., S. 103.

883 Jaworski: Zwischen Polenliebe und Polenschelte, S. 86. Vgl. auch ebd., S. 82 und S. 88; Hanschmidt: Panslawismus – Pangermanismus – Panromanismus, S. 146-150; Wippermann: Antislavismus, S. 513 ff.

Gerade in der Zwischenkriegszeit waren derartige Deutungsmuster ubiquitär.[884] Dafür wurden auch die polnisch-sowjetischen Konflikte bewusst entweder heruntergespielt oder gar nicht zur Kenntnis genommen. So hieß es über die deutsche Abwanderung aus Polen: „Das Deutschtum […] strömt […] in gewaltigen Wellen zurück […].“[885] Die aus dem ‚Nachkrieg‘ in Ostmitteleuropa heimkehrenden ‚Freikorps‘-Angehörigen popularisierten entsprechende Deutungsmuster.[886] Auch bezüglich der v.a. aus Afrika stammenden französischen Kolonialsoldaten, die im Rheinland stationiert waren, existierten fast wortgleiche Metaphern.[887] Bemerkenswert ist dabei, dass Ansiedler auch polnischerseits „einen echten Schutzwall gegen die gefährlichen deutschen Verschwörungen“ bilden sollten.[888] Die Sozialfigur des Siedlers war somit kein deutsches Spezifikum, wohl aber ein zeittypisches.
Ironischerweise wurde dem DO aber genau das Gegenteil vorgeworfen, nämlich „Ansiedler wurzellocker zu machen […].“[889] Hinter dieser völkischen Metaphorik verbarg sich nicht nur das für die damalige Zeit übliche Hohelied auf das ‚Deutschtum‘, sondern auch das Bild des ‚fest mit seiner Scholle verbundenen Bauern‘. Deutlich kommen hier Ideologeme zum Vorschein, die ebenfalls auf die geistige Nähe zu ‚pangermanistischen‘ Konzepten hindeuten und bereits Ende des 19. Jahrhunderts im deutschen Kaiserreich entwickelt wurden. Die Kernthese dieser Konzepte plädierte für ländliche Siedlungen selbstständiger deutscher Bauern, die in Ostmitteleuropa ‚Lebensraum‘ für Deutsche schaffen sollten. Eben jene Bauern galten als die ‚eigentliche‘, ‚gesunde‘ Basis eines deutschen Imperiums.[890] Zugleich seien eben jene ‚gesunden, deutschen‘ Bauern in der pangermanistischen Vorstellungswelt eben noch nicht mit den Folgeerscheinungen der ‚zweiten Moderne‘ ‚infiziert‘ worden, worunter besonders die Folgen von Urbanisierung, Kapitalismus oder auch Industrialisierung

884 Vgl. für weitere Beispiele Harvey: Pilgrimages to the „Bleeding Border“, S. 207, S. 209, S. 215, S. 217 und S. 221; Ludwig: Die nationalpolitische Bedeutung der Ostsiedlung, S. 161-167; Niendorf: Minderheiten an der Grenze, S. 324.

885 Lüdtke, Franz: Ostmark und Volkshochschule. (= Heimatbücher der Freien Ostmärkischen Volkshochschule Heft 3). 2., teilweise geänderte Aufl. (1. Aufl. 1920). Berlin o. J. [ca. 1921], S. 6. Wenig später wird vor einer angeblich durch Polen „drohenden Ueberflutung“ (ebd., S. 10) bzw. einer „slavischen Welle“ (ebd., S. 11) gewarnt. Vgl. dazu Drummond: „Einen kräftigen Damm […]“, S. 105 f.; Harvey: Pilgrimages to the „Bleeding Border“, S. 207.

886 Siehe Theweleit: Männerphantasien, Bd. 1. Siehe außerdem zur Deutung dieses Werkes Reichardt: Klaus Theweleits „Männerphantasien“. Vgl. auch Nietzel: Im Bann des Raums, S. 33.

887 Vgl. Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 172 und S. 205.

888 Zitiert nach Niendorf: Minderheiten an der Grenze, S. 239.

889 Entwurf an den Vorstand des Deutschen Ostbundes [undatiert, ca. April 1922] (Abschrift), in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 348: Verhandlungen zwecks Zusammenführung von D.O.V. und D.O., unpaginiert.

890 Vgl. Sweeney: Pan-German Conceptions of Colonial Empire, S. 265 f., S. 268 und S. 279 f.; Wolter: „Volk ohne Raum“, S. 95 f. und S. 106 f., ferner Drummond: „Einen kräftigen Damm […]“, S. 107 ff.

verstanden wurde.[891] Entsprechende romantisierende Vorstellungen waren ebenso Gemeingut bezüglich der deutschen Siedler und Siedlerinnen in Afrika.[892]

2.3.2. Ziel beider Verbände: der Siedlungskolonialismus

Sowohl der DO als auch die DKG glichen sich darin, wenigstens den größten Teil der ehemals von Deutschen beherrschten Gebieten in Ostmitteleuropa sowie besonders in Afrika wiedererlangen zu wollen. Auch einte sie der Wunsch nach der alten imperialen Macht, die rückblickend in den hellsten Tönen gezeichnet wurde,[893] und nach ‚nationaler Ehre' und Größe. Nach dem Ersten Weltkrieg war kaum mehr die Rede von den vielfältigen Problemen, die noch die kolonialen Diskussionen des Kaiserreichs prägten. Vielmehr wurden die Kolonien romantisch verklärt.[894] Ebenfalls glichen sich beide darin, dass sie eben nicht nur die ehemaligen deutschen Gebiete wiedererlangen wollten, sondern sich der Fokus teilweise verschob, vor allem aber erweiterte. Aber bezogen sich diese Wünsche zugleich auch auf die dort lebende Bevölkerung? Illustrieren lässt sich dies bei Heinrich Schnee, demzufolge der Verlust bzw. die Neuaufteilung der Kolonien zu zahlreichen Problemen geführt habe. Das wichtigste Problem für ihn sei die Überbevölkerung – in Europa(!). Er schrieb:

> „Ein Überblick über die *Verteilung der Kolonien* auf die verschiedenen Kolonialmächte läßt erkennen, daß sie keineswegs im Einklang steht mit den Bevölkerungsverhältnissen [H. i. O., RF]. England […] hat ungeheure besiedlungsfähige Länder zur Verfügung, wie insbesondere Kanada und Australien, die noch ein Vielfaches der gegenwärtigen *weißen* Bevölkerung aufzunehmen vermögen. […] Außerdem besitzt England viele ausgedehnte tropische Kolonialländer von gewaltigen Möglichkeiten der Rohstofferzeugung, deren volle *Nutzbarmachung* gleichfalls über die Leistungsfähigkeit des englischen Volkes hinausgeht. […] Das einzige große Volk, das gegenwärtig von eigenem Kolonialbesitz völlig ausgeschlossen ist, ist das deutsche Volk. Unser Vaterland besitzt eine weit größere Bevölkerung als aus dem eigenen Boden ernährt werden kann. […] Ohne die Erweiterung unserer zu schmalen Bodengrundlage durch überseeischen Besitz ist nicht abzusehen, wie das deutsche Volk auf die Dauer erhalten werden kann. […] Aus der Nichtübereinstimmung der

[891] Vgl. ebd.; Breuer: Die Völkischen in Deutschland, S. 11 ff.
[892] *Siehe S. 56, S. 141, S. 183, S. 233 und S. 237.*
[893] *Siehe Kap. 2.3.7.*
[894] Vgl. Pogge von Strandmann: Imperialism and Revisionism, S. 92.

> Bevölkerungsverhältnisse der großen Kulturländer mit der Verteilung der Kolonialgebiete der Erde ergeben sich außerordentlich schwere Probleme. Ihre Lösung kann […] nur in der Richtung gefunden werden, daß den kopfreichen, an Menschen zunehmenden Völkern mit ungenügender Bodengrundlage ein angemessener Anteil an der Kolonisation der großen unentwickelten überseeischen Länder gewährt wird [H. d. A., RF].“[895]

Nach dem Zweiten Weltkrieg sollte sich diese Perspektive um 180 Grad drehen. Bis dahin galt Afrika als „*unter*völkerter Raum [H. i.O., RF].“[896] Durch die imperialistsiche Verbesserung in den Bereichen Technologie, Medizin und Hygiene[897] galt seit den frühen 50er Jahren nunmehr Afrika als ‚überbevölkert‘.[898] Es bedürfe, so Schnee, gerade in Zeiten der ‚Überbevölkerung‘ Deutschlands deutscher Kolonien, um „die Möglichkeit für Deutsche zur Niederlassung in eigenem deutschen überseeischen Gebiet“ zu schaffen.[899] Mit dieser Argumentation betrat Schnee keineswegs Neuland, sondern knüpfte an sehr alte Argumente bereits aus der präkolonialen Diskussion des Kaiserreichs an. Bereits hier galten vor dem Hintergrund der malthusianischen Bevölkerungslehre Deutschland als tendenziell überbevölkert.[900] Allerdings war der Kontext in diesem Falle ein gänzlich anderer als noch ungefähr 50 Jahre zuvor. Während nach dem Ersten Weltkrieg vor allem die Gebietsabtretungen und erst nachgeordnet der Verlust der (ohnehin vergleichsweise dünn besiedelten) deutschen Kolonien zeitgenössisch zu einer „Raumnot“ geführt habe,[901] waren im frühen Kaiserreich langfristige sozialhistorische Prozesse für einen relativen Bevölkerungszuwachs verantwortlich. Am Wichtigsten hierfür war der Übergang von einer agrarisch zu einer industriell geprägten Gesellschaft.[902] Die Geburtenrate blieb vergleichsweise stabil, während die Sterberate zurückging; die Säuglingssterblichkeit ging

---

895 Schnee, Heinrich: Neuzeitliche Kolonialpolitik, in: Harms, Bernhard (Hg.): Volk und Reich der Deutschen. Vorlesungen gehalten in der Deutschen Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung. 3 Bde. Bd. 3: Weltpolitische Gestaltungstendenzen, das Schrifttum. Berlin 1929, S. 106-133, hier S. 132 f. Vgl. auch Rwankote: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik, S. 69; Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. [19].

896 Laak: Afrika vor den Toren, S. 104.

897 Vgl. ebd., S. 111.

898 Siehe Frey: Experten, Stiftungen und Politik; vgl. auch Dinkel/ Greiner/ Methfessel: „Murder of a European“, S. 234 f. Auch der DO malte die vermeintliche Gefahr einer Überbevölkerung mit all seinen bevölkerungs- und vor allem ‚deutschtumspolitischen‘ Folgen an die Wand. Siehe Pischke, Hermann: Wir siedeln oder wir sinken! Ein Weckruf an das deutsche Volk! Berlin 1926.

899 [Schnee, Heinrich]: Warum Deutschland Kolonien haben muss, 1930 [Im Folgenden zitiert als: Schnee: Warum Deutschland Kolonien haben muss], in: GStA PK, VI. HA: Nachlässe, Nl. Heinrich Schnee, Nr. 24: Heinrich-Schnee-Archiv. Bd. 2: Aufzeichnungen, Berichte Nr. 27-72, Bl. 1-Bl. 10, hier Bl. 1.

900 Vgl. Jureit: Das Ordnen von Räumen, S. 127 f. Ebd. beobachtet die Autorin sehr treffend: dieses vermeintliche naturwissenschaftliche „Bevölkerungsgesetz gehörte in der deutschen Kolonialbewegung des ausgehenden 19. Jahrhunderts zur ideologischen Grundausstattung.“ Vgl. auch ebd., S. 262 f.

901 Jureit: Ordnungen des politischen Raumes.

902 Vgl. Bade: Die „Zweite Reichsgründung“ in Übersee, S. 189. Dort auch das folgende Zitat.

zurück und das durchschnittliche Lebensalter stieg. Erst später setzte phasenverschoben der Absturz der Geburtenkurve im Vergleich zur Sterbekurve ein und zeigte so das Erreichen einer industriellen Bevölkerungsstruktur an. „Daß die Bevölkerungsexplosion […] eine dramatische Übergangsphase auf dem Weg zu neuer Stabilität war, mußte dem zeitgenössischen Bewusstsein verschlossen bleiben.“ Zugleich wurde gegen Ende des Jahrhunderts die Auswanderungs- zu einer Einwanderungsfrage.[903]

Afrika galt auf der anderen Seite als „für europäische Begriffe über alle Vorstellung hinaus [als] dünn bevölkert [...].“[904] Dahinter verbarg sich mit dem juristischen Begriff des „Terra Nullius“ („Niemandsland“) die ideologische Rechtfertigung des Siedlungskolonialismus.[905] Jureit macht auf einen kaum zu überschätzenden Punkt aufmerksam:

> „Die rechtliche Architektur der kolonialen Territorialisierung korrespondierte mit den Anschauungs-, Beobachtungs- und Erschließungsformen der Kolonialisierenden […]. Die Europäer erkundeten Afrika entlang von Routen und deren kartographische Verarbeitung erzeugte ein von weißen Flächen und schmalen Linien dominiertes Kartenbild. […] Diese Fiktion wurde nicht nur zu einem zentralen Wahrnehmungsmuster kolonialer Expansion, sie unterfütterte auch den Anspruch, bevölkerungsstarke, kulturell hoch entwickelte Staaten verfügten allein schon wegen ihres hohen Nahrungs- und Ressourcenbedarfs über ein natürliches Recht auf koloniale Landnahme.“[906]

Die bereits Mitte des 19. Jahrhunderts geläufige Klage über deutsche Migranten und Migrantinnen als „Völkerdünger“ war zwar auch in der Weimarer Republik präsent.[907] Allerdings spielte sie im Vergleich zu jener der Überbevölkerung Deutschlands eine völlig nachgeordnete Rolle.[908] Neben diesen bevölkerungspolitischen wurden nationalistische[909] sowie wirtschaftliche Argumente geltend gemacht. Im Grunde lassen sich die Argumente des

---

903 Vgl. Conrad/ Osterhammel: Einleitung, S. 25.

904 Die wesentlichen Gründe der Gegner einer aktiven deutschen Kolonialpolitik und ihre Widerlegung, in: PA AA, R 28601: Büro Reichsminister, Akten betreffend: Kolonien, Bd. 2: 28.1.1930-16.7.1935, Bl. D625800-Bl. D625804, hier Bl. D625802.

905 Vgl. Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 210; Wolter: „Volk ohne Raum“, S. 64 f.

906 Jureit: Das Ordnen von Räumen, S. 24; vgl. auch ebd., S. 118-126.

907 Vgl. DKG-Vizepräsident von Lindequist an den Reichskanzler Brüning; Berlin, den 30.4.1932 (Abschrift), in: BArch, R 1001, Nr. 9698: Auswärtiges Amt, Abteilung Pol. X, Akten betreffend: Deutsche Kolonialgesellschaft, Bd. 7: Sept. 1931 bis 1937, Bl. 1 f., hier Bl. 1; Rüger: Die kolonialen Bestrebungen, S. 259 f.

908 *Siehe*

909 So gehörte die Verquickung von Koloniebesitz mit der Frage nach der ‚Ehre der Nation‘ seit dem Kaiserreich zu den gängigen Argumenten der Koloniallobby. Vgl. Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles, S. 100 und S. 112; Rüger: Die kolonialen Bestrebungen, S. 259; Thum: Mythische Landschaften, S. 194; Siehe aber v.a. Smith: Colonialism and the culture of respectability.

Kolonialrevisionismus immer wieder auf eine dieser drei Argumentationslinien zurückführen.[910] Alle Argumente waren darüber hinaus bereits im Kaiserreich bereits in ähnlicher Form ventiliert worden.[911] So lautete beispielsweise das wirtschaftspolitische Argument, dass es durch den Verlust der Kolonien an Absatzmärkten, Produktionskapazitäten sowie Anbauflächen für Agrarprodukte mangele, die „von stets wachsender Bedeutung gewesen [seien].“[912] Dieser Euphemismus verdeckte freilich, dass (nicht nur) die deutschen Kolonien ein immenses Zuschussgeschäft darstellten.[913] Zugleich seien für die Rolle der Kolonien als wirtschaftlicher Soll-Posten vor allem deren späte Inbesitzname durch Deutschland ursächlich, während nunmehr in „ähnlich gearteten zentralafrikanischen Kolonien“ ein bedeutender wirtschaftlicher Aufschwung eingesetzt habe.[914] Dies könne aufgrund von Klima, Böden sowie den Bevölkerungsverhältnissen nicht bezweifelt werden. Es sei nunmehr so, dass es sowohl in Südwestafrika als auch

> „in den Höhengebieten Ostafrikas […] ausgedehnte[,] für *europäische Siedlung[en]* geeignet[e] Gebiete [gäbe, die] Raum nicht bloss für die *gegenwärtige Bevölkerung*[,] sondern in allmählicher Entwicklung für zehntausende und später Hunderttausende von *Weissen* bieten werden [H. d. A., RF].“[915]

Der Rekurs auf jene „Höhengebiete[] Ostafrikas“ kam dabei nicht von ungefähr, wie der Afrikahistoriker Wirz es an einem anderen Beispiel verdeutlicht hat. In der zeitgenössischen Wahrnehmung sorgte die Höhenlage im Unterschied zum Regenwald z.B. für frischere, trockenere Luft und weniger Erkrankungen.[916] Perspektivisch orientierte die u.a. mit dem britischen Empire befasste Abteilung des AA auch noch auf Kamerun als Siedlungsgebiet. Insgesamt bewegten sich diese Gedanken noch ganz im Rahmen der Diskussionen um

---

910 Bereits für die präkoloniale Agitation im Kaiserreich fasst Bade die dortigen Argumente zusammen „zum Allheilmittel der kolonialen Expansion“. Bade: Die „Zweite Reichsgründung“ in Übersee, S. 199; vgl. auch ebd., S. 183-186, S. 193 ff. und S. 198-201.

911 Vgl. Fröhlich: Das lange Scheitern, S. 235 f.; Pogge von Strandmann: Imperialism and Revisionism, S. 97.

912 Schnee: Warum Deutschland Kolonien haben muss (a. a. O.), Bl. 1.

913 Ebd., Bl. 6. Schnee macht dafür die „Befriedung des Landes“ sowie die „Schaffung von Verkehrswegen“ als Problemfelder kolonialer ‚Entwicklung‘ aus. Für die Kolonien als Zuschussgeschäft siehe Schinzinger: Die Kolonien und das Deutsche Reich.

914 Schnee: Warum Deutschland Kolonien haben muss (a. a. O.), Bl. 7 f. Auch das folgende Argument ebd.

915 Ebd., Bl. 8. Vgl. zur konkreten Siedlungspolitik v.a. Hinnenberg: Die deutschen Bestrebungen zur wirtschaftlichen Durchdringung Tanganyikas, S. 90-213; Rwankote: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik, S. 155-208.

916 Siehe zeitgenössisch hierzu Däubler, C.: Über die Berechtigung der Anlage von Höhensanatorien in den Tropen, auch mit Rücksicht auf die neuesten Ergebnisse der Malariaforschung, in: Geographische Zeitschrift 5 (1899) 12, S. 671-678.

mögliche ‚weiße' Siedlungsgebiete des späten Kaiserreichs.[917] So bemerkte man im August 1930 hoffnungsvoll, „dass mit fortschreitender Kultivierung des Landes eine solche Verbesserung der hygienischen Verhältnisse erreicht wird, dass auch Weiße in größerer Zahl sich dort ansiedeln könnten."[918] Mittels des medizinisch-technischen Fortschritts hoffte man, endlich jene tropischen Gebiete zu Siedlungskolonien machen zu können, deren massenhafte Besiedlung durch ‚Weiße' im Kaiserreich noch für unmöglich gehalten wurde.[919]
Widerstand kam dabei von der britischen Regierung, die ihre ostafrikanischen Kolonien zusammenfassen wollte.[920] Auch gab es eine Minderheit in der DKG, die in Fortführung entsprechender Diskussionen der Vorkriegszeit es lieber gesehen hätte, wenn man sich stattdessen um die portugiesischen Kolonien in Westafrika bemüht hätte.[921] All diese Ziele blieben Wunschträume: sowohl in Südwest- als auch in Ostafrika werde es keine deutschen Kolonien mehr geben, machte die britische Regierung gegenüber dem AA klar: beides sei „vollkommen indiskutabel".[922] Streit gab es aber auch innerhalb der Koloniallobby über Art und Umfang der Siedlungsprojekte, wobei es zwei Konzepte gab. Einerseits eine stark völkisch-kleinbäuerlich geprägte Richtung,

> „die ‚neue Volksgemeinschaften' in Übersee gründen wollte[] und deshalb die widerstandsfähige, weil weitgehend autarke und von Lohnarbeitern unabhängige kleinbäuerliche Familienwirtschaft propagierte[], und [andererseits jene, RF], die diese Wirtschaftsform wegen ihrer geringeren Leistungsfähigkeit ablehnten und statt dessen die konkurrenzfähige, kapitalintensive, betriebswirtschaftlich und technisch durchrationalisierte Pflanzung mit Exportkulturen und einer großen Zahl von Lohnarbeitern für die einzig

917 Vgl. Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 160 und S. 165; Rüger: Die kolonialen Bestrebungen des deutschen Imperialismus, S. 883.

918 [Denkschrift der Abteilung III (Kolonialabteilung):] Unsere kolonialen Ziele; Berlin, den 4.8.1930, in: PA AA, R 28601: Büro Reichsminister, Akten betreffend: Kolonien, Bd. 2: 28.1.1930-16.7.1935, Bl. D625724-Bl. D625729, hier Bl. D625728. Siehe zu Kamerun als Ziel deutscher Siedlungspolitik Joseph: The German Question in French Cameroon.

919 Vgl. Kundrus: Moderne Imperialisten, S. 45 f. und S. 162-173; Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 72 f.; Jureit: Das Ordnen von Räumen, S. 128; Bade: Die „Zweite Reichsgründung" in Übersee, S. 205; Fröhlich: Das lange Scheitern, S. 237.

920 Vgl. Rwankote, Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik, S. 209-236; Die ostafrikanischen Föderationspläne Großbritanniens; Berlin, den 16.12.1930, in: PA AA, R 28601: Büro Reichsminister, Akten betreffend: Kolonien, Bd. 2: 28.1.1930-16.7.1935, Bl. D625780-Bl. D625783. Die deutschen Expansionsvorstellungen für Ostafrika sind in der älteren Forschung vergleichsweise intensiv untersucht worden, aber leider nicht publiziert worden. Siehe nochmals hierzu Rwankote: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik; Hinnenberg: Die deutschen Bestrebungen zur wirtschaftlichen Durchdringung Tanganyikas.

921 Vgl. Crozier: Imperial Decline, S. 217-221; Pogge von Strandmann: Imperialism and Revisionism, S. 116, Anm. 38. Siehe zu den deutsch-britischen Diskussionen Zimmerer: Das portugiesische Kolonialreich.

922 Dieckhoff: Deutsche koloniale Ziele; Berlin, den 16.12.1930, in: PA AA, R 28601: Büro Reichsminister, Akten betreffend: Kolonien, Bd. 2: 28.1.1930-16.7.1935, Bl. D625792-Bl. D625796, hier Bl. D625793.

sinnvolle, weil der modernen Wirtschaftsentwicklung entsprechende Form der Siedlung hielten."[923]

In diesen Diskussionen ging es vor allem um die Richtung und die Folgekosten der Modernisierung. Oder, anders ausgedrückt: es war eine Auseinandersetzung zwischen den Verfechtern einer rückwärtsgwandten „Bauernideologie" und denen einer modernen, kapitalistischen Wirtschaftsweise.[924] Die DKG favorisierte tendenziell eher die erstgenannte Siedlungs- und Wirtschaftsweise und plädierte für kleinbäuerliche Siedlungen.[925] So plädierte sie in den ehemaligen sowie den zukünftigen Kolonien für „die Schaffung einer bodenständigen deutschen Kultur und Wirtschaft".[926] Zugleich warnte sie davor, dass die dortigen deutschen Siedlerinnen und Siedler „fremden Einflüssen" erliegen könnten oder gar einer „fremden Verschmelzungspolitik" unterworfen werden könnten. Sie griff mit dieser Furcht vor Assimilation[927] einerseits eines der Grundmomente des Nationalismus auf.[928] Andererseits befürchtete sie damit etwas, was andererseits beispielsweise der DOV oder auch der DO von der polnischen Minderheit in Deutschland schlichtweg erwartet wurde.[929]
Diese Unterschiede einmal beiseite gelassen, entsprach die Wahl solcher Siedlungsgebiete dem eurozentrischen Herrschaftsverständnis, nämlich unbedingt an der Spitze der sozialen Hierarchie der kolonialen Herrschaftsverhältnisse stehen zu wollen.[930] So sollte Südwestafrika nun wieder zu einem „Land des weißen Mannes", einem „Land mit wesentlich deutschem Charakter über See" werden, bemerkte der DKG-Vorsitzende Seitz im März 1925.[931] Er verknüpfte in einer Denkschrift an das AA die deutsche Siedlungsmigration in dieses Gebiet mit einem gemeinsamen Anliegen der europäischen Kolonialmächte: der Festigung ihrer

---

923 Hinnenberg: Die deutschen Bestrebungen zur wirtschaftlichen Durchdringung Tanganyikas, S. 148.
924 Ebd., S. 149.
925 Vgl. DKG-Vizepräsident von Lindequist an den Reichskanzler Brüning; Berlin, den 30.4.1932 (Abschrift), in: BArch, R 1001, Nr. 9698: Auswärtiges Amt, Abteilung Pol. X, Akten betreffend: Deutsche Kolonialgesellschaft, Bd. 7: Sept. 1931 bis 1937, Bl. 1 f., hier Bl. 2.
926 Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 86. Auch die folgenden Zitate ebd.
927 Vgl. ebd., S. 88 ff. und S. 94.
928 Vgl. Langewiesche: Nationalismus als Pflicht zur Intoleranz, S. 289.
929 *Siehe S. 257.*
930 Vgl. Wirz: Innerer und äußerer Wald, S. 38. Ausführlich hierzu Sunseri: Working in the Mangroves and Beyond.
931 [Denkschrift von Theodor Seitz an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schubert; betrifft: Behandlung der kolonialen Frage; Berlin, den 3.3.1925] [Im Folgenden zitiert als: Denkschrift von Seitz vom 3.3.1925], in: PA AA, R 29433: Büro Staatssekretär, Akten betreffend: Kolonialfragen (Mandatgebiete), Bd. 1: 6.4.1924-22.6.1926, Bl. E187011-Bl. E187023, hier Bl. E187016. Vgl. dazu auch: Richtlinien unserer Kolonialpolitik [Berlin, den 10.11.1924], in: ebd., Bl. E187034-Bl. E187042, hier Bl. E187039.

rassistischen Vorherrschaft.[932] Nachdem er kurz die zurückgehende „weiße“ und ein Anwachsen der „farbige[n] Bevölkerung“ konstatierte, folgerte er daraus: „Wollen die Weissen die Herrschaft behalten, so bedarf es einer andauernden Zuwanderung weißer Elemente.“[933] Insgeheim solle man aber dennoch die Konflikte zwischen „Engländertum“ und „Burentum“ ausnutzen.[934] Der Appell an den Rassismus der anderen Kolonialmächte war in diesem Falle also ein Mittel für den eigenen nationalen Vorteil.[935] Eine Absage erteilte die DKG den ohnehin dürftigen Ansätzen einer ‚inneren Kolonisation‘, wie sie neben vielen anderen Stellen auch der DO versuchte.[936] 1930 forderte sie in ihrem „Wahlbrevier“:

> „Planmäßige Binnensiedlung kann nicht das Grundübel der Überbevölkerung des deutschen Raumes beseitigen. Hierzu bedarf es neuer Siedlungsräume in engster nationaler und wirtschaftlicher Zusammengehörigkeit mit dem Stammland. Solche Siedlungsräume stehen uns nur in den Kolonien zur Verfügung […].“[937]

Hier lassen sich exemplarisch die Schnittmengen zwischen DKG und deutschem Faschismus aufzeigen. Einig war man sich völlig in der Notwendigkeit „neuer Siedlungsräume“ – wo diese allerdings liegen sollten, darüber gab es letztlich unüberbrückbare Differenzen.[938] Auf der anderen Seite warnte wenig später auch der DO vor einem „ziellosen Imperialismus“ und einer „zwecklosen Weltmachtpolitik“–[939] gemeint waren damit die Übersee-Expansionen. Allerdings bezogen sich erstens beide Verbände niemals direkt aufeinander.[940] Zweitens wurde diese Konkurrenz außenpolitischer Expansionskonzepte erst in der Zeit der Präsidialkabinette virulent, als die NSDAP zunehmend von beiden Verbänden als die kommende politische Kraft ausgemacht und umworben wurde.[941]

Insgesamt lassen sich Deutungen wie der ‚Überbevölkerung‘ oder auch des ‚Raumschwundes‘ aufs Engste mit zwei langfristigen Prozessen in Verbindung bringen.

---

932 Vgl. Dinkel/ Greiner/ Methfessel: „Murder of a European“, S. 219 f. und S. 236 f.; Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 186.

933 Denkschrift von Seitz vom 3.3.1925 (a. a. O.), Bl. E187016.

934 Ebd., Bl. E187017. Vgl. auch Kundrus: Moderne Imperialisten, S. 103 f.

935 Vgl. Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 214 f.

936 Vgl. allgemeiner zu diesen Ansätzen Ludwig: Die nationalpolitische Bedeutung der Ostsiedlung, S. 38-99; *siehe zur Siedlungspolitik des DO S. 156 f.*

937 Koloniales Wahlbrevier der DKG; Berlin, den 15.8.1930 [Im Folgenden zitiert als: Koloniales Wahlbrevier], in: BArch, R 1001, Nr. 9697: Auswärtiges Amt, Abteilung III K[1], Akten betreffend: Deutsche Kolonialgesellschaft, Bd. 6: Januar 1927 bis August 1931, Bl. 1-Bl. 24, hier Bl. 18.

938 *Siehe S. 318.*

939 Lüdtke, Franz: Ostmark und Aufbruch. (= Flugschriften des Arbeitsringes für ostdeutsches Schrifttum Heft 1). Oranienburg/ Berlin o. J. [1932], S. 8.

940 *Siehe zu den Gründen hierfür S. 331 ff.*

941 *Siehe S. 197 f. und S. 295-303.*

Einerseits war bereits der preußische König Friedrich II. der Ansicht, sein Land bedürfe der polnischen Teilungsgebiete, um europäische Großmacht werden zu können.[942] Zu diesem imperialen Aspekt trat im 19. Jahrhundert ein weiterer hinzu. Jureit resümiert treffend:

> „Die enge Verzahnung von Industrialisierung, Bevölkerungszunahme, Arbeitsmigration und Urbanisierung korrespondierte dabei mit einem zirkulären Verflechtungsgeschehen, das seine Stabilität aus der Dichte der ihm zugrundeliegenden Austauschprozesse gewann. Dieses Beziehungsgeflecht wurde als ein raumgreifender Strukturwandel wahrgenommen, der sich immer stärker zu verdichten schien, sodass Metaphern wie die vom Raumschwund die räumliche Dimension industriellen Wandels akzentuierten. […] [D]er gefühlte Verlust von Raum gehörte in Deutschland zu den entscheidenden Antriebskräften einer […] kolonialen Landnahme.“[943]

Durch die Gebietsabtretungen sowie den Verlust der Kolonien wurden entsprechende Deutungsmuster also keineswegs neu entwickelt, wohl aber reaktualisiert und radikalisiert.[944] Vor diesem Hintergrund erschien nicht nur in den beiden Verbänden „die Weimarer Republik als allenfalls provisorischer Staat mit einem eklatanten Raumdefizit […].“[945]
Um dem Abhilfe zu verschaffen, hatte beispielsweise die DKG klare Präferenzen, welche Gebiete möglichst wieder deutsche Kolonien werden sollten. Dazu zählte explizit nicht die Wiedererlangung der ehemaligen Kolonien im pazifischen Ozeanien.[946] Die dort nun tätigen Mandatsmächte Japan, Neuseeland und Australien seien von „Expansionslust beseelt“ und militärisch könne Deutschland ohnehin nichts ausrichten.[947] Nur vereinzelt gab es um 1930 Forderungen in der DKG-Publizistik, sich wieder um diese Kolonien zu bemühen. Allerdings dürfte es sich hier um ein taktisches Argument handeln, da vor dem Kontext einer erstarkenden NSDAP, die für den Verband mehr und mehr zum Bündnispartner avancierte, jeder Hauch von „‚Verzichtspolitik‘“ nunmehr unbedingt zu vermeiden sei.[948]

---

942 Vgl. Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 339.
943 Jureit: Das Ordnen von Räumen, S. 22 f.; vgl. auch ebd., S. 50-73.
944 Vgl. ebd., S. 25 ff., S. 244 und S. 257.
945 Ebd., S. 250.
946 Vgl. Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. [60 f.].
947 Das sah auch das AA so. Statt ihre Wiedergewinnung zu betreiben, solle man auf dem Weg über bilaterale Verhandlungen mit den Mandatsmächten des Völkerbundes diese Gebiete als Verhandlungsmaße einsetzen, um an anderen Stellen „handelspolitische Vorteile“ erreichen zu können. Vgl. Kastl: Bemerkungen zur Kolonialfrage; Paris, den 5.4.1929 (Abschrift), in: PA AA, R 29435: Büro Staatssekretär, Akten betreffend: Kolonialfragen, Bd. 3: 4.4.1929-18.2.1930, Bl. E187322-Bl. E187327, hier Bl. E187322 f.
948 Zitiert nach Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 129.

Als neidvoll beargwöhntes Vorbild für Kolonialbesitz galt dabei in der Weimarer Republik immernoch das britische Empire:[949] „In welcher Lage würde England gegenwärtig sein, wenn es keine Kolonien besäße?“[950] Das Empire besitze folglich all das, was das deutsche Reich nunmehr nicht mehr besäße. Kolonien würden außerdem dabei helfen, dass Deutschland seine Reparationen an die ehemaligen Kriegsgegner besser zurückzahlen könne.[951] Rüger bemerkt hierzu, dass diese Forderung erst nach dem Inkrafttreten des Dawes-Plans[952] am 1.9.1924 aktuell wurde, als die Kolonialfrage nicht mehr zugunsten der Reparationsfrage zurückgestellt werden musste.[953] Zugleich wurde seitdem die Forderung nach der Aufnahme in den Kreis der Mandatsmächte des Völkerbundes erhoben.[954] Das Ziel sei die koloniale „Revision über den Völkerbund.“[955] Zu diesem Zweck wurden von der KORAG in Kooperation mit staatlichen und privaten Interessenten gemeinsame „Richtlinien unserer Kolonialpolitik“ erarbeitet und im November 1924 verabschiedet.[956] Gültigkeit behielten sie bis in die ersten Jahre des Faschismus. Zum ersten Mal tauchte hier der Gedanke auf, nicht mehr starr an der Rückgabe der einstigen deutschen Kolonien festzuhalten, sondern andere Gebiete Afrikas vom allem mit Blick auf ihre Verwendung für deutsche Siedlungskolonien ins Auge zu fassen und durch Siedlungskolonialismus für die deutschen Kolonialforderungen zu ‚erschließen‘.[957]

---

949 Siehe Epkenhans: Aspekte des deutschen Englandbildes. Vgl. auch Bade: Die „Zweite Reichsgründung“ in Übersee, S. 195-198; Fröhlich: Das lange Scheitern, S. 224 f. Ein besonderes Beispiel für den deutschen Neid auf die britische Machttechnik der ‚indirect rule‘ finden sich bei: Heinrich Schnee an den Reichsaußenminister Curtius; Berlin, den 12.8.1930, in: PA AA, R 28601: Büro Reichsminister, Akten betreffend: Kolonien, Bd. 2: 28.1.1930-16.7.1935, Bl. D625742-Bl. D625746.

950 Schnee: Warum Deutschland Kolonien haben muss (a. a. O.), Bl. 3.

951 Vgl. ebd., Bl. 8 f.; Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 73 ff.; Eberhardt: Zwischen Nationalsozialismus und Apartheid, S. 136 f.; Rüger: Der Kolonialrevisionismus, S. 269 f.; Müller: Die Zentralbank – eine Nebenregierung, S. 24 f.; Schubert: Der schwarze Fremde, S. 335; Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 95, S. 98 und S. 124; Koloniales Wahlbrevier (a. a. O.), Bl. 20.

952 Vgl. zu diesem Vertragswerk allgemein Krüger: Die Aussenpolitik, S. 229-242; zu dessen kolonialrevisionistischen Implikationen Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 73 f.; Pogge von Strandmann: Imperialism and Revisionism, S. 97 f.

953 Die letztgenannte Frage wurde vor allem durch die seit 1923 durch französische und belgische Truppen erfolgte Ruhrbesetzung zu der Zeit wieder virulent. Vgl. Eberhardt: Zwischen Nationalsozialismus und Apartheid, S. 139.

954 Vgl. Rüger: Die kolonialen Bestrebungen, S. 251 und S. 267; (ders.): Der Kolonialrevisionismus, S. 258 ff.; Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. [61 ff.] und S. 117 f. Vgl. auch zur propagandistischen ‚Begleitmusik‘ Crozier: The Colonial Question, S. 45 f. und S. 50 f. Einen kurzen Abriss zur Geschichte dieses Mandatssystems bietet Laak: Imperiale Infrastruktur, S. 201 f.

955 Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 69; vgl. auch ebd., S. 69-72. *Siehe dazu auch S. 270 f. und S. 297 f.*

956 Richtlinien unserer Kolonialpolitik [Berlin, den 10.11.1924], in: PA AA, R 29433: Büro Staatssekretär, Akten betreffend: Kolonialfragen (Mandatgebiete), Bd. 1: 6.4.1924-22.6.1926, Bl. E187034-Bl. E187042.

957 Vgl. Rüger: Der Kolonialrevisionismus, S. 260 f.; Eberhardt: Zwischen Nationalsozialismus und Apartheid, S. 131 f.

Propagandistisch damit an die Öffentlichkeit trat man auf der ersten Kolonialausstellung seit dem Kriegsende,[958] der „Kolonialen Woche“ in Berlin im Frühling 1925.[959] In den Geleitworten zu dieser Kolonialausstellung wurden alle Kernargumente für die spätere Diskussion artikuliert. Stresemann schrieb: „Die Kolonialfrage ist für unser, auf ein zu enges Gebiet zusammengedrängtes Volk, ohne die Möglichkeit des Bezuges der für seine Ernährung und Industrie notwendigen Rohstoffe, von größter Bedeutung.“[960] Sein kurzzeitiger Kabinettskollege, der DNVP-Wirtschaftsminister Albert Neuhaus (1873-1948), sekundierte ihm, dass es der Kolonien als Räumen der „deutschen Menschensiedlung“ bedürfe.

Nur ein Jahr danach veröffentlichte der bereits während des Ersten Weltkrieges für das Reichskolonialamt tätige Publizist Hans Grimm seinen äußerst populären Roman „Volk ohne Raum“.[961] Bereits dessen Vater Julius Grimm (1821-1911) war im Kaiserreich einer der Mitbegründer des DKV.[962] Bei der Metapher des „Volk[s] ohne Raum“ handelte es sich natürlich nicht um eine vermeintlich rein objektive Beobachtung, sondern über eine ideologisch in höchstem Maße aufgeladene zeitgenössische Deutung.[963] In dem Werk selbst zeigt sich der Autor als „nicht aufgeschlossen für die Idee eines vielgeschossigen Überbaus über eine hochindustrialisierte Gesellschaft, [stattdessen, RF] setzte [er] alleinig das Fehlen des Raums gegen die Möglichkeit einer ständisch organisierten, agrarisch orientierten Gesellschaft.“[964] Das Werk stand somit in der Kontinuität des „Bauern- und Heimatromans.“[965] Liest man den Titel konsequent ideologiekritisch, so äußern sich hier ebenso bürgerliche Ängste vor ‚Vermassung‘ und der damit verbundenen Nivellierung sozialer Unterschiede, da dem bürgerlichen Individuum der (bis dahin von ihm zumindest

---

958 Vgl. Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 427.

959 Ich folge hier und nachfolgend der Argumentationslinie Rügers, der die Implentierung der ‚Volk ohne Raum‘-These Hans Grimms in diesem Kontext als ‚top-down‘-Prozess – von der Regierung im Einklang mit der Koloniallobby initiiert – deutet, da dies von der zeitlichen Abfolge und den vorgebrachten zeitgenössischen Argumenten her am schlüssigsten erscheint. Vgl. ebd., S. 261.

960 Geleitworte der Reichsregierung und der Stadt Berlin zur Kolonialwoche 1925, in: Kolonialkriegerdank (Hg.): Deutschland braucht Kolonien! Werbebuch und Katalog für die Koloniale Ausstellung im Märchen- und Festsaal des Berliner Rathauses aus Anlaß der Kolonialen Woche [in] Berlin [vom] 30.3. [bis] 8.4.1925. Berlin 1925, S. 17 ff., hier S. 18. Auch das folgende Zitat ebd.

961 Grimm, Hans: Volk ohne Raum. München 1926. Dieser gut 1.300 Seiten starke Roman hatte bereits bis 1931 eine Auflage von 120.000 Exemplaren erlebt. Bis 1944 steigerte sich diese Zahl auf gut eine halbe Million. Vgl. Wolter: „Volk ohne Raum“, S. 59, Anm. 271; Gümbel: „Volk ohne Raum“, S. 127 f. Und selbst nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte das Werk noch bis 1975(!) eine Auflage von mindestens 783.000(!) Exemplaren. Vgl. Brehl: Vernichtung als Arbeit an der Kultur, S. 21, Anm. 55. Vgl. zur Werkinterpretation auch Jureit: Das Ordnen von Räumen, S. 266-274.

962 Vgl. Gümbel: „Volk ohne Raum“, S. 25 f. und S. 35 f.; Wolter: „Volk ohne Raum“, S. 59.

963 Vgl. Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 126 f.

964 Wolter: „Volk ohne Raum“, S. 61; vgl. auch ebd., S. 106 f.

965 Ebd., S. 61.

mitdominierte) Raum zur Entfaltung zunehmend beschnitten wird.[966] Zugleich richtete sich diese tendenziell vorindustrielle Utopie gegen die Verdichtung von Zeit und Raum mit ihren Folgen wie Industrialisierung oder Urbanisierung.[967] All diese Argumente zusammengenommen verweisen folglich *nicht* in die Zukunft, sondern *in die (verklärte) Vergangenheit*. Sie bringen „nicht nur die Zeiterfahrung des Autors, sondern einer ganzen bürgerlichen Generation" zum Ausdruck.[968] Als Ziel seiner Utopie erschien Grimm dabei Südafrika wegen seiner „geographischen Weite, geringen Bevölkerungsdichte und seinem agrarischen Charakter als Gegenteil Deutschlands."[969] Außerdem hatte er einige Jahre in dieser *britischen* Kolonie gelebt – und kaum in ‚Deutsch-Südwestafrika'.[970] Resümiert man letztlich die hier versammelten Argumente, ist das Werk „*Volk ohne Raum* […] eine recht wahllos in dieses Gebiet verlegte Betrachtung zur Dialektik der klein- und mittelbürgerlichen Geschichtserfahrung […] – nicht mehr, aber auch nicht weniger."[971]

Besonders die vergleichsweise überschaubare DKG-Jugend konnte sich für dieses Werk begeistern.[972] So popularisierte ihr Dachverband auch drei Jahre später weiter ihre kolonialen Ziele auf der „Kolonialen Sonderschau" der Internationalen Presseausstellung, kurz „Pressa" genannt, im Juni 1928 in Köln.[973] Niemand Geringeres als der damalige Kölner Oberbürgermeister und spätere erste Bundeskanzler der Bundesrepublik, Konrad Adenauer (1876-1967),[974] eröffnete diese Sonderschau mit dem Motto:

> „‚Raum ohne Volk und Volk ohne Raum'. Diese Losung, in großen Lettern an die Wand geschrieben, wurde durch die Wandfläche führende kartographische Darstellungen illustriert,

---

966 Vgl. ebd., S. 64, S. 101 f. und S. 104 ff.

967 Vgl. Jureit: Das Ordnen von Räumen, S. 8; Wolter: „Volk ohne Raum", S. 65, S. 67 und S. 100.

968 Ebd., S. 66. Völlig zu Recht wird ebd., S. 98 sowie bei Gümbel: „Volk ohne Raum", S. 64 f. auch darauf hingewiesen, dass der Begriff „Volk ohne Raum" bereits 1920 im Dialog zwischen Grimm und Arthur Moeller van den Bruck auftauchte. Wie so viele andere Begriffe und Phraseologien wie ‚Volksgemeinschaft', ‚Führerprinzip' etc. kann auch hier klar gesagt werden, dass der deutsche Faschismus für sich vereinnahmte, was vor allem bürgerlich-konservative Kreise bereits zuvor teils jahrzehntelang diskutiert hatten. Dafür spricht ebenfalls, dass Grimm während des faschistischen Regimes zwar hofiert (vgl. ebd., 185-198; Wolter: „Volk ohne Raum", S. 62 f.), allerdings verlegerisch nicht unterstützt wurde und für Hitler einer „als überholt geltenden politischen Orientierung angehörte." Ebd., S. 103. Somit hatte er als Stichwortgeber fungiert und mit dem Machtantritt des Regimes seine Funktion erfüllt.

969 Ebd., S. 62; vgl. auch ebd., S. 68 f. und S. 104.

970 Vgl. Gümbel: „Volk ohne Raum", S. 29-32.

971 Wolter: „Volk ohne Raum", S. 69.

972 Vgl. Gümbel: „Volk ohne Raum", S. 169 f.

973 Vgl. Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 108-112; Rüger: Der Kolonialrevisionismus, S. 267 f. Siehe zu dieser „Sonderschau" Bechhaus-Gerst: „Raum ohne Volk und Volk ohne Raum".

974 Siehe Horstmann: „Das deutsche Volk braucht Kolonien", bes. S. 199 ff.

> die Afrika als ‚volklosen Raum' und Deutschlands Grundfläche als angeblich zu beengt einander gegenüberstellten."[975]

Adenauer wurde im Mai 1931 zu einem der Vizepräsidenten der DKG gewählt.[976] Mit der Popularisierung des einschlägigen Romans von Grimm nahm der Verband bereits zeitig eine „‚Steigbügelhalterfunktion' für die NSDAP" ein, da diese mit ihren Raumvorstellungen daran anknüpfen konnte.[977]

Neben Zwecken der Propaganda dienten solche Kolonialausstellungen auch der symbolischen „Wiederaneignung des kolonialen Raumes".[978] Dazu bedurfte es allerdings des Weges über die Mandatskomission des Völkerbunds. Im September 1927 erfüllte sich schließlich der deutsche Wunsch: die ehemaligen Kolonialbeamten Ludwig Kastl (1878-1969)[979] sowie Julius Ruppel (1879-?)[980] erhielten den ersehnten Platz in der Mandatskommission.[981] Nachdem das allzu starre Festhalten an einer simplen Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien in Afrika bis Mitte der 20er keinerlei Resultate zeitigte, warb man nun auch beim britischen Empire und Frankreich um Unterstützung für die Mandatspläne.[982] So stellte Heinrich Schnee in diesem Sinne die vermeintlichen Vorzüge deutscher Kolonialpolitik in den Kontext des eifrigen Schülers der Machttechniken des britischen Empires:

> „In der nur dreißigjährigen Zeit deutscher Kolonialverwaltung ist sowohl in wirtschaftlicher wie in kultureller Beziehung Bedeutendes geleistet worden. […] Bei Vorhandensein von Sultanen oder sonstigen einheimischen Machthabern […] wurden Residenten eingesetzt, welche nur eine *leitende Aufsicht* ausübten. […] [In] manchen Südseeinseln, wo *anarchische Zustände* herrschten und noch keine Häuptlinge vorhanden waren, wurden solche von der Verwaltung geschaffen und mit beschränkten Befugnissen ausgestattet [H. d. A., RF]."[983]

---

975 Rüger: Der Kolonialrevisionismus, S. 268; Bechhaus-Gerst: „Wir müssen für unser Volk mehr Raum haben", S. 155.

976 Vgl. ebd., S. 273; Horstmann: „Das deutsche Volk braucht Kolonien", S. 200; Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 98.

977 Eberhardt: Zwischen Nationalsozialismus und Apartheid, S. 138.

978 Bechhaus-Gerst: „Wir müssen für unser Volk mehr Raum haben", S. 151. Vgl. dazu ebd., S. 150-155. Vgl. zu weiteren Kolonialausstellungen ebd., S. 157 f.

979 Vgl. Deutscher Wirtschaftsverlag (Hg.): Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft, Bd. 1, S. 887.

980 Vgl. ebd., Bd. 2, S. 1584.

981 Vgl. Eberhardt: Zwischen Nationalsozialismus und Apartheid, S. 134; Crozier: The Colonial Question, S. 53; (ders.): Imperial Decline, S. 217.

982 *Siehe nochmals S. 270 f. und S. 297 f.*

983 Schnee: Neuzeitliche Kolonialpolitik (a. a. O), S. 126 f.

Zentral ist dabei, dass sich solche Argumentationen *nicht* an die koloniale Bevölkerung richteten, sondern an die anderen europäischen Kolonialmächte.[984] Gegenüber der erstgenannten Gruppe wurde entweder das aus Deutsch-Ostafrika bekannte Bild des ‚treuen Askari' verabsolutiert oder aber, wo der Widerstand gegen koloniale Herrschaft stärker war, das entgegengesetzte Bild des ‚kulturlosen Wilden' bemüht. Dieses Bild zählte seit Anbeginn der Neuzeit zu den Geburtsmythen des Kolonialismus[985] und wurde breit popularisiert in der Kolonialdiskussion des Kaiserreichs.[986] Im Grunde verachtete man aber die afrikanische Bevölkerung. Diese seien unfähig zur Selbstregierung, neigten zur Barbarei und seien schlichtweg rückständig.[987] Als viel vordringlicher galt seinerzeit die Sorge um die Zukunft des ‚weißen Mannes'.[988] Insofern hatte sich in der DKG ideell nichts an den Vorstellungen über die koloniale ‚Rassenordnung' geändert, die ein liberaler Beobachter bereits 1910 kritisierte: Hier herrsche

> „eine Auffassung des sozialen Lebens […], die man in Süd-Afrika gelegentlich als ‚parallele' bezeichnet, der ein Nebeneinanderleben und -arbeiten zweier Rassen entspricht, bei dem der Weiße eine Oberschicht, der Eingeborene und Farbige eine Unterschicht darstellen, ohne, daß eine der beiden Schichten die andere jemals kreuzt […]."[989]

In wesentlich kleinerem Rahmen spielten sich zunächst die Siedlungspläne des DO ab. Dafür hatte er sich seit einem Beschluss[990] auf seiner Bundestagung 1924 mit seiner ‚Siedlungsgesellschaft' eine eigene Alternative oder vielleicht eher: eine idealisierte Kopie zu

---

984 Vgl. Fröhlich: Das lange Scheitern, S. 225. Der Autor arbeitet heraus, dass bereits die frühe Kolonialbewegung der 1880er Jahre vor allem England beeindrucken wollte und so um koloniale Zugeständnisse bei der führenden Kolonialmacht jener Zeit warb. Vgl. für die Kontinuität entsprechender Argumente Dabag: National-koloniale Konstruktionen, S. 36; Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. [22 f.], S. [25] und S. [62 f.]; Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 64.

985 Vgl. Brehl: Vernichtung als Arbeit an der Kultur, S. 18 f. und S. 23 f.

986 Vgl. Schubert: Der schwarze Fremde, S. 65-105; Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 101.

987 Vgl. Die wesentlichen Gründe der Gegner einer aktiven deutschen Kolonialpolitik und ihre Widerlegung, in: PA AA, R 28601: Büro Reichsminister, Akten betreffend: Kolonien, Bd. 2: 28.1.1930-16.7.1935, Bl. D625800-Bl. D625804, hier Bl. D625801 f.; Kundrus: Moderne Imperialisten, S. 77. Entsprechende Vorurteile lassen sich in der Publizistik bis in die 50er Jahre nachweisen. Vgl. Dinkel/ Greiner/ Methfessel: „Murder of a European", S. 234.

988 Vgl. ebd., S. 227-231; Walgenbach: „Die weisse Frau […]", S. 75 ff.; Rüger: Die kolonialen Bestrebungen, S. 245.

989 Bonn, Moritz Julius: Siedlungsfragen und Eingeborenenpolitik. Die Entstehung der Gutsherrschaft in Südafrika [Teil II], in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 31 (1910), S. 810-830, hier S. 830. Zitiert nach Hacke: Einleitung, S. 7.

990 Vgl. Entschließung zur Ostgrenzsiedlung [der Bundesversammlung des Deutschen Ostbundes], [undatiert, ca. September 1924], in: BArch, R 43 I, Nr. 1284: Reichskanzlei, Akten betreffend: Siedlungswesen, Bd. 4: 1.1.1923-31.12.1925, Bl. 177 r.

jenen gerade in seinen Publikationen so vielgepriesenen ‚Ostsiedlungen' aufgebaut,[991] die zwar rentabel wirtschaftete, allerdings bei der Akquise von geeigneten Grundstücken auf enge Grenzen ihrer Möglichkeiten stieß, da sich besonders die Großgrundbesitzer gegen solche Siedlungen aussprachen.[992] Letztendlich steckte dahinter eine Doppelmoral: einerseits beklagte man öffentlichkeitswirksam den Verlust der ‚Ostgebiete' und der dortigen ‚deutschen' Bevölkerung, andererseits versuchte man diese auch gezielt für die eigenen Siedlungsvorhaben anzuwerben und ließ sich dies von den auch noch mit hohen Beträgen entlohnen. Von Seiten des AA wurde nicht nur diese „Propaganda" scharf getadelt, sondern auch der Umstand, dass dadurch der „deutschen Schule" in Polen eben die deutschen Familien mehr und mehr entzogen würden.[993]

Zugleich sollten diese Siedlungen aber auch eine Alternative zur städtischen Not und Elend bieten, welche sich im zeitgenössischen Verständnis aufgrund der urbanen Überbevölkerung und ihren Folgen entwickelten.[994] So forderten von Tilly und Ginschel in ihren Funktionen als Bundespräsident bzw. Bundesdirektor des DO in Briefen an den Reichskanzler sowie Reichspräsidenten im September 1924, „dass ein breiter Gürtel von Bauernsiedlungen an der ostmärkischen Grenze von Oberschlesien bis zur Ostsee und in Ostpreußen angelegt wird."[995] Damit solle „dem weiteren Vordringen des Polentums ein Riegel vorgeschoben und eine systematische Grenzsicherung herbeigeführt [werden]."[996] Hier knüpften sie an die militarisierte Grenzüberwachung an, die besonders jüngere Studien für die östliche Grenze der Weimarer Republik eindrucksvoll herausgearbeitet haben.[997] Allerdings würde es zu weit greifen, diese Siedlungsprojekte und Forderungen nach der Rückkehr aufs Land (nur) als eine Ablehnungs- und Alternativbewegung zur Moderne zu deuten. Vielmehr waren schlichtweg die zeitgenössischen Hungersnöte während des Ersten Weltkriegs einfach viel zu präsent, sodass man sich zunächst „für die Sicherstellung einer ausreichenden landwirtschaftlichen

---

991 Siehe Pischke, Hermann: Wir siedeln oder wir sinken! Ein Weckruf an das deutsche Volk! Berlin 1926.

992 Vgl. Ludwig: Die nationalpolitische Bedeutung der Ostsiedlung, S. 127-156, S. 172 f. und S. 181 ff.

993 Deutsches Generalkonsulat Posen an das Auswärtige Amt; Posen, den 27.1.1927 (Abschrift), in: PA AA, R 82314, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 2: 15.8.1926-29.5.1927, Bl. 193 f., hier Bl. 194.

994 Vgl. Ginschel, Emanuel: Der Deutsche Ostbund und seine Kampfziele, in: Ostland 9 (1928) 14, S. 173 f., hier S. 174.

995 [Alfred] v. Tilly/ [Emanuel] Ginschel an den Reichskanzler in Berlin, 22.9.1924, in: BArch, R 43 I, Nr. 1284: Reichskanzlei, Akten betreffend: Siedlungswesen, Bd. 4: 1.1.1923-31.12.1925, Bl. 172.

996 (Dies.) an den Reichspräsidenten [Friedrich] Ebert, Berlin, 20.9.1924 (Abschrift), in: ebd., Bl. 173 f., hier Bl. 174.

997 Vgl. Bergien: Die bellizistische Republik; Nakata: Der Grenz- und Landesschutz in der Weimarer Republik, bes. S. 75-82 und S. 134-158.

Basis für Deutschland [einsetzte, RF].“[998] Mit einem Seitenblick auf die Frage nach afrikanischen Kolonien spielte auch für die Nazis diese Frage durchaus noch eine Rolle: „[…] wichtiger als die Zufuhr überseeischer Produkte bleibe die Möglichkeit, das deutsche Volk in Mitteleuropa in Kriegsgefahr vom eigenen Grund und Boden ernähren zu können.“[999]
Die Expansionspläne des DO dienten im Vergleich dazu nicht nur der Wiedererlangung der vormaligen Ostprovinzen, sondern waren viel weitreichender. Historisch legitimierte Lüdtke zunächst die eine zukünftige Expansion. Demnach sei „in den letzten tausend Jahren […] im Osten […] ein Fluten über *Räume von größtem Ausmaß*, das Wogen von Volksmassen, die weniger *neue Grenzen* als vielmehr *Siedlungsland* suchen [H. d. A., RF].“[1000] Dort gäbe es „weiten Raum, der dem übervölkerten Altland Siedlungs- und Lebensmöglichkeiten schuf […].“[1001] Beeinflusst war der Autor dabei sehr vom zeitgenössischen Denken in Kategorien des „Volks- und Kulturbodens“.[1002] Hier wurde

> „unterschieden zwischen deutschem ‚Volksboden‘, d. h. überwiegend deutsch besiedeltem Gebiet, und deutschem ‚Kulturboden‘, d. h. mehrheitlich von fremden Völkern bewohntem, aber durch deutschen Kultureinfluß geprägtem und zu einem Zusammenwirken mit Deutschland determiniertem Land.“[1003]

So begründete er den bewusst nicht begrenzten deutschen Herrschaftsanspruch im östlichen Europa, den er als „ostdeutsche[n] Volksraum“ entwarf, mit der Siedlungstätigkeit von „rassisch bestimmbaren Völker[n]“,[1004] zu der „wir mit wissenschaftlicher Klarheit völkische Feststellungen treffen können […].“[1005] Lüdtke schloß kurzerhand daraus: „[…] und immer wieder ruft Osteuropa nach der Kraft und dem Aufbauwillen des deutschen Siedlers: Polen,

---

998 Breuer: Die Völkischen in Deutschland, S. 220. Vgl. auch Schmid, A[ugust]: Die Lage der deutschen Ostsiedlung, in: OHK 12 (1933), S. 84-88, hier S. 86.
999 Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 111.
1000 Lüdtke, Franz: Das deutsche Ostland, seine Geschichte, seine Kultur, seine Bedeutung, in: (ders.)/ Thiele, Ernst Otto (Hg.): Der Kampf um deutsches Ostland – trotz Versailles. Düsseldorf o. J. [1931], S. 5-35, hier S. 9 f.
1001 Ebd., S. 31.
1002 Vgl. Nietzel: Im Bann des Raums, S. 25 f. und S. 34-37; Jureit: Das Ordnen von Räumen, S. 245-250; Kopp: The „Weimar Drang nach Osten“, S. 191 f.; Thum: Mythische Landschaften, S. 204 f. Siehe allgemein zu den entsprechenden Akteuren Fahlbusch: „Wo der deutsche ... ist, ist Deutschland!“.
1003 Weidenfeller: „Volkstumsarbeit“, S. 146. Der zentrale Text dafür dürfte sein: Penck, Albrecht: Deutscher Volks- und Kulturboden, in: Loesch, Karl Christian von (Hg.): Volk unter Völkern. (= Bücher des Deutschtums Bd. 1). Breslau 1925, S. 62-73. Vgl. für die Genese dieses Ansatzes aus den Ergebnissen der Abstimmungen in Oberschlesien Anfang der 20er Jahre Jureit: Das Ordnen von Räumen, S. 236-243.
1004 Lüdtke: Das deutsche Ostland (a. a. O.), S. 11.
1005 Ebd., S. 12.

Rußland, Ungarn."[1006] Dies sei eine Tat, die erst vollendet sei, „wenn die uns […] als Lebensraum bestimmten, während des Mittelalters bereits angepackten Gebiete vom Baltikum längs der russischen Sümpfe bis zur Südoststrecke der alten habsburgischen Monarchie eingedeutscht sein werden."[1007] Prädestiniert sei man durch „das Führerprinzip des Deutschen."[1008] Das Konzept des (deutschen) „Volks- und Kulturbodens" wurde besonders mit dem Medium der Landkarte als bewusstem Propagandamittel popularisiert.[1009]

> „Über die bestehenden Reichsgrenzen reichen diese Gebiete ganz erheblich hinaus und weit in die Territorien fast aller benachbarten Staaten hinein. Zwar sind die bestehenden Staatsgrenzen in der Karte noch gestrichelt eingezeichnet, doch wo deutscher Kulturboden diese überlagert, sind sie nicht mehr sichtbar. So erscheint der Ostraum einerseits als bereits von Deutschen tief durchdrungen. Auf der anderen Seite erscheint der Osten gleichzeitig als eine weiße tabula rasa, die keinerlei Strukturen aufweist und sich als beliebig gestaltbar darstellt. In den Augen der Ostforscher waren nur die Deutschen historisch in der Lage, Natur und Raum im Osten zu formen und zu prägen, während die slawischen Bevölkerungen einfach da waren, ohne den Gebieten ihren Stempel aufdrücken zu können. Aus der historischen Gestaltungswirkung deutscher Kulturarbeit konstituierte sich für sie […] die Einheit des östlichen Raums."[1010]

Zugleich ermöglichte erst diese „Verwissenschaftlichung der Beschäftigung mit dem Osten" den Glauben an die Machbarkeit späterer Expansions- und Neuordnungspläne.[1011]
Wie die DKG präferierte auch der DO eine tendenziell vormoderne Siedlungsweise durch „Bauern in ländlicher Siedlung."[1012] Unweigerlich erkennt man hier wieder Teile der Kriegszieldiskussion des Ersten Weltkrieges, wobei besonders die Handschrift des sogenannten „Posener Freundeskreises" erkennbar ist.[1013] Diese Gruppe bestand aus einflussreichen Bürokraten und Verbandspolitikern, unter ihnen auch Alfred Hugenberg, die bereits vor dem Krieg entsprechende Siedlungspläne zunächst für die preußischen Ostprovinzen diskutierten, mit dem Kriegsbeginn dann aber auch Gebiete östlich davon in

[1006] Ebd., S. 23.
[1007] (Ders.): Der ostdeutsche Mensch, in: OHK 8 (1929), S. 113 f.
[1008] (Ders.): Das deutsche Ostland (a. a. O.), S. 32.
[1009] Siehe Herb: Under the map of Germany.
[1010] Nietzel: Im Bann des Raums, S. 36.
[1011] Ebd., S. 43.
[1012] Schmid, A[ugust]: Die Lage der deutschen Ostsiedlung, in: OHK 12 (1933), S. 84-88, hier S. 84.
[1013] Vgl. hierzu und zum Folgenden Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 299-306; S. 310 ff. Direkte personelle Kontinuitäten zwischen dieser Gruppe und dem DO gehen aus dem hier ausgebreiteten Material nicht hervor. Allerdings wäre es lohnenswert, in einem kleineren Beitrag nach den Kontinuitäten zwischen dem „Posener Freundeskreis" und dem „Deutschen Schutzbund" zu fragen.

ihre Pläne einbezogen. Interne Differenzen in dieser Gruppe entstanden besonders anhand der beiden Fragen, „wie weit sich das deutsche Siedlungsgebiet nach Osten ausdehnen sollte und mit welchen Mitteln eine Homogenisierung des Grenzraumes zu erreichen sei.“[1014]

Das Mittel der Wahl hierfür war auch in der Zwischenkriegszeit ein bäuerlicher Siedlungskolonialismus, der in Afrika rassistisch und in Bezug auf Polen nationalistisch konnotiert war.[1015] Aus deutscher Sicht galt es, verlorengegangene Herrschaftspositionen informell zu sichern bzw. auszubauen, um hieran unter besseren außenpolitischen Bedingungen anknüpfen zu können. Zugleich zeigt das hier zutage geförderte Quellenmaterial, dass zumindest für die beiden untersuchten Verbände von einer „Zentralität des Siedlungskolonialismus“ auch in der Zwischenkriegszeit gesprochen werden kann, die Lerp in ihrer verdienstvollen Studie für die Zeit des Kaiserreichs nachgewiesen hat.[1016]

Die oben erwähnte Bevölkerungsdiskussion kannte neben einer quantitativen auch eine qualitative Seite. Aufschlussreich hierzu sind die Ausführungen eines kommerziellen Nebenarms des DO, der „gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft deutscher Ostbund m.b.H.“.[1017] Erklärtes Ziel dieser Gesellschaft war es, für die „Schaffung neuen deutschen Bauerntums“ zu sorgen,[1018] was sich „im wesentlichen“ auf den Staat Preußen beschränken sollte.[1019] Später wurde dieser Anspruch noch verallgemeinert zu einer „ländlichen Siedlungsarbeit in den östlichen Grenzgebieten […].“[1020] Was oben an den Diskussionen um deutsche Siedlungen in Afrika vorgestellt wurde, kannte gerade in diesen Siedlungsplänen des DO ihr Äquivalent. Diese Siedlungsbewegung galt als Alternativentwurf zur ‚zweiten Moderne‘ und ihren Folgen und orientierte sich an Gemeinschaftskonzepten, die tendenziell in die vormoderne, ständestaatliche Richtung zielten.[1021] Zugleich sorgte besonders der

---

1014 Ebd., S. 306.

1015 Vgl. ebd., S. 200, S. 312 und S. 334 f.

1016 Ebd., S. 147.

1017 Als einer von drei Geschäftsführern fungierte hier zugleich der im Bundesvorstand des DO tätige August Schmid, welcher auch zugleich dem Aufsichtsrat der Gesellschaft vorsaß. Vgl. Satzung der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft Deutscher Ostbund m. b. H. [undatiert, wohl Dez. 1932] [Im Folgenden zitiert als: Satzung der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft], in: BArch, R 16, Nr. 2154: Landesbauernschaft Schleswig-Holstein, Hauptabteilung I, Siedlungs- und Siedlerangelegenheiten, Januar 1932-März 1939, Bl. 176-Bl. 182, hier Bl. 178; Geschäftsbericht der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft Deutscher Ostbund m. b. H. für das Jahr 1932 [Im Folgenden zitiert als: Geschäftsbericht der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft], in: ebd., Bl. 183-Bl. 186, hier Bl. 183 r.

1018 Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Deutscher Ostbund m. b. H. an das Kulturamt Oldesloe (Schleswig-Holstein), 12.10.1933 (Abschrift), in: ebd., Bl. 175.

1019 Satzung der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft (a. a. O.), Bl. 176.

1020 Das Bundespräsidium an das Auswärtige Amt; Berlin, den 8.6.1932, in: PA AA, R 82315, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V. (jetzt: Bund Deutscher Osten), Bd. 3: 30.5.1927-6.4.1933, Bl. 246-Bl. 251, hier Bl. 251. Vgl. zu den Diskussionen um das „geeignete Siedlermaterial“ im Kaiserreich Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 183-190.

1021 Vgl. Hinnenberg: Die deutschen Bestrebungen zur wirtschaftlichen Durchdringung Tanganyikas, S. 149.

Aufstieg völkischer Bewegungen im Deutschland der Zwischenkriegszeit dafür, die skizzierten Differenzen aus der Zeit des Kaiserreiches zwischen konservativen und liberalen Siedlungsmodellen zu überlagern. Lerp kennzeichnet diesen neuen Typ als „völkisches Siedlungsmodell".[1022] Klassenantagonismen der Siedlergesellschaften sollten durch ‚rassische' Homogenität ersetzt werden. Zugleich wurde mit der Glorifizierung der Bauernschaft ein entsprechender Tugendkanon für eine gelungene ‚Germanisierung' der Kolonien formuliert:

> „Sesshaftigkeit, Fleiß und Anspruchslosigkeit. […] die Ansiedlung von Bauern in den Grenzräumen versprach einen gesellschaftlichen Gegenpol zu den urbanen, industrialisierten Zentren […] zu schaffen und gleichzeitig das Deutschtum zu bewahren und beständig zu erneuern."[1023]

Die durchaus finanziell erfolgreiche Arbeit der DO-Siedlungsgesellschaft[1024] war somit eine Form der ländlichen Siedlungspolitik der Weimarer Republik,[1025] die wiederum auf entsprechenden Ansätzen seit dem Kaiserreich aufbauen konnte.[1026] Daneben unterhielt der Verband noch eine eigene Wohnungsbaugesellschaft.[1027] Allerdings sollte die Größenordnung dieser Siedlungspolitik des DO nicht überschätzt werden. Die Zahl der tatsächlich realisierten Siedlungsprojekte steht in keinem Verhältnis zu den vollmundigen Ankündigungen jener Siedlungsgesellschaft.[1028] So stellte man seitens des Reichsarbeitsministeriums im November 1931 fest, dass die „Gesellschaft nur in verhältnismäßig *kleinem Umfang gesiedelt* [habe] [H. d. A., RF]."[1029] Auch der Verband selbst klagte über die Kluft zwischen hochgesteckten Ansprüchen und den eben doch eher ernüchternden Resultaten. Die Rede von einem „Bauernwall im Osten" sei gerade in Zeiten einer Wirtschaftskrise vollkommen übertrieben;

1022 Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 200. Dort auch die Definition dieses Modells. Vgl. auch ebd., S. 225 f.
1023 Ebd., S. 200 f.
1024 So weist z.B. der Geschäftsbericht für das Jahr 1932 ein Plus von 109650,50 RM auf. Vgl. Geschäftsbericht der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft (a. a. O.), Bl. 186 r. Vgl. auch Ginschel, Emanuel: Der Deutsche Ostbund im Jahre 1930, in: OHK 10 (1931), S. 108-117, hier S. 115.
1025 Vgl. Becker: Handlungsspielräume der Agrarpolitik in der Weimarer Republik, S. 269-304; Ludwig: Die nationalpolitische Bedeutung der Ostsiedlung, S. 38-66; Wippermann: Politische Propaganda, S. 376 f.
1026 Vgl. Ludwig: Die nationalpolitische Bedeutung der Ostsiedlung, S. 23 f.
1027 Vgl. Ginschel: Der Deutsche Ostbund im Jahre 1930 (a. a. O.), S. 115 f.
1028 Eine Übersicht findet sich bei: Tätigkeit des Deutschen Ostbundes auf dem Gebiet der städtischen und ländlichen Siedlung; Berlin, den 31.12.1927, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Repositurен, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 349 a: Akten auf Anordnung der NSDAP (Alfred Rosenberg). Zusammenlegung der Ostverbände unter dem Namen „Bund Deutscher Osten", Bl. 301- Bl. 304.
1029 Der Reichsarbeitsminister an den Herrn Reichsminister des Innern; betrifft: Deutscher Ostbund (Abschrift); Berlin, den 11.11.1931, in: BArch, R 43 I, Nr. 1815: Alte Reichskanzlei, Akten betreffend: Deutscher Ostbund, Bd. 1: 1.1.1928-33, Bl. 125 f., hier Bl. 125.

vielmehr würde der Osten „anspruchsvolleren westlichen Siedlern“ wenig Anreize und Möglichkeiten bieten.[1030] Auch die grassierende Arbeitslosigkeit lasse sich so kaum bekämpfen, da gerade einmal ca. 10.000 Stellen für Siedler und Siedlerinnen projektiert seien, diesen aber ca. 6 Mio. Arbeitslose gegenüberstünden. Auch handele es sich bei diesen Arbeitslosen „um eine der Landwirtschaft entweder völlig oder seit längerer Zeit fernstehende gewerbliche Bevölkerung […].“ Dennoch solle an dem Projekt der Siedlungspolitik schon allein deswegen festgehalten werden, um hier eine „Beispielwirtschaft“ zu erproben. Und selbstverständlich sollte er auch „Hüter seines Volkstums“ sein. Daneben wurde ihm bereits seit dem Kaiserreich sowohl in Afrika als auch in Ostmitteleuropa ebenso die Funktion eines militärischen ‚Wehrbauern‘ zugeschrieben.[1031]

Beklagt wurde bei dem Ziel der Schaffung eines „neuen deutschen Bauerntums“ ebenfalls, dass die „guten ertragreichen Güter in der Hand des Großgrundbesitzes festgehalten worden“,[1032] was sich klar gegen die seit dem Kaiserreich tradierte junkerliche Besitzverfassung richtete.[1033] Besonders die ostelbischen Besitzverhältnisse, geprägt von den konservativen Junkern und ihrem Großgrundbesitz, setzte der dortigen Siedlungspolitik enge Grenzen.[1034] Diese sahen in jeder Siedlungspolitik eine Gefährdung ihrer „ständische[e] Auffassung der Landwirtschaft.“[1035] Auf der anderen Seite wurde ja von anderer Seite wie dem Reich oder Verbänden wie dem DO eben jene Siedlungspolitik gefordert aufgrund von revisions- und bevölkerungspolitischen Argumenten.[1036]

[1030] Schmid, A[ugust]: Die Lage der deutschen Ostsiedlung, in: OHK 12 (1933), S. 84-88, hier S. 88. Auch das folgende Argument bzw. die folgenden Zitate ebd.

[1031] Vgl. ebd.; Kundrus: Moderne Imperialisten, S. 56 ff., S. 61 f. und S. 65; Ludwig: Die nationalpolitische Bedeutung der Ostsiedlung, S. 41 f., S. 158 ff. und S. 176; Hartwig: Art. Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 732.

[1032] Geschäftsbericht der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft (a. a. O.), Bl. 184. Vgl. auch Schmid: Die Lage der deutschen Ostsiedlung (a. a. O.), S. 86.

[1033] Vgl. Ludwig: Die nationalpolitische Bedeutung der Ostsiedlung, S. 23 und S. 160.

[1034] Interessanterweise waren auch jenseits der Grenze in Polen die Besitz- und damit insgeheimen Machtverhältnisse fast spiegelbildlich. Auch hier verstand es der Großgrundbesitz, sich „als eine der tragenden Säulen des polnischen Staates und seiner Gesellschaft“ darzustellen. Niendorf: Minderheiten an der Grenze, S. 238 f.

[1035] Ludwig: Die nationalpolitische Bedeutung der Ostsiedlung, S. 152. Vgl. auch Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 159 ff. und S. 168 f. Lerp differenziert hier für die Zeit des deutschen Kaiserreichs zwischen einem liberalen, nationalpolitischen Siedlungsmodell und einem konservativen, an feudalistischen Verhältnissen orientierten Modell. Im letztgenannten Fall wurde die Herrschaft der deutschen Junker von diesen als hinreichend für die Ausübung ‚deutscher Herrschaft‘ gesehen. Insgeheim war dabei aber die Konservierung der überkommenen ostelbischen Sozialordnung das Ziel. Bei dem nationalliberalen Siedlungsmodell stand dagegen die Ansiedlung von bäuerlichen Familienbetrieben zur Stärkung des ‚Deutschtums‘ im Fokus. Dafür wurde auch die Aufteilung des junkerlichen Großgrundbesitzes billigend in Kauf genommen. Letztlich scheiterte dieser nationalliberale Ansatz aber am Widerstand der alten Eliten. Vgl. auch Niendorf: Minderheiten an der Grenze, S. 324.

[1036] Vgl. Ludwig: Die nationalpolitische Bedeutung der Ostsiedlung, S. 157-180; Wippermann: Politische Propaganda, S. 376 f.

Zugleich kam es hier zu scharfen Interessengegensätzen zwischen Preußen und dem Reich. Einerseits votierten die entsprechenden preußischen Ministerien und besonders der sozialdemokratische Landwirtschafts- und spätere Ministerpräsident Preußens Otto Braun für eine Auflösung der junkerlichen Besitzverfassung, sodass dieser Besitz unter „Landarbeitern, entlassenen Soldaten und landwirtschaftlich qualifizierten Arbeitslosen genossenschaftlich zu besiedeln [sei].“[1037] Entgegengesetzte Interessen hatten die ostelbischen Junker, die über landwirtschaftliche Interessenverbände sowie undurchsichtige Verbindungen zu Ministerien und Behörden Druck auszuüben vermochten. Auch standen diesen Verbänden fast fortlaufend die jeweiligen Reichsernährungsminister nahe oder sie gehörten ihnen gar an.[1038] Außerdem nahmen die Junker auch direkten Einfluß auf den Reichspräsidenten Hindenburg, dem sie gemeinsam mit industriellen Kreisen im Oktober 1927 Gut Neudeck in Ostpreußen schenkten und sich dadurch Einfluss auf ihn sicherten.[1039] Letztlich scheiterte Braun auch deswegen mit den Vorhaben seiner Siedlungspolitik.[1040]

Zugleich kann natürlich nicht außer Acht gelassen werden, dass gerade im städtischen Bereich und vor dem Hintergrund von Hyperinflation und Wirtschaftskrisen die Wohn- und Lebensverhältnisse für zahlreiche Menschen eine wirkliche Belastung darstellten.[1041] Diese Verhältnisse würden laut dem DO ein „geordnete[s] Familienleben“ ebenso verhindern wie eine „geordnete Erziehung der Jugend“.[1042] So kam man daraufhin insgesamt zu dem Fazit: „Auch sonst gefährdet das maßlose Wohnungselend die Sittlichkeit in schwerster Weise.“ Die daraufhin auf der Bundestagung in Breslau geforderte „Ostgrenzsiedlung“ sei eine „wichtige und soziale vaterländische Aufgabe“.[1043] Das zeigt zumindest für die erste Hälfte der 1920er Jahre, dass der DO in Sachen Siedlungspolitik noch kein explizit völkisches Programm verfolgte – den Begriff der ‚Rasse‘ sucht man vergeblich in diesen Quellen –, sondern er vielmehr an kleinbürgerlich-konservative Argumente anknüpfte.[1044] Allerdings dürfen die salvatorischen Formeln von der Arbeit des DO im Bereich der Siedlungspolitik nicht für bare Münze genommen werden. Vielmehr kam man beispielsweise zeitgenössisch von DO-

---

[1037] Schulze: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung, S. 673.
[1038] Vgl.ebd., S. 674.
[1039] Vgl. ebd., S. 680; Wippermann: Politische Propaganda, S. 379; siehe aber v.a. Weßling: Hindenburg, Neudeck und die deutsche Wirtschaft.
[1040] Vgl. Schulze: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung, S. 673 f. und S. 680.
[1041] Siehe Koinzer: Wohnen nach dem Krieg.
[1042] Entschließung zur Wohnungsfrage [der Bundesversammlung des Deutschen Ostbundes], [undatiert, ca. September 1924], in: BArch, R 43 I, Nr. 1284: Reichskanzlei, Akten betreffend: Siedlungswesen. Bd. 4: 1.1.1923-31.12.1925, Bl. 175 f., hier Bl. 175. Auch das folgende Zitat ebd.
[1043] Entschließung zur Ostgrenzsiedlung [der Bundesversammlung des Deutschen Ostbundes], [undatiert, ca. September 1924], in: ebd., Bl. 177.
[1044] *Siehe z.B. S. 157 ff., S. 194 und S. 333.*

kritischer Seite zu dem Ergebnis, dass kaum jemand der „verdrängten Siedler“ sich jenem Verband angeschlossen habe. Bezüglich dieser Misswirtschaft fragte man rhetorisch:

> „Wozu werden kleine Siedlungsgesellschaften des Deutschen Ostbundes durch Staatsmittel gestützt, während die großen Siedlungsgesellschaften sich ihrer annehmen? Wozu siedelt der Deutsche Ostbund ausgerechnet von Berlin aus in Ostpreußen?“[1045]

Beklagt wurde somit die indirekte und – anders als beispielsweise für die Finanzierung der deutschen Minderheit in Polen durch das AA –[1046] nicht gewollte Subventionierung der Siedlungsgesellschaften des DO durch staatliche Stellen. Dies wirkte einer Siedlungspolitik entgegen, die durch den Machtantritt der Nazis zunehmend staatlicher Kontrolle unterworfen wurde. Denn wer als „neuer deutscher Bauer“ gelten durfte, entschied nach 1933 die „Reichsstelle für die Auswahl deutscher Bauernsiedler“[1047] aufgrund recht rigoroser Auswahlkriterien.[1048] Letztendlich war diese auch durch die Gesellschaft des DO forcierte Siedlungspolitik eine Gegenbewegung zur Urbanität der Moderne, konnte allerdings ab 1933 ebenfalls mühelos in die NS-Bevölkerungspolitik eingebunden werden.[1049]
Zugleich ergeben sich hier ganz konkrete Ähnlichkeiten zur unterstützenden Siedlungspolitik des FDKG.[1050] Dieser förderte die Ansiedlung von Deutschen in den ehemaligen Kolonien nicht nur aus sozial- und wirtschaftspolitischen Gründen (Arbeitsbeschaffung sowie Ressourcen- und unabhängige Absatzmärkte vom Ausland),[1051] sondern auch zur rassistisch-nationalistisch konnotierten ‚Hebung des deutschen Volkstums‘:[1052]

[1045] Franz Ehrhardt an den Reichsminister des Innern, Joseph Wirth, in Berlin; betrifft: Deutscher Ostbund e.V.; Ratibor, den 27.8.1931 (Abschrift) [Im Folgenden zitiert als: Erhardt an den Reichsinnenminister, 27.8.1931], in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Repositurен, Rep. 90 a: Staatsministerium, Jüngere Registratur, Nr. 2573: Schreiben 1931, Bl. 135-Bl. 140, hier Bl. 139.

[1046] Siehe Krekeler: Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik.

[1047] Vgl. zu ihr Witt: Die faschistische Bodenpolitik, S. 228-231; ferner auch Pyta: „Menschenökonomie“, S. 45 ff., S. 64, S. 69 f. und S. 88. Ohne diese Institution zu erwähnen, nimmt der Mediziner Schottky aber bereits die damit verbundene Vernichtungspolitik vorweg, wenn er schreibt: „Es ist eine ehrenvolle Aufgabe für uns Ärzte, an der völkischen Sicherung und Erstarkung durch unsere Mitarbeit bei der Siedlerauslese an wichtigster Stelle mitwirken zu können.“ Schottky, Johannes: Der Auslesegedanke in der deutschen Bauernsiedlung, in: Deutsche Medizinische Wochenschrift 62 (1936) 39, S. 1596-1599, hier S. 1599.

[1048] Muster für entsprechende „Personal-“, „Wirtschafts-“ und „Untersuchungsfragebögen“ finden sich in BArch, R 16, Nr. 2154: Landesbauernschaft Schleswig-Holstein, Hauptabteilung I, Siedlungs- und Siedlerangelegenheiten, Januar 1932-März 1939, Bl. 612-Bl. 617.

[1049] Siehe Heinemann: Rasse, Siedlung, deutsches Blut.

[1050] Vgl. zur deutschen Siedlungspolitik in Deutsch-Südwestafrika bis zum Kriegsbeginn 1914 Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 174-182; sowie zu den FDKG-Aktivitäten Walgenbach: „Die weisse Frau […]“, S. 90-101.

[1051] Vgl. DKG-Vizepräsident von Lindequist an den Reichskanzler Brüning; Berlin, den 30.4.1932 (Abschrift), in: BArch, R 1001, Nr. 9698: Auswärtiges Amt, Abteilung Pol. X, Akten betreffend: Deutsche Kolonialgesellschaft, Bd. 7: Sept. 1931 bis 1937, Bl. 1 f., hier Bl. 1; Frauenbund der DKG:

„Seit dem im Jahre 1924 die deutsche Einwanderung wieder zugelassen ist, haben sich tausende von Deutschen in unserem schönen, alten Schutzgebiet niedergelassen und bilden besonders in den südlichen, gesunden Hochländern große deutsche Siedlungen.“[1053]

Auch in der FDKG-Satzung heißt es dazu programmatisch, dass es seine Aufgabe sei, in den ehemaligen Kolonien „deutschem Familiengeist und deutscher Art und Sitte eine sichere Pflanz- und Pflegestätte zu bereiten und zu erhalten.“[1054] Dabei war das Ziel der Typus der „Siedlerkolonie“, der Anfang der 1930er Jahre nicht mehr nur allein in Südwestafrika verwirklicht werden sollte, sondern auch in Ostafrika. Dabei wurde im Reich davon ausgegangen, dass es hier „geschlossene[] deutsche Siedlungsbezirke“ gebe.[1055] In den Methoden für diese Siedlungspolitik unterschieden sich sowohl der FDKG als auch die DKG allerdings vom DO. statt direkt eigene Siedlungsunternehmen zu gründen, verlegte man sich hier lieber auf die indirekte Vermittlung von Siedlern und Siedlerinnen an die

„besonder[en] […] staatlichen und privaten Stellen, insbesondere der Reichsstelle für das Auswanderungswesen und der Vereinigung für deutsche Siedlung und Wanderung, denen die Deutsche Kolonialgesellschaft selbst als korporatives Mitglied angehört.“[1056]

Als Kernelement dieser Siedlungspolitik galt in der Zwischenkriegszeit die „Deutschtumspflege“.[1057] Zunächst sollte sie besonders anhand der Schul- und Wohlfahrtspolitik in den ehemaligen Kolonien wirken.[1058] Außerdem sollte die

---

Hauptversammlung im Mai in Eisenach; Berlin, den 10.4.1931 (Zum Abdruck in ihrer Ortspresse!), in: BArch, R 8023, Nr. 404: Frauenbund der DKG, Bl. 162 ff., hier Bl. 162.

1052 Vgl. Walgenbach: „Die weisse Frau […]“, S. 164-167.

1053 Ebd., Bl. 163.

1054 Satzung des Frauenbundes der DKG [undatiert, ca. Mai 1929], in: ebd., Bl. 182-Bl. 190, hier Bl. 184.

1055 Frauenbund der DKG, Abteilung Groß-Berlin an die DKG-Zentrale; Berlin, den 5.12.1930, in: BArch, R 8023, Nr. 404: Frauenbund der DKG, Bl. 201. Vgl. auch allgemeiner zu dieser Siedlungspolitik Rwankote: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik, S. 159-163.

1056 Flugblatt(?): „Kolonialverein“ und Deutsche Kolonialgesellschaft [undatiert, ca. 1929], in: BArch, R 8023, Nr. 361: [Deutscher Kolonialverein etc.], Bl. 93-Bl. 93 r., hier Bl. 93 r. Vgl. zur „Reichsstelle für das Auswanderungswesen“ Oltmer: Migration und Politik, S. 73, Anm. 139 und S. 75; sowie zur „Vereinigung für deutsche Siedlung und Wanderung“ Rwankote: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik, S. 167; Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 303; Hartwig: Art. Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 728; Duems, Erich: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (1919-1932), in: (ders.)/ Stuemer, Willibald von: Fünfzig Jahre Deutsche Kolonialgesellschaft 1882-1932. Berlin 1932, S. 57-115, hier S. 88.

1057 Vgl. [Aktenvermerk, betrifft: koloniale Propaganda]; Berlin, den 28.12.1929, in: BArch, R 1001, Nr. 9697: Auswärtiges Amt, Abteilung III K[1], Akten betreffend: Deutsche Kolonialgesellschaft, Bd. 6: Januar 1927 bis August 1931, unpaginiert.

1058 Vgl. DKG-Zentrale an den Reichsaußenminister Curtius; Berlin, den 16.10.1930, in: ebd., Bl. 1 f., hier Bl. 1.

Auswanderung Deutscher gezielt in die ehemaligen Kolonien erfolgen.[1059] Außenpolitisch als Methode des informellen Erhalts und Ausbaus kolonialer deutscher Ansprüche gedacht,[1060] entfaltete diese „Deutschtumspflege“ gerade vor dem Kontext der Apartheid im Südafrika der Zwischenkriegszeit eine rassistische Eigendynamik.[1061] Die ‚weißen‘ Siedlergesellschaften vor Ort konnten ihr ‚Deutschtum‘ vor allem rassistisch deuten und sich so möglichst von der Bevölkerung vor Ort abgrenzen. Auf diese Weise wurde die zuvor so wortreich beschworene ‚Kulturmission der Eingeborenen‘ nicht nur in den rassistisch definierten Siedlergesellschaften Afrikas, sondern auch in Deutschland zu einer Phrase, die hinter der Sorge um die Zukunft der ‚Weißen‘ weit zurückzutreten hatte.[1062]

Hier konnte gezeigt werden, dass der Wunsch nach ‚weißen‘ Siedlungskolonien schon seit Mitte der Zwanziger wieder an Popularität gewann. Bemerkenswert daran ist, dass diese Forderung kaum noch bemäntelt wurde mit jenem Wunsch nach einer ‚Zivilisierungsmission‘, wie sie noch unmittelbar nach dem Kriegsende oft zu vernehmen war.[1063] Befördert wurde dieser Einstellungswandel wohl durch die Eindrücke, die bereits die Folgen der Hyperinflation bis 1923 auf die DKG gehabt haben dürfte. Zu einem weiteren Politisierungsschub dieser Siedlungsfrage kam es infolge der Weltwirtschaftskrise ab 1929, als in dieser Frage wohl auch wiederum eine Lösung der grassierenden Arbeitslosigkeit gesehen wurde.[1064] Dieser Gedanke war bereits während des Kaiserreichs diskutiert worden –

1059 Vgl. Bickelmann: Deutsche Überseeauswanderung, S. 77-80. Allerdings wird hier darauf hingewiesen, dass der Kolonialrevisionismus nur eine nachgeordnete Rolle in der allgemeineren Auswanderungsdiskussion während der Weimarer Republik zukam: „In den späten zwanziger Jahren gab es zwar kaum jemanden, der sich mit der Auswanderung befaßte und sich nicht auch für die Rückgabe der Kolonien eingesetzt hätte, doch entsteht der Eindruck, daß es sich hierbei oft um ein Zugeständnis an die sich […] verstärkende Kolonialagitation handelte. Im Rahmen dieser Kolonialagitation spielte die Auswanderung als Argument für die Rückgabe der Kolonien auch nur eine untergeordnete Rolle.“ Ebd., S. 79; vgl. auch Jureit: Das Ordnen von Räumen, S. 128.

1060 Diese Haltung wurde dadurch befördert, dass seit Mitte der 20er die meisten im Zuge des Ersten Weltkrieges erlassene Restriktionen gegen Deutsche in den ehemaligen Kolonien wieder aufgehoben wurden. Vgl. Rüger: Der Kolonialrevisionismus, S. 255 ff.

1061 Siehe zu deren jahrhundertelanger Geschichte Hagemann: Die Entstehung und Entwicklung der Apartheid.

1062 Siehe Dinkel/ Greiner/ Methfessel: „Murder of a European“. Die Beschäftigung mit diesen Siedlergesellschaften ist ein lohnenswertes Feld weiterer Forschungen. Neben der archivalischen Überlieferung sei dafür auch noch auf die folgenden Periodika verwiesen: „Deutsches Kolonialblatt“ 29 (1918) ff. sowie „Mitteilungen aus den deutschen Schutzgebieten“ 31 (1918) ff. Verdienstvoll und mit Fokus auf Südwestafrika: Eberhardt: Zwischen Nationalsozialismus und Apartheid.

1063 Es scheint ohnehin, dass bereits seit dem deutschen Kaiserreich die Diskussion um jene ‚Zivilisierungsmissionen‘ nicht *für* oder gar *mit*, sondern nur *über* die zu beherrschenden Menschen geführt wurde. Folgerichtig wird deswegen hier die These vertreten, dass die wirklichen Adressaten dieser Diskussionen vor allem die anderen imperialen Mächte waren. Vgl. Bade: Die „Zweite Reichsgründung“ in Übersee, S. 193 ff.

1064 Allerdings finden sich in den benutzten Akten jener Zeit keine Verweise darauf, weswegen zu schlussfolgern ist, dass dieses Thema für die DKG keine nennenswerte Relevanz besaß. Dass solche Diskussionen aber durchaus in anderen Kreisen geführt wurden, zeigt das Beispiel des christlichen Sozialreformers Adolf Damaschke (1865-1935). Dieser wies das Argument, wonach Kolonien Abhilfe

mit dem signifikanten Unterschied, dass es hier allerdings um die Deportation von Sträflingen oder Sozialdemokraten ging. In bürgerlichen Augen trennte seit dem Kaiserreich beide Gruppen wenig voneinander.[1065]

Im Kontext der Frage nach ‚weißen' Siedlungskolonien scheint es angebracht, die Frage nach den genozidalen Kontinuitäten auf einer anderen Grundlage zu diskutieren, als dies bisher der Fall war.[1066] Während Jürgen Zimmerer vor allem nach biografischen Kontinuitäten zwischen kolonialen Vernichtungskriegen und dem Holocaust fragt,[1067] wird diese Frage in einem zentralen Sammelband stärker globalgeschichtlich diskutiert.[1068] Beide thematischen Zugänge sparen dabei sowohl den Ersten Weltkrieg als auch die Weimarer Republik weitgehend aus.

Gewiss können hier nur Anstöße für weitere Forschungen geliefert werden, statt vermeintlich eindeutige Antworten zu präsentieren. So ist zunächst auffällig, dass das Ideologem der deutsch-kolonialen ‚Zivilisierungsmission' sich nicht nur grundsätzlich und im Prinzip ausschließlich an die anderen Kolonialmächte richtete.[1069] Eng damit in Verbindung steht ein weiterer Punkt: der Genozidforscher Mihran Dabag argumentiert in Anlehnung an die Maslow'sche ‚Bedürfnispyramide' sehr plausibel, dass es auch im kolonialen Kontext um Wertehierarchien ging.[1070] Da die Weimarer Republik durch den Verlust der Kolonien sowie die Gebietsabtretungen von einer vermeintlichen „Raumnot" beherrscht wurde,[1071] verstärkte sich eine weitere Tendenz, die die großen Kolonialmächte bereits seit etwa 1900 in einem darwinistischen Überlebenskampf miteinander sah.[1072] Jene „Raumnot" steigerte sich dabei zu einem „klaustrophobe[n] Bedrohungsgefühl".[1073] Aufbauend auf älteren Theorien aus Zeiten der Aufklärung[1074] verhalf der Aufstieg des Darwinismus in der zweiten Hälfte des 19.

---

gegen Arbeitslosigkeit böten, mit dem Argument zurück, dass im englischen Fall dennoch der Großgrundbesitz dominiere und im amerikanischen die Arbeitslosigkeit trotz erheblich weniger Einwohnerdichte so groß sei wie in Deutschland. Vgl. Damaschke, Adolf: Die Arbeitslosigkeit und ihre Überwindung. Briefe an einen jungen Staatsbürger. Berlin 1931, S. 10. Wahrscheinlich setzte sich der „Deutsche Kolonialverein" als direkte DKG-Konkurrenz viel mehr für Kolonien als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit ein. Eine genauere Studie zu ihm wäre auch deswegen wünschenswert.

1065 Vgl. Kundrus: Moderne Imperialisten, S. 70 und S. 104-108; Bade: Enthusiasmus und Kalkül, S. 83 ff.; Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. [68 f.]. Siehe für die bis in den Vormärz zurückverfolgbaren Pläne, beide Gruppen möglichst in Strafkolonien nach britischem bzw. französischem Vorbild zu deportieren: Voigt: Die Deportation. Siehe für ein Kaleidoskop bürgerlich-kolonialer Vorurteile im Kaiserreich Sobich: „Schwarze Bestien, Rote Gefahr".

1066 Siehe (transatlantischen) zum Diskussionsstand Kühne: Colonialism and the Holocaust.

1067 Vgl. ebd., S. 342 f. Zuletzt auch Zimmerer: Colonialism and Genocide.

1068 Vgl. Langbehn/ Salama: Introduction, S. XIII ff.

1069 *Siehe S. 220.*

1070 Vgl. Dabag: National-koloniale Konstruktionen, S. 21 f., S. 43 und S. 63 f.

1071 Jureit: Ordnungen des politischen Raumes.

1072 Vgl. Dabag: National-koloniale Konstruktionen, S. 37-40, S. 44 f., S. 50 f. und S. 64; Laak: Afrika vor den Toren, S. 98.

1073 Laak: Afrika vor den Toren, S. 96.

1074 Siehe Hentges: Der Rassen-Begriff.

Jahrhunderts zu einer neuen Positionsbestimmung bzw. Legitimierung kolonialer Herrschaft. Alles ‚Leben' wurde nun in eine evolutionsgeschichtliche Stufenleiter eingeordnet. Damit konnte „kulturelle Differenz als evolutionsgeschichtliche Distanz umgedeutet [werden, RF]."[1075] Zugleich wurde so die Reise in die afrikanischen Kolonien umgedeutet zu einer Reise „in die Kindheit der Menschheit […]."[1076] In der Wertehierarchie rangierte im Zweifelsfall das Überleben der Kolonialmacht vor dem der zu kolonisierenden Bevölkerung, deren Vernichtung ohnehin in darwinistischen Termini als ‚natürliche Auslese' gedeutet wurde.[1077] Unklar und dringend der weiteren Forschung bedarf es hier, ob sich entsprechende Argumente nur auf die Bevölkerung des subsaharischen Afrikas bezog und ob sich differenzierende rassistische Zuschreibungen oder Abstufungen in den zeitgenössischen Diskussionen um jene ‚weißen' Siedlungskolonien ausmachen lassen. Von besonderem Gewicht wäre dabei nicht nur der Einbezug von ‚reichsweiten' Diskussionen während der Weimarer Republik, sondern zugleich auch deren Pendants in den ehemaligen Kolonien. Auch wäre es wünschenswert, mehr darüber zu erfahren, inwiefern sich Mitglieder dieser Siedlerkolonien in der Republik und darüber hinaus Einfluss in Politik, Kultur und Gesellschaft zu sichern versuchten und wie erfolgreich sie dabei waren. Für eine multiperspektivische, transnational arbeitende Historiografie gibt es hier noch viel zu tun.[1078]
Mit Fokus auf Ostmitteleuropa vertrat der DO im Vergleich zur DKG nämlich ein nicht minder expansives Programm. Dabei wandte er sich schärfstens gegen den Versailler Vertrag, „den wir immer als eine Vergewaltigung betrachten und niemals anerkennen werden."[1079] Ganz besonders aber richtete sich die Verbandsagitation ab Mitte der 20er Jahre gegen ein „Ost-Locarno",[1080] also einen möglichen außenpolitischen Ausgleich mit Polen, der ja alle

---

[1075] Wirz: Innerer und äußerer Wald, S. 29. Auch ein anderes Autorenteam kommt anhand der Analyse von europäischen Zeitungen für die Zwischenkriegszeit zu denselben Ergebnissen. Diese setzten „räumliche Distanz mit zeitlicher Entfernung" gleich. Dinkel/ Greiner/ Methfessel: „Murder of a European", S. 233.

[1076] Wirz: Innerer und äußerer Wald, S. 28.

[1077] Vgl. ebd., S. 61; Kundrus: Moderne Imperialisten, S. 77; Imperiale Grenzräume, S. 101; Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 12. Vgl. aber v.a. Brehl: Vernichtung als Arbeit an der Kultur, S. 15 ff., S. 19 ff., S. 23 f. und bes. S. 27.

[1078] Die zentrale Frage nach den Kontinuitäten zwischen kolonialem Genozid und dem Holocaust wird für die Zwischenkriegszeit nicht nur differenziert nach Akteursgruppen und ihren Einflussmöglichkeiten und Konflikten untereinander zu diskutieren sein. Künftige Forschungen tun ebenfalls gut daran, sich immer wieder einer wichtigen Beobachtung Mihran Dabags zu versichern: „Die Stärke, die weite Geschlossenheit eines Konsenses über Krieg oder Genozid in einer Gesellschaft zeigt sich darin, daß es gelingt, Befürworter und prinzipielle Gegner unter der Wichtigkeit einer höheren Aufgabe zu vereinen. Es geht dann nicht mehr um Krieg, sondern um das Bestehen einer Nation, nicht um Gewalt, sondern um die Zukunft einer jungen Generation." Dabag: National-koloniale Konstruktionen, S. 57; vgl. auch ebd., S. 58 f. und S. 64 ff.

[1079] Das Bundespräsidium [des DO]: Der Bundestagung zum Gruß!, in: Grenzgau Ostland 3 (1926) 6, S. 257 f., hier S. 258.

[1080] Vgl. G[inschel, Emanuel]: Die Ostgrenzenfrage in Locarno, in: Ostland 6 (1925) 20, S. 205; [Anonym]: Tagung des Ostbundes. Schnelle Hilfe für die Geschädigten!, in: Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 562 vom

Besitzansprüche der eigenen Mitgliederbasis hinfällig gemacht hätte.[1081] Allerdings sei es falsch, den DO auf seine Rolle bei der „Entschädigung der Verdrängten“ zu reduzieren,

> „sondern dass unsere Bestrebungen vor allem dahin gehen, eine baldige Lösung der Ostfragen im Sinne der großdeutschen Ziele zu erwirken und dass wir demgemäß für die Unterstützung des Deutschtums diesseits und jenseits der Ostgrenzen durch die Volksgesamtheit für die wirtschaftliche und kulturelle Förderung der uns verbliebenen Ostgebiete und gegen die gewaltsame Entdeutschung der uns entrissenen Ostgebiete und die Stärkung des deutschen Volkstums daselbst eintreten.“[1082]

Auf der anderen Seite beförderte der 1925 durch den Vertrag von Locarno erfolgte Ausgleich mit Frankreich neue Hoffnungen auch in Richtung der Grenzrevision gegenüber Polen.[1083] Außerdem suchte man von Seiten des DO sowieso nach neuen und größeren Aufgabenfeldern. Die Tätigkeit des Verbands als Vorprüfungsstelle im Entschädigungsverfahren der aus Polen abgewanderten Deutschen sei ja ohnehin „nur eine auf Zeit eingestellte Nebenaufgabe […] geblieben […].“[1084] So sah man sich nach Locarno nun vor „richtunggebenden Entscheidungen […], die […] im Osten heranreifen müssen.“[1085] Bei der Wahl der Mittel hatte man aus den Konflikten nach dem Ersten Weltkrieg gelernt. So wurde in der Führungsspitze des Verbands bezüglich aller ehemalig deutschen Ostgebiete vereinbart, man solle „in [die] Propaganda auch das Wort ‚Selbstbestimmung‘, das insbesondere im Ausland einen guten Klang habe, hineinarbeiten.“[1086] Die logisch daraus resultierenden Abstimmungen sollten allerdings nicht befürwortet werden, da „durch die Tatsache der starken Polonisierung eine Abstimmung unter Umständen auch gegen uns umschlagen könne.“ Es handelte sich folglich um eine rein propagandistische Maßnahme

---

29.11.1925, in: PA AA, R 82313, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 1: 1.1.1925-14.8.1926, Bl. 68; Paterna: Die Rolle der Stadt Frankfurt (Oder), S. 16 ff. und S. 33.

1081 Vgl. Krüger: Die Aussenpolitik, S. 279-284 und S. 303-311.

1082 Bundesleitung [des DO] an Regierungsrat a. D. Krahmer-Möllenberg in Berlin, 10.4.1928, in: BArch, R 8043, Nr. 1148: Deutsche Stiftung – Ostverbände, Bd. 2, Bl. 326.

1083 Vgl. Krüger: Die Aussenpolitik, S. 269-311.

1084 Das Bundespräsidium an den Reichsaußenminister Stresemann; Berlin, den 29.11.1926, in: PA AA, R 82314, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 2: 15.8.1926-29.5.1927, Bl. 47-Bl. 48 r., hier Bl. 48.

1085 Der Bundespräsident v. Tilly [sowie] der Bundesdirektor Ginschel an den Reichsaußenminister; betrifft: Austritt des „Deutschen Ostbundes“ aus dem Bunde der dt. Ostverbände; Berlin, den 2.1.1926, in: PA AA, R 82313, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 1: 1.1.1925-14.8.1926, Bl. 104 f., hier Bl. 104.

1086 Hasslacher [Geschäftsträger schlesischer Städte und Handelskammern] an die Industrie- und Handelskammer Breslau; Berlin, den 18.10.1929 [Im Folgenden zitiert als: Hasslacher an die IHK Breslau], in: PA AA, R 82315, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V. (jetzt: Bund Deutscher Osten), Bd. 3: 30.5.1927-6.4.1933, Bl. 209-Bl. 214, hier Bl. 211. Auch das folgende Zitat ebd.

gegenüber dem Ausland. Somit gab man sich nach außen zwar lautstark, aber auf friedliche Mittel bedacht. So heißt es von Seiten der DO-Führung gegenüber dem AA in einem Schreiben bezüglich der Frage der außenpolitischen Konsolidierung durch die Akzeptanz des Locarno-Vertrages:

> „Deutschland muss freie Hand behalten, um auf friedlichen Wegen eine Abänderung seiner Ostgrenzen zu erreichen, damit vor allem das unmögliche Gebilde des polnischen Korridors, die Abschneidung des Ostpreußens und das Hereinragen der polnischen Grenze […] [bis kurz vor, RF] Berlin beseitigt und die katastrophale Zerreißung Oberschlesiens wieder gutgemacht wird. Auch darf Frankreich unter keinen Umständen das Recht erhalten, als Garant unserer Ostgrenzen aufzutreten.“[1087]

Und alles andere als bescheiden schloss man ebenda: „Von einer zweckdienlichen Sicherung gerade der deutschen Ostfragen hängt Heil und Zukunft unseres Vaterlandes ab.“ Allerdings waren selbst diese Maximalziele nur taktische Fassade. Das belegt der Blick in die interne, vertrauliche Kommunikation der Führungsebene des DO. Hier wurde betont,

> „dass man unbedingt in jeder Propaganda so tun müsse, als ob man daran glaube, dass auf friedlichem Wege sich eine Änderung der Grenzen erzielen lasse; man dürfe nicht durchblicken lassen, dass man in Wirklichkeit glaube, dass durch die Machtpolitik oder durch einen Krieg sich die Grenzen nur verändern lassen würden.“[1088]

Gegenüber dem AA, das den Verband äußerst argwöhnisch beobachtete, gab man sich dabei natürlich zurückhaltender. Sein „Hauptzweck“ sei zwar die „Zurückgewinnung der verlorenen Gebiete, [aber] nicht etwa durch einen Krieg, sondern im Kampfe der Geister auf kulturpolitischem Gebiete.“[1089] Auf einer im Frühjahr 1927 in Frankfurt a. d. O. abgehaltenen Tagung des DtSB,[1090] bei dem auch der DO Mitglied war,[1091] wurden hinter verschlossenen

---

[1087] Dok. Nr. 257: Aufzeichnung des vortragenden Legationsrates von Dirksen über die Haltung der deutschen Minderheiten in Polen zu Locarno; Berlin, den 23.11.1925, in: ADAP 1918-1945, Reihe A: 1918-1925, Bd. 14: 14. August bis 30. November 1925. Göttingen 1995, S. 650 f., hier S. 650, Anm. 2.

[1088] Hasslacher an die IHK Breslau (a. a. O.), Bl. 211. Zitiert nach Fischer: Die deutsche Publizistik, S. 58 f., Anm. 18.

[1089] Das Bundespräsidium an den Reichsaußenminister; Berlin, den 2.2.1927, in: PA AA, R 82314, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 2: 15.8.1926-29.5.1927, Bl. 198-Bl. 207, hier Bl. 204.

[1090] Vgl. Paterna: Die Rolle der Stadt Frankfurt (Oder), S. 19.

[1091] Vgl. Praesent, Hans: Das Schrifttum der Verbände des Deutschen Schutzbundes, in: (ders.) [Hg.]: Die Verbände des deutschen Schutzbundes und ihre Veröffentlichungen. O. O. [Berlin] 1928, S. 20-175, hier S. 50-53; Krekeler: Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik, S. 31.

Türen und unter Ausschluss der Öffentlichkeit sehr weitreichende Ziele für alle sich mit Ostmitteleuropa befassenden Teilorganisationen des DtSB beschlossen. Als oberstes Ziel wurde ein deutscher Staat definiert, „der alles geschlossene deutsche Siedlungsgebiet umfaßt, insbesondere das ostdeutsche.“[1092] Dieses Zielgebiet wurde noch weiter konkretisiert: „Das Kerngebiet der europäischen Neuordnung ist das Völkermischgebiet zwischen dem Ostrand des deutschen Siedlungsgebietes und dem Westrand des russischen; Mitteleuropa und das nahe Ost- und Südosteuropa.“ Auch über die Mittel, wie dieses Ziel zu erreichen sei, verständigte man sich. Dabei wurde ausdrücklich auf den „wissenschaftlich[en]“ Charakter dieser Methoden Bezug genommen. Bearbeitet werden sollten folgende politischen Fragen:

> „1. Methodische Untersuchung der Berechtigung des politischen Arguments des ‚Zugangs zum Meere‘ […]. 2. Inwieweit ist ein rein tschechischer Staat lebensfähig, wenn er auf die ethnographischen Grenzen des Staatsvolkes beschränkt würde (theoretische und praktisch-politische Prüfung der Formulierung der untrennbaren Symbiose zwischen Deutschen und Tschechen). Eine entsprechende Untersuchung ist für Polen durchzuführen. […] 4. Erforschung der Einwirkung deutschen Rechtes auf die Traditionen der europäischen Völker, auf ihre Staatsbildung, ihre Kultur und Gesittung.“[1093]

Wissenschaft wurde hier nicht nur als Mittel für ‚nationale Aufgaben‘ verstanden, sondern in Zeiten von fehlenden politisch-militärischen Machtmitteln auch als deren Surrogat.[1094] Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass sich beide Verbände in ihrem Selbstverständnis glichen, als ‚Kulturbringer‘ eine „Zivilisierungsmission“ zu erfüllen.[1095] Diese verstanden sie selbst als überaus uneigennützig und in einem Nachhall religiöser Motive als säkularisierte Form des Gnadenaktes.[1096] Die ‚zivilisierende‘ Macht beanspruchte dabei ein weiteres religiöses Motiv: das der Erwähltheit.[1097] Dabei war die Attitüde, anderen ‚Ethnien‘ gegenüber überlegen zu sein, kein deutsches Spezifikum. Im Polen der Zwischenkriegszeit waren entsprechende Ansichten einerseits gegenüber der Sowjetunion einerseits und

---

[1092] Dok. Nr. 72: „Grundsätze für die künftige Ostarbeit“, beschlossen auf einer Tagung des Deutschen Schutzbundes in Frankfurt a. d. O. im März 1927, in: Schumann, Wolfgang/ Nestler, Ludwig (Hg.): Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945. Berlin/ DDR 1975, S. 191-195, hier S. 191. Auch die folgenden Zitate ebd.

[1093] Ebd., S. 195.

[1094] Ein weiteres Surrogat neben der Wissenschaft war die öffentliche Propaganda der Verbände, so zum Beispiel der DKG auf der „Pressa“ in Köln. Vgl. Rüger: Der Kolonialrevisionismus, S. 268. *Siehe S. 151.*

[1095] *Siehe S. 28, S. 50, S. 59, S. 121, S. 136 und S. 163.*

[1096] Vgl. Osterhammel: Die Verwandlung der Welt, S. 609.

[1097] Vgl. Dabag: National-koloniale Konstruktionen, S. 55.

gegenüber den Minderheiten im eigenen Land andererseits ebenfalls weit verbreitet.[1098] Außerdem lässt sich an diesen weitgespannten Zielen beider Verbände zweierlei erkennen: erstens die Verallgemeinerung ihrer Partikularinteressen bzw. die Identifikation ihrer Eigeninteressen mit denen einer (imaginierten) ‚Volksgesamtheit'. Zweitens und eng damit verknüpft waren diese Ziele hochgradig ideologisiert und wirkten als ein *mögliches* Motiv zum Engagement in den Verbänden.[1099] So artikultierten beide einen rechten, exkludierenden Nationalismus des Bürgertums.[1100] Allerdings ist diese Charakterisierung noch zu unpräzise. Unterschiede ergaben sich vor allem darin, welche Rolle den vormals Beherrschten im gewünschten deutschen Empire zukommen sollte.[1101] Ein anderes Differenzierungsangebot unterscheidet die Nationalismen nach den angestrebten Staatsformen. So geht beispielsweise Ullmann für die Zeit der Weimarer Republik von einem „alten Nationalismus" mit dem Ziel der Restaurierung der Monarchie aus.[1102] Von einem „neuen Nationalismus" spricht er bei jenen Teilen der in den Jugendbewegungen seit dem Kaiserreich Sozialisierten, die geistige Erneuerung, Eindämmung der Folgen der Moderne mittels eines ‚Dritten Reiches' zu erreichen suchten. Zuletzt sei vom „völkischen Nationalismus" dann zu sprechen, wenn von der ‚Stärkung deutschen Volkstums', einem manichäischen Weltbild sowie „militante[n] Antisemitismus" auszugehen sei.

Natürlich ist dieses Raster noch viel zu grobschlächtig und provoziert im Detail geradezu Widerspruch, allerdings bietet es zumindest erste Orientierungspunkte. Der DO lässt sich demzufolge zwischen dem „völkischen" und seit Mitte der 20er zunehmend „neue[m] Nationalismus" einordnen. Vor allem der permanente Bezug auf das ‚Volkstum', welches als eine Art ‚ostelbische Gegen-Elite' konstruiert wurde, sowie die damit verbundene ideologische Überhöhung des Siedlungsgedankens lassen diese Einordnung als sinnvoll erscheinen,[1103] wenngleich antisemitische Topoi in den durchgearbeiteten Quellen fehlen.[1104]

[1098] Siehe Marung: Zivilisierungsmissionen à la polonaise; vgl. auch Lawaty: 1918, S. 29 ff.; Nietzel: Im Bann des Raums, S. 37.

[1099] Vgl. Nipperdey: Interessenverbände und Parteien, S. 323; Ullmann: Interessenverbände in Deutschland, S. 119.

[1100] Vgl. ebd., S. 113.

[1101] *Siehe Kap. 2.3.10.*

[1102] Ullmann: Interessenverbände in Deutschland, S. 164. Die folgenden Definitionen nach ebd.

[1103] *Siehe zur ‚Gegen-Elite' S. 236 ff.*

[1104] Es bleibt weiteren Studien vorbehalten, zu klären, ob dies an der schwachen Präsenz von ostelbischen ländlichen Juden und Jüdinnen lag oder sich aber in anderen Quellen des DO und seines Umfeldes doch antisemitische Topoi finden lassen. Beide Thesen schließen sich nicht aus. Vgl. aber zu Erstgenanntem Richarz: Ländliches Judentum, bes. S. 5. Ob der Befund von Lakeberg für die deutsche Minderheitenpresse in Polen auch für die Publizistik des DO und ähnlicher Verbände in Deutschland zutrifft, wonach diese einerseits Polen als nationalistischen und antisemitischen Staat darstellten, die deutschen Minderheiten andererseits mit den jüdischen parallelisierten, werden weitere Studien zu zeigen haben. Vgl. Lakeberg: Die

Dagegen heißt es beispielsweise über jüdische Wohlfahrtsvereine, dass diese „eine sehr schätzenswerte Wohltätigkeit übten und noch üben."[1105]
Die DKG wird man dagegen nach diesem System eher dem „alten Nationalismus" zuordnen. Zwar spielte die kaiserliche Monarchie in ihren Restaurations-Vorstellungen keine Rolle, dagegen das vergangene imperiale Weltreich eine umso zentralere. Allerdings waren es eben nicht nur Männer, die diese Formen des Nationalismus in den Alltag übersetzten. Vielmehr nahmen die in beiden Verbänden organisierten Frauen jeweils zentrale Rollen ein.

2.3.3. Frauenbilder und -beteiligung

Im Allgemeinen kann die Rolle von Frauen im Kontext von Kolonialismus und imperialer Expansion im Grunde kaum überbewertet werden. „Mit der europäischen Expansion entstanden reale und imaginierte Kontaktzonen zwischen Europa und einem kolonialen ‚Anderen', die das Bedürfnis der Europäer nach Selbstvergewisserung steigerten."[1106]
Während aus männlicher Sicht das Leben in den Kolonien oft mit der Lösung vor den als drückend empfundenen bürgerlichen sexuellen Konventionen verbunden war, sahen Frauen gerade in deren Einhaltung im Kontext der bürgerlichen Zuweisung von Handlungsspielräumen hier eines ihrer wichtigsten Aktionsfelder, um zugleich auch für ihre Emanzipation zu kämpfen.[1107] Ihnen ging es dabei auch immer um die „Zivilisierung der Kolonisierten *und* Kolonisten [H. i. O., RF]."[1108]
Dies ging einher mit dem Aufstieg des Rassismus zu einer wissenschaftlich anerkannten Sichtweise im 19. Jahrhundert,[1109] der zu einer zunehmenden Rassifizierung der Diskussionen um das Verhältnis von ‚Geschlecht' und Kolonialismus führte. Diese brachen in der Zwischenkriegszeit keineswegs ab. Allerdings trafen diese Zusammenhänge vor allem für die deutschen Übersee-Kolonien zu, während in den preußischen Ostprovinzen der

deutsche Minderheitenpresse, S. 126-136. Eine weitere These für künftige Forschungen könnte lauten, „dass antisemitisches Gedankengut in verschiedenen Abstufungen bei seinen Mitgliedern weit verbreitet war und als selbstverständlich angesehen wurde, der [DO, RF] aber nicht die Plattform war, auf der diese Ansichten diskutiert und verbreitet wurden." Diziol: „Deutsche, werdet Mitglieder des Vaterlandes!", Bd. 1, S. 394.

[1105] [Anonym]: Zehn Jahre Kampf für Ostheimat, deutsches Volkstum und Vaterland. Erinnerungsblätter zur Feier des 10jährigen Bestehens des Deutschen Ostbundes. Berlin 1929, S. 10.

[1106] Dinkel/ Greiner/ Methfessel: „Murder of a European", S. 219.

[1107] Vgl. Wildenthal: German Women for Empire, S. 79-172.

[1108] Walgenbach: „Die weisse Frau […]", S. 125.

[1109] Vgl. Wildenthal: German Women for Empire, S. 82 ff. und S. 133-139.

‚Nationalitätenkampf' klar im Vordergrund stand.[1110] Der Nationalismus war hier prägend, während es in den Kolonien in Afrika oder dem Pazifikraum ein segregierender Rassismus war.[1111] Allerdings spielte im beispielsweise im 1908 gegründeten FDKG die ‚Frauenfrage' im Unterschied zur ‚Rassenfrage' noch keine Rolle. Die stark militärisch geprägte erste Vorsitzende Adda von Liliencron sorgte sich lieber um ‚ihre' Veteranen als um die Aufwertung oder Erweiterung weiblicher Handlungsspielräume.[1112] Frauen sollten in der frühen kolonialen Frauenbewegung nicht aufgrund des feministischen Kampfes um Gleichberechtigung in die Kolonien entsandt werden. Sondern sie sollten den anscheinend fortwährend den sexuellen Versuchungen in den Kolonien erliegenden Männern ‚helfen'.[1113] Das verweist auf die exkludierenden Momente des Kolonialismus nicht nur für die Kolonialisierten, sondern auch für die Kolonialisierenden. So wurde für die Zeit der deutschen Kolonialherrschaft bis zum Weltkrieg darauf aufmerksam gemacht, welch enge Beziehung zwischen einem dezidiert bürgerlich-exklusiven Begriff von ‚Freiheit' und der geschlechterhistorischen Legitimation kolonialer Herrschaft bestand:

> „Die Freiheit des weißen, bürgerlich-liberalen und männlichen Subjekts entwickelte sich vor dem Hintergrund der Etablierung von Nationalstaaten und ging einher mit der politischen und wirtschaftlichen Dominanz über das weibliche Geschlecht, kolonisierte Völker und die Unterschichten im eigenen Land. Menschen und Sozialgruppen, die von dem bürgerlich-aufgeklärtem Ideal der rationalen Perfektibilität abzuweichen schienen, standen in diesem Entwicklungsmodell auf der Stufe von ‚Orang-Outangs' […] oder Kindern […], wurden feminisiert […] oder für ‚Entartungserscheinungen' verantwortlich gemacht."[1114]

Zugleich kann auch die Rolle des Ersten Weltkriegs bei der Veränderung der Geschlechterrollen kaum überschätzt werden. Die Heimkehr der zahllosen verwundeten bzw. verkrüppelten Soldaten und die millionenfachen Opfer an den Fronten führten zugleich dazu, dass die noch im deutschen Kaiserreich klar verteilten bzw. zugewiesenen Geschlechterrollen rapide erodierten. Die kriegsversehrten Soldaten wurden mit den Gebietsverlusten in Folge des Versailler Vertrages mit der Zeit parallelisiert. Daraus wurde geschlussfolgert, dass der

---

[1110] Siehe Drummond: „Durch Liebe stark, deutsch bis ins Mark"; Harvey: Pilgrimages to the „Bleeding Border".
[1111] *Siehe S. 244-251.*
[1112] Vgl. Wildenthal: German Women for Empire, S. 143 f.
[1113] Vgl. ebd., S. 145; Walgenbach: „Die weisse Frau […]", S. 84 f., S. 138 f. und S. 154.
[1114] Planert: Vater Staat und Mutter Germania, S. 22.

‚Körper der Nation' beschädigt sei.[1115] Sich dieses geschlechterpolitische Machtvakuum zunutze machend, waren es gerade konservative Frauenverbände, die – ohnehin durch den Krieg auf vielfältige Weise national mobilisiert –[1116] selbstbewusst eine gesellschaftliche Leitfunktion und neue Aufgabenfelder als neue ‚Mütter der Nation' für sich einforderten.[1117] Konservative männliche Widerstände dagegen verloren nach dem Krieg und aufgrund der vielfachen Verlust- und Bedrohungserfahrungen deutlich an Gewicht und Einfluss, sodass diese neue Rolle der (konservativen) Frauen in derem politischem Milieu vermehrt auf Zustimmung stieß. Befördert wurde dies ebenfalls durch die Einführung des Frauenwahlrechts, wonach quasi ‚über Nacht' Frauen die Mehrzahl der Wählerinnen stellten, die zu einer umkämpften Zielgruppe der Parteien wurde.[1118] Allerdings lässt sich der relative Konservatismus beispielsweise des FDKG daran erkennen, dass er *extra* darauf hinwies, *nie* das Stimmrecht für Frauen gefordert zu haben, nutzte es die in ihm engagierten Frauen pragmatisch für die Verfolgung ihrer kolonialrevisionistischen Ziele.[1119]
Vor diesem Hintergrund erlebte auch das Engagement von Frauen in Verbänden eine neue Qualität, die von der Forschung bisher nur punktuell untersucht wurde. Angelika Schaser warnt für ein angrenzendes Thema vor den damit verbundenen ‚blinden Flecken':

> „Da sich die Untersuchungen zum ‚Auslandsdeutschtum' meist auf die offizielle Regierungspolitik und die größten Verbände beschränkten, entstand das Bild geschlechtsneutraler und damit reiner Männerorganisationen, die in der ‚Auslandsdeutschtumspolitik' engagiert waren. Die Forschung reproduziert damit die zeitgenössische Sichtweise, die die von Frauen geleistete Arbeit unter die Leistungen von Männern subsumierte. Denn nur am Rande wurden Aktivitäten von Frauen registriert."[1120]

Diese Ansicht aus dem Jahre 2000 kann insofern wenigstens relativiert werden, als dass es mittlerweile eine ganze Reihe an Arbeiten jüngeren Datums gibt, die teils auf beeindruckend breiter Quellen- und Literaturbasis verschiedene Aspekte des uns interessierenden

---

[1115] *Siehe S. 52, 63 und S. 76.*
[1116] Siehe Daniel: Art. Frauen.
[1117] Vgl. Harvey: Pilgrimages to the „Bleeding Border", S. 203, S. 207, S. 209, und S. 212; Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 189-195 und S. 318 ff.; Wildenthal: German Women for Empire, S. 189.
[1118] Vgl. Harvey: Pilgrimages to the „Bleeding Border", S. 207; siehe aber v.a. Schaser: Zur Einführung des Frauenwahlrechts.
[1119] Vgl. Walgenbach: „Die weisse Frau […]", S. 105.
[1120] Schaser: Das Engagement des Bundes Deutscher Frauenvereine, S. 256.

Problemkomplexes aufgearbeitet haben.[1121] Seit der Jahrtausendwende erschien eine Reihe an geschlechterhistorischen Studien für die Zeit der Weimarer Republik. So fragte zunächst Scheck in seiner Basler Habilitationsschrift nach der Rolle von Frauen in der DVP und der DNVP; Heinsohn konzentrierte sich nur auf deren Rolle in letztgenannter Partei, weitete dafür aber den Untersuchungszeitraum auf die Vorkriegszeit bis 1912 aus und Streubel schließlich nahm den „Ring Nationaler Frauen" für den Zeitraum der Republik in den Blick.[1122] All diesen Studien ist gemein, dass sie sich stark auf explizit politische Organisationen konzentrieren. Im Falle der Studien zum parteiförmigen weiblichen Engagement liegen die Vorteile eines solchen Zugangs klar zutage: vor allem die Quellenlage ist hier durch die laufende öffentlichkeitswirksame Werbung der Parteien für ihre Positionen vergleichsweise gut, seien es nun Plenarprotokolle, Flugblätter, Zeitungen oder Programmschriften jener Zeit. Etwas im ‚Windschatten' dieser wichtigen Studien steht dabei aber das weite Vor- und Umfeld verbands- bzw. vereinsmäßigen weiblichen Engagements während der Republik. Dabei weisen beide Untersuchungsfelder Schnittmengen auf, ohne allerdings deckungsgleich zu sein. Eine wichtige Ausnahme zu den skizzierten Forschungstrends bildet allerdings die Studie von Wildenthal, die den Frauenverband der DKG in eindrücklicher Weise vom Kaiserreich bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs untersucht.[1123] Im Folgenden werden anhand der Quellen sowie weiterer, oftmals recht verstreut publizierter Beiträge einerseits die Frauenbilder der männlichen Verbandsmitglieder und andererseits das Engagement und Selbstverständnis der Frauen in den beiden Verbänden zu rekonstruieren sein. Dabei konnte dieses Engagement auf organisatorische Vorläufer im Kaiserreich zurückgreifen.

Zunächst gründete sich im April 1895 in Berlin die „Frauengruppe" des DOV. Ein knappes Jahr danach wurde diese durch Beschluss des Hauptvorstands als eigenständiger Verein mit dem Namen „Deutscher Frauenverein für die Ostmarken" ins Leben gerufen.[1124] Als Vorbilder und zugleich Gegnerinnen galten ihnen die in der ‚Organischen Arbeit' tätigen Frauen der polnischen Nationalbewegung.[1125] Deren höhere Geburtenraten wurden um 1900 zunehmend als „biologische Gefahr im deutschen Osten" gedeutet.[1126]

[1121] Eine eindrucksvolle Übersicht über die jüngere Forschung bietet besonders Streubel: Frauen der politischen Rechten.

[1122] Siehe Scheck: Mothers of the Nation; Heinsohn: Konservative Parteien in Deutschland; Streubel: Radikale Nationalistinnen.

[1123] Siehe Wildenthal: German Women for Empire.

[1124] Vgl. Drummond: „Durch Liebe stark, deutsch bis ins Mark", S. 152 f. Dort auch das folgende Argument.

[1125] Vgl. auch Jabłkowska/ Saryusz-Wolska: KKK (Kinder, Küche, Kirche), S. 350-354.

[1126] Jaworski: Zwischen Polenliebe und Polenschelte, S. 83. Dort auch das folgende Zitat.

„Völkische Argumente ersetzten […] bis zur Jahrhundertwende in zunehmenden Maße die staatsrechtliche und zivilisationskritische Auseinandersetzung mit den polnischen Nachbarn, was unwillkürlich zu einer Enthistorisierung des deutschen Polenbildes beigetragen hat."

Da der öffentliche Raum in den preußischen Ostprovinzen ‚deutsch' dominiert war, fand diese ‚Organische Arbeit' nicht zuletzt im Bereich des Hauses und der Familie statt. Somit wurde dieser vermeintlich ‚private' Bereich nicht nur politisiert, sondern auch aufgewertet. Das führte auch dazu, dass sich auch jene fragliche Grenze zwischen (‚männlich' konnotierter) ‚Öffentlichkeit' und (‚weiblich' konnotierter) ‚Privatsphäre' verschob.[1127] Zugleich wurde in der Sicht des Ostmarkenvereins ‚slawisch' mit ‚weiblich' assoziiert und ‚deutsch' mit ‚männlich'.[1128]

Da der „Frauenverein" sich selbst als überparteilich, überkonfessionell sowie klassenmäßig ungebunden verstand, fand von Seiten der preußischen Regierung das bis 1908 gültige Vereinsgesetz, welches den Frauen die Mitgliedschaft in politischen Organisationen untersagte, keine Anwendung. Entsprechend entwickelte sich auch die Zahl der Mitglieder: hatte sich in etwa fünf Jahre nach der Gründung mit ca. 1.000 Mitgliedern ihre Zahl schon verzehnfacht, so stieg sie bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs auf 3.415 an. Zugleich verdoppelte sich fast im selben Zeitraum die Zahl der Zweigvereine von 16 auf 30, die zwar über das gesamte Kaiserreich verteilt waren, aber ihr klares Zentrum in der Provinz Posen hatten. Allerdings überwog die Zahl der Mitglieder in der ‚Männerorganisation' bei weitem: den knapp dreieinhalb tausend weiblichen Mitgliedern standen beispielsweise 1914 ca. 54.000 männliche Mitglieder im Ostmarkenverein gegenüber.[1129] In seiner Sozialstruktur war der „Frauenverein" dagegen ein getreuer Spiegel seines ‚männlichen' Pendants: das Bürger- und Beamtentum dominierte, wobei sich oftmals die weiblichen Angehörigen (Ehefrauen, Schwestern, Töchter etc.) mit engagierten. Die Zentrale des Vereins befand sich in Berlin.[1130]

Die zunächst reklamierten Tätigkeitsfelder des „Frauenvereins" entstammten noch gänzlich der klassisch bürgerlichen Trennung der Aufgabengebiete nach Geschlechtern: es dominierten hier Aufgaben der Erziehung, Wohltätigkeit sowie der Caritas. In der nationalistischen Politisierung der jeweiligen Aufgaben lag zugleich auch das dialektische Moment der

[1127] Vgl. Planert: Vater Staat und Mutter Germania, S. 44 und S. 48 ff.; Niendorf: Minderheiten an der Grenze, S. 300 f.
[1128] Vgl. Drummond: „Durch Liebe stark, deutsch bis ins Mark", S. 152; Harvey: Pilgrimages to the „Bleeding Border", S. 209.
[1129] Vgl. Kundrus: Die imperialistischen Frauenverbände, S. 6.
[1130] Alle Angaben nach Drummond: „Durch Liebe stark, deutsch bis ins Mark", S. 153 f.

fortwährenden Infragestellung der bürgerlichen Geschlechtertrennung.[1131] Es ergab sich mit gewisser Zwangsläufigkeit daraus, dass bereits vor dem Ersten Weltkrieg die sehr weitreichende Forderung nach der Ausweitung der staatsbürgerlichen Rechte auch für Frauen erhoben wurde, wie dies beispielsweise der Posener Zweigverein bereits 1911 tat.[1132] Doch die staatsbürgerliche Gleichberechtigung sollte ihnen erst in der Weimarer Republik zuteil werden, vor allem aber das Wahlrecht.[1133] Resümiert man dieses Beispiel für Tätigkeiten von Frauen für die ‚Ostmarken', so kann der treffenden zusammenfassenden Einschätzung dieser Verbandstätigkeit von Elizabeth A. Drummond gefolgt werden:

> „bei aller traditionell-geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung muss die Tätigkeit der Ostmarkenfrauen zumindest auf der lokalen Ebene freilich als deutlich wirksamer eingeschätzt werden als die […] ihrer männlichen Kollegen. […] Während die Männer des Ostmarkenvereins bei Vorträgen und am Stammtisch die ‚polnische Gefahr' *besprachen*, gingen die deutschen Frauen an die Öffentlichkeit, um Waisenhäuser, Kinderheilstätten, Kleinkinderschulen und Ausbildungseinrichtungen zu gründen. Diese Aufgaben galten zwar als Erweiterung der heimischen Pflichten einer deutschen Mutter, übten aber die Übernahme von Verantwortung ebenso ein wie organisatorische Kompetenzen und veränderten die lokale Öffentlichkeit vielleicht mehr, als Vorträge und Diskussionen vermochten. Die Mobilisierung im Namen des Nationalismus führte die Frauen der preußischen Ostprovinzen durchaus ins öffentliche Leben, aber es war eine spezifisch *weibliche* Öffentlichkeit, die in weiten Teilen auf Wohltätigkeit konzentriert blieb [H. i. O., RF]."[1134]

Mit dem Kriegsende wechselte das bisherige Verhältnis quasi um 180 Grad: war die polnische Nationalbewegung zuvor auf jenen vermeintlich ‚privaten' Bereich als Aktionsfeld beschränkt, so wurde dieses Feld nun den in Polen verbliebenen deutschen Minderheiten vom wiederentstandenen polnischen Staat zugewiesen.[1135] Zugleich erhöhte sich von staatlicher Seite die Relevanz vermeintlich ‚unpolitischer', also nur noch verdeckt unterstützbarer Organisationen, die statt der offenen politischen Tätigkeit der Vor- sowie der Kriegszeit nun vermeintlich rein ‚kulturell' arbeiteten. „Frauenvereine waren für diese Kulturaufgaben geradezu prädestiniert, was auch von Seiten der deutschen Regierung so gesehen wurde."[1136]

[1131] Vgl. ebd., S. 154 ff.
[1132] Vgl. ebd., S. 156 ff.
[1133] Siehe Schaser: Zur Einführung des Frauenwahlrechts.
[1134] Drummond: „Durch Liebe stark, deutsch bis ins Mark", S. 158.
[1135] Ebd., S. 159.
[1136] Schaser: Das Engagement des Bundes Deutscher Frauenvereine, S. 259.

Diese Aufwertung und Ausweitung spezifisch ‚weiblicher' Tätigkeitsfelder verhalf den Frauen in den Verbänden zu ganz neuen Handlungsspielräumen, die diese zunehmend selbstbewusster zu nutzen verstanden.[1137] Seitens der (männlichen) Verbandsführung vertrat man dazu einen relativ ‚progressiven' Standpunkt. Weibliche Mitarbeit sei nicht nur gern gesehen, sondern eine „Notwendigkeit".[1138] Gegen einen nur auf ‚Häuslichkeit' und ‚Familie' begrenzten Wirkungskreis wurde eingewandt:

> „Spezifisch ostmärkische Frauenarbeit kann aber erst dann gepflegt werden, wenn Führerinnen der Ostbundfrauenbewegung auf allen Gebieten moderner Wohlfahrtspflege, amtlicher und außeramtlicher Natur, auf den Gebieten der Sozialgesetzgebung, des Parlamentarismus und des Versailler Vertrages einigermaßen Bescheid wissen."

Hier findet sich also nichts weniger als ein umfassendes Plädoyer für gezielte Bildungsprogramme für Frauen. Gegenüber konservativen Kritiken wurde aber zugleich vorgeschoben, dass die Arbeit in der Familie als des „eigensten Gebiete[s]" der Frauen im Verband vorgesehen sei. Zugleich firmierte dieser „Frauendienst" auch als verbandseigene „kulturpolitische Abteilung".[1139] Das kam einem rechtsstehenden Verständnis von weiblicher Mitarbeit durchaus entgegen: „Solange es ein Deutschtum gibt, lag immer sein stärkster Grund in der deutschen Familie, in der echten, rechten Ehe mit dem reichen Segen [von Kindern, RF]."[1140] Frauen wurden im Rahmen des Nationalismus vor allem im bevölkerungspolitischen Kontext *immer auch* als Mütter gesehen. Man solle die

> „Mitarbeit der ostmärkischen Frauen nicht […] unterschätzen. Gerade sie müssen wir für uns haben, wenn das künftige Geschlecht an die Wiedergutmachung des uns angetanenen Unrechts denken soll. Bei der Jugendpflege bitten wir die weibliche Jugend nicht ausser acht zu lassen. Auch hierbei können wir die Mitwirkung der Frauen nicht entbehren."[1141]

[1137] Vgl. Prehn: „Volksgemeinschaft im Abwehrkampf", S. 88.

[1138] [Anonym]: Zehn Jahre Kampf (a. a. O.), S. 56. Auch die folgenden Zitate ebd.

[1139] Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Frauen/ Frauendienst des Deutschen Ostbundes: Einladung zu einer Sondertagung zwecks […] Frauen- und Jugendfragen am Sonnabend, den 27.2.1926 [um 15 Uhr] in Berlin [in die] Reichszentrale für Heimatdienst, in: PA AA, R 82313, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 1: 1.1.1925-14.8.1926, Bl. 122 f., hier Bl. 122. Diese Abteilung diente dabei der Systematisierung und Vereinheitlichung der Propaganda-Tätigkeiten innerhalb der DO-Ortsgruppen. Vgl. [Anonym]: Zehn Jahre Kampf (a. a. O.), S. 50.

[1140] Lüdtke, Franz: Deutsches Volkstum. Ein Volksabend. (= Volksabende Heft 49). Gotha 1918, S. 35.

[1141] Rundschreiben K[ultur] 4 an alle Ortsgruppen und Landesverbände des Deutschen Ostbundes; Berlin, den 18.6.1921, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Repositurен, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 347: Verhandlungen zwischen Deutschem Ostmarkenverein und Deutschem Ostbund zwecks Zusammenführung, unpaginiert.

Das ideologisch hochgradig aufgeladene Konzept der ‚Mütterlichkeit' erwies sich indes als sehr deutungsoffene Eintrittskarte, um gegenüber den Männern im Verband weitere Handlungsfelder für sich reklamieren zu können.[1142] Einerseits konnten so ‚Fraueninteressen' als nationalistische ‚Volksinteressen' ausgegeben werden.[1143] Andererseits wurden dadurch assymetrische Beziehungen zwischen Frauen stabilisiert, wie Walgenbach treffend bemerkt:

> „Denn in der Figur der Mutter ist ebenfalls die Hierarchie zwischen Mutter und Kind eingeschrieben. Dies ist ein Hinweis darauf, dass kolonisierte und proletarische Frauen mit dieser Beziehungsdefinition infantilisiert wurden. […] [D]ie Aktivistinnen des Frauenbundes [reagierten, RF] umso aggressiver, wenn sich beispielsweise proletarische Frauen nicht in dieses Schema einpassen wollten."

Zugleich wurden den Frauen auch weitere Aufgaben zugewiesen, da der DO immer *auch* eine Wohlfahrtsorganisation war. Dementsprechend sollten sie vornehmlich „auf sozialem und karitativem Gebiet" tätig werden.[1144] Allerdings zeigte sich die männliche Verbandsleitung erstaunlich offen für die Ausweitung weiblicher Tätigkeitsfelder. So heißt es beispielsweise: „In anderen Frauengruppen sind wieder andere Aufgaben in den Vordergrund getreten, je nach vorhandenen Bedürfnissen und Kräften." Prinzipienkämpfe um Rollenzuweisungen und -erwartungen sucht man in diesen Quellen des DO vergeblich.

Ein Perspektivwechsel von diesen Beobachtungen auf der Strukturebene hin zu solchen auf der Ebene der Akteurinnen ergänzt das hier skizzierte Bild des verbandspolitischen Engagements von Frauen. So war die erste „Frauenreferentin" des DO Ruth Heerdegen.[1145] Diese wandte gegen emanzipatorische Vorstellungen ein:

> „Gewiß haben wir nicht die Absicht, die Ostbundfrauen in einer Amazonenschar zu vereinigen; im Gegenteil hoffen wir, daß der versöhnende und vermittelnde Einfluß der Frau dazu beitragen wird, der weltgeschichtlichen Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen."[1146]

[1142] Vgl. Walgenbach: „Die weisse Frau […]", S. 138 f.
[1143] Vgl. ebd., S. 140. Dort auch das folgende Zitat.
[1144] Ginschel, Emanuel: Der Deutsche Ostbund im Jahre 1930, in: OHK 10 (1931), S. 108-117, hier S. 114. Auch das folgende Zitat ebd.
[1145] Vgl. Heerdegen, Ruth: Frauenschulungstag der Frauendienstgruppen im Deutschen Ostbund, in: Die ostmärkische Frau [ohne Jg.] (1928) 7, S. 13 f.
[1146] (Dies.): Frauenarbeit im Deutschen Ostbund, in: ebd. [ohne Jg.] (1928) 1, S. 1. Auch das folgende Argument bzw. die folgenden Zitate ebd.

Sie argumentiert weiter, dass „spezifisch ostmärkische Frauenarbeit“ erst dann erfolgen könne, wenn die Frauen auch „auf allen Gebieten moderner Wohlfahrtspflege amtlicher und außeramtlicher“, in der Sozialgesetzgebung, des Parlamentarismus und des Versailler Vertrages „Bescheid wissen“. Kurzum: sie forderte eine bildungspolitische Besserstellung für die Frau als Gegenleistung für die Wahrnehmung ihrer Pflichten als „verantwortungsbewußte Staatsbürgerin“. Zu diesem Zwecke solle es auch kurze „Führerinnenlehrgänge für die Vorsitzenden der Frauendienstgruppen“ des DO geben. Zugleich zeigt sich hier ein konservatives, „die Geschlechter versöhnendes Gegenbild zu dem seit dem Ersten Weltkrieg im Radikalisierungsprozeß begriffenen Geschlechterverhältnis […].“[1147]

Einen ersten Anlauf zur verbandspolitischen Zusammenfassung der Frauen im DO erfolgte auf der Bundestagung des DO in Königsberg bzw. der Marienburg, die vom 27. bis zum 30. Mai 1926 stattfand.[1148] Doch erst auf der im Jahr 1927 erfolgten Jahrestagung des DO in Braunschweig gründete sich als „lose Vereinigung“ die „Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Frauen“, die damit zugleich den zweiten „ostdeutschen Frauentag“ beging.[1149] Angeknüpft wurde dabei an die Tradition des bürgerlichen „Bundes deutscher Frauenvereine“ (BdF), der seit 1903 regelmäßig „ostdeutsche Frauentage“ veranstaltete. Hier wurde eingefordert,

> „daß nur die vollberechtigte amtliche Tätigkeit den Frauen der Ostmark genügen könne, da ihre eigenartigen Kulturverhältnisse eine ganz besonders kräftig einsetzende sozialpolitische Tätigkeit von ihr verlangen; sie habe eine Fülle von Aufgaben in Familie, Kirche, Schule Kommune und Staat zu erfüllen.“ [1150]

Auch von Seiten der Verbandsführung unter Alfred von Tilly wurde klar an diese Tradition angeknüpft und gefordert, dass diese „Arbeitsgemeinschaft […] in die gesamte deutsche Frauenbewegung“ hineinwirken sollte.[1151] Entsprechend engagierten sich hier namhafte Protagonistinnen der bürgerlichen Frauenbewegung wie die Landtagsabgeordneten Elisabeth Brönner-Hoepfner sowie Elisabeth Spohr, daneben noch Else Frobenius (1875-1952), die

[1147] Vgl. Prehn: „Volksgemeinschaft im Abwehrkampf“, S. 94.
[1148] Vgl. Das Bundespräsidium des Deutschen Ostbundes an einen unbekannten Adressaten, 10.5.1926, in: BArch, R 8043, Nr. 1148: Deutsche Stiftung – Ostverbände, Bd. 2, Bl. 545 f., hier Bl. 545.
[1149] Einladung zu der Bundestagung des Deutschen Ostbundes in Braunschweig vom 23. Bis 25.9.1927, in: ebd., Bl. 381.
[1150] Eichholz, Julie: Fünf Frauentage. Ein Rückblick, in: Soziale Revue. Zeitschrift für die sozialen Fragen der Gegenwart 4 (1904) 1, S. 137-140, hier S. 140.
[1151] [Anonym]: Zehn Jahre Kampf (a. a. O.), S. 56.

Landtagsabgeordnete Anny von Kuleza (1868-1934; DVP), Luise Scheffen, Käthe Schirmacher und Weitere.[1152]

Im Vorstand dieser „Arbeitsgemeinschaft“ saßen als erste Vorsitzende Gertrud Lindemann, die Landtagsabgeordnete Elisabeth Spohr und als Schriftführerin die bereits erwähnte Ruth Heerdegen.[1153] Letztere schied ca. 1930 aus dem Vorstand aus.[1154] Ab 1931 wurde Elisabeth Brönner-Hoepfner (1880-1950) zweite Vorsitzende und Frida Lanzke übernahm die Geschäftsführung.[1155] Letztere wurde mit der ‚Gleichschaltung‘ der Ostverbände im BDO im Mai 1933 auch Leiterin des weiblichen Teilverbandes der neuen Organisation.[1156]

Damit arbeiteten vor allem die Frauen aus dem Bürgertum in leitender Funktion in der „Arbeitsgemeinschaft“ mit. Außerdem handelte es sich dabei meist um die Frauen männlicher Verbandsmitglieder. So war es auch im Falle von dessen „Ehrenausschuss“.[1157] Das Trio im Vorstand bestand aus der Frau des Infanteriegenerals und zeitweise in China tätigen Militärberaters Fritz Lindemann (senior) (1868-1954).[1158] Ihr gemeinsamer Sohn Fritz Lindemann (junior) (1894-1944) sollte später einer der Verschwörer des 20. Juli 1944 werden.[1159] Elisabeth Spohr (1887-1971) saß von 1919 bis 1933 für die DNVP im preußischen Landtag.[1160] Bei Ruth Heerdegen dürfte es sich um die Frau des Chefredakteurs

---

[1152] Vgl. ebd., S. 56 f.

[1153] Vgl. Einladungsschreiben der Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Frauen/ Ständiger Frauen-Ausschuß beim Deutschen Ostbund, 16.5.1926, in: BArch, R 8043, Nr. 1148: Deutsche Stiftung – Ostverbände, Bd. 2, Bl. 543; Einladung der „Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Frauen“ zum Tee-Empfang in der Wandelhalle des Duisburger Hofes am Sonnabend, den 16. Juni um 15:30 Uhr; Berlin, den 30.5.1928, in: BArch, R 43 I, Nr. 1815: Alte Reichskanzlei, Akten betreffend: Deutscher Ostbund, Bd. 1: 1.1.1928-33, Bl. 53. Außerdem werden in dieser Quelle folgende Frauen der „Arbeitsgemeinschaft“ namentlich erwähnt: „Frau Braun [Frau von Otto Braun?, RF], Elisabeth Brönner-Höpfner (Memellandbund), Therese Deutsch (Ostpreußen), Luise Scheffen (Deutscher Schutzbund), Klara Sommerfeld (Niedersachsen).“

[1154] Erst für die Jahresübersicht für 1930 findet im „Ostdeutschen Heimatkalender“ diese „Arbeitsgemeinschaft“ überhaupt erstmals Erwähnung. Vgl. OHK 10 (1931), S. 11;. Ginschel: Der Deutsche Ostbund im Jahre 1930 (a. a. O.), S. 115.

[1155] Vgl. OHK 11 (1932), S. 104. Lanzke war die Vorsitzende der Frauengruppe des DO-Landesverbandes Berlin-Brandenburg. Leider konnten zu ihr keine weiteren Informationen gefunden werden. Vgl. Ginschel: Der Deutsche Ostbund im Jahre 1930 (a. a. O.), S. 114. Die Lehrerin Brönner-Höpfner war zunächst in der Frauenbewegung aktiv, bevor sie sich nach dem Weltkrieg neben anderen Aktivitäten auch in der DDP engagierte und von 1920 bis 1924 für sie im Reichstag saß. Vgl. Forstreuter: Art. Brönner-Höpfner.

[1156] [Anonym]: „Bund Deutscher Osten“. Die Arbeits- und Führertagung, in: Ostland 14 (1933) 23, S. 213 f., hier S. 214.

[1157] Vgl. Einladungsschreiben der Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Frauen/ des Frauendienstes des Deutschen Ostbundes [undatiert], in: BArch, R 43 I, Nr. 1815: Alte Reichskanzlei, Akten betreffend: Deutscher Ostbund, Bd. 1: 1.1.1928-33, Bl. 454.

[1158] Siehe generell dazu Martin (Hg.): Die deutsche Beraterschaft in China 1927-1938. Anhand des Registers (S. 500) lassen sich die Stationen von Lindemann in China nachvollziehen.

[1159] Dass es sich bei Gertrud Lindemann um jene Gattin des Offiziers Lindemann handelt, ist nach bisheriger Quellenlage nicht zweifelsfrei nachweisbar – es liegt aber aufgrund der biographischen Daten nahe. Vgl. Stahl: Art. Lindemann, Fritz, S. 585.

[1160] Vgl. Heinsohn: Konservative Parteien in Deutschland, S. 86.

des DNVP-Parteiblattes „Pommersche Tagespost“ handeln, Carl Eduard Heerdegen.[1161] Den späteren DO-Verbandsvorsitzenden von Tilly dürfte sie bereits während des Ersten Weltkriegs kennengelernt haben, als dieser der „Reichsstelle für die Obst- und Gemüse“ vorstand und Heerdegen einen Ratgeber für die Ernährung im Krieg mit verantwortete.[1162]
Konzipiert war die „Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Frauen“ als eine lockere Verbindung der weiblichen Mitglieder der „verschiedensten Frauenorganisationen und Parteien“, um sie zur „ideellen Mitarbeit für die Ostmark […] aufzurufen.“[1163] Dabei wollte man möglichst schichtenübergreifend agieren, wenn beispielsweise vorzutragende Erfahrungsberichte wie folgt angekündigt wurden: „Es werden sprechen je eine vertriebene Frau aus dem Arbeiter-, dem Handwerker-, dem Siedler-, und Bauernstande, dem Beamtenberufe und einem freien Berufe.“[1164] Zugleich sahen sich die im DO tätigen Frauen „Ostmark-Frauen“ als komplementär zu den in den nach dem Ersten Weltkrieg abgetretenen Gebieten im Westen des Reiches tätigen „Westmark-Frauen“.[1165] Auffällig ist die enge Verbindung des Leitungs-Trios jener „Arbeitsgemeinschaft“ zur DNVP, wenngleich auch Frauen mit Parteibüchern anderer bürgerlicher Parteien hier mitarbeiteten. In diesem Kontext trug besonders die Landtagsabgeordnete Elisabeth Spohr nicht nur seit den frühen 1920ern zur Popularisierung völkischer Argumente bei, sondern wandte sich auch vehement gegen den Pazifismus.[1166]
Diese „Arbeitsgemeinschaft“ galt zugleich auch als „Frauendienst“ des DO.[1167] Dieser hielt mit den sogenannten „Frauentagungen“ eigenständige Veranstaltungen ab, die als Tee-Empfänge konzipiert waren und von Vorträgen sowie klassischer Musik begleitet wurden. Wenig überraschend wurden also nicht nur bei den Männern, sondern auch bei den Frauen des Verbands bürgerliche Formen der Geselligkeit klar favorisiert. Allerdings darf die Attraktivität der Mitgliedschaft und Mitarbeit im Frauenverband des DO nicht zu hoch

---

[1161] Der Hinweis auf ihn findet sich bei Schulze (Bearb.): 14.11.1918 bis 31.3.1925, S. 596. Zum Charakter des Blattes: Stępiński: Preussische Nationalkonservative über die Zweite Polnische Republik.
[1162] Heerdegen, Ruth (Vorrede): Fleischlose Kost. Obst-, Gemüse- und Fischgerichte für das deutsche Haus in Krieg und Frieden. (= Schriften des Vereins zur Förderung des Obst- und Gemüseverbrauches in Deutschland, 2. Folge, Heft 2). Königsberg 1916. *Siehe zu den Tätigkeiten von Tillys S.116.*
[1163] [Anonym]: Gedenket der Ostmark! Festschrift zur Tagung des Deutschen Ostbundes in Braunschweig, 23.-25.9.1927. O. O., o. J. [Braunschweig 1927], S. 16 f.
[1164] Ebd., S. 17.
[1165] Einladung der „Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Frauen“ zum Tee-Empfang in der Wandelhalle des Duisburger Hofes am Sonnabend, den 16. Juni um 15:30 Uhr; Berlin, den 30.5.1928, in: BArch, R 43 I, Nr. 1815: Alte Reichskanzlei, Akten betreffend: Deutscher Ostbund, Bd. 1: 1.1.1928-33, Bl. 53. Namentlich in dieser Quelle wird Bezug genommen auf die „Frauen Rheinland-Westfalen“. Dabei handelte es sich wohl um den „Rheinisch-westfälischen Frauenverband“ mit Sitz in Kreuznach.
[1166] Vgl. Heinsohn: Konservative Parteien in Deutschland, S. 119 ff.
[1167] Frauentagung im Hotel Duisburger Hof am Sonnabend, den 16.6.[1928], in: BArch, R 43 I, Nr. 1815: Alte Reichskanzlei, Akten betreffend: Deutscher Ostbund, Bd. 1: 1.1.1928-33, Bl. 55. Auch das folgende Argument ebd.

veranschlagt werden. In der vom DO herausgegebenen Zeitschrift „Grenzgau Ost“, später auch im Verbands-Wochenblatt „Ostland“ gab es beispielsweise eine regelmäßige „Unterhaltungsbeilage“ mit dem bezeichnenden Titel „Am ostmärkischen Herd“. Hier wurden weiblichen Mitgliedern nur wenige Seiten (meist eine bis drei) zugestanden, um sich zu äußern. In aller Regel waren die periodischen Publikationen des DO klar männlich dominiert. Plastischer wird das Ausmaß an weiblichem Engagement anhand der Entwicklung jener „Frauengruppen“ in der Tabelle rechts, wenngleich absolute Zahlen nicht überliefert sind.

Tabelle 2: Entwicklung der „Frauendienst“-Gruppen des DO[1168]

Jahr	Anzahl
1927	*Keine Angabe*[1169]
1928	40
1929	59
1930	64
1931	63
1932	*Keine Angabe*

Vergleicht man diese Entwicklung mit der der DO-Ortsgruppen insgesamt, so war das weibliche Engagement im Verband organisatorisch nur minoritär ausgeprägt. Auch fällt auf, dass es sich erst in der Spätphase der Weimarer Republik ausprägen konnte. Eine mögliche Ursache dafür könnte sein, dass sich viele jüngere Frauen lieber in den entsprechenden Teilgruppen der bündischen Jugend engagierten.[1170] Dennoch wurde den Frauen aus Sicht des DO ein wichtiges neues Aufgabengebiet zugewiesen. Denn die zahlreichen Spenden, für die immer wieder als Unterstützung für die ‚Ostflüchtlinge‘ geworben wurde, mussten auch verteilt werden. Hier kamen die „deutschen Frauenvereine“ ins Spiel, „bei denen die Unterstützungsbedürftigen und -würdigen Fälle am ehesten bekannt sind.“[1171] Daneben betrieb der „Frauendienst“ auch ein eigenes Erholungs- und Schulungsheim in Vetschau im Spreewald. Dieses Haus war besonders für die ‚ostmärkische‘ Jugend sowie Frauen gedacht. Neben Freizeit und Erholung wurde hier für Frauen des Verbands auch die Möglichkeit geboten, einen „Hauswirtschaftliche[n] Kursus für Ansiedler-, Bauern- und städtische

[1168] Zusammengestellt jeweils aus der jährlich im Anhang des OHK veröffentlichten „Verzeichnis[ses] der bei den Ortsgruppen bestehenden Frauendienst-Gruppen“.

[1169] Erste Frauen- und Jugendgruppen bildete der Verband wohl mit der Umstellung und Verbreiterung seiner Tätigkeitsfelder seit 1923/24. Vgl. Ginschel, E[manuel]: Die Tätigkeit und die Aufgaben des Deutschen Ostbundes, in: OHK 3/4 (1925), S. 82-85, hier S. 83.

[1170] Siehe Harvey: Serving the Volk. Allerdings ist die in der vorliegenden Studie herangezogene Quellenlage dazu nicht aussagekräftig. Weitere Arbeiten sollten dem vertiefend nachgehen, was hier zumindest grundlegend skizziert werden konnte.

[1171] Krahmer-Möllenberg an den DO; [ohne Ort], den 3.9.1929, in: BArch, R 8043, Nr. 1148: Deutsche Stiftung – Ostverbände, Bd. 2, Bl. 300.

Haustöchter“ zu besuchen.[1172] Durch ihre karitativen Tätigkeiten machten sich auch hier Frauen im Rahmen der bürgerlichen Geschlechterordnung unverzichtbar und erweiterten ihre Handlungsmöglichkeiten. Sie agierten allerdings zurückhaltender und stellten diese Geschlechterordnung nicht grundlegend infrage, wie es stattdessen der nun vorzustellende FDKG zumindest teilweise tat.

Zwar lässt sich das Engagement von Frauen in Kolonialverbänden bis 1886 nachweisen,[1173] doch wurde deren erster eigenständiger Verein erst 1907 gegründet, aus dem ein Jahr später der FDKG hervorging.[1174] Drei Faktoren beförderten das weibliche koloniale Engagement: Die Kolonialkriege in „Deutsch-Südwestafrika“ und „Deutsch-Ostafrika“, die zeitgenössisch als „Hottentottenwahlen“ bezeichneten Reichstagswahlen 1907[1175] sowie nicht zuletzt die zahlreichen Kolonialskandale um 1900.[1176] Letzteren Punkt wurde viel Aufmerksamkeit zuteil. Denn bereits in der prä-kolonialen ‚Imaginationsphase‘ wurde das Bild des ‚Kolonialhelden‘ gezeichnet,[1177] der nicht nur ‚zivilisieren‘ sollte, sondern dabei vor allem auch den Verführungen widerstehen sollte, die sich fernab von dem engen Regelkorsett der bürgerlichen Lebenswelt boten.[1178] Andererseits sahen einige Männer in den Kolonien ja gerade einen Fluchtpunkt vor einer als bedrückend empfundenen Sexualmoral.[1179]

Und genau jenes Bild der ‚Kolonialhelden‘ wandelte sich durch die Kolonialskandale in den weiblichen Vorwurf an jene Männer, als solche moralisch versagt zu haben. Dies nicht nur wegen ihrer Sexualmoral, sondern auch ihrer oft exzessiven Brutalität.[1180] Die Ursachen wurden allerdings nicht in deren Sozialisation in Europa gesucht, sondern völlig externalisiert.[1181] Zahlreiche Männer in den Kolonien, besonders solche in herausgehobenen Positionen, sahen sich selbst nämlich als „imperiale Patriarchen“, die frei von gesellschaftlichen Konventionen auch in sexuellen Belangen ihre Partnerinnen frei wählen

---

1172 Ginschel: Der Deutsche Ostbund im Jahre 1930 (a. a. O.), S. 115.
1173 Vgl. Schilling: „Deutsche Frauen! […]“, S. 70.
1174 Vgl. Walgenbach: „Die weisse Frau […]“, S. 85; Kundrus: Die imperialistischen Frauenverbände, S. 9.
1175 Vgl. ebd., S. 8 f.
1176 *Siehe S. 60.*
1177 Nicht von ungefähr wurde dieses Bild männlich- militärisch entworfen. Vgl. Djomo: „Des Deutschen Feld […]“, S. 64 f.
1178 Vgl. Kundrus: Moderne Imperialisten, S. 79. Auch für Frauen war gerade Südwestafrika ein ebensolcher Fluchtraum vor bürgerlichen Konventionen. Vgl. (dies.): Die imperialistischen Frauenverbände, S. 14.
1179 Vgl. Wildenthal: German Women for Empire, S. 68-82.
1180 Vgl. ebd., S. 70-78.
1181 „Der fremden Natur, dem fremden Klima, den fremden Bewohnern, dem fremden Erdteil wurde die Macht zugesprochen, die Deutschen (ver-)formen zu können. Insofern ruhte der Kolonialrassismus, der versuchte, eine historisch-strukturell erzeugte Ungleichheit als naturgegebenes Ergebnis körperlicher Dispositionen darzustellen und damit Macht zu legitimieren, auf tönernen Füßen.“ Kundrus: Die imperialistischen Frauenverbände, S. 16.

könnten.[1182] Auf- und angegriffen wurde dieses Konzept von (meist jüngeren) „liberalen Nationalisten“,[1183] die das Thema als Mittel benutzten, um den sozialen Status der (oft adligen) „imperialen Patriarchen“ zu attackieren.[1184] Davon erhofften sie sich selbst einen Aufstieg und die Zuteilung von Land sowie billig ausbeutbare koloniale Arbeitskräfte. Zugleich ging es ihnen nur innerhalb der vergleichsweise kleinen Gruppe der ‚weißen Männer‘ um politische Gleichheit, da sie sich selbst eher als ‚linksliberal‘ verorteten.[1185] Bezüglich der Bevölkerung vor Ort ging es folglich den ‚Patriarchen‘ vor Ort um sexuelle Verfügungsgewalt und soziale Dominanz, während die ‚Nationalisten‘ in Richtung einer rassistischen Segregation und Proletarisierung argumentierten. Die kolonial engagierten Frauen können recht eindeutig der letztgenannten Position zugeordnet werden. In ihren Augen bedürften die deutschen Kolonialisten vor Ort unbedingt komplementär der ‚weißen‘ Frauen.[1186] Für sie ging es dabei nämlich um die ebenso sozialdarwinistisch wie eugenisch-rassistisch konnotierte ‚Rassereinheit‘,[1187] die besonders durch ein mögliches Verbot von ‚Mischehen‘ durchzusetzen sei.[1188] weswegen auch möglichst unverheiratete Frauen in die Kolonien entsandt wurden.[1189] Diese sollten in der Idealvorstellung als ‚weiße‘ Farmersfrau‘ an der Seite ihres Mannes die Kolonien bewirtschaften und prägen.[1190] Diese enge Verknüpfung von fehlender weiblicher Gleichberechtigung, dem Aufstieg des Rassismus zur ‚Wissenschaft‘ und den Kolonialskandalen führte dazu, dass die weiblichen Kolonialdiskussionen sich nur noch darum drehten, deutsche Kinder und Männer ‚deutsch‘ zu erhalten. Wildenthal spricht zu Recht dabei von einem „nationalist and racist solipsism“.[1191] Hier zeigt sich zugleich der deutlichste Unterschied zu einem anderen Bereich spezifisch

---

[1182] Wildenthal: German Women for Empire, S. 80. Vgl. auch ebd., S. 80 ff.
[1183] Ebd., S. 82.
[1184] Vgl. ebd., S. 83. Auch die folgenden Argumente ebd.
[1185] Allerdings zeigt Kundrus plausibel, dass auch das spätere Engagement von Frauenverbänden in den Kolonien nur einen sehr engen Gleichheitsbegriff kannte, denn: „Vorherrschendes Prinzip wurde die Rassenideologie, die zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen heimischem Staatsvolk und kolonialisierten Völkern diskriminierte. Nach innen aber wurde Gleichheit suggeriert, nämlich eine Gleichheit derjenigen, die diese Ordnung aufstellten. Und genau an dieses Versprechen auf Gleichheit nach innen appellierten nun die imperialistischen Frauenverbände. Kolonialrassismus wurde so zum Instrument der Plausibilisierung von Partizipationsansprüchen.“ Kundrus: Die imperialistischen Frauenverbände, S. 21.
[1186] Vgl. ebd., S. 15 ff. und S. 18 f.
[1187] Vgl. ebd., S. 15.
[1188] Vgl. ebd., S. 13 und S. 17 f.; (dies.): Moderne Imperialisten, S. 219-279; Wildenthal: German Women for Empire, S. 84-130.
[1189] Vgl. Ebd., S. 17; (dies.): Kundrus: Moderne Imperialisten, S. 78-96; Wildenthal: German Women for Empire, S. 162-171.
[1190] Vgl. ebd., S. 131 und S. 151-156. „Die einheimischen Kulturen wurden marginalisiert und in ein Subordinationssystem eingefügt, dass an der Spitze das weiße deutsche Farmer- bzw. Pflanzerpaar vorsah.“ Kundrus: Die imperialistischen Frauenverbände, S. 20.
[1191] Wildenthal: German Women for Empire, S. 171. In einem nicht streng philosophischen Sinne kann man hier unter ‚Solipsismus‘ soviel wie ‚Egoismus‘ verstehen. Siehe Gabriel: Art. Solipsismus.

‚weiblich' konnotierten Engagements: „Im Gegensatz zur weiblichen Missionsarbeit in den Kolonien ging es dem Frauenbund nicht um koloniale Subjekte, sondern vornehmlich um das weiße Kollektiv."[1192]

Vor diesem Kontext reklamierten immer mehr bürgerliche Frauen selbstbewusst immer mehr kolonialpolitische Handlungsfelder für sich. Diese erstreckten sich von der Stellenvermittlung in die Kolonien über die Betreibung eines Heimathauses, eines Jugendheims, von Frauenkolonialschulen und Büchereien bis hin zur kolonialen Propaganda.[1193] Dadurch organisierten sie sich nicht nur selbst, sondern professionalisierten sich auch.[1194]

Das wohl wichtigste Aufgabenfeld war die Sendung lediger Frauen in die Kolonien.[1195] Damit reagierte der FDKG auf die prekäre und unterdrückte Lage bürgerlicher Frauen im Kaiserreich.[1196] Zugleich entwickelte sich dieser Punkt zu einem erheblichen Konfliktfeld zwischen dem FDKG und der DKG. Während Erstgenannter sich dafür einsetzte, gut ausgebildete, bürgerliche Frauen in die Kolonien zu schicken, bevorzugte die DKG junge Frauen aus der Arbeiterinnenklasse wie z.B. Haus- und Dienstmädchen.[1197] Dabei handelte es sich nicht nur um einen Geschlechter- oder Klassenkampf (nicht *mit*, sondern seitens bürgerlicher Akteursgruppen nur *über* Frauen aus der Arbeiterinnenklasse),[1198] sondern hier wurde nun auch der virulente Sexismus des ‚männlichen' Verbands thematisiert:

> „middle class women faced a *lack of demand for their paid work* […], they were purposefully and explicitly excluded from many kinds of middle-classe paid work. The strongest market demand in the colonies for German women continued to be for *sexual relations, marriage, and maternity* [H. d. A., RF]."[1199]

In der Weimarer Republik konnte der FDKG nicht sogleich an seine langjährig eingeübten Tätigkeiten anknüpfen. Zahlreiche Deutsche mussten die Kolonien verlassen,[1200] ihre Wiederansiedlung wurde bis Mitte der 20er Jahre unterbunden und auch Geschäfte des

---

[1192] Walgenbach: „Die weisse Frau […]", S. 86.
[1193] Vgl. ebd., S. 90-100.
[1194] Vgl. Wildenthal: German Women for Empire, S. 159 ff.
[1195] Vgl. ebd., S. 162 f.
[1196] Vgl. Walgenbach: „Die weisse Frau […]", S. 141 f.
[1197] Vgl. Wildenthal: German Women for Empire, S. 163 ff.
[1198] Vgl. Walgenbach: „Die weisse Frau […]", S. 235-260.
[1199] Wildenthal: German Women for Empire, S. 165; vgl. auch Walgenbach: „Die weisse Frau […]", S. 84, S. 91 f., S. 152 und S. 154 ff.
[1200] Vgl. Duems, Erich: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (1919-1932), in: (ders.)/ Stuemer, Willibald von: Fünfzig Jahre Deutsche Kolonialgesellschaft 1882-1932. Berlin 1932, S. 57-115, hier S. 86 f.

Reiches mit seinen Kolonien wurden bis dahin sanktioniert.[1201] Allerdings wandelte sich durch den Verlust der Kolonien und den Übergang vom Kaiserreich zur Republik auch die Rolle des kolonialen Engagements von Frauen. Ausschlaggebend war hierbei nicht das nun endlich zugestandene Frauenwahlrecht,[1202] sondern die betont ‚kulturelle', ‚unpolitische' Rollenzuschreibung.[1203] Das wurde auch dadurch befördert, da die hohe, ‚männlich' konnotierte Diplomatie und Politik in ihrem Kolonialrevisionismus versagte. Weibliches Engagement fand nun zwar nicht mehr *in*, wohl aber noch *für* die Kolonien statt. Der Kolonialrevisionismus wurde quasi ‚von unten' auf sozial- und wohlfahrtspolitischen Wegen ins Werk gesetzt. Der ‚Haushalt' als spezifisch den Frauen zugeschriebener Raum erlebte nun eine beispiellose Aufwertung, den diese auch selbstbewusst zu nutzen verstanden. Frauen sollten nun daran gehen, mithilfe eines „informal retaking of the former colonies household by household, community by community" die Kolonien wiederzugewinnen.[1204]

Auch der „Frauenverein vom Roten Kreuz für Deutsche über See"[1205] sowie die DKG unterstützten die FDKG nun stärker dabei.[1206] Dabei gingen beide Verbände arbeitsteilig vor: die Schulpolitik oblag der DKG, während die FDKG sich vornehmlich um wohltätige Aufgaben kümmern sollte.[1207] Allerdings befand sich der FDKG nicht nur zu seinem ‚männlichen' Pendant in fortgesetzter Konkurrenz,[1208] sondern auch zu jenem (ebenfalls adelig-elitären) „Frauenverein" des Roten Kreuzes, der der ältere und etwas größere koloniale Frauenverband war.[1209]

Mit dem Fall des letzten Einwanderungsverbots 1925 für die ehemaligen Kolonien konnten nun ehemalige deutsche Staatsbürger und -bürgerinnen wieder an eine Rückkehr denken.[1210] Außerdem besserte sich auch mit dem Inkrafttreten des Dawes-Plans die Kassenlage der öffentlichen Hand, so dass der FDKG 1926/27 ca. 20.000 Reichsmark vom AA erhielt. Dieses

---

[1201] Vgl. Wildenthal: German Women for Empire, S. 175 und S. 190 f.

[1202] Siehe nochmals Schaser: Zur Einführung des Frauenwahlrechts.

[1203] Wildenthal: German Women for Empire, S. 175. Dort auch die folgenden Argumente bzw. das folgende Zitat.

[1204] Vgl. auch Walgenbach: „Die weisse Frau […]", S. 100.

[1205] Aufgabenfelder als Missions- und Krankenschwestern waren die ersten Tätigkeiten, die Frauen in den Kolonien dezidiert zugebilligt wurden. Insofern war der genannte Teilverband des Roten Kreuzes die deutlich ältere Form ausdrücklich weiblichen kolonialen Engagements *in* den (nicht nur: *für* die) Kolonien. Vgl. Wildenthal: German Women for Empire, S. 13-53, S. 183 und S. 191.

[1206] Vgl. Aufzeichnung: Der Aufbau der deutschen Kolonialbewegung [undatiert, ca. Juni 1930], in: BArch, R 8023, Nr. 796: [Beschlüsse usw. der DKG-Abteilungen], Bl. 436 ff., hier Bl. 437.

[1207] Vgl. Aufzeichnung: Arbeiten für die Deutschtumspflege in den Kolonien [undatiert, ca. Juni 1930], in: ebd., Bl. 583 f.

[1208] *Siehe S. 187 f.*

[1209] Vgl. zu diesen Konflikten Wildenthal: German Women for Empire, S. 168 ff.; Walgenbach: „Die weisse Frau […]", S. 101 f.

[1210] Vgl. Wildenthal: German Women for Empire, S. 190 f.

Geld wurde vor allem für Reisebeihilfen für deutsche Frauen verwendet.[1211] Daneben förderte der FDKG auch Reise- und Bildungsstipendien für Kinder deutscher Staatsangehöriger aus den ehemaligen Kolonien und engagierte sich dort auch im Bereich der Kinder-, Alten- und Krankenpflege. Die im Vergleich dazu ohnehin nur magere bildungspolitische Unterstützung afrikanischer Kinder in den Kolonien stellte der Verband dagegen komplett ein. Vielmehr wurde in ihnen seitens der FDKG eine Konkurrenz um die ohnehin wenigen Schulplätze vor Ort gesehen.[1212] Doch wurden ab 1925 nicht nur weiter Frauen in die Kolonien entsandt,[1213] sondern auch nach Deutschland geholt, um ihnen eine möglichst gute Ausbildung zu ermöglichen. Dabei wuchs allerdings auch seitens älterer Verbandsaktivistinnen die Befürchtung, dass diese Frauen zu sehr mit ‚modernen Ideen' in Kontakt kommen könnten, wie sie besonders das Konzept der ‚neuen Frau' (siehe unten) verkörperte.[1214] Insgesamt blieben die genannten Diskussionen um die Kolonien auch in der Zwischenkriegszeit bürgerlich-elitär geprägt:

> „Fast vollständig unberücksichtigt blieben [dabei, RF] insbesondere die untersten Schichten der Europäer im kolonialen Raum wie Mittellose, Prostituierte oder Kleinkriminelle. Die europäische Identitätskonstruktion im kolonialen Rahmen hatte insofern ein stark elitäres Moment. Der Prototyp des ‚Europäers' in den Kolonien war ein kulturell und moralisch hochstehender, rechtlich und materiell privilegierter Mann."[1215]

An diesem Elitismus änderte sich grundlegend auch nach dem Ersten Weltkrieg nichts. So wurden folgende Dokumente von Frauen verlangt, die sich um Reisebeihilfen beim FDKG bemühten: „ein Ausweis, ein polizeiliches Führungszeugnis, umfassende Referenzen, ein Lebenslauf, eine Arbeitsbestätigung, diverse Zeugnisse, die Bescheinigung eines Arbeitsangebots im Zielland sowie ein medizinisches Attest."[1216] Neben dieser umfassenden Selektion hatten diese Anforderungen aber auch einen unverkennbaren Klassencharakter, denn sie sollten verhindern, dass in Afrika ein deutsches Proletariat geschaffen werden würde.[1217] Gesucht wurden junge, unverheiratete Frauen. Ihre Vermittlung in die Kolonien trugen der DKG und später der FDKG allerdings bereits im Kaiserreich die Kritik seitens

[1211] Vgl. Schilling: „Deutsche Frauen! […]", S. 71 f. Das folgende Argument ebenfalls ebd.
[1212] Vgl. Wildenthal: German Women for Empire, S. 190.
[1213] Siehe dazu jetzt Akakpo-Numado: Mädchen- und Frauenbildung in den deutschen Afrika-Kolonien.
[1214] Vgl. Wildenthal: German Women for Empire, S. 192 f.
[1215] Dinkel/ Greiner/ Methfessel: „Murder of a European", S. 231.
[1216] Schilling: „Deutsche Frauen! […]", S. 73.
[1217] Vgl. Schilling: „Deutsche Frauen! […]", S. 74. Das folgende Argument ebenfalls ebd.

feministischer Aktivistinnen ein, sich im Bereich der Zuhälterei und Prostitution zu betätigen.[1218] Daneben erlebten die Mitglieder des Verbands in der Weimarer Republik nun auch einen völlig neuen Typ von Frau, die für die Älteren unter ihnen äußerst gewöhnungsbedürftig gewesen sein dürfte. Die ‚neue Frau' – für die einen Vor-, für andere Schreckbild – gab es auch in Bezug auf koloniales Engagement durchaus. Sie war sexuell unabhängig, unverheiratet und ökonomisch selbstständig und sie bereiste selbst und ohne dauernde Hilfe den afrikanischen Kontinent und veröffentlichen dazu Reiseberichte.[1219] Das mögen vergleichsweise wenige Ausnahmen gewesen sein, die gut ausgebildete und v.a. junge Frauen betrafen.[1220] Dass es sie aber gab, zeigt allerdings an, wie stark sich die Geschlechterordnung in den wenigen Jahren nach dem Ende des Krieges verändert hatte.

Daraus ergaben sich auch weitere Aufgabenfelder für den FDKG. Denn auch durch das Wahlrecht für Frauen waren koloniale Aktivitäten nicht mehr nur ein zentrales Arbeitsfeld weiblicher Vereinsmitglieder, sondern auch der politischen Agitation und Wählerinnenmobilisierung.[1221] Außerdem agitierten auch die FDKG-Mitglieder gegen die sogenannte „koloniale Schuldlüge", die unter anderem auf dem britischen „Blaubuch" über die deutsche Kriegsführung in „Deutsch-Südwestafrika" 1904-1908 basierte und Deutschland aufgrund dessen die Fähigkeiten absprach, zum Kreis der ‚zivilisierten' Kolonialmächte zu gehören.[1222] Besonders verübelte man hier das Argument, das die Deutschen als ‚Weiße' eben nicht in der Lage gewesen seien, ‚vernünftig' über ‚Schwarze' zu herrschen. Das wurde den Entente-Mächten als ein Verrat unter ‚weißen' Kolonialmächten ausgelegt.[1223] Dementsprechend gehörte kolonialrevisionistische Propaganda zum festen Themenspektrum der FDKG. Dafür wurden auch die ‚neuen' Medien genutzt: neben Lichtbildvorträgen warben vor allem auch Kinofilme für die ‚koloniale Sache'.[1224] Die Tätigkeit des FDKG war derart emsig und selbstbewusst, dass wiederholt einzelne (männliche) DKG-Abteilungen sich beim Vorstand beschwerten, da sie sich von diesen benachteiligt fühlten.[1225]

[1218] Vgl. Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 78; Wildenthal: German Women for Empire, S. 134.
[1219] Vgl. ebd., S. 193-196.
[1220] Vgl. ebd., S. 194.
[1221] Vgl. Schilling: „Deutsche Frauen! […]", S. 70.
[1222] Vgl. ebd., S. 70 f., Laak: Imperiale Infrastruktur, S. 200 f.
[1223] Vgl. Wildenthal: German Women for Empire, S. 173.
[1224] Vgl. Schilling: „Deutsche Frauen! […]", S. 76; Kundrus: Die imperialistischen Frauenverbände, S. 9.
[1225] Vgl. z.B. Bericht über die Sitzung des Hauptausschusses am Freitag, den 31.10.1930, in: GStA PK, VI. HA: Nachlässe, Nl. Heinrich Schnee, Nr. 78 b: Heinrich-Schnee-Archiv. Sitzungsprotokolle etc. jener Verbände, Bünde u. Arbeitsgemeinschaften, die Schnee als Präsident leitete, Bl. 1 f., hier Bl. 2. Vgl. zu den entsprechenden Diskussionen im Kaiserreich Kundrus: Die imperialistischen Frauenverbände, S. 10 ff.

Auch die Entwicklung der Mitgliederzahlen spricht für sich.[1226] War der FDKG bereits bis zum Ersten Weltkrieg mit ca. 18.600 Mitgliedern[1227] in etwa so groß wie der gesamte Alldeutsche Verband(!),[1228] ging diese Zahl bis zum Kriegsende 1918 auf gut 15.200 Mitglieder zurück.[1229] Bis zur Weltwirtschaftskrise 1923 stieg diese Zahl wieder leicht auf a. 16.500, um sich danach bis Mitte 1925 quasi im freien Fall zu befinden (ca. 6.500). Erst danach stieg die Zahl der Mitglieder wieder kontinuierlich an. So zählte man 1926 bereits wieder ca. 8.000, 1927 12.000, 1928 gut 13.500 und 1929 ca. 16.400 Mitglieder.[1230] Im Jahr 1930 betrug der Stand rund 20.560 Mitglieder und überstieg damit den Vorkriegsstand. Nach dem Machtantritt der Nazis schnellte die Mitgliederzahl mit rund 26.600 im Jahr 1934 nochmal nach oben. Diese Mitglieder teilten sich auf 270 Abteilungen auf, von denen sich 40 in Afrika befanden.[1231] Fragt man nach den Gründen für diese hohen Mitgliederzahlen, so sind wenigstens zwei als entscheidend dafür anzusehen. Erstens nahm der Verband durchaus auch gerne Männer auf.[1232] Ursprünglich erlaubte die DKG(!) ihrem weiblichen Pendant aber nur deren Aufnahme, wenn sie zugleich in der DKG Mitglied wurden. Darüber setzte sich der FDKG allerdings stillschweigend hinweg und begab sich so in ein Konkurrenzverhältnis.[1233] Zweitens traten Männer ihm deswegen bei, da er weniger exklusiv-elitär war als die DKG.[1234] Zugleich sammelte sich im FDKG damit auch tendenziell der rechtere, völkisch-kleinbürgerlich-siedlungsfreundlich orientierte Flügel der deutschen Koloniallobby, was natürlich zu Konflikten mit der DKG führte.[1235] Nach 1933 verlief deswegen die Eingliederung in das neue Regime reibungsloser. Nun wurde auch der FDKG

> „umfassend gleichgeschaltet. Seine Jugendgruppen, insgesamt rund 2500 Mitglieder, wurden in die Hitlerjugend eingegliedert, der FDKG ging offiziell in der Deutschen Frauenfront – bzw. dem deutschen Frauenwerk – auf. Trotz seiner Auflösung im Jahr 1936 sollten seine Arbeiten vorerst in der Abteilung IV (Abt. für kulturelle Aufgaben) des neu- bzw.

[1226] Eine Tabelle zur Mitgliederentwicklung bis 1914 findet sich bei Walgenbach: „Die weisse Frau […]“, S. 89.
[1227] Vgl. Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 80.
[1228] Vgl. Kundrus: Die imperialistischen Frauenverbände, S. 7; Wildenthal: German Women for Empire, S. 156.
[1229] Vgl. Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 81.
[1230] Alle Zahlenangaben bis 1930 nach: Mitgliederstand des FDKG 1908-1930, in: BArch, R 8023, Nr. 404: Frauenbund der DKG, Bl. 272.
[1231] Vgl. Schilling: „Deutsche Frauen! […]“, S. 75.
[1232] Umgekehrt war es auch für Frauen möglich, Mitglied der DKG zu werden, aber es sollten in beiden Verbänden jeweils keine eigenen Abteilungen des jeweils anderen Geschlechts gebildet werden. Vielleicht(?) fürchtete besonders die DKG die Organisations- und Mobilisierungsfähigkeit der FDKG. Vgl. Besprechung zwischen der DKG und dem FDKG betr. engere Zusammenarbeit am 10.12.1932, in: BArch, R 8023, Nr. 404: Frauenbund der DKG, Bl. 67 f., hier Bl. 68.
[1233] Vgl. Walgenbach: „Die weisse Frau […]“, S. 102 ff.; Wildenthal: German Women for Empire, S. 150 f.
[1234] Vgl. ebd., S. 149 f.
[1235] Vgl. ebd., S. 146.

wiedergegründeten Reichskolonialbundes (RKB) fortgesetzt werden, seine Vorsitzende sollte die Leiterin der Abteilung II des RKB (Abt. Schulung und Wissenschaft) werden.“[1236]

Dem neuen Regime war dennoch vor allem der konservativ-bürgerliche Charakter des FDKG ein Dorn im Auge.[1237] Er gliederte sie 1936 als „‚Abteilung IV‘“ in den RKB ein, wo er sich künftig auf das Feld der „‚kulturellen Arbeit‘“ beschränken sollte.[1238] Damit ereilte die kolonial engagierten Frauen dasselbe Schicksal wie das ihrer männlichen Pendants.

2.3.4. Engagement (in) der Jugend

Beide Verbände bemühten sich seit ihrer Gründung intensiv auch um die Gewinnung von Jugendlichen.[1239] In diesem Bestreben um die Rekrutierung des Nachwuchses glichen sich allgemein alle erdenklichen Verbände, Vereine, Kirchen und Parteien in der Weimarer Republik.[1240] Denn nach dem Ersten Weltkrieg kam ihrer Gewinnung eine Art ‚nationalpolitische Funktion‘ zu, wie Reulecke herausarbeitet. Demnach wurde die

> „Jugend als Nachwuchs [gesehen, RF], der infolge des allgemeinen Geburtenrückgangs und […] der Kriegsereignisse stark schrumpfte, [dies, RF] provozierte in besonderer Weise gesellschaftliche Beachtung und Bereitschaft zu gezielter ‚Aufzucht‘ mit dem Ziel, die quantitative wie qualitative Existenz der Nation auch in Zukunft zu sichern und die generative Kraft der Bevölkerung zu erhalten.“[1241]

Besonders in völkischen bzw. nationalkonservativen Kreisen – und zu diesen sind beide hier zu untersuchenden Verbände zu rechnen –[1242] wurden darüber hinaus in ‚der‘ Jugend jene

---

[1236] Schilling: „Deutsche Frauen! […]“, S. 75.
[1237] Vgl. ebd., S. 74 f.
[1238] Zitiert nach Wildenthal: German Women for Empire, S. 185.
[1239] Siehe für die DKG in der Zeit des Kaiserreichs Bowersox: Raising Germans in the Age of Empire. Dabei ist zu betonen, dass die DKG mit ihren rassifizierenden Materialien für den Schulunterricht den Zeitgeist repräsentierte und nicht als ‚rassistische Ausnahme‘ gelten kann. Für den DOV als Vorläufer des DO siehe die kurzen Hinweise bei Grabowski: Deutscher und polnischer Nationalismus, S. 161-165. Eine größere Synthese dazu wäre wünschenswert.
[1240] Vgl. Reulecke: Jugend und „junge Generation“, S. 94.
[1241] Ebd., S. 87.
[1242] Vgl. diesbezüglich für die DKG Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. [67]; für den DO *siehe z.B. S. 223, S. 229, S. 237, S. 304, S. 311 oder auch S. 320.*

zukünftigen ‚Führer' und auch ‚Führerinnen'(!) gesehen, die die Nation wieder zu neuer Größe führen sollten.[1243] Die Geschichte der Suche nach ‚Führern' lässt sich dabei im deutschsprachigen Raum bis zurück zur heimlichen Bewunderung Napoleons und dessen imperialer Unterwerfung und Einigung großer Teile Europas zurückverfolgen. In der Weimarer Republik nahm sie dann ausufernde Züge an. Nach der Niederlage im Weltkrieg suchte man einen „charismatische[n] Hoffnungsträger von der Statur und Symbolkraft eines Arminius, eines Rotbart oder Bismarck", der die Nation zu neuer Größe führen und die als defizitär empfundene Parteien- und Parlamentsherrschaft überwinden sollte.[1244]

In der Republik wurde allerdings die ‚generationelle Differenz' zunehmend politisiert. Honoratiorenverbände wie die DKG konnten keineswegs mehr automatisch einen Führungsanspruch auch über die Jugend anmelden, sondern mussten sich einer wachsenden Kritik seitens der Jugendbewegung aufgrund ihres fortgeschrittenen Durchschnittsalters erwehren.[1245] Die Gefahr der „drohenden Überalterung" wurde dabei auch selbstkritisch eingeräumt.[1246] Gerade die NSDAP, die sich in ihrer Phase als ‚Bewegung' vor allem als eine ‚Bewegung der Jugend' inszenierte,[1247] wurde zu einer erfolgreicheren Konkurrenz bei der Werbung um den Nachwuchs, bei der nicht nur die DKG zunehmend das Nachsehen hatte. Als jene ‚Bewegung' dann Anfang 1933 zum Regime wurde, erwies sich diese Anbiederung der Partei an die Jugend freilich umgehend als rein machttaktisches Zweckbündnis. Nun hieß es „Schluß mit ‚junger Generation'."[1248] Hierzu nochmals Reulecke:

> „In einer ‚gleichgeschalteten' Volksgemeinschaft konnte keine Sonderung in Altersgruppen geduldet werden. Stattdessen mußte die Jugend […] in Volk und Staat bruchlos eingebunden werden; sie sollte im Zuge einer planvollen Menschenzüchtung zu einem zur Weltherrschaft fähigen neuen Geschlecht erzogen werden: die männliche Jugend zum ‚kämpferischen Vortrupp' […], die weibliche zur ‚Bewahrerin der natürlichen Kräfte des Volkes, Bewahrerin des Blutstromes und der blutstreuen Sitte'."[1249]

[1243] Vgl. ebd., S. 94 f.; Heyn: „Gründet Jugendgruppen […]", S. 18.

[1244] Schreiner: „Wann kommt der Retter Deutschlands?", S. 124 und passim. Vgl. auch Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 554 ff.

[1245] Vgl. Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 84 ff.; allgemeiner dazu Reulecke: Jugend und „junge Generation" , S. 96. Dieser merkt auch an, dass auch die Arbeiterbewegung ganz ähnlich gelagerte generationelle Probleme hatte, vgl. ebd., S. 98 f.

[1246] Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 107.

[1247] Vgl. Boschütz: Nationalsozialismus und „junge Generation", S. 22 ff.; vgl. auch Thonfeld: Krisenjahre revisited, S. 398.

[1248] Rauch, Karl: Schluß mit „junger Generation". Leipzig 1933. Zitiert nach Reulecke: Jugend und „junge Generation", S. 96. Ausführlicher dazu Boschütz: Nationalsozialismus und „junge Generation", S. 41-49.

[1249] Reulecke: Jugend und „junge Generation", S. 96.

Der DO war im Unterschied zur DKG bereits durch den Nachkrieg mit einem kleinen Segment der akademischen Jugend enger verbunden. So kämpften bereits während der Kämpfe des „Grenzschutzes Ost“ 1918/19 gegen polnische Truppen vor allem korporierte Studenten mit.[1250] Von daher verwundert es nicht, dass der DO während der Weimarer Republik ein gutes Verhältnis zu einigen studentischen Korporationen unterhielt, da beide Seiten mit der Wiedergewinnung der ehemaligen Ostprovinzen dasselbe Ziel hatten.[1251] Über diesen relativ kleinen elitär-männerbündisch-akademischen Kreis jedoch reichte in den ersten Jahren der Republik sein jugendpolitischer Einfluß kaum hinaus. Denn an den Universitäten befand sich der Verband in direkter Konkurrenz[1252] zu genuin studentisch-korporierten Organisationen wie den „Hochschulringen deutscher Art“[1253] oder der „Deutschen Studentenschaft“[1254]. Diese vertraten zwar im Hinblick auf Ostmitteleuropa fast wortgleiche Ziele, wollten allerdings nicht ihre organisatorische Unabhängigkeit und wohl auch ihren Charakter als ‚jugendliche’ Organisationen verlieren. Bei derartiger Konkurrenz im jugendpolitischen Bereich verwundert es nicht, das resignative Stimmen auch in diesem Verband nicht ausblieben. Diese schwangen allerdings immer wieder nur zwischen den Zeilen mit. So heißt es in der Festschrift zum zehnjährigen Bestehen des DO, „[…] die Studentenschaft [hat sich, RF] stets *zumeist auch* an unseren großen Veranstaltungen beteiligt [...] [H. d. A., RF].“[1255] Von einer *fortwährenden* und *hauptsächlichen* Beteiligung der in dem Beispiel genannten Studenten an den Verbandsaktivitäten konnte also keine Rede sein.

Neben dieser Zielgruppe ist immer wieder auch auf die sozialpolitische Funktion des Verbandes hinzuweisen, hier im Bereich der Fürsorge. So stimmte sich dieser Anfang der 20er Jahre mit dem Roten Kreuz ab, wonach ihm auch die „Jugendfürsorge“ für die „ostmärkischen Flüchtlinge“ zufiel.[1256] In diesem Rahmen definierte bzw. beanspruchte er einen weiten Aufgabenkatalog: „Die Berufsausbildung und Arbeitsvermittlung für Witwen“ sowie von „Flüchtlingskindern, insbesondere von Voll- und Halbwaisen[;] die Erichtung von

---

1250 Vgl. Maur: Beiträge zur Geschichte der Stadt Greifswald, S. 100, Anm. 43. Vgl. auch Prehn: „Volksgemeinschaft im Abwehrkampf“, S. 83.

1251 Vgl. [Anonym]: Zehn Jahre Kampf für Ostheimat, deutsches Volkstum und Vaterland. Erinnerungsblätter zur Feier des 10jährigen Bestehens des Deutschen Ostbundes. Berlin 1929, S. 27 f.

1252 Vgl. Köstler: Die „Ostarbeit“ an der Universität Greifswald, S. 276-280.

1253 Siehe Fließ/ John: Art. Deutscher Hochschulring.

1254 Siehe (dies.): Art. Deutsche Studentenschaft.

1255 [Anonym]: Zehn Jahre Kampf für Ostheimat (a. a. O.), S. 28.

1256 [Alfred v. Tilly/ Emanuel Ginschel: Ankündigung einer Besprechung mit den beteiligten Amtsstellen, Organisationen und Persönlichkeiten im Bereich der Jugendfürsorge in Berlin für Dienstag, den 16.5.1922, vormittags 10 Uhr]; Berlin, den 10.5.1922, in: BArch, R 3901, Nr. 9129: Reichsarbeitsministerium, Abteilung II b, Akten betreffend: Deutscher Heimatbund Posener Flüchtlinge, jetzt: Deutscher Ostbund; ab Oktober 1919, unpaginiert. Auch die folgenden Zitate ebd. Vgl. zur zeitgenössischen Flüchtlingsarbeit des Roten Kreuzes Riesenberger: Das Deutsche Rote Kreuz, S. 181 f.

Lehrlingsheimen“ für deren Unterbringung und schlussendlich sogar die „General-Berufsvormundschaft für Flüchtlingskinder durch den Deutschen Ostbund.“ Ob und inwieweit der Verband hierbei allerdings zugleich Nachwuchs zu rekrutieren versuchte, lässt sich aus den Quellen nicht ersehen.

Auch die DKG versuchte, dieselbe Zielgruppe anzusprechen, da sie dem eigenen elitären Habitus am Ehesten entsprach und die überalterte Führungsspitze des Verbandes ersetzen könne.[1257] Zugleich seien studentische Verbindungen deswegen ein geeignetes Reservoir für personellen Nachschub, da sie „eine nach *Führertum* strebende und *dazu bestimmte* akademische Jugend [H. d. A., RF]“ darstelle.[1258] Allerdings wurde andererseits ebenso lebhaft deren mangelnde Teilnahme beklagt. Lediglich im Bereich der vom FDKG geleiteten Stipendienfürsorge für die in den ehemaligen Kolonien verbliebenen Deutschen brachten sich Korpsstudenten mit ein.[1259]

Nöhre weist zu Recht darauf hin, dass der Verband hier im selben Boot saß wie die von ihm verachteten Parteien, über die man sich ja qua ‚Überparteilichkeit‘[1260] erheben zu können glaubte: „Auch diese sahen sich, ebenfalls aus der Vorkriegszeit hervorgegangen, mit einem Attraktivitätsverlust bei der Jugend konfrontiert.“[1261] Insgesamt spielte die Jugend in den Aktivitäten der DKG bis in die zweite Hälfte der 20er Jahre hinein eine denkbar untergeordnete Rolle. Zwar wurde bereits 1919 die „Pflege des kolonialen Gedankens“ in die Lehrpläne u.a. der preußischen Schulen übernommen[1262] und eine rege Werbetätigkeit des Verbands an den Hochschulen entfacht. Dazu entsandte der Verband dorthin immer wieder Vortragsredner. Dies blieb aber zumindest Anfang der 20er ein auf den Berliner Raum sowie vor allem Nordwestdeutschland regional begrenztes Phänomen, während Süddeutschland davon komplett ausgespart blieb.[1263] Und über die Resonanz dieser Vorträge heißt in entwaffnender Offenheit bei einem hierfür verantwortlichen DKG-Funktionär:

[1257] Vgl. DKG-Abteilung Westliche Vororte Berlins an die DKG; betrifft: Antrag […] auf Wahl von zwei Vertretern der deutschen Studentenschaft in den Vorstand der DKG; Friedenau, den 31.5.[19]31, in: BArch, R 8023, Nr. 798: [Beschlüsse etc. der DKG-Abteilungen 1931], Bl. 195 f.; Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 82 f.; Heyn: „Gründet Jugendgruppen […]“, S. 16.

[1258] DKG-Abteilung Münster: Bericht über die Sitzung der DKG und der kolonialen Arbeitsgemeinschaft Münster am 27.3.1931 im Saale des „Hotel Monopol“; Münster, den 25.4.1931, in: ebd., Bl. 155 ff., hier Bl. 155. Auch das folgende Argument ebd.

[1259] Vgl. Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 92.

[1260] *Siehe S. 280-283.*

[1261] Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 85.

[1262] Vgl. ebd., S. 79 ff., bes. S. 80, Anm. 43; Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 104 ff.; Rüger: Der Kolonialrevisionismus, S. 252.

[1263] Vgl. Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 82, Anm. 51.

„Ich hatte an 400 Direktoren und Rektoren geschrieben, daß ich Lichtbilder stellen […] wollte, daß ein Redner zur Erklärung der Bilder vorhanden sei usw.; der Erfolg war, daß auf 400 Anfragen 10 Antworten kamen, und von diesen 10 waren – fünf verneinend. Im Ganzen gelang es mir, zwei Vorträge abhalten zu lassen. Beim dritten Vortrag [war] von [den] Zuhörern […] niemand da außer dem Direktor von der Schwesternschule, der dem Redner erklärte, der Vortrag könne nicht stattfinden, da die Schüler – streikten. Sie hätten ihrem Lehrer gesagt, derartige Vorträge nur während des Unterrichts anzuhören.“[1264]

Bereits hieran wird ersichtlich, dass Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis zueinander standen. 1924 wurde über die KORAG ein „kolonialer Jugendausschuss“ gegründet, der die Werbearbeit in der Jugend koordinieren sollte.[1265] Etwa zur selben Zeit wurden auch die ersten kolonialen Mädchengruppen gegründet. Dabei stimmten sich die DKG und die FDKG allerdings nicht ab. Nicht nur, dass beide jeweils eigene Jugendgruppen gründen ließen. Während der erstgenannte Verband für gemischt-geschlechtliche Jugendgruppen votierte, favorisierte der letztere die Geschlechtertrennung.[1266] Hier setzte sich also das Konkurrenzverhältnis beider Verbände zueinander fort. Mädchen wurden hierbei zunächst als Multiplikatorinnen innerhalb der Jugend angesprochen.[1267] Langfristig sollte sie die Jugendarbeit allerdings auf ihre Aufgaben in den Kolonien vorbereiten.[1268]
1925 wurde mit der Zeitschrift „Jambo“ erstmals auch eine eigene Jugendzeitschrift ins Leben gerufen.[1269] Doch fristete diese Zeitschrift als Teil der ‚kolonialen‘ Kinder- und Jugendliteratur eher ein Nischendasein.[1270] Die DKG hielt die Werbung für den ‚kolonialen Gedanken‘ lange für einen Selbstläufer und vernachlässigte den Aufbau eigener Jugendgruppen.[1271] Zwar konnten bis 1928 über den „Jugendausschuss“ immerhin ca. 10.000 jugendliche Mitglieder in 130 Gruppen organisiert werden.[1272] Auch für das Frühjahr 1930 ist von 160 Jugendgruppen mit 12.000 Mitgliedern die Rede.[1273] Doch waren solche Zahlen nur

[1264] DKG (Hg.): Jahresbericht der Deutschen Kolonialgesellschaft 1921. Berlin 1922, S. 12 f. Zitiert nach ebd., S. 83.
[1265] Vgl. Speitkamp: Die Jugendarbeit der deutschen Kolonialbewegung, S. 74.
[1266] Vgl. Heyn: „Gründet Jugendgruppen […]“, S. 16 f. und S. 21.
[1267] Vgl. ebd., S. 17.
[1268] Vgl. ebd., S. 19.
[1269] Vgl. Speitkamp: Die Jugendarbeit der deutschen Kolonialbewegung, S. 75-80.
[1270] Siehe Springman: Koloniale Kinder- und Jugendliteratur.
[1271] Vgl. Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 82 f.
[1272] Vgl. Speitkamp: Die Jugendarbeit der deutschen Kolonialbewegung, S. 74.
[1273] [Referat der Abteilung III über die kolonialen Verbände; undatiert, ca. Februar 1930], in: BArch, R 1001, Nr. 9697: Auswärtiges Amt, Abteilung III K[1], Akten betreffend: Deutsche Kolonialgesellschaft, Bd. 6: Januar 1927 bis August 1931, Bl. 1-Bl. 25, hier Bl. 3.

in Relation zur dürftigen DKG-Mitgliederentwicklung beachtlich, keinesfalls mit Blick auf den „relativ hohen Organisationsgrad[] Weimarer Jugendlicher […].“[1274]

Eine Werbebroschüre der Jugendorganisation des mit der DKG konkurrierenden DKV[1275] veranschaulicht, welche Erwartungen und Ziele insgesamt von Seiten der kolonialen Lobby an die Jugend gerichtet wurden. Zunächst stand auch hier die Klage über die Folgen des Verlusts der Kolonien in Übersee sowie der preußischen Ostprovinzen. Dies führe zu einer Überbevölkerung Deutschlands, weswegen zahlreiche Deutsche gezwungen seien, auszuwandern.[1276] Dahinter verbarg sich die zeitgenössische Angst und Ablehnung der Großstadt.[1277] Es folgte die alte Klage, dass diese ‚deutsche‘ Auswanderung als „Kultur- und Völkerdünger“ fungiere.[1278] Dagegen wurde das Selbstverständnis des „Kolonialbundes Deutscher Pfadfinder“ gesetzt:

> „Die Mitglieder des Bundes werden dadurch in ihrem Deutschtum so stark erhalten, daß sie als Auswanderer nicht Kultur- und Völkerdünger werde. Sie und ihre Nachkommen werden *Deutsche sein und bleiben*. Solche Auswanderer sind kein Verlust, sondern ein Gewinn, weil sie *deutsche Kultur* und *deutsche Wesensart* in der Welt verbreiten […]. Sie werden gute deutsche Ware der fremden gegenüber bevorzugen und damit auch das deutsche Wirtschaftsleben stärken [H. i. O., RF].“[1279]

Aufschlussreich sind auch solche Gedanken, die die soziale Verfassung der kolonialen Jugendorganisation als Vorbild für die gesamte Gesellschaft preiste. Besonders stark kreisen hier die Argumente um den in der Weimarer Republik oft vorzufindenden Gedanken der Notwendigkeit eines „Führers“.[1280] Hierzu richtete die DKG 1930 eigens in Berlin eine „*Koloniale Führerschulung* [H. i. O., RF]“ ein, „die Männern und Frauen […] von 20 bis 30 Jahren das koloniale Rüstzeug verschaffen soll.“[1281] Gebildet werden sollte auf diesem Wege

---

1274 Speitkamp: Die Jugendarbeit der deutschen Kolonialbewegung, S. 74.

1275 *Siehe zu Rolle und Stellenwert des DKV S. 276.*

1276 Vgl. [Anonym]: Kolonial-Bund Deutscher Pfadfinder. Jugendorganisation des Deutschen Kolonialvereins, Gesellschaft für nationale Siedlungs- und Auslandspolitik e.V. Berlin o. J. [1928], S. 7 f.

1277 Siehe Linse: Antiurbane Bestrebungen in der Weimarer Republik.

1278 *Siehe auch S. 143.*

1279 [Anonym]: Kolonial-Bund Deutscher Pfadfinder (a. a. O.), S. 7 f.

1280 Siehe Wildt: Volksgemeinschaft und Führererwartung in der Weimarer Republik; Mergel: Führer, Volksgemeinschaft und Maschine; ferner Vaagt: Der 14. März als nationales Erlebnis, S. 294 ff.

1281 Arbeiten der DKG von Juni bis Dezember 1930 [undatiert, ca. Anfang Dezember 1930], in: BArch, R 8023, Nr. 797: [DKG-Vorstandssitzungen etc.], Bl. 23-Bl. 26, hier Bl. 25. Vgl. auch [Programm der 1. Kolonialen Führerschulung in Berlin im November 1930], in: BArch, R 1001, Nr. 9697: Auswärtiges Amt, Abteilung III K[1], Akten betreffend: Deutsche Kolonialgesellschaft, Bd. 6: Januar 1927 bis August 1931, unpaginiert.

eine „koloniale Führergeneration“.[1282] Auch bei der DKG Konkurrenz lassen sich solche Gedanken finden. So heißt es in der erwähnten DKV-Broschüre für Jugendliche:

> „Der *deutsche Führergedanke* findet in unserem Bunde in besonderem Grade seine Verwirklichung [H. i. O., RF]. Wie es bei unseren Altvorderen üblich war, einen Führer zu wählen und ihm dann *blindlings ergeben* zu sein, ihn *unumschränkt als Führer anzuerkennen*, so ist es auch im Kolonialbund Deutscher Pfadfinder [H. d. A., RF].“[1283]

Desweiteren lehne diese Organisation „jede Parteipolitik ab“[1284] und sah den Zweck von „Führerpersönlichkeiten“ in der Führung aus dem „Elend“.[1285] Entsprechend dem Führer-Gefolgschaftsprinzip waren auch die Anforderungen an die Pfadfinder gehalten: es gehe darum, „sich in ein Ganzes einzuordnen und eigene Wünsche dem Gemeinschaftsgeist unterzuordnen.“[1286] An charakterlichen Voraussetzungen werden „Mut und selbstlose Aufopferung“ gefordert.[1287] Als konkrete Aktivitäten werden „Marsch, Spiel, Turnen, Zeltleben usw.“ genannt.[1288] Das genannte Prinzip von ‚Führer‘ und ‚Gefolgschaft‘ war keine Domäne der DKG oder des DO, sondern trat in der Zwischenkriegszeit auch in der sehr heterogenen bündischen Jugend mehr und mehr in den Vordergrund.[1289] Es kann nur vermutet werden, dass der Wunsch der Verbände zur Nachwuchsrekrutierung gerade hier eine vergleichsweise gute ‚Nachfrage‘ fand. Eine Detailstudie hierzu steht allerdings noch aus.
Auch die ab 1927 intensiver einsetzenden Bemühungen zur Jugendwerbung brachten keine nennenswerten Resultate. In paternalistisch-gönnerhafter Manier bot sich die DKG nun – ganz im Sinne des Führer-Gefolgschafts-Prinzips – als ‚Erzieher‘ der Jugend an. Zugleich versuchte sich der Verband einen jugendlicheren Anschein zu geben und warb mit Aktivitäten wie Schwimmen, Bogenschießen, Körperertüchtigung usw.[1290] 1931 nahm die DKG einen weiteren Anlauf zur Gewinnung der Jugend durch die Gründung eines verbandseigenen „Jugendamtes“ und versuchte dabei vor allem, die bündische Jugend zu gewinnen. Maß betont zu Recht: „Die Konkurrenz durch die anderen bündischen Jugendgruppen war zu groß

1282 Duems, Erich: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 107.
1283 [Anonym]: Kolonial-Bund Deutscher Pfadfinder (a. a. O.), S. 8.
1284 *Siehe zu den konkreten Inhalten dieser parteilichen ‚Überparteilichkeit‘ S. 280-283.*
1285 [Anonym]: Kolonial-Bund Deutscher Pfadfinder (a. a. O.), S. 8.
1286 Ebd., S. 10.
1287 Ebd., S. 12.
1288 Ebd., S. 8.
1289 Vgl. Reulecke: Jugend und „junge Generation“, S. 101 f.
1290 Vgl. Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 87 f.; Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 53 f.; Heyn: „Gründet Jugendgruppen […]“, S. 19 f.

und die kolonialen Angebote wie Körperertüchtigung, Camping und Naturerlebnisse konnten die Jungen auch anderswo wahrnehmen.“[1291] Stattdessen versuchte der Verband nun, Vertreter in andere Organisationen zu entsenden und durch diese Diversifizierung der Werbung deren jeweilige Jugend anzusprechen – ohne Erfolg.[1292] Mit den rhetorischen Anleihen beim völkischen Lager[1293] beschleunigte die DKG eher ihren eigenen generationellen Erosionsprozess als dass sie ihn bremsen konnte.[1294] Am Ende konnte sich die DKG dieser Konkurrenz innerhalb des eigenen rechten politischen Spektrums nicht mehr erwehren, was vor allem in ihrem elitären Habitus und in einer Auffassung von Jugendpolitik begründet lag, die noch ganz den Zeitgeist des Kaiserreiches atmete.

Thematisch öffnete sich die Jugendarbeit der DKG vor dem Hintergrund des Konkurrenzdrucks durch die NSDAP Anfang der 30er zunehmend für die „Volk ohne Raum“-Propaganda, die mit dem programmatischen Buch[1295] des bereits im Ersten Weltkrieg für das Reichskolonialamt publizistisch tätigen Hans Grimm (1875-1959)[1296] forciert einsetzte.[1297] Anknüpfen konnte man zwar an das durch die DKG immer wieder mantraartig wiederholte Bedrohungsszenario einer ‚Überbevölkerung‘ Deutschlands ohne Kolonien,[1298] allerdings grub man sich mit derartigen inhaltlichen Zugeständnissen selbst das Wasser ab bzw. leitete es auf die Mühlen der Verfechter der ‚Ostexpansion‘ in der NSDAP.[1299]

Das Verhältnis zur NSDAP war dabei geprägt von politischem Opportunismus[1300] einerseits sowie einem gewissen Konkurrenzdruck andererseits. Auch in der DKG-Jugendpolitik der frühen 30er Jahre schlug sich diese inkonsequent-lavierende Linie nieder. So versuchte die DKG-Leitung im Herbst 1931, dem Verband angeschlossene verschiedene Gruppen der Kolonialpfadfinder zu einem „deutschen Kolonialsturm“ zusammenzuschließen und diesen wiederum mit den Jugendorganisationen des Veteranenverbands „Kolonialkriegerbund“

1291 Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 54.

1292 Vgl. Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 89 f.

1293 Die neuere Forschung hat eindrücklich auf die Differenzen zwischen völkischen Gruppen (und unter ihnen selbst) einerseits und der NSDAP auch während der Weimarer Republik hingewiesen. Leider differenziert Nöhre hier nicht. Hier wäre fraglos noch Raum für weitere Detailstudien. Zu diesen Differenzen Breuer: Die Völkischen in Deutschland, S. 236-252; Puschner: Strukturmerkmale der völkischen Bewegung, S. 463-467.

1294 Vgl. Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 90 ff.

1295 Grimm, Hans: Volk ohne Raum. 2 Bde. [ohne Untertitel]. München 1926. Zum Werk und seiner Wirkung ausführlicher Gümbel: „Volk ohne Raum“, S. 83-109.

1296 Vgl. ebd., S. 34 f. und S. 60.

1297 Vgl. Speitkamp: Die Jugendarbeit der deutschen Kolonialbewegung, S. 74; Hartwig: Art. Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 743. *Siehe insgesamt S. 150 ff.*

1298 *Siehe S. 141 ff.*

1299 Vgl. Speitkamp: Die Jugendarbeit der deutschen Kolonialbewegung, S. 74.

1300 *Siehe S. 292 f. und S. 302.*

sowie des FDKG zu einem „Jungkolonialen Ring“ zusammenzuschließen.[1301] Dieser „Ring“ blieb allerdings nur eine Episode und vermochte es nicht, eine organisatorisch ernsthafte Alternative zur Hitlerjugend darzustellen. Personelle Verflechtungen – der Leiter des „Jungkolonialen Rings“ war niemand Geringeres als Franz Xaver Ritter von Epp (1868-1946) –[1302] und das Hoffen auf die Realisierung der eigenen Kolonialpläne durch die NSDAP ließen in der Zeit der Präsidialkabinette die DKG auch im Bereich der Jugendpolitik zunehmend zum Steigbügelhalter statt zur Opposition zur aufstrebenden NSDAP werden.[1303]

Auch der DO hatte aber letzten Endes ähnliche Probleme wie die DKG bei der Rekrutierung jugendlichen Nachwuchses. So heißt es noch 1927: „Vorläufig ist die ostmärkische Jugend, die erst an einzelnen Orten aufzuwachen beginnt, noch hinter den anderen Teilen der Jugendbewegung zurück.“[1305] Illustrieren lässt sich dies auch anhand der rechts befindlichen Tabelle, die Aufschluss gibt über die Anzahl und Entwicklung der „Jungschar“-Gruppen.[1306]

Tabelle 3: Entwicklung der „Jungscharen“ bei den DO-Ortsgruppen[1304]

Jahr	Anzahl
1928	40
1929	61
1930	63
1931	66
1932	*Keine Angabe*

Das Ziel dabei sei auch für die jugendlichen Teile des Verbands die „politische[] Arbeit im Rahmen des Volksganzen.“[1307] Dem Jugendverband wurde damit eine nicht bloß konservierende, im Rahmen des Gesamtverbandes mitarbeitende Funktion zuerkannt, sondern er sollte in die „gesamte deutsche Jugend“ als Multiplikator wirken:

> „Also eine ostmärkische Bewegung nur dazu zu schaffen, daß die vertriebenen Ostmärker sich sammeln, ist nicht Wille und Zielrichtung. Sie sollen sich sammeln, daß sie den Heimatgedanken wach halten, aber weit darüber *hinaus in der gesamten deutschen Jugend den Heimatgedanken für die Ostmark und die gesamten Grenzmarken wecken* [H. i. O., RF].“[1308]

1301 Vgl. Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 106 f.
1302 Vgl. zu dessen kolonialpolitischen Aktivitäten Wächter: Die Macht der Ohnmacht, S. 204-217.
1303 Vgl. Hartwig: Art. Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 743.
1304 Zusammengestellt jeweils nach der im Anhang des OHK befindlichen Rubrik „Verzeichnis der bei den Ortsgruppen bestehenden Jungscharen“. Erste Zahlen sind erst ab 1928 überliefert.
1305 Beer, Robert Rüdiger: Der Stand der Jugendbewegung und wir, in: Grenzgau Ostland 4 (1927) 2, S. 68 f., hier S. 69. Auch das folgende Zitat ebd.
1306 Zu allgemeine Angaben finden sich dazu auch bei Paterna: Die Rolle der Stadt Frankfurt (Oder), S. 29.
1307 Beer: Der Stand der Jugendbewegung (a. a. O.), S. 69.
1308 Hoffmeister, Arno: Jugendbewegung und ostmärkische Jugend, in: ebd., S. 67 f., hier S. 67. Der vormals in Königsberg sowie Posen, nunmehr in Hannover tätige Kammerdirektor Arno Hoffmeister war von den Provinzialverwaltungen der „Ostmarkprovinzen“ dazu bestimmt worden, die bildungspolitische Propaganda für die Wiedergewinnung der „Ostmark“ zu organisieren, die im Selbstverständnis jener Zeit „eine

In einem dreigliedrigen, hierarchisch gestuften System aus „Unterschulungs-“, „Schulungs-“ und „Aufbauschulungswochen“ sollten „ostmärkische Mädels und Jungens“ den „Eifer zur Arbeit“ sowie ihre „Führereigenschaft“ schulen.[1309] Dabei sei an eine Mitarbeit von jenen Jugendlichen zu denken, „die nicht Ostmärker sind, aber Verständnis für die Bedeutung der Ostmark haben […].“ Die Verbandsjugend wurde dabei in „Jungscharen“ organisiert. An konkreten Handlungsempfehlungen stand dabei vor allem der Bildungsaspekt im Vordergrund. Die jungen Mitglieder sollten „durch Vorträge, Lesen, Verfolgung der Tagespresse, Studieren der Literatur“ zur „planmäßige[n] Ostmarkarbeit“ erzogen werden. Diese „Schulungswochen“ fanden zunächst in Schwarzfeld im Harz statt.[1310]

Diese wurde bereits während der Zeit der Präsidialkabinette auf das prägnante Ziel hin ausgerichtet, die Jugendlichen „zur absoluten Einsatzbereitschaft zu erziehen.“[1311] Allerdings verpasste man mit der Fixierung auf die „ostpolitische Schulung einzelner Führer“ die Verbreiterung der Mitgliederbasis,[1312] wodurch die Jugendarbeit im Grunde eine Angelegenheit eines relativ kleinen, elitären Zirkels blieb. Der leitende Verbandsfunktionär Ginschel klagte: „immer mehr sieht man, daß die Jugend der ostmärkischen Idee entfremdet und durch andere Bestrebungen zu ausschließlich mit Beschlag belegt wird, wenn sie nicht dauernd im ostmärkischen Geist erzogen wird […].“[1313] Neben dem Führungsanspruch und seinen daraus resultierenden Problemen hatte die Jugendarbeit in den Augen der DO-Leitung aber auch Bewährungs- und Vorbildcharakter für die gesamte Gesellschaft:[1314]

---

objektive, parteipolitisch und konfessionell neutrale Arbeitsgemeinschaft für die Ostmark“ sei. Als Mittel dieser Propaganda existierten „Ostmarkhochschul-“ sowie „-schulwochen“, wobei bei letzterem sogar die „Vorführung der Ostmarkfilme als Pflicht-Anschauungsunterricht für die Schuljugend über 13 Jahre angesetzt“ wurde. Außerdem gab es „Ostmarkschulungswochen für Jugendführer oder Jugendverbände“. Franz Ehrhardt an den Reichsminister des Innern, Joseph Wirth, in Berlin; betrifft: Deutscher Ostbund e.V.; Ratibor, den 27.8.1931 (Abschrift), in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 90 a: Staatsministerium, Jüngere Registratur, Nr. 2573: Schreiben 1931, Bl. 135-Bl. 140, hier Bl. 136. Vgl. auch Köstler: Die „Ostarbeit“ an der Universität Greifswald, S. 278.

1309 [Anonym]: Zehn Jahre Kampf (a. a. O.), S. 55. Auch die folgenden Zitate ebd.

1310 Vgl. Ginschel, Emanuel: Der Deutsche Ostbund im Jahre 1930, in: OHK 10 (1931), S. 108-117, hier S. 115.

1311 Thiele, Ernst Otto: Ein neues Jahr hat begonnen, in: Der junge Ostmärker. Monatsschrift für die Ostmarkarbeit der deutschen Jugend. Mitteilungsblatt der Jungscharen im deutschen Ostbund [1] (1932) 1, S. 1.

1312 Thiele, Ernst Otto: Aufruf zum 1. Reichstreffen der Jungscharen des Deutschen Ostbundes zu Pfingsten 1932, in: ebd., S. 3. Auch die folgenden Zitate ebd.

1313 Ginschel: Der Deutsche Ostbund im Jahre 1930 (a. a. O.), S. 115.

1314 Genau dieselbe Funktion wurde auch den afrikanischen Kolonien zugeschrieben, wobei deren Kargheit positiv umgewertet wurde als eine umso größere, zu meisternde Herausforderung des sich die Natur untertan machenden Siedlers. Vgl. Brehl: Orte des Ichs, S. 364 ff.

„Wer in den Osten geht, übernimmt eine besondere Verpflichtung der in ständigem Grenzkampf stehenden Bevölkerung gegenüber und sollte dort nur dann hervortreten, wenn der Kreis, der sich zusammenfindet, eine in sich fest geschlossene Gemeinschaft darstellt, die in der Gesamtheit und durch jedes in Erscheinung tretende Einzelmitglied eine äußere und eine innere Haltung zum Ausdruck bringt, die den dem Verzweifeln nahen Grenzmärker seelisch stärkt und ihm zeigt, dass in der binnendeutschen Etappe auch Menschen leben, denen die Grenzfrage mehr als eine Angelegenheit von Reden und schönen Worten ist."

Neben der regulären Jugendarbeit in den Ortsgruppen wurde ab 1932 auch zum (einzigen) „Reichstreffen der Jungscharen" nach Gernrode in den Harz geladen. Das Treffen wurde als „eine[] *erste*[] *Heerschau* [H. i. O., RF]" beworben. Dementsprechend schlafe man beispielsweise nicht in Gasthäusern, sondern in „feldmäßige[n] Scheunenquartier[en]" und es habe „strengste Disziplin" zu herrschen. Unverkennbar kommt hier, wie auch in anderen Bereichen der bürgerlichen Jugendbewegungen, eine klare Militarisierung zum Ausdruck.[1315]
Darüber hinaus gewährte der DO-Jugendverband auch Stipendien, die sich aber vor allem an „Nichtakademiker" und an damit eher bildungsferne, tendenziell unterbürgerliche Schichten richtete.[1316] Diese Stipendienpolitik war ein weiterer Reibungspunkt zwischen dem Verband und dem Reichsinnenminister. Dieser zielte auf die „kulturelle Förderung und Festigung nicht der verdrängten[,] sondern der in den gemischtvölkischen Gebieten des Ostens selbst eingesessenen Bevölkerung."[1317] Er verbat sich darüber hinaus die „öffentliche[] Erörterung" entsprechender Themen in der Öffentlichkeit,[1318] was klar die nur allzu redselige und lärmende Propaganda des Verbands anprangerte.[1319]
Dieser vermochte es ebenfalls erst 1927, seine im Vergleich zu den über 400 Ortsgruppen sehr raren 32 Jugendgruppen zu einem Koordinierungstreffen im Rahmen seiner Jahrestagung in Braunschweig zu versammeln. Ziel dieser Zusammenkunft war es, die Arbeit durch sogenannte „Schulungswochen" zu verstetigen und möglichst in die Gründung einer „zweiten ostmärkischen Volkshochschule in Kunersdorf bei Frankfurt an der Oder" münden zu

[1315] Vgl. Reulecke: Jugend und „junge Generation", S. 103.
[1316] Protokoll der Sitzung der Vereinigten Kommission des DO und des DOV am 3.2.1928, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 349: Verhandlungen über die Zusammenlegung von Ostmarkenverein und von Ostbund 1925-1929, unpaginiert.
[1317] Der Reichsinnenminister Wilhelm Külz an den DO, betrifft: Stipendienfürsorge des Ostauschusses im Schutzbund vereinigter deutscher Verbände; Berlin, den 23.11.1926 (Abschrift), in: PA AA, R 82314, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 2: 15.8.1926-29.5.1927, Bl. 37-Bl. 37 r., hier Bl. 37.
[1318] Ebd., Bl. 37 r.
[1319] *Siehe S. 261-266.*

lassen.[1320] Anküpfen konnte man hier an die Erfahrungen mit der „Ostmärkischen Volkshochschule“ in Meseritz/ Międzyrzecz, die von Franz Lüdtke 1919 bis 1922 geleitet wurde.[1321] Allerdings blieb dieses Vorhaben ebenso Wunschdenken wie der Aufbau einer verbandseigenen reichsweiten Jugendorganisation, die zuerst von Rüdiger Robert Beer (1903-1985) ins Leben gerufen wurde.[1322] Geleitet wurde dieser DO-„Reichsjugendleitung“ ab 1927 von Arno Hoffmeister,[1323] seines Zeichens ehemaliger Hauptgeschäftsführer der Landwirtschaftskammer in Posen/ Poznań, zuvor stand er in selber Funktion bereits der Landwirtschaftskammer in Ostpreußen vor.[1324] Allerdings war Hoffmeister offenbar nicht sonderlich aktiv in dieser Funktion, denn in der Verbandspresse wurde er scharf dafür gerügt, „daß man in den vergangenen Jahren so wenig wie nur irgend denkbar von unserer Reichsjugendleitung hörte.“[1325] Diese überlasse stattdessen die Jugendgruppen sich selbst, was deren Bedeutungslosigkeit und ihre Existenz „nur noch in den Bundesstatistiken“ zur Folge gehabt habe. Erst unter der Leitung des Volkskundlers Ernst Otto Thiele[1326] setzte spät ein Aufschwung in der Jugendarbeit ein, bei der es gelungen sei, von der konkreten Jugendgruppe über den DO-Landesverband bis hin zur Reichsleitung des Verbands alle Ebenen wieder enger zusammenzuführen.[1327] Allerdings blieb auch hier eine unüberbrückbare Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit während der Weimarer Republik bestehen. Statt 23 „Landesjugendleitungen“ zu den 23 Landesverbänden existierten 1931 gerade einmal sieben – rein „laut Statistik“, wie selbst die Verbandszeitung einräumte. Und auch nur gut die Hälfte der 403 Ortsgruppen verfügte 1931 über eine eigene Jugendgruppe (250). Sicher spielten hier auch die Sparmaßnahmen des DO-Bundesvorstands infolge der Weltwirtschaftskrise eine Rolle.

1320 [Anonym]: Gedenket der Ostmark! Festschrift zur Tagung des Deutschen Ostbundes in Braunschweig, 23.-25.9.1927. O. O., o. J. [Braunschweig 1927], S. 16.

1321 Vgl. Haar: Historiker im Nationalsozialismus, S. 133, Anm. 95. Eine Lokalstudie zur Geschichte dieser Institution steht noch aus.

1322 Beer kam aus dem „Jungnationalen Bund“ der bündischen Jugend. Vgl. Breuer: Carl Schmitt im Kontext, S. 234, Anm. 7. Siehe zum „Jungnationalen Bund“ die (unkritische) Kurzdarstellung von Rautenberg,/ Puls: Der Jungnationale Bund.

1323 Vgl. [Anonym]: Zehn Jahre Kampf für Ostheimat, deutsches Volkstum und Vaterland. Erinnerungsblätter zur Feier des 10jährigen Bestehens des Deutschen Ostbundes. Berlin 1929, S. 55.

1324 Vgl. Das DO-Bundespräsidium an einen unbekannten Adressaten; Berlin, den 10.5.1926, in: BArch, R 8043, Nr. 1148: Deutsche Stiftung – Ostverbände, Bd. 2, Bl. 545 f.

1325 Hain, Willy: Jahresrück- und Ausblick, in: Der junge Ostmärker. Monatsschrift für die Ostmarkarbeit der deutschen Jugend. Mitteilungsblatt der Jungscharen im deutschen Ostbund [1] (1932) 1, S. 1 f., hier S. 1. Auch das folgende Zitat ebd.

1326 Vgl. zu ihm die biografische Notiz bei Haar: Historiker im Nationalsozialismus, S. 160 f. Haar nennt ihn hier allerdings „Franz Thiele“. Woher dieser Fehler resultiert, bleibt unklar. Über ihn fehlt gänzlich ein biografischer Abriss.

1327 Vgl. Hain: Jahresrück- und Ausblick (a. a. O.), S. 1. Auch die folgenden Argumente ebd.

Resümiert man vergleichend die Jugendpolitik der beiden Verbände, so ist besonders deren Jugendbild als kommende ‚Führer' auffällig. Während beide Verbände eine Führungsposition innerhalb ihres organisatorischen Umfelds vertraten, so begründeten sie ihn doch unterschiedlich. Während die DKG sich auf den vermeintlichen imperialen Glanz des vergangenen imperialen Kaiserreiches berief, stand beim DO die tagespolitische Auseinandersetzung mit Polen im Fokus. Diese wurde als Kampf- und Bewährungssituation auch für die Jugend wahrgenommen. Hieraus ergaben sich unterschiedliche Wege der Jugendarbeit, die sich allerdings beide mit dem völkischen Lager als Konkurrenz auseinandersetzen mussten. Während der DO durch seine Fixierung auf Ostmitteleuropa hier aktuellere Themen der Tagespolitik (‚Überbevölkerung', ‚Wiedergewinnung der Ostgebiete') zumindest eine teilweise Kongruenz der Interessen mit völkischen Organisationen erreichen konnte,[1328] wurden die Themen der DKG als überkommen und ohne wirkliche politische Relevanz gesehen. Der Verband agierte aufgrund seiner gehobenen Alterstruktur recht behäbig auf die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen und verstand es nicht, nennenswerte Teile der Jugend für sich zu gewinnen. Auch der DO hatte auf diesem Feld wenig Erfolg, allerdings war die Jugendarbeit für ihn auch keineswegs von solcher Relevanz. Denn der Verband konnte im Unterschied zur DKG auch immer beim Reichspräsidenten von Hindenburg auf ein offenes Ohr hoffen[1329] und hatte folglich ganz andere Einflussmöglichkeiten. Die Jugendpolitik beider Verbände war folglich wenig erfolgreich, hatte aber auch einen unterschiedlichen Stellenwert in ihrer Gesamtarbeit. Ähnliches lässt sich auch für eine andere Sozialformation beobachten, deren Rolle in der Weimarer Republik schon allein wegen der ganz anderen Partizipationsmöglichkeiten einer Demokratie auch auf vereins- und verbandspolitischer Ebene immer wichtiger wurde: die Arbeiterbewegung.

2.3.5. Engagement (in) der Arbeiterbewegung

Bezüglich der Integration von Arbeitern[1330] war im Falle der DKG deren soziale Distinktion unübersehbar. Noch im Kaiserreich konnte die SPD auch im Hinblick auf die Kolonialpolitik

[1328] *Siehe S. 76 f.; S. 104 ff.; S. 167 f.; 267 f. und S. 286.*
[1329] *Siehe S. 119, S. 264, S. 266 und S. 270.*
[1330] Vgl. zur weiblichen Erwerbstätigkeit und Rolle(n) der Frau in der Weimarer Republik Buchen: Neue Geschlechterkonstruktionen, S. 208 f. Arbeiterinnen wurden als explizite Zielgruppe der Verbandspropaganda weder beim DO noch der DKG angesprochen. Das mag erstens mit deren

von der DKG stillschweigend übergangen werden. Das war in der Weimarer Republik nunmehr ausgeschlossen, da die SPD nun mit an der Regierung beteiligt war.[1331] Somit bemühte man sich zwar immer wieder um deren Integration in den Verband, aber zugleich verachtete man sie insgeheim zutiefst.[1332] Erste Bemühungen um diese Integration lassen sich bis zum Jahr 1913 zurückverfolgen.[1333]

Diese Verachtung lag zunächst darin begründet, dass sie „die koloniale Idee entweder radikal ablehnten oder ihr teilnahmslos gegenüberstanden.“[1334] Statt an der vermeintlich ‚überparteilichen‘ Idee der Wiedergewinnung der Kolonien mitzuwirken, spiele beispielsweise aus Sicht der DKG-Abteilung Breslau bei der Mehrheitssozialdemokratie „das *sozialdemokratische Parteiinteresse eine große Rolle* […] *und dass* man ängstlich bemüht war[,] den breiten sozialdemokratischen Massen gegenüber sich nicht zu kompromittieren [H. i. O., RF].“[1335] Bei der möglichen Wahl eines Sozialdemokraten in den Abteilungsvorstand solle man „anstelle eines Intellektuellen auch lieber den Inhaber einer schwieligen Faust, welche größeren Kredit in ihrem Kreise habe, zuwählen […].“ Zunächst versuchte die DKG, über die Basis der Arbeiterorganisationen Einfluß auszuüben, um so mittelbar auch auf die regierende SPD einwirken zu können.[1336] Als diese zögerlichen Versuche einer Beeinflussung in der Wirkrichtung des ‚bottom up‘ scheiterten,[1337] kam die entgegengesetzte Taktik des ‚top down‘ zum Einsatz. Statt quantitativer wurde verstärkt auf qualitative Propaganda gesetzt. Bezeichnenderweise deutete die DKG die mangelnde Resonanz für ihre Anliegen bei der linken Basis als ein Zeichen der Führerorientierung der Arbeiter.[1338] So heißt es in einem Artikel aus dem Herbst 1930:

Verinnerlichung der Vorstellung einer bürgerlichen, bipolaren Geschlechterordnung zu tun haben, bei der das Bild der Frau als Hausfrau und Mutter dominant blieb. Zweitens spielte die Arbeiterfrage aufgrund der Abwanderung nach Westen ohnehin nur eine sehr untergeordnete Rolle (beim DO) oder die Arbeiter wurden eigentlich verachtet (bei der DKG, wie im Folgenden noch auszuführen sein wird). Innerhalb dieser starken Hierarchisierungen bewegte sich eine entsprechende ‚Arbeiterinnenfrage‘ nach zeitgenössischer Perspektive schon unterhalb der Wahrnehmungsgrenze. Drittens hätten beide Verbände sich – hier einmal kontrafaktisch zu Ende gedacht – mit der Propagierung von bestimmten Bildern von ‚Arbeiterinnen‘ ja nicht nur den Groll der in ihren weiblichen Teilverbänden tätigen bürgerlichen Frauen zugezogen, die jene Arbeiterinnen mit Sicherheit als Konkurrenz angesehen hätten. Auch die konservativ-männliche Rollenzuweisung wäre damit kaum aufrecht zu erhalten gewesen. *Siehe zur Rolle der Frauen in beiden Verbänden Kap. 2.3.3.*

1331 Vgl. Pogge von Strandmann: Imperialism and Revisionism, S. 94.

1332 Vgl. Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. [73-78].

1333 Vgl. Hartwig: Art. Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 735.

1334 Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 108.

1335 DKG-Abteilung Breslau an die DKG [-Zentrale] in Berlin; Breslau, den 5.9.1919, in: BArch, R 8023, Nr. 734: [Korrespondenzen mit den Abteilungen], Bl. 23-Bl. 24, hier Bl. 23 r.-Bl. 24. Auch das folgende Zitat ebd.

1336 Vgl. Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. [69].

1337 Vgl. ebd., S. [70 ff.]; Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 108.

1338 Vgl. Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. [75 ff.].

„In straffer Disziplin steht der Arbeiter hinter seinem Führer. Seine freiwillige Unterordnung gebietet ihm, nur das zu tun, was ihm sein Führer heißt. Um also den Arbeiter für die koloniale Idee zu gewinnen, muß man zunächst seinen Führer von der Notwendigkeit überzeugen.“[1339]

Doch war der Erfolg höchst überschaubar. Die Kieler Abteilung des Verbands beschwerte sich, dass dieser zwar über einzelne kolonialinteressierte Parteimitglieder Verbindungen zur Partei aufzubauen suche. Allerdings handele es sich bei diesen „Sozialisten bislang entweder nur um wissenschaftliche Theoretiker oder um Männer […], deren parteipolitischer Einfluss ohne Bedeutung ist.“[1340] Stattdessen suchte man (zu) spät über eine eigene „Gewerkschaftsabteilung“ Einfluss auf die freien Gewerkschaften zu nehmen.[1341] Allerdings wurde diese Abteilung erst im Januar 1933 gegründet und konnte keinerlei effektive Wirkung entfalten. Schon gut zehn Jahre zuvor war mit der maßgeblich durch den Leiter der Kolonialabteilung des AA erfolgten Gründung des „Bundes der Kolonialfreunde“ der erfolglose Versuch gemacht worden, die Mitgliederbasis der Koloniallobby in Richtung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zu erweitern.[1342]

Fernab der propagandistischen Außendarstellung war man sich in der DKG zumindest verklausuliert darüber bewusst, dass man primär als eine Organisation der Oberschichten wahrgenommen wurde. Sie sei schlichtweg „zu exklusiv“.[1343] So hieß es beispielsweise bezüglich einer Ende Dezember 1918 in der Berliner Philharmonie geplanten Veranstaltung, dass „diese Versammlung volkstümlich gestaltet werde,“ weswegen es günstiger sei, „dass die Kolonialgesellschaft bei dieser Veranstaltung nicht in den Vordergrund trete.“[1344] Zwar wurde von der DKG versucht, Mitte der 1920er Jahre mit dem „Bund für koloniale Erneuerung“ eben die oben genannte Zielgruppe für sich zu erschließen,[1345] doch dazu bemerkte Schnee in den Notizen für seine (Fragment gebliebenen) Memoiren: „Auch im

---

[1339] Zitiert nach ebd., S. [76 f.].

[1340] DKG-Abteilung Kiel an die DKG-Zentrale in Berlin; Kiel, den 7.5.1930, in: BArch, R 8023, Nr. 796: [Beschlüsse usw. der DKG-Abteilungen], Bl. 53-Bl. 53 r., hier Bl. 53 r.

[1341] Vgl. DKG an die Brückner (Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes); betrifft: Tätigkeit der Gewerkschaftsabteilung der Deutschen Kolonialgesellschaft; Berlin, den 20.1.1933, in: BArch, R 1001, Nr. 6701: Reichskolonialamt, Abteilung III K[1], Akten betreffend: Deutsche Kolonialgesellschaft, Gewerkschaftsabteilung, Bd. 1: ab Januar 1933, Bl. 3.

[1342] Vgl. Rüger: Die kolonialen Bestrebungen, S. 268 f. Zu unkritisch: Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 96.

[1343] Niederschrift für die nächste Ausschuss-Sitzung; Berlin, den 29.12.1926 (vertraulich!), in: BArch, R 8023, Nr. 1107: Gegenbewegungen innerhalb der kolonialen Verbände, Bl. 4-Bl. 4 r., hier Bl. 4. Vgl. auch Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 99; Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 107.

[1344] Bericht über die Sitzung der DKG am Freitag, den 13.12.1918, im Sitzungssaal der DKG in Berlin, in: ebd., Bl. 28-Bl. 36, hier Bl. 32.

[1345] Vgl. Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 108.

übrigen zeitigte die Tätigkeit des Bundes nicht die erhofften Erfolge.“[1346] Hildebrand formulierte in seiner umfassenden Studie treffend, die DKG sei ein Verband der „kaiserlichen Exzellenzen“ gewesen,[1347] die in einer „großbürgerlich-aristokratisch geprägte[n] Emigration von der Gesellschaft“ gelebt habe.[1348]

Auch im DO und seinem Umfeld war man auf die Arbeiter angewiesen, fürchtete aber ihre Politisierung nach links. So heißt es unter dem Eindruck der Oktober- bzw. Novemberrevolutionen in einem Redebeitrag des späteren DO-Führungsmitglieds Ginschel:

> „Wir haben einen großen Fehler gemacht, daß wir die aus Rußland zurückgekehrten Gefangenen nach der Westfront geschickt haben. Damit haben wir Hunderttausende […] geschickt, die dort in der verhängnisvollsten Weise mehr oder weniger für *bolschewistische Ideen* gewirkt haben. […] Sie waren außerdem verbittert darüber, daß sie wieder kämpfen mußten, während die aus Frankreich und England zurückgekehrten Gefangenen bei Muttern sitzen konnten [H. d. A., RF].“[1349]

Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, dass der Verband der Werbung um Arbeiter keine Priorität einräumte. Erst im Frühjahr 1922 bemühte er sich um die Integration eines bis dahin eigenständigen Arbeiter-Flüchtlingsverbands, des „Verband[s] reichsdeutscher Flüchtlinge“. Dieser hatte sich dem DO zwar bereits insgesamt als Sektion angeschlossen, allerdings betrieb er parallel dazu in den Flüchtlingslagern im Reich eigene Ortsgruppen, die in Konkurrenz zu den DO-Ortsgruppen standen.[1350] In den gesichteten Quellen des Verbandes spielen darüber hinaus Arbeiter keine weitere Rolle.[1351] Dass gerade die Frage nach dem Engagement des DO in der Arbeiterbewegung hier nur mehr als dürftig behandelt werden konnte, liegt nicht daran, dass es nicht vorhanden gewesen wäre. Jedoch zeigt sich hier ein weiteres Desiderat der Forschung. Dieses zu erhellen wäre nicht nur weiterführend für eine

---

1346 [Schnee, Heinrich: Aufzeichnung über die] Deutsche Kolonialgesellschaft [undatiert, nach 1936], in: GStA PK, VI. HA: Nachlässe, Nl. Heinrich Schnee, Nr. 25: Heinrich-Schnee-Archiv. Bd. 3: Aufzeichnungen, Berichte Nr. 73-100, Bl. 1-Bl. 53, hier Bl. 8.

1347 Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 99.

1348 Ebd., S. 96.

1349 Dok. Nr. 753: Aus dem Protokoll über die Gesamtausschußsitzung des deutschen Ostmarkenvereins; Posen, den 26. und 27. Oktober 1918, in: Schrader, Gerhard/ Weber, Hellmuth (Bearb.): Die Auswirkungen der grossen sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland. (= Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. 4, Teilbd. 4). Berlin 1959, S. 1687 ff., hier S. 1689.

1350 Vgl. Rundschreiben Nr. 49 an alle Landesverbände und Ortsgruppen des Deutschen Ostbundes; betrifft: Bundes-Tagung; Berlin, den 10.4.1922, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Repositurен, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 348: Verhandlungen zwecks Zusammenführung von D.O.V. und D.O., unpaginiert.

1351 Hier ist auf die Grenzen meiner Quellenbasis hinzuweisen. Diese wäre durch die Erschließung weiterer archivalischer und publizistischer Quellen in künftigen Studien deutlich zu erweitern.

noch zu schreibende Geschichte des DO. Es würde auch mehr verraten, inwiefern Teile der Arbeiterbewegung anfällig waren für bestimmte, z.B. antipolnische Ideologeme des Verbands oder ob es diesem überhaupt gelang, nennenswert Fuß zu fassen in diesem Milieu.[1352]

2.3.6. Geselligkeit

Trotz erheblicher Verluste an Mitgliedern und Abteilungen nach Kriegsende versuchte besonders die DKG, an die in seiner Sicht ‚glänzenden Zeiten' imperialer deutscher Machtentfaltung während des Kaiserreichs auch und gerade in seiner Festkultur festzuhalten.
Die Geselligkeit im Rahmen des Verbandslebens hatte dabei eine doppelte Funktion: zum Einen sollte sie die Mitglieder natürlich an den Verband binden, zum Anderen festigte sie auch die Gruppenidentität der Mitglieder.[1353] Dabei kämpften beide Verbände jeweils mit dem Problem der begrenzten sozialen Reichweite. Während die DKG weitgehend als zu elitär-exklusiv wahrgenommen wurde,[1354] galt der DO dagegen als rückwärtsgewandter Verband, der allein kleinbürgerliche ostelbische Partikularinteressen vertrete.[1355]
Schon die Mobilisierung zu Protesten gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages liefen keineswegs so reibungslos ab, wie es beide die Chronisten beider Verbände schilderten.[1356] So mussten beispielsweise Kundgebungen gegen Frankreich, Polen sowie die Sowjetunion in Greifswald im Mai 1919 erst durch den Magistrat der Stadt bzw. den Oberpräsidenten der Provinz Pommern angeordnet werden. Die Anwesenheit von Arbeitern oder Jugendlichen war dabei zwar ausdrücklich erwünscht, dass diese aber selbst das Wort ergriffen, galt gerade in diesen revolutionären Zeiten als absolut ausgeschlossen.[1357] An einem anderen Beispiel aus Berlin wird deutlich, welcher Druck auf die Menschen ausgeübt wurde bzw. mit welchen neuartigen Methoden der Propaganda gearbeitet wurde. Dort gab es wenige Wochen vor dem Abschluss des Versailler Vertrages eine Massenkundgebung, zu der zunächst alle Berliner Kirchenglocken eine halbe Stunde läuteten, was zuvor in Zeitungen angekündigt worden war. Schulklassen, Vereine und Verbände traten teils in geschlossenen

[1352] Vgl. als möglichen Anknüpfungspunkt: Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 206-226.
[1353] Vgl. Prehn: „Volksgemeinschaft im Abwehrkampf", S. 39 f.; Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 203.
[1354] *Siehe S. 126 f., S. 203 ff. und S. 277.*
[1355] *Siehe S. 235 f.*
[1356] Vgl. Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 70 ff.; [Anonym]: Zehn Jahre Kampf (a. a. O.), S. 13 ff.
[1357] Vgl. Maur: Beiträge zur Geschichte der Stadt Greifswald, S. 96 ff.

Zügen auf; Megafone wurden an der Siegessäule eingesetzt, um die Menschen zu dirigieren. Dem schlossen sich auf ein Trompetensignal 24 zehnminütige Vorträge an – zeitgleich![1358] Es wurde also nicht nur auf die Regierung enormer Druck aufgebaut, sondern auch auf die Bevölkerung selbst wurde ein enormer Konformitätsdruck zu erzwingen versucht. Allerdings wird hieran auch ersichtlich, dass es nicht nur lohnt, die bürgerlichen Formen von Geselligkeit in den Blick zu nehmen. Auch Demonstrationen und Protestzüge sind Formen von Geselligkeit, wenngleich auch für den Staat meist eher unliebsame. Zu eben solchen Demonstrationen riefen beide Verbände auf, meist in konzertierter Absprache mit anderen Organisationen. Damit sollte öffentlicher Druck auf politische Entscheidungen ausgeübt werden. Beispielsweise war dies der Fall, als im Sommer 1921 im Reichstag über die Entschädigungsgesetzgebung entschieden werden sollte.[1362] Mit Bezug auf die verlorenen Kolonien unterstützte die DKG in der ersten Jahreshälfte des Jahres 1919 eine massenhaft angelegte Unterschriften-aktion sowie zahlreiche Protest-veranstaltungen, um gegen die

Tabelle 4: Jahrestagungen beider Verbände

Jahr	Tagungsort DKG[1359]	Tagungsort DO[1360]
1920	Magdeburg	*Keine Angabe*
1921	Nürnberg	–„–
1922	Berlin	–„–
1923	Dresden	–„–
1924	Berlin	Danzig
1925	München	Stettin/ Swinemünde
1926	Bochum	Königsberg
1927	Königsberg	Braunschweig
1928	Stuttgart	Duisburg/ Köln[1361]
1929	Hannover	*Keine Angabe*
1930	Aachen	–„–
1931	Berlin	–„–
1932	Berlin	–„–
1933	Frankfurt a. M.	–„–

1358 [Anonym]: Zehn Jahre Kampf (a. a. O.), S. 14.

1359 Vgl. Jacob, Ernst Gerhard: Deutsche Kolonialkunde 1884-1934. (= Staat – Recht – Wirtschaft. Einzeldarstellungen in Grundrissen Bd. 12). Dresden 1934, S. 65.

1360 Vgl. (insofern nicht anders angegeben) [Anonym]: Zehn Jahre Kampf (a. a. O.), S. 60-67. Wo Angaben fehlen, bedeutet das nicht, dass es in dem Jahr keine Jahresversammlung gab. Es bedeutet nur, dass die vorliegenden Quellen dazu keine näheren Angaben zulassen.

1361 Der Bundesdirektor des DO Ginschel an den Reichskanzler [Wilhelm] Marx; Berlin, den 16.5.1928, in: BArch, R 43 I, Nr. 1815: Alte Reichskanzlei, Akten betreffend: Deutscher Ostbund, Bd. 1: 1.1.1928-33, Bl. 47 ff., hier Bl. 47.

1362 Vgl. Rundschreiben Nr. 26 an alle Landesverbände und Ortsgruppen des Deutschen Ostbundes; Berlin, den 7.7.1921, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 347: Verhandlungen zwischen Deutschem Ostmarkenverein und Deutschem Ostbund zwecks Zusammenführung, unpaginiert.

Bestimmungen des Versailler Vertrages zu demonstrieren – ohne Erfolg.[1363] Mit der Zeit verstetigte sich aber nicht nur die Protestkultur, sondern sie ritualisierte, routinisierte und verbürgerlichte sich zugleich. Höhepunkte dieser Geselligkeit waren die Jahrestagungen der Verbände, deren Tagungsorte der Tabelle der vorherigen Seite zu entnehmen sind.

Auch der „Frauenbund" der DKG (FDKG) veranstaltete seit 1920 alljährlich einen großen „Kolonialball" zunächst in Berlin, danach und daneben dann auch in zahlreichen weiteren Städten des Reiches. Der Erlös ging an Projekte in den ehemaligen Kolonien.[1364] Bei diesen Anlässen wurden ‚Kolonialwaren'[1365] aus den ehemaligen Kolonien ebenfalls angeboten wie auch „Jazzmusik und ‚Negertanz'"[1366], während der Ballsaal gemäß den rassistischen Stereotypen jener Zeit gestaltet wurde. Durch diese Feste sollte zugleich das verlorene Kolonialreich in der Erinnerung bewahrt werden, bis man es – so hoffte man zumindest unablässig – bald wieder sein Eigentum nennen könne.[1367] Während die Koloniallobby allgemein die gut besuchten kolonialen Feste und Ausstellungen mit dem Wunsch nach Wiedererlangung von Kolonien erklärte, dürften die Motive dafür woanders zu suchen sein. Als eines davon lässt sich der Besuch dieser Veranstaltungen im Kontext von „wirtschaftliche[n] Krisen, oftmals mit einer Mischung aus genereller Neugier auf ‚Exotik', Gruppenbesuchen und preiswertem Vergnügen deuten."[1368] Auch Nöhre kommt in seiner Studie zu dem Ergebnis, entsprechende Veranstaltungen hätten zunächst durch ihren „Volksfestcharakter" zur Teilnahme animiert statt durch pro-koloniale Überzeugungen.[1369] Daneben spielte sicherlich auch die Imagination der ‚Rassenordnung' für den Verband eine wichtige Rolle, da der dort eingenommene ‚Herrenstandpunkt' auch als Surrogat für die gesellschaftliche und internationale Marginalisierung gedient haben dürfte.[1370]

Auch bat die DKG immer wieder um Spenden auf solchen Veranstaltungen. Einerseits brauchte man sie, andererseits sollten „die Bürgerinnen und Bürger durch ihre Spenden unmittelbar in die kolonialen Unternehmungen" eingebunden werden und so an die Koloniallobby gebunden werden.[1371] Zugleich sollte dadurch auch „das Kolonialreich auch

---

[1363] Vgl. Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 91.
[1364] Vgl. Schilling: „Deutsche Frauen! […]", S. 77.
[1365] Da diese Studie einer eher sozialhistorischen Perspektive folgt, sei hier dennoch auf die wichtige konsumhistorische Studie von Ciarlo verwiesen: siehe (ders.): Advertising empire.
[1366] Vgl. Schilling: „Deutsche Frauen! […]", S. 78.
[1367] Vgl. Bechhaus-Gerst: „Wir müssen für unser Volk mehr Raum haben", S. 150 f.
[1368] Ebd., S. 162.
[1369] Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 136.
[1370] Vgl. Heyn: „Gründet Jugendgruppen […]", S. 19 f.; Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 188 und S. 195.
[1371] Bechhaus-Gerst: „Ein Fest in unseren Kolonien", S. 128 f.

für den ‚Normalbürger' erfahrbar werden."[1372] Diese Festkultur (sowie eine Unmenge an kolonialverklärender Literatur) dürfte somit zugleich auch eine andere kulturelle Figur befördert haben: den „Lehnstuhlphantasten".[1373] Dieser oder diese hatte zwar nie einen Fuß in etwaige Kolonien gesetzt, aber durch derartige koloniale Repräsentationen wurde ihm oder ihr Authentizität vorgespielt. Gerade für die wegen ihres elitären Habitus laufend in die Kritik geratende DKG waren Ausstellungen und Feste deswegen von ungemeiner Wichtigkeit.[1374]

Diese Form der Geselligkeit war dabei kein Selbstzweck, sondern diente ebenso wirtschaftlichen Interessen. So veranstaltete besonders der FDKG Wohltätigkeitsfeste und Sammlungen, deren Erlös „fast durchweg für Zwecke des Auslandsdeutschtums, besonders in den ehemaligen deutschen Kolonien" verwendet wurde.[1375] Ein besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Schulen und Jugendeinrichtungen in den ehemaligen Kolonien gelegt, wobei hier viel mehr als noch zu Zeiten direkter Kolonialherrschaft der Erhalt des ‚Deutschtums' in den Vordergrund gerückt wurde und der Topos der ‚Erziehung' der vormals Kolonisierten keine nennenswerte Rolle mehr spielte.[1376] Dieser defensive Erhalt des ‚Deutschtums' weist einmal mehr darauf hin, dass die (nicht näher am Beispiel entwickelte) These Dirk van Laaks von der Weimarer Republik als einer „Grenzergesellschaft in der Defensive"[1377] für die imperialen deutschen Verbände der Zwischenkriegszeit empirisch bestätigt werden kann. Zugleich wurden mit den großangelegten Festen sowohl der DKG als auch des FDKG sozialpolitische Ziele verbunden. Zum Einen sollten durch die Unterstützung der in Afrika verbliebenen Deutschen diese daran indirekt gehindert werden, zurück nach Deutschland zu kommen „und hier das Heer der Arbeitslosen vergrößern".[1378] Zugleich boten die großen kolonialen Feste den „arbeitslosen Musiker und sonstigen Erwerbslosen" auch allerhand Arbeitsmöglichkeiten.

Einen ähnlichen Charakter hatten auch die geselligen Veranstaltungen des DO. Auskunft hierüber gibt beispielsweise ein irrigerweise als „Festschrift" überschriebenes Programmheft zur Tagung des DO in Braunschweig im September 1927.[1379] Neben dem organisatorischen

---

[1372] Ebd., S. 129; (dies.): „Wir müssen für unser Volk mehr Raum haben", S. 153.
[1373] Conrad/ Osterhammel: Einleitung, S. 27.
[1374] *Siehe S. 150 ff.*
[1375] Wichtiges, eiliges Rundschreiben an alle Gauverbände und Abteilungen des Frauenbundes der DKG; Berlin, den 7.10.1933, in: BArch, R 8023, Nr. 404: Frauenbund der DKG, Bl. 11.
[1376] Vgl. FDKG-Abteilung Groß-Berlin: Kolonialball [am] Sonnabend, den 14.1.1933 in den Festräumen des Zoologischen Gartens, in: ebd., Bl. 72 f. *Siehe nochmals hierzu S. 186.*
[1377] Laak: Afrika vor den Toren, S. 103.
[1378] FDKG-Abteilung Groß-Berlin an die DKG-Zentrale; Berlin, im Dezember 1931, in: BArch, R 8023, Nr. 404: Frauenbund der DKG, Bl. 134. Auch das folgende Zitat ebd.
[1379] [Anonym]: Gedenket der Ostmark! Festschrift zur Tagung des Deutschen Ostbundes in Braunschweig, 23.-25.9.1927. O. O., o. J. [Braunschweig 1927].

Kern in Form einer „Hauptbundestagung […] unter Teilnahme der Regierungen, Behörden und Vereine“[1380] prägten vor allem kulturelle Begleitveranstaltungen die Jahrestagung. So gab es Musik- und Gedichtvorträge, es wurden Volkslieder gesungen, Stadtführungen sowie ein kurzer Fackelzug der Jugend veranstaltet und am Abend zum Tanz gebeten.[1381] Die Tagung schloss zugleich den ersten „Jugendtag“ des DO sowie den zweiten „Ostdeutschen Frauentag“ ins Programm mit ein. Hierbei dominierten die üblichen Organisationsgespräche eines Verbandes das Programm, die von politischen Ansprachen und Vorträgen begleitet wurden.[1382] Als Redner für die Hauptveranstaltung sprach beispielsweise der Göttinger Mediävist Karl Brandi (1868-1956)[1383] zum Thema „Deutsche Kulturarbeit im deutschen und außerdeutschen Osten“.[1384] Dem schlossen sich einige Vorträge von Mitgliedern des „Ostauschusses“ des Reichstages[1385] an mit Themen wie „Locarno und der Osten“, „Das Ostprogramm“ und „Die Bedeutung der Ostfragen“.[1386]

Insgesamt weist das Programm der Jahrestagung des DO ganz ähnlich zu den festlich-geselligen Veranstaltungen der DKG stark auf deren bildungsbürgerlich-konservativen Charakter hin. Allerdings trug die Festkultur des DO im Unterschied dazu deutlichere Züge eines konservativ-kulturpessimistischen Geselligkeitsverständnisses im Sinne einer betont bodenständigen ‚Volkstümlichkeit‘. Bereits während des Ersten Weltkriegs plädierte Franz Lüdtke in einer Broschüre dafür, „die alten Volkslieder und Tänze wieder erstehen zu lassen, die […] allzusehr von den geschäftsmäßig jahraus, jahrein fabrizierten unanständigen Operettenkouplets und von widerlichen exotischen Tänzen verdrängt worden sind.“[1387] Auch die Wahl eines Mediävisten als Redner kam nicht von ungefähr. Das Mittelalter galt in der Verbandspublizistik allgemein als historischer Ort gelungener ‚Ostkolonisation‘, durch deren mediävalistische Romantisierung man zugleich ein tendenziell vor- und antimodernes Gesellschaftsbild entwarf.[1388] Diese Verklärung der ‚Ostkolonisation‘ nahm bereits die

---

1380 Ebd., S. 3.
1381 Vgl. ebd., S. 3-13. Dort auch die folgenden Zitate.
1382 Vgl. ebd., S. 6 f.
1383 Siehe zu Brandi: Recken: Wissenschaft, Raum und Volkstum.
1384 [Anonym]: Gedenket der Ostmark! (a. a. O.), S. 5.
1385 Hier besteht akute Verwechslungsgefahr mit dem vom „Deutschen Schutzbund“ geleiteten „Ostausschuss“, der aber auf verbandspolitischer Ebene statt in der Politik des Reichstages aktiv war. *Siehe* . Sowie zur diesbezüglichen Verwechslungsgefahr aufgrund der verwirrenden Vielfalt an Gruppen und Grüppchen: Begrüßungsansprache des […] Grafen Baudissin für die Veranstaltung des Ostausschusses am 27.4.1927, in: BArch, R 43 I, Nr. 1798: Alte Reichskanzlei, Akten betreffend: Heimatschutz Ost und gemeine Ostfragen, Bd. 4: 1.5.1927-31.12.1927, Bl. 97 ff., hier Bl. 97 r.-Bl. 98.
1386 [Anonym]: Gedenket der Ostmark! (a. a. O.), S. 5.
1387 Lüdtke, Franz: Deutsches Volkstum. Ein Volksabend. (= Volksabende Heft 49). Gotha 1918, S. 35 f.
1388 Vgl. Drummond: „Einen kräftigen Damm […]“, S. 101; Dyroff: Erinnerungskultur im deutsch-polnischen Kontaktbereich, S. 105 und S. 111.

spätere Faszination der Nazis für die Ritter des Deutschen Ordens und die mittelalterlichen Siedler vorweg, die sie dann mit einem Bündel an weiteren Ideologemen anreicherten.[1389]

Massenveranstaltungen waren diese Tagungen keineswegs. So sah man sich auch dazu genötigt, die Mitglieder zu ermahnen, an Veranstaltungen „möglichst zahlreich teilzunehmen, damit der Zweck solcher Kundgebungen weitgehendst erreicht wird.“[1390] Somit dürfte die öffentliche Wahrnehmung dieser Veranstaltungen durch das Bild der örtlichen (männlichen) Honoratioren nach außen geprägt geprägt worden sein.[1391] Auch fällt auf, wem bei derartigen Gelegenheiten *nicht* das Wort erteilt wurde: nämlich der eigenen Verbandsbasis. Im Grunde wurde jede gesellige DO-Veranstaltung in wechselnder Besetzung maßgeblich von denselben führenden Verbandsmitgliedern bestritten. Zwar wusste man seitens des Verbands von der sozioökonomischen Notlage zahlreicher Mitglieder, aber Recht und Stimme bei weitreichenden Verbandsentscheidungen oder eben geselligen Veranstaltungen blieben ihnen verwehrt. Damit setzte sich hier eine Kontinuitätslinie seit dem 19. Jahrhundert fort, bei der eine bürgerliche Organisationsspitze strikt im paternalistischen Sinne für sich beanspruchte, ‚im Namen‘ der Mitgliederbasis zu handeln.[1392]

Derartige Festprogramme verraten noch mehr auch über andere Vorstellungen der Sozialordnung. So wurde der Jugend zwar organisatorische Selbstständigkeit im Rahmen des Verbands zugestanden, ebenso den Frauen im DO. Allerdings zeigt sich auch hier noch ganz eindeutig die klassisch bürgerliche Trennung der Geschlechter in der Organisation. Tagsüber war das Festprogramm eben für die Fragen der ‚hohen Politik‘ reserviert (die nur Männern vorbehalten waren), während erst abends Frauen und Jugendliche eher randständige Rollen einnehmen durften. Arbeiter fehlten in der DO-Festkultur anscheinend gänzlich. Auch ein anderes Festprogramm deutet auf den bürgerlich geprägten Horizont dieser Geselligkeitsformen hin, wenn das Abendprogramm nach einer Tagung des DO kurz und bündig zusammengefasst wird: „Konzertvorträge, Ansprache, Rezitationen, Tanz. Eintritt 1,-

---

[1389] Vgl. Baranowski: Nazi Empire, S. 140 f.

[1390] Rundschreiben Nr. 26 an alle Landesverbände und Ortsgruppen des Deutschen Ostbundes; Berlin, den 7.7.1921, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Repositurен, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 347: Verhandlungen zwischen Deutschem Ostmarkenverein und Deutschem Ostbund zwecks Zusammenführung, unpaginiert.

[1391] Da der FDKG ein separater Verband war und im Vergleich zu anderen Frauenverbänden gerade in der Zwischenkriegszeit zahlenmäßig sehr bedeutsam war, kann die obige These so für ihn nicht gelten. Vielmehr ist sie hier dahingehend zu korrigieren, dass die FDKG-Frauen eine eigenständige, bürgerlich-konservative Geselligkeitskultur etablierten. Diese bestand zwar auch aus den genannten großen Festen, daneben fanden aber auch Tagungen etc. statt, die aus Vorträgen, Führungen, Festansprachen lokaler Honoratioren, Film- und Musikabende usw. bestand. Vgl. Tagung des FDKG in Eisenach am 20. und 21.5.1931, in: BArch, R 8023, Nr. 404: Frauenbund der DKG, Bl. 158.

[1392] Vgl. Hoffmann: Geselligkeit und Demokratie, S. 61, S. 86 und S. 104.

Mark."[1393] Doch dieser gediegenen, gutbürgerlichen Geselligkeit entsprach deren Wirkung nach außen nur höchst bedingt. So gebe es beispielsweise in Ostpreußen „eine starke Verstimmung über den Deutschen Ostbund, insbesondere infolge der Kundgebungen auf seiner letzten Tagung in Königsberg […]."[1394] Das lag an der umtriebigen Propaganda des Verbands. Dieser warb er für diese Jahrestagung mit nichts Geringerem als einer „Jahrtausendfeier des deutschen Ostens",[1395] was vom preußischen Innenministerium kritisiert wurde, da der Verband damit statt des Bildes „deutscher Geschlossenheit" das einer „einseitig parteipolitisch aufgezogene[n] Veranstaltung" vermittle.[1396]

Auffällig ist, dass diese „Bundestagungen" des DO regional begrenzt waren. Erst 1928 wurde vom 15. bis 18.6.1928 in Duisburg bzw. Köln solch eine Veranstaltung zum ersten Mal im Westen des Reiches durchgeführt.[1397] Dabei beschränkte sich der Verband in seiner Fest- und Geselligkeitskultur eher auf die ehemals preußischen Regionen, wobei dies nicht vorschnell zu verallgemeinern ist. Erstens hatte der Verband seine Zentren aufgrund der entsprechenden Migrationsprozesse nach dem Ersten Weltkrieg vor allem eben im Osten des Reichs und nicht reichsweit, wie es dagegen bei der DKG der Fall war.[1398] Zweitens existierten neben dem auf Polen fokussierten DO noch andere, ähnliche Verbände in West- und Norddeutschland, die ebenfalls eine eigene Geselligkeitskultur unterhielten.[1399] Festzuhalten bleibt jedenfalls, dass sich der DO zwar um eine schichtenübergreifende Integration bemühte, wenngleich er sich aber mit seiner unverkennbaren Präferenz für die bürgerliche Festkultur statt einer veralltäglichten Geselligkeitskultur diesem Anspruch selbst unabsichtlich Grenzen setzte.

Dagegen lag die Sache bei der DKG eher andersherum. Haftete doch dem Verband aufgrund seiner elitären Sozialstruktur sowie seiner vergleichsweise hohen Mitgliedsbeiträge ohnehin keine positive Fremdwahrnehmung an. Auch die bereits skizzierte Festkultur der DKG weist eindeutig in eine Richtung, die den ursprünglichen Intentionen bürgerlicher

---

[1393] Das Bundespräsidium des DO:[Einladung zur] ordentlichen Bundestagung in Berlin am 26. und 27.3.1927, in: BArch, R 8043, Nr. 1148: Deutsche Stiftung – Ostverbände, Bd. 2, Bl. 453a.

[1394] Niederschrift über das Ergebnis der am 1.7.1926 im Reichsministerium des Innern stattgefundenen Besprechung über die behördliche Förderung der Deutschtumsverbände, insbesondere über die gegenüber dem Deutschen Ostbund einzunehmende Haltung der Behörden, 31.7.1926 (Abschrift) [Im Folgenden zitiert als: Niederschrift vom 1.7.1926], in: ebd., Bl. 507 r.-Bl. 509, hier Bl. 508.

[1395] Vgl. Baier: Der deutsche Osten als soziale Frage, S. 253-257.

[1396] Der preußische Minister des Innern an den Preußischen Ministerpräsidenten und sämtliche Staatsminister; Berlin, den 10.12.1926 (Abschrift), in: BArch, R 43 I, Nr. 1797: Alte Reichskanzlei, Akten betreffend: Heimatschutz Ost und gemeine Ostfragen, Bd. 3: 1.7.1926-30.4.1927, Bl. 309 f., hier Bl. 309.

[1397] Der Bundesdirektor des DO Ginschel an den Reichskanzler [Wilhelm] Marx; Berlin, den 16.5.1928, in: BArch, R 43 I, Nr. 1815: Alte Reichskanzlei, Akten betreffend: Deutscher Ostbund, Bd. 1: 1.1.1928-33, Bl. 47 ff., hier Bl. 47.

[1398] *Siehe S. 129 f.*

[1399] Siehe Boie: Volkstumsarbeit und Grenzregion; Becker: „Deutsch die Saar, immerdar!" Inwiefern hier eine Konkurrenz der einzelnen Verbände untereinander bestand, bleibt weiteren Forschungen vorbehalten.

Vereinsgründungen des mittleren 19. Jahrhunderts zumindest pro forma entgegen lief. Statt des Ideals der Assoziation von Freien und Gleichen waren in der Republik eben auch die Vermachtungs- und Hierarchisierungsprozesse in einem großen Verband wie der DKG schon längst zu weit vorangeschritten: hier wurden stattdessen soziale Hierarchien abgebildet, die einstigen Eliten dominierten und insgesamt kam in der Geselligkeitskultur ein wehmütiges Festhalten an der Ordnung des imperialen Kaiserreichs deutlich zum Ausdruck.[1400] Und selbst solch einer auf den ersten Blick lapidaren Angelegenheit wie der Antragung von Ehrenmitgliedschaften an ehemals führende Eliten aus Adel, Politik und Militär kam im Verbandsleben eine ganz elementare Bedeutung zu: so konnte aus Sicht der Verbände zumindest symbolisch die einstige Hierarchie des Kaiserreichs konserviert werden.[1401] In beiden Verbänden waren folgerichtig nicht nur in der eigentlichen Leitung, sondern ganz besonders in den Ehrengremien einstige Eliten eindeutig überrepräsentiert.[1402]

Auch wenn sich Nathaus in seiner vergleichenden Studie zum deutsch-britischen Vereinsleben nur auf eben jene Vereine bezieht, so kann doch seine These auch auf die DKG als Verband angewandt werden: sie stellte kein „antiständisches Organisationsprinzip [dar], sondern [diente] häufig als Instrument zum Erhalt einer quasi-ständischen Gesellschaftsorganisation […].“[1403] Gegen die These, wonach gesellige Organisationen wie Vereine per se zur sozialen Inklusion ihrer Mitglieder tendierten, argumentiert er ebenso schlüssig, „dass soziale Inklusion eine Frage des Zwecks, nicht der Organisation ist.“[1404] Den elitär-großbürgerlichen Formen der Geselligkeit der DKG kam somit nicht nur die Funktion der Konservierung überkommener sozialer Ordnungen zu, sondern zugleich auch eine subtile Form der sozialen Kontrolle der kleinbürgerlicheren Verbandsmitglieder.[1405] Das dürfte zeitgenössisch so kaum wahrgenommen worden sein. Es sorgte aber für eine Vertiefung der Kluft zwischen dem Anspruch, sozial und politisch für alle Interessierten offen zu sein,[1406] de facto aber für die Eliten des Kaiserreichs eine Art Sammelverband zu bilden. Aufgelöst wurde dieser Widerspruch hin zu einem gesellschaftlichen Führungsanspruch der DKG, zwar das ‚Volk‘ zu einen, es aber zugleich zu neuen ‚kolonialen Glanzzeiten‘ zu führen.[1407]

[1400] Vgl. Nathaus: Organisierte Geselligkeit, S. 140.
[1401] Vgl. Hoffmann: Geselligkeit und Demokratie, S. 61.
[1402] *Siehe Kap. 2.2.2.*
[1403] Nathaus: Organisierte Geselligkeit, S. 295.
[1404] Ebd., S. 297.
[1405] Vgl. ebd., S. 140 ff.
[1406] Dass dies fortlaufend mehr dem (bürgerlichen) Anspruch als der Realität entsprach, kann Nathaus bereits für die frühe Phase des deutschen Vereinslebens im 19. Jahrhundert eindrucksvoll zeigen. Vgl. ebd., S. 31-37.
[1407] Vgl. Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 137 ff.

Insgesamt kann zusammengefasst werden, dass beide Verbände eine ausgesprochen bürgerliche Kultur der Geselligkeit ausübten. Man war sowohl bedacht auf unterschiedliche Festkulturen der Geschlechter[1408] als auch auf eine unterschwellige Abgrenzung gegenüber subalternen Klassen, besonders der Arbeiterklasse. Sie knüpften damit unmittelbar an den bürgerlichen Zweig der ausdifferenzierten Vereins- und Verbandskultur des deutschen Kaiserreichs an, dessen bestimmender Akteur der bürgerliche Honoriator war.[1409] Für das Bürgertum wiederum war die Geselligkeit bei Verbandsveranstaltungen nicht nur ein Mittel der sozialen Selbstvergewisserung aufgrund nunmehr fehlender herausgehobener sozialer Positionen. Man brauchte, pointiert formuliert. dabei schlichtweg nichts weiter außer Reden zu schwingen, wie es Jaworski präzise erkannt hat. Denn die Sorge um jene ‚Grenz- und Auslandsdeutschen' erforderte kein „handlungsorientiertes nationalpolitisches Engagement […], sondern [konnte] als *Feiertagsideologie* ausgelebt werden […] [H. d. A., RF]."[1410] Dieses Engagement diente dabei zugleich auch der umfassenden Identifikationsstiftung, denn „[d]ie großen ‚politischen Vorkriegsideale wie Kaisertum, Armee, Flotte, Kolonien, außenpolitische Machtstellung' hatten ihre identitätsstiftende Kraft verloren."[1411]

2.3.7. Geschichts- und Erinnerungskultur

Im Unterschied zum stärker durch die Diskussionen zwischen jüngerer Zeitgeschichte und der Geschichtsdidaktik geprägte Für und Wider zwischen Geschichts- und Erinnerungskultur werden beide Konzepte hier mit Demantowsky als zwei Seiten desselben Gegenstandes gefasst.[1412] So überzeugend auch beide Konzepte für sich sind, setzen sie doch eine Fülle an Quellenmaterial voraus, welches für die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg selten so reichhaltig gegeben ist, wie es wünschbar wäre.[1413] Mir geht es im Folgenden schlichtweg um die Frage,

[1408] Gemeinsame Tagungen der DKG mit dem FDKG wie die „Rheinische Kolonialtagung" in Aachen im Juni 1930 waren dabei die Ausnahme. Vgl. Rheinische Kolonialtagung in Aachen, 12.-15.6.1930, in: BArch, R 8023, Nr. 404: Frauenbund der DKG, Bl. 226 f.

[1409] Vgl. Nathaus: Organisierte Geselligkeit, S. 105 ff. Zu ihrem Leidwesen wurde die DKG auch genau als elitärer, rückwärtsgewandter Honoratiorenverband wahrgenommen. Vgl. Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 145.

[1410] Jaworski: Der auslandsdeutsche Gedanke, S. 377.

[1411] Ebd., S. 381.

[1412] Siehe Demantowsky: Geschichtskultur und Erinnerungskultur.

[1413] Vgl. auch die Diskussion der Begriffe bei Dyroff: Erinnerungskultur im deutsch-polnischen Kontaktbereich, S. 21-30. Sehr empathisch referiert der Autor die stärker kulturwissenschaftlich orientierten Konzepte der „Erinnerungskultur", ohne aber wirklich prinzipielle Gründe für eine strikte konzeptionelle Trennung beider Begriffe extrapolieren zu können.

welche Themen in der öffentlichen Erinnerung der beiden Verbände eine Rolle spielten und welche Funktionen ihr dadurch zukamen. So waren zweifelsohne auch die oben behandelten geselligen Veranstaltungen Orte der Identitätsstiftung. Dabei wurden auch übergreifende Kontinuitäten konstruiert. Allerdings wurde bisher noch nicht genauer auf die übergeordneten Themen dieser Geselligkeit eingegangen. Dem wird sich dieses Kapitel widmen.

Der DO bediente sich dabei sehr weit zurückliegender historischer Referenzen. So hieß es zur Jahrestagung 1927 des Verbands über Braunschweig, dieses sei der „Ausgangspunkt einer friedlichen, kolonisatorischen Erschließung des Ostens [gewesen] – war doch Braunschweig vor rund 1000 Jahren selbst Ostmark!“[1414] Demzufolge wurde diese Tagung zugleich zur „Tausendjahrfeier der Ostmarken“ erklärt.[1415] Gerade die Marienburg hatte in diesem Kontext einen zentralen Stellenwert als Erinnerungsort für den DO. Sie wurde gerühmt als „die ehrwürdige Stätte altpreußischer Kraft“, und die Fahrt von Königsberg zu ihr im Rahmen der Bundestagung im Mai 1926 solle zur „nationale[n] Wallfahrt“ werden.[1416] Die Tagung in Ostpreußen solle eine „große vaterländische Kundgebung [sein], die den Zweck hat, die weitesten Kreise über die wichtigsten Ostprobleme aufzuklären […]“ und natürlich vor allem gegen Polen gerichtet war.[1417] Dem üblichen Forderungskatalog des DO – Revision des „Weichselkorridors“ im Besonderen wie auch der deutsch-polnischen Grenzen im Allgemeinen, Vereinnahmung „des Ostens“ für den „deutschen Kulturkreis“ – wurde die Drohung nachgeschickt, „dass von einer Befriedung Europas nicht die Rede sein kann, bevor nicht diese berechtigte Forderung erfüllt ist.“ Die Rolle der ehemals preußischen Ostprovinzen wurde dabei also nicht nur überhöht, sondern ebenso national sakralisiert.[1418]

Bemerkenswert ist auch, woran *nicht* gedacht wurde: nämlich der jahrzehntelangen Tätigkeit des DOV. Stattdessen inszenierte sich der DO an seiner statt als einzig maßgeblicher Verband mit Bezug auf die ‚Ostmark‘ und ließ auch bei den Einladungen zu seinen Veranstaltungen

---

[1414] [Anonym]: Gedenket der Ostmark! (a. a. O.), S. 16.

[1415] Vgl. nochmals Baier: Der deutsche Osten als soziale Frage, S. 253-257.

[1416] Das Bundespräsidium des DO an einen unbekannten Adressaten, 10.5.1926, in: BArch, R 8043, Nr. 1148: Deutsche Stiftung – Ostverbände, Bd. 2, Bl. 545 f., hier Bl. 546.

[1417] Das Bundespräsidium des DO an den Preußischen Minister des Innern; [betrifft: Einladung zur Bundestagung in Ostpreußen]; Berlin, den 11.5.1926, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 77: [Preußisches] Ministerium des Innern, Tit. 856, Nr. 566: Akten betr. 650-Jahrfeier der Stadt Marienburg und Tagung des deutschen Ostbundes in Königsberg und Marienburg 1926, vom 3.5. bis 24.6.26, Bd. 1, Beiheft 1, Bl. 1-Bl. 3, hier Bl. 1. Auch das folgende Zitat ebd.

[1418] Vgl. Langewiesche: Nationalismus als Pflicht zur Intoleranz, S. 286 f.

zwar so gut wie nie irgendein Ministerium, aber fast immer den DOV aus.[1419] Zwischen diesem und dem DO herrschte ein gespanntes Konkurrenzverhältnis.

Unterhalb dieser Ebene gab es auch regional begrenzte Gedenktage, die einzelne Landesverbände begingen. Ein solcher jährlich stattfindender Termin war beispielsweise die „Gedenkfeier für den Abstimmungssieg in Ost- und Westpreußen in Danzig",[1420] wozu nicht nur der Landesverband des DO, sondern auch andere Verbände und Vereine aus Pommern einluden. Anhand dieser Feier sollte dem aus deutscher Sicht ungerechten Ausgang der Abstimmungen etwas entgegengesetzt werden.[1421] Der Marienburg kam in diesem Geschichtsbild eine feste Rolle zu. Nachdem sie nach dem Krieg für kurze Zeit an Polen fiel, ging sie nach der Abstimmung wieder in deutschen Besitz über. Die Burg in unmittelbarer Nähe zum ‚polnischen Korridor' wurde somit zum baulichen Symbol jenes deutschen ‚Walls' gegen eine gefürchtete Slawisierung stilisiert.[1422]

Zugleich pflegte der DO fortwährend eine spezielle Form des „Hindenburg-Mythos". Die erwähnte Tagung in Braunschweig wurde anlässlich von Hindenburgs 80. Geburtstag zugleich auch für eine „Hindenburg-Huldigung" genutzt.[1423] Anknüpfen konnte eine solche Überhöhung seiner Person dabei an das Bild, welches die deutsche Propaganda während des Krieges von ihm (auch von ihm selbst befördert) aufgrund des Sieges unter seinem Oberbefehl stehender Truppen über eine zarische Armee in Ostpreußen Ende August 1914 entworfen hatte.[1424] Seitdem galt Hindenburg als der „‚Held von Tannenberg'".[1425] Er übernahm während der Kämpfe mit polnischen Truppen im Winter 1918/19 ebenfalls das Kommando über den „Grenzschutz Ost",[1426] weswegen er für den DO als „Retter der Ostmark" galt.[1427] Bereits dessen Vorgängerorganisation, der „Heimatbund Posener

---

[1419] Vgl. DOV-Ortsgruppe Königsberg an den DOV-Hauptvorstand in Berlin; Königsberg, den 29.10.1930, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Repositurен, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 306: Deutscher Ostbund, intus: Austrittserklärungen einzelner Mitglieder aus dem DOV 1926, Bl. 1-Bl. 9, hier Bl. 4.

[1420] Deutsches Generalkonsulat Danzig an das AA; betrifft: Gesuch des DO um Gewährung einer Beihilfe; Danzig, den 2.9.1927, in: PA AA, R 82315, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V. (jetzt: Bund Deutscher Osten), Bd. 3: 30.5.1927-6.4.1933, Bl. 50.

[1421] Siehe Laba: „Entgegen dem feierlich erklärten Mehrheitswillen".

[1422] Vgl. Kopp: The „Weimar Drang nach Osten", S. 198 und S. 204. *Siehe zu verschiedenen Metaphern wie ‚Wall', ‚Fluten' usw. S. S. 63 und S. 139 f.*

[1423] Bundespräsidium des Deutschen Ostbundes an einen unbekannten Adressaten in Berlin, 10.9.1927, in: BArch, R 8043, Nr. 1148: Deutsche Stiftung – Ostverbände, Bd. 2, Bl. 379.

[1424] An dieser Propaganda wirkte der spätere DO-Funktionär Ginschel nicht unerheblich und zeitig mit. Siehe (ders.): Generalfeldmarschall von Hindenburg. Sein Leben und seine Taten. Mit Glückwünschen führender Persönlichkeiten aus Heer und Heimat zum 70. Geburtstage des Generalfeldmarschalls. Posen 1917.

[1425] Hoegen: Der „Marschall" und der „Gefreite", S. 1. Vgl. auch Thum: Mythische Landschaften, S. 184.

[1426] Vgl. [Anonym]: Zehn Jahre Kampf für Ostheimat, deutsches Volkstum und Vaterland. Erinnerungsblätter zur Feier des 10jährigen Bestehens des Deutschen Ostbundes. Berlin 1929, S. 20.

[1427] Ebd., S. 25.

Flüchtlinge“, ernannte deswegen Hindenburg zum „Ehrenvorsitzenden“.[1428] Zugleich wurde damit der Bismarck-Kult des Kaiserreichs transformiert. Wurde dieser in preußischen Kreisen noch um 1900 als der „treue Eckart“[1429] gefeiert, so ging diese Ehrbezeichnung Mitte der 20er stillschweigend an Hindenburg über.[1430]

Aus diesem Grund setzte sich der DO während der Republik fortlaufend für das 1917 in Posen/ Poznań gegründete „Hindenburg-Museum“ ein.[1431] Bereits damals hatten sich in Posen tätige spätere leitende DO-Funktionäre für die Einrichtung eines solchen Museums eingesetzt.[1432] Dabei solle dort aber nicht primär die Person Hindenburgs im Vordergrund stehen, sondern es solle ein „Museum der Zeit Hindenburgs“ sein,[1433] also an die imperiale Größe des vergangenen Kaiserreichs erinnern. Außerdem gab es Pläne, in Berlin ein „monumentale[s] Hindenburghaus“ als „Ehrenmal“ zu errichten.[1434] Dies hatte auch den recht profanen Zweck einer neuen Verwaltungszentrale des Verbands. Realisiert wurde das Projekt nicht, da die amtlichen Stellen ihre finanzielle Unterstützung versagten.[1435]

In dieser nahezu kultischen Verehrung von Hindenburg durch den Verband – die in der Zwischenkriegszeit durchaus auch von anderen betrieben wurde – lässt sich durchaus von einem ‚Führerkult‘ sprechen.[1436] Doch hatte Hindenburg aus der Perspektive des Verbandes kein Monopol auf diese Rolle. Auch der vorsitzende „Bundespräsident“ Alfred von Tilly sei

---

[1428] Deutscher Heimatbund Posener Flüchtlinge an das Reichsministerium für Wiederaufbau; betrifft: Gesetzliche Regelung der Schäden der Ostdeutschen, Frankfurt a. d. O., den 25.2.1920, in: BArch, R 2, Nr. 695: Reichsfinanzministerium, Akten betreffend: Verdrängungsschäden. Generalia, Bd. 1: 18.11.1919-31.7.1920, Bl. 38-Bl. 38 r., hier Bl. 38.

[1429] Vgl. Walther, Emil: Festdichtung, in: Bismarck-Jahrbuch 2 (1895), S. S. 259-266, hier S. 262. Die Adressaten dieses Topos waren dabei austauschbar; vgl. Oldenburg: Der Deutsche Ostmarkenverein, S. 72 f. Zurückverfolgen lässt er sich hin zum entsprechenden, 1799 erstmals erschienen Werk des romantischen Schriftstellers Ludwig Tieck (1773-1853). Siehe Begemann: Eros und Gewissen.

[1430] Lüdtke, Franz: Hindenburg, der Grenzlanddeutsche, und das Grenz- und Auslandsdeutschtum, in: Deutsche Welt. Zeitschrift des Vereins für das Deutschtum im Ausland [4] (1927) 10, S. 454-461, hier S. 460. Noch 1921 veröffentlichte Lüdtke eine programmatische Gedichtsammlung: (ders.): Wann kommst du, Bismarck? Gedichte aus Deutschlands tiefster Not. Berlin 1921. Dabei handelt es sich um ein besonders prägnantes Beispiel für „politischen Messianismus“. Siehe Schreiner: „Wann kommt der Retter Deutschlands?“.

[1431] Vgl. [Anonym]: Zehn Jahre Kampf (a. a. O.), S. 54 f. Siehe zu dieser Einrichtung Bothmer, Heinz: Das Hindenburg-Museum in Posen, in: Museumskunde 16 (1918/19), S. 29-38.

[1432] Vgl. Das Bundespräsidium an das Auswärtige Amt; Berlin, den 26.11.1928 (Abschrift) [Im Folgenden zitiert als: Bundespräsidium an das AA, 26.11.1928], in: PA AA, R 82315, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V. (jetzt: Bund Deutscher Osten), Bd. 3: 30.5.1927-6.4.1933, Bl. 177-Bl. 180, hier Bl. 178.

[1433] [Anonym]: Zehn Jahre Kampf (a. a. O.), S. 54.

[1434] Bundespräsidium an das AA, 26.11.1928 (a. a. O.), Bl. 177 r.

[1435] Vgl. Preußischer Staatskommissar für die Regelung der Wohlfahrtspflege an das Auswärtige Amt; betrifft den Deutschen Ostbund, in: PA AA, R 82314, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 2: 15.8.1926-29.5.1927, Bl. 82-Bl. 82 r.

[1436] Vgl. Hoegen: Der „Marschall“ und der „Gefreite“, S. 3; Mergel: Führer, Volksgemeinschaft und Maschine, S. 118 ff.

ein „hochgeschätzte[r], allseitig verehrte[r] Führer“,[1437] und gerade auch die Jugendarbeit des Verbandes diene explizit der Herausbildung jünger „Führer“.[1438] Im Verband selbst gebe es „keine grundsätzliche Opposition“, sondern man arbeite und handle unter den „seltenen Führereigenschaften des Bundespräsidenten“.[1439]

Diese ‚Führer‘-Fixierung hatte zunächst noch nichts mit Hitler oder der NSDAP zu tun, sondern war ein zeitgenössisch in allen politischen Lagern der Republik verbreitetes Phänomen. Thomas Mergel fasst treffend zusammen, „daß die Gesellschaft der Weimarer Republik sich auf einer ständigen, mitunter obsessiven Suche nach Führern befand.“[1440] So erhoben bereits im Sommer 1919 solch bekannte Rechtskonservative wie u.a. Paul von Hindenburg (1847-1934), Houston Stewart Chamberlain (1855-1927) oder Arthur Moeller van den Bruck (1876-1925) die Forderung nach der Schaffung von neuen ‚Führern‘ in der Jugend.[1441] Hindenburg kam hierbei gerade vor dem Hintergrund der Krisen der Weimarer Republik die Rolle der nationalen Integrations- und Identifikationsfigur zu, die vermeintlich ‚über den Parteien‘ stehe und die gewünschte „Einheit des Volkes“ verkörpere.[1442] Der Umstand, dass Hindenburg ein Exponent der politischen Rechten war,[1443] ließ ihn nicht nur inkompatibel erscheinen zu einem möglichen republikanischen Haushalt an politischen Symbolen, sondern erleichterte ab 1933 auch umso mehr die Transformation der Erwartung eines ‚Führers‘ von Hindenburg zu Hitler.[1444]

Einen weiteren Referenzpunkt des Geschichtsbildes des DO bildete die Vereinnahmung der frühmittelalterlichen Politik Heinrichs I., der von Lüdtke als „ostlanddeutscher“ oder auch als „wahrhaft grenzdeutscher Fürst“ gefeiert wird, da er sich um 900 um die „Abwehr des immer noch nach Westen drängenden Wendentums“ ebenso verdient gemacht habe wie um die Begründung des „Zug[es] nach Osten.“[1445] Im Grunde steht dahinter ein teleologisches, nationalistisches Geschichtsbild, welches ‚deutsche Geschichte‘ bereits im frühen Mittelalter zu erkennen glaubt und als Ziel dieser Geschichte das „kolonisieren, christianisieren und

---

1437 [Anonym]: Zehn Jahre Kampf (a. a. O.), S. 59.

1438 *Siehe S. 194 f. und S. 216 f.*

1439 Anlage zum Rundschreiben A Nr. 1 [betrifft: Glückwunsch zum 60. Geburtstag von Alfred v. Tilly]; Berlin, den 10.8.1926, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 349 a: Akten auf Anordnung der NSDAP (Alfred Rosenberg). Zusammenlegung der Ostverbände unter dem Namen „Bund Deutscher Osten“, Bl. 413 f., hier Bl. 413.

1440 Mergel: Führer, Volksgemeinschaft und Maschine, S. 105; Kopp: The „Weimar Drang nach Osten“, S. 197.

1441 Vgl. Reulecke: Jugend und „junge Generation“, S. 94 f.

1442 Hoegen: Der „Marschall“ und der „Gefreite“, S. 3.

1443 Vgl. Mergel: Führer, Volksgemeinschaft und Maschine, S. 119.

1444 Vgl. Hoegen: Der „Marschall“ und der „Gefreite“, S. 4 ff.

1445 Lüdtke, Franz: Das deutsche Ostland, seine Geschichte, seine Kultur, seine Bedeutung, in: (ders.)/ Thiele, Ernst Otto (Hg.): Der Kampf um deutsches Ostland. Düsseldorf o. J. [1931], S. 5-35, hier S. 15 f.

germanisieren“ sieht.[1446] Dieses Geschichtsbild orientierte sich epochal sehr stark an dem der Romantik.[1447] Es speiste sich aus einem bürgerlichen Unbehagen an den Folgen der „zweiten Moderne“, welches sich bis in die 1830er Jahre zurückverfolgen lässt.[1448] Dieses Unbehagen fasst der Mediävist Otto G. Oexle treffend zusammen:

> „[Es] war die Flucht aus der rationalen und technisierten Welt […], die Ablehnung von Rationalismus und Individualismus, von Demokratie und Parlamentarismus, von kapitalistischer Wirtschaft und industrieller Klassengesellschaft, der Haß auf bürokratische Staatsorganisation und auf die anonyme Disziplinierung aller Lebensbereiche.“[1449]

Dem gegenüber stand ein idealisiertes Bild des Mittelalters, wobei vor allem die ständische Verfasstheit der mittelalterlichen Gesellschaft zum Vorbild genommen wurde.[1450] Dieses Ideal einer ständischen Gesellschaftsverfassung lässt sich selbst noch bis in die 1950er Jahre für die Vertriebenenverbände nachweisen.[1451] Zugleich äußerte sich in der Zwischenkriegszeit ebenfalls der Wunsch nach einer neuen Ganzheit und Gemeinschaft. Dem wurden negativ die vielfältige Differenzierung und vor allem Individualisierung gegenübergestellt.[1452] Natürlich wurde in den genannten Verklärungen des Mittelalters durch den DO auch implizit das Wunschbild eines möglichst authentischen ‚deutschen Volkstums‘ gerade bei den ‚Verdrängten‘ kultiviert.[1453] Interessant ist hierbei, dass diese Verklärung des Mittelalters in den Quellen des DO nur ein Mittel war, um vor allem die bis in die Frühe Neuzeit zurückzuverfolgende Glorifizierung des ‚Germanentums‘ zu betreiben,[1454] welches freilich nunmehr den zeitgemäßeren Namen ‚Deutschtum‘ trug.

Auch die DKG prägte eine eigenständige, umfassende koloniale Geschichts- und Erinnerungskultur aus. Diese war nur ein Teil eines weiten Spektrums innerhalb der Koloniallobby. Deren Darstellungsweisen speisten sich aus einer breiten Palette.[1455] So gab es

---

1446 Ebd., S. 19.
1447 Vgl. Kozielek: Ideologische Aspekte der Mittelalter-Rezeption.
1448 Vgl. Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 197 ff.
1449 Oexle: Das Mittelalter und das Unbehagen an der Moderne, S. 143.
1450 Vgl. ebd. und S. 151.
1451 Vgl. Imhof: Die Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik, S. 397 ff.
1452 Vgl. Oexle: Das Mittelalter und das Unbehagen an der Moderne, S. 151 ff.
1453 Vgl. ebd. S. 153.
1454 Vgl. dazu Kozielek: Ideologische Aspekte der Mittelalter-Rezeption, S. 119.
1455 In diesem Kontext sowie in Zusammenhang mit der zentralen und kontrovers geführten Forschungsdiskussion um die (Dis-) Kontinuitäten zwischen den kolonialen Völkermorden 1904-1908 und dem Holocaust stellt es auch ein wichtiges Forschungsdesiderat dar, die Geschichts- und Erinnerungskultur der kolonialen Veteranenverbände wie dem „Kolonialkriegerdank“ etc. (*siehe S. 228*) zu erforschen. Wie stellten diese auch unter dem Eindruck des späteren Weltkriegs ihr damaliges Handeln dar? Welche

„Soldatenparaden, Denkmäler, Gedenkfeiern, Münz- und Ordensverleihungen und Bücher. Diese Formen öffentlicher Erinnerung fanden oftmals im Rahmen kolonialrevisionistischer Tagungen […] statt bzw. waren untrennbar mit deren propagandistischer Intention verbunden.“[1456]

Neben solchen positiv konnotierten Anlässen zum historischen Gedenken gab es aber auch eine Vielzahl an negativ interpretierten Anlässen. Für die DKG war dies besonders der Verlust der Kolonien, der einen periodisch wiederkehrenden Anlass der Abgrenzung gegenüber den Entente-Mächten darstellte. Dies wurde nicht nur bei jeder größeren Verbandssitzung gebetsmühlenartig wiederholt, sondern immer wieder auch möglichst öffentlichkeitswirksam erst durch Protestzüge, Eingaben an die Regierung oder auch koloniale Ausstellungen.[1457]

Ein anderes Themenfeld war die Denkmalpolitik. So wurde im Kaiserreich die Rolle Bismarcks verklärt als des vermeintlichen Vordenkers des deutschen Kolonialismus – ganz im Unterschied zu den Monarchen der Hohenzollern-Monarchie, die ihnen gegenüber nachrangig behandelt wurden. Finanziert wurden größere Denkmäler durch Sammlungen, bei denen das kolonial interessierte Bürgertum spendete.[1458] Auf diesem Wege konnte latente Kritik an der Monarchie oder doch zumindest alternative Vorstellungen gesellschaftlicher und imperialer Ordnung manifestiert werden. In der Weimarer Republik ging es nun um den (Rück-) Erhalt der kolonialen Denkmäler sowohl im Reich als auch in den Kolonien, die ja nun unter anderer Herrschaft standen.[1459] Mit dem ebenfalls an die Vorkriegszeit anküpfenden Kult um ‚Kolonialheroen‘[1460] konnte die reelle Niederlage im Weltkrieg symbolisch in einen moralischen Sieg umgedeutet werden.[1461] Das wurde auch als eine Frage des bürgerlichen Prestiges behandelt, da man durch solche Formen der Symbolpolitik den Verlust reeller Herrschaftspositionen zu kompensieren versuchte.[1462] Genau daran konnte allerdings auch im Bereich der Denkmalpolitik ab 1933 das neue Regime anknüpfen: „Das ‚Dritte Reich‘ eignete sich [...] die koloniale Tradition an, ohne ernsthaft in alter Form Kolonialpolitik betreiben zu

---

Argumentationsfiguren wurden in diesen genuin militärisch geprägten Kontexten bemüht und wie groß war deren Bandbreite? Welche Argumente waren z.B. verpönt?

1456 Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 59, Anm. 130.

1457 *Siehe S. 206 f.*

1458 Vgl. Speitkamp: Kolonialherrschaft und Denkmal, S. 169 f.

1459 Vgl. ebd., S. 182 ff.

1460 Vgl. ebd., S. 167 ff. und S. 181 f.

1461 Vgl. ebd., S. 186.

1462 Vgl. Thum: Mythische Landschaften, S. 196.

wollen."[1463] Nicht mehr erinnert wurde dagegen an die Kolonialkriege in Afrika, besonders des Vernichtungsfeldzuges gegen die Herero. Während der Republik kam es zu einer „Marginalisierung der Gewalt", wie Maß feststellt: „Während die Kolonialliteratur im unmittelbaren Anschluss an die Ereignisse die Vernichtung als notwendigen Ausdruck des Darwinismus beschrieb, verschwand der Genozid in den Weimarer Jahren fast komplett aus dem kollektiven Gedächtnis der Deutschen."[1464] Ein besonders bezeichnendes Beispiel dafür findet sich im DKG-„Wahlbrevier" für das Jahr 1930. Hier wird die relative Entvölkerung der ehemaligen Kolonie nicht auf den Krieg gegen die Herero und Nama bezogen, sondern stattdessen auf die deutsche ‚Zivilisierungsmission'(!):

> „Deutschsüdwest, anderthalbmal so groß wie Deutschland, zählt soviel Eingeborene wie eine deutsche Großstadt. Ihre Zahl wäre noch geringer, wenn die Deutschen ihnen nicht das Ende der Raubzüge und Stammesfehden, Befreiung von den Tropenkrankheiten und die Einrichtungen moderner Bodenwirtschaft gebracht hätten."[1465]

Die in diesem Zusammenhang besonders in der Weimarer Republik ubiquitär auftretende Behauptung der ‚Treue der Eingeborenen' darf dabei keineswegs überschätzt werden.[1466] Erstens, da es sich zumeist auf die Askari-Truppen in Ostafrika bezog.[1467] Zweitens, da dieses Argument sich umgekehrt nicht an die afrikanische Bevölkerung richtete, sondern an die westlichen Kolonialmächte, um die Wiedereinsetzung Deutschlands in seine kolonialen Rechte einzufordern.[1468] Drittens und engstens damit verbunden sollten Afrikaner und Afrikanerinnen in den Kolonien bleiben und – so der insgeheime Wunsch der Koloniallobby – geduldig auf die Wiederkehr ihrer ‚weißen Herren' (und Herrinnen) warten. Dabei zeigte sich den Erstgenannten gegenüber ein ausgeprägt instrumentelles Verhältnis:

[1463] Speitkamp: Kolonialherrschaft und Denkmal, S. 185.
[1464] Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 121 f., Anm. 3.
[1465] Koloniales Wahlbrevier der DKG; Berlin, den 15.8.1930, in: BArch, R 1001, Nr. 9697: Auswärtiges Amt, Abteilung III K[1], Akten betreffend: Deutsche Kolonialgesellschaft, Bd. 6: Januar 1927 bis August 1931, Bl. 1-Bl. 24, hier Bl. 23.
[1466] Vgl. programmatisch Schnee, Heinrich: Leistungen und Ziele der deutschen Kolonialverwaltung, in: Zeitschrift für Politik 29 (1939) 1/2, S. 11-27, hier S. 16 und S. 21 f.
[1467] *SieheS. 73 f., S. 153 und S. 248 ff.*
[1468] *Siehe S. 164.*

„Ohne die Eingeborenen kann man den größten Teil der deutschen Kolonien überhaupt nicht entwickeln. Ihre richtige Behandlung war Voraussetzung deutscher Erfolge und wird nach Rückgabe der deutschen Kolonien auch in Zukunft die Voraussetzung dafür sein.“[1469]

Post-koloniale Migration galt als ein Unding, gegen die mit einem breiten Tableau an rassistischen Argumenten vorgegangen wurde.[1470] Insofern kann die Rolle der ehemals Kolonialisierten in der Geschichts- und Erinnerungskultur der DKG explizit als eine Form der Erinnerungspolitik ausgewiesen werden. In der rassistisch-zynischen Sichtweise jener Zeit galten sie als ‚Menschen zweiter Klasse‘, die vor allem nützlich waren als ‚argumentative Ressource‘, um den rassistischen Appell der DKG eben an den Rassismus des britischen Empire oder Frankreichs zu richten und Deutschland wieder als Kolonialmacht zu etablieren.
Auch für den DO gab es periodisch wiederkehrende negative Bezugspunkte der Erinnerung. Als solcher galt besonders die Wiedererrichtung des polnischen Staates am 5.11.1916 durch die Mittelmächte. So heißt es bei Lüdtke, der Prozess hin zur Wiedergründung Polens sei „eine Kette von Ereignissen, bei denen die polnische Seele unverhüllt hervorgetreten war in ihrem Haß gegen dasselbe Deutschland, dem es Christentum und *jede höhere Kultur*, dem es die Befreiung von Rußland und zuletzt die Selbstständigkeit zu danken hatte [H. d. A., RF].“[1471] Die Polen galten hier als undankbare Emporkömmlinge, die die imperial-paternalistische deutsche ‚Zivilisierungsmission‘ um die Früchte ihrer Arbeit gebracht habe. Ähnliche Behauptungen wie die ‚Treue‘ der afrikanischen Bevölkerung waren vor diesem Hintergrund bezüglich der polnischen Bevölkerung für den DO undenkbar. Vielmehr dürfte hier das ausgeprägte polnische Nationalbewusstsein als Folie des eigenen Zorns über jene ‚Undankbarkeit‘, andererseits aber auch als uneingestandenes Vorbild gelungener nationaler Mobilisierung gedient haben.[1472]
An was gedachten beide Verbände dagegen außer den bereits erwähnten Punkten nicht? Bemerkenswert ist z.B., dass der kurzlebige Militärstaat „Ober Ost“ in den Quellen des DO überhaupt keine Rolle spielte.[1473] In jenen der DKG nahmen die ehemaligen Kolonien im pazifischen Raum ohnehin nur eine periphere Rolle ein; allerdings war nun auch von dem

[1469] Schnee: Leistungen und Ziele (a. a. O.), S. 23.
[1470] *Siehe S. 244-257.*
[1471] Lüdtke, Franz: Zum 10. Jahrestag der Wiedererrichtung des polnischen Staates – 5. November 1916, in: Grenzgau Ostland 3 (1926) 11, S. 490 f., hier S. 491. Ähnlich argumentierte bereits 1920 folgende Broschüre, welche im Verlag des „Deutschen Heimatbundes Posener Flüchtlinge“ erschien: [Anonym]: Der deutschen Ostmärker Not! Ein Wort ans deutsche Volk. Frankfurt a. d. O. 1920.
[1472] *Siehe S. 103 f. und S. 240 f.*
[1473] *Siehe S. 59.*

einstmals als „Musterkolonie“ propagierten Kiautschou gar keine Rede mehr.[1474] Es kann hier nur vermutet werden, dass dies damit zusammenhängt, dass beide Gebiete vom Militär beherrscht wurden. Weitere Studien könnten der Frage nachgehen, ob sich hier spezifisch militärische Formen der Geschichts- und Erinnerungskultur nach 1918 ausgeprägten.

2.3.8. Bildungspolitik

Ihre Thesen suchten sowohl die DKG als auch der DO nicht nur mittels öffentlicher Veranstaltungen nach außen sowie mittels Festen und anderen Formen der Geselligkeit auch nach innen zu vertreten, sondern sie unterhielten dazu auch eigene Bildungseinrichtungen. Diese flankierten eine Bildungspolitik, die vor allem auf die Ebene der Schulbildung zielte und die entsprechenden Kultusministerien mit Eingaben beschäftigte.[1475] Denn besonders die Schulpolitik galt in der Zwischenkriegszeit als wichtiges Betätigungsfeld zum Erhalt des „Deutschtums“,[1476] da es augenscheinlich zwar als ‚unpolitisch‘ galt, es sich dabei aber um ein höchst politisiertes Themenfeld handelte. Auch hier zeigt sich, *dass ‚Kulturpolitik‘ in der Weimarer Republik*, abstrahiert man einmal von der Unterscheidung zwischen Hoch- und Trivialkultur, vor allem eine *versteckte Form der Machtpolitik mit anderen Mitteln war*. So definierte der spätere preußische Kultusminister Carl Heinrich Becker (1876-1933) ‚Kulturpolitik‘ wie folgt. Sie sei die „[…] bewusste Einsetzung geistiger Werte im Dienst des Volkes oder des Staates zur Festigung im Innern und zur Auseinandersetzung mit anderen Völkern nach außen.“[1477] Welche Rolle die beiden Verbände hier einnahmen und welche Institutionen sie dafür betrieben, soll im Folgenden skizziert werden.

Zunächst kann hier die „Freie Ostmärkische Volkshochschule Meseritz“ genannt werden. Geleitet wurde sie zuerst von Franz Lüdtke.[1478] Bei ihr handelte es sich um eine Form der ländlich geprägten „Heimvolkshochschulbewegung“, deren ideell klar konservative Grundlagen zuerst im Dänemark des frühen 19. Jahrhunderts geprägt wurden.[1479] Diese

---

[1474] Siehe Mühlhahn: Herrschaft und Widerstand in der „Musterkolonie“ Kiautschou.

[1475] *Siehe S. 284 und S. 293.*

[1476] Für die DKG: Der Präsident der DKG an das Preußische Ministerium des Innern; Berlin, den 18.10.1922, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 191: Ministerium für Volkswohlfahrt/ Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preussen, Nr. 3395: Akten betreffend Deutsche Kolonialgesellschaft 1915-1925, unpaginiert. Siehe allgemeiner zu den Schulpolitiken im deutsch-polnischen Konflikt Eser: „Volk, Staat, Gott!“ sowie in Afrika Krause: „Koloniale Schuldlüge“?.

[1477] Becker, Carl Heinrich: Kulturpolitische Aufgaben des Reiches. Leipzig 1919, S. 2.

[1478] Vgl. hierzu und zum Folgenden Rothbart: Der „Bund Deutscher Osten“, Bd. 1, S. 26 f.

[1479] Vgl. Olbrich: Geschichte der Erwachsenenbildung, S. 148 f. und S. 165 f.

Bewegung umfasste zwar insgesamt eine Spanne „von sozialistischen bis hin zu konservativen, über völkisch-nationale bis hin zu rassistisch-völkischen Richtungen.“[1480] Letztere Elemente überwogen bei der „Freien Ostmärkischen Volkshochschule“ allerdings klar. Nicht nur, das Lüdtke sich explizit auf die genannte politische Romantik aus Dänemark ca. hundert Jahre zuvor bezog.[1481] Das Ziel seiner Bildungsarbeit sah er im „neu zu schaffenden Volkstum[]“. Seine Aufgabe sei es, „die gesamte Grenzmark mit deutschem Kulturbewusstsein, mit völkischem Geist […] zu erfüllen.“[1482] Entsprechend völkisch-konservativ war auch der Lehrstoff. So mokierte sich Lüdtke über konkurrierende Volkshochschulen: „Statt Landeskunde finden wir etwa photographische Uebungen, statt ostmärkischer Geschichte Chemie in Küche und Keller […].“[1483] An deren Stelle hätten dagegen „Fragen der Weltanschauung und unserer Kultur“ zu treten. So heißt es z.B.: „Wenn ‚Goethe‘ behandelt wurde, so wurde nicht eine Biographie herunterdoziert, sondern es sollte der lebendige deutsche Mensch in seiner faustischen Größe […] erlebt werden.“ Deutsch war schließlich nicht irgendein, sondern *das* „ausgesprochene[] Gesinnungsfach“ jener Zeit.[1484]
Diese Form der Volkshochschulbildung war nicht als Breitenbildung für Viele gedacht, sondern richtete sich von Beginn an klar an „die sozialen Eliten, die bereit waren, große persönliche Opfer zu bringen.“[1485] Wenige Schüler[1486] lernten hier etwa drei Monate gemeinsam und sehr intensiv als Lehr- und Lebensgemeinschaft mit den Lehrkräften.[1487] Mit ihrer nahezu obsessiven Orientierung auf die hier auszubildenden „Führer“ zielte sie dabei zunächst einmal auf deren Rolle als potentielle Multiplikatoren.[1488] Hier lehrten neben Lüdtke nicht nur der Historiker Manfred Laubert[1489], sondern auch der vormalige Assistent Georg Cleinows, der spätere ‚Volkstumsforscher‘ Max Hildebert Boehm (1891-1968).[1490] Allerdings

---

[1480] Ebd., S. 165. Vgl. auch ebd., S. 169 f.
[1481] Vgl. Lüdtke, Franz: Ostmark und Volkshochschule. (= Heimatbücher der Freien Ostmärkischen Volkshochschule Heft 3). 2., teilweise geänderte Aufl. (1. Aufl. 1920). Berlin o. J. [ca. 1921], S. 9. Auch das folgende Zitat ebd.
[1482] Ebd., S. 13.
[1483] Ebd., S. 11. Auch die folgenden Zitate ebd.
[1484] Bausinger: Zwischen Grün und Braun, S. 218. Vgl. auch Dyroff: Erinnerungskultur im deutsch-polnischen Kontaktbereich, S. 130.
[1485] Olbrich: Geschichte der Erwachsenenbildung, S. 171. Auch das folgende Argument ebd.
[1486] Olbrich nennt eine Zahl von durchschnittlich 30 (ebd., S. 171). Ob sich darunter auch Mädchen oder Frauen befanden, ließ sich nicht aus den durchgearbeiteten Quellen ersehen.
[1487] Vgl. ebd., S. 167 und S. 170 f.
[1488] So heißt es: „In scharfer Geistesarbeit wird der Volkshochschüler – der […] jedem Stande, *jedem Bekenntnis*, jeder Partei, *jedem Geschlecht* [angehört, RF] – sich […] hindurchringen […], um in seinen Kreisen (groß oder klein, Familie, Freundschaft, Beruf, freier Verein, öffentliches Gemeinwesen) *Führer* sein zu können [H. d. A., RF].“ Lüdtke: Ostmark und Volkshochschule (a. a. O.), S. 9. Ebd. bezeichnet er die von ihm geleitete Schule auch als „Führerschule“.
[1489] *Siehe S. 227 f.*
[1490] Vgl. Prehn: Max Hildebert Boehm, S. 109-132.

dürfte sich aufgrund dieser elitär-völkischen Ausrichtung dieser „Volkshochschule“ auch die Breitenwirkung in engen Grenzen bewegt haben. Inwiefern die Gründung einer weiteren „ostmärkischen Volkshochschule in Kunersdorf“ in der Nähe von Frankfurt a. d. O. erfolgreich war,[1491] geht aus den ausgewerteten Quellen nicht hervor.

Wenngleich auch keine offizielle Einrichtung der DKG, so kam der „Deutschen Kolonialschule“ im nordhessischen Witzenhausen doch eine zentrale Funktion für die DKG-Bildungspolitik zu. Das Institut war zunächst die einzige Kolonialschule (und dem Gründungsjahr 1899 nach auch die langlebigste), welches das Kriegsende 1918 überdauerte und seine Arbeit fortsetzen konnte.[1492] Ihr Leiter Ernst Albert Fabarius (1859-1927) gehörte ebenso zum DKG-Vorstand wie zum AdV und führte die Schule von 1899 bis 1927.[1493] Hier wurde den Lernenden beiderlei Geschlechts in vier Semestern ein nahezu allumfassendes Curriculum aufgebürdet, um sie auf ihre künftigen Aufgaben vorzubereiten: „Naturwissenschaften, Medizin, Landwirtschaft, Straßen- und Maschinenbau, Geowissenschaften, Volkswirtschaft, deutsche, koloniale und internationale Politik und Recht.“[1494] Anstelle von „Spezialisierung“ sollte eine „horizontale Vielfalt“ des Lehrstoffs herrschen.[1495] Der Unterricht ging von früh bis spät zwölf Stunden pro Tag, sechs Tage pro Woche. Abzüglich der Pausen lastete auf den künftigen „Kulturpionieren“ dennoch die stattliche Zahl von 72 Wochenstunden (Präsenz-) Studium.[1496] Neben der offensichtlichen Orientierung an militärischer Ausbildung – die Schule selbst verstand sich als „Kriegsschule“ – sollte sie zugleich das ‚Auslandsdeutschtum‘ kontinuierlich mit „Nachschub“ versorgen. Dafür sei es nötig, „[d]iese kommenden Auslandsdeutschen zu durchsetzen mit einer Schicht bewusst deutscher, vielseitig vorbereiteter Führer […].“[1497] Gerade hier fand sich die Fokussierung auf das Führerprinzip wieder. Unschwer scheint ebenso der elitäre Charakter dieser kolonialen Bildungseinrichtung durch.[1498] So war einer der bekanntesten Absolventen der spätere „Reichsbauernführer“ Richard Walther Darré (1895-1953).[1499]

[1491] *Siehe S. 199 f.*

[1492] Daneben existierten noch von 1908 bis 1918 das „Hamburgische Kolonialinstitut“ und westlich von Kiel von 1908 bis 1910 die „Koloniale Frauenschule Rendsburg“. Vgl. Wildenthal: German Women for Empire, S. 166 f.; Djomo: Eine Bildungsstätte für Kulturpioniere, S. 165. Der letztgenannte Autor übersieht leider, dass im März 1926 die letztgenannte Schule unter dem Namen „Deutsche Frauen-Kolonialschule“ wieder eröffnet wurde und bis 1945 existierte. Siehe Linne: Rendsburg.

[1493] Vgl. Djomo: Eine Bildungsstätte für Kulturpioniere, S. 166 f.

[1494] Ebd., S. 171 f.

[1495] Ebd., S. 174.

[1496] Vgl. ebd., S. 172. Auch das folgende Zitat ebd.

[1497] Zitiert nach ebd., S. 174 f.

[1498] Vgl. Kundrus: Moderne Imperialisten, S. 69.

[1499] Vgl. ebd., S. 184; Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 97; besonders aber Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 325-343.

Wie auch der FDKG[1500] unterstützte die DKG auch finanziell Schulen in den ehemaligen afrikanischen Kolonien.[1501] Zudem bemühte sie sich auch darum, Schülern und Schülerinnen in Deutschland ihre Anliegen nahezubringen. Aber aufgrund des elitär-patriarchalen Selbstverständnisses des Verbands mangelte es dieser bildungspolitischen Propaganda eminent an Wirkung.[1502] Das hatte auch damit zu tun, dass sie diese ganz selbstredend als Belehrung verstand.[1503] So klagte man noch 1931, dass „die Kenntnis der deutschen Kolonien unter der heutigen Schuljugend erschreckend gering. Sehr viele *wissen nicht einmal, dass es überhaupt deutsche Kolonien gegeben hat* […] [H. d. A., RF].“[1504]

2.3.9. Medien der Verbände

Die Rolle der Publizistik beider Verbände würde aufgrund der immensen Materialmasse gesonderte Studien erfordern.[1505] Hier sollen nur auf einige Grundtendenzen skizziert werden. Dabei ist nicht so sehr der Inhalt dieser Publikationen entscheidend, sondern welche Funktionen die Publizistik an sich für die Arbeit beider Verbände hatte. Sie sollten zunächst im Sinne der Erinnerung wirken und das Bewusstsein an die verlorenen Gebiete wachhalten. Zugleich kam ihnen im Kampf um die öffentliche Meinung eine Schlüsselrolle zu. Vor diesem Hintergrund wurden selbst heute so profan anmutende Themen wie das Bibliothekswesen zu einem politisch hochumkämpften Thema.[1506]

Die Wirkung der Veröffentlichungen der DKG und des DO war allerdings ambivalent. Einerseits stärkte es zwar die kulturelle Kohärenz der Verbände nach innen, andererseits wurde ein allzu forsches Artikulieren außenpolitischer Forderungen gerade sowohl von Seiten des AA als auch von konkurrierenden Verbänden und Vereinen kritisiert, da man sich hier um

---

[1500] *Siehe S. 186.*

[1501] Duems, Erich: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (1919-1932), in: (ders.)/ Stuemer, Willibald von: Fünfzig Jahre Deutsche Kolonialgesellschaft 1882-1932. Berlin 1932, S. 57-115, hier S. 90-94; Der Präsident der DKG an das Preußische Ministerium des Innern; Berlin, den 18.10.1922, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 191: Ministerium für Volkswohlfahrt/ Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preussen, Nr. 3395: Akten betreffend Deutsche Kolonialgesellschaft 1915-1925, unpaginiert.

[1502] *Siehe S. 192 ff.*

[1503] Vgl. Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 105.

[1504] Der DKG-Vorstand an das Preußische Staatsministerium [für Kultus]; Berlin, den 8.6.1931, in: , in: BArch, R 8023, Nr. 798: [Beschlüsse etc. der DKG-Abteilungen 1931], Bl. 283 f., hier Bl. 283.

[1505] Siehe z.B.: Reif: Kalter Zweifrontenkrieg. Einen zeitgenössischen Überblick über die Publizistik beider Verbände bietet dagegen Praesent, Hans: Das Schrifttum der Verbände des Deutschen Schutzbundes, in: (ders.): [Hg.]: Die Verbände des deutschen Schutzbundes und ihre Veröffentlichungen. O. O. [Berlin] 1928, S. 20-175, hier S. 45 ff. [für die DKG] und S. 50-53 [für den DO].

[1506] Siehe Golczewski: Die Grenzbüchereien.

die Früchte der eigenen, vorsichtiger verfahrenden Arbeit gebracht sah. Erich Krahmer-Möllenberg von der mit dem DO konkurrierenden DSt brachte dies im anderen Kontext anhand der Herausgabe eines Buchs[1507] auf den Punkt:

> „Zudem will es uns taktisch nicht richtig erscheinen, über die deutsche Kulturarbeit […] in so ausführlicher Weise die Oeffentlichkeit zu unterrichten, […] da hierdurch auch der gegnerischen Seite Einblick in Dinge gewährt wird, die ihm besser verschwiegen werden.“[1508]

Gerade aber über jene „deutsche Kulturarbeit“ ausgiebig zu berichten war eines der Kernanliegen der publizistisch hochaktiven DO-Autoren, allen voran des Leiters der DO-„Kulturabteilung“ Franz Lüdtke.[1509] Das hatte mehrere Gründe. Zum Ersten galt die ‚Grenzmark‘-Publizistik jener Zeit als Surrogat für die ‚verlorenen Gebiete‘.[1510] Zum Zweiten sollte mithilfe der (rasch ausufernden) „Literaturproduktion“[1511] immer auch der deutsche Führungsanspruch bildungsbürgerlich-konservativ über diese Regionen untermauert, bekräftigt und erneuert werden.[1512] Dementsprechend mischten sich eindeutig politisch ausgerichtete Geschichts- mit Naturdarstellungen und ebenso mit Lyrik und Volkskundlichem. Das entsprach eben jenem bildungsbürgerlich-konservativen Dreiklang von „Geschichte, Kultur und Natur“.[1513] Bemerkenswert ist dabei das nahezu völlige Fehlen von Menschen in den DO-Periodika, während Bilder einer als vormodern und unverfälschten ländlich-kleinstädtischen idealisierten Idylle dominierten.[1514] Und zum Dritten sah sich der promovierte Historiker Lüdtke ganz einfach selbst gern als der ‚Heimatdichter‘[1515] und nicht als der rechtslastige Revisions- und Vertriebenenfunktionär der Zwischenkriegszeit, als der er

---

[1507] Es war nicht aus der Quelle zu eruieren, um welchen Titel es sich dabei genau handelt. Laut dieser soll es sich dabei um einen Sammelband zur ‚Grenzarbeit in der Nordmark‘ handeln.

[1508] Krahmer-Möllenberg an das Auswärtige Amt; Berlin, den 8.10.1929, in: PA AA, R 60012, Rep. VI a: Auslandsdeutschtum und kulturelle Beziehungen zum Ausland, Akten betreffend: Die Förderung der Deutschen im Ausland, Bd. 13: 1928-1930, Bl. K635853.

[1509] Zur Anzahl dieser Abteilungen heißt es: „An der der Bundeszentrale hier in Berlin befindet sich eine Kulturabteilung, von der, über ganz Deutschland verteilt, rund 300 Kulturabteilungen von Ortsgruppen mit je einem Kulturpfleger geleitet werden.“ Das Bundespräsidium des Deutschen Ostbundes an den Reichsminister des Innern, 3.7.1926 (Abschrift), in: BArch, R 8043, Nr. 1148: Deutsche Stiftung – Ostverbände, Bd. 2, Bl. 509 r.-Bl. 512, hier Bl. 511 r.

[1510] Darüber hinaus existierte freilich bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts eine entsprechende ‚Ostmarkenliteratur‘, die „für eine stärkere Identifikation der Deutschen mit ‚ihrem‘ Osten sorgen sollte.“ Thum: Mythische Landschaften, S. 184. Vgl. auch Ther: Imperial instead of National History, S. 57 ff.

[1511] Kalinke: „Grenzmark Posen-Westpreußen“, S. 33. Siehe zu einschlägigen Titeln jener Zeit auch ebd., S. 25.

[1512] Vgl. Dyroff: Preußische Ostmark, S. 158 f.

[1513] Kalinke: „Grenzmark Posen-Westpreußen“, S. 33.

[1514] Vgl. ebd., S. 32 ff.

[1515] Siehe Dombrowski, Erica: Franz Lüdtke aus Bromberg. Dichter seiner ostdeutschen Heimat, in: Westpreußen-Jahrbuch 32 (1982), S. 115-118.

nach Quellenlage zweifelsohne einzuordnen ist.[1516] Neben der erwähnten thematischen Trias wurden allgemeinere politische Themen nur dann angerissen, wenn sie ‚Ostmark'-Bezug aufwiesen. Thematisch drehte sich diese Publizistik somit weitgehend um sich selbst.
Zentrale Akteure im Bereich der Publizistik waren im DO neben dem in der Leitung des Verbands tätigen Lüdtke vor allem dessen Fachkollege Manfred Laubert (1877-1960).[1517] Lauberts Thema war eigentlich die Verwaltungsgeschichte der vormärzlichen Provinz Posen gewesen,[1518] allerdings blieb ihm Zeit seines Lebens der berufliche Erfolg versagt. Seinen ersten Lehrstuhl für Polnische Geschichte erhielt er erst mit 60 Jahren an der Berliner Universität – bezeichnenderweise auf Vorschlag des NS-Dozentenbundes.[1519] Lauberts wissenschaftliches Werk lässt sich kaum von seinem publizistisch-politischen trennen.

> „Manfred Laubert hat […] in seinem Leben wohl weit über 500 Beiträge publiziert, davon viele kleine und kleinste populärwissenschaftliche Artikel in Zeitungen, Zeitschriften und Propagandaschriften. Alle seine Publikationen […] waren – bedingt und verstärkt durch die Erfahrungen des Weltkriegs und die militärischen Auseinandersetzungen um die Grenzziehungen des neuen polnischen Staates – dem ‚Volkstumskampf', der ideologischen Abwehr der polnischen Ansprüche sowie dem Nachweis der erfolgreichen deutschen Kultur- und Kolonisationsarbeit der Deutschen im Osten untergeordnet. Gleichwohl behauptete Laubert wie auch andere Ostforscher stets, rein wissenschaftlich zu argumentieren, während die polnische Argumentation als ‚Propaganda' abgetan wurde."[1520]

Für den DO referierte er beispielsweise über Themen wie „[d]ie Berechtigung unserer Ansprüche auf die an Polen abgetretenen Ostgebiete und ihre Zugehörigkeit zum deutschen Kulturkreis."[1521] Derartige Vorträge zählten beim Verband zum „Kursus über kulturpolitische

---

[1516] Vgl. Kalinke: „Grenzmark Posen-Westpreußen", S. 42 f. Leider konnte trotz intensiver Recherchen bisher kein Nachlass Lüdtkes ausfindig gemacht werden. Dieser dürfte die hier an verschiedenen Stellen getroffenen Einschätzungen zu seiner Person und seinen Funktionen sicherlich noch ergänzen oder auch revidieren. Insofern könnten Archivstudien besonders in Polen sicherlich neues Material zutage fördern.

[1517] Ein programmatisches Beispiel für das propagandistische Wirken im Rahmen des DO ist beispielsweise sein im DO-Verlag erschienenes folgendes Buch: Laubert, Manfred: Deutsch oder slawisch? Kämpfe und Leiden des Ostdeutschtums. Berlin 1928.

[1518] Vgl. Dyroff: Preußische Ostmark, S. 166; Barelkowski: Manfred Laubert und Wolfgang Kohte, S. 91 f.

[1519] Vgl. ebd., S. 98 ff.

[1520] Ebd., S. 105. Dieses Beispiel verdeutlicht einmal mehr, dass es im zeitgenössischen Verständnis zweierlei Art von ‚Propaganda' gab: die negative der Alliierten des Ersten Weltkriegs und die positive, die allein dem eigenen, deutschen (konservativen) Standpunkt zugeschrieben wurde. Vgl. Dipper/ Schieder: Art. Propaganda, S. 105 und S. 108.

[1521] Der Bundespräsident v. Tilly [sowie] der Bundesdirektor Ginschel: Einladung zu der Bundestagung des DO in Berlin am 26.11.1925 vormittags 10 Uhr, in: BArch, R 2, Nr. 881: Reichsfinanzministerium, Akten betreffend: Die Kriegsschäden Deutscher in den abgetretenen Gebieten. Generalia, Bd. 6: 1.1925-

Aufgaben“, womit einmal mehr der enge Zusammenhang zwischen einem nur mühsam bemäntelten Verständnis von ‚Kulturpolitik‘ als alternativem Begriff für Machtpolitik in der Zwischenkriegszeit dokumentiert wäre. Daneben war Laubert auch noch für weitere Landsmannschaften der Zwischenkriegszeit tätig.[1522] Ein weiterer Referent war mit Otto Hoetzsch (1876-1946) einer der Begründer der deutschen Osteuropäischen Geschichte.[1523]

Zwei Dinge fallen bei diesem kursorischen Überblick über die DO-Publizistik auf. Erstens brachten sich hier konservative Historiker mit einer klaren politischen (nämlich revisionistischen) Position ein und publizierten in der Verbandspresse, wo sich ihnen die Möglichkeit bot.[1524] Zweitens gehörten diese nicht nur in ihrem Fach, sondern auch die Vertreter anderer Disziplinen, die in diesem Umfeld publizierten, „nicht zur ersten Garde ihrer Zeit“.[1525] Eine hier nicht näher zu vertiefende These könnte lauten, dass ihnen in ihren Disziplinen der berufliche Erfolg versagt blieb und sie sich deswegen bereitwillig in den Dienst des DO und ähnlicher Verbände stellten. Ganz sicher darf dabei auch nicht übersehen werden, dass diese Autoren (und wenigen Autorinnen) auch biografisch enge Verbindungen zu den nunmehr zu Polen gehörigen Gebieten hatten.[1526]

Dagegen war der wichtigste Publizist der DKG Heinrich Schnee.[1527] Fern dieses Verbandes, aber im Kontext kolonialer Veteranenverbände[1528] war Paul von Lettow-Vorbeck der zweite nennenswerte Autor.[1529] Die kolonialen Veteranenverbände unter dem Dachverband des „Deutschen Kolonialkriegerbundes“ hielten der DKG eine bürgerlich-intellektuelle Abgehobenheit ebenso vor wie die mangelnde Betonung ‚soldatischer Tugenden‘.[1530]

31.12.1928, Bl. 107 f., hier Bl. 108. Auch das folgende Zitat ebd. Hier findet sich auch der Hinweis auf den nachstehend vorgestellten Otto Hoetzsch.

1522 Siehe Laubert, Manfred: Die oberschlesische Volksbewegung. Beiträge zur Tätigkeit der Vereinigung heimattreuer Oberschlesier 1918-1921. Breslau 1938.

1523 Siehe zu ihm Liszkowski: Osteuropaforschung und Politik, bes. Bd. 1, S. 199-219 und S. 248-263 sowie Bd. 2, S. 372-388 und S. 538-554.

1524 Vgl. Oberkrome: „Grenzkampf“ und „Heimatdienst“, S. 189 f.

1525 Vgl. Kalinke: „Grenzmark Posen-Westpreußen“, S. 34.

1526 Vgl. ebd., S. 40 ff.

1527 Vgl. auch Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. [53 ff.].

1528 Noch bis zum Ersten Weltkrieg waren zahlreiche (Unter-) Offiziere besonders der Kolonialtruppen Mitglieder der DKG. Vgl. Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 27, S. 41 und S. 47. Erst durch die zahlreichen Kriegsverluste verringerte sich deren Anteil signifikant; zugleich differenzierte sich aufgrund des Krieges die Verbandslandschaft zwischen ‚ziviler‘ DKG und Veteranenverbänden weiter aus. Vgl. ebd., S. 93.

1529 Vgl.Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 52, Anm. 103. Die wichtigsten Werke Lettow-Vorbecks finden sich ebd., S. 16, Anm. 42. Für die im Kontext des hiesigen Themas interessanten Schriften Schnees siehe die Liste seiner Arbeiten im Quellenverzeichnis der vorliegenden Arbeit sowie Rwankote: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik, S. 267.

1530 Vgl. Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 56 ff.; vgl. allgemeiner zu diesen Verbänden auch ebd., S. 60-63; Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. [35 ff.].

Die vielfältigen Aktivitäten der Verbandspublizistik wurden zeitgenössisch ganz legitim als ‚Werbung' verstanden.[1531] Da es aber in den Jahren der Zwischenkriegszeit grundlegend an Resonanz außerhalb der recht überschaubaren gutbürgerlich situierten Koloniallobby mangelte, wurde schlichtweg mit noch mehr Publizistik geantwortet. Im Grunde kann das umfangreiche Schrifttum, was hierbei entstand, damit als Mittel der Autosuggestion der Koloniallobby gefasst werden; wobei dessen Umfang in keinerlei Proportion zur Resonanz stand.[1532] Zwar bemühte sich die DKG auch über den Kreis der eigenen Verbandsmitglieder hinaus um die Gewinnung „führender politischer Persönlichkeiten" für ihre Propagandazwecke.[1533] Doch verbreiterte sie damit nicht den Kreis ihrer Multiplikatoren und Multiplikatorinnen, sondern nur den weit verbreiteten Eindruck, ein von Standesdünkel geprägter elitärer Honoratiorenverband zu sein.

Neben unregelmäßigen Publikationen unterhielten beide Verbände eine Vielzahl von Periodika. Für diesen Bereich wurde zu Recht eine recht lückenlose inhaltliche Kontinuität der späteren ‚heimatpolitischen' Presse der Vertriebenenverbände konstatiert.[1534] Diese knüpften damit an die „Traditionen der völkischen Journalistik des Grenz- und Auslandsdeutschtums" an.[1535] Von Seiten der Reichsregierung wurde wiederum moniert, dass grundsätzlich zu bemerken sei, „daß die ganze Deutschtumsarbeit an einer Überfülle von Zeitschriften leide […]."[1536] An anderer Stelle wurde sich darüber beklagt,

> „dass durch die zahllosen von Vereinen und anderen Organisationen herausgegebenen Zeitschriften allmählich eine außerordentliche Übersättigung des Marktes von Zeitungen und Zeitschriften, die Ostinteressen dienen, eingetreten ist."[1537]

Die Förderung solcher Periodika aus öffentlicher Hand solle deshalb besser unterbleiben, um ihre Zusammenlegung zu wenigen Blättern zu ermöglichen.[1538] Bemerkenswert ist, dass bei

---

[1531] Vgl. Dipper/ Schieder: Art. Propaganda, S. 106-112.
[1532] Vgl. Schubert: Der schwarze Fremde, S. 335; Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 56 f.
[1533] DKG-Zentrale an den Gau Schleswig-Holstein in Kiel; [Berlin], den 26.6.1930, in: BArch, R 8023, Nr. 796: [Beschlüsse usw. der DKG-Abteilungen], Bl. 5.
[1534] Vgl. Imhof, Michael: Die Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik, S. 316.
[1535] Ebd., S. 319.
[1536] Niederschrift über die von den Ressorts des Reichs und Preußens am 28.9.1926 abgehaltene kommissarische Besprechung über den Ostbund (Abschrift [des Reichsministers des Innern]), 1.11.1926, in: BArch, R 8043, Nr. 1148: Deutsche Stiftung – Ostverbände, Bd. 2, Bl. 490-Bl. 493, hier Bl. 491 r.
[1537] Deutsche Stiftung an das Auswärtige Amt, 9.8.1926, in: ebd., Bl. 504 f., hier Bl. 504.
[1538] Vgl. ebd., Bl. 505.

allem „Eigensinn“[1539] des DO dieser wie eine Vielzahl von Organisationen bzw. Blättern mit Osteuropa-Bezug zahlreiche Informationen dazu vornehmlich aus dem zeitgenössischen Periodikum „Osteuropäische Korrespondenz – außenpolitisches Informationsblatt“ bezog – wohl ohne zu wissen, wer sich hinter der Herausgabe dieses Mediums verbarg.[1540]

> „Um der publizistischen Einflußnahme eine dauerhafte Gestalt zu geben, beteiligten sich das *Auswärtige Amt* und das *Reichswehrministerium* an der Finanzierung der ‚Osteuropäischen Korrespondenz‘, eines zwischen 1924 und 1930 alle zwei Wochen in Berlin erscheinenden Nachrichtenbulletins, dessen Aufgabe die Verbreitung von Informationen über Deutschland in den Siedlungsgebieten der nationalen Minderheiten in Polen war. Ebenso sollte die ‚Osteuropäische Korrespondenz‘ die internationale Öffentlichkeit über die ‚wahre Lage der Minderheiten v. a. in Polen‘ informieren und als ‚Kontaktstelle zwischen Deutschen, Ukrainern, Weißruthenen und Litauern in Polen und im Ausland‘ mit dem Ziel der Koordinierung jener Interessen, ‚die diese Völker gemeinsam gegen Polen zu schützen haben‘, fungieren [H. d. A., RF].“[1541]

Im Grunde handelte es sich dabei ebenfalls um Propaganda, die aber aufgrund außenpolitischer Interessen anders genannt wurde. Das wöchentlich erscheinende Zentralorgan des DO, die Zeitung „Ostland“, nahm allerdings auf diese außenpolitischen Probleme kaum Rücksicht. Dies lag auch daran, dass die einzelnen Abteilungen und Ortsgruppen selbst Beiträge beisteuerten und für die dort aktiven ‚Verdrängten‘ es nur ein Meta-Thema gab: die Wiedergewinnung ihrer früheren Heimat.[1542] Es handelt sich somit um frühe Formen der Vertriebenen-Publizistik.[1543] Gelesen wurde diese periodische Publizistik vor allem den ehemaligen Bewohnern der früheren preußischen Ostprovinzen.[1544]
Neben dem Wochenblatt „Ostland“ gab der DO auch kurzzeitig monatlich die Zeitschrift „Grenzgau Ostland“ heraus, das mit „kulturpolitischen Aufsätzen und zahlreichen Abbildungen“ aufwartete und damit eher ein bildungsbürgerlicher Publikum ansprechen

---

1539 Lüdtke: Geschichte und „Eigensinn“.
1540 Eine Liste der dieses Medium beziehenden Blätter findet sich in: BArch, R 8043, Nr. 1148: Deutsche Stiftung – Ostverbände, Bd. 2, Bl. 248-Bl. 251.
1541 Benecke: „... ein allerdings zur Zeit […]“, S. 227.
1542 Vgl. Rundschreiben Nr. 55 an alle Landesverbände und Ortsgruppen des Deutschen Ostbundes; betrifft: Umgestaltung der Geschäftsbeziehungen zu den Landesverbänden und Ortsgruppen infolge der Not der Zeit; Berlin, den 26.1.1923 (dringend!), in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 348: Verhandlungen zwecks Zusammenführung von D.O.V. und D.O., unpaginiert.
1543 Siehe Faehndrich: Eine endliche Geschichte.
1544 Vgl. Dyroff: Preußische Ostmark, S. 166.

sollte.[1545] Jährlich wurde von ihm der „Ostdeutsche Heimatkalender“ herausgegeben. In ihm offenbart sich auf bemerkenswerte Weise das zeitgenössische Verständnis von Propaganda und Wissenschaftlichkeit zueinander. Über ihn heißt es in den Akten,

> „dass der Inhalt des Kalenders systematisch zu Propagandazwecken aufgebaut worden ist, sodass er […) geeignet ist, […] den unantastbaren Beweis zu erbringen, dass das Gebiet des sogenannten polnischen Korridors […] nicht polnisch, sondern ur- und kerndeutsches Land sind. Der Beweis dafür wird in wissenschaftlich unanfechtbarer Weise durch reiches Material […] erbracht [H. d. A., RF].“[1546]

Unter „Propaganda“ wurde dabei im zeitgenössischen Verständnis eine Form der außenpolitischen Werbung verstanden. Der Begriff hatte keinesfalls den heutigen durchweg negativen Bedeutungsgehalt, der erst durch die Umwertung des Begriffs durch die Nazis nachhaltig geprägt wurde.[1547] Enttäuscht über den Verlust vormaliger deutscher Machtstellung, bemerken Dipper/ Schieder zu Recht: „Es ist wohl kein Zufall, daß solche positiven Propagandavorstellungen mehr oder minder auf der Seite der konservativen und deutschnationalen Rechten der Weimarer Republik beheimatet waren.“[1548] Für diese politische Richtung war Propaganda ein Substitut für ihre expansionistische Außenpolitik. So kann es nicht verwundern, wenn die DKG sich ganz selbstverständlich entsprechend äußerte: „Alle Arten moderner Werbung wurden in den Dienst der kolonialen Propaganda gestellt.“[1549] Neben dem Zentralorgan „Der Kolonialdeutsche“ gab die DKG an ausschließlich an ihre Abteilungen die „vertraulich“ zu behandelnden „Mitteilungen der DKG“ heraus.[1550] Die Breitenwirkung dieser Periodika war aber – nicht zuletzt aufgrund des vergleichsweise hohen Preises des offiziellen Verbandsblattes – denkbar gering. Erst viel zu spät merkte man seitens des Verbands, es mangele an einem

---

[1545] Das Bundespräsidium des Deutschen Ostbundes an den Reichsminister des Innern, 3.7.1926 (Abschrift), in: BArch, R 8043, Nr. 1148: Deutsche Stiftung – Ostverbände, Bd. 2, Bl. 509 r.-Bl. 512, hier Bl. 511 r.

[1546] Deutscher Ostbund an den Staatskommissar für Kriegswohlfahrtspflege, z. Hd. Herrn Regierungsrat Schuster; Berlin, den 12.12.1925, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 191: Ministerium für Volkswohlfahrt/ Staatskommissar für die Regelung der Wohlfahrtspflege, Nr. 3927: Akten des Staatskommissars für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen, betreffend Heimatbund Posener Flüchtlinge, jetzt: Deutscher Ostbund, Bd. 1, unpaginiert.

[1547] Vgl. Dipper/ Schieder: Art. Propaganda, S. 106-112.

[1548] Ebd., S. 108. Auch das folgende Argument ebd.

[1549] Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 102.

[1550] DKG-Jahresbericht 1924, unpaginiert.

„für die *politische Propaganda* in den breiten Massen […] schlagkräftig redigierten Blattes nach Art der *Propagandablätter* der politischen Organisationen, das sich an die *breite Masse* wendet. Ein solches Blatt muss *billig* sein, was die Übersee- und Kolonialzeitung niemals sein kann [H. d. A., RF].“[1551]

Im Übrigen gab es auch fernab der DKG und ihres organisatorischen Vorfelds einige Periodika, die ihr Konkurrenz machten.[1552] Bereits der grassierenden Inflation bis 1923 fiel das einstige DKG-Zentralorgan „Deutsche Kolonialzeitung“ zum Opfer.[1553] Ab dem Herbst 1929 verlor der Verband dann durch die Weltwirtschaftskrise jedes eigenständig von ihm herausgegebene und verlegte Periodikum. Die „Übersee- und Kolonialzeitung“ erschien nun im Verlag des Veteranenverbands „Kolonialkriegerdank“[1554] und war für beide Verbände ein enormes Verlustgeschäft. Angeregt wurde eine Reduzierung der hohen Periodizität der kolonialpropagandistischen Presse, um die Kosten zu senken.[1555] Erst 1930 konnte die DKG diese Zeitschrift wieder in ihrem eigenen Verlag herausbringen.[1556]

Im Vergleich zum gedruckten Wort hatten in der Weimarer Republik allerdings Kinofilme und Lichtbildvorträge eine rasant wachsende Bedeutung. Mit ihnen konnte man ein viel größeres Publikum erreichen.[1557] Besonders für zwei derart ihre Propagandaarbeit in den Vordergrund rückende Verbände wie die DKG oder den DO musste also ein großes Augenmerk darauf liegen, hier mit der Entwicklung der Medien Schritt zu halten, wenn sie ihren gesellschaftlichen Einfluss behalten und ausbauen wollten.

Der DO unterhielt dazu eine eigene „kulturpolitische Abteilung“, die auch Referentinnen und Referenten außerhalb des Verbands mit Material versorgte, um einen möglichst großen medialen Streueffekt zu erzielen. Zu diesem Zwecke sollten anhand von Listen allein die „führenden Personen“ referieren, damit die Ortsgruppen des Verbands nicht nur „materielle

---

[1551] DKG-Abteilung Hamborn am Rhein: Antrag des Gauverbandes Niederrhein-Westfalen; betrifft: Umgestaltung der „Mitteilungen“; Hamborn, den 16.5.1930, in: BArch, R 8023, Nr. 796: [Beschlüsse usw. der DKG-Abteilungen], Bl. 69 f., hier Bl. 69.

[1552] Dazu gehörten neben Tages- und Wochenzeitungen z.B. „Deutsche Politik“, die „Kolonialen Nachrichten“, die „Europäischen Gespräche“. Vgl. Rwankote: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik, S. 103 f.; Djomo: Eine Bildungsstätte für Kulturpioniere, S. 168.

[1553] Vgl. Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 94 f.; Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 48 f.; Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 65.

[1554] Vgl. zu ihm Hartwig: Art. Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 733.

[1555] Vgl. Bericht[des Bundes für koloniale Erneuerung] über die Fusionsverhandlungen mit der DKG am 19.12.1930 [in Berlin], in: GStA PK, VI. HA: Nachlässe, Nl. Heinrich Schnee, Nr. 78 b: Heinrich-Schnee-Archiv. Sitzungsprotokolle etc. jener Verbände, Bünde u. Arbeitsgemeinschaften, die Schnee als Präsident leitete, Bl. 1-Bl. 5, hier Bl. 3.

[1556] Vgl. Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 50; Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 95; Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 103 f.

[1557] Siehe Führer: Auf dem Weg zur „Massenkultur“?

Dinge“ im Auge haben sollten, sondern gleichwohl die „grossen kulturpolitischen Ziele [H. i. O., RF]“ des Verbands.[1558] Doch klagte man seitens der „kulturpolitischen Abteilung“ über die Wirkung dieser Propagandamaßnahmen außerhalb der Ortsgruppen über die „*polnische Gefahr*, […] dass selbst die Deutschen in den östlichen Grenzgebieten sich vielfach keine richtige Vorstellung davon machen und das Deutschtum im Reiche erst recht wenig oder nichts davon weiss [H. i. O., RF].“ Das Kino galt zwar als eines der vergleichsweise modernsten Mittel für Propaganda. Allerdings ging dies nicht über „vielversprechende Anfangsversuche“ hinaus.[1559] Die Gründe dafür lagen in den hohen Kosten eines eigenständigen Filmbetriebs, der oft sehr schlechten Qualität der Filme, der Konkurrenzsituation zum kommerziellen, v.a. städtischen Unterhaltungskino und auch darin, dass das Weimarer Kino durchaus herablassende Bilder der Landbevölkerung entwarf (aus der sich ja auch die Mitgliederbasis des DO rekrutierte), was diese eher abstieß statt anzog.[1560] Fast dieselben Probleme hatte auch die DKG bereits vor dem Ersten Weltkrieg gemacht, als sie mit ihrer „Kinematographenkampagne“ (1905-1909) eine breit angelegte Film-Propaganda für die Kolonien initiieren wollte.[1561] Allerdings war auch hier die Qualität der Filme oft derart schlecht und die Attraktivität des kommerziellen Unterhaltungskinos im Kontrast dazu viel höher. Auch in der Zeit der Weimarer Republik beklagte sich die DKG indirekt, dass „der Film zugräftiger für die Massen“ sei.[1562] An den eigenen Filmen wurde dagegen kritisiert, dass diese „zu lehrhaft“ seien oder „ein zwar sehr romantisches, aber völlig unzureichendes Bild der kolonialen Neuräume und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung“ entwerfen würden.[1563] Somit rückte bereits vor dem Ersten Weltkrieg die filmische DKG-Propaganda zwar nicht völlig aus dessen Blickfeld, nahm aber im Vergleich zu klassischen Vorträgen wieder eine nachgeordnete Rolle ein.[1564] Insgesamt gelang es beiden Verbänden somit nicht, für ihre Politik massenwirksame Medien einzusetzen. Vielmehr dürften die oftmals monothematischen Beiträge über die jeweilige Wiedergewinnung der verlorenen Gebiete den

---

[1558] DO, Kulturpolitische Abteilung, an [Ernst] von Wrisberg; Berlin, den 15.8.1925, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Repositurен, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 349: Verhandlungen über die Zusammenlegung von Ostmarkenverein und von Ostbund 1925-1929, unpaginiert. Auch das folgende Zitat ebd.

[1559] [Anonym]: Zehn Jahre Kampf für Ostheimat, deutsches Volkstum und Vaterland. Erinnerungsblätter zur Feier des 10jährigen Bestehens des Deutschen Ostbundes. Berlin 1929, S. 53. Erst seit 1926 konnte der DO erste Filme vorführen. Vgl. ebd., S. 50.

[1560] Vgl. Kölling: Preußisches Landkino, S. 140-144. Damit können nur erste Hinweise gegeben werden für ein lohnenswertes Feld weiterer medienhistorischer Forschungen, die sich auch den ambivalenten Bildern des ‚Ostens‘ in Filmen der Weimarer Republik (und davor?) widmen könnten.

[1561] Vgl. Fuhrmann: Imperial Projections, S. 100-114.

[1562] Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 102 f.

[1563] Ebd., S. 103.

[1564] Vgl. ebd., S. 102; Fuhrmann: Imperial Projections, S. 121-128.

normalen Zeitungsleser oder eine Kinobesucherin eher gelangweilt haben. Während der Erstere sich lieber umfassend über das Weltgeschehen informieren wollte, suchte die letztere womöglich eher geistige Zerstreuung als propagandistische Belehrung. Beide Verbände hatten somit dasselbe Problem: die nicht intendierten Folgen der Wirkung ihrer Medien erkannten sie zu spät und reflektierten sie nur unzureichend.

2.3.10. Der Blick auf die ehemals ‚Kolonialisierten'

Lange Zeit konzentrierte sich die Forschung zu Verbänden zeitlich auf die ihnen vorausgehenden Vereinen des 19. Jahrhunderts. Dabei blieb sie oftmals beim empathischen Nachvollzug deren idealistischen Selbstverständnisses stehen.[1565] Demnach sei es darum gegangen, in einem geselligen und gleichberechtigten Rahmen um die Möglichkeit zur gegenseitigen Erziehung zu Tugenden, um damit die gesamte Gesellschaft und das ‚Gemeinwohl' zu ‚verbessern'. Damit war bereits ein gesellschaftlicher Führungsanspruch verbunden.[1566] Empathische Leitmotive der Forschung waren dabei „‚Bürgertum', ‚Bürgergesellschaft' (‚Zivilgesellschaft') oder ‚Öffentlichkeit'."[1567] Jedoch ist diese Sichtweise eben nur die eine Seite eines dialektischen Verhältnisses:

> „Der Gemeinwohlanspruch stützte sich auf das Bewusstsein, eine *Elite* zu vertreten, die sich in geselligen Vereinen ihrer ‚Qualität' versicherte; er war aber *immer* schon verbunden mit sozialen oder moralischen, nationalen oder ‚rassischen', religiösen oder geschlechtsspezifischen Vorannahmen. Zu den Leidenschaften der geselligen Bürger des 19. Jahrhunderts gehörte nicht nur der Wille, für das allgemeine Beste zu wirken, sondern auch der *Ausschluss*, die *Maßregelung* und politisch-moralische *Erziehung* jener, die nicht den *bürgerlichen Normen* entsprachen [H. d. A., RF]."[1568]

Eine Analyse der Sichtweisen der beiden hier diskutierten Verbände auf die vormals ‚Kolonialisierten' in der Zwischenkriegszeit wird sich folglich nicht nur auf allgemeinere

[1565] Vgl. Nathaus: Organisierte Geselligkeit, S. 13 f.; Heise/ Watermann: Vereinsforschung in der Erweiterung, S. 9.
[1566] Hoffmann: Geselligkeit und Demokratie, S. 28.
[1567] Ebd., S. 18.
[1568] Ebd., S. 96 f.

historische Kontexte der Zeit einlassen müssen, sondern auch ihre Führungsansprüche sowie den ausschließenden Charakter ernstnehmen müssen. Die Ergebnisse des Ersten Weltkrieges hatten dabei zunächst zur Folge, dass dieser Führungsanspruch insgesamt mehr und mehr verloren ging. Dies war nicht nur gegenüber den ehemaligen Kriegsgegnern der Fall, sondern auch Frauen meldeten ebenso selbstbewusst eigene Ansprüche an wie auch die ohnehin auf eine lange Tradition nicht nur von Aufständen, sondern vor allem auch von Selbstorganisation zurückblickende polnische Minderheit in Deutschland.

Bemerkenswert dabei ist, dass gerade die aus Ostmitteleuropa „vertriebenen […] Deutschen" im Reich mitunter als die „wertlosesten Glieder des deutschen Volkes"(!) oder „lästige Eindringlinge" wahrgenommen wurden.[1569] Sie galten abschätzig als „Ostelbier" und wurden in Verbindung gebracht mit „Schmutz, Unkultur und auf den Straßen umherirrende[n] Wölfe[n]".[1570] Der Vorwurf, sie seien „Polacken",[1571] war in dieser Perspektive folgelogisch. Noch 1929 klagte der DO in seiner Verbandsgeschichte:

> „[…], daß weite Kreise des deutschen Volkes von der kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung der abgetretenen Gebiete, von ihrer historischen Entwicklung und ihrem deutschen Charakter keine Ahnung hatten[;] daß im Gegenteil ein tief eingewurzeltes Vorurteil gegen diese Gebiete und die Verdrängten bestand, daß selbst in den Kreisen der Intelligenz die Auffassung vorherrschte, daß wir froh sein könnten, die Ostgebiete, die nur Aufwendungen verursacht und nichts eingebracht hätten, verloren zu haben […]."[1572]

Kurzum: „Der Osten gilt als ‚Polackei', bevölkert von Menschen zweiten Ranges."[1573] Jene Deutschen galten nicht selten als rückschrittlich.[1574] Auf sie selbst wurden also ähnliche Stereotypen angewandt, wie sie im Kaiserreich bereits gegenüber der polnischsprachigen

---

[1569] Deutscher Heimatbund Posener Flüchtlinge e.V. an die Reich[s]regierung in Berlin, Frankfurt a. d. O., den 24.11.1919 (Abschrift), in: BArch, R 2, Nr. 695: Reichsfinanzministerium, Akten betreffend: Verdrängungsschäden. Generalia, Bd. 1: 18.11.1919-31.7.1920, Bl. 15-Bl. 17 r., hier Bl. 17 und Bl. 17 r. Hinweise für entsprechende Diskussionen bereits während des Kaiserreichs liefert Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 113 ff.

[1570] Lüdtke, Franz: Der ostdeutsche Mensch, in: OHK 8 (1929), S. 113 f., hier S. 113.

[1571] [Anonym]: Zehn Jahre Kampf (a. a. O.), S. 40.

[1572] Ebd., S. 50.

[1573] Lüdtke, Franz: Das deutsche Ostland, seine Geschichte, seine Kultur, seine Bedeutung, in: (ders.)/ Thiele, Ernst Otto (Hg.): Der Kampf um deutsches Ostland – trotz Versailles. Düsseldorf o. J. [1931], S. 5-35, hier S. 29.

[1574] Vgl. z.B. Das Bundespräsidium an den Reichskanzler [Wilhelm] Marx; [betrifft]: Vorschläge betreffend Kredithilfe für ostdeutsche Verdrängte; Berlin, den 25.6.1926, in: BArch, R 43 I, Nr. 1797: Alte Reichskanzlei, Akten betreffend: Heimatschutz Ost und gemeine Ostfragen, Bd. 3: 1.7.1926-30.4.1927, Bl. 3-Bl. 15, hier Bl. 9.

Bevölkerung artikuliert wurden.[1575] Damit wurden sie tendenziell in die Nähe der vormals Kolonialisierten gerückt. Jürgen Osterhammel bemerkt aus globalhistorischer Warte dazu, dass es ein weltweites Phänomen jener Zeit war, dass eine gebildete, städtische Elite ländliche Bevölkerungsgruppen gerade an den ‚inneren Peripherien' der jeweiligen Reiche in die Nähe von ‚Barbaren' rückte[1576] und sie besonders an den jeweiligen Grenzen immer dem latenten Verdacht ausgesetzt waren, mit eben jenen ‚zu zivilisierenden Barbaren' zu kollaborieren.[1577] Was sich an dem erwähnten Beispielen der vermeintlichen ‚Rückständigkeit' ebenfalls zeigt, ist die partielle Aufkündigung einer zentralen Form von „symbolischen Kapitals" (Pierre Bourdieu) *innerhalb* der vermeintlich ‚Zivilisierten': nämlich der gegenseitigen Anerkennung ihrer eigenen Zivilisiertheit.[1578] Damit wurde zugleich das Ideologem eines vermeintlich egalitären Nationalismus ‚entzaubert', welches bereits im Ersten Weltkrieg aufwändig als ‚Volksgemeinschaft' inszeniert worden war.[1579]

Dem hielt der DO entgegen, dass beispielsweise die Landwirtschaft Ostpreußens nicht nur als ‚Kornkammer' des Reiches fungiere, sondern es sei eben auch das Land, „das von seinem Geburtenüberschuß *gesundes, kräftiges, unverdorbenes Menschenmaterial* an westdeutsche Städte abgegeben hat […] [H. d. A., RF]."[1580] In der ersten Nummer der Verbandszeitschrift des „Reichsverbands Ostschutz" hieß es analog dazu, unter den „*Ostmärker*n [existiere, RF] *das beste Menschenmaterial zum Wiederaufbau des Vaterlandes* [H. i. O., RF]."[1581] Diese seien „wetterhart und kampferprobt" im Konflikt mit den Polen – unschwer erkennt man hier die Zuschreibung soldatisch-männlicher Tugenden. Der Artikel schließt: es handele sich bei diesen Menschen um „*Pioniere deutscher Kultur* [H. i. O., RF]."[1582] Diese Beispiele zeigen

---

[1575] Vgl. Hier wird die Diskrepanz zwischen nationalstaatlichen Homogenitätspostulaten und der post-imperialen Heterogenität ostmitteleuropäischer Gesellschaften nach dem Ersten Weltkrieg gut zum Ausdruck gebracht. Ein hier nicht einzulösendes Desiderat der Forschung bestünde darin, die genannten Spannungen in den deutschen Flüchtlingslagern nach diesem Krieg zu untersuchen. Eine erste Skizze zur Geschichte dieser Lager liefert Oltmer: Migration und Politik, S. 107-135. Föllmer weist in einem instruktiven Beitrag auf konkrete archivalische Bestände hin, die hierzu gut Auskunft geben könnten: Föllmer: The Problem of National Solidarity, S. 208 f. Anknüpfen können solche Mikrostudien auch an die verdienstvolle Arbeit zu den zahlreichen Konkurrenzverhältnissen der deutschen Minderheiten in Polen von Chu: The German minority.

[1576] Vgl. Osterhammel: Die Verwandlung der Welt, S. 474; vgl. auch Serrier: „Barbaren aus dem Osten", S. 61 und S. 69; Thonfeld: Krisenjahre revisited, S. 411.

[1577] Vgl. Osterhammel: Die Verwandlung der Welt, S. 488, S. 510 und bes. S. 1184 f.

[1578] Vgl. ebd., S. 1172.

[1579] Vgl. Föllmer: The Problem of National Solidarity, bes. S. 205 f., S. 210-213 und S. 229.

[1580] DO-Ortsgruppe Königsberg, Landesverband Ostpreußen: Entschließung zum Grenzprogramm 1927; Königsberg, den 4.5.1927, in: BArch, R 43 I, Nr. 1798: Alte Reichskanzlei, Akten betreffend: Heimatschutz Ost und gemeine Ostfragen, Bd. 4: 1.5.1927-31.12.1927, Bl. 50.

[1581] [Anonym]: Zur Einführung, in: Der Ostmark-Deutsche. Zeitschrift für die deutschen Ostmärker in Heimat und Fremde. Nachrichtenblatt des Reichsverbandes Ostschutz 1 (1920) 1, S. 1 f., hier S. 1. Auch das folgende Zitat ebd.

[1582] Ebd., S. 2.

eine Lösungsstrategie für die genannten Vorwürfe der mangelnden ‚Zivilisiertheit'. So habe sich die „einstige Balance von hochmütiger Verachtung und gleichzeitiger Bewunderung einer humanen, konservativen Ordnung der Rückständigkeit […] zugunsten der letzteren verändert."[1583] Dazu gehörte auch die in der DO-Publizistik ubiquitäre, romantische Verklärung der Sozialfigur des ‚rodenden Siedlers' zu einer Zeit, als es ihn nicht mehr gab.[1584]

So wurde das seit Tacitus bekannte negative Bild der ‚Germanen' in der Zwischenkriegszeit aktualisiert und zugleich positiv umgedeutet: die Figur des ‚Barbaren' wurde in dieser zivilisationskritischen Lesart als vermeintlicher Beweis für „Ursprünglichkeit" und „Unverfälschtheit",[1585] sprich: „Die schlechtere zivilisatorische Position wird zum Ausdruck der besseren Tugend."[1586] Diese Interpretationsfigur einer „exotische[n] Ursprünglichkeit" der Romantik wurde interessanterweise zuerst auf die polnische Landschaft angewandt.[1587] Sie befand sich damit in einem eklatanten Spannungsverhältnis zum Ideologem der ‚Zivilisierungsmission', die ja auch vermeintlich ‚deutsche Kardinaltugenden' von „Ordnung, Fleiß und Sauberkeit" in Polen durchsetzen wollte.[1588] Die ostelbische Bevölkerung so tendenziell zu einer völkischen Gegen-Elite umgedeutet.[1589] Paradoxerweise zeigen sich gerade in dem Fokus auf eine vermeintlich ‚ursprüngliche', landwirtschaftlich organisierte und vorindustrielle Gesellschaft ebenfalls wieder starke Parallelen zur Gedankenwelt der polnischen Minderheitenorganisationen in der Weimarer Republik.[1590] Auch die afrikanischen Kolonien wurden in der Publizistik fast wortgleich romantisch verklärt.[1591]

Dem ‚deutschen Osten' als symbolischen Raum wurde ebenso wie dem subsaharischen Afrika ein Bündel an miteinander eng verbundenen Bedeutungen zugeschrieben. So galt er gerade für die männliche Jugend als ein Ort der Abhärtung, Bewährung und kolonisierenden

---

[1583] Köstlin: Volkskultur als Argument, S. 511.

[1584] *Siehe S. 56*. Vgl. zum letztgenannten Argument Osterhammel: Die Verwandlung der Welt, S. 503.

[1585] See: Vom ‚edlen Wilden' zum ‚Volk der Dichter und Denker', S. 80. Hanschmidt macht darauf aufmerksam, dass diese Denkfigur besonders von Herder wieder aktualisiert wurde, der damit aber „ein idealisiertes Bild der Slawen" entwarf. Hanschmidt: Panslawismus – Pangermanismus – Panromanismus, S. 144. Vgl. auch Wippermann: Antislavismus, S. 512 f. Herder wurde in der Zwischenkriegszeit vom DO auch zu jenem Pantheon ‚ostmärkischer Denker' gerechnet, an denen es sich zu orientieren gelte. Vgl. Lüdtke, Franz: Der ostdeutsche Mensch, in: OHK 8 (1929), S. 113 f.

[1586] See: Kulturkritik und Germanenschwärmerei, S. 188; ferner dazu auch Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 338.

[1587] Jaworski: Zwischen Polenliebe und Polenschelte, S. 82.

[1588] Ebd., S. 81.

[1589] Vgl. zum völkischen Denken bei ihm seine frühe Broschüre Lüdtke, Franz: Deutsches Volkstum. Ein Volksabend. (= Volksabende Heft 49). Gotha 1918; vgl. auch Vgl. Prehn: „Volksgemeinschaft im Abwehrkampf", S. 84 ff., Thum: Mythische Landschaften, S. 201 f.

[1590] Vgl. Niendorf: Minderheiten an der Grenze, S. 283-286, bes. S. 285 f.

[1591] Vgl. Kundrus: Moderne Imperialisten, S. 58 f., S. 72 f. und bes. S. 76 f.; Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 100.

Zivilisierungsmission.[1592] Von ihm sollte zugleich auch eine Erneuerung ausgehen: „Wir waren in lauen Friedenszeiten viel zu undeutsch geworden, wir liefen den Fremden nach […]. Aber wir werden uns wiederfinden und genesen: Die Ostmark wird unseres deutschen Geistes Retterin sein!“[1593] An anderer Stelle hieß es, „daß […] die Ostmark auch diesmal Führerin zu einem neuen Empor sein wird.“[1594] Treffend formulierte Lüdtke das Argument der ‚Unverfälschtheit' auch in Form der alten Gegenüberstellung von ‚Zivilisation' gegen ‚Kultur', wobei er besonders Züge eines Ost-West-Gegensatzes artikulierte:

> „Es ist mitunter zwar weniger Zivilisation, aber desto mehr Kultur im verschrienen Osten zu finden, und es ist eine Schande, daß die Revolution durchweg westdeutsche Staatslenker ans Ruder brachte, die leichten Herzens Bromberg, Thorn, Posen und Kattowitz preisgaben, weil sie vom Osten nichts verstanden und ihn gar als angebliche Stätte der Reaktion haßten.“[1595]

Zugleich galt ‚der Osten' als Geburtsort der deutschen Nation. Sich wie üblich auf die mittelalterliche Ostkolonisation stützend, folgerte Lüdtke: „Erst im Osten […] wurden Sie [die Deutschen, RF] ein wirkliches Volk.“[1596] Der Osten wurde in solchen Artikeln zu einem Ort der ursprünglichen, reinen Geburt der Nation stilisiert, ja fast sakralisiert.[1597] So heißt es: „daß Ostland mehr ist als ein räumlicher Begriff, daß in ihm die neue Zeit emporstieg, geschichtlich, kulturell, seelisch […].“Man kann diese Konstruktion eines ‚verlorenen Ursprungs' als nationalistischen Nativismus interpretieren. Dieser zeichnet sich u.a. dadurch aus, dass angesichts einer wahrgenommenen Zerstörung der Kultur einer sozialen Gruppe

---

[1592] Lüdtke, Franz: Ostmärkische Jugendarbeit, in: Ostland-Kultur 1 (1921) 2, S. 1. Ähnliche Diskussionen gab es beispielsweise seit 1904 auch bezüglich der in Afrika eingesetzten Soldaten. Siehe Häußler: Soldatische Hinterwäldler oder Avantgarde? Vgl. auch Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 135, S. 144 und S. 180. Einerseits wurde nämlich die „Verweichlichung des deutschen Soldaten durch die Industrialisierung“ (ebd., S. 169) kritisiert, der folglich der Abhärtung und Selbstfindung in den Kolonien bedürfe. Andererseits ist darauf hinzuweisen, dass besonders im Zuge des Kolonialkrieges gerade in Ostafrika während des Ersten Weltkrieges auch eine (minoritäre) Publizistik entstand, die besonders die gegenteiligen Effekte des Kriegsgeschehens wie De-Zivilisierung, De-Humanisierung, Vernichtung und Zerstörung thematisierten. Allerdings waren diese Deutungen propagandistisch kontraproduktiv und wurden deswegen eher stillschweigend übergangen denn bewusst unterdrückt. Vgl. ebd., S. 149-152.

[1593] Lüdtke, Franz: Die Bedeutung der deutschen Ostmark, in: Heilige Ostmark 1 (1925) 2, S. 45 f., hier S. 46. Vgl. auch (ders.): Ostmark und Volkshochschule. (= Heimatbücher der Freien Ostmärkischen Volkshochschule Heft 3). 2., teilweise geänderte Aufl. (1. Aufl. 1920). Berlin o. J. [ca. 1921], S. 13 f. Vgl. resümierend dazu auch Prehn: „Volksgemeinschaft im Abwehrkampf“, S. 31 f.; Jaworski: Der auslandsdeutsche Gedanke, S. 380; Harvey: Pilgrimages to the „Bleeding Border“, S. 214 f.; Ludwig: Die nationalpolitische Bedeutung der Ostsiedlung, S. 27.

[1594] Lüdtke: Ostmark und Volkshochschule (a. a. O.), S. 2.

[1595] (Ders.): Der ostdeutsche Mensch (a. a. O.), S. 113.

[1596] (Ders.): Land im Schatten, in: OHK 10 (1932), S. 25. Auch das folgende Zitat ebd. Vgl. auch Harvey: Pilgrimages to the „Bleeding Border“, S. 216 und S. 220 f.

[1597] Vgl. Langewiesche: Nationalismus als Pflicht zur Intoleranz, S. 286 f.

diese an eigenen Werten festhält (bzw. diese erst nachträglich konstruiert). Damit einher geht eine Ablehnung gegenüber Fremden. Zugleich wird dadurch eine geistige und soziale Erneuerung erhofft, die mit einer messianischen Heilserwartung korrespondiert.[1598]

Einsehen wird man bei der Anwendung dieses Definitionsvorschlages auf die Gedankenwelt des DO, dass Polen darin die Rolle des ‚Räubers' eines mythisch überhöhten ‚deutschen Ostens' zukommt. Zugleich richtete sich dieser Nativismus aber auch gegen die als Zumutungen empfundenen Veränderungen der ‚westlichen Moderne', die zugleich mit dem Westen Deutschlands assoziiert wurden. Die messianische Heilserwartung wiederum war ein Kernbestandteil der Führererwartung der Weimarer Republik.[1599] Auch zeigen die referierten Quellen, dass selbst in der Weimarer Republik jener „Nationalisierungs- und Homogenisierungsprozess" noch längst nicht abgeschlossen war, „der die nationale Einheit erst formen sollte, die man längst imaginiert und somit erreicht zu haben meinte."[1600]

Diese Beispiele geben beredte Auskunft über die „Mythen deutscher Grenzlandliteratur" und ihrer Konstruktion eines „besonderen Menschenschlages".[1601] Der vergleichende Blick auf die Deutungen der ehemaligen afrikanischen Kolonien fördert nicht nur fast wortgleiche Formulierungen zutage, die diese ebenfalls als Räume der Selbsterfahrung, Bewährung und Erneuerung entwarfen.[1602] In beiden Räumen wurde die kollektive Identität verhandelt.[1603]

> „Die Kolonien, das scheint allen kolonialaffirmativen Veröffentlichungen gemein, repräsentierten die Negation Europas, die Abwesenheit von Zeit und die überbordende Präsenz des Raumes, einen Ort der Kontemplation, in dessen Zivilisationsferne es möglich sei, die verschütteten Werte des Lebens zu finden und die Fragmentierung der Existenz zu überwinden. […] [Bei ihnen, RF] mischte sich Kritik an den sozialen und kulturellen Verhältnissen im Wilhelminischen Deutschland mit Träumen von einer intakten Gesellschaft, die dem Einzelnen Freiheit und Sinngebung und dem Kollektiv der deutschen Nation Geltung und Welt-Macht versprach."[1604]

Andererseits wurde oben gezeigt, dass das Stereotyp eines west-östlichen ‚Kulturgefälles' auch in der Weimarer Republik immernoch ein weit verbreitetes Deutungsmuster war. So

[1598] Vgl. Luchesi: Art. Nativismus.
[1599] Programmatisch dazu: Lüdtke, Franz: Wann kommst Du, Bismarck? Gedichte aus Deutschlands tiefster Not. Berlin 1921. *Siehe dazu auch S. 194 f. und S. 216 f.*
[1600] Jureit: Das Ordnen von Räumen, S. 78. Vgl. auch Dyroff: Aneignung oder Beseitigung, S. 81 und S. 88 f.
[1601] Niendorf: Minderheiten an der Grenze, S. 183.
[1602] Vgl. Dabag: National-koloniale Konstruktionen, S. 45 f.; Siehe aber v.a. Brehl: Orte des Ichs.
[1603] Vgl. ebd., S. 363 f. und S. 369; Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 123 und S. 125 f.
[1604] Kundrus: Die imperialistischen Frauenverbände, S. 14.

begründete beispielsweise die DO-Führung ihren regelrechten Kult um Hindenburg damit, dass dieser „Ostpreussen wiederholt von den *barbarisch* dort *hausenden* Russen befreit […] hat […][H. i. O., RF].“[1605] Anknüpfen konnten derartige antislawische Vorurteile an eine lange Tradition, die in der Aufklärung wurzelte.[1606] Zugleich war man sich andererseits aber der eigenen kulturellen ‚Höherwertigkeit‘ wohl nicht wirklich sicher. So klagte man direkt beim Reichspräsidenten Hindenburg über die „*schleichende Polengefahr* [H. i. O., RF]“,[1607] die durch polnisch sprechende katholische Priester, polnische Presse sowie polnische Verbände und Vereine usw. in Deutschland heraufbeschworen werde. Auch würden die ehemaligen preußischen Ostprovinzen „planmässig […] von Polen besiedelt“, ja man wähnte sich in der von der „Polenflut umbrandete[n] Ostmark“.[1608] Somit ergab sich wie bereits im Kaiserreich in den Augen der Verbandsmitglieder eine Bedrohung sowohl von innen als auch von außen.[1609] Daneben sahen sich die Deutschen um die Früchte ihrer Arbeit betrogen, galt doch die preußische ‚Zivilisierungsmission‘ als Gnadenakt.[1610] Die Wiedergründung des polnischen Staates galt zugleich in nationalistischen deutschen Kreisen immer auch als ein ‚französisches‘ Projekt, um Deutschland kleinzuhalten. Frankreich hielt man dabei für kulturell ebenbürtig, Polen aber für klar unterhalb der eigenen ‚Kulturstufe‘ stehend.[1611] So hieß es beispielsweise bei einer Sitzung des Gesamtauschusses des DOV Ende Oktober 1918:

> „Ich möchte wissen, was in Deutschland geschehen wäre, wenn die französischen Truppen zwischen Rhein und Weser gestanden hätten […] wie die deutschen Truppen vor Paris gestanden haben. Die Franzosen haben die Zähne zusammengebisse und ausgehalten. Und jetzt wimmert man bei uns schon, wenn der Krieg sich unseren Grenzen zu nähern scheint.“[1612]

[1605] Das Bundespräsidium an das Auswärtige Amt; Berlin, den 26.11.1928 (Abschrift), in: PA AA, R 82315, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V. (jetzt: Bund Deutscher Osten), Bd. 3: 30.5.1927-6.4.1933, Bl. 177-Bl. 180, hier Bl. 177 r.

[1606] Siehe Wolff: Inventing Eastern Europe.

[1607] DO-Landesverband Hinterpommern, kulturpolitische Abteilung, an das Büro des Reichspräsidenten; Köslin, den 21.8.1925, in: PA AA, R 82313, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 1: 1.1.1925-14.8.1926, Bl. 56-Bl. 59, hier Bl. 56.

[1608] Ebd., Bl 57.

[1609] Vgl. Niendorf: Minderheiten an der Grenze, S. 321.

[1610] Vgl. Lakeberg: Die deutsche Minderheitenpresse, S. 144 f. *Siehe zum Topos des ‚Gnadenakts‘ S. 168.*

[1611] Vgl. Lawaty: 1918, S. 25 f.; Jaworski: Zwischen Polenliebe und Polenschelte, S. 84 f.; Benecke: „... ein allerdings zur Zeit […]“, S. 223.

[1612] Dok. Nr. 753: Aus dem Protokoll über die Gesamtausschußsitzung des deutschen Ostmarkenvereins. Posen, den 26. und 27. Oktober 1918, in: Schrader, Gerhard/ Weber, Hellmuth (Bearb.): Die Auswirkungen der grossen sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland. (= Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. 4, Teilbd. 4). Berlin 1959, S. 1687 ff., hier S. 1687.

Das Bild der polnischen Bevölkerung in der DO-Publizistik schwankte zwischen schlichtem Desinteresse,[1613] Verachtung (insbesondere gegenüber der polnischen Eliten)[1614] und klammheimlichen Neid ob ihrer allgemein als herausragend angenommenen Fähigkeit zur nationalen Einheit und Mobilisierung.[1615] Zugleich wurde dieser Punkt auch zu einem Kritikpunkt des Verbands an der Regierung stilisiert: „Der Ausbau ihres [polnischen, RF] Vereinswesens, der von keinerlei beschränkenden Maßnahmen deutscherseits behindert wird, hat Fortschritte gemacht."[1616] Dominierend aber war immer, die „Polen als kulturell niedriger stehend" zu deuten.[1617] Zugleich verdanke Polen seine Entwicklung allein der deutschen ‚Kulturmission'.[1618] Und eben die vielfach beklagte Zerstörung ‚deutscher Kultur' durch ‚die Slawen' war bereits während der Republik Grund für den DO, wieder weiträumige Eroberungspläne im Osten Europas zu entwerfen – um eben diese Zerstörung durch eine vermeintliche neue ‚Kulturmission' zu beenden.[1619] Dabei war die nach dem Krieg stark in ihrer Bedeutung wachsende ‚deutsche Kulturarbeit' in bzw. gegen Polen ja ebenfalls eine Imitation der vormals praktizierten polnischen ‚organischen Arbeit' im Kaiserreich.[1620]
Zugeben durfte man seinen nationalistischen Neid freilich nie, standen und fielen doch mit dem Argument der vermeintlichen eigenen kulturellen Überlegenheit die verklausuliert vorgetragenen Herrschaftsansprüche des DO. Hier bediente man sich einer anderen Argumentation: die polnischen Leistungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft seien zwar nicht mehr wegzudiskutieren, allerdings gründeten sie auf dem Wirken der alten imperialen Teilungsmächte.[1621] Zugleich schwangen bei all diesen Vorurteilen auch immer geschlechtlich konnotierte Stereotypen mit. Drummond bemerkt treffend:

> „Die militaristischen und technologischen Metaphern der patriotischen Vereine waren notwendig maskulin. Was das deutsche ‚Vaterland' brauchte, waren männliche Tugenden wie

[1613] Exemplarisch wird dies an der Beobachtung Kalinkes, dass die Publizistik jener Zeit immer wieder die ehemals deutschen Städte, Dörfer und Landschaften zeigte, diese aber fast immer menschenleer dargestellt wurden. Vgl. Kalinke, S. 38 f.; Kopp: The „Weimar Drang nach Osten", S. 193 und S. 206 f.
[1614] Diese Eliten wurden in der Verbanspublizistik immer wieder als hinterlistig und verschlagen beschrieben. Vgl. nur Schmid, A[ugust]: Die Lage der deutschen Ostsiedlung, in: OHK 12 (1933), S. 84-88, hier S. 84.
[1615] Dieser Neid lässt sich bis ins frühe 19. Jahrhundert zurückverfolgen, als die deutsche Nationalbewegung noch in ihrem polnischen Pendant ein bewundertes Vorbild sah. Vgl. Ther: Imperial instead of National History, S. 54; Oldenburg: Der Deutsche Ostmarkenverein, S. 17; Prehn: „Volksgemeinschaft im Abwehrkampf", S. 33; Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 336.
[1616] Kredel, Otto: Das Jahr 1929 in der Geschichte der Ostmark, in: OHK 9 (1930), S. 117-121, hier S. 120. Vgl. zum polnischen Vereinswesen in der Weimarer Republik Peters-Schildgen: Das polnische Vereinswesen.
[1617] Lakeberg: Die deutsche Minderheitenpresse, S. 278.
[1618] Vgl. ebd., S. 280 f.
[1619] Vgl. Kopp: The „Weimar Drang nach Osten", S. 193.
[1620] Vgl. Dyroff: Erinnerungskultur im deutsch-polnischen Kontaktbereich, S. 426.
[1621] Vgl. Lakeberg: Die deutsche Minderheitenpresse, S. 118.

> Macht, Aggression und Entschlossenheit. […] Während das deutsche Volk männliche Tugenden besaß, wurden Polen und Slawen allgemein durch ihre weniger tugendhaften, weiblichen Eigenschaften charakterisiert[.] […] Die Polen waren daher von Natur aus schlau, launisch und manipulierend. Das Bild der Polen als weiblich wies auf ihre ‚natürlichen Eigenschaften. Männer zählten zur Welt der Kultur, Frauen zur Natur […].“[1622]

In wenigen Schlagworten zeigt sich hier die Begriffswelt des ‚Volkstumskampfs‘ der Zwischenkriegszeit.[1623] Methodisch gesehen lassen sich außerdem zwei Argumente aus den diskutierten Quellen ableiten. Erstens scheint es keineswegs abwegig, die methodologische Forderung, ‚Kolonialisierende‘ und ‚Kolonialisierte‘ als ‚*ein* analytisches Feld‘ zu bearbeiten,[1624] auch viel stärker auf die vermeintlich ‚Kolonialisierenden‘ anzuwenden. Denn zweitens konnten beide Kategorien je nach Sichtweise sogar in *Personalunion* auftreten: während man sich selbst als den ‚kulturbringenden Siedler‘ sah, war man aus dem Blickwinkel urbanisierter intellektueller Eliten[1625] oft kaum noch von jenen ‚Barbaren‘ unterscheidbar, die es ‚zu zivilisieren‘ galt.[1626] Drittens lässt sich somit festhalten, dass ‚Zivilisiertheit‘ keine unveränderliche Zuschreibung war, sondern das Ergebnis von diskursiven Machtkämpfen, die immer wieder aufs Neue ausgetragen wurden.

Im Grunde kann das präsentierte Konglomerat an Vorurteilen und Sichtweisen wie folgt zusammengefasst werden: aufgrund der Ergebnisse des Ersten Weltkriegs und der seinerzeit geläufigen These, wonach Deutschland als ‚Kulturträger‘ gegenüber den Polen fungiert habe,[1627] sah man sich auf deutscher Seite um die Früchte einer lange währenden Arbeit der ‚kulturellen Hebung‘ der polnischen Bevölkerung gebracht. Diese wurde in der Weimarer Republik nicht nur immer wieder in naturalistischen Mengenbegriffen wie ‚Masse‘, ‚Flut‘

[1622] Drummond: „Einen kräftigen Damm […]“, S. 107; vgl. auch Jaworski: Zwischen Polenliebe und Polenschelte, S. 83.

[1623] Vgl. ebd., S. 84 f.

[1624] So die einschlägige Forderung von Cooper/ Stoler: Between Metropole and Colony.

[1625] Zu Recht wurde in diesem Kontext auch auf eine gründliche Historisierung durch Relativierung früherer Leitbegriffe der Sozialgeschichte hingewiesen: „‚Moderne‘ und ‚Modernität‘ ist eine avantgardistische Oppositionshaltung kleiner Kreise, die dem Traditionalismus und Philistertum der Mehrheit vorauseilten. […] ‚Modern‘ waren in vielen Ländern des [europäischen, RF] Kontinents um 1900 bestenfalls Lebensformen, Bewusstsein und Geschmack städtischer Eliten; das Land vegetierte träge dahin. Bei ganzen Großregionen war es auch intellektueller, bürgerlicher und aristokratischer Sicht von [den Hauptstädten, RF] aus fraglich, ob sie Spender oder eher bedürftige Empfänger von Zivilisierung seien.“ Osterhammel: Die Verwandlung der Welt, S. 1187.

[1626] Vgl. Drummond: „Einen kräftigen Damm […]“, S. 99; Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 131, S. 145 und S. 216; Dyroff: Preußische Ostmark, S. 161.

[1627] Vgl. Lakeberg: Die deutsche Minderheitenpresse in Polen, S. 144 ff.; Kopp: The „Weimar Drang nach Osten“, S. 191 f.; ferner dazu Nietzel: Im Bann des Raums, S. 25 f. Philipp Ther macht darauf aufmerksam, dass der Begriff des „Kulturträgers“ auf den preußischen König Friedrich II. (1712-1786) zurückgeführt werden kann, der ihn einfach zur Legitimation der polnischen Teilungen verwandte. Vgl. Ther: Imperial instead of National History, S. 57 f.

oder ‚Wellen' gedeutet,[1628] sondern ihm stand immer ein als einheitlich verfasstes und quasi als überindividuelle Persönlichkeit fungierendes ‚Deutschtum' gegenüber.[1629] Im Grunde handelte es sich dabei um eine Form von nationalistischem Paternalismus, bei dem sich die Deutschen selbst die Rolle des ‚Erziehers' zuwiesen.

Charakteristisch für die Wahrnehmung der afrikanischen Bevölkerung durch die DKG war eine andere Form des Paternalismus, der aufs Engste mit dem Rassismus verbunden war. Er deutete diese als in ihrer Entwicklung ‚zurückgebliebene' Kinder.[1630] So heißt es über die „Eingeborenenstämme des mittleren Afrika und Neu-Guineas", sie seien politisch zersplittert, besäßen unterschiedliche „Sitten und Sprachen", woraus der Schluss gezogen wurde: „sie entbehren zu sehr der Fähigkeit des selbstständigen Denkens, Wollens und Organisierens."[1631] Auch seien sie „in ihrer Entwicklung zuweit zurückgeblieben, um sich selber regieren zu können." Diese und ähnliche Argumente waren zentrale Teile der kolonialrevisionistischen Propaganda und wurden in zahllosen Broschüren und Artikeln vertreten. Sie waren der Ausdruck des kolonialistischen Denkens ihrer Zeit. Demnach bedürfe es der Kolonialherren (und –herrinnen), um die ‚Eingeborenen' zu neuen Stufen der menschlichen Entwicklung zu führen.[1632] Seine Grenzen fand dieses in der Aufklärung wurzelnde Denken ab dem späten 19. Jahrhundert im sozialdarwinistischen Rassismus.[1633] Jener Zeitgeist kommt in sehr aufschlussreichen, im November 1928 verfassten internen „Richtlinien"[1634] sehr klar im internationalen Maßstab zum Vorschein:

> „Es steht fest, dass die in ihrer Entwicklung zurückgebliebenen Völker Afrikas und einiger anderer Gebiete noch nicht im Stande sind, sich selbst zu verwalten und noch *auf lange Zeit* hinaus der Anleitung und Fürsorge durch europäische Nationen bedürfen, wenn sie nicht, wie

---

1628 *Siehe S. 139 ff.*

1629 Dass die Feindbilder im Laufe der Zeit zwar austauschbar waren, aber diese Grundstruktur rechten Denkens sich bis in die Gegenwart erhalten hat, dokumentieren eindrücklich: Jäger/ Jäger/ Cleve (u.a.): Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden.

1630 Vgl. Schubert: Der schwarze Fremde, S. 65-145.

1631 [Schnee, Heinrich]: Aufzeichnung betreffend koloniale Fragen […], 1930 [Im Folgenden zitiert als: Schnee: Aufzeichnung betreffend koloniale Fragen], in: GStA PK, VI. HA: Nachlässe, Nl. Heinrich Schnee, Nr. 24: Heinrich-Schnee-Archiv. Bd. 2: Aufzeichnungen, Berichte Nr. 27-72, Bl. 1-Bl. 5, hier Bl. 2. Auch das folgende Zitat ebd.

1632 Fast gleichlautende Argumentationen ließen sich ebenso für andere Imperien finden. Vgl. für das britische Empire exemplarisch Crozier: The Colonial Question, S. 49 sowie zum Kontext des pananglistischen Überlegenheitsdenkens Hanschmidt: Panslawismus – Pangermanismus – Panromanismus, S. 150.

1633 Vgl. Schubert: Der schwarze Fremde, S. 46-62.

1634 Aus der im Folgenden zitierten Quelle ist nicht zu entnehmen, für welchen Verband diese „Richtlinien" gelten sollten, Es kann aber aufgrund des stark auf den Kolonialismus abhebenden Tenors davon ausgegangen werden, dass es sich um die DKG oder die Korag gehandelt haben dürfte.

auch die sozialistische Internationale in Brüssel im August 1928 festgestellt hat[![1635]], in einen Zustand primitiver Barbarei oder unter die Herrschaft einheimischer Despoten zurückfallen sollen. Diese Tatsache hat ihren Niederschlag auch in der Bestimmung der Völkerbundsatzung gefunden, welche eine *Vormundschaft* über solche Völker durch europäische Nationen als notwendig erklärt [H. d. A., RF].“[1636]

In der Tat ist die Geschichte des Völkerbundes auch eine Geschichte des Kolonialismus ‚mit anderen Mitteln‘.[1637] Dabei sah die DKG Deutschland als ‚wahre‘ Kolonialmacht, die nur *vorübergehend* keine Kolonien besitze. Aus dieser Perspektive betrachtete sie aufmerksam und argwöhnisch die Tätigkeiten der anderen Kolonialmächte, die nun als „Mandatsmächte“ die ehemals deutschen Kolonien beherrschten. Die Unabhängigkeitsbestrebungen in Ostasien (China, Japan) sowie auf der arabischen Halbinsel bewertete man opportunistisch: man solle sie gewähren lassen, aber sich um den Preis ihres Wohlwollens nicht an der Wiedergewinnung von Kolonien beteiligen. Schließlich sei eine Wiedererrichtung kolonialer Herrschaft über solche Staaten auch nicht ratsam, da diese bereits selbst „andere farbige Völker“ beherrschten.[1638] Im Grunde deutet sich hier ein hierarchisch abgestuftes Verständnis globaler Herrschaftsverhältnisse an. So war man beispielsweise bei den seit der Mitte des 17. Jahrhundert als westeuropäische Siedler und Siedlerinnen nach Afrika gekommenen Buren[1639] in Südwestafrika der Auffassung, ihnen „[g]eistig […] überlegen“ zu sein und daraus eine „wirtschaftliche und kulturelle Führerstellung“ ableiten zu können.[1640] An der untersten Schwelle dieser Hierarchie befand sich nach wie vor der afrikanische ‚Eingeborene‘. Dabei ist die Persistenz bezeichnend, mit der die DKG jegliche Abweichung von dem Bild des ‚kulturlosen Eigeborenen‘ ignorierte. Statt reale Veränderungen des ‚Erwachen Afrikas‘ zur Kenntnis zu nehmen,[1641] *entzeitlichte* die DKG zusehends ihr Bild des Afrikaners und

---

[1635] Vgl. dazu Dinkel: Die Bewegung bündnisfreier Staaten, S. 31-58; Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. [73 f.]. Die ideengeschichtliche Diskussion innerhalb der deutschen parlamentarischen Linken skizziert Schubert: Der schwarze Fremde, S. 170-189.

[1636] Richtlinien [vereinbart in der Besprechung am 22.11.1928], in: GStA PK, VI. HA: Nachlässe, Nl. Heinrich Schnee, Nr. 78 b: Heinrich-Schnee-Archiv. Sitzungsprotokolle etc. jener Verbände, Bünde u. Arbeitsgemeinschaften, die Schnee als Präsident leitete, unpaginiert. Zitiert nach Rüger: Die kolonialen Bestrebungen, S. 274; vgl. auch (ders.): Der Kolonialrevisionismus, S. 274 f.

[1637] Siehe Pedersen: The Guardians.

[1638] Schnee: Aufzeichnung betreffend koloniale Fragen (a. a. O.), Bl. 2.

[1639] Vgl. Kundrus: Moderne Imperialisten, S. 96-104.

[1640] Aufzeichnung: Deutsche Kulturaufgaben in Südwest- und Deutschostafrika. Zur Rheinischen Kolonialtagung 12.-15.6.[1930] in Aachen, in: BArch, R 8023, Nr. 796: [Beschlüsse usw. der DKG-Abteilungen], Bl. 441 ff., hier Bl. 442.

[1641] Siehe Eckert: Panafrikanismus.

verweigerte sich trotzig der Realität.[1642] Zugleich ist die Auseinandersetzung des Verbands mit der Forderung nach einem „Selbstbestimmungsrecht der Eingeborenen“ bezeichnend. Unter der Überschrift „die üblichen Zwischenrufe“ wurde dieses Argument barsch abgewehrt:

> „Und wo bleibt das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes? […] Wir haben kein Recht, die Zukunft einer der *Führernationen* der Welt um der vermeintlichen Freiheit und Selbstbestimmung einiger Negerstämme zu opfern. Diese Selbstbestimmung der Eingeborenen will überdies nicht immer die Wiederkehr der alten Freiheit und Zügellosigkeit, sie will die *Führung* und *Anleitung* durch die europäischen Kolonisationsvölker [H. d. A., RF].“[1643]

Die afrikanischen Emanzipationsbewegungen wurden stattdessen als Chaos gedeutet, welches in der darwinistisch-kolonialen Sichtweise zwangsläufig zu ihrem Untergang führe.[1644] Bezüglich des Arguments des extrem rechten ‚Befreiungsnationalismus‘[1645], wonach „[d]as unterdrückte Deutschland […] nicht an der Unterdrückung fremder Völker teilhaben [sollte]“, hieß es: „Dieser Satz ist richtig in der Anwendung auf Asien, nicht aber auf Afrika. Inder und Chinesen sind Völker alter Kultur […].[[1646]] Wenn sie für ihre […] Freiheit kämpfen, sind sie in derselben Lage wie das zur *Kolonie der Westmächte* gemachte deutsche Land und Volk [H. d. A.,RF].“[1647] Bezüglich Afrikas könne von alledem kaum die Rede sein. Dieses sei vielmehr ein „Raum ohne Volk“, dass allerhöchstens dünn besiedelt sei.[1648] Dort existiere keinerlei Unabhängigkeitsbewegung, aber im Vergleich dazu sei noch viel wichtiger:

> „Die von den Eingeborenen nicht benutzten und benutzbaren gewaltigen Leerräume mit ihren noch ungehobenen unermesslichen Bodenschätzen dem von Raum- und Rohstoffnot bedrängten deutschen Volke nutzbar zu machen und so an der planmäßigen Aufschließung der Erde teilzunehmen, ist Pflicht gegenüber der Nation und der Menschheit.“

1642 Vgl. Schubert: Der schwarze Fremde, S. 353-358.

1643 Koloniales Wahlbrevier der DKG; Berlin, den 15.8.1930 [Im Folgenden zitiert als: Koloniales Wahlbrevier], in: BArch, R 1001, Nr. 9697: Auswärtiges Amt, Abteilung III K[1], Akten betreffend: Deutsche Kolonialgesellschaft, Bd. 6: Januar 1927 bis August 1931, Bl. 1-Bl. 24, hier Bl. 22. Die zitierte Überschrift findet sich auf Bl. 20.

1644 Vgl. Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. [26 f.]

1645 *Siehe S. 256.*

1646 Entsprechend dieser Aussage wären zukünftig Studien wünschenswert, die einerseits im Sinne von ‚diaspora studies‘ die Selbstorganisation chinesischer, indischer oder auch ägyptischer Unabhängigkeitsbewegungen in Deutschland bzw. in Europa in den Blick nehmen und andererseits nach deren Wahrnehmung bzw. Wechselwirkungen zu unterschiedlichen Akteursgruppen fragen.

1647 Koloniales Wahlbrevier (a. a. O.), Bl. 22 f.

1648 Ebd., Bl. 23. Auch das folgende Zitat ebd.

Dieses darwinistisch-imperialistische Argument, dass nur die großen und mächtigen Staaten überleben könnten und deswegen kolonisieren müssten, wurde auch gegen die kleineren Kolonialmächte wie Portugal oder Belgien in Anschlag gebracht.[1649] Diesem nationalistisch-darwinistischen Argument zufolge habe nur jener Staat ein Recht auf Selbstständigkeit, der sich durch die „‚erwiesene Fähigkeit zur Eroberung'" (Eric J. Hobsbawm) bewiesen habe.[1650] Letztlich entpuppte sich das imperiale Ideologem der ‚Zivilisierungsmission' damit als propagandistische Phrase.[1651] Sie hatte sich im Falle des deutschen Kolonialismus einem anderen Ziel unterzuordnen, welches Heinrich Schnee dankenswerterweise klar benannte. Demnach habe es für das Kaiserreich zwei Ziele der Kolonialverwaltung gegeben: erstens die „Nutzbarmachung der Schutzgebiete für Deutschland […] sowie die Fürsorge für die […] Eingeborenen, unseren Schutzbefohlenen."[1652] Beide standen allerdings in einem einseitigen Abhängigkeitsverhältnis, wie der ehemalige Gouverneur betonte. Demnach war klar,

> „daß die Nutzbarmachung der Kolonien für das Mutterland nur mit Hilfe der Eingeborenen möglich ist, daß die Eingeborenen das wichtigste Aktivum der Schutzgebiete sind. Das ergibt sich aus der Natur jener Kolonien, die überwiegend in den Tropen gelegen sind. Die […] körperliche Arbeit kann in diesen Ländern, abgesehen von den für europäische Dauersiedlung geeigneten Gebieten, […] nur von den Eingeborenen geleistet werden. So bildet die pflegliche Behandlung der Eingeborenen […] auch unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Nutzung der Kolonien einen Grundpfeiler der deutschen Kolonialverwaltung […]."

Die Koloniallobby war bei allen Differenzen im Detail[1653] also schlichtweg nur an der afrikanischen Bevölkerung als billigen Arbeitskräften interessiert, was Afrikaner und

---

[1649] Vgl. Rwankote: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik, S. 66 und S. 70. Zum Argument der fehlenden ‚Wirtschaftlichkeit' (sprich: Interesse an Ausbeutung) der afrikanischen Bevölkerung vgl. Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 185 f.

[1650] Zitiert nach Langewiesche: Nationalismus als Pflicht zur Intoleranz, S. 285. Vgl. auch ebd., S. 292 und S. 294 f.

[1651] Vgl. Brehl: Vernichtung als Arbeit an der Kultur, S. 24 ff.; Rüger: Der Kolonialrevisionismus, S. 250 f.; Hartwig: Art. Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 728 f.; Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 126; Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 48; Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 107. Stuchtey sowie Osterhammel deuten für das britische Empire ähnliches an, was anzeigt, dass es sich hier um eine übergreifende kolonialistische Sichtweise gehandelt haben könnte. Vgl. Stuchtey: Zeitgeschichte und vergleichende Imperiengeschichte, S. 306; Osterhammel: Die Verwandlung der Welt, S. 659 f.

[1652] Schnee, Heinrich: Leistungen und Ziele der deutschen Kolonialverwaltung, in: Zeitschrift für Politik 29 (1939) 1/2, S. 11-27, hier S. 13. Dort auch das folgende Zitat. Der Begriff des „Schutzbefohlenen" verweist nicht nur zurück auf den kolonialen Paternalismus, sondern auch die Bemäntelung höchst eigennütziger kolonialer Motive durch humanistische Argumente. Vgl. Schubert: Der schwarze Fremde, S. 136-145.

[1653] *Siehe S. 276 ff.*

Afrikanerinnen in Deutschland auch öffentlich beklagten.[1654] Andererseits führte deren insgeheime Reduktion auf billige Arbeitskraft wiederum dazu, dass von deutscher Seite deren Instrumentalisierbarkeit durch die sowjetische Politik befürchtet wurde.[1655] Und bezüglich des obrigen Zitats, wonach Deutschland nach dem Krieg eine „Kolonie der Westmächte" geworden sei, bemerkt Sandra Maß bezüglich ähnlicher zeitgenössischer Äußerungen:

> „Die Vorstellung, in einer Kolonie zu leben, entbehrte jeder Anlehnung an die romantischen Elemente der […] Kolonialzeit […]. Darin äußerte sich jedoch eine genaue Kenntnis dessen, was es bedeutete, kolonisiert zu sein. Während man in den Erinnerungen an die Kolonialzeit die gewaltsame Unterdrückung der einheimischen Bevölkerung leugnete, äußerte sich in der Propaganda gegen die Rheinlandbesatzung das Wissen um die Gewalt der Kolonisation."[1656]

An einem weiteren Beispiel lässt sich zeigen, wie in der DKG über jene Kolonien gedacht wurde, an denen kein unmittelbares Interesse als ‚weiße Siedlungskolonien' bestand.[1657] Es handelte sich dabei um eine Revolte der im Pazifik gelegenen ehemaligen Kolonie Samoa.[1658] Deren ehemaliger Gouverneur Schnee notierte entrüstet, durch die in seinen Augen zu milde Politik gegen die Revolte habe das „britische Prestige […] auf eine Weise gelitten […], die beispiellos in der Kolonialgeschichte dasteht […]."[1659] Man habe eben „nicht den Mut, ganze Sachen zu machen […]." Das nunmehr in Samoa regierende Neuseeland verschlimmere aber nur alles, denn für chinesische Arbeitsmigranten und -migrantinnen werde durch die neuseeländische Regierung sogar noch ein Mindestlohn gefordert, denn hinter ihm stehe ein „Arbeiterparlament".[1660] Die Idee eines Mindestlohns sei ein „leeres Dogma", stattdessen sei allein die „Arbeitsstatistik" maßgeblich für die „Intensität der Wirtschaft", die im Folgenden rein quantitativ als die Summe der „fremden, eingeführten Arbeiter" bestimmt wird und unter der zeitgenössischen Regierung stark zurückgegangen sei. Und überhaupt abzulehnen sei der

---

1654 Vgl. Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 148; Rüger: Die kolonialen Bestrebungen, S. 277; (ders.): Die kolonialen Bestrebungen des deutschen Imperialismus, S. 887; Kundrus: Moderne Imperialisten, S. 77; Hartwig: Art. Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 730.

1655 *Siehe S. 253 ff.*

1656 Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 130; vgl. auch Laak: Afrika vor den Toren, S. 95; Conrad/ Osterhammel: Einleitung, S. 17 f.

1657 *Siehe S. 141-149 und S. 161-165*; vgl. auch Stuchtey: Zeitgeschichte und vergleichende Imperiengeschichte, S. 329.

1658 Siehe Campbell: New Zealand and the Mau in Samoa.

1659 [Schnee, Heinrich]: Die Mau-Revolte in Samoa. Bericht über Unruhen in der ehem. deutsch[en] Kolonie Samoa im Jahre 1928, Apia-Samoa, 3/6.[19]28 (Abschrift), in: GStA PK, VI. HA: Nachlässe, Nl. Heinrich Schnee, Nr. 24: Heinrich-Schnee-Archiv. Bd. 2: Aufzeichnungen, Berichte Nr. 27-72, Bl. 1-Bl. 8, hier Bl. 1. Auch das folgende Zitat ebd.

1660 Ebd., Bl. 5. Auch die folgenden Zitate ebd.

Umgang der neuen Mandatsregierung mit den vormaligen „deutschen Gouvernementsverordnungen“, die „*meist* in weiser Fürsorge zum *alleinigen Wohl der Eingeborenen* erlassen waren [H. d. A., RF].“[1661] Die neue Regierung habe es unterlassen, in der ehemaligen Kolonie „den Willen der Regierung in schneidiger Rede und nicht misszuverstehender F[or]m zum Ausdruck zu bringen“ und übe sich stattdessen in „Teetischkonversation“, um Konflikte beizulegen.Dies habe dazu geführt, „dass die Samoaner immer unverschämter gegen die Weissen wurden […].“ Es mangele ihnen folglich an „Achtung für die weisse Rasse“, da im Weltkrieg „Neger gegen Europäer im Kriege ins Feld“ geführt worden seien.[1662] Und ebenso wehmütig wie bezeichnend äußerte sich Schnee: „Man hat unter diese *Südseekinder* den Keim des Aufruhrs gebracht und derjenige, der in *früheren, glücklicheren* Zeiten unter ihnen weilte, kennt sie nicht wieder [H. d. A., RF].“ Damit dort alles wieder „‚tadellos funktioniere‘“, solle man „zu anderen, wirksameren Mitteln greifen […].“[1663] Unter samoanischer Selbstverwaltung drohe dagegen nur „Misswirtschaft“.[1664] Fatalistisch schloss Schnee über die Zukunft der Bevölkerung Samoas: „Ihr Geschick wird *immerdar*, wenn auch später in lockerer Form an die *ihnen Schutz gewährende* europäische Nation, sei es Grossbritanien [sic!], sei es eine andere, gebunden sein [H. d. A., RF].“ Neben dem unübersehbaren Rassismus und Paternalismus schwangen subkutan in all diesen Vorstellungen auch noch Reste einer fortschrittsgläubigen Modernisierungserzählung mit, die durch das Ende deutscher Kolonialherrschaft in Gefahr geraten sei.[1665]

All dies zeigt zwar eindrücklich den Rassismus der DKG-Führung, lässt aber dessen Verhältnis zum Nationalismus noch im Dunkeln. Wie Sandra Maß in ihrer verdienstvollen Studie herausgearbeitet hat, ergab sich gerade aus der Entgegensetzung der beiden propagandistischen Stereotype des ‚treuen Askari‘ und des ‚schwarzen Kolonialsoldaten‘ durchaus Konfliktpotential zwischen rassistischen und nationalistischen Deutungen:

> „Während die eine propagandistische Erzählung die Besetzung des Rheinlands durch marodierende und vergewaltigende Horden afrikanischer Soldaten beklagte, popularisierte die andere die Legende der ungeschlagenen deutschen Armee in Deutsch-Ostafrika, die mit loyalen und treuen afrikanischen Soldaten gegen eine Übermacht von Alliierten bestanden

[1661] Ebd., Bl. 6. Auch die folgenden Zitate ebd.
[1662] Ebd., Bl. 7. Auch das folgende Zitat ebd.
[1663] Ebd., Bl. 7 f.
[1664] Ebd., Bl. 8. Auch das folgende Zitat ebd.
[1665] Vgl. Speitkamp: Kolonialherrschaft und Denkmal, S. 173 und S. 182.

hätte. [Außerdem, RF] fungierte der afrikanische Soldat in beiden Diskursen als Spiegel weißer, kolonialer und soldatischer Männlichkeit.“[1666]

Das Bild ‚des Afrikaners‘ schwankte in der Weimarer Republik somit zwischen Angst und Sentimentalität.[1667] Angst wurde dabei besonders gegenüber den französischen Kolonialtruppen geschürt, während das Verhältnis zur ehemals eigenen Kolonialbevölkerung romantisiert wurde – solange diese möglichst *nicht* nach Europa kamen. Verdrängt wurden bei dieser Romantisierung besonders die jahrelangen Diskussionen um ‚Mischehen‘.[1668]
Das Bild des Askaris jener Zeit war demzufolge das des seinem *weißen Herrn* treuen Dieners, der den imperialen Machtapparat *in den Kolonien* absicherte.[1669] Diese gerade auch geografisch klar fixierte, weil abgegrenzte ‚Rassenordnung‘ geriet durch die Migration beider Formen des afrikanischen Kolonialsoldaten nach dem Ersten Weltkrieg in eine tiefe Krise.[1670]
Dabei war die französische Politik in dieser Frage selbst von widersprüchlichen Interessen gekennzeichnet. Da im Vergleich zu Deutschland hier sowohl die Geburtenrate als auch das Bevölkerungswachstum seit Längerem stagnierte, rekrutierte die französische Kolonialmacht verstärkt (und zwangsweise) Truppen in ihren Kolonien in Afrika und Südostasien.[1671] Andererseits war auch in der französischen Gesellschaft jener Zeit der Rassismus virulent und die pure Anwesenheit von Kolonialtruppen galt als Affront.[1672] Bereits während des Krieges wurde peinlich genau auf rassistische Segregation zwischen ‚weißen‘ und ‚farbigen‘ französischen Truppen geachtet.[1673] Die nach dem Krieg erfolgte Stationierung der letztgenannten Soldaten bot der französischen Regierung somit die Möglichkeit, diese vom imperialen Mutterland möglichst fernzuhalten, die Einhaltung der Friedensbedingungen des ehemaligen deutschen Feindes zu überwachen und zugleich französische Soldaten demobilisieren zu können. Dabei war die deutsche Kampagne dagegen zwar heftig – vor allem wegen ihres extremen Rassismus – aber zeitlich begrenzt.[1674] Sie hob im März 1920

[1666] Vgl. Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 3.
[1667] Vgl. Wildenthal: German Women for Empire, S. 174. Dort auch das folgende Argument.
[1668] *Siehe S. 182 f.*
[1669] Vgl. Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 3.
[1670] Vgl. zum Kontext Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 76, S. 79 ff. und S. 87 f.
[1671] Vgl. ebd., S. 76 ff. und S. 80 f.
[1672] Vgl. ebd., S. 79. Auch die folgenden Argumente ebd.
[1673] Diese Praxis setzte sich auch während der Rheinlandbesatzung fort. Während die Kolonialsoldaten in ehemaligen deutschen Kasernen untergebracht wurden, wurden ihre ‚weißen‘ Offiziere bei Privatpersonen einquartiert. Vgl. ebd., S. 81.
[1674] Allerdings war sie dafür räumlich *entgrenzt*. Das AA selbst unterstützte über seine diplomatischen Vertretungen die Internationalisierung dieser rassistischen Propagandakampagne. Eine weitere Säule dieser Propaganda waren die ‚auslandsdeutschen‘ Organisationen. Vgl. ebd., S. 83-89.

aufgrund eines Konflikts zwischen Kolonialtruppen und der Bevölkerung Frankfurt a. M. an und ebbte mit deren weitgehendem Abzug bis März 1923 wieder ab.[1675]

Durch die Stationierung afrikanischer Soldaten durch Frankreich an Rhein und Ruhr sei nicht nur die ‚Rassenordnung' bedroht, sondern auch die Sexualordnung. Durch die afrikanischen Besatzungssoldaten drohten laut Heinrich Schnee die „schwersten Gefahren für die Zukunft der weißen Rasse".[1676] Schubert schließt daraus: „Die sexuelle Beherrschung ‚weißer Frauen' auf deutschem Boden durch den als ‚minderwertig' klassifizierten ‚Neger' wurde als die extremste Bedrohung des rassistischen Selbstverständnisses wahrgenommen […]."[1677] Laut der DKG-Leitung habe bereits der Weltkrieg durch die „Verwendung von schwarzen Truppen […] gegen Weiße dem Ansehen der weißen Rasse geschadet […]."[1678] Eine frühe Variation dieses Arguments lautete, dass die Alliierten durch ihre herabwürdigende Behandlung der Deutschen in deren ehemaligen Kolonien ebenfalls „das Prestige der weißen Rasse in Afrika insgesamt" herabgesetzt hätten.[1679] Somit hatte auch die immer wieder beschworene ‚Treue der Askari' klar ihre Grenzen – sie sollte ‚untertänig' und rassistisch abgegrenzt sein.[1680] Jene ‚Treue' war dabei ein rein taktisches Argument, welches beispielsweise auch im Völkerbund zum Einsatz kam.[1681] Einerseits forderte die DKG hier „das Recht der Eingeborenen-bevölkerung zu unmittelbarer Beschwerdeführung", um sich im selben Atemzug aber sogleich für „den Erlaß von Bestimmungen zur Wahrung der Rechte der weißen Bevölkerung" einzusetzen.[1682] Statt der „angebliche[n] der Eingeborenen und ihres Rechtes der Selbstbestimmung" sei in den Augen des Verbands vielmehr das „Selbstbestimmungsrecht[] des deutschen Volkes" unbedingt höher zu veranschlagen.[1683]

[1675] Vgl. ebd., S. 81 f. Weitere Faktoren dafür waren der Regierungsantritt Gustav Stresemanns sowie die Aufgabe des passiven Widerstandes gegen die Ruhrbesetzung. Vgl. ebd., S. 99 f.

[1676] Zitiert nach Schubert: Der schwarze Fremde, S. 320, Anm. 54. Dort auch weitere Zitate, die die Agressivität kolonialrevsionistischer Akteure belegen, sobald ihr fragiles Ideal der ‚Rassen- und Geschlechterordnung' ins Wanken geriet.

[1677] Ebd., S. 320. Auch die folgenden Argumente ebd.

[1678] Die wesentlichen Gründe der Gegner einer aktiven deutschen Kolonialpolitik und ihre Widerlegung, in: PA AA, R 28601: Büro Reichsminister, Akten betreffend: Kolonien, Bd. 2: 28.1.1930-16.7.1935, Bl. D625800-Bl. D625804, hier Bl. D625802. Vgl. auch Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 85 f.; S. 92 f., S. 95, S. 127 f., S. 170, S. 190, S. 213 f., S. 260-266 und S. 278 f.; Rüger: Die kolonialen Bestrebungen, S. 245.

[1679] Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. [25]; vgl. auch Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 68 f.; Laak: Afrika vor den Toren, S. 108. Vgl. zur rassistischen kriegsvorbereitenden Propaganda der DKG seit der zweiten Marokkokrise (1911): Hartwig: Art. Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 734.

[1680] Vgl. Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 158-169.

[1681] Siehe zur Rolle ehemaliger deutscher Kolonialbeamter bei dieser Lobbyarbeit nun Wempe: From unfit Imperialists.

[1682] Duems, Erich: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (1919-1932), in: (ders.)/ Stuemer, Willibald von: Fünfzig Jahre Deutsche Kolonialgesellschaft 1882-1932. Berlin 1932, S. 57-115, hier S. 71.

[1683] Ebd., S. 110.

Gegenüber den Askari inszenierten sich die deutschen Soldaten selbst mit der „väterliche[n] Autorität des weißen Patriarchen“[1684] bzw. er herrschte hier ein „Herr- und Knecht-Verhältnis“.[1685] Die ‚Erziehung der Eingeborenen‘[1686] durfte auf keinen Fall die *Grenze zwischen Ungleichheit und Gleichheit* überschreiten – und eben möglichst auch nicht die räumlichen Grenzen nach Europa.[1687] Dies war keine Extremposition, die sich nur vorübergehend während der deutschen Proteste gegen die Besatzungstruppen im Westen des Reiches lautstark äußerte.[1688] Vielmehr handelte es sich auch hier um den Zeitgeist.[1689]
Seinen Ursprung hatten solche rassistischen Stereotype in den ungleich deutlicher ausgeprägten sozialdarwinistischen Diskussionen der deutschsprachigen Siedlergesellschaften Afrikas.[1690] In der Gesellschaft der Weimarer Republik war allerdings die Idee der ‚Kulturmission‘ insgesamt verbreiteter, da sie von der ‚Erziehbarkeit‘ des Menschen ausging.[1691] Im Unterschied dazu zeigt sich an diesem Beispiel aber, dass der Rassismus für die DKG ein konstitutives Element war und eben keines einer ‚extremen‘ Minderheit innerhalb des Verbands. So protestierte der DKG-Ausschuss im Juni 1921:

> „Die […] Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft erblickt in der Besetzung des Rheinlandes durch farbige Truppen eine schwere Gefahr für die rheinische Bevölkerung und die ganze weiße Rasse. Die militärische Verwendung Farbiger gegenüber einem hochstehenden Kulturvolk schlägt aller kolonialen Erfahrung ins Gesicht. Die deutsche Kolonialgesellschaft erhebt daher im Namen der Menschlichkeit […] Protest.“[1692]

Künftige Forschungen könnten in diesem Kontext z.B. danach fragen, welchen Einfluss Vertreter der zu der Zeit noch als anerkannte Fachdisziplin geltenden ‚Rassenhygiene‘ auf die

---

1684 Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 161.
1685 Ebd., S. 181.
1686 Maß weist darauf hin, dass sich diese Denkfigur bis in die Pädagogik des 18. Jahrhunderts zurückverfolgen lässt. Auch diese erzog die Kinder ja explizit zu *bürgerlichen* Subjekten. Zu dieser Zeit war die frühe pädagogische Diskussion noch davon geprägt, dass (zumindest idealiter) alle Menschen unabhängig von der ‚Hautfarbe‘ diesen Status durch erziehung erlangen könnten. Vgl. ebd., S. 202, Anm. 291.
1687 Vgl. ebd., S. 70, S. 195 ff. und S. 208 ff.; Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 298.
1688 Die Truppen stammten dabei überwiegend aus den französischen Kolonien des Maghreb, Westafrikas, Madagaskars und Südostasiens. Vgl. Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 80 ff.; Baranowski: Nazi Empire, S. 113.
1689 So hält der Bochumer Genozidforscher Mihran Dabag in seiner Auseinandersetzung mit den Positionen des liberalen Kolonialpolitikers Wilhelm Solf fest: „Trotz der ihm zugeschriebenen Humanität gewinnt der ‚Eingeborene‘ bei Solf nie den Status eines rechtlichen Subjekts, er wird nicht einmal zum akzeptierten geschichtlichen Individuum.“ Dabag: National-koloniale Konstruktionen, S. 36.
1690 Vgl. Schubert: Der schwarze Fremde, S. 299-306.
1691 Vgl. ebd., S. 337 f., Anm. 125.
1692 Zitiert nach Hartwig: Art. Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 740. Vgl. auch Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 68 ff.

DKG im Besonderen und auf wissenschaftlich-gesellschaftliche Diskussionen im Allgemeinen in der Weimarer Republik ausübten.[1693]

Anhand der skizzierten Propaganda um die Rheinlandbesetzung durch französische Kolonialtruppen galt Deutschland nicht nur DKG-Mitgliedern quasi über Nacht von der einstigen Kolonialmacht zu einer Kolonie von Frankreichs Gnaden herabgewürdigt.[1694] Diese Besatzung galt ebenso als eine „Umkehrung des kolonialen Herrschaftsverhältnisses".[1695] Verschärft wurde dies durch die vielfältige Propaganda auch der DKG, die die französischen Kolonialsoldaten als Vergewaltiger darstellten,[1696] die die deutschen Frauen schändeten und damit zugleich auch die ‚Ehre der Nation'.[1697] Zugleich galten in den Augen der Koloniallobby Liebesbeziehungen zwischen jenen Soldaten und deutschen Frauen als ein Unding. In dieser Perspektive galten die Letztgenannten nicht als ‚wehrlose Opfer', sondern als ‚Verführerinnen', was zu sexueller (und somit immer auch ‚rassischer') Degeneration führe.[1698] Sie wurden öffentlich diffamiert, erniedrigt und angeprangert. Kinder, die aus diesen Beziehungen hervorgingen, wurden später unter den Nazis sterilisiert.[1699] Allerdings reichen entsprechende Überlegungen bereits bis in die Weimarer Republik zurück und wurden zum Gegenstand informeller behördlicher Diskussionen.[1700] Der Grund dafür war ebenso rassistisch wie auch zynisch:

> „Die afrodeutschen Kinder blieben […] das sichtbarste Zeichen der als ‚Schmach' interpretierten Nachkriegsbedingungen: Sie erinnerten an den verlorenen Krieg, an die Besatzung durch afrikanische Soldaten, die die Deutschen als ‚Unzivilisierte' und ‚Halbmenschen' bezeichneten, und die durch ihre Anwesenheit in Deutschland stets daran erinnerten, dass Deutschland keine Kolonialmacht mehr war."[1701]

1693 Vgl. Wildenthal: German Women for Empire, S. 148 f.

1694 Vgl. Baranowski: Nazi Empire, S. 113 ff.

1695 Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 111.

1696 „[Es] wurde nicht die Vergewaltigung an sich selbst beklagt – dafür war sie als Praxis weißer Männer *viel zu akzeptiert* – sondern die *Überschreitung der sozialen Grenze*, einer ‚rassischen' Grenze, wie sie *von den Kolonialisten* festgelegt worden war. Der Zugang zur weißen Frau, dem Herz der europäischen Familie und Nation, war die *gröbste Grenzverletzung* sowohl der kolonialen Gesellschaft wie in den kolonialen Imaginationen [H. d. A., RF]." Ebd., S. 198; vgl. auch Wildenthal: German Women for Empire, S. 187.

1697 Vgl. Baranowski: Nazi Empire, S. 113 ff.; Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 194 f.

1698 Vgl. ebd., S. 103 f. und S. 212 f. Die (bürgerlichen) Ängste vor Degeneration lassen sich ebenfalls weit bis mindestens ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen. Eine Antwort darauf waren die zahlreichen Sittlichkeitsvereine, die ein sehr weites Spektrum an Themen und Maßnahmen umfassten. Siehe Große/ Spöring/ Tschurenev (Hg.): Biopolitik und Sittlichkeitsreform.

1699 Siehe Pommerin: Sterilisierung der Rheinlandbastarde.

1700 Vgl. ebd., S. 29-32; Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 210-213.

1701 Ebd., S. 120.

Dass es sich bei der Kampagne gegen jene „Schmach“ wirklich um eine Propagandakampagne handelte, die beispielsweise auch vom AA schlichtweg als *ein* Mittel benutzt wurde, deutsche Interessen gegenüber dem ehemaligen Kriegsgegner Frankreich (unter Nutzung internationalen Drucks) auszuüben, kann an zwei Punkten verdeutlicht werden. Einerseits meldete beispielsweise ein Kontaktmann dem AA im Mai 1920: „‚Nach Erledigung der ‚schwarzen Schmach‘ würde es sich empfehlen, einen Feldzug gegen das blühende französische Dirnenwesen zu eröffnen.‘“[1702] Andererseits berichteten auch schon zeitgenössische Stimmen vor Ort, dass die Beziehungen zwischen deutschen Frauen und den Kolonialsoldaten sich keineswegs im Sinne der rassistischen Propaganda ausnahmen, sondern vielmehr normale Beziehungen entstanden seien.[1703] Somit ist Maß in ihrer Einschätzung zuzustimmen, wenn sie resümiert: „Der politisch aktive Teil der deutschen Nachkriegsgesellschaft benutzte die afrikanischen Besatzungssoldaten als *Medium*, um Kriegserfahrung, Niederlage und gesellschaftliche Veränderungen zu bekämpfen [H. d. A.,RF].“[1704] Anders formuliert war es eben eine Form des ‚Nachkriegs‘, die zwischen einer ‚verhinderten‘ und einer reellen Kolonialmacht geführt wurde – auf dem Rücken der Kolonialsoldaten *und* ihrer Kinder. Diese galten der deutschen Propaganda „als eine zweite Besatzungsmacht, deren massive Präsenz die ‚weiße Rasse‘ vernichten würde, wenn man sich nicht entsprechend gegen sie verteidige.“[1705]

Allerdings lassen sich die kolonialpolitischen Diskussionen der Zwischenkriegszeit nicht nur auf diesen zweifelsohne massiven Rassismus reduzieren. So war dies auch die Zeit, in der die Folgen der Dekolonisation einer ehemaligen Großmacht (nämlich Deutschland) auf anderen Ebenen als der der militärischen Zwangsmigration qua Besatzungstruppen zurückwirkten. Die Wahrnehmung dieser Folgen schwankte zwischen Verachtung und Bewunderung. So imponierten besonders dem im Dezember 1920 zum deutschen Botschafter in Japan ernannten Wilhelm Solf die Unabhängigkeitskämpfe in Asien.[1706] Auf der anderen Seite warfen sich sowohl die verbliebenen als auch die ehemaligen Kolonialmächte gegenseitig vor, in den jeweils anderen Kolonien nicht nur nationalistische Unabhängigkeitsbewegungen zum Zwecke der politischen Destabilisierung zu unterstützen, sondern dazu auch noch insgeheim

[1702] Zitiert nach ebd., S. 108. Bemerkenswert ist hierbei, dass bereits zwei Monate(!) nach Beginn dieser Kampagne in einem sehr instrumentellen Sinne bereits über deren Ende und dem Übergang zu einem neuen nationalistischen Mobilisierungsthema sinniert wurde.
[1703] Vgl. ebd., S. 107-111.
[1704] Ebd., S. 105.
[1705] Ebd., S. 213.
[1706] Vgl. Rüger: Die kolonialen Bestrebungen, S. 262.

mit der Sowjetunion gemeinsame Sache zu machen.[1707] Dabei wurde die Unterstützung der Dekolonisationsbewegungen von Seiten der Sowjetunion zeitgenössisch sehr überschätzt.[1708] Zwar akzeptierte die DKG in diesem Kontext die Unabhängigkeitsbestrebungen der „Inder, Araber, Aegypter", doch sei von einer Unterstützung abzusehen, „solange das Britische Reich besteht".[1709] Denn ansonsten würde man „die koloniale Sache schwer schädigen", da man sonst das britische Empire gegen sich aufbringe und sich selbst somit um außenpolitische Optionen bringe. Dagegen vertrat der Verband wie bereits gezeigt aber gerade gegenüber der Bevölkerung des subsaharischen Afrikas einen ‚entzeitlichten', paternalistischen Rassismus, der im Grunde jegliche Entwicklung im Sinne einer sendungsideologischen ‚Kulturmission' negierte.[1710] Doch gerade dieses Argument bemühte die DKG auf der anderen Seite laufend als Grund für die Notwendigkeit der Wiedererlangung der Kolonien. Hinter diesem Widerspruch verbarg sich die Legitimation der DKG nach außen (‚Kulturmission der Eingeborenen') und ihrer eigentlichen Zielstellung, nämlich explizit ‚weiße' Siedlungskolonien zu errichten.[1711] In diesem Denken musste die Organisation von Afrikanerinnen und Afrikanern in Deutschland in eigenen Interessenverbänden als unerhörte Provokation wirken, die komplett konträr zum jahrzehntelang propagierten Bild des ‚unmündigen Eingeborenen' lag.[1712] Man wird diese Argumentation einfach als rassistischen deutschen Herrenstandpunkt kennzeichnen dürfen. Dem aus Uganda stammenden Historiker

---

[1707] Vgl. Dok. Nr. 4: Der Präsident der deutschen Kolonialgesellschaft Seitz an den Reichsminister des Auswärtigen Stresemann; Berlin, den 4. Juli 1927, in: ADAP 1918-1945, Reihe B.: 1925-1933. Bd. 6: 1. Juli bis 30. September 1927. Göttingen 1974, S. 6-11, hier S. 7 und S. 11; Schnee: Aufzeichnung betreffend koloniale Fragen (a. a. O.), Bl. 4 f. Vgl. auch Rüger: Die kolonialen Bestrebungen, S. 245 ff.; Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 413.

[1708] Vgl. zum Verhältnis zwischen der Sowjetunion und den antikolonialen Bewegungen in der Zwischenkriegszeit Hakim: Pan-Africanism and Communism; Petersson: History, Transnational Connections and Anti-Imperial Intentions, S. 689-694. Vgl. zu den parteigebundenen linken Aktivitäten in Deutschland Rüger: Die kolonialen Bestrebungen, S. 253-257, S. 263-267 und S. 275 ff..

[1709] Schnee: Aufzeichnung betreffend koloniale Fragen (a. a. O.), Bl. 1. Dort auch das folgende Zitat.

[1710] Vgl. auch Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. [24]; Rüger: Die kolonialen Bestrebungen des deutschen Imperialismus, S. 887.

[1711] *Siehe nochmals S. 141-149 und S. 161-165.*

[1712] Siehe Gerbing: Afrodeutscher Aktivismus. Mit dieser Paraphrase des ‚Eingeborenen'-Begriffs möchte Ich auf die zeitgenössische Sicht hinweisen, die ich mir desweiteren nicht für diese Studie zu Eigen mache, da sie „rassifizierende und alterisierende Assoziationsketten von Primitivität und Rückschrittlichkeit" bedient und fortschreibt: Ofuatey-Alazard: Art. ‚Eingeborene_r'. Außerhalb der Sprache der Quellen wird deswegen entweder von der ‚afrikanischen Bevölkerung' oder den ‚ehemals Kolonialisierten' die Rede sein, um ihre Abhängigkeit von staatlichen Erfassungs- und Kontrollregimen sowohl während als auch nach dem deutschen Kolonialreich zu betonen. Siehe zum letztgenannten Punkt Bechhaus-Gerst/ Klein-Arendt (Hg.): Die (koloniale) Begegnung. Der ebenfalls problematische Begriff „Bevölkerung" wird hier aus Mangel an Alternativen präferiert. Der Begriff erweist sich seiner Genese nach seit dem 18. Jahrhundert immer wieder als Synonym für staatliche Regulierungspolitiken politischer Kollektivität. Vgl. Jureit: Das Ordnen von Räumen, S. 8. Wie bei vielen Begriffen, die aus staatlichem Handeln heraus entstanden sind, lädt der Begriff geradezu dazu ein, die Rolle des Staates dabei konsequent auszublenden, statt sie klar zu problematisieren. Vgl. auch Fenske: Vom ›Randphänomen‹ zum ›Verdichtungsraum‹, S. 112 ff.

Mathias Rwankote ist hier völlig zuzustimmen: „Das deutsche Konzept von Rassensuperiorität und von Stärke, das die Schwachen und Besiegten zu einem ewigen Untertan[en]-Status verdammte, wurde gerade in den Kolonien am Ausgeprägtesten praktiziert.“[1713] Der Gedanke einer durch ‚weiße‘ Siedlungskolonien in Afrika gefestigten deutschen Herrschaft in Afrika und die Angst vor sowjetischer Unterwanderung verweist darauf, dass dieser Form kolonialer Herrschaft bei allem Rassismus auch immer eine Klassenfrage innewohnte, wie Lerp herausarbeitet:

> „Hinter der Angst vor der ‚Verkafferung‘[[1714]] [der ‚weißen‘ Siedler und Siedlerinnen, RF] steckte […] auch die Angst vor einer Verarmung und damit dauerhaften finanziellen Abhängigkeit der Landbevölkerung in den Grenzräumen, die unter dem Stichwort der ‚Proletarisierung‘ verhandelt wurde […] Eine deutsche Arbeiterklasse […] sollte in den Grenzräumen keinen Platz finden.“[1715]

Denn seit dem Kaiserreich herrschte sowohl in den afrikanischen Kolonien als auch in den preußischen Ostprovinzen Arbeitskräftemangel. Die fehlenden staatsbürgerlichen Rechte der Bevölkerung vor Ort führten zur Ethnisierung (bzw. in Afrika: Rassifizierung) der entstehenden Klassenunterschiede, da die deutschen ‚Herren‘ mit eben jenem Verweis auf die ‚deutsche Nation‘ oder ‚weiße Rasse‘ Forderungen nach Gleichbehandlung abwiesen.[1716] Zugleich wurde die deutsche Migration nach 1918 in die ehemaligen Kolonien beispielsweise in Südwestafrika auch von der nunmehr dort herrschenden südafrikanischen Regierung nicht nur an für jene Zeit noch selbstverständlichen rassistischen, sondern eben auch klassenpolitischen Bedingungen geknüpft. Einwanderer sollten genügend Eigenkapital mitbringen und gut ausgebildet sein.[1717] Damit verschob sich der Schwerpunkt der deutschen Migration zwangsweise von der Quantität hin zur Qualität.[1718] Ansonsten drohte „die so wichtige Distanz von Kolonialherren und Kolonisierten“ zunehmend abzunehmen. Und dies lag weder im rassistischen Interesse der DKG als auch der südafrikanischen Regierung.

Neben dieser ‚fundamentalistischen‘ Linie in der deutschen Kolonialbewegung, die keinesfalls am Anspruch direkter kolonialer Herrschaft zu rütteln bereit war, gab es auch eine

---

[1713] Rwankote: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik, S. 82.
[1714] Siehe Axster: Die Angst vor dem *Verkaffern*; vgl. auch Walgenbach: „Die weisse Frau […]“, S. 193 ff.
[1715] Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 186 und S. 190; vgl. auch Kundrus: Moderne Imperialisten, S. 70; Laak: Afrika vor den Toren, S. 100.
[1716] Vgl. Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 67-70, bes. S. 70.
[1717] Vgl. Eberhardt: Zwischen Nationalsozialismus und Apartheid, S. 142 f. und S. 147 f.
[1718] Vgl. ebd., S. 151. Dort auch das folgende Zitat.

flexiblere Strömung, die allerdings minoritär blieb. Sie bemühte sich um die Förderung der Dekolonisationsprozesse bei den ehemaligen Kriegsgegnern. Damit wollte man die Kriegsniederlage im Sinne eines „ethischen Imperialismus“[1719] nicht nur im Nachhinein noch in einen moralischen Sieg ummünzen, sondern zugleich Ansehen bei der Bevölkerung der entsprechenden Kolonien gewinnen.[1720] Wenn man so will, handelte es sich dabei um eine Form eines ‚moralischen Nachkriegs‘. Allerdings blieb es aufgrund des arg eingeschränkten Handlungsspielraums der DKG nach 1918 weitgehend bei derartigen Überlegungen. Für deren praktische Umsetzung (beispielsweise durch verdeckte Subventionierung entsprechender Organisationen in den britischen Kolonien in Afrika) dürfte schlicht das Geld gefehlt haben.[1721] Eine radikale Minderheit des sogenannten ‚linken Flügels‘ des Faschismus[1722] um die Gebrüder Strasser vertrat gar die Idee des ‚Befreiungs-nationalismus‘.[1723] Zu diesem Zweck sollte von jeglichem deutschen Kolonialbesitz abgesehen werden, „um die farbigen Rassen gegen die Entente ausspielen zu können.“[1724] Doch dies blieb eine absolute Minderheitenposition. Paradoxerweise knüpften erst die Nazis wieder an die seit dem Ersten Weltkrieg praktizierte Form der antikolonialen Propaganda an, um im Zweiten Weltkrieg die alliierten kolonialen Machtpositionen zu schwächen.[1725]

Im Hinblick auf Polen kann von solch unterschiedlichen Positionen innerhalb des DO allerdings keine Rede sein. Zu weit griff die Verbitterung über den als Emporkömmling geschmähten, wiedererrichteten polnischen Staat *gerade* in diesem Verband um sich.[1726] Besonders in der polnischen „Verdrängungspolitik“[1727] gegenüber den deutschen Minderheiten sah der Verband ja ein Hauptmotiv, um die seit dem 19. Jahrhundert geläufige Denkfigur eines ‚Nationalitätenkampfes‘ zu nähren. Das fügte sich auch in die größere außenpolitische Konzeption der Reichsregierung ein, die von einer deutsch-polnischen Verständigung nichts wissen wollte. Ansätze für eine solche Verständigung blieben während der Republik die Sache von katholischen bzw. pazifistischen Gruppen.[1728] Im Alltag und vor

---

[1719] Siehe Petzold: „Ethischer Imperialismus“.
[1720] Vgl. Laak: Afrika vor den Toren, S. 101.
[1721] Allerdings ist nicht auszuschließen, dass beispielsweise in afrikanischen Archiven noch durchaus Quellen lagern könnten, die von einem starken Engagement lokaler deutscher Akteure zeugen könnten, wobei aber eine großangelegte Subventionierung durch die deutsche Außenpolitik mehr als unwahrscheinlich ist.
[1722] Vgl. kritisch dazu Fenske: Vom ›Randphänomen‹ zum ›Verdichtungsraum‹, S. 30, Anm. 126.
[1723] Vgl. Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 237-247; Laak: Imperiale Infrastruktur, S. 215, Anm. 81.
[1724] [Heinrich Schnee[?] an den Reichsminister des Auswärtigen]; Norderney, den 3.9.1925, in: PA AA, R 28600: Büro Reichsminister, Akten betreffend: Kolonien, Bd. 1: 1.2.1921-29.1.1930, Bl. D625501.
[1725] Siehe Goldenbaum: Nationalsozialismus als Antikolonialismus.
[1726] *Siehe S. 240.*
[1727] Brandes: Deutsche aus Polen, S. 161.
[1728] Siehe Schumann: Initiativen deutscher Pazifisten; vgl. auch Fischer: Die deutsche Publizistik, S. 163-181; Riesenberger: Die katholische Friedensbewegung, S. 231-241.

Ort war von jenem ‚Nationalitätenkampf' allerdings kaum etwas durchgedrungen. Hier dominierte eher das normale menschliche Miteinander unabhängig von der Nationalität.[1729]
Insgesamt betrachtet kann hier das bereits von Lerp für die Zeit des Kaiserreichs entworfene Bild bestätigt werden: die polnische Bevölkerung galt zwar seit dem Kaiserreich auf einer niederen „‚Kulturstufe'" stehend, ihr wurde aber nicht grundsätzlich die Entwicklungsmöglichkeit bestritten.[1730] Vor dem Hintergrund des deutschen Genozids an den Herero und Nama und dessen Deutung als Akt des Darwinismus[1731] galten Afrikaner und Afrikanerinnen auch in der Verbandspublizistik gerade der DKG denkbar wenig. Dabei können zwei ungefähre Zeitabschnitte voneinander abgehoben werden: einerseits die unmittelbare Nachkriegszeit bis etwa zur Rheinlandbesetzung, andererseits die Zeit bis in die frühen 30er Jahre. Während im erstgenannten Zeitraum der afrikanischen Bevölkerung noch vor dem Hintergrund der sogenannten ‚Kolonialschuldlüge' eine Funktion als ‚argumentative Verhandlungsmasse' zukam,[1732] fiel diese Funktion bereits ab 1920 zunehmend weg.
Denn durch die Besetzung des Rheinlandes u.a. durch französische Kolonialtruppen fühlten sich besonders die DKG-Angehörigen nicht mehr als Kolonisierende, sondern als Kolonisierte. Mit den sozioökonomischen Krisen der Weimarer Republik wurde ebenso wieder an den alten Gedanken des Siedlungskolonialismus als umfassend verklärtem Lösungskonzept für verschiedenste Krisen der ‚Moderne' angeknüpft. Insofern diese Siedlungskolonien in Afrika entstehen sollten, waren sie ganz eindeutig rassistisch konnotiert – im Sinne einer darwinistischen Gesellschaftskonzeption war für die afrikanische Bevölkerung offenbar hierbei kein Platz vorgesehen.[1733] Die polnische Bevölkerung in der Weimarer Republik besaß dagegen nicht selten die deutsche Staatsbürgerschaft und machte auch davon Gebrauch, um beispielsweise vor Gerichten für ihre Rechte zu streiten.[1734] Ihnen wurde zumindest immer die ‚Möglichkeit' der Assimilation ‚eingeräumt', weniger euphemistisch formuliert wurde damit von ihnen verlangt, mindestens die deutsche statt der

[1729] Vgl. Niendorf: „So ein Haß war nicht", S. 26-32.
[1730] Vgl. Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 335 und ferner S. 115.
[1731] *Siehe S. 219 f.*
[1732] Um keinesfalls hier missverstanden zu werden: eine solche de-humanisierende, zynische Perspektive entsprach dem Denken der Zeit und keineswegs meinen eigenen Interpretationen. Hier kann nur nochmals wiederholt werden, dass die Rede von einer angeblich gelungenen deutschen kolonialen ‚Zivilisierungsmission' sich zuvorderst an die westlichen Kolonialmächte richtete. Von ihnen erwartete und erbittete man auf diesem Wege die Wiedereinsetzung in die verlorenen ‚kolonialen Rechte'. Dieser Diskurs war also einer *über* die afrikanische Bevölkerung, keiner *mit* ihr. *Siehe S. 164.*
[1733] *Siehe S. 49 f., S. 136, S. 164, S. 183, S. 243, S. 245 f., S. 251, S. 301 und S. 324.*
[1734] Vgl. Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 335.

polnischen Sprache zu sprechen.[1735] Vergleichbares war für die Koloniallobby insgesamt bezüglich der afrikanischen Bevölkerung völlig ausgeschlossen: „Das deutsche System [des Kolonialismus, RF] […] war der Rassemischung abgeneigt und dachte nicht daran, die Eingeborenen zu Deutschen machen zu wollen.“[1736]

2.4. Von der späten Weimarer Republik zum Faschismus

2.4.1. Status und Rolle der Verbände in der Weimarer Politik

Während in den vorangegangenen Kapiteln das jeweilige Verbandsleben im Vordergrund des Interesses standen, soll diese ‚Binnenperspektive‘ nun durch den politikhistorischen Kontext ergänzt werden. Erst so wird es möglich, den Stellenwert beider Verbände in der Politik der Weimarer Republik genauer zu bestimmen. Verhandelt wird somit die Frage nach der „Hereinnahme der Verbände in das Herrschaftssystem und ihre Einbeziehung in die politischen Entscheidungsprozesse.“[1737] Um eben diese Prozesse überhaupt effektiv beeinflussen zu können, war zunächst schlichtweg die räumliche Nähe zu ihnen wichtig. So verwundert es nicht, dass beide Verbände in Berlin ihre Zentralen hatten,[1738] da die Weimarer Republik eine Zentralisierung politischer Entscheidungen erlebte.[1739]

Es wurde bereits gezeigt, dass der DO primär als eine Entschädigungsorganisation infolge des Ersten Weltkriegs gegründet wurde.[1740] Es lassen sich aber zumindest zwei Argumente anführen, warum ihm dieses Aufgabenfeld bald nicht mehr genügte. Erstens erledigte er durch den Geschäftsgang einer halboffiziellen Stelle die Anträge auf Entschädigungen, bis diese

[1735] Vgl. Ther: Imperial instead of National History, S. 56; Dyroff: Erinnerungskultur im deutsch-polnischen Kontaktbereich, S. 424.

[1736] Schnee, Heinrich: Leistungen und Ziele der deutschen Kolonialverwaltung, in: Zeitschrift für Politik 29 (1939) 1/2, S. 11-27, hier S. 23.

[1737] Ullmann: Interessenverbände in Deutschland, S. 11.

[1738] Die DKG hatte ihre Zentrale im Bezirk Tiergarten, „Am Karlsbad 9/10“. Siehe Zeller: „Stätte des deutschen kolonialen Wollens“. Die DO-Zentrale befand sich in der Hardenbergstraße 43 im dortigen Bezirk Charlottenburg. Zu ihr fehlt etwaige Forschung komplett. Dem zukünftig abzuhelfen wäre schon deswegen relevant, um zu erfahren, ob das Verbandsarchiv bei eventuellen Kriegshandlungen in Mitleidenschaft gezogen oder zerstört wurde.

[1739] Vgl. Ullmann: Interessenverbände in Deutschland, S. 175.

[1740] *Siehe S. 89 ff.*

Ende 1924 ausliefen.[1741] Zweitens spielte die Hyperinflation bis 1923 eine entscheidende Rolle. Zur allgemeinen finanzpolitischen Lage der Flüchtlingsfrage klagte der Verband:

> „Die katastrophale Geldentwertung hat die Lage der Flüchtlinge, insbesondere derjenigen, die noch keinerlei Entschädigung erhalten haben, völlig unerträglich gemacht. Sie hat aber auch zur Folge, dass das ganze Entschädigungsverfahren so kostspielig wird, dass das Reich aus finanziellen Gründen ein ebenso großes Interesse an der möglichst schleunigen Abwicklung des Entschädigungsverfahrens hat wie die Flüchtlinge selbst.“[1742]

Doch dachte der DO nicht daran, sich als ein reines ‚Instrument‘ der deutschen Ministerien benutzen zu lassen. Stattdessen entwickelte er eine emsige Betriebsamkeit bei der Suche nach neuen Betätigungsfeldern. Selbstbewusst stellte sich der Verband nun selbst das Zeugnis aus, „daß er *höchste vaterländische Aufgaben* erfüllt und daß er *darum die Unterstützung aller deutschen Männer und Frauen verdient* [H. i. O., RF].“[1743] So versuchte er ebenso neue Abstimmungen unter den „aus Polen vertriebenen Deutschen“ zu initiieren als auch, „Männer seines Vertrauens“ in etwaigen neuen Reichsregierungen zu installieren.[1744] Dieses „Übergreifen des Deutschen Ostbundes auf das Gebiet der allgemeinen Ostpolitik“ gelte es aber, so das AA, „unter allen Umständen“ zu verhindern, da deren Folgen besonders die deutschen Minderheiten in Polen und Schlesien träfen.[1745] Was sich hier im Detail zeigte, war die Suche des Verbandes nach neuen Tätigkeitsfeldern, um seine Existenzberechtigung zu sichern. Organisationssoziologisch handelt es sich dabei um ein Paradoxon, da der Verband sich selbst durch seine Arbeit überflüssig zu machen drohte. Zugleich drohte andererseits statt

---

[1741] Vgl. z.B.: Ginschel, E[manuel]: Die Tätigkeit und die Aufgaben des Deutschen Ostbundes, in: OHK 3/4 (1925), S. 82-85, hier S. 84; Der Präsident des Reichsentschädigungsamts für Kriegsschäden an den Reichsminister für Wiederaufbau, Berlin, 12.5.1922, in: BArch, R 3301, Nr. 1738: Reichsfinanzministerium, Akten betreffend: Geldbedarf pp. des „Deutschen Ostbundes“ (Reichsverband Ostschutz/ deutscher Heimatbund Posener Flüchtlinge), Bd. 1: 8.10.1921-16.9.1924, Bl. 15-Bl. 16 r.; Deutscher Ostbund, Geschäftsstelle für die Vorprüfung von Verdrängungsschäden – Verwaltungsrat, an den Präsidenten des Reichsentschädigungsamts für Kriegsschäden, Berlin, 11.10.1922 (Abschrift), in: ebd., Bl. 55.

[1742] Deutscher Ostbund an das Reichsministerium für Wiederaufbau, Berlin, 19.9.1922 (Abschrift), in: ebd., Bl. 47-Bl. 52, hier Bl. 47.

[1743] Ginschel: Die Tätigkeit und die Aufgaben (a. a. O.), S. 83; vgl. auch Paterna: Die Rolle der Stadt Frankfurt (Oder), S. 20 und S. 22.

[1744] [Aktenvermerk, betrifft:] Deutscher Ostbund e.V.; Berlin, den 1.7.1926, in: PA AA, R 82313, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 1: 1.1.1925-14.8.1926, Bl. 254 f., hier Bl. 254 r.-Bl. 255.

[1745] Niederschrift über das Ergebnis der am 1.7.1926 im Reichsministerium des Innern stattgefundenen Besprechung über die behördliche Förderung der Deutschtumsverbände, insbesondere über die gegenüber dem Deutschen Ostbund einzunehmende Haltung der Behörden, 31.7.1926 (Abschrift) [Im Folgenden zitiert als: Niederschrift vom 1.7.1926], in: ebd., Bl. 507 r.-Bl. 509, hier Bl. 508.

der Auflösung des Verbands durch Erfüllung seines Zwecks aber bei der Expansion seiner Ziele auch eine zunehmende Entfremdung der Verbandsführung von ihren Mitgliedern.[1746]

Ein genauer Blick in die Quellen zeigt zugleich, dass es zahlreiche Konflikte bei der allenthalben in der Weimarer Republik anzutreffenden Grenzrevisionspropaganda gab. Diese wurden nur oberflächlich als „nationale Aufgabe" kaschiert.[1747] Zwar berichtete Gustav Stresemann in einer Ansprache bei einer BdA-Tagung bereits 1925 von „Kompetenzschwierigkeiten zwischen verschiedenen deutschen Organisationen". Notdürftig überspielte er dies idealistisch als „*ein Zeichen fest verwurzelter Treue zur deutschen Heimat und zum Deutschtum* [H. i. O., RF]."[1748] Aber gerade in ‚seinem' Außenministerium trafen die kaum noch überschaubaren Aktivitäten einer überbordenden Verbands- und Vereinskultur in Sachen ‚Deutschtumsarbeit' auf entnervtes Missfallen.[1749]

So klagten die Ostverbände insgesamt bei einer Besprechung mit dem Außenminister Stresemann Ende des Jahres 1925, das sein Ministerium zu wenig unternehme für die „abgetretenen Gebiete". Dieser offenbarte daraufhin, dass beispielsweise die deutsche Wirtschaft nicht daran denke, die deutsche Minderheit in Ostoberschlesien mit zusätzlichen Kohlenkontingenten zu versorgen, da sie „nur die Wirtschaftsinteressen des jetzigen Deutschlands im Auge habe, ohne die abgetretenen Gebiete zu berücksichtigen."[1750] Auch zog die Reichsregierung alle in polnischen Diensten verbliebenen deutschen Staatsbeamten im April 1920 ab, um Druck auf den polnischen Staat auszuüben.[1751] Die Verantwortung dafür wurde versucht dem DO aufgrund seiner Werbearbeit in die Schuhe zu schieben. Dabei erkannte man von dessen Seite, dass sich hierbei die Reichsregierung schlichtweg verkalkuliert hatte und von sich ablenken wollte.[1752] Insgesamt folgte das AA in seiner Politik

---

1746 Vgl. Ullmann: Interessenverbände in Deutschland, S. 119.

1747 Niendorf: Minderheiten an der Grenze, S. 257.

1748 Stresemann, Gustav: Begrüßungsansprache des Reichsministers […] auf dem Begrüßungsabend der Tagung, in: Bund der Auslandsdeutschen (Hg.): Auslandsdeutschtum und Heimat. Die Tagung des Auslandsdeutschtums in der Heimat [in] Berlin [im] August/ September 1925. Gehaltene Ansprachen und erstattete Berichte. Berlin 1926, S. 5-13, hier S. 5 f.

1749 *Siehe S. 270.*

1750 Dok. Nr. 19: Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Dirksen [über den Empfang des Bundes der deutschen Ostverbände durch den Herrn Reichsminister]; Berlin, den 28.12.1925, Ganz geheim, in: ADAP 1918-1945, Reihe B.: 1925-1933. Bd. 2, 1. Teilbd.: Sowjet-Union, zu Polen, Danzig, und den baltischen Staaten; Dezember 1925 bis Juni 1926. Göttingen 1967, S. 63 ff., hier S. 64.

1751 Vgl. Schattkowsky: Deutschland und Polen, S. 108-133; Stażewski: Zwischen Freiwilligkeit und Abwanderungsdruck, S. 64 ff.

1752 Das Bundespräsidium an den Reichsaußenminister; Berlin, den 2.2.1927, in: PA AA, R 82314, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 2: 15.8.1926-29.5.1927, Bl. 198-Bl. 207, hier Bl. 206. Statt den polnischen Staat zu destabilisieren, schwächte die Reichsregierung durch diesen Abzug der Staatsbeamten vielmehr die deutschen Minderheiten, denen nun weitgehend die Funktionseliten fehlten, was wiederum zu weiterer Abwanderung ins Reich führte, wo die Beamten ebenfalls zunächst

der innenpolitischen Grundlinie vor dem ersten Weltkrieg, die sich bereits ebenfalls (vergleichsweise erfolglos) darum bemühte, die deutsche Abwanderung aus den Ostprovinzen zu stoppen oder wenigstens zu bremsen.[1753]

Zeitgenössisch war es ebenfalls kein Geheimnis, dass es sich beim DO um eine (frühe) Form des Vertriebenenverbandes handelte. So heißt es in einem Schreiben des AA an die deutsche Botschaft in London: „Der Ostbund ist eine *Organisation* aus Polen *vertriebener* Deutscher, die begreiflicherweise auch die Forderung der Rückgabe des an Polen abgetretenen Gebietes vertritt [H. d. A., RF].“[1754] Damit wird hier die Frage berührt, inwiefern die Einschätzung einer ‚Vertreibung‘ im historischen Kontext angemessen ist. Unterschiedliche Argumente gilt es dabei zu berücksichtigen. So ließ die polnische Regierung keinen Zweifel daran, dass die

> „polnische Nation […] in dem wiedererrichteten polnischen Staat die führende und souveräne Rolle spielen [sollte]; die anderen Nationalitäten sollten sich dem Souverän unterordnen. Hauptziel der polnischen Minderheitenpolitik war die *Verdrängung* der Deutschen aus den polnischen Westgebieten [H. d. A., RF].“[1755]

Diese Politik der „Verdrängung“ fußte vor allem auf der Anwendung diskriminierender Gesetze – die aber dennoch zu jener Zeit internationalen Standards entsprachen.[1756] Dies unterscheidet sie ebenso von den späteren ‚Vertreibungen‘ der Deutschen aus Ostmitteleuropa infolge des Zweiten Weltkriegs wie auch die Relationen. Es handelte sich nach dem Ersten Weltkrieg eher um einen Prozess der schrittweisen, *freiwilligen*[1757] deutschen Abwanderung (mit einem klaren Höhepunkt im Jahr 1920),[1758] der keinesfalls die quantitativen Ausmaße annahm wie nach dem Zweiten Weltkrieg, die dezidiert als „Vergeltungsaktion“ galt.[1759] Und auch räumlich war dieser Prozess viel weiter ausgreifend als nur auf das westliche Polen.[1760] Allerdings deuteten zahlreiche Mitglieder (nicht nur) des DO sich selbst als ‚Vertriebene‘.[1761] Diese Diskrepanz zwischen Selbst- und Fremdzuschreibung gilt es besonders in künftigen

---

arbeitslos waren und in Lagern leben mussten. Vgl. Stażewski: Zwischen Freiwilligkeit und Abwanderungsdruck, S. 66; Schattkowsky: Deutschland und Polen, S. 133.

1753 Vgl. Nietzel: Im Bann des Raums, S. 28.

1754 Dok. Nr. 6: W[allroth]: Das Auswärtige Amt an die Botschaft in London; Berlin, den 14.7.1926, in: ADAP 1918-1945, Reihe B.: 1925-1933. Bd. 2, 2. Teilbd.: Deutschlands Beziehungen zur Sowjet-Union, zu Polen, Danzig, und den baltischen Staaten; Juni bis Dezember 1926. Göttingen 1967, S. 12 f., hier S. 12.

1755 Kotowski: Die erste Vertreibung […]?, S. 182 f.; vgl. auch Brandes: Deutsche aus Polen, S. 161.

1756 Vgl. Kotowski: Die erste Vertreibung […]?, S. 184 ff.

1757 Vgl. ebd., S. 186.

1758 Vgl. ebd., S. 175-182, dort auch detailliertes statistisches Material zum Thema.

1759 Ebd., S. 186; vgl. auch Ther: Die dunkle Seite der Nationalstaaten, S. 174-187.

1760 Vgl. ebd., S. 179-186.

1761 *Siehe auch S. 138.*

Forschungen zu weiteren Organisationen jener ersten ‚Generation' von Vertriebenenverbänden – bei aller gebotenen begrifflichen Vorsicht – zu berücksichtigen.[1762] Allerdings wurde die Eigendynamik, die der DO dabei an den Tag legte, von anderen Seiten rundheraus abgelehnt. So forderte er beispielsweise 1926 die „Wiederaufnahme des Entschädigungsverfahrens" und verband dies mit der Forderung einer Summe von 250 Mio. Reichsmark. Dies gefährde aber „die Absichten der Regierung, ja letzten Endes *die Stabilität der Währung* [H. d. A., RF]."[1763] Seit der Einstellung des Entschädigungsverfahrens im Sommer 1921 habe der DO sich auf das Feld einer eigenständigen Kulturpolitik verlegt, statt nur „vereinspolitisch betriebene Kulturarbeit" zu betreiben. Das habe zu unterbleiben, denn es

> „beunruhige nun die von den Landsmannschaften und anderen Deutschtumsverbänden *in der Stille* geleistete Kulturpflege durch Übergriffe in das *nun einmal aufgeteilte Gebiet*, durch die unberechtigte *Anmaßung* einer *Vormachtstellung* vor den anderen Verbänden und durch Belastung aller Kulturarbeit einschließlich der Grenzsiedlung mit seiner, die *Aufmerksamkeit* und sogar die Beschwerden der polnischen Regierung hervorrufenden lärmenden Werbung [H. d. A., RF]."[1764]

Die Agitation des DO bestünde nicht zuletzt aus „rednerischen Entgleisungen" und er fördere selbst im Inland mit seiner Propaganda die Abwanderung, was „die Bestrebungen der Reichsregierung, die abgetretenen Ostdeutschen zum Ausharren zu bewegen, durchkreuze." Dass AA klagte ebenfalls, die Tätigkeit der Verbandsleitung (Bundespräsidiums) sei „eine so wenig ersprießliche", ja deren „Propagandamethoden sind so aufdringlich", dass von schriftlichen Antworten Abstand zu nehmen sei, da diese sonst gegen das Ministerium selbst gerichtet werden könnte.[1765] In einem Vermerk hieß es noch klarer:

> „Die Leitung des Ostbundes hat es nun seit jeher in sehr geschickter Weise verstanden, diese rege und oft geradezu ins Demagogische ausartende Interessenvertretung seiner Mitglieder

---

[1762] *Siehe auch 334-337.*

[1763] Niederschrift über die von den Ressorts des Reichs und Preußens am 28.9.1926 abgehaltene kommissarische Besprechung über den Ostbund (Abschrift [des Reichsministers des Innern]), 1.11.1926 [Im Folgenden zitiert als: Niederschrift vom 28.9.1926], in: BArch, R 8043, Nr. 1148: Deutsche Stiftung – Ostverbände, Bd. 2, Bl. 490-Bl. 493, hier Bl. 490 r. und Bl. 491.

[1764] Ebd., Bl. 491. Dort auch die folgenden Zitate.

[1765] Aktenvermerk Zechlins an den Reichsaußenminister; Berlin, den 22.12.1926, in: PA AA, R 82314, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 2: 15.8.1926-29.5.1927, Bl. 51 f., hier Bl. 51.

durch die Pflege ihrer nationalen Gefühle zu ergänzen und in den Augen der Öffentlichkeit zu überschatten.“[1766]

Auch Erich Krahmer-Möllenberg von der DSt klagte gegenüber dem Reichsfinanzministerium, dass der DO zunehmend in andere Aufgabenfelder dränge, nachdem er von offizieller Seite Ende 1924 seine Tätigkeit als „amtlich anerkannte Vorprüfungsstelle“ zum Abschluss bringen musste.[1767] So beschwerte sich Krahmer-Möllenberg, dass der Verband sich in den „abgetretenen Gebieten in allgemein kulturpolitischer Beziehung“ betätige und seiner Organisation damit das Tätigkeitsfeld streitig mache.[1768] Der DO-Bundespräsident erwiderte ihm, dass die Tätigkeiten seines Verbandes in den abgetretenen Gebieten „nur als eine Ergänzung der Arbeiten ihrer Organisation“ verstehe; Er es sich aber verbitte, dass sein Verband „in eine Abhängigkeit irgendwelcher Art von einer anderen Stelle gebracht“ werde.[1769] Nach diesem Versuch bei der DSt, den diese nur akzeptiert hätte, wenn der DO als ihre „Unterorganisation“ fungiert hätte, orientierte er sich um.[1770] Nunmehr versuchte er sich der „Deutschen Akademie“ in München[1771] anzudienen als deren „Kulturpolitische Abteilung“ und zwar nicht nur für die ehemaligen preußischen Ostprovinzen, sondern für nichts Geringeres als den ganzen „Osten Europas“. Hier kam deutlich der Aufgabenwandel des Verbandes Mitte der 20er Jahre zum Vorschein und ein höchstgradig politischer Kulturbegriff. Nunmehr solle der DO nämlich „ein Kulturbund werden, dem es obliegt, die geistigen Waffen herbeizuschaffen […], die uns die friedliche Wiedergewinnung unserer […] Heimat verbürgen.“[1772]

Auch die preußische Regierung fand wenig Gefallen daran, zu den offiziellen Veranstaltungen des DO offizielle Vertreter zu entsenden, „weil der Ostbund nach wie vor bei seinen Kundgebungen sich von demagogischen Wendungen nicht ausreichend freihält.“[1773] In

---

[1766] Aufzeichnung betreffend den Deutschen Ostbund; Berlin, den 22.12.1926 [Im Folgenden zitiert als: Aufzeichnung betreffend den DO], in: ebd., Bl. 72-Bl. 75, hier Bl. 73.

[1767] Der Reichsfinanzminister an den Reichsinnenminister, Berlin, den 12.4.1926, in: BArch, R 2, Nr. 881: Reichsfinanzministerium, Akten betreffend: Die Kriegsschäden Deutscher in den abgetretenen Gebieten. Generalia, Bd. 6: 1.1925-31.12.1928, Bl. 168 f., hier Bl. 169.

[1768] Krahmer-Möllenberg an den Reichsfinanzminister, Berlin, den 22.6.1925, in: ebd., Bl. 80.

[1769] Der Bundespräsident v. Tilly an Krahmer-Möllenberg, Berlin, den 18. Juni 1925 (Abschrift), in: ebd., Bl. 82.

[1770] Krahmer-Möllenberg an den Reichsfinanzminister, Berlin, den 24.3.1926, in: ebd., Bl. 167. Zitiert nach Krekeler: Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik, S. 31, Anm. 4. Auch die folgenden Zitate ebd. Bei Krekeler ist dieser Kontext sehr verkürzt dargestellt, da die insgeheime Rivalität um Führungsansprüche zwischen der „Deutschen Stiftung“ und dem DO überhaupt nicht zur Sprache kommt.

[1771] *Siehe S. 107.*

[1772] [Anonym]: Zehn Jahre Kampf für Ostheimat, deutsches Volkstum und Vaterland. Erinnerungsblätter zur Feier des 10jährigen Bestehens des Deutschen Ostbundes. Berlin 1929, S. 51.

[1773] Vermerk des Staatssekretärs der Reichskanzlei, Berlin, 22.3.1928, in: BArch, R 43 I, Nr. 1815: Alte Reichskanzlei, Akten betreffend: Deutscher Ostbund, Bd. 1: 1.1.1928-33, Bl. 19 f., hier Bl. 19.

einem allgemeineren Sinne klagte die Reichsregierung insgeheim ohnehin über die Fülle an Veranstaltungen, zu denen sie laufend Vertreter entsenden solle:

> „Sämtliche Reichsminister stimmten mit dem Herrn Reichskanzler dahin überein, daß die in der Gegenwart und der nächsten Zukunft noch harrenden wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme nicht der Anlaß zur Veranstaltung unnötiger Feierlichkeiten, Gedenkfeiern und Kongresse aller Art sein sollten.“[1774]

Derartige gesellige Veranstaltungen hatten wenig mit Freizeit zu tun, sondern waren genau kalkulierte Versuche des Lobbyismus seitens der Verbände. Wie das Zitat zeigt, war man sich seitens der Regierungsstellen dessen vollauf bewusst. Geselligkeit wurde hier als eine lästige gesellschaftliche Verpflichtung gesehen, der man eher zur Wahrung bürgerlicher Konventionen beizuwohnen pflegte denn aus Überzeugung oder gar Vergnügen. Zwar könne man eben aufgrund des Vereinsgesetzes den DO in seinen „kulturellen Arbeiten“ nicht behindern, allerdings sei durch bei „dem lauten Wesen des Ostbundes […] sein Übergreifen auf das kulturelle Gebiet nicht erwünscht, zumal er auf diesem Gebiet nur Doppelarbeit treibe […].“[1775] Infolge dessen habe auch eine finanzielle Unterstützung des DO aus öffentlichen Fonds etc. zu unterbleiben, da der DO „zugestandenermaßen aus eigenen Geldquellen bestehen könne […].“[1776] Der Verband war folglich mit seinen fast schon krampfhaft anmutenden Versuchen gescheitert, sich auf informellen Wegen Einfluß auf die Ministerialbürokratie zu verschaffen. Allerdings suchte er diesen Rückschlag durch die direkte Einflußnahme auf den Reichspräsidenten zu kompensieren.[1777]

Auch Pläne des DO, eine neue Abstimmung über die Zugehörigkeit der nach dem Krieg abgetretenen Gebiete zu initiieren, wofür er bereits Listen mit den Abstimmungsberechtigten erstellt hatte, sorgte für Kopfschütteln. Das AA beklagte, „dass die Folgen eines derartigen unverantwortlichen Vorgehens […] das Deutschtum im Ausland, insbesondere in Polen und

---

[1774] Abschrift aus Nachmittags-Ausgabe des „Wolff´s Telegraphisches Büro“ (W. T. B.) Nr. 1832 vom 22.10.1927; betrifft: Die Beteiligung der Minister an gesellschaftlichen Veranstaltungen, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Repositurен, Rep. 84 a: Preußisches Justizministerium, Nr. 12017: Allgemeine Anordnungen betr. Übernahme von Ehrenämtern in Vereinen und dergl. durch den Justizminister, Bl. 14-Bl. 14 r., hier Bl. 14.

[1775] Niederschrift vom 28.9.1926 (a. a. O.), Bl. 491 r.

[1776] Ebd. Vgl. dazu auch das entsprechende Schreiben des Innenministers des Reichs an den DO: Reichsminister des Innern an den Deutschen Ostbund; betrifft: Reichsbeihilfe an den Deutschen Ostbund, 1.11.1926 (Abschrift), in: ebd., Bl. 488.

[1777] Dies lag in einer Kontinuitätslinie zum Kaiserreich, bei dem sich Interessenverbände ebenfalls einen möglichst großen Einfluss auf die monarchische Exekutive sichern wollten. Vgl. Ullmann: Interessenverbände in Deutschland, S. 119, S. 126 f. und S. 179. *Siehe zu den Einflussnahmen des DO auf Hindenburg S. 119, S.201, S. 239 f., S. 266 und S. 270.*

Schlesien zu tragen [habe], worüber dem Auswärtigen Amt Bestätigungen in großer Zahl vorlägen."[1778] Zugestanden wurde dem Verband dagegen, dass sein Vorstand

> „keine Gelegenheit vorbeigehen [lässt], um […] die Notwendigkeit der Rückgewinnung der an Polen verlorenen Gebiete zu betonen und [er] stellt sich damit […] in den *Dienst unserer Ostpolitik*. Nur geschieht auch dies wieder in einer so *geräuschvollen* und oft in dem *Umfang und Tempo der Forderungen* so maßlosen Weise, daß der Nutzen, welcher aus dieser Propaganda unserer politischen Leitung erwachsen könnte, nicht nur eingeschränkt, sondern oft sogar *ins Gegenteil* verkehrt wird [H. d. A., RF]."[1779]

Als dritte hierfür relevante Interessengruppe sind natürlich auch noch die in Polen verbliebenen Deutschen zu erwähnen. Diese dachten interessanterweise keinesfalls daran, nur Spielbälle zwischen dem DO und der Reichsregierung zu sein. Sie forderten weitere finanzielle Unterstützungen durch die Reichsregierung. da sie andernfalls damit drohten, nach Deutschland einzuwandern. Diese subtile Form der politischen Erpressung war zugleich gekoppelt an eine feindselige Einstellung gegenüber dem noch jungen polnischen Staat.[1780] Dennoch könne man seitens der Regierungsstellen den DO nicht ignorieren, übergehen oder gänzlich abweisend behandeln. Denn aufgrund der Zahl seiner ca. 50.000 Mitgliedern spiele er eine „*gewisse öffentliche Rolle* und soll aus taktischen Gründen nicht vor den Kopf gestoßen werden [H. i. O., RF]."[1781] Einzig und allein im preußischen Innenministerium erwuchs dem DO im Unterschied zu den anderen Ressorts aus (nicht näher benannten) „taktischen Gründen" ein zeitweiliger Verbündeter und Fürsprecher. Alle anderen Ressorts sowie die DSt votierten entschieden gegen die vom preußischen Innenministerium vorgeschlagene Idee, den DO anderen Deutschtumsverbänden einzugliedern, da der DO „sich nie ein und unter-, sondern nur *über*ordnen wolle, und sich […] in jeder Beziehung als unbeeinflußbar erwiesen habe [H. i. O., RF]."[1782] Da sich der DO diesem Vorhaben widersetzte, verlor aber auch das preußische Innenministerium bald die Geduld mit ihm und

---

[1778] Niederschrift über das Ergebnis der am 1.7.1926 im Reichsministerium des Innern stattgefundenen Besprechung über die behördliche Förderung der Deutschtumsverbände, insbesondere über die gegenüber dem Deutschen Ostbund einzunehmende Haltung der Behörden, 31.7.1926 (Abschrift) [Im Folgenden zitiert als: Niederschrift vom 1.7.1926], in: ebd., Bl. 507 r.-Bl. 509, hier Bl. 508.

[1779] Aufzeichnung betreffend den DO (a. a. O.), Bl. 73; vgl. auch Hiden: The Weimar Republic, S. 281.

[1780] Vgl. Tillmann: Zu einigen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Aspekten, S. 125; Kessler: Elitenwechsel, S. 55 f.; Das Bundespräsidium an den Reichsaußenminister; Berlin, den 2.2.1927, in: PA AA, R 82314, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 2: 15.8.1926-29.5.1927, Bl. 198-Bl. 207, hier Bl. 202.

[1781] Niederschrift vom 28.9.1926 (a. a. O.), Bl. 492. Auch das folgende Zitat ebd.

[1782] Ebd., Bl. 492 r.

verfügte ausdrücklich die Ablehnung aller von ihm ausgehenden Einladungen, da der DO entgegen „dem wahren Interesse des Staates und insbesondere der östlichen Grenzgebiete [handele].“[1783] Bereits im April 1926 verfügten sowohl die preußischen Minister des Innern als auch für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung einmütig, „von jeder Unterstützung des Ostbundes für kulturpolitische Zwecke absehen zu wollen.“[1784]

Zugleich offenbart die zitierte Niederschrift vom September 1926 als sehr wertvolle Quelle auch weitere Animositäten der Ressorts gegenüber dem Ehrenvorsitzenden des DO und gleichzeitigen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg.[1785] Mit Rücksicht auf die Verbindung dieser Ämter in seiner Person solle dem DO im „*repräsentativen Verkehr* […] jede Freundlichkeit [H. i. O., RF]“ erwiesen werden.[1786] Aber gegen Hindenburg gewandt hieß es unmissverständlich: „Doch soll, um seine Versuche, die Ressorts gegeneinander auszuspielen, zu unterbinden, der Preußische Minister des Innern die Begrüßungen oder *Vertretungen* auf Tagungen einheitlich übernehmen [H. i. O., RF].“ Und in der Tat kommt hier das Konfliktpotential zum Vorschein, welches Hindenburg in seinem Amtsverständnis als Reichskanzler entwickelte.[1787] Bereits zuvor war angeregt worden, „zu erwägen, ob (zunächst rein privat und vertraulich) Schritte in der Richtung getan werden könnten, daß der Herr Reichspräsident auf das Protektorat über den Deutschen Ostbund verzichte.“[1788]

Der DO reagierte sehr verschnupft auf die ihm gegenüber an den Tag gelegte Haltung der amtlichen Stellen (das oben zitierte Protokoll war ihm aus verständlichen Gründen vorenthalten worden). Er hatte sich bereits zuvor beim Reichsinnenministerium beschwert, dass gegen ihn behördlich vorgegangen werde „unter Verschweigung von Gründen, die wir offenbar nicht wissen sollen […].“[1789] Und in der Tat war einer der in der ministeriellen Abstimmung untereinander getroffenen Kritikpunkte zutreffend: der DO maßte sich wirklich eine Führungsrolle an. Im Selbstverständnis seines Bundespräsidiums klang dies wie folgt:

[1783] Der Preußische Minister des Innern; Berlin, den 26.11.1929 (Abschrift), in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Repositurен, Rep. 84 a: Preußisches Justizministerium, Nr. 12017: Allgemeine Anordnungen betr. Übernahme von Ehrenämtern in Vereinen und dergl. durch den Justizminister, Bl. 25-Bl. 25 r., hier Bl. 25.

[1784] Reichsminister des Innern an den Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen; betrifft: Gewährung einer Reichsbeihilfe an den Deutschen Ostbund; Berlin, den 26.4.1926 (Abschrift), in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Repositurен, Rep. 191: Ministerium für Volkswohlfahrt/ Staatskommissar für die Regelung der Wohlfahrtspflege, Nr. 3927: Akten des Staatskommissars für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen, betreffend Heimatbund Posener Flüchtlinge, jetzt: Deutscher Ostbund, Bd. 1, unpaginiert.

[1785] Weitere Ehrenmitglieder waren beispielsweise auch der preußische Ministerpräsident Otto Braun (SPD) sowie der Reichskanzler Wilhelm Marx (Zentrum). Vgl. Fischer: Die deutsche Publizistik, S. 57.

[1786] Niederschrift vom 28.9.1926 (a. a. O.), Bl. 492 r. Auch das folgende Zitat ebd.

[1787] Vgl. Pyta: Hindenburg, S. 461-594.

[1788] Niederschrift vom 1.7.1926 (a. a. O.), Bl. 508.

[1789] Das Bundespräsidium an den Reichsinnenminister; Berlin, den 27.8.1926 (Abschrift), in: ebd., Bl. 494.

„Denn gerade wir dürfen uns als Hauptträger aller Bemühungen um eine Vereinheitlichung der Deutschtumsarbeit im Osten betrachten. […] Bei allen Verhandlungen mit dem Deutschen Schutzbunde galt es als selbstverständliche Voraussetzung, dass der Deutsche Ostbund als *die größte Organisation des Ostens und als die einzige große Organisation, die als Betätigungsfeld den gesamten Osten umfasst* und die außerdem im Unterschied zu den übrigen beteiligten Verbänden mit ausschließlich landsmannschaftlichen Charakter auch im Osten selbst an allen einigermaßen wichtigen Plätzen […] vertreten ist, die Führung in dem Bunde der Ostverbände haben musste [H. i. O., RF].“[1790]

Aufgrund dieses deutlich geäußerten Selbstbewusstseins ging die Verbandsspitze sogar dazu über, latente Drohungen gegenüber anderen Organisationen zu formulieren. Denn durch die abweisende Politik gegenüber dem Verband komme es „zu einer schweren Schädigung der ostmärkischen Interessen […] und droht, einen Kampf *Aller gegen Alle* hervorzurufen [H. d. A., RF].“[1791] Stattdessen diene die Kritik an ihm dazu, „einen Sündenbock für das eigene Versagen zu suchen.“[1792] Und bezüglich der verdeckten Unterstützung seitens des AA für die ‚Deutschtumsarbeit‘ in Polen hieß es offensiv direkt gegen den Außenminister gewandt:

„Sie, Herr Reichsminister, werden sich alsdann umsehen können, wie Sie ihre Locarno-Politik im Osten zur Verwirklichung bringen wollen. Denn [i]hre eigene Ostabteilung hätte die Truppen zerschlagen, die sich gefreut haben, für ihre Politik wirken und streiten zu können.“[1793]

Infolge dieser angemaßten Führungsrolle verließ der DO auch den 1926 vom Reichsministerium des Innern gegründeten „Ostauschuss – Bund der deutschen Ostverbände“.[1794] Dieser „Ostauschuss“ hatte wie viele Sammelorganisationen vor ihm auch

[1790] Das Bundespräsidium an den Reichsinnenminister; Berlin, den 3.7.1926 (Abschrift) [Im Folgenden zitiert als: Bundespräsidium an Reichsinnenminister, 3.7.1926], in: ebd., Bl. 509 r.-Bl. 512, hier Bl. 509 r. und Bl. 510.

[1791] Das Bundespräsidium an den Reichsaußenminister; Berlin, den 2.2.1927 [Im Folgenden zitiert als: Bundespräsidium an den Reichsaußenminister, 2.2.1927]: , in: PA AA, R 82314, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 2: 15.8.1926-29.5.1927, Bl. 198-Bl. 207, hier Bl. 198.

[1792] Ebd., Bl. 203.

[1793] Bundespräsidium an den Reichsaußenminister, 2.2.1927 (a. a. O.), Bl. 206.

[1794] Vgl. Bundespräsidium an den Reichsinnenminister, 3.7.1926 (a. a. O.), Bl. 510 r. und Bl. 511; Brodowski, [Horst]: Der parlamentarische Abend des Ostausschusses, in: Die Ostmark 32 (1927) 6, S. 126 f. Zur Gründung dieses Ausschusses außerdem: Begrüßungsansprache des […] Grafen Baudissin für die Veranstaltung des Ostausschusses am 27.4.1927, in: BArch, R 43 I, Nr. 1798: Alte Reichskanzlei, Akten betreffend: Heimatschutz Ost und gemeine Ostfragen, Bd. 4: 1.5.1927-31.12.1927, Bl. 97 ff.

wieder die Aufgabe erhalten, die ihm zugehörigen Verbände und Vereine effizienter zusammenzufassen und damit ihren (nicht zuletzt propagandistischen) Wirkungsgrad zu erhöhen.[1795] Zunächst reagierte der DO darauf mit der Anmeldung eines eigenen Führungsanspruches, welcher ihm aber unter anderem vom DtSB streitig gemacht wurde.[1796] Die Konkurrenzsituation zwischen beiden Verbänden war trotz der allenthalben anzutreffenden Beteuerungen, ‚nur nationalen' oder ‚vaterländischen' Zielen bzw. allein der „Deutschtumsarbeit"[1797] dienen zu wollen, offensichtlich. Auch die Führungsspitze des DO nahm das zeitgenössisch so wahr und suchte, daraus Kapital zu schlagen. So reagierte er auf die zahlreich gegen ihn vorgebrachten Vorwürfe bezüglich der Förderung der Abwanderung der Deutschen aus Polen bereits in den Anfangsjahren durchaus geschickt. Er reichte den ‚schwarzen Peter' ganz einfach weiter. So heißt es bezüglich der Beschleunigung von Entschädigungsverfahren bereits 1922, dass es im Sinne der Zeit- und Kostenersparnis sei, die immer noch in den Flüchtlingslagern befindlichen Menschen[1798] in der Mehrzahl als Fälle mit „Bagatell-Ersatzansprüche[n]" zu behandeln.[1799] Stattdessen solle

> „die Verdrängteneigenschaft bei den nach dem 1.4.1921 Abgewanderten als vorhanden angenommen [werden]. Politische Gründe, etwa in dem Sinne, dass dadurch die weitere Abwanderung Deutscher aus Polen gefördert werden könnte, sind dagegen unseres Erachtens nicht geltend zu machen, weil ja der Deutschtumsbund bei der früheren Prüfung der Abwanderungsgründe mitgewirkt hat und in allen Fällen, in denen die Fürsorgeberechtigung anerkannt ist, vom Deutschtumsbund zugegeben ist, dass der Inhaber des Papiers abwandern *musste* [H. i. O., RF]."

Die Schuld wurde also unter der Hand dem „Deutschtumsbund" gegeben. Da es aber ganz erhebliche Beträge aus öffentlicher Hand für die Arbeit der Entschädigungsabwicklung gab und deren Buchhaltung zumeist sehr intransparent war, beanspruchte der DO in Absprache mit den entsprechenden Ministerien auch hier eine Führungsrolle, die ihm nur für *diese*

[1795] Vgl. Fensch: Zur Vorgeschichte, Bd. 1, S. 228 f.

[1796] Das Bundespräsidium an den Reichsfinanzminister, Berlin, den 3.7.1926 (Abschrift), in: BArch, R 2, Nr. 881: Reichsfinanzministerium, Akten betreffend: Die Kriegsschäden Deutscher in den abgetretenen Gebieten. Generalia, Bd. 6: 1.1925-31.12.1928, Bl. 210 r.-Bl. 213, hier Bl. 211 r.

[1797] Ebd., Bl. 212.

[1798] Vgl. Oltmer: Migration und Politik, S. 99-139.

[1799] Deutscher Ostbund an das Reichsministerium für Wiederaufbau, Berlin, 19.9.1922 (Abschrift), in: BArch, R 3301, Nr. 1738: Reichsfinanzministerium, Akten betreffend: Geldbedarf pp. des „Deutschen Ostbundes" (Reichsverband Ostschutz/ deutscher Heimatbund Posener Flüchtlinge), Bd. 1: 8.10.1921-16.9.1924, Bl. 47-Bl. 52, hier Bl. 48 f. Dort auch das folgende Zitat. Es handelte sich beim nachfolgenden genannten „Deutschtumsbund" um den 1922 gegründeten „Deutschtumsbund zur Wahrung der Minderheitenrechte". Vgl. Lakeberg: Die deutsche Minderheitenpresse, S. 40 f.

Aufgabe gewährt wurde.[1800] Zugleich hatte er als Verband ein höchst eigennütziges Interesse, den zeitgenössischen Begriff der „Verdrängten“ möglichst weit auszulegen. Hier ging es nicht wirklich um die Frage der Daseinsberechtigung nach Erledigung des maßgeblichen Zwecks (der Entschädigungsabwicklung und Flüchtlingshilfe für abgewanderte Deutsche), sondern schlichtweg um Geld, Macht und Einfluss. Freilich wurden diese Motive immer wieder mit allerhand salvatorischen Formeln von der eigenen Uneigennützigkeit etc. bemäntelt. Die Ausweitung des Begriffs der „Verdrängten“ sollte sich nach Ansicht des DO möglichst erstrecken auf „*kaufmännische Angestellte*, die der polnischen Sprache nicht mächtig sind“[1801], außerdem die „*industriellen und gewerblichen Arbeiter[]*, die in deutschen Betrieben beschäftigt wurden“[1802], ebenso solche „*Arbeiter und Arbeiterinnen[!] staatlicher Werkstätten, Betriebe und Behörden*“[1803], ferner „*Pensionierte Beamte und Beamtenwitwen*“, „*Rentenempfänger*“, „*Notare* [alle Hervorhebungen im Original, RF]“. Bei dieser sehr weitherzigen Definition stellt sich die ironisierende Frage, wer *nicht* darunter fiel. Zugleich offenbart diese Auslegung auch, dass der Begriff des Zwangs von zwei unterschiedlichen Perspektiven aus gedeutet werden konnte. Während die deutschen Regierungsstellen vom Zwang als Druck polnischer Stellen auf die verbliebenen Deutschen ausgingen, ging der DO von der je individuellen Lage als Zwängen der Lebensumstände aus.[1804] Diese unterschiedliche Deutung war der eigentliche Kern der Konflikte zwischen dem DO und der Reichsregierung, wobei der Verband aufgrund seiner großen Mitgliederbasis und seiner gesellschaftlichen Bedeutung nicht übergangen oder öffentlich gerügt werden konnte. Denn immerhin waren seine Mitglieder ja auch potentielle Wähler und Wählerinnen, die in der Weimarer Demokratie viel mehr Möglichkeiten der politischen Einflussnahme hatten als beispielsweise noch wenige Jahre zuvor im Kaiserreich.

[1800] Vgl. Der Präsident des Reichsentschädigungsamts für Kriegsschäden an den Reichsminister für Wiederaufbau, Berlin, 12.5.1922, in: BArch, R 3301, Nr. 1738: Reichsfinanzministerium, Akten betreffend: Geldbedarf pp. des „Deutschen Ostbundes“ (Reichsverband Ostschutz/ deutscher Heimatbund Posener Flüchtlinge), Bd. 1: 8.10.1921-16.9.1924, Bl. 15-Bl. 16 r.

[1801] Deutscher Ostbund an das Reichsministerium für Wiederaufbau, 19.9.1922 (a. a. O.), Bl. 49. Es zeigt sich hier einmal mehr, wie sehr nationalistisches Denken sich selbst blockiert. Denn Sprachpolitik war zu jener Zeit ja zuerst als ‚nationale‘ Politik definiert, und dies sowohl auf deutscher wie auch auf polnischer Seite. Statt den bilingualen Spracherwerb zu fördern (der aber als mögliche Ursache einer ‚Polonisierung‘ galt), musste man infolgedessen die Abwanderung der nicht des Polnisch mächtigen Deutschen hinnehmen. Dies aber wiederum schwächte fortwährend das außenpolitische Argument, welches die Deutschen in Polen schlichtweg als Verhandlungsmasse verwandte. Siehe zum Problem der Sprachenpolitik Glück: Die preußisch-polnische Sprachenpolitik.

[1802] Deutscher Ostbund an das Reichsministerium für Wiederaufbau, 19.9.1922 (a. a. O.), Bl. 50. Auch der Arbeitsmarkt war in der Zwischenkriegszeit ein nationalpolitisch hochgradig umkämpftes Feld zwischen Deutschland und Polen. Vgl. Oltmer: Migration und Politik, S. 288-423.

[1803] Deutscher Ostbund an das Reichsministerium für Wiederaufbau, 19.9.1922 (a. a. O.), Bl. 50 [a]. Auch das folgende Zitat ebd.

[1804] *Siehe nochmals S. 265.*

Zugleich kann in diesem Zusammenhang auch die Frage nach der parteipolitischen Orientierung beider Verbände beantwortet werden. Zwar behauptete der DO beispielsweise von sich, „völlig überparteilich“ zu sein und dies auch in Zukunft bleiben zu wollen.[1805] Und in der Tat deuten die Quellen darauf hin, dass keine tieferen Bindungen des Verbands zu etwaigen Parteien bestanden. Allerdings hatte der Verband es auch nicht unbedingt nötig, Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse vermittels des Drucks auf Parteien auszuüben. Vielmehr liegt die Vermutung nahe, dass er durch sein gutes Verhältnis zum Reichspräsidenten von Hindenburg diese Ebene kurzerhand überspringen konnte.[1806] Es handelt sich hierbei um Formen des politischen Lobbyismus, wie sie für die Weimarer Republik bereits jüngst für die konfessionelle Wohlfahrtspflege, ganz besonders aber für die landwirtschaftlichen Interessenverbände untersucht wurden.[1807] Doch nicht nur bei ihm versuchte man, ein offenes Ohr für die eigenen Anliegen zu finden. So notierte ein offenkundig von dem Verhalten des Verbands schlichtweg genervter Mitarbeiter des AA:

> „Aus all diesen Veranstaltungen, aus dem ganzen rastlosen Gebaren der Bundesleiter, die bald diesen, bald jenen Minister persönlich aufsuchen, ihn einzeln interpellieren, […] daneben aber vor allem mit maßgebenden Parlamentariern in enger Fühlung zu bleiben versuchen, spricht deutlich das Bestreben, de[m] Bund […] einen *neuen Aufgabenkreis zu schaffen* und ihn solchergestalt künstlich am Leben zu erhalten [H. i. O., RF].“[1808]

Bereits auf der Ebene der Ministerialbürokratie wurden dem Verbandslobbyismus also informelle Grenzen gesetzt. Dagegen versuchte die DKG, diesen Lobbyismus sowohl im nationalen als auch im internationalen Maßstab voranzutreiben. Für sie war Deutschland nur vorübergehend keine Kolonialmacht mehr.[1809] Dabei wurden besonders alle internationalen Verhandlungen zum deutschen Kolonialthema mit hohen Erwartungen verbunden, die regelmäßig enttäuscht wurden. Bei der Konferenz von Locarno wurde beispielsweise nur mündlich über das Thema verhandelt und von den Westmächten der Völkerbund wiederum für zuständig erklärt. Dies war eine Form der Verschleppungstaktik, da besonders das

---

[1805] Das Bundespräsidium des Deutschen Ostbundes an den Reichskanzler [Wilhelm] Marx; Berlin, 6.1.1928, in: BArch, R 43 I, Nr. 1815: Alte Reichskanzlei, Akten betreffend: Deutscher Ostbund, Bd. 1: 1.1.1928-33, Bl. 3.

[1806] Vgl. Aufzeichnung betreffend den Deutschen Ostbund; Berlin, den 22.12.1926 [Im Folgenden zitiert als: Aufzeichnung vom 22.12.1926], in: PA AA, R 82314, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 2: 15.8.1926-29.5.1927, Bl. 72-Bl. 75, hier Bl. 74.

[1807] Siehe Boeßenecker: Wohlfahrtspfl ege in der Weimarer Republik; Merkenich: Grüne Front gegen Weimar.

[1808] Aufzeichnung vom 22.12.1926 (a. a. O.), Bl. 74.

[1809] Vgl. Pogge von Strandmann: Imperialism and Revisionism, S. 93.

britische Empire sowie Frankreich überhaupt nicht daran dachten, den deutschen Rivalen wieder zu Kolonien zu verhelfen.[1810] Allerdings wurde zumindest die These einer deutschen ‚Kolonialschuld' bei dieser Konferenz revidiert, was die sehr auf Ehre und Prestige bedachte DKG-Elite jedoch keinesfalls besänftigte. Vielmehr protestierte sie, dass neben dieser rein förmlichen Rehabilitierung des deutschen Kolonialismus dem Deutschen Reich nicht sofort neue Kolonien im Rahmen des Mandatssystems des Völkerbundes zugestanden wurden.[1811]
Bei der DKG verstärkte sich dadurch noch mehr die Ablehnung des ohnehin als ungerecht und vor allem ‚diktiert' empfundenen Versailler Vertrages im Besonderen wie auch der internationalen Diplomatie im Allgemeinen. Zunehmend setzte kehrte man auch aufgrund solcher unrealistischen, maximalistischen Forderungen außenpolitischen Lösungen den Rücken und suchte einen politischen Partner, den man in der NSDAP erblickte.[1812] Von dieser Kooperation erhoffte sich die elitäre DKG zugleich eine Massenbasis.
Neben dem Scheitern der zu Beginn der 20er Jahre massiv vorgetragenen Forderungen nach direkter Wiedereinsetzung als Kolonialmacht besann sich die DKG wenige Jahre stärker auf Methoden des informellen Kolonialismus, da diese erfolgversprechender schienen. Handelsbeziehungen und ganz besonders eine planmäßige Siedlungspolitik sollten dazu genutzt werden.[1813] Als internes Ziel galt dabei aber: „Auf politischem Gebiet muß das nächste Ziel unserer Politik sein, diejenige Kolonie, in der wir wirtschaftlich wieder Fuß gefasst haben, d.h. Kamerun, in irgend einer Form wieder unter unsere Verwaltung zu bringen."[1814] Allerdings setzte die 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise diesen Plänen enge Grenzen: der Regierung fehlten die Mittel für deren insgeheime Co-Finanzierung, den Unternehmen mangelte es an Rentabilität und man hatte vollauf damit zu tun, dass diese nicht „durch Konkursverfahren in ausländische Hände fielen […]."[1815]

[1810] Vgl. Rwankote: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik, S. 107-110; Crozier: The Colonial Question, S. 39 und S. 47-51; Rüger: Der Kolonialrevisionismus, S. 262 f. und S. 270; Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 119; Duems, Erich: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (1919-1932), in: (ders.)/ Stuemer, Willibald von: Fünfzig Jahre Deutsche Kolonialgesellschaft 1882-1932. Berlin 1932, S. 57-115, hier S. 72.
[1811] Vgl. Eberhardt: Zwischen Nationalsozialismus und Apartheid, S. 133 f.
[1812] Vgl. Rwankote: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik, 23 f., S. 33 ff. und S. 106 f.; Pogge von Strandmann: Imperialism and Revisionism, S. 99. Dort auch das folgende Argument.
[1813] Siehe hierfür besonders die ungedruckte Dissertation von Krebs: „Neue" Kolonialpolitik; vgl. auch Rwankote: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik, S. 174-191.
[1814] [Denkschrift von Theodor Seitz an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schubert; betrifft: Behandlung der kolonialen Frage; Berlin, den 3.3.1925], in: PA AA, R 29433: Büro Staatssekretär, Akten betreffend: Kolonialfragen (Mandatgebiete), Bd. 1: 6.4.1924-22.6.1926, Bl. E187011-Bl. E187023, hier Bl. E187022.
[1815] Rüger: Der Kolonialrevisionismus, S. 276. Vgl. auch Eberhardt: Zwischen Nationalsozialismus und Apartheid, S. 149.

Im Vergleich zum DO sah man von Seiten des AA die DKG grundsätzlich positiver, da sie nützlicher (und geräuschärmer) für die eigene Außenpolitik war. Organisatorisch arbeiteten die Angehörigen des ehemaligen Reichskolonialamtes nach dessen Auflösung infolge des Kriegsausgangs zunächst als eigene Abteilung im Reichsministerium für Wiederaufbau,[1816] bevor sie ab 1924 als eigenständige Abteilung III ins AA eingegliedert wurden.[1817] Diese Abteilung und die DKG unterhielten einen gemeinsamen „Propagandafonds", da die Reichsregierung aufgrund des Versailler Vertrages sich nicht direkt in Kolonialrevisionismus üben durfte.[1818] Damit hatte der Verband eine ‚eigene' Abteilung im AA, die zum Großteil aus ehemaligen Kolonialbeamten bestand.[1819] Allerdings konnte diese Abteilung nicht nach Belieben schalten und walten, sondern hatte sich insgesamt in die deutsche Außenpolitik einzufügen. Und diese definierte ihre Prioritäten anders.

Zwar sei ihre „praktische Bedeutung […] aus begreiflichen Gründen z. Z. gering, doch verdienen ihre Bestrebungen Förderung, weil durch sie sie der koloniale Gedanke im deutschen Volke wachgehalten wird."[1820] Auch in dem Ziel, die deutsche Bevölkerung in Südwest- und Ostafrika zu stärken, um hieraus deutsche Siedlungskolonien entstehen zu lassen, war man sich einig. Zu diesem Zweck sollte der dortigen deutschen Bevölkerung, wie auch gegenüber den verbliebenen Deutschen im Westen Polens, die „Möglichkeit […] der Abwanderung in die Heimat" möglichst eingeschränkt werden und lieber zum Bleiben motiviert werden, um den Arbeitsmarkt im Reich zu entlasten und zugleich die deutschen Exporte zu fördern.[1821] Allerdings sah man es auch hier nicht gern, dass die DKG weitgespannte Forderungen aufstellte, die die sorgsam taktierende deutsche Außenpolitik zu kompromittieren drohten. Das AA wandte sich höflich, aber bestimmt gegen das Streben zu

---

[1816] Vgl. zum Reichskolonialamt Kundrus: Das Reichskolonialamt, S. 14; sowie zur „Kolonial-Zentralverwaltung" Rüger: Der Kolonialrevisionismus, S. 255; Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 115.

[1817] Siehe Ruppenthal: Die Kolonialabteilung; vgl. auch Rwankote: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik, S. 44-52; Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. [21], S. [60] und S. 115; Hinnenberg: Die deutschen Bestrebungen zur wirtschaftlichen Durchdringung Tanganyikas, S. 22 f.; Eberhardt: Zwischen Nationalsozialismus und Apartheid, S. 130; Rüger: Die kolonialen Bestrebungen, S. 249, Anm. 28.

[1818] Der DKG-Präsident an das AA, Abt. für koloniale Angelegenheiten; Berlin, den 22.4.1927, in: BArch, R 1001, Nr. 9697: Auswärtiges Amt, Abteilung III K[1], Akten betreffend: Deutsche Kolonialgesellschaft, Bd. 6: Januar 1927 bis August 1931, unpaginiert; vgl. auch Rwankote: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik, S. 72 ff. und S. 197 f.; Rüger: Der Kolonialrevisionismus, S. 250 f.; (ders.): Die kolonialen Bestrebungen, S. 268.

[1819] Vgl. Rwankote: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik, S. 63.

[1820] Dok. Nr. 5: Aufzeichnung des Legationssekretärs Noebel; Berlin, den 5.1.1923, vertraulich, in: ADAP 1918-1945, Reihe A: 1918-1925, Bd. 7: 1.Januar 1923 bis 31. Mai 1923. Göttingen 1989, S. 9-13, hier S. 10.

[1821] [Antrag des AA an das Reichsfinanzministerium, betrifft: Darlehen bezüglich südwestafrikanischer Siedlungsunternehmen; Berlin, den 8.8.1928 (vertraulich!)], in: PA AA, R 28798: Büro Reichsminister, Akten betreffend: Kolonien, Bd. [3]: 23.2.1926-19.6.1933, Bl. D625872-Bl. D625880, hier Bl. D625872.

„uferlosen Zielen“ durch „ultimative Demarchen irgendwelcher Art“.[1822] Durch kolonialrevisionistische Forderungen gegenüber Frankreich gefährde man beispielsweise die Bemühungen um die vollständige Wiedergewinnung des Rheinlands, das Ende der Besetzung des Ruhrgebiets[1823] oder die Reparationsfrage.[1824] Intern seien die Prioritäten klar:

> „In einem Augenblick, wo viel lebenswichtigere Probleme (Sicherheit und Abrüstung, wirtschaftliche Fragen und Reparationsproblem) nach einer Lösung drängen, […] können wir die an sich schon sehr schwierige Lage nicht dadurch erschweren, daß wir noch ein weiteres, das Kolonialproblem, aufrollen. Es würde dadurch nur noch mehr der bereits erweckte Eindruck verstärkt werden, daß Deutschland auf *allen* Gebieten die Bestimmungen des Versailler Vertrages umstoßen will, und dieser Eindruck würde nur dazu beitragen, die Front der Gegner noch fester zusammenzufügen [H. i. O., RF].“[1825]

Zugleich hieß es, das man den „Anspruch auf koloniale Betätigung“ nicht aufgeben dürfe, wichtig werde dieser aber erst, „wenn einmal der Zeitpunkt gekommen sein sollte, aktive koloniale Betätigung zu fordern […].“[1826] Immer und immer wieder wurde die Koloniallobby vertröstet mit Sätzen wie jenem, „daß der Zeitpunkt für die Aufrollung dieser Frage […] noch nicht gekommen scheine.“ Seitens der DKG solle man aber zuversichtlich bleiben, „daß das Auswärtige Amt im gegebenen Augenblick *auch* diese Frage zur Erledigung bringen werde [H. d. A., RF].“[1827] Das kleine Wörtchen „auch“ zeigt in dieser diplomatischen Sprachregelung, welchen Stellenwert die Kolonialfrage für das AA hatte – einen absolut nachgeordneten. Dieses variantenreich vorgetragene Argument des AA wirkte für die DKG-Funktionäre immer unglaubwürdiger, sodass sie sich zunehmend der NSDAP zuwandten.[1828] Andererseits dürfe man es sich seitens des AA aber mit der DKG nicht verscherzen, da „die früheren Kolonialbeamten und Kolonialliebhaber in ganz Deutschland verbreitet seien und

---

[1822] Dok. Nr. 256: Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts von Schubert an den Präsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft Seitz; Berlin, den 14.4.1925 (streng vertraulich!), in: ADAP 1918-1945, Reihe A: 1918-1925, Bd. 12: 1. Januar bis 25. April 1925. Göttingen 1994, S. 666-669, hier S. 667.

[1823] Vgl. zur Ruhrbesetzung Krüger: Die Aussenpolitik, S. 183-206.

[1824] Vgl. Dok. Nr. 256 (a. a. O.), S. 668; vgl. auch Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 72; Rüger: Der Kolonialrevisionismus, S. 254; Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 119.

[1825] Dieckhoff: Deutsche koloniale Ziele; Berlin, den 16.12.1930, in: PA AA, R 28601: Büro Reichsminister, Akten betreffend: Kolonien, Bd. 2: 28.1.1930-16.7.1935, Bl. D625792-Bl. D625796, hier Bl. D625795.

[1826] Ebd., Bl. D625795 f. Auch das folgende Zitat ebd.

[1827] [Aktenvermerk über Gespräch mit dem ehemaligen Staatssekretär im Reichskolonialamt von Lindequist]; Berlin, den 28.7.1932, in: ebd., Bl. D625844. Vgl. insgesamt hierzu Rwankote: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik, S. 112-118; Rüger: Der Kolonialrevisionismus, S. 250 und S. 275.

[1828] *Siehe S. 316 ff.*

eine *nicht zu unterschätzende* Macht darstellten."[1829] Dabei hätten sie die unangenehme Angewohnheit, ihre Forderungen auch bei jeder „nicht passenden Gelegenheit" zu stellen. Insgesamt bestehe laufend die Gefahr, „daß diese Stimmung zu einer gefährlichen Explosion führen könne. Infolgedessen sei es weise, von Zeit zu Zeit etwas Dampf abzulassen, um diese Leute wenigstens etwas zu beruhigen." Als Beispiel hierfür zeigte sich das AA wiederum aufgeschlossen für die anhaltenden Pläne der DKG, durch eine Siedlungsgesellschaft aus Südwestafrika auf lange Sicht wieder eine deutsche Siedlungskolonie zu machen. Dort gebe es „wertvolle[s] deutsche[s] Ansiedlungsmaterial", welches durch „Zuführung neuen tüchtigen Menschenmaterials" zu stärken gelte, versicherte das Ministerium dem Verband.[1830]

Bei allen Übereinstimmungen in den Zielen gingen doch die Ansichten über die einzusetzenden Mittel zwischen dem AA und den Verbänden weit auseinander, wie das oben geschilderte Beispiel zeigt. Während die Verbände unter ‚Propaganda' eine positive Form außenpolitischer Werbung für ihre Ziele verstanden, bemühte sich das AA tunlichst um die Vermeidung dieses für die Diplomatie unzulänglichen Begriffs. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hatte dieses Ministerium vorsichtige Zweifel an der Effektivität des Propaganda-Begriffs angemeldet. Nach dem Krieg versuchte es, ihn vollends durch den weniger kompromittierten Begriff der ‚Aufklärung' zu ersetzen.[1831] Die unentwegten, weil für Verbandsfunktionäre selbstverständlichen Bezugnahmen auf das Propganda-Konzept sorgten damit für eine dauerhafte Grundspannung zum AA. Dieses konnte auch gänzlich undiplomatisch hinter verschlossenen Türen fordern, die Verbände mehr zur politischen Räson zu bringen, umso mehr jene sich propagandistisch lautstark gebärdeten.

Insgesamt scheint es so, dass man im AA sich noch stärker den Blick für große Zusammenhänge bewahrt hatte. So war man sich durchaus der letztendlichen Bedeutungslosigkeit der ehemaligen Kolonien in so gut wie jeder Hinsicht bewusst.[1832] Aber die Kolonialfrage sei eben ein gutes Argument für Verhandlungen und „politisch-koloniale[] Tauschgeschäfte[]".[1833] Dabei rangierten allerdings die unmittelbar an Deutschland angrenzenden, abgetretenen Gebiete in der Priorität des AA grundsätzlich vor den weit

---

[1829] [Aktenvermerk, betrifft: Kolonialpropaganda]; Berlin, den 14.4.1926 (geheim!), in: PA AA, R 29433: Büro Staatssekretär, Akten betreffend: Kolonialfragen (Mandatgebiete), Bd. 1: 6.4.1924-22.6.1926, Bl. E186878 ff., hier Bl. E186879. Auch die folgenden Zitate ebd.

[1830] Vgl. Dok. Nr. 256 (a. a. O.), S. 668.

[1831] Vgl. Dipper / Schieder: Art. Propaganda, S. 106.

[1832] *Siehe S. 144.*

[1833] Dok. Nr. 178: Aufzeichnung des vortragenden Legationsrats Gunzert [über die] Denkschrift des Gouverneurs Seitz vom 3. März 1925 über die deutschen kolonialen Ziele; Berlin, den 19. März 1925, in: ADAP 1918-1945, Reihe A: 1918-1925, Bd. 12: 1. Januar bis 25. April 1925. Göttingen 1994, S. 442-446, hier S. 444.

entfernten und verlustreichen ehemaligen Kolonien.[1834] So sah man ein, dass bei allen internationalen Verhandlungen um die Rückgabe der Kolonien Deutschland mitnichten die „nackten Lebensnotwendigkeiten“ eben aufgrund des nunmehrigen Fehlens dieser Kolonien geltend machen könne. Stattdessen formulierte der deutsche DVP-Außenminister Gustav Stresemann (1878-1929, amtierend 1923-1929) die Maxime der Revisionspolitik so: „Wir müssen schrittweise vorgehen. Der Kampf, den wir kämpfen, gilt gegenwärtig dem großen Gedanken der *Gleichberechtigung Deutschlands* als Reich neben anderen Völkern.“[1835] Ein wichtiger Schritt dahin sei die Interessenvertretung der deutschen Minderheiten durch den Beitritt zum Völkerbund, um diese insgeheim als Mittel deutscher Außenpolitik nutzen zu können. Stresemann – ohnehin selbst DKG-Mitglied –[1836] galt dem Verband als prokolonial eingestellt und bemühte sich auch in diesem Sinne – allerdings ohne solchen Themen Vorrang einzuräumen.[1837] Bis zu seinem Tod 1929 konnte er damit die DKG auf ihrem traditionell regierungsfreundlichen Kurs halten.[1838] Allerdings neigte sich angesichts der kolonialpolitischen Verschleppungstaktik sowohl auf nationalem als auch auf internationalem Parkett deren Geduld zunehmend dem Ende zu.[1839]

Dabei gingen auch selbst in der DKG die Meinungen über die politischen Strategien weit auseinander. Auf der einen Seite sprachen sich einige Mitglieder des Vorstandes gegen „aggressive Entschliessung[en] an die Reichsregierung“ aus, da dieser der „aussenpolitische Weg durch die Umstände vorgezeichnet sei.“[1840] In Fortführung der prinzipiell regierungsfreundlichen Politik des Verbands seit dem Kaiserreich vertraute man hier auf eine möglichst prokoloniale Politik. Andererseits gab es eine Fraktion, die darauf hinwies, dass „für die koloniale Propaganda auch Gefühlsmomente von Bedeutung sind und dass mit diesen […] auch auf die praktische Politik Einfluss ausgeübt werden müsse.“[1841]

1834 Vgl. ebd., S. 445. Auch das folgende Zitat ebd.

1835 Stresemann, Gustav: Begrüßungsansprache des Reichsministers […] auf dem Begrüßungsabend der Tagung, in: Bund der Auslandsdeutschen (Hg.): Auslandsdeutschtum und Heimat. Die Tagung des Auslandsdeutschtums in der Heimat [in] Berlin [im] August/ September 1925. Gehaltene Ansprachen und erstattete Berichte. Berlin 1926, S. 5-13, hier S. 12. Auch das folgende Argument ebd.

1836 Rüger: Die kolonialen Bestrebungen des deutschen Imperialismus, S. 886.

1837 Vgl. Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 118, S. 121 und S. 125; Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 94 f.; Eberhardt: Zwischen Nationalsozialismus und Apartheid, S. 131.

1838 Vgl. Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 129.

1839 Vgl. ebd., S. 119-125.

1840 Sitzung des DKG-Vorstandes am Sonnabend, den 6.12.[1930] in Berlin, in: BArch, R 8023, Nr. 797: [DKG-Vorstandssitzungen etc.], Bl. 7-Bl. 11, hier Bl. 7.

1841 Ebd., Bl. 8.

Die DKG hatte indes mit zahlreicher Konkurrenz zu kämpfen, da immer wieder neue koloniale Vereine gegründet wurden.[1842] Einer davon war der „Deutsche Kolonialverein“ und führte damit den Namen des DKG-Vorgängervereins aus den 1880er Jahren.[1843] Er ging zurück auf den 1904 gegründeten „Deutschvolklichen“, ab 1907 „Deutschnationalen Kolonialverein“.[1844] Die zunächst irritierende Namenwahl war durchaus mit Vorsatz geschehen, denn unter älteren Menschen firmierte die DKG immernoch unter diesem Namen.[1845] So vermochte es jener „Kolonialverein“, Geldströme (Mitgliederbeiträge, Spenden etc.) weg von der DKG auf seine eigenen Mühlen umzulenken.[1846] Außerdem nutze er seine Geldmittel für „Siedlungspläne in Südamerika“. Die DKG mahnte dagegen an, „kolonial“ nur mit Bezug auf „reichseigene deutsche Kolonien“ statt auf „deutsche Siedlungen in Übersee“ zu verwenden.[1847] Anscheinend konnte sich der „Kolonialverein“ zahlenmäßig her durchaus mit der DKG messen: für den Beginn des Jahres 1930 wird von ca. 20.000 bis 25.000 Mitgliedern berichtet.[1848] Vom AA wurde er als „aus deutschnationalen Kreisen“ bestehend geführt. Mit der „Brücke zur Heimat“ gab er ein eigenes Blatt heraus.[1849] Ein weiterer Verein war der „Weltbund deutscher Kolonisten“. Er bestand vor allem aus dem gehobenen Görlitzer und Weimarer Bürgertum und war eine Gründung der deutschen Arbeitgeberverbände: „Wir glauben, dass der Tag kommen wird, wo uns das deutsche Volk

---

[1842] Diese trugen Namen wie beispielsweise „Vereinigte Kolonial- und Überseeverbände“, „Deutscher Kolonialverein“, „Bund der Kolonialfreunde“ „Weltbund deutscher Kolonisten“ oder auch „Gesellschaft für koloniale Erneuerung“. Vgl. DKG-Abteilung Oppeln an den Reichsbahndirektionspräsidenten Meyer; Oppeln, den 4.9.1926, in: BArch, R 8023, Nr. 393: Deutsche Kolonial-Gesellschaft, [ohne Untertitel], Bl. 115 f. Vgl. auch Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 142 ff.; Laak: Imperiale Infrastruktur, S. 203.

[1843] Vgl. ebd., S. [38], S. [60], S. 142 f. und S. 148 f.; Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 158, Anm. 135 und S. 160 f. Gerade für die Zeit der Weimarer Republik stellt diese Organisation ein lohnendes Desiderat der Forschung dar, dem in Zukunft abzuhelfen wäre. Von daher sind besonders die nachfolgenden Ausführungen zum Mitgliederstand usw. nur als erste Annäherung an diese Organisation zu verstehen, die noch weiterer kritischer Quellenstudien bedürfen.

[1844] Vgl. Puschner: Kolonialismus im völkischen Diskurs, S. 231 f.; Kundrus: Moderne Imperialisten, S. 38 f.; Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 63.

[1845] Als Untertitel trug er nun allerdings die Bezeichnung „Gesellschaft für nationale Siedlungs- und Auslandspolitik“. Vgl. ebd.

[1846] Vgl. Aufzeichnung, betrifft: Deutscher Kolonialverein [undatiert, ca. 1929], in: BArch, R 8023, Nr. 361: [Deutscher Kolonialverein etc.], Bl. 58 ff.; Der DKG-Präsident an die Vorstände der Abteilungen und Mitglieder; betrifft: Auseinandersetzung mit dem „Deutschen Kolonialverein“; Berlin, den 27.2.1929, in: ebd., Bl. 69-Bl. 74, hier Bl. 70.

[1847] DKG an unbekannten Adressaten; betrifft: Deutscher Kolonialverein, Gesellschaft für nationale Siedlungs- und Auslandspolitik; Berlin, den 8.6.1931, in: BArch, R 8023, Nr. 403: Deutsche Kolonial-Gesellschaft, [Akotech, Arbeitsgemeinschaft deutscher Verbände, DKG etc.], Bl. 289 f., hier Bl. 290.

[1848] [Referat der Abteilung III über die kolonialen Verbände; undatiert, ca. Februar 1930], in: BArch, R 1001, Nr. 9697: Auswärtiges Amt, Abteilung III K^1, Akten betreffend: Deutsche Kolonialgesellschaft, Bd. 6: Januar 1927 bis August 1931, Bl. 1-Bl. 25, hier Bl. 8. Auch das folgende Zitat ebd.

[1849] Ebd., Bl. 9. Vgl. auch Djomo: „Des Deutschen Feld […]“, S. 227-237; Fitzpatrick: Nazifying colonialism, S. 26.

für die Gründung des [Weltbundes, RF] dankbar sein wird.“[1850] Eine originäre DKG-Gründung war dagegen der „Bund für koloniale Erneuerung“, der ursprünglich dafür gedacht war, die Arbeiterschaft stärker für die ‚koloniale Sache‘ zu begeistern. Dieser Versuch ging allerdings nach hinten los.[1851] Stattdessen verselbstständigte der „Bund“ alsbald und übte sarkastische Kritik an seinem Gründungsverband. In ihm seien „nur Gouverneure, ehemalige Offiziere und Beamte und sonst noch einige verkalkte Leute […], die keine Fühlung mit dem Volk hätten und haben wollten, die nichts leisteten und in jeder Beziehung rückständig wären.“[1852] Angegriffen wurde die DKG von diesen Verbänden nicht nur wegen ihrer sozialen Exklusivität, sondern auch wegen der aus dieser Sicht zu regierungsfreundlichen und „passive[n] Haltung“.[1853] Befördert wurde dies noch durch die zumindest zeitweise von der KORAG vertretene Zeitplanung in Sachen Kolonialrevision: „Das ist eine Politik, die nicht mit Jahren, sondern mit Jahrzehnten rechnen und auf augenblickliche Erfolge verzichten muß.“[1854] Wenn die vorgenannten kleineren Organisationen sicherlich marginal gewesen sein dürften, zeigt deren Kritik doch, dass es noch radikalere kolonialrevisionistische Kräfte rechts von ihr gab, die sie unter Druck zu setzten.

Diese vereinsmäßige Zersplitterung weist einmal mehr auf den eklatanten Widerspruch zwischen dem Anspruch der DKG hin, eine Elite mit selbstverliehenem Führungsanspruch zu sein,[1855] und der für sie recht ernüchternden Wirklichkeit. Diese wurde auch von den Organisationen der Konkurrenz beklagt: „[…] die kolonialen Verbände stellen keine Macht dar, sondern wollen sie wieder erringen.“[1856] Man versuchte, möglichst alle der neu gegründeten kolonialen Verbände durch DKG- und KORAG-Mitglieder möglichst auf Vorstandsebene zu infiltrieren, um diese beobachten und im Sinne der DKG steuern zu können – freilich mit ausbleibendem Erfolg.[1857] Sehr zum Verdruss leitender DKG-Mitglieder

---

[1850] Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände e.V. an die DKG; Berlin, den 13.9.1926, in: BArch, R 8023, Nr. 403: Deutsche Kolonial-Gesellschaft, [Akotech, Arbeitsgemeinschaft deutscher Verbände, DKG etc.], Bl. 109 f., hier Bl. 109 r. und Bl. 110.

[1851] *Siehe zu ihm S. 203 f.*

[1852] Auszug aus dem Bericht über eine vom „Bund für koloniale Erneuerung“, Ortsgruppe Görlitz, vom 20.11.1930 einberufene […] Versammlung, in: GStA PK, VI. HA: Nachlässe, Nl. Heinrich Schnee, Nr. 78 b: Heinrich-Schnee-Archiv. Sitzungsprotokolle etc. jener Verbände, Bünde u. Arbeitsgemeinschaften, die Schnee als Präsident leitete, unpaginiert.

[1853] Niederschrift für die nächste Ausschuss-Sitzung; Berlin, den 29.12.1926 (vertraulich!), in: BArch, R 8023, Nr. 1107: Gegenbewegungen innerhalb der kolonialen Verbände, Bl. 4-Bl. 4 r., hier Bl. 4 r.

[1854] Richtlinien der Korag zur Behandlung der Kolonialfrage; München, den 8.6.1925, zitiert nach Rwankote: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik, S. 106, Anm. 2.

[1855] *Siehe z.B. S. 190, S. 212, S. 234, S. 281 und S. 300.*

[1856] Manfred Sell an Douqué in Bonn; Bonn, den 20.3.1929 (Abschrift), in: BArch, R 8023, Nr. 361: [Deutscher Kolonialverein etc.], Bl. 62 f.

[1857] Siehe insgesamt BArch, R 8023, Nr. 393: Deutsche Kolonial-Gesellschaft, [ohne Untertitel], in dem zahlreiche Klagen über Neugründungen fernab der DKG nachzuverfolgen sind.

gelang eben keine Fusion der zahlreichen kleineren Organisationen mit der DKG. So wurde ebenso resignierend wie sarkastisch festgehalten, dass es sich um eine „Reihe lachhafter Splitterorganisationen, die sich des Namens ‚kolonial' bedienen" handele, denen man aber letztlich nicht Herr wurde.[1858] Neben dieser politisch pro-kolonialen DKG-Konkurrenz entstand in der Weimarer Republik mit der „Liga gegen koloniale Unterdrückung" auch erstmals ein Verband, der sich ganz dem Kampf gegen den Kolonialismus verschrieb.[1859]

Die DKG versuchte auf verschiedenen Wegen, dagegen anzugehen und politischen Einfluss auszuüben. Neben der Einflussnahme auf die deutsche Politik suchte der Verband besonders auf internationalem Parkett zu wirken. Dazu sollten private Kontakte führender deutscher Vertreter aus „Wissenschaft, Wirtschaft, Finanz und Presse […] vor allem zu England und Frankreich"[1860] ebenso genutzt werden wie internationale Veranstaltungen mit kolonialpolitischen Bezügen. Außerdem sollte Lobbyarbeit bei Mitgliedern des Völkerbunds[1861] und der ausländischen Presse, auch hier besonders Englands und Frankreichs, erfolgen.[1862]

Die konkreten Resultate dieser weit gespannten Pläne waren mehr als überschaubar. Besonders bemühte man sich um die Fürsprache revisionistischer Historiker aus den USA sowie Großbritanniens.[1863] In den USA gab es eine Minderheit jüngerer Historiker, die den Kriegseintritt ihres Staates im Jahre 1917 als einen Bruch mit der isolationistischen Doktrin bisheriger Außenpolitik werteten und stärker geneigt waren, das deutsche Kaiserreich zwar nicht von der Kriegsschuld frei zu sprechen, es aber im Vergleich zur Habsburgermonarchie, dem Zarenreich sowie Serbien milder zu beurteilen. Auch alte Animositäten gegen das

---

[1858] Manfred Sell an den DKG-Hauptvorstand; Bonn, den 31.3.1931, in: BArch, R 8023, Nr. 403: Deutsche Kolonial-Gesellschaft, [Akotech, Arbeitsgemeinschaft deutscher Verbände, DKG etc.], Bl. 307.

[1859] Siehe Martin: Die Liga gegen koloniale Unterdrückung.

[1860] Richtlinien unserer Kolonialpolitik [Berlin, den 10.11.1924], in: PA AA, R 29433: Büro Staatssekretär, Akten betreffend: Kolonialfragen (Mandatgebiete), Bd. 1: 6.4.1924-22.6.1926, Bl. E187034-Bl. E187042, hier Bl. E187040. Auch die folgenden Argumente ebd. Vgl. auch Hinnenberg: Die deutschen Bestrebungen zur wirtschaftlichen Durchdringung Tanganyikas, S. 18-22; Rüger: Der Kolonialrevisionismus, S. 260 f.

[1861] Diese Lobbyarbeit wurde besonders im Zusammenhang mit den Verhandlungen um eine Aufnahme Deutschlands in den Kreis der Mandatsmächte entfaltet. Crozier hat die (relativ mageren) wesentlichen Ergebnisse dieser Verhandlungen erforscht: Siehe insgesamt (ders.): The Colonial Question; (ders.): Imperial Decline. Für künftige politik- oder diplomatiehistorische Forschungen unter neuen Fragestellungen: findet sich in folgender Akte die umfangreiche Überlieferung dazu: PA AA, R 29434: Büro Staatssekretär, Akten betreffend: Kolonialfragen, Bd. 2: 29.6.1926-16.3.1929. Über die Rolle ehemaliger deutscher Kolonialbeamter bei dieser Lobbyarbeit nun Wempe: From unfit Imperialists.

[1862] Mein Dank geht an James McSpadden (Harvard University), der mich für diese Form des informellen Lobbyismus in der Zwischenkriegszeit sensibilisiert hat. Er arbeitet an einer größeren, europaweit vergleichenden Studie dazu, die hoffentlich in wenigen Jahren publiziert vorliegt.

[1863] Nach dem Weltkrieg galt die vordringliche Sorge der britischen Politik nicht den Problemen auf dem Kontinent, sondern der Erhalt des Empire im Zeitalter der Dekolonisation. Vgl. Crozier: The Colonial Question, S. 38 und S. 54; (ders.): Imperial Decline, S. 211 f. und S. 225 f. Zu Letztgenanntem: Osterhammel/ Jansen: Dekolonisation, S. 40-84.

britische Empire spielten hier eine Rolle.[1864] Das kam natürlich den deutschen Revisionsbestrebungen direkt entgegen. Hinzu kam, dass die USA als Siegermacht weder den Versailler Vertrag noch die Satzung des Völkerbundes ratifiziert hatte.[1865]

Eben diese Minderheit revisionistischer Historiker wurde in der Weimarer Republik in den nationalkonservativen Kreisen wohlwollend rezipiert oder in Gestalt von Harry Elmer Barnes (1889-1968) mit großem propagandistischen Aufwand vor allem von Heinrich Schnee in seiner Funktion als Vorsitzender des „Arbeitausschusses Deutscher Verbände" hofiert und zu Vorträgen an deutschen Universitäten eingeladen.[1866] Dabei ging es allerdings nicht um fachwissenschaftliche Diskussionen, sondern „überwiegend um Selbstrechtfertigung und Prestige" für beide Seiten.[1867] Von deutscher Seite überschätzte man dabei völlig den Einfluss und Stellenwert des historischen US-Revisionismus und gab sich einem „Wunschdenken" hin. Man übersah dabei auch, dass die Behandlung der Verliererstaaten des Ersten Weltkriegs – und somit die für die DKG zentrale Frage des Kolonialrevisionismus – in den Augen der historischen Revisionisten eine vollkommen nachgeordnete Rolle spielten.[1868]

Unter britischen Historikern hatte die DKG schließlich in William Harbutt Dawson (1860-1948) einen ihr treu verbundenen Gewährsmann. Dawson war persönlich mit Heinrich Schnee befreundet und setzte sich ebenso umtriebig wie auch erfolglos gegenüber der englischen Regierung und Presse für eine Rückgabe der deutschen Kolonien ein.[1869] Ein weiterer Fürsprecher der Restitution deutscher Kolonien war der von 1923 bis 1926 amtierende britische Botschafter in Berlin, Sir Edgar Vincent, first Viscount D'Abernon (1857–1941). Dessen dahingehende Vorschläge wurden aber von seiner Regierung durchweg abgelehnt.[1870] Insgesamt setzte sich zwar unter zahlreichen Politikern der Westmächte die Ansicht durch, dass man Deutschland mit der Anlastung einer ‚Kolonialschuld' Unrecht getan habe.[1871] Allerdings war man in denselben Kreisen weit davon entfernt, daraus wieder dessen

---

[1864] Vgl. Moltmann: Die Bedeutung der revisionistischen Geschichtsschreibung, S. 91 ff.
[1865] Vgl. ebd., S. 89 und S. 91; Crozier: The Colonial Question, S. 38.
[1866] Vgl. Moltmann: Die Bedeutung der revisionistischen Geschichtsschreibung, S. 92 und S. 96 ff.
[1867] Ebd., S. 99. Auch das folgende Zitat ebd.
[1868] Vgl. ebd., S. 91. Hier ist auch darauf hinzuweisen, dass es sich bei diesen Historikern gewissermaßen um die ‚geistigen Urväter' des heutigen Revisionismus handelt, dessen Vertreter den Holocaust etc. anzweifeln. Siehe dazu nur die Aufsätze von Schobert: Analysen und Essays, Teil II.
[1869] Vgl. Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 78 und S. 114; Berger: William Harbutt Dawson, S. 95 ff.; Ludwig: Die nationalpolitische Bedeutung der Ostsiedlung, S. 158; Crozier: The Colonial Question, S. 46.
[1870] Vgl. ebd., S. 39 ff. und S. 46 f.; (ders.): Imperial Decline, S. 211 f.
[1871] Vgl. Rwankote: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik, S. 94-98; Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 110 f.

praktischen Zugang zu den Kolonialmächten auch nur in Erwägung zu ziehen. Die Zuerkennung dieses Unrechts sollte rein symbolisch sein.[1872]

Bezeichnend ist, dass sowohl die DKG[1873] als auch der DO[1874] sich zwar betont ‚überparteilich' bzw. ‚unpolitisch' gaben, sich dahinter aber nicht etwa eine Abneigung gegen die Politik an sich verbarg, wohl aber ein bereits Mitte des 19. Jahrhunderts etablierter Antiparteien-Affekt.[1875] Die jüngere Forschung hat auf die Interessenlagen hinter diesem Ideologem der ‚Überparteilichkeit' aufmerksam gemacht. Demnach handelt es sich dabei um eine besonders in konservativen Kreisen verbreitete Denkfigur, die Parteien für eine Zersplitterung eines vermeintlich homogenen ‚nationalen Interesses' verantwortlich zu machen. Der deutsche Konservatismus ging seiner Genese nach nicht zuletzt auf die preußische Bürokratie zurück und identifizierte deswegen seine Interessen mit denen des Staates bzw. dem ‚Gemeinwohl'.[1876] So uneigennützig, wie dieser Standpunkt vorgab zu sein, war er keineswegs. Vielmehr ist er in den Kontext der Konflikte um politische Einflußmöglichkeiten einzuordnen: damit verschleierten Konservative nicht nur ihren Herrschaftswillen, sondern sie suchten auch die Macht- und Führungspositionen von Interessenverbänden sowie der Bürokratie gegenüber den als Konkurrenten wahrgenommenen Parteien zu festigen.[1877] Besonders für die DKG lässt sich das exemplarisch zeigen:

> „Die koloniale Idee […] fragt nicht nach den *Formen* des Gemeinschaftslebens, um die der Kampf der Parteien und Verbände enbrennt, sie geht jeder Parteipolitik voraus, indem sie allererst die *Grundlagen* für den Ausbau des Hauses schaffen will, um dessen Ausgestaltung der Streit der Meinungen tobt. […] Ihr Ziel ist nicht die Gestaltung der Gegenwart, sondern die Sicherung der Zukunft eines ganzen Volkes [H. i. O., RF]."[1878]

[1872] Vgl. Eberhardt: Zwischen Nationalsozialismus und Apartheid, S. 133.

[1873] So heißt es beispielsweise in Bezug auf die DKG: „Die Politik muss nach wie vor von unsern Kreisen ferngehalten werden. Dieser Grundsatz war immer unsere Stärke." DKG-Abteilung Warmbrunn in Schlesien an die DKG-Zentrale in Berlin; Warmbrunn, den 13.11.1919, in: BArch, R 8023, Nr. 803: DKG [Entwürfe betreffs des Verlustes der Kolonien], Bl. 52 r. An anderer Stelle ist von einem „nicht parteimäßig gebundenen Nationalempfinden[]" die Rede. [Hans] Draeger an [Heinrich] Schnee; Berlin, den 9.2.1931, in: BArch, R 8023, Nr. 403: Deutsche Kolonial-Gesellschaft, [Akotech, Arbeitsgemeinschaft deutscher Verbände, DKG etc.], Bl. 96-Bl. 96 r., hier Bl. 96 r.

[1874] Dieser verfolge „seit seiner Gründung in erster Linie kultur-politische Aufgaben auf unbedingt überparteilicher Grundlage […]." Das Bundespräsidium an den Reichsaußenminister Stresemann; Berlin, den 29.11.1926, in: PA AA, R 82314, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 2: 15.8.1926-29.5.1927, Bl. 47-Bl. 48 r., hier Bl. 48.

[1875] Vgl. Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 352.

[1876] Vgl. Hering: „Parteien vergehen, aber das deutsche Volk muß weiterleben", S. 33 ff.

[1877] Vgl. ebd., S. 35.

[1878] Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 101.

Somit verband die DKG den Anspruch auf ‚Überparteilichkeit' mit einem Führungsanspruch. Kritisiert wurde beispielsweise die Weimarer Verfassung, da sie „den Parteien maßgebenden Einfluß auf die Regierung einräumte"[1879] – und eben nicht mehr Interessenverbänden wie der DKG. Gerade während der Weimarer Republik war die Arbeit in Interessenorganisationen somit ein naheliegendes Betätigungsfeld für vormals in staatlichen Diensten stehende Angestellte und (leitende) Beamte.[1880] Neben dem gesellschaftlichen Führungsanspruch ging es hierbei auch schlichtweg um materielle Interessen: sich selbst inszenierte man als vermeintlichen ‚Wahrer' oder ‚Anwalt' für die ‚allgemeinen Interessen', sprich: der eigenen Klientel. Dabei spielten auch solche schlichten und handfesten Probleme wie die eigenen Versorgungs- und Pensionsansprüche eine Rolle. Daneben fungierten solche Leitungsfunktionen auf Verbands- oder Vereinsebene aber auch als Surrogat für den Verlust des vormals privilegierten sozialen Status oder schlichtweg des einstigen Arbeitsplatzes und sollten zugleich gesellschaftliche Einfluß- und Führungsansprüche neu legitimieren.[1881] Vom Führungsanspruch zur Führersuche oder -erwartung war es da kein weiter Weg. Gerade in konservativen Kreisen während der Republik wurde immer wieder nach ‚Führern' gesucht, die das (vermeintliche) ‚nationale Interesse' am Besten verkörpern könnten, da sie ‚über den Parteien' stünden.[1882] Auch traf nicht alle Parteien gleichermaßen der Vorwurf, eben ‚parteilich' zu sein: während konservative und nationalliberale Parteien von ihm eher verschont blieben, richtete er sich besonders gegen die Sozialdemokratie und die Parteien von religiösen, nationalen oder regionalen Minderheiten.[1883] Obwohl also bei genauerem Durchdenken die Interessenstruktur hinter dem Anspruch auf ‚Überparteilichkeit' klar wird, hatte diese doch auf der ‚Nachfrageseite' auch einen gewissen Reiz. Dieser bestehe darin, „ein Gesamtinteresse im Auge zu haben. Dahinter stehen der Wunsch nach einer ausgleichenden Gerechtigkeit und der Traum von Gleichheit."[1884]

Dennoch darf man das Ideologem der ‚Überparteilichkeit' nicht überbewerten. Interessenverbände und Parteien standen zwar in einem Spannungs-, aber auch Wechselverhältnis zueinander. Während die Verbände oft das politische Vorfeld der Parteien

---

[1879] Ebd., S. 110.

[1880] Dies wird unterstrichen durch den Blick auf das Sozialprofil der jeweiligen Verbandsspitzen der hier untersuchten Verbände. *Siehe Kap. 2.2.2.*

[1881] Vgl. Föllmer: The Problem of National Solidarity, S. 214; Jaworski: Der auslandsdeutsche Gedanke, S. 379 und S. 381; Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. [33 f.].

[1882] Vgl. Mergel: Führer, Volksgemeinschaft und Maschine, S. 115-120.

[1883] Vgl. Hering: „Parteien vergehen, aber das deutsche Volk muß weiterleben", S. 37 und S. 42; Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. [28], S. [69] und S. 115 f.

[1884] Vgl. Hering: „Parteien vergehen, aber das deutsche Volk muß weiterleben", S. 43; Föllmer: The Problem of National Solidarity, S. 213.

organisierten, brauchten die Erstgenannten letztere, um Einfluss auf politische Entscheidungen ausüben zu können.[1885] Dabei waren die Kontakte zwischen Verbänden und Parteien eher durch informelle Kontakte gekennzeichnet, um sich im Zweifelsfall schnell voneinander distanzieren zu können. Als politisch wohl nächststehende Partei zur DKG wird man die nationalliberale DVP nennen können.[1886] Daneben engagierte sie sich maßgeblich in der „Interfraktionellen Kolonialen Vereinigung“ des Reichstages.[1887] Regelmäßig stellte die KORAG allen Reichstagsparteien vor den Wahlen die Frage, was sie denn bezüglich der Wiedergewinnung der Kolonien zu tun gedächten. Und regelmäßig kamen von den meisten Parteien auch positive Antworten.[1888] Das verwundert nicht, denn „natürlich war keine Replik der *vor der Wahlentscheidung* stehenden Parteien an den Interessenverband der Kolonialanhänger negativ [H. d. A., RF].“[1889] Allerdings sorgte die permanente Stagnation in der Kolonialfrage dafür, dass sich das Verhältnis zwischen DKG und DVP zusehends abkühlte.[1890] Der DO sympathisierte dagegen mit der DNVP, da diese sich augenscheinlich als einzige Partei besonders für die Ostpolitik einsetzte.[1891] Allerdings fand diese Sympathie ihre Grenzen gegenüber dem von dieser Partei unterstützten junkerlichen Standesdünkel bezüglich der Siedlungsprojekte, die letztlich auch eine Veränderung der überkommenen ostelbischen Besitzstrukturen bedeutet hätten.[1892]

Zugleich kann in der auch bei anderen Vereinen und Verbänden jener Zeit ubiquitär feststellbaren Formel der „Überparteilichkeit“ auch eine Folge der sehr restriktiven Vereinsgesetzgebung des Kaiserreichs gesehen werden, die Vereine aufgrund den ihnen unterstellten oder reellen politischen Interessen erst lange unterband, ab 1909 dann zwar

---

[1885] Vgl. Ullmann: Interessenverbände in Deutschland, S. 120 und S. 178-181; Stegmann: Konservativismus und nationale Verbände, S. 416; Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. [28 f.]; Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 97.

[1886] Vgl. Pogge von Strandmann: Imperialism and Revisionism, S. 95; Siehe aber v.a. Schnee, Heinrich: Kriegsschuldfrage, Kolonien, Auslandsdeutschtum, in: Kempkes, A[dolf] (Hg.): Deutscher Aufbau. Nationalliberale Arbeit der Deutschen Volkspartei. Berlin 1927, S. 85-99; (ders.): Die Deutsche Volkspartei und die Kolonien, in: Koloniale Rundschau. Zeitschrift für koloniale Wirtschaft, Völker- und Länderkunde [16] (1924) 4, S. 122-126. Im letztgenannten Beitrag weist Schnee völlig zu Recht darauf hin, dass die Verbindung zwischen kolonialem Engagement und Nationalliberalismus bis in die Reichsgründungszeit zurückreicht (vgl. ebd., S. 122 f.). Zu ergänzen wäre, dass sich mit Einschränkungen diese These bis zu den Debatten der Paulskirche verlängern lässt. *Siehe S. 45 f.*

[1887] *Siehe S. 103.*

[1888] Vgl. Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 109; Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 58.

[1889] Ebd. Vgl. zu den einzelnen Haltungen der Parteien zu dieser Frage Rwankote: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik, S. 99-104; Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 110 f.

[1890] *Siehe S. 301 f.*

[1891] Vgl. z.B. [Anonym]: Eine bedeutsame, denkwürdige Ostbundtagung, in: Ostland 10 (1929) 11, S. 138 f., hier S. 138.

[1892] *Siehe S. 160.*

erlaubte, aber dennoch argwöhnisch beobachtete.[1893] Dagegen suchte man durchaus das informelle Gespräch zu den Regierungen der Länder und des Reichs sowie zu einzelnen Ministerien, ganz besonders aber dem AA.[1894] Nicht von ungefähr bemühte sich beispielsweise die DKG deshalb immer wieder darum, Vertreter möglichst aller Parteien in ihre körperschaftlichen Organe aufzunehmen.[1895]

Auch in Bezug auf den religiösen Pluralismus vertraten beide Verbände einen toleranteren Standpunkt als noch zu Zeiten des Kaiserreichs. War die Akzeptanz katholischer Mitglieder für die DKG nie ein wirkliches Streitthema gewesen,[1896] so hatte der DO aus dem sowohl antipolnischen als auch antikatholischen Bismarck´schen „Kulturkampf" seine Schlüsse gezogen.[1897] Dabei rückte der konfessionelle Aspekt jenes „Kulturkampfs" des Kaiserreichs in den Hintergrund und wurde vom nationalen Aspekt überlagert. In einer Art abgeschwächtem Paternalismus wurde zwar der polnische Nationalismus als Hauptgegner des Verbands ausgemacht, zur Stärke verholfen habe ihm aber erst eine wankelmütige preußische Politik. Diese habe es an einer „klare[n] Linie des Staates gegenüber den allpolnischen Machtansprüchen" mangeln lassen.[1898] So sei es auch erst die Politik des „Kulturkampfes" gewesen, die z.B. bei katholische Siedlern und Siedlerinnen, die aus der Bamberger Gegend stammten, nach ihrer Ansiedlung nach Posen/ Poznań ihren Katholizismus gegen ihre nationale Zugehörigkeit ausspielte und somit „in die Hände der polnischen Geistlichkeit trieb."[1899] Auf keinen Fall wollte man in der Zwischenkriegszeit an der schlichten Formel ‚Polen – katholisch' bzw. ‚Deutsche – protestantisch' festhalten, denn damit hätte man beispielsweise in Oberschlesien die katholische deutsche Bevölkerung ausgegrenzt.[1900]

Fasst man das hier ausgebreitete Material soweit zusammen, so kann der DO aufgrund seiner sehr offenherzigen Öffentlichkeitsarbeit[1901] in die Tradition der wilhelminischen Ostpolitik eingeordnet werden. Auch hier waren außenpolitische Rücksichtnahme und diplomatisches

---

[1893] *Siehe S. 164 und S. 274.*

[1894] Vgl. auch Ullmann: Interessenverbände in Deutschland, S. 119-123.

[1895] Vgl. Pogge von Strandmann: Imperialism and Revisionism, S. 95.

[1896] Vgl. Aufzeichnung: Der Aufgabenkreis der DKG [undatiert, ca. Juni 1930], in: BArch, R 8023, Nr. 796: [Beschlüsse usw. der DKG-Abteilungen], Bl. 444 ff., hier Bl. 445.

[1897] Vgl. Thum: Mythische Landschaften, S. 183; Jaworski: Zwischen Polenliebe und Polenschelte, S. 83; Dyroff: Preußische Ostmark, S. 159.

[1898] Lüdtke, Franz: Das deutsche Ostland, seine Geschichte, seine Kultur, seine Bedeutung, in: (ders.)/ Thiele, Ernst Otto (Hg.): Der Kampf um deutsches Ostland – trotz Versailles. Düsseldorf o. J. [1931], S. 5-35, hier S. 26.

[1899] Bildunterschrift „‚Bamberka' aus dem Posenschen", ebd., zwischen S. 14 und S. 15.

[1900] Vgl. Lakeberg: Die deutsche Minderheitenpresse, S. 124 f.

[1901] Durchweg sehr aussagekräftig und frei von jeder diplomatischen Zurückhaltung ist diese als interne Handreichung angefertigte Quelle: Aufzeichnung betreffend den Deutschen Ostbund; Berlin, den 22.12.1926, in: PA AA, R 82314, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 2: 15.8.1926-29.5.1927, Bl. 72-Bl. 75.

Fingerspitzengefühl Fremdwörter im Vergleich zum üppig ausgeprägten imperialen Machtwillen.[1902] Die DKG agierte aufgrund ihres elitären Führungspersonals zwar mehr auf der Ebene persönlicher politischer Beziehungen, musste aber mehr und mehr erkennen, dass deren Stellenwert in der Weimarer Demokratie sowie in der internationalen Politik ein viel geringerer war als noch vor dem Ersten Weltkrieg.

So waren beide Verbände einem tiefgreifenden Wandel des Verhältnisses zwischen Verbänden und Parteien nach dem Ende des Kaiserreichs unterworfen. Hatten sie im letztgenannten noch ein „sekundäres System gesellschaftlicher Mächte ausgebildet",[1903] so verhalf die Weimarer Demokratie bei allen Problemen doch den Parteien zu einem Bedeutungszuwachs. Nun konnten die Verbände nicht wie noch im Kaiserreich den insgeheimen Konflikt mit den Parteien suchten, sondern sie wandten sich bevorzugt auf dem ‚kurzen Dienstweg' direkt an die Ministerialbürokratie wandten und überfluteten diese regelrecht mit Eingaben und Anträgen. Die Ziele der Verbände und die der Parteien waren dabei naturgemäß nicht deckungsgleich, wenngleich nicht mehr ‚Stand' oder ‚Klasse' ihrer Mitgliederbasis für die Verbände entscheidende Größen waren, sondern sie sich bemühten, aufgrund einer ubiquitären Gemeinwohlrhetorik die (Partikular-) Interessen möglichst lagerübergeifend zu organisieren, um ihre eigenen besser durchsetzen zu können.[1904] Das gelang ihnen allerdings nur sehr begrenzt, denn in der öffentlichen Wahrnehmung wurden sie doch meist mit diesen Partikularinteressen identifiziert, wie wir gleich sehen werden.

2.4.2. Beide Verbände im Urteil zeitgenössischer Kritiken

Doch nicht nur die Regierungsstellen entwickelten ein ambivalentes Verhältnis zu den beiden Verbänden. Wie bereits angedeutet waren beide auch vielmals Gegenstände der interessierten Öffentlichkeit. Interessant ist hierbei zunächst die Perspektive außerhalb Deutschlands auf sie. So sah man in Polen natürlich den DO in der Tradition des DOV stehend und interpretierte ihn als eine machtvolle Organisation mit besonders engem Kontakt zu staatlichen Stellen.[1905]

[1902] Vgl. Oldenburg: Der Deutsche Ostmarkenverein, S. 70-82.
[1903] Nipperdey: Interessenverbände und Parteien, S. 324.
[1904] Vgl. ebd., S. 324 f.
[1905] Vgl. [August] Schmid an Weichmann [Preußisches Staatsministerium]; Charlottenburg, den 11.2.1930 (Abschrift), in: PA AA, R 60012, Rep. VI a: Auslandsdeutschtum und kulturelle Beziehungen zum Ausland, Akten betreffend: Die Förderung der Deutschen im Ausland, Bd. 13: 1928-1930, Bl. K635944 ff., hier Bl. K635946.

Seine Veranstaltungen dienten der „*Propaganda des Hasses* [H. i. O., RF]“[1906] und seien „pathologische Erscheinungen“.[1907] Außerdem habe der Verband nichts aus dem „Bankerott [sic!] der Vorkriegsgermanisationspolitik“ gelernt. Wohlwollend und schadenfreudig nahm man zugleich den von deutscher Seite vielerorts geäußerten und an den Verband gerichteten Vorwurf der Förderung deutscher Abwanderung aus Polen auf. Von polnischer Seite verglich man deswegen den DO mit einer „Saugpumpe“.[1908] Allerdings können diese Momentaufnahmen nicht weitere Forschungen ersetzen, die systematisch und archivalisch fundiert nach der polnischen Wahrnehmung und Politik gegenüber dem DO fragen könnte.
Auch der DOV als der älteste der antipolnischen Verbände übte intern bereits früh scharfe Kritik am DO. Dieser betreibe eine „‚Entwurzelungspolitik‘“ und befasse sich fast nur mit der „‚künstliche[n] Schaffung von Flüchtlingen“.[1909] Auch die DSt beklagte sich, dass der „Ostbund wegen seiner aussenpolitisch recht *unvorsichtigen* und *lauten Propaganda* ernste Bedenken [erzeuge] [H. i. O., RF].“[1910] Außerdem kritisierte sie,

> „daß der Deutsche Ostbund die Tätigkeit der Deutschen Stiftung dauernd aufs äußerste erschwere. Die gesamten Deutschtumsverbände würden eine große Erleichterung darin sehen, wenn es gelänge, den Ostbund auf sein eigentliches Arbeitsgebiet (Entschädigungswesen) zurückzudrängen.“[1911]

Gerade aber das Reichsfinanzministerium drängte darauf, dieses Arbeitsgebiet des DO möglichst abzuschließen, da es fortlaufend ganz erhebliche Kosten der öffentlichen Hand verursachte. Erst im Herbst 1924 wurden diese Entschädigungsaufgaben zu einem endgültigen Ende gebracht.[1912] Logischerweise suchte sich dieser neue Betätigungsfelder. Er

---

[1906] Deutsches Konsulat Krakau an das Auswärtige Amt; betrifft: Der „Czas“ zur Tagung des Deutschen Ostbundes in Duisburg und Köln; Krakau, den 26. Juni 1928, in: PA AA, R 82315, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V. (jetzt: Bund Deutscher Osten), Bd. 3: 30.5.1927-6.4.1933, Bl. 116.
[1907] Ebd., Bl. 116 r. Auch das folgende Zitat ebd.
[1908] Vermerk, betrifft: Ostbund; Berlin, den 24.12.1926, in: BArch, R 43 I, Nr. 1797: Alte Reichskanzlei, Akten betreffend: Heimatschutz Ost und gemeine Ostfragen, Bd. 3: 1.7.1926-30.4.1927, Bl. 268 f., hier Bl. 268 r.
[1909] DOV an die Deutsche Stiftung; Berlin, den 17.5.1922, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 306: Deutscher Ostbund, intus: Austrittserklärungen einzelner Mitglieder aus dem DOV 1926, unpaginiert.
[1910] Krahmer-Möllenberg an den Reichsfinanzminister, Berlin, den 24.3.1926, in: BArch, R 2, Nr. 881: Reichsfinanzministerium, Akten betreffend: Die Kriegsschäden Deutscher in den abgetretenen Gebieten. Generalia, Bd. 6: 1.1925-31.12.1928, Bl. 167.
[1911] Niederschrift vom 1.7.1926 (a. a. O.), Bl. 508 r.
[1912] Vgl. Reichminister der Finanzen an den Präsidenten des Reichsentschädigungsamtes für Kriegsschäden, Berlin, 16.9.1924 (Abschrift), in: BArch, R 3301, Nr. 1738: Reichsfinanzministerium, Akten betreffend: Geldbedarf pp. des „Deutschen Ostbundes“ (Reichsverband Ostschutz/ deutscher Heimatbund Posener Flüchtlinge), Bd. 1: 8.10.1921-16.9.1924, Bl. 182.

wurde rasch fündig und definierte sie ebenso umfassend wie auch politisch weit ausgreifend. So sei zu beachten,

> „Das wir [gemeint ist der DO, RF] nicht etwa nur eine wirtschaftliche Interessenvertretung für die verdrängten deutschen Ostmärker sind, sondern dass dies nur eine *zeitliche Nebenaufgabe* des Deutschen Ostbundes ist, unsere *Hauptbestrebungen* aber dahin gehen, die Unterstützung der deutschen Ostmärker diesseits und jenseits der Grenze durch die deutsche Volksgesamtheit zu erwirken, für die wirtschaftliche und kulturelle Förderung der uns verbliebenen Ostgebiete uns einzusetzen, die *Entdeutschungspolitik Polens* in den uns geraubten Gebieten und das Verlangen Polens nach weiterem deutschen Land energisch zu bekämpfen, auf die Lüge von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands immer wieder hinzuweisen und unausgesetzt aufklärend dahin zu wirken, dass eine friedliche *Abänderung der Ostgrenzen* im Interesse des europäischen Friedens eine unbedingte Notwendigkeit ist [H. d. A., RF].“[1913]

Damit bestand eine deutliche Konkurrenz zum DtSB, der selbst nach der Führung der ‚Ostverbände‘ strebte.[1914] Dem Reichsinnenminister wiederum war der DO deswegen ein Dorn im Auge, da er sich nicht nur nicht der offiziellen Politik unterordnen wollte, sondern auch durch seine Propaganda ebendiese Politik nachhaltig im In- und Ausland zu kompromittieren drohte. Lobend hob er den mit dem DO konkurrierenden „Ostauschuss“ hervor, „[der] *sich der gemeinsamen kulturpolitischen Aufgaben im Osten annehmen wird*, ohne sich dazu einer öffentlichen Propaganda zu bedienen [H. d. A., RF].“[1915] Insgesamt zeigen diese wenigen Beispiele, dass es unbedingt lohnt, hinter die nationalistische Außendarstellung von entsprechenden Organisationen zu blicken. Dann kommen die vielfältigen Rivalitäten und Feindschaften zum Vorschein, die von politischen Zielkonflikten bis hin zu persönlichen Animositäten reichten. Somit bestätigt sich nahezu spiegelbildlich der Befund Winson Chu´s, der für denselben Zeitraum die in Polen tätigen deutschen Organisationen untersuchte. Auch diese waren heillos untereinander zerstritten; von einer gemeinsamen Verfolgung ihrer ‚nationalen Aufgaben‘ waren diese Organisationen weit

[1913] Das Bundespräsidium des Deutschen Ostbundes an die Reichskanzlei[?], 10.4.1928, in: BArch, R 43 I, Nr. 1815: Alte Reichskanzlei, Akten betreffend: Deutscher Ostbund, Bd. 1: 1.1.1928-33, Bl. 39.
[1914] Vgl. Das Bundespräsidium des Deutschen Ostbundes an den Reichsminister des Innern (a. a. O.), Bl. 510.
[1915] Der Reichsminister des Innern an den Deutschen Ostbund; Berlin, den 26.4.1926; betrifft: Gewährung einer Reichsbeihilfe (Abschrift), in: BArch, R 3901, Nr. 9129: Reichsarbeitsministerium, Abteilung II b, Akten betreffend: Deutscher Heimatbund Posener Flüchtlinge, jetzt: Deutscher Ostbund; ab Oktober 1919, unpaginiert.

entfernt. Ein zentraler Grund dafür war, dass regionale und ethnisch bedingte Vorurteile der Deutschen untereinander herrschten.[1916]

Damit wird erneut Verhältnis zwischen dem DO und der Regierung berührt. Nachdem die vielfältigen Probleme der Fürsorge für die aus Polen kommenden (deutschen) Flüchtlinge Mitte der 20er Jahre im Großen und Ganzen zumindest von staatlichen Stellen bearbeitet wurden, suchte nicht nur der DO neue Betätigungsmöglichkeiten. Auch die Reichsregierung orientierte, immer wieder und immer mehr verstimmt durch das Gebaren des DO in der Öffentlichkeit gerade in außenpolitischen Belangen,[1917] hin auf neue verbandspolitische Einflußmöglichkeiten. Bewusst wurde nun der „Ostausschuss" finanziell gefördert und der DO mit Nichtachtung gestraft: „Ich darf bemerken, dass die finanzielle Förderung der mit kulturellen und caritativen Arbeiten befassten deutschen Ostverbände durch das Reichsministerium des Innern […] über den Ostauschuss – Bund deutscher Ostverbände […] erfolgt."[1918] Aus selbigem war der DO Ende des Jahres 1925 ausgetreten, da er diesen Sammelverband nicht dominieren konnte und sich zugleich der „Ostausschuss" anmaßte, den DO gegenüber amtlichen Stellen zu vertreten. Außerdem sah man sich in diesem Ausschuss laufend mit der direkten Konkurrenz des DOV konfrontiert.[1919] Noch wesentlich deutlicher als der Reichsinnenminister wurde das preußische Staatsministerium, denn aufgrund der „verständnisvolle[n] Fürsorge, die die Reichs- und Staatsregierung den Ostprovinzen angedeihen lassen, [wird] die Tätigkeit *des Deutschen Ostbundes für entbehrlich erachtet* […] [H. i. O., RF]."[1920] Und das deutsche Konsulat in Thorn urteilte über den Verband ganz undiplomatisch, aber überdeutlich und unerbittlich sarkastisch:

[1916] Siehe Chu: The German minority.

[1917] So bemerkte der preußische Innenminister Grezinski: „Es erscheint erforderlich, dem Deutschen Ostbund gegenüber im Hinblick auf seine, dem wahren Interesse des Staates abträglichen Tendenzen und Methoden strenge Zurückhaltung zu üben und alles zu vermeiden, was sein Bestreben, maßgebenden Einfluß auf die Ostpolitik zu gewinnen, fördern könnte." Der preußische Minister des Innern an alle Oberpräsidenten; Berlin, den 13.12.1929 (Abschrift), in: BArch, R 3901, Nr. 9129: Reichsarbeitsministerium, Abteilung II b, Akten betreffend: Deutscher Heimatbund Posener Flüchtlinge, jetzt: Deutscher Ostbund; ab Oktober 1919, unpaginiert.

[1918] Der Reichsminister des Innern an die Obersten Reichsbehörden; Berlin, den 7.11.1932, in: ebd., unpaginiert.

[1919] Der Bundespräsident v. Tilly [sowie] der Bundesdirektor Ginschel an den Reichsaußenminister; betrifft: Austritt des „Deutschen Ostbundes" aus dem Bunde der dt. Ostverbände; Berlin, den 2.1.1926, in: PA AA, R 82313, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 1: 1.1.1925-14.8.1926, Bl. 104 f.

[1920] Weismann [Staatssekretär des preußischen Staatsministeriums] an den Deutschen Ostbund e.V.; Berlin, den 24.11.1928, in: PA AA, R 82315, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V. (jetzt: Bund Deutscher Osten), Bd. 3: 30.5.1927-6.4.1933, Bl. 183 r.

„Er ist bekanntlich nichts anderes als eine *weit verzweigte Anwaltsfirma*, die ein sehr lebhaftes Interesse daran hat, dass die Entschädigungen möglichst hoch ausfallen, da sie an den Erfolgen prozentual beteiligt ist [H. d. A., RF].“[1921]

Daneben hatten auch die landsmannschaftlich verfassten Organisationen der Weimarer Republik mit der Zeit ein ausgesprochen feindseliges Verhältnis zum DO entwickelt. „Die meisten landsmannschaftlichen Vereine lehnen die Mitarbeit mit ihm ab.“[1922] Und von Seiten der deutschsprachigen Minderheitenpresse in Polen hieß es anlässlich der Tagung in der Marienburg,[1923] dass die „‚wilden Männer vom Ostbund‘“ statt „ihre[r] unpolitische[n] Provokation des Polentums“, welche das „Deutschtum drüben gefährde“, sie sich lieber mit „‚Kompositionen von Klageliedern eines Flüchtlings‘ befassen [sollten].“[1924]
In einem Brief eines schlesischen Reichstagsabgeordneten an den Reichsinnenminister Joseph Wirth vom Spätsommer 1931 kommen zahlreiche weitere Vorwürfe an den DO komprimiert zur Sprache. Trotz der Ablehnung der Kooperation mit ihm von Seiten sowohl der preußischen als auch der Regierung des Reichs maße sich der DO an,

„immer wieder in der Öffentlichkeit als ‚die‘ Ostmarkorganisation aufzuspielen […] und die *an Mitgliederzahl* […] ihn *weit übertreffenden* landsmannschaftlichen Verbände als ‚kleine Heimatvereine‘ hinzustellen [H. d. A., RF].“[1925]

Außerdem befördere der DO trotz des formellen Abschlusses der Entschädigungsverfahren, mit *„demagogischen Mitteln die Entschädigungssucht* [H. i. O., RF]*“* und fache sie auch (1931(!)) weiter „künstlich“ an. Der Abgeordnete ging noch weiter:

[1921] Deutsches Konsulat Thorn an das Auswärtige Amt; [betrifft]: Schluss mit den Reichsentschädigungen; Thorn, den 11.10.1929 (Abschrift), in: ebd., Bl. 205 f., hier Bl. 205.

[1922] Franz Ehrhardt an den Reichsminister des Innern, Joseph Wirth, in Berlin; betrifft: Deutscher Ostbund e.V.; Ratibor, den 27.8.1931 (Abschrift) [Im Folgenden zitiert als: Erhardt an den Reichsinnenminister, 27.8.1931], in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Repositurен, Rep. 90 a: Staatsministerium, Jüngere Registratur, Nr. 2573: Schreiben 1931, Bl. 135-Bl. 140, hier Bl. 137.

[1923] *Siehe S. 214.*

[1924] [Aktenvermerk, betrifft:] Deutscher Ostbund e.V.; Berlin, den 1.7.1926, in: PA AA, R 82313, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 1: 1.1.1925-14.8.1926, Bl. 254 f., hier Bl. 254 r.

[1925] Erhardt an den Reichsinnenminister, 27.8.1931 (a. a. O.), Bl. 137. Auch die folgenden Zitate ebd. Dieser Hinweis verdient es, als Desiderat der Forschung ernstgenommen zu werden. Die landsmannschaftlich verfassten Verbände der Weimarer Republik zu untersuchen, dürfte mindestens mit Bezug auf die Frage nach den (Dis-) Kontinuitäten zu den späteren ‚Vertriebenenverbänden‘ spannend werden. Außerdem geht aus der zitierten Quelle hervor, dass sich von diesen Verbänden besonders der „Reichsverband heimattreuer Ost- und Westpreußen“ am Gebaren des DO störte.

„Der Deutsche Ostbund hängt sich ein Mäntelchen vermeintlicher Ostmark-Kulturarbeit um und ist, aus selbstischen Gründen, auch heute noch ein *Entschädigungsverein*. Um so abstoßender ist sein Auftreten als die ‚einzige kulturell und aufklärende Ostmarkorganisation' [H. i. O., RF]."

Auch das Urteil jenes Abgeordneten über die Leistungen des DO war vernichtend: „Geleistet hat der Deutsche Ostbund in ideeller Arbeit nichts. Seine Zeitschrift, sein Kalender, die wenig wertvollen Bücher sind nur als finanzielle Maßnahme benutzt zur Erhaltung einer unwahrscheinlichen[,] aufgeblähten und anmaßenden Zentralverwaltung."[1926] Im Reichstag klagte man darüber, dass der DO „bestrebt sei, seine politisch stark ausgedehnte Organisation auf Kosten des Reichs auszubauen oder aus Mitteln des Reichs zu finanzieren."[1927] In der Tat wurde dieser Verdacht dadurch genährt, dass nicht nur der im Bundespräsidium des Verbands tätige August Schmid, sondern auch sein Präsidiumskollege Emanuel Ginschel beruflich für die Vorprüfungsstelle des Verbandes für Entschädigungsfälle tätig war.

Einzig in Teilen der Presse der Weimarer extremen Rechten wurde der DO einhellig positiv wahrgenommen. So nahm der „Völkische Beobachter" ihn gegen einen Erlass des preußischen Innenministers Albert Grezinski (1879-1947) in Schutz, der seinen Beamten aufgrund der jahrelangen Förderung der Abwanderung von Deutschen aus Polen durch den DO die Mitgliedschaft im selbigen untersagte. Dafür wurde Preußen insgesamt von dem NSDAP-Blatt zur „Nebenstelle der Polackei" erklärt.[1928] Auch der extrem rechte „Jungdeutsche" lobte den DO und verharmloste seine expansiven Ziele: „sein Programm sei nicht die Schürung von Haß, sondern die Pflege der Liebe zur Heimat."[1929]

Für die DKG wurde bereits darauf hingewiesen, dass diese zum Einen unter zahlreichen konkurrierenden Verbands- und Vereinsgründungen während der Weimarer Republik litt und zum Anderen nun eine vernehmbare antikoloniale Bewegung entstanden war.[1930] An Motiven für die genannten Neugründungen können beispielsweise die elitäre Dünkel der DKG und

---

[1926] Ebd., Bl. 137 f.

[1927] Der Reichsminister für Wiederaufbau an den Präsidenten des Reichsentschädigungsamtes für Kriegsschäden, Berlin, 23.8.1923, in: BArch, R 3301, Nr. 1738: Reichsfinanzministerium, Akten betreffend: Geldbedarf pp. des „Deutschen Ostbundes" (Reichsverband Ostschutz/ deutscher Heimatbund Posener Flüchtlinge), Bd. 1: 8.10.1921-16.9.1924, Bl. 164-Bl. 164 r. Auch das folgende Argument ebd.

[1928] [Anonym]: „Preußen" – eine Nebenstelle der Polackei. Grezinski verbietet den Beamten die Zugehörigkeit zum Deutschen Ostbund, in: Völkischer Beobachter Nr. 39 vom 20.2.1930[?], in: BArch, R 1507, Nr. 473: Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung. Akten betreffend: Reichsverband Ostschutz – Deutscher Schutzbund – Deutscher Ostbund – Bund der deutschen Ostverbände. Vom Juli 1920 bis Mai 1931, Bl. 112.

[1929] [Anonym]: Um den deutschen Osten und seine Not. Vom „Deutschen Ostbund/ Der Hoffnungswille der Ostmärker, in: Der Jungdeutsche Nr. 108 vom 10.5.1931, in: ebd., Bl. 113.

[1930] *Siehe S. 70 und S. 278.*

ihre etwas entrückten Vorstellungen von der Wichtigkeit kolonialen Besitzes gelten. So heißt es im Programm der DKG-Konkurrenz der „Gesellschaft für koloniale Erneuerung“[1931] in indirekter Stoßrichtung gegen die DKG, aber unmissverständlich:

> „*Deutschland hat seine Kolonien nie besessen*. Diese Feststellung hat mit Flaggenhissung, Vorträgen und sonstigen Tatsachen nichts zu tun, soll vielmehr nur dem vor dem Weltkriege erreichten Stand kolonialen Denkens und Fühlens kennzeichnen. […] es ist vor dem Kriege nicht gelungen, in der relativ kurzen Zeit deutscher kolonialer Betätigung die volkswirtschaftliche Bedeutung kolonialen Besitzes den breiten Volksschichten nahe zu bringen [H. d. A., RF].“[1932]

Auch wurde kritisiert, dass die DKG die Kolonialfrage zwar als Frage des nationalen Prestiges stelle, aber nicht als solche der Volkswirtschaft, weswegen „sich in breiten Kreisen des deutschen Volkes die irrige Auffassung festsetzte, koloniale Betätigung sei ein […] Privileg der obrigen Volksschichten.“ Stattdessen solle das „afrikanische Kolonialland“ für ganz Europa zum „gemeinsame[n] Interessengebiet“ werden.[1933] Und in der Tat mehrten sich in der Zwischenkriegszeit die Stimmen deutlich, die den Kolonialismus nicht mehr als nationalstaatliches, sondern gesamteuropäisches Projekt interpretierten.[1934] Besonders stieß sich die DKG-Konnkurrenz an deren diese fehlender ‚Volkstümlichkeit‘ sowie der offenkundigen Überalterung ihrer Mitglieder.[1935] Höflicher, aber in dieselbe Richtung zielend bemerkte man im AA, dass die „bestehenden kolonialen Organisationen nach ihrer Mitgliederzusammensetzung nicht geeignet sind, die breite Masse zu gewinnen.“[1936]

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die mit der Kriegsniederlage einsetzende (Wieder-) ‚Entdeckung des Deutschtums‘ namentlich an den Grenzen des Reiches sowie weltweit zu einer hier nur grob umrissenen Fülle an Neugründungen von Verbänden und Vereinen führte. Aufgrund ihres reichsweiten, ausdifferenzierten Organisationsnetzes hatten sowohl die DKG als auch der DO hier eine vergleichsweise gute Ausgangsposition, die beide kontinuierlich und immer wieder auf Kosten anderer Organisationen ausbauten. Unterordnen

---

[1931] Vgl. Rüger: Die kolonialen Bestrebungen, S. 269 f.; Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 98.

[1932] [Programm der] Gesellschaft für koloniale Erneuerung; Berlin, den 25.8.1926 (Abschrift), in: BArch, R 8023, Nr. 393: Deutsche Kolonial-Gesellschaft, [ohne Untertitel], Bl. 60-Bl. 61 r., hier Bl. 60 r. Auch das folgende Zitat ebd.

[1933] Ebd., Bl. 61.

[1934] Laak: Afrika vor den Toren, S. 99 f. und S. 104-107; Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 111.

[1935] *Siehe S. 192 ff.*

[1936] [Aktenvermerk, betrifft: Volksgemeinschaft für kolonialen Wiederaufbau; undatiert, ca. Oktober 1925], in: PA AA, R 29433: Büro Staatssekretär, Akten betreffend: Kolonialfragen (Mandatgebiete), Bd. 1: 6.4.1924-22.6.1926, Bl. E186905 f., hier Bl. E186905.

unter andere Verbände wollte man sich dagegen nicht, da man seinerseits selbst stolz war auf den eigenen Verband und sich informell einer (bürgerlichen) Elite zurechnete. Viele der zahllosen Konkurrenzverhältnisse unter den vorgenannten Organisationen können auch auf solch einen verletzten Stolz zurückgeführt werden.[1937]

Politische Großereignisse waren dabei seit jeher Impulsgeber für diverse ‚Wellen' zur Gründung geselliger Assoziationen.[1938] Nur war der Organisationstyp des Vereins aufgrund seines Verbreitungsgrades zu dieser Zeit bereits ein Opfer seines eigenen Erfolges geworden.[1939] Die Quantität der Vereine und Verbände spricht keineswegs für deren Qualität, was auch zeitgenössisch allerorten beklagt wurde. Zugleich war es aber besonders für Bürger und Bürgerinnen ein Anliegen, sich zu solchen geselligen Assoziationen zusammenzuschließen, um unter dem damals so wahrgenommenen ‚Zeitalter der Massendemokratie' gesellschaftliche Führungsansprüche besser vertreten zu können.[1940] Für dieses Ziel war der Zweck, sich irgendwie für ‚das Deutschtum' einsetzen zu wollen, ein akzeptables Anliegen von ganz rechts bis zur linken Mitte. Denn alle konnten sich darunter etwas anderes vorstellen. Dieser überall fast wortgleich in Satzungen und ähnlichen Dokumenten vorzufindende Zweck ließ die meisten dieser Organisationen untereinander in einen erbitterten Konkurrenzkampf um Mitglieder, Zuwendungen und nicht zuletzt öffentliche Aufmerksamkeit treten. Ein Grund dafür, dass von der skizzierten Konkurrenz zahlreicher nationalistischer Organisationen untereinander kaum etwas nach außen drang, ist im deutsch-polnischen Antagonismus der Zwischenkriegszeit zu sehen. Man wollte dem polnischen Gegner keinerlei Angriffsflächen bieten, die auf einen möglichen „öffentlichen Kampf der deutschen Ostmärker um Organisationsfragen" hingedeutet hätten.[1941]

Allgemeiner gefasst war das Assoziationswesen jener Zeit also *gerade der Ort*, an dem das Bürgertum sich nicht nur einander seines (durch die Niederlage gekränkten) Nationalismus

---

[1937] Vgl. Das DO-Bundespräsidium an den DOV-Vorstand; Berlin, den 27.5.1927, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 349 a: Akten auf Anordnung der NSDAP (Alfred Rosenberg). Zusammenlegung der Ostverbände unter dem Namen „Bund Deutscher Osten", Bl. 347-Bl. 351, hier Bl. 348 ff.; Der DOV an den DO; [ohne Ort], den 3.8.[19]19, in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 349: Verhandlungen über die Zusammenlegung von Ostmarkenverein und von Ostbund 1925-1929, Bl. 3 f., hier Bl. 3; Antrag der Abteilung Görlitz auf der DKG-Vorstandssitzung am 6.12.1930 in Berlin; betrifft: Bund für koloniale Erneuerung, in: BArch, R 8023, Nr. 797: [DKG-Vorstandssitzungen etc.], Bl. 113.

[1938] Vgl. für eine transatlantisch-europäische Perspektive Hoffmann: Geselligkeit und Demokratie, S. 59-85.

[1939] Vgl. ebd., S. 85 f.

[1940] Vgl. ebd., S. 101.

[1941] Rundschreiben Nr. 9 an alle Ortsgruppen und Landesverbände des Deutschen Ostbundes; betrifft: Gründung eines Reichsverbandes der West- und Ostpreußen-Vereine; Berlin, den 23.11.1920 (streng vertraulich!), in: GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein, Nr. 347: Verhandlungen zwischen Deutschem Ostmarkenverein und Deutschem Ostbund zwecks Zusammenführung, Bl. 1-Bl. 4, hier Bl. 2.

versicherte, sondern auch diese Assoziationen verbissen untereinander um dessen organisatorische Führung kämpften.[1942] Erst der Blick in ungedruckte Quellen vermag hier den *wie Mehltau* auf den publizierten Quellen liegenden nationalistischen Jargon der ‚nationalen Einheit', ‚vaterländischen/ patriotischen Pflichten' etc. wegzufegen und einem nüchterneren Blick Platz zu verschaffen, der die Zusammenhänge besser erkennen lässt.

2.4.3. Kritik der Verbände an und während der Weimarer Republik

Im Grunde standen beide Verbände der Republik zwar nicht feindlich gegenüber, hatten aber ein ausgesprochen instrumentelles Verhältnis zu ihr. Dies nicht nur, da die Regierungen zwar immer wieder versuchten, an den imperialen Großmachtstatus des Kaiserreichs anzuknüpfen,[1943] allerdings die Ressourcen sowie die außenpolitischen Rahmenbedingungen dafür einfach nicht vorhanden waren.[1944] Ganz sicher waren wenigstens die Führungskräfte beider Verbände weder überzeugte „Herzensmonarchist[en]" noch „Vernunftrepublikaner".[1945] Vielmehr spielte die konkrete Staatsform Deutschlands in ihrer Gedankenwelt eine wenn überhaupt sehr nachgeordnete Rolle. Wichtig war ihnen, dass Deutschland wieder den Status einer imperialen Großmacht einnehmen konnte.[1946] Wie ernüchternd-frustrierend musste bei solchen weitgespannten Erwartungen den Verbänden doch der deutlich begrenztere Handlungsspielraum der Weimarer Politik im Vergleich zu der des Kaiserreichs erscheinen! Deswegen wird man zumindest den Verbandsführungen ein mehr oder minder opportunistisches Verhältnis zur jeweiligen Regierung unterstellen können,

---

[1942] Bei der DKG heißt es dazu ganz unumwunden, dass es schlichtweg um die „Eignung und Berufung zur Fuehrung innerhalb der Bewegung" gehe. DKG-Zentrale an Douqué, Abteilung Bonn/ Godesberg; Berlin, den 10.4.1929, in: BArch, R 8023, Nr. 361: [Deutscher Kolonialverein etc.], Bl. 37-Bl. 37 r., hier Bl. 37 r.

[1943] Vgl. Krüger: Die Aussenpolitik, S. 80-84. Derselbe Autor warnt davor, die Weimarer Aussenpolitik einzig und allein auf Revisionsbemühungen hin zu verengen. Stattdessen ordnet er diese umfassend in die neuen Formen internationaler Beziehungen nach dem Weltkrieg ein. Vgl. ebd., S. 13-16.

[1944] So heißt es im Mitte Oktober 1929 resignierend über die Ergebnisse entsprechender Debatten im preußischen Landtag: „es sei kein Geld für den Osten vorhanden; es könne lediglich den einzelnen Ressorts empfohlen werden, Mittel an anderen Punkten einzusparen, um sie gegebenenfalls für den Osten zu verwenden." Hasslacher [Geschäftsträger schlesischer Städte und Handelskammern] an die Industrie- und Handelskammer Breslau; Berlin, den 18.10.1929, in: PA AA, R 82315, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V. (jetzt: Bund Deutscher Osten), Bd. 3: 30.5.1927-6.4.1933, Bl. 209- Bl. 214, hier Bl. 211. Vgl. auch Hiden: The Weimar Republic, S. 279.

[1945] Meinecke, Friedrich (1919): Verfassung und Verwaltung der deutschen Republik, in: (ders.): Werke. 10 Bde. Bd. 2: Politische Schriften und Reden. Hgg. und eingeleitet von Georg Kotowski. 3. Aufl. (1. Aufl. 1957). Darmstadt 1968, S. 280-298, hier S. 281.

[1946] Vgl. Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. [13] und [19 f.]; Fitzpatrick: Nazifying colonialism, S. 24.

welches sich besonders klar in der Endphase der Republik zeigte. Dieses Verhältnis beruhte durchaus auf Gegenseitigkeit, denn besonders das AA versuchte ebenso fortwährend, die ‚auslandsdeutschen' Organisationen für seine revisionistischen Pläne zu benutzen.[1947] Diese wurden als Surrogat für die fehlende politische und militärische Stärke gesehen.[1948]

So wundert es nicht, dass zunächst vorsichtige Kritik an der Republik eben nicht erst ab der Zeit der Präsidialkabinette[1949] von Seiten beider Verbände geäußert wurde, sondern schon wesentlich früher. Für die sich zunächst im „Heimatbund Posener Flüchtlinge" zusammenschließenden sowie die aus den ehemaligen polnischen Ostprovinzen kommenden Deutschen war dabei aber zunächst nicht der rasch verblassende Glanz des imperialen deutschen Kaiserreichs ausschlaggebend. Vielmehr fühlten sie sich fortwährend bereits von der ersten Reichsregierung in ihrer Not im Stich gelassen. Denn Ablehnungen ihrer Eingaben würden „schwerste Beunruhigung" aufkommen lassen und damit „in ihnen die Meinung aufkommen und erstarken lassen, daß sie von *den verantwortlichen Stellen des Reiches schutzlos dem Elend und Untergange preisgegeben werden* [H. i. O., RF]."[1950] Was fortwährend gewünscht wurde, war eine Regierung, die sich dieser Sorgen *effektiv* annahm. So forderte der DO vom Reichsfinanzministerium im November 1925 im Namen der „Verdrängten und Optanten[[1951]] […] *gebieterisch wirksame Massnahmen* zur Linderung und Abhilfe [H. d. A., RF]."[1952] Da diese nicht stattfanden, war man konsequent unzufrieden mit der Entschädigungspolitik der Regierung gegenüber eben jenen „Verdrängten", die man vertrat und die selbst Druck auf den Verband ausübten.[1953] Vom Staat wurde schlichtweg „Führung" erwartet; und bezüglich der Entschädigungspolitik hieß es rhetorisch: „Hat hierbei etwa der Staat geführt? Nun, die Bejahung dieser Frage wäre eine kühne und den Tatsachen

---

[1947] Vgl. Hiden: The Weimar Republic, S. 278 f.

[1948] Vgl. Weißbecker: Die nationalistisch-revanchistische „Deutschtumspolitik", S. 172; Jaworski: Der auslandsdeutsche Gedanke, S. 382.

[1949] Vgl. Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 512-599.

[1950] Deutscher Heimatbund Posener Flüchtlinge e.V. an die Reich[s]regierung in Berlin, Frankfurt a. d. O., den 24.11.1919 (Abschrift), in: BArch, R 2, Nr. 695: Reichsfinanzministerium, Akten betreffend: Verdrängungsschäden. Generalia, Bd. 1: 18.11.1919-31.7.1920, Bl. 15-Bl. 17 r., hier Bl. 17 r.

[1951] Vgl. zur sogenannten „Optantenfrage" Schattkowsky: Deutschland und Polen, S. 141-152, S. 171-205 und S. 238-244; Kotowski: Die erste Vertreibung […]?, S. 175 f.; Brandes: Deutsche aus Polen, S. 161.

[1952] Der Bundespräsident v. Tilly [sowie] der Bundesdirektor Ginschel an das Reichsfinanzministerium, Berlin, den 20.11.1925, in: BArch, R 2, Nr. 881: Reichsfinanzministerium, Akten betreffend: Die Kriegsschäden Deutscher in den abgetretenen Gebieten. Generalia, Bd. 6: 1.1925-31.12.1928, Bl. 106.

[1953] Vgl. Das Bundespräsidium an das Reichsfinanzministerium, Berlin, den 5.12.1925, in: ebd., Bl. 111; [Alfred] v. Tilly an den Reichskanzler [Wilhelm] Marx; Berlin, den 4.12.1926, in: BArch, R 43 I, Nr. 1797: Alte Reichskanzlei, Akten betreffend: Heimatschutz Ost und gemeine Ostfragen, Bd. 3: 1.7.1926-30.4.1927, Bl. 196-Bl. 200, hier Bl. 196 und Bl. 199.

keineswegs entsprechende Behauptung […].“[1954] Unter- bzw. außerhalb der Berliner Zentrale rumorte es noch deutlicher in den DO-Abteilungen. So forderte eine Abteilung: „Herr Reichspräsident! *Worte haben wir vom Auswärtigen Amt genugsam gehört, Worte überall, aber wenig Taten* [H. i. O., RF]!“[1955] Auch bezüglich der Reform der preußischen Provinzen, wonach die nach den Gebietsabtretungen bei Deutschland verbliebenen Reste der ehemaligen Ostprovinzen anderen Provinzen angegliedert werden sollten,[1956] regte sich bezeichnender Widerstand: „Als ob man mit einem *gewordenen, lebendigen Organismus* nach Belieben experimentieren darf! Diese Nützlichkeit ist sehr unnütz, diese Sparsamkeit verschleudert unwägbares *völkisches Kapital* für Gegenwart und Zukunft [H. d. A., RF].“[1957]

Aber selbst beim besten Willen waren die finanziellen Mittel des Reiches nach der Inflation Anfang der zwanziger Jahre einfach nicht vorhanden, um das so nachdrücklich geforderte Entschädigungsprogramm ins Werk zu setzen.[1958] Auf der anderen Seite war eine möglichst dürftig gehaltende Entschädigungspolitik aber auch im Interesse der deutschen sowie der preußischen Regierungsstellen, da „jede Erhöhung der Entschädigungen zur Abwanderung nach Deutschland reize.“[1959] Außerdem befürchtete man einen ‚Trittbrettfahrer-Effekt‘: würde diese Bevölkerungsgruppe entschädigt werden, würden sich umgehend andere vom Krieg und seinen Folgen Geschädigte vermittels ihrer zahlreichen Interessenverbände ebenfalls mit Forderungen bei der Regierung melden: die ‚Auslands-‘ ebenso die ‚Kolonialdeutschen‘ sowie die aus Elsaß-Lothringen Vertriebenen. Dies wiederum könnte eine Sowirkung auf die ungleich größte Gruppe der Inflationsgeschädigten entfalten, was zu noch mehr „unerfüllbaren Forderungen“ führen und womöglich die innenpolitische Lage negativ beeinflüssen würde.[1960] Zugleich konnte das fehlende Geld für Entschädigungen wiederum ja auch im Sinne der Reichsministerien positiv uminterpretiert werden: man habe eben kein Geld und deswegen lohne die Abwanderung ins Reich ohnehin nicht. Stattdessen hätte die

---

[1954] [Anonym]: Zehn Jahre Kampf für Ostheimat, deutsches Volkstum und Vaterland. Erinnerungsblätter zur Feier des 10jährigen Bestehens des Deutschen Ostbundes. Berlin 1929, S. 54.

[1955] DO-Landesverband Hinterpommern, kulturpolitische Abteilung, an das Büro des Reichspräsidenten; Köslin, den 21.8.1925, in: PA AA, R 82313, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 1: 1.1.1925-14.8.1926, Bl. 56-Bl. 59, hier Bl. 57.

[1956] Vgl. dazu Jeserich: Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, S. 518-538.

[1957] Lüdtke, Franz: Ostmark und Volkshochschule. (= Heimatbücher der Freien Ostmärkischen Volkshochschule Heft 3). 2., teilweise geänderte Aufl. (1. Aufl. 1920). Berlin o. J. [ca. 1921], S. 6 f.

[1958] *Siehe S. 92 f.*

[1959] Vermerk, betrifft: Unterstützungsmassnahmen für deutschstämmige Nichtoptantenpensionäre in den polnischen Abtretungsgebieten; Berlin, den 18.3.1926 (Abschrift), in: BArch, R 2, Nr. 881: Reichsfinanzministerium, Akten betreffend: Die Kriegsschäden Deutscher in den abgetretenen Gebieten. Generalia, Bd. 6: 1.1925-31.12.1928, Bl. 153 ff., hier Bl. 154.

[1960] Der Reichsfinanzminister an den Dompropst Ulitzka (MdR); Berlin, den 29.6.1926 (Abschrift), in: BArch, R 43 I, Nr. 1797: Alte Reichskanzlei, Akten betreffend: Heimatschutz Ost und gemeine Ostfragen, Bd. 3: 1.7.1926-30.4.1927, Bl. 38-Bl. 39 r., hier Bl. 38 r.-Bl. 39.

deutsche Bevölkerung in Polen auszuharren, bis eine Änderung der Grenzproblematik eintrete. Damit wurde allerdings nur sehr notdürftig das Grundproblem verdeckt, dass schlichtweg seitens der Regierung das Geld fehlte.[1961] Außerdem dürfte es für die in Polen verbliebenen Deutschen ein höchst schwacher Trost gewesen sein, dass beispielsweise das AA einfach nur an ihre „Ausdauer" appellierte.[1962] Noch dürftiger sowie herablassender sekundierte das Generalkonsulat in Posen/ Poznań, die „Ausgewanderten haben keinen Rechtsanspruch auf Entschädigung, sondern können nur eine Hoffnung auf die Mildtätigkeit einzelner wohlhabender Deutscher haben. Mehr wäre Prämie auf Abwanderung."[1963]

Allerdings handelt es sich dabei trotz aller Deutlichkeit noch um recht diplomatische Formulierungen. In unüberbietbar zynischer Manier wird in den Akten auch von einem angeblichen Fall berichtet, wonach der „Leiter der Deutschtumsorganisationen in den abgetretenen Ostgebieten", Eugen Naumann (1874-1939),[1964] Folgendes geäußert habe, um die weitere Abwanderung der Deutschen aus Polen zuverhindern: „„Ehe nicht ein paar Ostverdrängte in Berlin auf offener Strasse[sic!] verrecken, hört die Abwanderung der Deutschen aus den abgetretenen Ostgebieten nicht auf.""[1965] Damit ist einer der zentralen Grundkonflikte zwischen dem DO und den Stellen des Reichs sowie Preußens auf den Punkt gebracht: einerseits der Interessenverband der Weimarer ‚Verdrängten' bzw. ‚Vertriebenen', die teils in elenden Verhältnissen leben mussten, andererseits die zahlreichen in die Thematik involvierten Ministerien der Weimarer Republik, die jegliche finanzielle Hilfe über das Mindestmaß für jene ‚Vertriebene' hinaus als den machtpolitischen Interessen Deutschlands in Ostmitteleuropa abträglich ablehnten. Dennoch kann aus diesem Konflikt keineswegs eine direkte Affinität des Verbands zum Faschismus als Bewegung während der Republik abgeleitet werden. Wann und durch welche Faktoren gab es hier erste Berührungspunkte?

Zunächst sorgte hier die Wahrnehmung der internationalen Politik infolge der Kriegsniederlage für einen Politisierungsschub. An dieser Politik namentlich des Völkerbundes ließ der Verbandspublizist Lüdtke kein gutes Haar: „Der internationale

---

[1961] Vgl. Reichsinnenministerium: Bemerkungen zum Ostproblem; Berlin, den 9.8.1927 (Abschrift), in: BArch, R 43 I, Nr. 1798: Alte Reichskanzlei, Akten betreffend: Heimatschutz Ost und gemeine Ostfragen, Bd. 4: 1.5.1927-31.12.1927, Bl. 172-Bl. 179.

[1962] Aufzeichnung über die von Polen erhobene Auswandererersteuer; Berlin, den 8.1.1927, in: PA AA, R 82314, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 2: 15.8.1926-29.5.1927, Bl. 159 f., hier Bl. 160.

[1963] Deutsches Generalkonsulat Posen an das Auswärtige Amt; betrifft: Ostbund; Posen, den 18.3.1927, in: ebd., Bl. 292-Bl. 295, hier Bl. 294.

[1964] Vgl. zu seiner Rolle Chu: The German Minority, S. 71-74 und S. 161 ff.

[1965] Das Bundespräsidium an den Reichsaußenminister; Berlin, den 2.2.1927, in: PA AA, R 82314, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 2: 15.8.1926-29.5.1927, Bl. 198-Bl. 207, hier Bl. 201.

Gedanke hat sich als Irrtum erwiesen, der Raub Danzigs und Memels, Posens und Oberschlesiens zeigt es uns."[1966] Folglich solle auf eine nationale Machtpolitik seitens der Regierung gesetzt werden. Im Zuge des Prozesses gegen Hitler 1924 nahm ihn Lüdtke demonstrativ gegen Kritik in Schutz.[1967] Gerade aber für die zweite Hälfte der zwanziger Jahre gaben die Quellen keine weiteren Anhaltspunkte für das Verhältnis zwischen dem DO und der faschistischen Bewegung in Deutschland. Weitere Studien sollten diese Quellenbasis erheblich erweitern und möglichst einen weiteren Zeitraum systematisch erforschen, der idealiter zwischen der Entstehung der faschistischen Bewegung nach dem Ersten Weltkrieg und der faschistischen Regimephase ab 1933 anzusetzen wäre. Daneben ist ein weiteres Forschungsdesiderat ersten Grades, nicht nur die verschiedenen Landsmannschaften und ‚heimattreuen' Verbände in jener Zeit ebenso systematisch zu erforschen, sondern auch hier nach dem Verhältnis zum Faschismus zu fragen. Besonders die Positionen innerhalb der NSDAP während der Republik zur in Osteuropa einzuschlagenden Politik bilden mit Blick auf den Holocaust ein ebenso wichtiges Forschungsfeld. Für die Politik der Partei gegenüber der ‚Kolonialfrage' lieferte Hildebrand bereits früh eine entsprechend gründliche Analyse.[1968] Erst für den Zeitraum um etwa 1930 werden die hier analysierten Quellen wieder aussagekräftiger. So bereitete es der preußischen Regierung Sorgen, dass sich der DO-Bundespräsident Alfred von Tilly am „Volksbegehren gegen den Young-Plan" beteiligte,[1969] was allerdings auch in der Verbandsführung selbst kritisiert wurde.[1970] Von dieser Seite bemühte man sich auch vor dem Hintergrund des schwelenden Konflikts zwischen dem DO und fast allen Regierungsstellen darum, das Verhältnis zueinander dennoch wieder ins Reine zu bringen. So sei „der Ostbund gewillt […], durchaus loyal mit der Regierung zusammenzuarbeiten."[1971] Zunehmend verfiel man hier in einen mehr und mehr drohenden

---

[1966] Lüdtke, Franz: Die Bedeutung der deutschen Ostmark, in: Heilige Ostmark 1 (1925) 2, S. 45 f., hier S. 46.

[1967] *Siehe S. 96.*

[1968] Vgl. Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 40-88.

[1969] Vgl. Gümbel: „Volk ohne Raum", S. 74 und S. 80. Vgl. zu diesem Vertragswerk Krüger: Die Aussenpolitik, S. 476-489.

[1970] Weichmann [Preußisches Staatsministerium] an den Reichsminister des Innern; Berlin, den 12.2.1930 (Abschrift), in: PA AA, R 60012, Rep. VI a: Auslandsdeutschtum und kulturelle Beziehungen zum Ausland, Akten betreffend: Die Förderung der Deutschen im Ausland, Bd. 13: 1928-1930, Bl. K635942 ff., hier Bl. K635943. Auch die DKG engagierte sich gegen den Plan. Vgl. Duems, Erich: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (1919-1932), in: (ders.)/ Stuemer, Willibald von: Fünfzig Jahre Deutsche Kolonialgesellschaft 1882-1932. Berlin 1932, S. 57-115, hier S. 75 f. Vgl. ferner zu den kolonialpolitischen Maximalforderungen der Koloniallobby gegenüber diesem Vertrag: Pogge von Strandmann: Imperialism and Revisionism, S. 98 f. Eberhardt: Zwischen Nationalsozialismus und Apartheid, S. 136.

[1971] [Alfred] Schmid an Weichmann [Preußisches Staatsministerium]; Charlottenburg, den 11.2.1930 (Abschrift), in: PA AA, R 60012, Rep. VI a: Auslandsdeutschtum und kulturelle Beziehungen zum Ausland, Akten betreffend: Die Förderung der Deutschen im Ausland, Bd. 13: 1928-1930, Bl. K635944 ff., hier Bl. K635945 f.

Tonfall, wenngleich entsprechende Argumente schon länger im Verband kursierten. Diese wurden nun aber noch offensiver kommuniziert. So fasste man bei der Jahresversammlung Ende Mai 1932 verschiedene Beschlüsse, bei dem es beispielsweise zur „Korridorfrage“ hieß: „Nie kann und wird Friede in Europa sein, ehe die sinnlose Zerreissung des deutschen Reichsgebietes und die Abschneidung Ostpreussens und Danzigs vom Vaterlande beseitigt ist.“[1972] Als der wahre Aggressor wurde im Zuge des Konflikts um Danzig[1973] dabei Polen dargestellt.[1974] Dies rechtfertige die „Ertüchtigung der Jugend“, um sie für „den etwa nötig werdenden Abwehrkampf im Osten“ vorzubereiten.[1975] Der Verband nahm offenbar die Regierungspolitik als zunehmend handlungsunfähig war und radikalisierte sich selbst.

Seitens der DKG hielt sich vor allem der ältere Teil des Vorstands mit offener Kritik an der Regierung eher zurück. Hier wurde eine vorsichtigere, ‚realistischere‘ Politik verfolgt.[1976] So mahnte der frühere kurzzeitige Außenminister Solf zur Zurückhaltung gegenüber der Regierung, da beispielsweise die Hamburger Kaufleute der Wiedergewinnung von Kolonien gänzlich ihre Unterstützung versage.[1977] Enttäuscht war man darüber hinaus auch über die Folgen des im September 1926 erfolgten Eintritts in den Völkerbund,[1978] da dieser sich beispielsweise als handlungsunfähig gegenüber den britischen „closer union“-Plänen in Ostafrika zeigte.[1979] Dagegen wurde eine umfassende Propaganda-Kampagne entfacht.[1980] Zwar hatte das Kabinett bereits im September 1924 ein Memorandum verabschiedet, welches u.a. den alliierten Rückzug an Rhein und Ruhr sowie die deutsche Beteiligung am Mandatssystem des Völkerbundes zur Bedingung des deutschen Beitritts zum Völkerbund erklärte.[1981] In der DKG war man davon überzeugt, über das Mandatssystem zumindest einen Teil der Kontrolle über die ehemaligen Kolonien zurück zu erlangen.[1982] Zugleich sollte damit

---

[1972] Das Bundespräsidium an das Auswärtige Amt; Berlin, den 8.6.1932 [Im Folgenden zitiert als: Bundespräsidium an das Auswärtige Amt], in: PA AA, R 82315, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V. (jetzt: Bund Deutscher Osten), Bd. 3: 30.5.1927-6.4.1933, Bl. 246-Bl. 251, hier Bl. 249. Der Beschluss der Jahresversammlung trägt den Titel „Entschliessung zur Korridorfrage.“

[1973] Siehe Ramonat: Der Völkerbund und die Freie Stadt Danzig.

[1974] Vgl. Bundespräsidium an das Auswärtige Amt (a. a. O.), Bl. 247 f. Hier lautet er bezeichnenderweise „Entschliessung gegen die polnischen Raubgelüste.“

[1975] Ebd., Bl. 248.

[1976] Vgl. Julius Clemens an den DKG-Präsidenten in Berlin; Köln, den 5.12.1929, in: BArch, R 8023, Nr. 796: [Beschlüsse usw. der DKG-Abteilungen], Bl. 525 f., hier Bl. 526.

[1977] Vgl.[Heinrich Schnee(?)] an Kurt Woermann in Hamburg; [Berlin(?)], den 6.6.1930, in: ebd., Bl. 18-Bl. 18 r.

[1978] Vgl. Krüger: Die Aussenpolitik, S. 304-311 und S. 354 ff.

[1979] Vgl. Rwankote: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik, S. 145-154 und S. 209-245; Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 81-84; Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 122 ff.; Rüger: Der Kolonialrevisionismus, S. 269.

[1980] Vgl. Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 92 ff.

[1981] Vgl. Eberhardt: Zwischen Nationalsozialismus und Apartheid, S. 132 f.

[1982] Vgl. Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 119-122 und S. 129.

endgültig die alliierte These von der ‚Kolonialschuld' endlich widerlegt werden. Im AA wurde dagegen argumentiert, dass die ‚Rheinlandfrage' viel zentraler sei.[1983]

Letztlich setzte sich die Regierung mit ihrer Politik durch: „Die kolonialinteressierten Kreise überschätzten die Macht des Deutschen Reiches in der Kolonialfrage und unterschätzten die Probleme in Europa […]." Und so verübelte die DKG der Reichsregierung, dass diese den Beitritt letztlich doch mit keinerlei kolonialpolitischen Forderungen verknüpft hatte.[1984]

Andere Vorstandsmitglieder und Abteilungen konnten die eigene Ungeduld und Unzufriedenheit mit der als viel zu zögerlich wahrgenommenen Reichspolitik im Hinblick auf die ehemaligen Kolonien immer schwerer verbergen. So wurde gefordert, aus der dahingehenden „Zurückhaltung" herauszutreten und stattdessen „kraftvoll und zäh eine entschlossene Politik zum Schutze der deutschen kolonialen Rechte und Ansprüche [zu] verfolg[en]."[1985] Ebenfalls forderte man vom AA unumwunden und in bewusster Abgrenzung zu dessen taktierenden Kurs, sich für „die bedingungslose Rückgabe unserer Kolonien" einzusetzen.[1986] Auch die Frage der Reparationen wurde hierfür in Anschlag gebracht.[1987] Es wurde argumentiert, dass erst die Rückgewinnung der Kolonien Deutschland in den Stand versetzen würde, den enormen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.[1988]

Seitens der DKG-Leitung reagierte diese auf den Unmut an der Basis, denen die bisherige Politik gegenüber der Regierung gerade mit Blick auf die Folgen der Weltwirtschaftskrise seit Herbst 1929 in diesem Punkt viel zu zögerlich und nachgiebig erschien.[1989] Dabei konnte diese auf Kompromisse zielende Politik bilateral durchaus auf kleine Erfolge zurückblicken. So war es beispielsweise gelungen, mit dem rassistischen Appell an den ‚Erhalt der weißen Vorherrschaft' die Vorbehalte der südafrikanischen Regierung gegen deutsche Siedlungen und Wirtschaftsunternehmen in ihrem Lande zu zerstreuen.[1990] Damit sollte die

---

[1983] Vgl. Eberhardt: Zwischen Nationalsozialismus und Apartheid, S. 133. Dort auch das folgende Argument sowie das folgende Zitat.

[1984] Vgl. Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 120.

[1985] Sitzung des DKG-Vorstandes am Sonnabend, den 6.12.[1930] in Berlin, in: BArch, R 8023, Nr. 797: [DKG-Vorstandssitzungen etc.], Bl. 7-Bl. 11, hier 9.

[1986] Vgl. Antrag des Gauverbandes Hannover auf der DKG-Vorstandssitzung am 6.12.1930 in Berlin; betrifft: Wahl des Präsidenten [Im Folgenden zitiert als: Antrag des Gauverbandes Hannover, 6.12.1930], in: ebd., Bl. 87 ff., hier Bl. 88.

[1987] Vgl. allgemeiner zu diesem ‚Dauerbrenner' der Weimarer Außenpolitik Krüger: Die Aussenpolitik, S. 116-162, S. 183-199, S. 218-247, S. 414-453, S. 476-489 und S. 539-545. *Siehe zur Bezugnahme der Koloniallobby auf dieses Thema S. 149.*

[1988] DKG-Abteilung Potsdam an die DKG-Zentrale in Berlin; Potsdam, den 2.5.1930, in: BArch, R 8023, Nr. 796: [Beschlüsse usw. der DKG-Abteilungen], Bl. 56.

[1989] W. von Wiese an den [DKG-] Generalsekretär Duems in Berlin; Potsdam, den 16.4.[19]30, in: ebd., Bl. 58; DKG-Abteilung Merseburg an das AA in Berlin; Merseburg, den 14.4.1930, in: ebd., Bl. 62.

[1990] Vgl. Eberhardt: Zwischen Nationalsozialismus und Apartheid, S. 140-151; Rüger: Der Kolonialrevisionismus, S. 256 f. und S. 263 f.

gesellschaftliche Führungsrolle der deutschen Bevölkerung vor allem in Südwestafrika erhalten werden.[1991] Die südafrikanische Regierung arbeitete allerdings auf eine Assimiliation der deutschen Bevölkerung hin, um hierbei wiederum unter nationalistischen Vorzeichen ein Gegengewicht zur britischen Bevölkerung in Südafrika zu schaffen.[1992]
Nicht gegen diese früh einsetzende Assimilierungspolitik Südafrikas,[1993] wohl aber gegen den Völkerbund gerichtet resümierte Theodor Seitz im Juni 1931 resignierend über die Effekte der deutschen Beteiligung an den Völkerbunds-Mandaten. Demnach besäßen in keiner ehemaligen deutschen Kolonie die Deutschen weder eine eigene „nationale Vertretung" noch eine eigene Staatsangehörigkeit und Deutsch sei ebenfalls keine „Staatssprache" geworden.[1994] Als Fazit hielt der ehemalige DKG-Vorsitzende fest, dies genüge,

> „[…] um zu zeigen, wie wenig der einst mit so viel Enthusiasmus begrüsste Eintritt in den Völkerbund an unserer internationalen Stellung geändert hat. Man begnügte sich mit dem *Schein der Grossmacht*, sah hinweg über Alles, was in der Völkerbundssatzung und den Mandatsstatuten für uns Deutsche *entwürdigend* und schädigend ist […] und ist der *Paria unter den Völkern* geblieben. Von dem Zionismus aber könnten wir lernen, wie man seine Ansprüche in der heutigen Aera der angeblichen Herrschaft der internationalen Gerechtigkeit und des Völkergewissens mit Erfolg geltend macht [H. d. A., RF]."[1995]

Zunächst trennte die DKG bei ihrer Kritik noch klar zwischen den jeweiligen Regierungen und dem ihr verhasst-suspekten ‚Parteienstaat'.[1996] Das hatte einmal den ganz profanen Grund, dass der notorisch klamme Verband auf Subventionen der Regierung angewiesen war.[1997] Daneben wirkten aber auch Traditionen der politischen Kultur des Kaiserreichs fort, in dem es die Verbandsleitung gewohnt war, bei der Regierung auf offene Ohren zu stoßen.[1998] Gerade aber die Verachtung der Parteien und des Parlaments erleichterten ihr die Annäherung an die Nazis. In der Sichtweise des Verbandes verfälschte der Parlamentarismus

---

1991 Vgl. Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 90 f. und S. 94 f.
1992 Vgl. Eberhardt: Zwischen Nationalsozialismus und Apartheid, S. 140 ff., S. 145 und S. 150 f.
1993 Vgl. ebd., S. 64-76.
1994 Seitz, Theodor: Das Mandat von Palästina im Vergleich mit den Mandaten über Deutschost- und Deutschsüdwestafrika [undatierter Entwurf, ca. Mai/ Juni 1931], in: BArch, R 8023, Nr. 669: [DKG-Korrespondenz mit Theodor Seitz etc.], Bl. 168-Bl. 172, hier Bl. 171 f.
1995 Ebd., Bl. 172.
1996 Vgl. Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 125 f. und S. 131.
1997 Vgl. ebd., S. 126. Auch die folgenden Argumente ebd.
1998 Vgl. auch Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 26; Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 116.

nämlich den angeblichen „koloniale[n] Willen des deutschen Volkes“.[1999] Das Argument wurde mitunter aber auch in umgekehrter Richtung verwandt: demnach besäße jenes ‚Volk‘ eine „‚weltpolitische[] Unreife‘“, von der eben seine „parteipolitische Zersplitterung“ zeuge.[2000] Korrekt schlussfolgert Nöhre daraus, dass der Verband die Bevölkerung nicht als handlungsfähige Subjekte betrachtete, sondern als reine Objekte, die unbedingt der Führung bedürften, für die man natürlich selbst am Besten geeignet sei.[2001] Allerdings konnte der Verband nicht offen mit der jeweiligen Regierung brechen. Hätte er dies getan, wäre er zugleich auch jeglicher noch so kleinen politischen Einflussmöglichkeit verlustig gegangen.[2002] Aber auch die Zeit der Präsidialkabinette brachte außer prokolonialen Lippenbekenntnissen keine Ergebnisse.[2003] Für die Verbandsleitung, ohnehin der Idee eines autoritären Staates grundsätzlich aufgeschlossen,[2004] rückte nun die NSDAP immer mehr in den Fokus als potentieller Bündnispartner.[2005] Das lag für sie schon deswegen nahe, da diese Partei ihr mehr und mehr die Mitglieder abspenstig machte. Dafür war man auch bereit, die Differenzen in der potentiellen imperialen Expansionsrichtung (‚Afrika‘ vs. Osteuropa) zurückzustellen.[2006] Aufgrund ihres elitären Selbstverständnisses beanspruchte die DKG zu dieser Zeit noch einen latenten Führungsanspruch auch gegenüber der NSDAP bzw. versuchte, diese für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.[2007] Hitler wiederum drehte den Spieß um und konnte mit vagen Formulierungen und Andeutungen über Jahre einen Bündnispartner gewinnen, den er nach seiner Machtübernahme relativ problemlos ausschalten konnte.[2008]
Damit gab der Verband zugleich seinen sonst allenthalben betont ‚überparteilichen‘ Kurs auf. Ende der 20er Jahre war man sich intern offenbar langsam klar darüber geworden, dass dieser Kurs den Verband nur unnötig in seiner politischen Bewegungsfreiheit behinderte. So bat eine Abteilung, dass das DKG-Präsidium

> „unverzüglich geeignete Schritte [unternimmt], um *führende Persönlichkeiten* aller politischen Parteien (mit Ausnahme der Kommunisten) *zur Mitarbeit an den kolonialen Aufgaben* zu

[1999] Ebd., S. 135.
[2000] Zitiert nach ebd., S. 138.
[2001] Vgl. ebd., S. 139.
[2002] Vgl. ebd., S. 131 und S. 149; Duems: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (a. a. O.), S. 109.
[2003] Vgl. ebd., 79 ff.; Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 127 und S. 131 f.
[2004] Vgl. ebd., S. 126; Pogge von Strandmann: Imperialism and Revisionism, S. 95.
[2005] Vgl. Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 127 f. und S. 130 f. Dort auch das folgende Argument.
[2006] Vgl. ebd., S. 102-109.
[2007] Vgl. ebd., S. 109 f.; Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 228.
[2008] Vgl. ebd., S. 343-381; Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, 112.

gewinnen. Den Parteivertretern, die bereit sind mitzuarbeiten, [sic!] ist ein Sitz im Ausschuss der D.K.G. anzubieten [H. i. O., RF].“[2009]

Bereits die 1930 erfolgte Wahl Heinrich Schnees zum Verbandsvorsitzenden stieß auf Unmut an der Basis. Nicht nur, da dieser DVP-Mitglied sei, sondern auch noch ein in den Ruhestand versetzter Beamter war. Befürchtet wurde, dass er sich nicht nur im Namen des Verbands gegen das AA richten könne, sondern auch, dass er den Verband einer stärkeren Einflußnahme seitens der DVP aussetze.[2010] Das einstmals gute Verhältnis zu dieser Partei war inzwischen erodiert, da diese zwar fortwährend den Außenminister stellte, allerdings sämtliche Hoffnungen auf eine „Vertretung der kolonialen Belange auf bitterste enttäuschte.“[2011] Für den nun immer NSDAP-freundlicheren Kurs war kein ausgeprägt faschistoides Weltbild ausschlaggebend, sondern man hoffte schlicht und ergreifend, dass diese Partei sich den kolonialen Anliegen des Verbandes besser annehmen würde, als dies bisher von Seiten der anderen Regierungsparteien geschah.[2012] Eine ideologische Übereinstimmung konnte man bereits festhalten: bei aller ‚kulturmissionarischen‘ Propaganda seitens der DKG stand sowohl für diese als auch die Nazis außer Frage, dass deutsche Herrschaft in Afrika auf der sozialdarwinistischen Grundlage der Apartheid erfolgen sollte. Dieser Gedanke fand sich bereits in den 1870er Jahren und erfuhr seine größte Popularisierung zwischen den Kolonialkriegen in Deutsch-Südwestafrika sowie Deutsch-Ostafrika und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs.[2013] Den Afrikanerinnen und Afrikanern kam dabei höchstens die Rolle billiger Arbeitskräfte zu, wobei man zugleich aber deren Politisierung von links füchtete. Ein *gleichberechtigtes* Zusammenleben von Menschen aus Europa und Afrika war sowohl für die Koloniallobby als auch für die Nazis *undenkbar*.[2014]
In der Endphase der Präsidialkabinette trat der DKG-Vorsitzende Heinrich Schnee aus der DVP aus, da diese statt der NSDAP die rechtskonservative DNVP für die Regierungsbildung

[2009] DKG-Abteilung Kiel an die DKG-Zentrale in Berlin; Kiel, den 7.5.1930, in: BArch, R 8023, Nr. 796: [Beschlüsse usw. der DKG-Abteilungen], Bl. 53-Bl. 53 r., hier Bl. 53. Vgl. auch Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 96 f.
[2010] Vgl. Antrag des Gauverbandes Hannover, 6.12.1930 (a. a. O.), Bl. 87 ff.
[2011] DKG-Abteilung Görlitz an die DKG-Zentrale; betrifft: Präsidentenwahl; Görlitz, den 12.11.1930, in: BArch, R 8023, Nr. 797: [DKG-Vorstandssitzungen etc.], Bl. 101.
[2012] Vgl. Fitzpatrick: Nazifying colonialism, S. 23.
[2013] Vgl. Schubert: Der schwarze Fremde, S. 358-366, bes. S. 361 f. Auch das folgende Argument ebd.
[2014] Für Letztere war die sog. ‚Rassereinheit‘ ein unanfechtbarer ideologischer Fixpunkt. Vgl. Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 279 und S. 281; Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 423 ff. Auch die heutige politische Rechte vertritt entsprechende Aufassungen, nur natürlich in weniger offensichtlicher Form. Hier wird diese Form des Rassismus als ‚Ethnopluralismus‘ bemäntelt und kulturalistisch bemäntelt. Dahinter verbergen sich aber dieselben biologistischen Argumentionen. Vgl. Fenske: Vom ›Randphänomen‹ zum ›Verdichtungsraum‹, S. 33 ff.

präferiert hatte.[2015] Schnee dagegen meinte, dass nur unter Einbeziehung der NSDAP „die einzige Möglichkeit […] einer nationalen Front“ ergebe.[2016] Dabei wird man ihn dahingehend als ausgesprochenen Opportunisten sehen können. „Mit der NSDAP hatte ich mich bis dahin zu wenig beschäftigt, um zu einem klaren Urteil über sie gekommen zu sein.“[2017] Die Lösung der politischen Krise sah er in „einer starken Staatsführung auf autoritärer Grundlage“.[2018] Zugleich wurde die Machtübernahme durch das neue Regime seitens der DKG als „Triumph des Einheitsgedankens über den zersplitterten Parteienstaat angesehen.“[2019] Bezüglich der kolonialen Haltung der Partei glaubte Schnee ihrem frühen Programm[2020] aufs Wort:

> „Ich hatte mich um die Anschauungen der NSDAP zur Kolonialfrage wenig gekümmert und nach dem […] Punkt 3 ihres Programms ohne weiters [sic!] angenommen, dass sie für die Kolonien wäre. Ich wurde dadurch in dieser Auffassung bestärkt, dass ich gelegentlich wiederholter Reichstagswahlen bei meinen Wahlreden regelmässig Deutschlands koloniale Forderungen in sehr positivem Sinne behandelt und in diesem Punkt niemals einen Widerspruch von seiten gelegentlich auftretender Diskussionsredner der NSDAP gefunden hatte.“[2021]

Wie Hildebrand herausgearbeitet hat, konnten in der ‚Bewegungsphase‘ des deutschen Faschismus wirklich *alle* Meinungen in dessen Partei existieren. Dies änderte sich erst grundlegend mit dem Machtantritt im Anfang 1933.[2022] Erst im Nachhinein muss Schnee, nachdem er mit „alten Pg´s“ der NSDAP gesprochen hatte,[2023] klar geworden sein, dass Hitler unter Kolonien etwas völlig anderes verstand, als es für die DKG-Kreise bis dahin üblich war:

2015 Vgl. auch Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 184 ff.

2016 Austritt Schnees aus der Deutschen Volkspartei, Oktober 1932, in: GStA PK, VI. HA: Nachlässe, Nl. Heinrich Schnee, Nr. 24: Heinrich-Schnee-Archiv. Bd. 2: Aufzeichnungen, Berichte Nr. 27-72, Bl. 204 f., hier Bl. 204.

2017 Ebd., Bl. 205.

2018 Heinrich Schnee an Dingeldey [DVP-Vorsitzender]; Berlin, den 28.10.1932 (Abschrift), in: ebd., Bl. 206 ff., hier Bl. 207.

2019 Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. [31]; vgl. auch Fitzpatrick: Nazifying colonialism, S. 24 und S. 35.

2020 Im Punkt 3 des Programms der Partei vom Februar 1920 heißt es: „Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.“ Dok. Nr. 61: Das Parteiprogramm der NSDAP vom 25.2.1920, in: Kühnl, Reinhard [Hg.]: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten. 7., durchges. und erw. Aufl. (1. Aufl. 1975). Köln 2000, S. 96-100, hier S. 97.

2021 [Schnee, Heinrich: Aufzeichnung über die] Deutsche Kolonialgesellschaft [undatiert, nach 1936; im Folgenden zitiert als: Schnee: Aufzeichnung über die Deutsche Kolonialgesellschaft], in: GStA PK, VI. HA: Nachlässe, Nl. Heinrich Schnee, Nr. 25: Heinrich-Schnee-Archiv. Bd. 3: Aufzeichnungen, Berichte Nr. 73-100, Bl. 1-Bl. 53, hier Bl. 10 f.

2022 Vgl. Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 40-88.

2023 Schnee: Aufzeichnung über die Deutsche Kolonialgesellschaft (a. a. O.), Bl. 12.

„unter ‚Land und Boden(Kolonien)' des Programms [verstand Hitler, RF] ursprünglich garnicht [sic!] überseeische Kolonien […], sondern Landerwerbungen in Europa."[2024] Gerade jener vergleichsweise zeitige Parteiwechsel von Schnee war es, der die „effektive Nazifizierung" der DKG beförderte.[2025]

2.4.4. Arrangieren mit dem neuen Regime

Von der Politik der Weimarer Regierungen zunehmend enttäuscht, bedeutete der Machtwechsel am 30.1.1933 für die Leitung der beiden Verbände DO und DKG eher ein Moment der Hoffnung denn der Enttäuschung oder Furcht. Endlich schien sich die seit dem ausgehenden Kaiserreich betriebene emsige rechte Netzwerkarbeit auch politisch langfristig auszuzahlen. Einer der führenden Köpfe war dabei der alldeutsch gesinnte DKG-Vorsitzende Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg.[2026] Sein späterer Amtsnachfolger Heinrich Schnee verfolgte mit dem „Arbeitsausschuß Deutscher Verbände" ähnliche sowohl imperiale als auch nationalistische Ziele.[2027] Mit eben jenem hoffnungsvollen Blick formulierte die DO-Leitung nach dem Machtwechsel im Januar 1933 in sehr selbstbewusstem Ton ihren Forderungskatalog an die neue Regierung:

> „Wir erwarten von der Reichsregierung nicht nur die entschiedene Zurückweisung [der] Bestrebungen Polens, sondern die tatkräftige Vertretung der Forderung auf *Abänderung der Ostgrenze* und Zurückgabe der uns geraubten Gebiete. Im Zusammenhang mit der Beseitigung der letzten Reparationsverpflichtungen […] erwarten wir, dass das Unrecht des Raubes deutschen Privateigentums während des Weltkrieges und in der Nachkriegszeit dadurch gutgemacht wird, dass endlich den Opfern dieses Raubes […] durch einen Restabschluss der völlig unzulänglichen bisherigen Entschädigungsaktion eine […] ausreichende Schadloshaltung […] gewährt […] wird [H. i. O., RF]."[2028]

[2024] Ebd., Bl. 11.
[2025] Fitzpatrick: Nazifying colonialism, S. 38. Übersetzung durch mich, RF.
[2026] Vgl. Hartwig: Art. Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 736 f.
[2027] Wolkowicz: Art. Arbeitsausschuß Deutscher Verbände. Diese knappen Bemerkungen zeigen an, dass wir über Rolle, Stellenwert, Grad der Vernetzungen und v.a. Einflussmöglichkeiten jenes „Arbeitsauschuss[es]" noch viel zu wenig wissen. Eine Studie hierzu wäre wünschenswert.
[2028] Das Bundespräsidium des DO an den Reichskanzler Adolf Hitler; Berlin, den 2.3.1933, in: BArch, R 43 I, Nr. 1815: Alte Reichskanzlei, Akten betreffend: Deutscher Ostbund, Bd. 1: 1.1.1928-33, Bl. 157 ff., hier Bl. 157 f.

Letztlich wirkte es sich sowohl für den DO als auch für die DKG fatal aus, dass sie jeweils ihre Vorstellungen vom ‚Führertum' über viele Jahre kultiviert hatten. Dabei spielt es zunächst eine nachgeordnete Rolle, dass sich die Führung der DKG eher über ihren elitären sozialen Habitus definierte[2029] und führende DO-Mitglieder, allen voran Franz Lüdtke, bereits sehr früh offen waren für völkisches Gedankengut nebst dessen Führungsanspruch.[2030] Auf einer höheren Abstraktionsebene kann nämlich festgehalten werden: solange soziale Gruppen, für die einer der zentralen Leitgedanken u.a. das ‚Führertum' ist, können sie in der Phase als „Bewegung[en]" verhältnismäßig unproblematisch miteinander kooperieren. Gelangt aber eine dieser Gruppen an die Macht und wird zum „Regime", werden die Führungsansprüche der nunmehr mit ihr um die Macht potentiell oder reell konkurrierenden anderen Gruppen rigoros unterdrückt.[2031]

Parallel zum Machtwechsel im Reich wurde dieser auch verbandsintern im kleineren Maßstab nachvollzogen. Franz Lüdtke nutzte hier die Interpretationsspielräume der Verbands-Satzung, als er am 5.5.1933 notierte: „[…] in meiner Anordnung vom 18.4.1933 habe ich selbstverständlich die Satzung des Deutschen Ostbundes nicht ausser Kraft gesetzt. Ich habe einfach die Führerschaft übernommen. […] Man kann revolutionär und doch zugleich legal sein […]."[2032] Insgesamt bedürfen die Verbindungen zwischen dem DO und dem Faschismus bis 1933 noch präziser Studien. Zu prüfen sein wird, ob sich auch hier eine junge, zunächst durch die Erfolge des italienischen Faschismus faszinierte Elite gegen das ‚Establishment' des Verbands stellte und welche Argumente hierfür herangezogen wurden.[2033]

Die Verbeugung Lüdtkes vor den neuen Machthabern wurde von diesen wohlwollend anerkannt. Am 26.5.1933 wurde die letzte „Bundestagung" des DO abgehalten, die zugleich in der ersten „Arbeits- und Führertagung" des „Bundes Deutscher Osten" (BDO) mündete, an der auch die anderen ‚Ostverbände' teilnahmen. Letzterer ersetzte zugleich den erstgenannten Verband. Bereits wenige Wochen zuvor war durch den Leiter des „Außenpolitischen Amtes

---

2029 *Siehe S. 137, S. 192, S. 196 und S. 208.*

2030 So konstruierte Lüdtke 1932 eine Kontinuitätsthese des „Volk[es] ohne Raum" seit dem frühen Mittelalter[!]. Lüdtke, Franz: Ostmark und Aufbruch. (= Flugschriften des Arbeitsringes für ostdeutsches Schrifttum Heft 1). Oranienburg/ Berlin o. J. [1932], S. 6. Zugleich wird bei ihm Heinrich I. zum „geniale[n] Führer". Ebd., S. 3. Man wird darin eine pro-faschistische Huldigungsschrift erkennen dürfen und zugleich eine Empfehlung in eigener Sache, den späteren Machthabern bei ihrer Ostexpansion zu Diensten sein zu dürfen.

2031 Vgl. Inachin: Nationalstaat und regionale Selbstbehauptung, S. 351.

2032 Zitiert nach Grygier: Hitlerowska polityka, S. 160, Anm. 2.

2033 Diese grobe Interpretationsrichtung arbeitet Niendorf für die deutschen Minderheitsorganisationen in Polen heraus: (ders.): Minderheiten an der Grenze, S. 208. In den bisher gesichteten Berliner Akten finden sich hierüber keine nennenswerten Angaben, aber sicher dürften die oben bei Grygier zitierten Bestände bessere Auskunft darüber geben.

der NSDAP“, Alfred Rosenberg, Franz Lüdtke damit beauftragt worden, ein eigens eingerichtetes „Kommissariat“ eben jenes „Außenpolitischen Amtes“ zum Zwecke der Zusammenfassung der ‚Ostverbände‘ aufzubauen.[2034] Sein Stellvertreter wurde der Volkskundler Ernst Otto Thiele.[2035] Dieser war zuvor bereits als Leiter der DO-Jugendarbeit aktiv.[2036] Bereits einen Tag nach dieser letzten DO-Tagung wurde am 27.5.1933 in Potsdam der „Tag des deutschen Ostens“ begangen. Zu ihm waren ca. 10.000 Mitglieder der „Ostverbände“ beordert worden, um die BDO-Gründung propagandistisch zu unterstreichen. Dieser fasste alle bisherigen „Ostverbände“ zusammen und ersetzte sie zugleich.[2037] Ebenso aufgelöst wurden sämtliche ‚heimattreuen‘ Verbände.[2038] Aufgelöst wurde auch der 1926 vom Reichsinnenministerium gegründete „Ostausschuss“.[2039] Auch er wollte auf die „Heranbildung eines örtlichen Führertums beiderlei Geschlechts[!] in den östlichen Grenzgebieten [sowie] […] geeigneten Siedlermaterials“ hinwirken.[2040] Mit Gründung des BDO wurden zugleich die konservativen ‚Heimatverbände‘ auf eine radikalere Leitformel eingeschworen: „*Nicht auf die einzelne Ostprovinz kommt es an, sondern auf den gesamten Ostraum* […] [H. i. O., RF].“[2041] An anderer Stelle hieß es: „Das rein Landsmannschaftliche, Heimatliche kann nicht die einzige tragende Idee unseres Bundes sein. Ueber der engeren Heimat […] steht das Reich, das Volk.“[2042]

Nur wenige Monate später war bereits in anderem Kontext bereits die Rede von einer „gemeinsamen Ostfront“,[2043] die aber aufgrund der Rivalitäten unter den einzelnen entsprechenden Organisationen bereits im Ansatz gescheitert sei. Franz Lüdtke übte sich in

---

2034 Vgl. Rothbart: Der „Bund Deutscher Osten“, Bd. 1, S. 4.

2035 Vgl. ebd., S. 25. Über ihn ließen sich keine genaueren biografischen Daten ermitteln. Jedoch kann festgehalten werden, dass er sich bereits vor Kriegsbeginn mit an leitender Stelle im „Amt Rosenberg“ engagierte. Vgl. Lixfeld: Aufbau und Aufgaben von Rosenbergs Reichsarbeitsgemeinschaft, S. 205 ff. und S. 210 f. Leider fehlt ein geschlossener Artikel zu Thieles Wirken. Allerdings kann anhand des Registers (S. 731) schnell auf seine weiteren biografischen Stationen bis 1945 innerhalb des Bandes zugegriffen werden.

2036 *Siehe S. 200.*

2037 Vgl. Rothbart: Der Bund Deutscher Osten, S. 213; Fischer: Die deutsche Publizistik, S. 60.

2038 Vgl. [Anonym]: „Bund Deutscher Osten“. Die Arbeits- und Führertagung, in: Ostland 14 (1933) 23, S. 213 f., hier S. 214.

2039 Vgl. Frick [Reichsminister des Innern] an Graf von Baudissin (Vorsitzender des Ostausschusses/ Bund deutscher Ostverbände), 6.7.1933, in: BArch, R 8043, Nr. 1148: Deutsche Stiftung – Ostverbände, Bd. 2, Bl. 139; Graf von Baudissin an die bisher angeschlossenen Verbände, 18.7.1933, in: ebd., Bl. 136 ff.

2040 Flugblatt „Zur Aufklärung! Wer ist, was will und was tut der Ostausschuß?“, April 1929, in: ebd., Bl. 305 r.

2041 [Anonym]: „Bund Deutscher Osten“ (a. a. O.), S. 213.

2042 Lüdtke, Franz: Deutscher Ostbund, in: OHK 12 (1933), S. 93 f., hier S. 93.

2043 Hasslacher [Geschäftsträger schlesischer Städte und Handelskammern] an die Industrie- und Handelskammer Breslau; Berlin, den 18.10.1929 [Im Folgenden zitiert als: Hasslacher an die IHK Breslau], in: PA AA, R 82315, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V. (jetzt: Bund Deutscher Osten), Bd. 3: 30.5.1927-6.4.1933, Bl. 209-Bl. 214, hier Bl. 214.

der ultimativen Aussage: „Wir kennen keine Grenzen im Ostraum!“[2044] Und seitens der NSDAP wurde im Sommer 1933 der Zweck zur Schaffung des BDO wie folgt formuliert:

> „Es ist nicht damit getan, daß ein paar hunderttausend ostdeutscher Landsleute im Reich den Heimatgedanken pflegten. […] Die Zeit fordert anderes und mehr. Die *junge Generation* erwartet und fordert die Schaffung *einer* deutschen Ostbewegung, die vom Volk begriffen wird und die es ergreift [H. d. A., RF].“[2045]

Anscheinend hatte die NSDAP die unzähligen Animositäten und Rivalitäten zwischen den zahlreichen Organisationen mit ‚Ostmark‘-Bezug während der Republik zur Kenntnis genommen. Noch im Oktober des Jahres 1929 klagte der preußische DVP-Abgeordnete Wilhelm Steffens (1883-1970) in einer vertraulichen Besprechung der DO-Spitze, „dass der Osten endlich einmal geeint auftreten solle, dass die Subventionspolitik […] aufhören müsse und nach einheitlichen Richtlinien die grosse Propaganda des Ostens für die nächsten 10 Jahre festgelegt und […] durchgeführt werden müsste.“[2046] Diesem Wunsch kam die NSDAP nur zu gern ab 1933 nach.[2047] Die Motive für eine solch relativ geradlinige Kooperation von zentralen Akteuren des nach Osteuropa gerichteten Weimarer Revisionismus mit dem deutschen Faschismus bedürfen dabei unbedingt weiterer Erforschung.[2048]

Gleichwohl hatte die Führung des BDO als quasi der NSDAP untergeordneter Verband bis Ende des Jahres damit zu ringen, den Widerstand einzelner Teilgruppen gegen die ‚Gleichschaltung‘ zu brechen. Die dagegen eingeleiteten Maßnahmen reichten von der Konfiszierung des Vermögens über den künftigen Mitgliedschaftsausschluss aus dem BDO auf fünf Jahre hin bis hin zur Androhung von KZ-Haft.[2049]

Doch bald stellte sich eine erhebliche Ernüchterung ein zwischen der Basis der nun im BDO aufgegangenen ‚Ostverbände‘ und dem Regime.[2050] So muss es wie ein Schock für die Angehörigen der ehemaligen ‚Ostverbände‘ gewirkt haben, als sie ihre Bemühungen zum Erhalt des ‚Deutschtums‘ bzw. zur Wiedererrichtung eines deutschen Imperiums nicht durch die verachtete Republik, sondern gerade durch das vormals noch so begrüßte Hitler-Regime mit Füßen getreten sahen. Denn mit der Konsolidierung seines Regimes auf innenpolitischem

---

[2044] Deutsche Tageszeitung vom 9.9.1933, zitiert nach Rothbart: Der Bund Deutscher Osten, S. 214.
[2045] Preußischer Pressedienst der NSDAP vom 11.6.1933, zitiert nach ebd., S. 213 f.
[2046] Hasslacher an die IHK Breslau (a. a. O.), Bl. 214.
[2047] Vgl. auch den namentlich nicht gekennzeichneten, programmatischen Artikel: Der Anspruch auf Totalität in der Ostarbeit, in: Ostland 14 (1933) 27, S. 261.
[2048] Mögliche Interpretationsrichtungen bietet hier Oberkrome: „Grenzkampf“ und „Heimatdienst“, S. 203.
[2049] Vgl. Rothbart: Der „Bund Deutscher Osten“, Bd. 1, S. 5 ff.
[2050] Siehe insgesamt zum BDO die umfassende zweibände Arbeit von Rothbart: Der „Bund Deutscher Osten“.

Gebiet schritt Hitler Mitte der dreißiger Jahre auch auf außenpolitischem Gebiet zum Ausbau der deutschen Machtbasis voran. Ein wichtiger Schritt dahin war auch der Ausgleich mit dem Italien unter Mussolini in der Südtirol-Frage, welche in der Zwischenkriegszeit besonders in der italienischen, deutschen und österreichischen Rechten kontrovers diskutiert wurde.[2051]
So heißt es beispielsweise in einem Länderbericht Ginschels aus dem Jahr 1927, dass man protestieren müsse „gegen die unerhörte Brutalität, mit der der *italienische Faschismus die Deutschen in Südtirol* nicht nur zu knebeln, sondern gewaltsam zu Italienern zu machen versucht [H. i. O., RF].“[2052] Die deutschsprachige Bevölkerung Südtirols wurde ‚umgesiedelt‘, um außenpolitische Interessengegensätze der Faschismen nördlich und südlich der Alpen beizulegen.[2053] Hier erwies sich, dass Hitler zumindest in diesem Punkt ein Machtpolitiker durch und durch war. Allerdings sind einer solchen Deutung auch enge Grenzen gesetzt. So skizzierte Hitler in einer geheimen Rede vor der Generalität der Reichswehr am 3.2.1933, also keine Woche nach der Machtübertragung an ihn, einige Grundzüge seines politischen Programms. Dabei berief er sich zunächst durchaus positiv auf den europäischen Kolonialismus, wenn er sagte: „Die starke europäische Rasse, eine kleine Minderheit[,] hat sich Jahrhunderte lang Millionen Menschen dienstbar gemacht und auf ihrem Rücken die europäische Kultur aufgebaut.“[2054] Auch zeigen sich bei allem Rassismus in dieser Rede auch noch Reste des eurozentrischen Ideologems der ‚Höherwertigkeit‘:„Es ist ja Tatsache, dass rassisch niedrig stehende Menschen zur Kultur gezwungen werden müssen.“[2055] Doch vor dem Hintergrund des Ersten Weltkriegs und der als Verrat an den Mittelmächten empfundenen Wiedergründung des polnischen Staates bestritt Hitler sogleich die Erzieh- bzw. Bildbarkeit des Menschen: „Warum ist im Weltkrieg keiner der europäischen Staaten gesund geworden? Weil keiner konsequent genug war.“[2056] So kam er zu dem Schluss: „Doch eine Germanisierung der Bevölkerung des annektierten bzw. eroberten Landes ist nicht möglich. Man kann nur Boden germanisieren.“[2057] Ganz ähnlich äußerte er sich auch in einer anderen zentralen Quelle für das Verständnis faschistischer Zielvorstellungen, dem

---

[2051] Siehe Maul: Von der Etsch bis an den Belt...?
[2052] Ginschel, E[manuel]: Das deutsche Kolonisationsgebiet im Osten im Jahre 1926 [Teil 2], in: Grenzgau Ostland 4 (1927) 2, S. 49-52, hier S. 52.
[2053] Vgl. Leniger: Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit“, S. 34-51.
[2054] Hitler, Adolf: [Rede vor der Reichswehrgeneralität. Abschrift der inoffiziell angefertigten Protokollnachschrift durch den kommunistischen Nachrichtendienst vom 6.2.1933, (streng vertraulich!)], in: Wirsching, Andreas: „Man kann nur Boden germanisieren!“ Eine neue Quelle zu Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr am 3. Februar 1933. [Hgg. und eingeleitet von Andreas Wirsching], in: VfZ 49 (2001) 3, S. 517-550, hier S. 545.
[2055] Ebd., S. 546.
[2056] Ebd., S. 545.
[2057] Ebd., S. 547.

„Hoßbach-Protokoll“: „Es handle sich nicht um die *Gewinnung von Menschen*, sondern von *landwirtschaftlich nutzbarem Raum* [H. d. A.].“[2058] Hier wurde also das ältere Argument zur Legitimierung deutscher Herrschaft *über Menschen* in Ostmitteleuropa durch die vermeintlich ‚erwiesene‘ Fähigkeit der Deutschen zur Naturbeherrschung[2059] zur letztendlichen Vertreibungs- und Vernichtungspolitik *von Menschen* umgedeutet.

Das ist einer der wohl größten Unterschiede zu den bis dahin diskutierten imperialen Konzepten des DO und anderer entsprechender Organisationen aus den Zeiten der Weimarer Republik. Diesen ging es nie darum, einen ‚neuen‘ Menschen zu schaffen. Vielmehr romantisierten sie ja bei allen Unterschieden im Detail das, was sie für eine ‚deutsche‘ Bevölkerung in Ostmitteleuropa hielten.[2060] Zugleich diente diese auch immer als alternativer Entwurf in einer Zeitdiagnose, die allenthalben Bedrohungen und Verfallserscheinungen der Moderne (Landflucht, Überbevölkerung, Parteienstreit etc.) auszumachen glaubte.[2061] Die Schaffung jenes ‚neuen‘ Menschen aber macht nach Osterhammel den Kern des nach dem Ersten Weltkrieg verstärkt einsetzenden Ideologisierung des Siedlungskolonialismus aus:

> „Die Idee, ‚starke‘ Nationen bräuchten ‚Lebensraum‘, um einer drohenden Ressourcenknappheit durch Überbevölkerung zu entgehen, und sie hätten zugleich das Recht und die Pflicht, den von weniger tüchtigen Völkern oder gar ‚minderwertigen Rassen‘ unzureichend genutzten Boden ‚in Kultur‘ zu nehmen, findet sich bei zahlreichen rechtsradikalen Meinungsführern und Bewegungen des frühen 20. Jahrhunderts.“[2062]

Allerdings war der Unterschied von den während der Republik formulierten DO-Zielvorstellungen zu den exterminatorischen Ideen und Praktiken einer „‚arische[n]‘ Rassetyrannei im eroberten Osteuropa“[2063] nur ein gradueller und kein prinzipieller. Nie ging es den zahlreichen ‚Deutschtums‘-Organisationen der Weimarer Republik nur um die rein sentimentale Pflege des ‚Heimat-Gedankens‘. Dafür war die Definition dessen, was oder wer als ‚deutsch‘ gelten durfte, viel zu schwammig und weitreichend formuliert, was freilich auch

---

[2058] Dok. Nr. 198: Niederschrift über die Besprechung in der Reichskanzlei am 5.11.1937 (Hoßbach-Protokoll, Auszüge), in: Kühnl, Reinhard [Hg.]: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten. 7., durchges. und erw. Aufl. (1. Aufl. 1975). Köln 2000, S. 280-283, hier S. 281.

[2059] *Siehe S. 56 und S. 78 f.*

[2060] Diese zumeist aus der Entfernung von mehreren hundert oder gar tausend Kilometern getroffene, idealisierte Fremdwahrnehmung deckte sich keinesfalls mit der Realität vor Ort, die vielmehr durch Mehrsprachigkeit und changierende nationale Zuordnungen geprägt waren. Vgl. Osterhammel: Die Verwandlung der Welt, S. 665-668.

[2061] *Siehe S. 157 f.* Vgl. auch für die klare Kontinuität nach 1945: Thum: Mythische Landschaften, S. 205-209.

[2062] Osterhammel: Die Verwandlung der Welt, S. 531 f.

[2063] Ebd., S. 532.

seitens der deutschen Außenpolitik als politisch wünschenswert galt. Dadurch konnten nämlich deren Ansprüche flexibel formuliert werden.[2064] Dazu kam das ausgeprägte Sendungsbewusstsein, als vermeintlicher ‚Kulturträger den Osten zivilisieren zu müssen'. Die ausgesprochene Geringschätzung der dort ansässigen Bevölkerung bereitete geistig schon lange vor Hitlers Machtantritt das Feld vor für das, was folgen sollte. Von da an war es nur noch ein kurzer Schritt bis zur völligen Suspendierung jeglicher ‚Zivilisierungsmission'.[2065]
Auch wurde der Mitgliederbasis des Verbandes zumindest vordergründig deren „Eigensinn"[2066] radikal beschnitten, mit dem noch jede Regierung der Weimarer Republik ihre liebe Mühe hatte. Durch die großangelegten Bevölkerungsverschiebungen noch lange vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs[2067] wurden sie nun zu reinen „Instrumente[n] staatlicher Politik", ja zu „Versuchskaninchen einer staatlich gelenkten Volkstumspolitik."[2068] Die Siedlungskolonialismen der Weimarer Republik,[2069] so marginal sie nach blanken Zahlen auch gewesen sein mögen, hatten dennoch ein ambivalentes Verhältnis zum Staat – und auch zu den ‚ihre' Interessen vertretenden Organisationen wie dem DO oder DKG selbst. Die hier ausgebreiteten Quellen zeigen ganz klar, dass diese Siedler und Siedlerinnen sowohl durch als auch gegenüber dieser Verbandspolitik sehr wohl ihren „Eigensinn" zu artikulieren verstanden. Denn während die Verbandsspitze sich weiter in den gedanklichen Bahnen eines wirtschaftspolitisch liberalen Kolonialismus bewegte,[2070] wurde seitens der Basis nicht nur jener Ruf nach materieller Förderung von Siedlungskolonien immer vernehmbarer, sondern – bedingt durch die Kriegserfahrungen – auch der nach Autarkie.[2071] Inhaltliche Anknüpfungs-

---

2064 Vgl. Weißbecker: Die nationalistisch-revanchistische „Deutschtumspolitik", S. 165-171.
2065 Siehe Heinemann: Rasse, Siedlung, deutsches Blut.
2066 Siehe Lüdtke: Geschichte und „Eigensinn".
2067 Siehe nochmals Heinemann: Rasse, Siedlung, deutsches Blut; vgl. auch Leniger: Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit", S. 34-90.
2068 Osterhammel: Die Verwandlung der Welt, S. 532.
2069 Es scheint mir plausibler zu sein, von unterschiedlichen Arten des Siedlungskolonialismus zu sprechen, da die Unterschiede allein schon zwischen rassistisch segregierter Siedlergesellschaft in Afrika und dem stärker nationalistisch konnotierten Siedlungsversuchen in Ostmitteleuropa sehr erheblich waren. Gerade hier hätte die weitere Forschung ein lohnenswertes Feld für die vielfältigen Aushandlungsprozesse zwischen ‚Nationalität', ‚Rasse', ‚Klasse', ‚Geschlecht' etc. vor sich. Dabei handelte es sich bei diesen Siedlungsprojekten nicht weder um ein deutsches Spezifikum noch eines der politischen Rechten. Vgl. Sammartino: The Impossible Border, S. 71-95; Benecke: „... ein allerdings zur Zeit […]", S. 232.
2070 So das Kernargument bei Fitzpatrick: Nazifying colonialism, S. 25-29. Leider wird hier nur die Verbandsspitze in den Blick genommen, wobei der sozialhistorische Blick für Konflikte innerhalb der DKG ausbleibt.
2071 Vgl. Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 131 und S. 164; Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 94 f.; Laak: Afrika vor den Toren, S. 100 f.

punkte waren also in der DKG durchaus schon vor 1933 gegeben, die die Nazis dann nutzen konnten mit ihrer Form des Siedlungskolonialismus.[2072]

Aber die forcierte faschistische Rüstungs- und Autarkiepolitik führte zu einem Devisenmangel, der sich nachhaltig negativ auf die noch zu Zeiten der Republik reichlich sprudelnden Geldquellen der „Auslandsdeutschen" auswirkte.[2073] Ein weiterer herber Rückschlag war wiederum für die ‚Ostverbände' war zeitweise deutsch-polnische Verständigung seit 1934. Dies war ein Schritt, wie er noch zu Zeiten der Weimarer Republik und ihres unerklärten ‚Kalten Kriegs' gegenüber Polen für undenkbar gehalten wurde. Die Gründe dafür waren wiederum auf außenpolitischem Gebiet zu suchen. Hitler suchte in Polen einen „Juniorpartner" beim Kampf gegen die Sowjetunion.[2074] Für die Leitung des BDO bedeutete dies einen Wechsel. Der zuvor im DO so emsige Lüdtke meldete sich im Januar 1934 krank und stellte einen Monat später seinen Posten als „Bundesführer" des BDO zur Verfügung.[2075] Nach einigen kurzweiligen Interims-Vorsitzenden wurde Mitte Oktober desselben Jahres Theodor Oberländer (1905-1998) neuer „Bundesführer" des BDO. Oberländer war einer jener ‚Maikäfer' (Parteieintritt in die NSDAP im Mai 1933), die in vielen Funktionen dem deutschen Faschismus zu Diensten waren. Darunter zählt neben der Arbeit im BDO unter anderem eine Leitungsfunktion in der „Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft".[2076] Die jüngere Forschung hat eindrücklich herausgearbeitet, dass sich hier gerade Geistes- und Sozialwissenschaften ganz in den Dienst des Regimes stellten und durch ihre Arbeiten den Vernichtungskrieg in Osteuropa mit ermöglichten.[2077]

Das Verhältnis des BDO zum Regime war zunächst durch eine Kontinuität der Herangehensweise zur Weimarer Republik geprägt. Demnach wurde darauf Wert gelegt, dass „Volkstumsarbeit" nicht von Amts wegen erfolgen solle, sondern weiterhin durch die verdeckte staatliche Förderung unter anderem des BDO. Allerdings veränderte Rudolf Heß (1894-1987) Anfang Februar 1934 die Organisation des BDO durch einen Erlass signifikant. Die vier Landsmannschaften[2078] wurden von ihrer Mitgliedschaft im BDO entbunden und

---

[2072] Vgl. Osterhammel: Die Verwandlung der Welt, S. 538; Fitzpatrick: Nazifying colonialism, S. 24 und S. 30; Thum: Mythische Landschaften, S. 197.

[2073] Vgl. Tillmann: Zu einigen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Aspekten, S. 132 f.

[2074] Vgl. hierzu und zum Folgenden Wollstein: Hitlers gescheitertes Projekt, S. 527 ff.

[2075] Die Gründe dafür lagen einerseits in der vehementen Ablehnung der deutsch-polnischen Verständigung durch Lüdtke und andererseits in der Diffamierung seiner Person als ehemaliger Freimaurer durch Teile der NS-Propaganda. Vgl. Dyroff: Erinnerungskultur im deutsch-polnischen Kontaktbereich, S. 155, Anm. 265; Haar: Historiker im Nationalsozialismus, S. 179 f.; Rothbart: Der „Bund Deutscher Osten", Bd. 1, S. 27.

[2076] Vgl. (dies.): Der Bund Deutscher Osten, S. 216.

[2077] Siehe nur Haar: Historiker im Nationalsozialismus; Fahlbusch: „Wo der deutsche ... ist, ist Deutschland!".

[2078] Es gab zu dieser Zeit folgende Landsmannschaften: Den Bund heimattreuer Ost- und Westpreußen, den Bund heimattreuer Posener, den Bund heimattreuer Schlesier (vereinigte Oberschlesier und Schlesier) sowie

auch der BDO wurde im November 1934 als „Bund Deutscher Osten (Reichsbund ostdeutscher Heimatverbände)“ reorganisiert. Oberländer stand auch diesem zunächst weiter vor. Die Landsmannschaften bildeten im ‚neuen‘ BDO nunmehr eine von zwei Säulen mit der Bezeichnung „Binnenland“, während die sechs BDO-Landesgruppen unter der Sammelbezeichnung „Grenzland“ firmierten.[2079] Anknüpfen konnte diese Propaganda an die vielfältigen, meist völkisch konnotierten Deutungen über die deutsche Ostexpansion bzw. die deutschen Gebietsverluste während und nach dem Ersten Weltkrieg.[2080] Zugleich wurde das Auftreten des BDO nach außen verändert: Massenveranstaltungen wurden durch „Arbeitstagungen“ der Landesgruppen ersetzt, was auf eine Professionalisierung verweist. Zur internen Indoktrination wurden nun BDO-„Schulungsbriefe“ herausgegeben, die viel über die zahlreichen Kurswechsel der Außenpolitik des ‚Dritten Reiches‘ verraten.[2081]

Demnach sei Ostmitteleuropa in Folge der Pariser Vorortverträge nach dem Ersten Weltkrieg ein „balkanisierte[r] Osten“, ja die Nachkriegsordnung habe zu einer „Balkanisierung des Nahen Ostens“ geführt.[2082] Demgegenüber wurde an die Zeit der polnischen Teilungen durch die drei Kaiserreiche angeknüpft, da sie einen „einheitlich geordneten und durchherrschten Raum[]“ besessen hätten.[2083] Deutschland besäße hier nunmehr eine ‚natürliche‘ Führungsposition, denn: „Unser Staatsdenken kreist nicht wie das westliche um den Begriff der „[N]ation“, sondern baut auf dem Gedanken vom Reiche als übernationale[r] Ordnung und vom Volkstum als dessen lebendigen Inhalt auf.“[2084] Folglich sei die Identifikation von „Nation“ mit „Volkstum“ falsch, da letzteres eine „eigenwüchsige und gestaltende Kraft“ sei.[2085] In einem anderen „Schulungsbrief“ hieß es, dass

> „die geistige Durchformung, die Durchtränkung der *dumpfen und unerschlossenen Massen der Menschen* und Länder des Ostens mit deutscher Gestaltungskraft, […] die aus allen Ansätzen die große Einheit des Lebens zu formen vermag. Als diese Gestaltungskraft nicht mehr wirkte

---

den Bund heimattreuer bayerischer Ostmärker. Ein Organigramm der neuen Struktur des reorganisierten BDO findet sich ebd., S. 217.

[2079] Zu ihnen zählten die BDO-Landesgruppen „Ostpreußen“, „Pommern“, „Ostmark“, „Schlesien“, „Sachsen“ sowie „Bayerische Ostmark“.

[2080] Vgl. Henschel: Territoriale Expansion und „völkische Flurbereinigung“, S. 72 f.

[2081] Vgl. Fischer: Die deutsche Publizistik, S. 59 ff.

[2082] Giere, Gustav: Das neue Deutschland und die Völker des Nahen Ostens. (= Schulungsbrief des Bundes Deutscher Osten Nr. 1). O. O. [Königsberg] Oktober 1934, S. 5 und S. 4.

[2083] Ebd., S. 2.

[2084] Ebd., S. 5 f.

[2085] Ebd., S. 6.

> und wirken konnte, verfiel der Osten wieder in seinen unschöpferischen[,] passiven Zustand [H. d. A., RF].“[2086]

Es gebe ein „räumlich bedingte[s] und darum dauernde[s] Zusammenfallen der Reichsinteressen mit denen seiner östlichen Nachbarn“, aus dem eine „Führerrolle“, ja sogar eine „Führungspflicht“ Deutschlands resultiere.[2087] „Deutschland ist schließlich die einzige Macht, die eine gerechte Volkstumsordnung unter dem bunt durcheinander gewürfelten Völkergemisch des Nahen Ostens aufrichten kann.“[2088] Ebenso verschleierend-salvatorisch lautete es bereits 1934 in den BDO-Schulungsmaterialien, es gehe um „Frieden und Gerechtigkeit“[2089], man sei „frei von Unterdrückungsgelüsten“[2090] oder auch: „Eine friedliche Lösung ist für uns selbstverständlich.“[2091] Dahinter standen aber immer wieder verklausulierte Drohungen. Zwar wurde als hauptsächliches Feindbild das Nationalstaatsprinzip sowie die Demokratie gesehen: „Die westliche Demokratie der Nationalstaaten kann unter keinen Umständen […] die Eigenständigkeit anderer Volksgruppen innerhalb der Staatsgrenzen als fremde Götter neben sich dulden.“[2092] Doch sollte man den zeithistorischen Kontext dieses „Schulungsbriefs“, der im Oktober 1934 verfasst wurde, nicht vergessen. Denn er wurde nur wenige Monate nach dem „Röhm-Putsch“ (30. Juni/ 1. Juli 1934) verfasst und damit nach der Ermordung führender SA-Leute und der Ausschaltung der SA als potentieller Machtfaktor im faschistischen Herrschaftssystem insgesamt.[2093] So gewendet ergibt der von Gustav Giere[2094] vorgetragene Angriff gegen ‚den Westen‘ einen ganz anderen, versteckten Sinn, der zugleich die *eigentlichen* faschistischen Herrschaftsmethoden zeigt:

> „Die Vorstellung, daß dauernd mehrere Gruppen gleichberechtigt in demselben Staate leben sollen, ist der nationalstaatlichen Demokratie aus ihren eigenen Vorrausetzungen heraus unvollziehbar. Sie muß jedes fremde Volkstum töten, wenn sie selber leben will. Und sie hat

---

[2086] Giere, Werner: Einsatz und Aufgabe der Deutschen in Ostmitteleuropa. (= Schulungsbrief des Bundes Deutscher Osten Nr. 4). O. O. [Königsberg] November 1934, S. 7.
[2087] Giere: Das neue Deutschland (a. a. O.), S. 7 f.
[2088] Ebd., S. 7 f.
[2089] Ebd., S. 9.
[2090] Giere: Einsatz und Aufgabe der Deutschen (a. a. O.), S. 8.
[2091] Giere: Das neue Deutschland (a. a. O.), S. 7.
[2092] Ebd., S. 3.
[2093] Siehe zu diesem Kontext Hancock: The purge of the SA.
[2094] Der Kunsthistoriker Giere gehörte zu jenem extrem rechten „Königsberger Milieu“ der Geschichtswissenschaft der Zwischenkriegszeit, mit welchem sich mehrfach Ingo Haar auseinandergesetzt hat. Vgl. Haar: Historiker im Nationalsozialismus, S. 81 ff.

dabei als bestes Instrument der ‚Mehrheit' den Staatsapparat als Machtmittel des Staatsvolkes einzusetzen, der das Todesurteil ‚legal' vollzieht."[2095]

Wie auch andere Organisationen war somit auch der BDO zu einem bloßen Mittel der faschistischen Politik geworden. Die Propaganda wurde intensiviert und eng mit der Repression gegen polnische und sorbische Minderheiten im Reich verbunden. Außerdem führte der BDO die Tradition der Versuche der Einflußnahme auf außerhalb der Reichsgrenzen lebende deutschsprachige Minderheiten fort.[2096] Charakteristisch für die ‚Gleichschaltung' von Organisationen durch das Regime war deren Verflechtung mit eigenen, faschistischen Organisationen. Ursächlich dafür waren die Kritiken jener jungen, akademisch gebildeten SS-Funktionärsschicht an den überkommenen Methoden und den überalterten Herren in den bisherigen ‚Deutschtums'-Organisationen, für die Wildt den Begriff der „Generation des Unbedingten" geprägt hat.[2097] So heißt es in einem Büchlein aus dem Jahre 1936: „Wir brauchen […] ein anderes Denken als das unserer Vätergeneration."[2098]
Mehr und mehr bestimmten die Kontakte zur SS die Arbeit des BDO. Die personelle Verbindung wurde zunächst durch den SS-Offizier Werner Lorenz (1891-1974) verkörpert.[2099] Lorenz war nicht nur der für die auf Engste mit dem Holocaust verknüpften ‚Umsiedlungen' der „Volksdeutschen Mittelstelle" (VoMi) verantwortlich,[2100] sondern auch der spätere Schwiegervater des Medienmoguls Axel Springer (1912-1985).[2101] Ende 1937 wurde der bis dahin amtierende BDO-Leiter Oberländer nach Greifswald strafversetzt.[2102] Nun übernahm die SS in Gestalt des SS-Oberführers Behrens und des SS-Brigadeführers Hoffmeyer direkt die Führung des BDO. Die personellen Verflechtungen waren somit unübersehbar. Per Anordnung durch Rudolf Heß vom 3.2.1939 wurden sowohl der BDO als auch der VdA der VoMi angegliedert und verloren damit ihre Selbstständigkeit.

2095 Giere: Das neue Deutschland (a. a. O.), S. 4.
2096 Vgl. Rothbart: Der „Bund Deutscher Osten", Bd. 1, S. 104-231.
2097 Wildt: Generation des Unbedingten.
2098 Wiese, Hans R[ichard]: Auslanddeutsche Erneuerung. Berlin 1936, S. 6. Der Autor kritisiert an diesem Denken vor allem die Staatsfixierung des Nationalismus, das sich doch vielmehr auf das ‚Volkstum' zu stützen habe, sowie den ‚Materialismus'. Vgl. ebd., S. 45. Der Hinweis auf dieses Werk verdankt sich Weißbecker: Die nationalistisch-revanchistische „Deutschtumspolitik", S. 173.
2099 Vgl. Rothbart: Der „Bund Deutscher Osten", Bd. 1, S. 32 f.
2100 Vgl. Leniger: Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit", S. 28 ff. und S. 120 f.
2101 Vgl. Hahn/ Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern, S. 180 ff.
2102 Dass diese Versetzung *erst* 1937 erfolgte, verwundert beim Blick auf die konkrete Tätigkeit Oberländers für den BDO. So formulierte er in dessen internen „Schulungsbriefen" im Januar 1935: „Liberalismus, Faschismus und Kommunismus haben eins gemeinsam, nämlich daß sie das Volkstum ertöten. […] [Alle drei, RF] gehen auf eine gemeinsame Wurzel zurück, das *Gedankengut der französischen Revolution* [H. d. A., RF]." Oberländer, Theodor: Die soziale Erneuerung des Auslandsdeutschtums. (= Schulungsbrief des Bundes Deutscher Osten Nr. 5). O. O. [Königsberg] Januar 1935, S. 4.

In diesem Kontext verdient die seit 1934 wenige Jahre anhaltende deutsch-polnische Annäherung Aufmerksamkeit, da diese als Vorstufen der faschistischen ‚Volkstumspolitik' den außenpolitischen Kontext für diese organisatorischen Veränderungen bildete. Erst als sich die polnische Führung gegen Hitlers Pläne einer von ihm angetragenen ‚Juniorpartnerschaft' Polens beharrlich sträubte und der Illusion erlag, selbst eine Großmacht zu sein, wandelte sich das Bündnissystem um 180 Grad. Hitler brach durch sein Vorgehen gegen die von ihm so genannte „Resttschechei" nicht nur das Münchner Abkommen vom September 1938, sondern es drohte auch eine Ausweitung des Konflikts durch die Garantie der Grenzen Polens durch England.[2103] Josef Stalin (1878-1953) war dagegen

> „von einer panischen Furcht besessen […], es könne zu einem vereinten Vorgehen der bürgerlich-kapitalistischen Welt, also sowohl der demokratischen wie der faschistischen Welt, gegen die Sowjetunion kommen. Aus diesem Grund setzte er alles daran, das ‚kapitalistische Lager' zu entzweien und die Sowjetunion bei dem als sicher erwarteten Ausbruch eines neuen großen Krieges in die Hinterhand zu bringen, von der aus er die Entscheidung im Krieg herbeizuführen hoffte mit entsprechend günstigen Konsequenzen für eine anschließende Friedensregelung."

Mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23.8.1939 verband sich für Hitler die Hoffnung, insgesamt den nach dem Ersten Weltkrieg geschaffenen und stark an den Westmächten orientierten Staatengürtel in Ostmitteleuropa auszulöschen und damit die denkbar breiteste Basis für seinen späteren Kampf gegen die Sowjetunion zu erlangen. Stalin dagegen sah im Vorrücken der Roten Armee in Ostmitteleuropa den sichersten Schutz in militärischer wie auch politischer Hinsicht für seine Politik.[2104]

Von deutscher Seite aus wurde Heinrich Himmler kurz nach dem Überfall auf Polen am 7.10.1939 durch Hitler zum „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums" (RKF) ernannt.[2105] Als Folge dieser Machtkonzentration in den Händen des „Reichsführers" der SS beschloss der BDO Ende 1942 seine Liquidation und stellte im Juni 1943 seine Tätigkeit ein.[2106] Sein Aufgabenfeld war längst von der SS übernommen und umdefiniert worden. Im „Führer-Erlaß" vom 7.10.1939 über die Aufgabenbeschreibung des RKF heißt es:

[2103] Vgl. Wollstein: Hitlers gescheitertes Projekt, S. 531. Dort auch das folgende Zitat.
[2104] Vgl. ebd., S. 531 f.
[2105] Vgl. Pyta: „Menschenökonomie", S. 82.
[2106] Vgl. Rothbart: Der „Bund Deutscher Osten", Bd. 1, S. 241.

„Die Folgen von Versailles in Europa sind beseitigt. Damit hat das Großdeutsche Reich die Möglichkeit, *deutsche* Menschen, die bisher in der Fremde leben *mußten*, in seinem Raum aufzunehmen und anzusiedeln und innerhalb seiner *Interessengrenzen* die Siedlung der Volksgruppen so zu gestalten, daß bessere Trennungslinien zwischen ihnen erreicht werden. […] Dem Reichsführer-SS obliegt nach meinen Richtlinien: 1. Die *Zurückführung* der für die endgültige Heimkehr in das Reich in Betracht kommenden Reichs- und Volksdeutschen im Ausland, 2. Die *Ausschaltung* des schädigenden Einflusses von solchen volksfremden Bevölkerungsteilen, die eine Gefahr für das Reich und die deutsche Volksgemeinschaft bedeuten, 3. Die Gestaltung neuer Siedlungsgebiete durch *Umsiedlung*, im Besonderen durch Seßhaftmachung der aus dem Ausland heimkehrenden Reichs- und Volksdeutschen [H. d. A., RF].“[2107]

Seit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs wurden diese Pläne zur sogenannten „Umsiedlung“ mehr und mehr in die Tat umgesetzt. Dies ging nicht nur einher mit Massenmord und Raub, sondern entsprach in der Sprache des ‚Dritten Reiches‘ auch jener umfassenden „Neuordnung Europas“ nach rassistisch-eliminatorischen Gesichtspunkten.[2108] Die Siedlungsprojekte der verhassten Weimarer Demokratie galten dagegen als „‚Systemsiedlungen‘“.[2109] Als Vorbild orientierte sich die faschistische Führung bei ihrer Siedlungspolitik dagegen zunächst an den entsprechenden Projekten des faschistischen Italiens in Nordostafrika, die mit Vertreibung und Vernichtung einhergingen.[2110] Jene gerade während der Weimarer Republik durch Ethnologie und Teile der Geschichtswissenschaften so romantisierend erforschten ‚Sprachinseln‘[2111] wurden nun im Ganzen ‚umgesiedelt‘,[2112] vor allem in das nun nicht mehr existierende Polen, welches in neue ‚Gaue‘ aufgeteilt worden war. Dem BDO kam bis zu seiner Auflösung 1943 die Rolle zu, die administrativen und propagandistischen Maßnahmen der faschistischen Siedlungspolitik nach vollzogener Vertreibung und/ oder Vernichtung der

[2107] Dok. Nr. 12: Erlaß des Führers und Reichskanzlers zur Festigung deutschen Volkstums vom 7.10.1939, in: Moll, Martin (Hg.): „Führer-Erlasse“ 1939-1945. Edition sämtlicher, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkriegs schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung. Stuttgart 1997, S. 101 f., hier S. 101. Vgl. auch Vgl. Pyta: „Menschenökonomie“, S. 85.

[2108] Siehe Heinemann: Rasse, Siedlung, deutsches Blut.

[2109] Zitiert nach Niendorf: Minderheiten an der Grenze, S. 328. Vgl. zur desaströsen Siedlungspolitik des Regimes bis 1939 dagegen Pyta: „Menschenökonomie“, S. 39.

[2110] Siehe Bernhard: Hitler’s Africa in the East.

[2111] Siehe Köstlin: Volkskultur als Argument.

[2112] Siehe Heinemann: Umvolkungspläne.

bisherigen Bevölkerung in Osteuropa mit auszuführen.[2113] Er war damit Teil der „Germanisierungspolitik“, die in den Holocaust mündete.[2114]

Damit entkleidete er die Siedlungspolitik, die seit dem Kaiserreich und auch in der Weimarer Republik immer auch eine Form der Sozialpolitik war,[2115] vollkommen ihres diesbezüglichen Gehalts und definierte sie ganz und gar rassistisch-biologistisch um.[2116] Präziser wäre festzuhalten: die ebenfalls bei der Siedlungspolitik mitschwingenden ‚völkischen‘ Konnotationen wurden nach 1933 überhöht und von einer sowohl akademisch gebildeten als auch extrem rassistischen technokratischen Planungselite[2117] bzw. „akademisch gebildeten Schar von Rassisten“ umgesetzt.[2118] Zugleich erteilte das Regime der jahrzehntelangen, völkisch konnotierten Agrarromantik eine deutliche Absage, um gerade von hier aus seine bevölkerungspolitischen Ziele anzugehen.[2119] Auch und gerade das Dorf im Allgemeinen sollte im faschistischen Regime auf eine „volksgemeinschaftstaugliche Leistungsbilanz“ hin ausgerichtet werden.[2120] Bezüglich der jahrzehntelangen deutschen Siedlungspläne in Afrika, wie sie u.a. auch die DKG gefordert hatte, erteilten die Nazis diesen ebenfalls eine klare Absage. Entsprechende Pläne durften zwar noch bis zum Sieg über Frankreich 1940 öffentlich vorgetragen werden, besaßen aber keine Chance mehr auf Verwirklichung.[2121]

Damit wird auch die zweite hier zentral interessierende Frage nach dem Verhältnis zwischen der DKG und dem deutschen Faschismus nach 1933 aufgeworfen. Erste unverbindlich-flüchtige Kontakte hatte es zwischen DKG-Funktionären und führenden Nazis bereits 1928 gegeben. Zunächst orientierte sich der damals noch nicht die DKG leitende Heinrich Schnee dabei nicht an Hitler, sondern an Hermann Göring (1893-1946).[2122] Sein außenpolitisches Vorbild war dabei der italienische Kolonialrevisionismus unter Mussolini.[2123] Erste systematischere Versuche zur Kooperation gab es seit dem Winter 1930 im Bereich der Jugendpolitik.[2124] Verantwortlich hierfür war der DKG-Generalsekretär Erich Duems, der

---

[2113] Vgl. Rothbart: Der „Bund Deutscher Osten“, Bd. 1, S. 239 ff.
[2114] Ebd., S. 241.
[2115] Vgl. für die Zeit des Ersten Weltkriegs Henschel: Territoriale Expansion und „völkische Flurbereinigung“, S. 64 ff.
[2116] Vgl. Rothbart: Der „Bund Deutscher Osten“, S. 238.
[2117] Vgl. Pyta: „Menschenökonomie“, S. 31 und S. 41 f. Gegentendenzen werden ebd., S. 57 f. geschildert.
[2118] Ebd., S. 90.
[2119] Vgl. ebd., S. 33 ff. Gegentendenzen im Umfeld von R. W. Darré finden sich auf S. 64 f. und S. 67.
[2120] Ebd., S. 44; vgl. auch ebd., S. 50 ff., S. 58 und S. 67.
[2121] Vgl. (mit Verweis auf die wichtigen Pionierstudien Karsten Linnes) Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 218 ff. und S. 286.
[2122] Vgl. Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 99.
[2123] Vgl. ebd., S. 98 f. und S. 108 ff. Vgl. zu letzterem Aspekt auch Moos: Mussolinis faschistisches Imperium, S. 1137 ff.; Osterhammel/ Jansen: Dekolonisation, S. 47.
[2124] Vgl. Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 166-171. Auch die folgenden Argumente ebd.

eine „Jungkoloniale Arbeitsgemeinschaft für deutsche Raumpolitik“ ins Leben rief. In ihr sollten sich die jugendlichen Teilverbände der Kolonialbewegung und der NSDAP kennenlernen und gemeinsame Aktivitäten diskutieren. Bereits ein Jahr später warb die DKG verstärkt um die Gunst der Partei.[2125] Allerdings war die Kolonialbewegung durch die verwirrende Vielfalt an Positionen irritiert, die Hildebrand treffend umschreibt:

> „Jede Anschauung, von der schärfsten Verurteilung kolonialer Herrschaft bis zur Propagierung des ‚größeren Deutschland‘ in Übersee, fand in der ‚Bewegung‘ ihre Vertreter. Die ‚totalitäre‘ Partei offerierte ihren Wählermassen ‚totale‘ Auswahl an Positionen. Jeder konnte […] im Blätterwald der NSDAP […] die Meinung finden, die ihm behagte. Es braucht nicht betont zu werden, daß dies nicht die Planung geschickter Propaganda war, sondern die natürlichen Widersprüche einer sozial heterogenen ‚Sammlungsbewegung‘ […].“[2126]

Die DKG setzte dabei, einer liberalistisch-legalistischen Denktradition verpflichtet, das gedruckte NSDAP-Parteiprogramm und besonders den dortigen Punkt 3[2127] und wog diesen schwerer als die meist negative Haltung Hitlers zur Kolonialfrage, wobei sie das schriftlich fixierte Grundsätze in völliger Verkennung des faschistischen Politikstils über mündliche Anordnungen stellte.[2128] Dabei gab es aber auch prinzipielle und graduelle ideologische Schnittmengen zwischen DKG und NSDAP. Erstens ist hier sowohl in prinzipieller als auch in zeitlicher Kontinuität zum Kaiserreich die Bejahung der Segregationspolitik der ‚Rassentrennung‘ in Afrika zu nennen.[2129] Zweitens überhöhten beide die Idee des ‚Raumes‘:[2130]

> „Nicht gesellschaftliche Entwicklungsprozesse wurden als entscheidend für den Zustand […] eines Staatswesens angesehen, sondern allein der Raum […]. Daher verwundert es nicht, daß sich die koloniale Propaganda durchweg durch Technikfeindlichkeit und Zivilisationsfeindlichkeit auszeichnete.“[2131]

Somit wurde der ‚Raum‘ im Faschismus tendenziell ‚entzeitlicht‘.[2132] Dagegen gab es aber auch zentrale Konfliktpunkte zwischen beiden Gruppen. So galt die DKG dem faschistischen

---

[2125] Vgl. Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 177-187.
[2126] Ebd., S. 247. Vgl. dazu auch ebd., S. 230-247.
[2127] *Siehe S. 301 ff.*
[2128] Vgl. ebd., S. 179 f.
[2129] Vgl. ebd., S. 220; Schubert: Der schwarze Fremde, S. 358-366.
[2130] Vgl. Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 135 und S. 224 f.
[2131] Ebd., S. 399.
[2132] Vgl. ebd., S. 399 f.

Regime als zu konservativ,[2133] während sich erstgenannte Organisation vor allem an den ‚plebejischen' Zügen gerade der SA störte.[2134] Die entscheidende Differenz aber markierte die Haltung zur Vernichtungspolitik. Aufgrund des dicht besiedelten Osteuropas stand dort eine großangelegte Siedlungspolitik für die DKG nicht zur Debatte, während für die faschistische Planungselite gerade dieses Gebiet ja *die* Folie für ihre monströsen Vernichtungs- und anschließenden ‚Neuordnungs'-Pläne abgab.[2135]

Neben der bereits erwähnten organisatorischen Kooperation im Bereich der Jugendpolitik seit 1930 setzte nach dem Machtwechsel 1933 eine stufenweise Vereinnahmung der DKG durch verschiedene Akteure des neuen Regimes ein. Zunächst war es eben jene vergleichsweise marginale koloniale Jugendbewegung der „Kolonialen Jungscharen", die zunächst seit Juli 1933 der HJ unterstellt wurde, um bereits ein Jahr später direkt in ihr organisiert zu werden.[2136] Im Juni 1933 wurde dann die KORAG in den RKB überführt.[2137] Dieser wiederum wurde dem in München ansässigen KPA der NSDAP unterstellt, welches nur einen Monat zuvor gegründet worden war.[2138] Heinrich Schnee versuchte bei all diesen organisatorischen ‚Gleichschaltungs'-Maßnahmen, nach wie vor die Kolonialbewegung zu dominieren.[2139] Besonders Hitlers Botschafter in London und späterer Außenminister Joachim von Ribbentrop (1893-1946) forcierte diese Maßnahmen,[2140] um sich im Kampf um Hitlers Gunst gegen den den RKB leitenden Ritter von Epp profilieren zu können.[2141]

Nach hinhaltendem Widerstand – offenbar maß Hitler der organisatorischen ‚Gleichschaltung' der DKG keine besondere Priorität zu – erfolgte die Auflösung der DKG schließlich im Sommer 1936.[2142] Von Epp behielt die Leitung des ebenfalls reorganisierten RKB, der aber ohnehin jede Selbstständigkeit gegenüber der Partei verloren hatte. Schnee zog sich dagegen verbittert vollständig aus der Leitung der nun noch mehr politisch marginalisierten faschistischen Kolonialbewegung zurück. Sein ehemaliger Generalsekretär Erich Duems wechselte von Berlin nach München und leitete nun von dort aus die Presse- und Verlagsarbeit sowohl des KPA als auch des RKB.[2143] Letzterer erlebte nun eine

[2133] Vgl. ebd., S. 345 ff.
[2134] Vgl. ebd., S. 119.
[2135] Vgl. ebd., S. 226-229.
[2136] Vgl. ebd., S. 347 und S. 391.
[2137] Vgl. ebd., S. 352 ff.
[2138] Vgl. ebd., S. 345 f. und S. 355.
[2139] Vgl. ebd., S. 350, S. 355 f. und S. 364 ff.
[2140] Vgl. ebd., S. 357-363, S. 363 f. und S. 377 f.
[2141] Vgl. ebd., S. 381-386.
[2142] Vgl. ebd., S. 378 ff. Auch die folgenden Argumente ebd.
[2143] Vgl. ebd., S. 389 f. Vgl. auch zur RKB-Publizistik nach 1933: ebd., S. 409 f.

beispiellose organisatorische Aufblähung auf über eine Million Mitglieder.[2144] Auch traten auf Funktionärsebene zahlreiche SS-Mitglieder in den Verband ein, was allerdings eher der Tendenz zuzuschreiben war, dass sich besonders der deutsche Adel in der SS organisierte und dieser ja bereits in der früheren Kolonialbewegung deutlich vertreten war.[2145] Diese Bewegung war nun allerdings „auf rein historische Interessen der Erinnerungspflege festgelegt […].“[2146] Warum aber wandten die Nazis vergleichsweise milde Methoden an und überzogen die DKG nicht mit demselben Terror, mit denen sie davor, währenddessen und danach ihnen missliebige Gruppen und Menschen unerbittlich verfolgten? Ein Grund lag bis zur politischen Konsolidierung des Regimes darin, dass die DKG einen Teil der konservativen Bündnispartner des Faschismus organisierte, die Hitler nicht vor den Kopf stoßen konnte.[2147] Andererseits profitierte er ganz einfach auch von der etablierten Kolonialpropaganda, die ja „eine ‚heroisch-völkische Weltanschauung‘ propagierte.“ Die faschistische Propaganda nutzte diesen Ansatzpunkt ganz besonders dazu, um den Krieg ästhetisch zu überhöhen und insbesondere die Jugend in Vorbereitung auf den nächsten Weltkrieg zu indoktrinieren.[2148] Auf außenpolitischer Ebene galt der Verweis auf die Kolonialbewegung besonders als mögliches, rein instrumentell einsetzbares Druckmittel gegenüber dem britischen Empire, um es an den Verhandlungstisch zu bewegen.[2149]

In den kurz- bis mittelfristigen Kriegsplänen Hitlers sollte es im Sinne des Autarkiegedankens nur eine Kolonialwirtschaft (also Rohstoff- statt Siedlungs- oder Pflanzungskolonien) geben, die die „Ostraumsiedlung“ nur zu ergänzen hätten.[2150] Anders formuliert: Hitlers „‚Weg nach Afrika‘ hätte ‚über Moskau‘ geführt.“[2151] Faschistische Pläne für afrikanische Kolonien gab es nämlich als Fernziel durchaus, doch sollten diese erst in Angriff genommen werden, wenn der Krieg gewonnen worden wäre. Entsprechende Maßnahmen wurden so lange vom Regime gefördert, wie auch der Kriegsverlauf günstig stand.[2152] Spätestens aber mit der strategischen Wende von Stalingrad im Herbst/ Winter 1942/43 wurden diese endgültig aufgegeben.[2153]

Neben diesen weit ausgreifenden Zielvorstellungen der Nazis lohnt abschließend auch ein Blick darauf, wie es den früher führenden Akteuren des DO sowie der Koloniallobby erging.

[2144] Vgl. ebd., S. 389. Gründe dafür kann Hildebrand leider anführen.
[2145] Vgl. ebd., S. 387 f. und S. 390.
[2146] Ebd., S. 402.
[2147] Vgl. ebd., S. 393. Dort auch das folgende Zitat.
[2148] Vgl. ebd., S. 394-401.
[2149] Vgl. z.B. ebd., S. 366, S. 370 und S. 374
[2150] Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 219.
[2151] Ebd., S. 289; vgl. auch Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 737.
[2152] Vgl. ebd., S. 370 f.; Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 221 f.
[2153] Vgl. ebd., S. 288 f.; Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 740 f.

Hierbei kann es sich nur um einige biografische Hinweise handeln, da eine gruppenbiografische Studie dieser Gruppe hier den Rahmen sprengen würde.

Beginnen wir mit Franz Lüdtke, der nach 1933 eine Zeit lang dem BDO vorstand. In einer Laudatio zu seinem 60. Geburtstag wurde sein schriftstellerisches Werk verherrlicht: „Indem er die kraftvollen Fäuste des Bauern mit Axt und Pflug zur Rodung und Gestaltung einer ostdeutschen Heimat ansetzen lässt, legt er zugleich die Quellen zum Strom allen Deutschtums frei […].“[2154] Der Propagandaminister Joseph Goebbels (1897-1945) höchstpersönlich gratulierte Lüdtke ebenfalls in einem Glückwunschtelegramm zu seinem Ehrentag.[2155] Bereits während des Ersten Weltkriegs mit einschlägiger völkischer Publizistik hervorgetreten,[2156] war Lüdtke allerdings Zeit seines Lebens der berufliche Durchbruch verwehrt. Darüber können auch seine zahllosen Veröffentlichungen nicht hinweg täuschen. Da bisher kein Nachlass von ihm aufzufinden war, kann doch zumindest die These vertreten werden, dass er mit seiner Publizistik schlichtweg seinen Lebensunterhalt bestritt.[2157] Folgt man dem Kriterienkatalog des Soziologen Stefan Breuer, so kann man Franz Lüdtke innerhalb der sehr heteorgenen völkischen Bewegung als einen jener Vertreter des „proletaroide[n] Intellektualismus“[2158] charakterisieren.

Auch fernab seiner früheren literarischen Werke empfahl sich Lüdtke durch einschlägige Arbeiten den neuen Machthabern.[2159] In der dünnen Erinnerungsliteratur zu ihm wurde sich über dieses Engagement freilich ausgeschwiegen. Hier firmierte er als ebenso ‚heimatverbundener‘ wie auch religiöser Dichter und Historiker. Was er dagegen zwischen 1933 und 1945 machte, erfahren wir in den sämtlich der Publizistik der ‚Vertriebenen‘

[2154] [Anonym]: Bauern waren die Ahnen. Der märkische Dichter Franz Lüdtke 60 Jahre alt, in: NSG 8 [?] (4.8.1942) 180, S. 3, in: BArch, R 8034, Nr. 292: Reichslandbund – Pressearchiv, Bd. 3: Lud-Lum, Bl. 41 r. Um welches Periodikum es sich bei „NSG“ handelt, ist schwer zu ermitteln. Wahrscheinlich handelt es sich hierbei um einen Rundbrief der „NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude“.

[2155] Vgl. ebd., Bl. 42 r.

[2156] Lüdtke, Franz: Deutsches Volkstum. Ein Volksabend. (= Volksabende Heft 49). Gotha 1918.

[2157] Siehe dazu auch seinen autobiografischen Abriss: (ders.): Worte zu meinem Schaffen, in: OHK 12 (1933), S. 69 f. Auf S. 70 geht er auch auf die Bandbreite seiner publizistischen Tätigkeit ein.

[2158] Breuer: Die Völkischen in Deutschland, S. 127. Breuer bestimmt den Begriff wie folgt: „Es geht […] um den sozialen Aufstieg einer mittellosen Intelligenz, die sich nicht selten auch räumlich im Abseits befindet, in der kleinstädtischen oder ländlichen Provinz. Es geht um die Partizipationsansprüche von mehr oder weniger gebildeten Laien gegenüber den […] sich etablierenden Expertokratien, um die Umwandlung einer als nicht mehr volksnah empfundenen Kirche oder Schule in eine ‚Volks-Kirche‘ oder ‚Volks-Schule‘, […] kurzum: um eine andere Moderne, in der die entkoppelten Teilsysteme wieder an eine zentrale Sinnkonstruktion zurückgebunden sind, die zu entwerfen der völkischen Intelligentsia obliegt.“ Ebd., S. 131.

[2159] Siehe z.B. Lüdtke, Franz: Rasse, Recht, Raum, Reich. Das Werden des deutschen Volkes, in: Zeitschrift für Politik 27 (1937) 5, S. 261-283; (ders.): Ein Jahrtausend Krieg zwischen Deutschland und Polen. (= Geschichtsfibeln für Wehrmacht und Volk Bd. 3). Stuttgart 1941.

zuzurechnenden Erinnerungen an ihn mit keinem Wort.[2160] Zeitweise war Lüdtke nämlich u.a. auch neben seiner Tätigkeit im BDO Hauptabteilungsleiter im „Außenpolitischen Amt der NSDAP".[2161] Diese Institution konnte sich allerdings bei dem vielfältigen „Ämterdarwinismus",[2162] mit denen die Partei auch die Außenpolitik zu überziehen versuchte, nicht durchsetzen und verschwand bereits 1941 wieder in der Bedeutungslosigkeit.[2163] Im BDO wirkte Lüdtke neben anderen dabei, die zeitgenössische ‚Ostforschung' im Sinne der NS-Politik neu zu organisieren.[2164] Im Herbst 1933 äußerte er sich unmissverständlich auf einem Kongress von deutschen Historikern und Archivaren in Königsberg. So sei es insbesondere in der Auseinandersetzung mit der polnischen Historiografie angezeigt, dass der BDO die „geistigen Waffen der ‚Ostarbeit' zu schmieden [habe]."[2165] Lüdtke wandte sich danach wieder stärker publizistisch-literarischen Aufgaben zu, die er – zumal mit Ende 50 auch nicht mehr der Jüngste – ab Ende Oktober 1940 als Leiter des „wartheländischen Dichterkreises" wahrnahm.[2166] Außerdem war er als Vortragsredner im „Deutschen Volksbildungswerk" und damit in der zentralen Institution der NS-Erwachsenenbildung tätig.[2167] Anknüpfen konnte er damit an seine Tätigkeit als Lehrer in der „freien ostmärkischen Volkshochschule" während der Weimarer Republik. Allerdings verschrieb er sich nun ganz der Indoktrination des „Blut und Boden"-Gedankenguts der Nazis.[2168]

Seine Kollegen aus der Führungsebene des DO dienten sich ebenfalls alle dem neuen Regime an, gelangten allerdings nicht ebensowenig in herausragende Positionen. So waren Alfred von Tilly ebenso wie Emanuel Ginschel in den „‚Großen Rat[]' der Auslandspropagandazentrale der NSDAP" berufen worden.[2169] August Schmid wiederum erhielt zu Kriegsbeginn Anfang September 1939 vom Reichsinnenministerium die Aufgabe, als „Kommissar […], der auf Grund seiner langjährigen […] Tätigkeit in Ostpreussen, Posen und Oberschlesien, sowie

---

[2160] Vgl. Dombrowski, Erica: Franz Lüdtke aus Bromberg. Dichter seiner ostdeutschen Heimat, in: Westpreußen-Jahrbuch 32 (1982), S. 115-118.
[2161] Vgl. Haar: Historiker im Nationalsozialismus, S. 185.
[2162] Gerhard/ Houwink ten Cate (Hg.): Das organisierte Chaos.
[2163] Siehe zu diesem Amt ausführlich Jacobsen: Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 45-89.
[2164] Vgl. Haar: Historiker im Nationalsozialismus, S. 133 f.
[2165] Ebd., S. 156.
[2166] Siehe Dombrowski: Franz Lüdtke aus Bromberg (a. a. O.). Vgl. zu diesem „Dichterkreis" die zu unkritische, aber mit weiteren Verweisen aufwartende kurze Skizze bei Rasmus: Westpreußen im Schatten des Hakenkreuzes, S. 151.
[2167] Vgl. zu dieser Institution den Überblick bei Olbrich: Geschichte der Erwachsenenbildung, S. 241-247.
[2168] Vgl. ebd., S. 242 f.
[2169] Grenzdörfer, Franz: Die Front gegen die Volkstumsarbeit, in: Deutsche Arbeit. Zeitschrift des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland 35 (1935) 3, S. 113-119, hier S. 116.

seiner Tätigkeit im ehemaligen Deutschen Ostbund und dessen Organisationen“ das Verbot und die Abwicklung aller verbliebenen polnischen Organisationen im Reich abzuwickeln.[2170]
Fragt man nun nach den ideologischen Schnittmengen zwischen dem DO und dem faschistischen Regime, so sind trotz der bisher schmalen Quellenlage wenigstens drei Punkte anzuführen. Erstens wäre dies der grundlegende Antislawismus beider Organisationen, dessen Übergänge zwischen einer herablassend-paternalistischen Form spätestens seit dem Kaiserreich zu einem immer exterminatorische Formen annehmenden extremen Rassismus nach 1933 nicht nur immer fließender wurden,[2171] sondern sich gerade in weiteren Studien nicht nur zum DO nachvollziehen lassen würde. Zweitens war einte beide Gruppen die grundsätzliche Expansionsrichtung nach Osteuropa hin, wobei besonders das im Leipzig der Zwischenkriegszeit entwickelte Konzept des „Volks- und Kulturbodens“ eine Art ideologische Pionierrolle einnahm.[2172] Drittens war es die ubiquitär anzutreffende Führersuche und -erwartung konservativer Intellektueller und Organisationen der Weimarer Republik, die den Nazis grundsätzlich vor- und zuarbeitete.[2173]
Auf kolonialem Gebiet wandte sich nach der im Sommer 1936 letztendlich vollzogenen Auflösung der DKG und der Umorganisation des RKB Heinrich Schnee von jeder Mitarbeit in einer herausgehobenen, aber weitestgehend einflusslosen Position in der faschistischen Kolonialpropaganda ab.[2174] Zwar blieb er weiterhin eine Art konservativer Multifunktionär, doch dürfte ihm die widersprüchliche und letztlich abschätzige Politik Hitlers gegenüber der alten Kolonialbewegung bleibend in Erinnerung geblieben sein. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde sein Antrag auf Entnazifizierung bezeichnenderweise 1948 negativ beschieden.[2175] Auch Franz Xaver Ritter von Epp war für das faschistische Regime nur solange von Bedeutung, wie es auf seine Rolle als konservative Integrationsfigur angewiesen war. Als das Regime sich innenpolitisch zunehmend konsolidiert hatte, brauchte es auf die konservative Kolonialbewegung immer weniger Rücksicht nehmen. Von Epp leitete zwar sowohl das KPA als auch den RKB, jedoch unterstanden diese der NSDAP. Nicht nur, dass von Epps Macht somit arg begrenzt war, sondern seine Machtposition wurde auch laufend

[2170] Dok. Nr. II: Der Reichsminister des Innern an den Stellvertreter des Führers, das Auswärtige Amt (u.a.); Berlin, den 12.9.1939; (Schnellbrief, vertraulich), in: Konieczny, Alfred: Likwidacja Polskiego stanu Posiadania w Niemczech w Latach 1939-1944 [Auflösung des polnischen Besitzstandes in Deutschland in den Jahren 1939-1944], in: Acta Universitatis Wratislaviensis [13] (1974) 222, S. 41-63, [Anhang] S. 57 f., hier S. 58.
[2171] Siehe Wippermann: Antislavismus.
[2172] *Siehe S. 155 f.*
[2173] *Siehe S. 189 f. und S. 216 f.*
[2174] Vgl. Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 386.
[2175] Vgl. Weißbecker: Die nationalistisch-revanchistische „Deutschtumspolitik“, S. 174 f.

von rivalisierenden Ministerien und Dienststellen infrage gestellt.[2176] Seinen Unmut darüber richtete sich allerdings nicht gegen Hitler selbst, sondern er gegen die Partei.[2177] Beispielhaft verband sich hier die seit dem Kaiserreich geläufige Verachtung von Parteien mit einer gerade in der Weimarer Republik intensiv ausgeprägten Führererwartung.
Somit waren alle ehemals führenden Köpfe der hier untersuchten imperialen Verbände vom neuen Regime zwar nicht verfolgt, aber auf vergleichsweise unbedeutende Pöstchen verwiesen worden. Die Akteure des DO spielten im Rahmen der allgemeinen Ostexpansion Hitlers dabei eine wichtigere Rolle als die mehr und mehr der dekorativen Bedeutungslosigkeit anheim gegebenen Vertreter der Kolonialbewegung. Beide hatten in der Endphase allerdings der faschistischen Bewegung von konservativer bzw. völkischer Seite her zugearbeitet, wenngleich auch hierbei ihr Stellenwert nicht überbewertet werden darf. Im antifaschistischen Widerstand fand sich allerdings niemand von ihnen wieder.

3. Ausblick und vergleichendes Fazit

3.1. Faschismus als Ende der Imperialität

Die ‚Selbstgleichschaltungen' beider Verbände und deren Zusammenfassungen im BDO bzw. dem RKB markierten das Ende eines Prozesses, in dessen Verlauf jene Verbände zum Opfer ihres eigenen ‚Erfolges' wurden. Dieser ‚Erfolg' bestand nicht darin, möglichst viele Mitglieder gewonnen oder die eigenen Zielvorstellungen effektiv in das politische System der späten Weimarer Republik eingespeist zu haben. Zentrale Punkte ihrer Programme wie jener des vermeintlichen „Volkes ohne Raum" (Hans Grimm) oder aber die sich immer stärker und expansiver gebärdende Rhetorik des DO in Richtung Osteuropa machten beide Verbände zu natürlichen Bündnispartnern der aufstrebenden NSDAP. Während die Verbände bei den Weimarer Regierungen kaum auf Handlungsbereitschaft hoffen konnten, suchte die NSDAP nach Bündnispartnern, die ihren Aufstieg befördern könnten. Beide Verbände saßen allerdings derselben Illusion auf, nämlich die faschistische Bewegung für die eigenen Belange instrumentalisieren zu können. Bekanntlich war das Gegenteil der Fall.[2178]

[2176] Vgl. z.B. Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 726 f. und S. 736 f.
[2177] Vgl. Wächter: Die Macht der Ohnmacht, S. 224 f.
[2178] Vgl. Laak: Imperiale Infrastruktur, S. 217; Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 112.

Auf ideengeschichtlicher Ebene lassen sich verbandsmäßig organisierte Forderungen nach „Germanisierung“ bis zum Beginn des Kaiserreichs zurückverfolgen.[2179] Diese Politik stand dabei noch in der Tradition der Aufklärung mit ihren Idealen der *Erziehung zum mündigen Bürger*.[2180] Mit dem Aufkommen und der zunehmenden Popularisierung des Sozialdarwinismus im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wurde das Ideal der Erziehung mehr und mehr durch ein solches des angeblichen ‚Kampfes um Lebensraum‘ verdrängt.[2181] Zugleich löste sich der faschistische Raumbegriff zunehmend von jeglichen realen Bezügen. Befördert einerseits durch die Erlebnisse eines kurzen ‚Ostimperiums‘ nach dem Ersten Weltkrieg und andererseits durch die als „Raumschwund“[2182] empfundenen Gebietsabtretungen kurze Zeit danach gab es während der Zwischenkriegszeit immer wieder „hypertrophe Erlösungserwartungen [gegenüber] de[m] unermesslichen Raum des russischen Riesenreiches.“[2183] Hieran knüpfte Hitler an, wobei sein Raumbegriff abstrakt blieb, ihn Grenzrevisionen nicht interessierten und so „die Visionen von einem Ausgreifen nach Osten ins Ziellos-Riesenhafte hochschnellen ließ.“[2184] Der deutsche Angriffs- und Vernichtungskrieg in Osteuropa schließlich beförderte durch seine extreme Gewaltdynamik noch zusätzlich diesen ideologischen Entkopplungsprozess.[2185]

Wenngleich der DO im Kräftefeld der imperialen Verbände der Weimarer Republik noch eine eher ‚moderatere‘ Rolle spielte, so verfehlten doch in Summe jahrzehntelange Ideologeme von der angeblichen ‚deutschen Höherwertigkeit‘ etc., wie sie besonders von den zahlreichen völkischen Verbänden geäußert wurden, nicht ihre Wirkung. Der deutsche Faschismus konnte hieran anknüpfen und führte zugleich einen zentralen dialektischen Sprung von der Quantität solcher Aussagen zu einer ganz neuen, in letzter Konsequenz zum Holocaust führenden praktischen Politik herbei. Statt einer auf „Germanisierung“ mit allen erdenklichen

---

[2179] Siehe Jaworski: Zur Kulturträgertheorie.

[2180] Vgl. Osterhammel: Die Verwandlung der Welt, S. 1174 f.

[2181] Entsprechende darwinistische Argumentationen erfreuten sich bereits in der Weimarer Republik wachsender Popularität. So stellte Hans Zache in seinem als kleine Broschüre erschienenen Redebeitrag auf der DKG-Hauptversammlung in Königsberg im Juni 1927 die rhetorische Frage: „Und die Ausrottung der Urbevölkerung in Amerika und Australien: gewiß war sie schrecklich […]. Und doch: Sollte wirklich jemand die Kühnheit haben zu behaupten, daß nach dem Plane einer weisen Weltordnung die 10 Millionen Quadratkilometer, auf denen heute 120 Millionen Menschen wohnen, eines der ersten der Kulturvölker, das die gewaltigste Industrie der Welt aufgebaut hat, daß auf diesem Gebiet einige hunderttausend Rothäute Büffel zu jagen, sich gegenseitig zu skalpieren und an den Marterpfahl zu binden, bestimmt und berechtigt waren?“ Zache, Hans: Imperialismus und Kolonialpolitik. Berlin 1927, S. 5.

[2182] Jureit: Ordnungen des politischen Raumes im Kaiserreich.

[2183] Nietzel: Im Bann des Raums, S. 33.

[2184] Ebd., S. 38.

[2185] Vgl. ebd., S. 39 ff.

Zwangsmaßnahmen moderner Staatlichkeit beruhenden „Bevölkerungspolitik“[2186] ging es ihm in einem ersten Schritt vor allem um möglichst totale Vernichtung der nach der Rassenideologie als ‚minderwertig‘ bezeichneten Menschen. In einem zweiten Schritt sollte dieser durch einen möglichst umfassenden Angriffs-, Raub- und Vernichtungskrieg nahezu ‚menschenleer‘ gemachte Raum als riesiges Ansiedlungsgebiet für das im Sinne der Rassenideologie ‚nordisch-arisch‘ verstandene ‚Wehrbauerntum‘ dienen.[2187] Auch diese Gedanken waren keineswegs neu, sondern wurden bereits im Ersten Weltkrieg von einer vergleichsweise kleinen rechten Minderheit diskutiert.[2188] Siedlungskolonien sollten nur dort entstehen. Gegen Siedlungen in afrikanischen Kolonien wandte sich Hitler mit dem Argument, die bisherigen (britischen) Siedlungskolonien entsprängen der Entwicklungslogik ‚kapitalistischer‘ Ökonomie, die für ihn freilich untrennbar ‚jüdisch‘ bestimmt sei.[2189] Afrika sollte dagegen möglichst nur als riesiges Rohstofflager für die Autarkiepläne deutscher Kriegsführung dienen.[2190] Dagegen spielte ein noch während der Weimarer Republik bemühtes Argument in den ersten Jahren des Zweiten Weltkriegs aufgrund des zunächst für die Achsenmächte günstigen Kriegsverlaufs keine Rolle mehr. Dabei ging es um mögliche alliierte Seeblockaden von Kolonien, sodass diese keine Rohstoffe mehr hätten liefern können.[2191] Viel wichtiger wog in den Augen der Nazis aber ein anderes, ebenfalls seit dem Kaiserreich allfällig geläufiges Argument gegen ‚weiße‘ Siedlungskolonien in Afrika: in ihnen drohe fortwährend die Gefahr einer ‚Rassenmischung‘.[2192]

Jeder dieser Punkte war bereits vor(!) der Weimarer Republik und vor allem in völkischen Kreisen seit dem Kaiserreich ventiliert worden und wurde in Summe vom Faschismus zur letzten Konsequenz radikalisiert.[2193] Solche Pläne, für die vor allem die Namen Heinrich Himmler und Richard Walter Darré standen,[2194] kollidierten aber in dem realsoziologisch auf „autoritär geführter Anarchie“[2195], „Polykratie“[2196] bzw. „Ämterdarwinismus“[2197] basierenden Herrschaftssystem des deutschen Faschismus mit anderen Interessen, namentlich besonders mit dem der Aufrüstung bzw. einer auf einen ausgebauten Industriesektor basierenden

---

[2186] Mackensen (Hg.): Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik.
[2187] Vgl. Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 711 f.
[2188] *Siehe S. 55.*
[2189] Vgl. Baranowski: Nazi Empire, S. 139 und S. 152.
[2190] *Siehe nochmals S. 319.*
[2191] Vgl. Eberhardt: Zwischen Nationalsozialismus und Apartheid, S. 137.
[2192] Vgl. Baranowski: Nazi Empire, S. 141; Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 70.
[2193] Vgl. Wippermann: Antislavismus, S. 522.
[2194] Vgl. Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 712.
[2195] Zitiert nach Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 35.
[2196] Klassisch hierzu: (ders.): Monokratie oder Polykratie?
[2197] Gerhard/ Houwink ten Cate (Hg.): Das organisierte Chaos.

Kriegsführung.[2198] Letztlich liefen diese Pläne auf eine rassisch-biologistisch verstandene Form der Homogenisierung mindestens durch Vertreibungen, meist aber durch Massenmord hinaus, die sich besonders gegen alles ‚Hybride' richtete.[2199] Das soziologische Funktionsprinzip, nämlich das Austarieren von Diversität bzw. Heterogenität innerhalb von asymmetrischen Machtverhältnissen, wurde also mit dem Maximalmaß an Gewalt versucht, außer Kraft zu setzen. Es war besonders dieser rassistisch-exterminatorische Fanatismus der „Rassenreinheit",[2200] der herrschaftssoziologisch betrachtet dazu führte, dass besonders der deutsche Faschismus unfähig dazu war, die „augusteische Schwelle" [2201] zu überschreiten, die zur Etablierung eines Imperiums unabdingbar war.

Damit wird die zentrale Frage aufgeworfen, ob und in welchem Maße der Faschismus imperiale Ausmaße annahm.[2202] Hans-Ulrich Thamer sieht hier einen klaren Bruch zu allen vorangegangenen Formen imperialer deutscher Herrschaft: das Regime habe es zwar geschafft, durch den Zweiten Weltkrieg ein riesiges Reich zu erobern, doch sei man nie über die „augusteische Schwelle" gelangt, also zu einer Verstetigung von asymmetrischen Herrschaftsbeziehungen. Als zentrale Ursache hierfür sieht er den Holocaust an:

> „Hitlers Imperium war ein kurzlebiges Kriegsimperium, nicht nur weil es auf den kurzfristigen militärischen Eroberungszügen basierte und dann mit dem militärischen Zusammenbruch des Großdeutschen Reiches auseinanderfiel, sondern weil es zugleich *einen erbarmungslosen Raub- und Vernichtungskrieg gegen die Zivilbevölkerung im Osten* führte […]. Die Politik- und Herrschaftspraxis, die […] vorübergehend zu einem Großdeutschen Reich mit kolonialen Dimensionen geführt hatte, war zwar unter günstigen Rahmen- und Handlungsbedingungen *effizient in Eroberung und Zerstörung*, […] ihre *Politikunfähigkeit* zeigte sich jedoch sehr bald in dem gescheiterten Versuch einer Stabilisierung, weder im deutschen Reich noch in seinem kurzlebigeren Imperium [H. d. A., RF]."[2203]

So wird man zugespitzt die These vertreten können, dass im Lichte der Forschungen zu Imperien und Dekolonisation es eine der Folgen des Holocaust ist, zugleich am gründlichsten die Bedingungen für alle Formen direkter imperialer deutscher Herrschaft vernichtet zu haben. Mögen zwar zahlreiche der Denkfiguren, die die Nazis später nutzten, noch nicht

---

[2198] Vgl. Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 712.
[2199] Vgl. Jureit: Das Ordnen von Räumen, S. 287-295; Baranowski: Nazi Empire, S. 142.
[2200] Münch: „Rassenreinheit".
[2201] Einschlägig hierfür: Doyle: Empires, S. 93-97. Vgl. auch Osterhammel: Die Verwandlung der Welt, S. 698.
[2202] *Siehe S. 31.*
[2203] Thamer: Das Dritte Reich und sein Imperium, S. 1131.

einmal erst ein Produkt der Zwischenkriegszeit gewesen sein, so führte ihre mörderische Herrschaft doch letzten Endes zur Antithese der für Imperien so charakteristischen dialektischen Spannung zwischen „Inkorporierung und Differenzierung“.[2204]

Auf der Ebene der Zielvorstellungen der Nazis, insbesondere Hitlers bezüglich der Art, des Umfangs und der geografischen Ausrichtung etwaiger Kolonien, konnten freilich die Brüche zur Zwischenkriegszeit nicht größer sein. Verwahrte sich doch beispielsweise die DKG durch ihre rassistische Kampagne gegen den Einsatz französischer Kolonialtruppen im Rheinland kategorisch gegen alle Ansätze, die in ihrer Perspektive für eine ‚Kolonialisierung Europas‘ sprachen.[2205] Die Nazis dagegen führten den in den außereuropäischen Kolonien von jeder Kolonialmacht qua praktischer Politik eingeübten Rassismus zur letzten Konsequenz: nicht nur Osteuropa sollte zur riesigen Kolonie werden, sondern ebenfalls Mittel- und Westeuropa mit Ausnahme des faschistischen Verbündeten Italien.[2206] Außerdem rührten sie damit an einem Tabu des internationalen Kolonialismus: nach dem als ‚Sündenfall’ betrachteten Ersten Weltkrieg sollte möglichst nie wieder ein ‚Weißer‘ gegen einen ‚Weißen‘ kämpfen.[2207] Die Nazis knüpften zwar auch an den der Koloniallobby *inhärenten* Rassismus an, ersetzten ihn mit der Zeit aber durch eine eigene Rangordnung menschlichen Lebens. Und eben diese versuchten sie von Beginn an, mittels Entrechtung, Krieg und Vernichtung zu realisieren.

Mochten auch bei den traditionellen Eliten in der Verwaltung sowie der Armee die Ideen nach einer Wiedererrichtung eines deutschen Kolonialreiches in Übersee auf offene Ohren treffen, setzte sich doch letztlich Hitler mit seiner Konzeption durch.[2208] Diese zielte auf die „‚Verkolonialisierung‘ von *ganz* Europa [H. i. O., RF]“,[2209] an dessen Spitze unumstößlich das NS-Regime stehen sollte. Damit hob sich diese Herrschaftskonzeption von allen anderen Kolonialregimen ab: erstens in ihrem Zielkontinent, zweitens in ihrer brutalstmöglichen Durchsetzung sowie drittens in ihrem Umfang.[2210] Zwar baute dieses Herrschaftskonzept noch auf der Tradition des europäischen Kolonialismus auf, steigerte es aber auf eine qualitativ höhere Stufe, indem es Europa gänzlich kolonialisieren wollte und dies mit einem rassistisch-biologistisch begründeten Suprematieanspruch Deutschlands zu legitimieren versuchte. Der undogmatische linke Intellektuelle Karl Korsch (1886-1961) argumentierte 1942 äußerst treffend, dass dadurch gerade die bisher als *kanonisch* für die europäischen

[2204] Cooper: Staaten, Imperien und politische Phantasie, S. 257.
[2205] *Siehe S. 248-253.*
[2206] Vgl. Majer: Das besetzte Osteuropa als deutsche Kolonie, S. 113 f.
[2207] Vgl. Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 392.
[2208] Vgl. Majer: Das besetzte Osteuropa als deutsche Kolonie, S. 112 f.
[2209] Ebd., S. 114.
[2210] Vgl. ebd., S. 113; Nietzel: Im Bann des Raums, S. 40 ff.

Imperialmächte geltende Trennung zwischen ‚Zivilisierten' und ‚Wilden' eingeebnet würde.[2211] Dies war gerade für die gesamte DKG eine rote Linie, die nie überschritten werden durfte. Eine weitere rote Linie bestand wie erwähnt darin, dass kein Krieg in Europa mehr geführt werden dürfe, um Kolonien (wieder) zu erlangen.[2212] Zu verheerend wirkte im Kollektivgedächtnis der Erste Weltkrieg nach. Allerdings ist es bezeichnend, dass der Holocaust und der Vernichtungskrieg in den (privaten, da der Zensur unterworfenen)[2213] Quellen beispielsweise eines Heinrich Schnee während des Zweiten Weltkrieges *abwesende* Themen sind. Dagegen beklagte er, dass die imperiale Außenpolitik des Faschismus noch ‚zu einseitig' sei, weil sie sich nur nach Osten richte. Paradoxerweise sei folglich das Regime schlichtweg „not imperialist enough" gewesen.[2214]

Blickt man kurz vergleichend auf den genannten italienischen Faschismus und fragt nach seiner Fähigkeit zur Etablierung einer imperialen Herrschaft, so ähneln sich die Ergebnisse. Auch dieser Faschismus führte in Abessinien keinen der auch von anderen Kolonialmächten bekannten „Kolonialkriege", die der militärischen ‚Befriedung' zur Herrschaft dienten.[2215] Allen Kolonialkriegen war eine starke Gewaltdynamik eigen,[2216] doch war das Ziel letzten Endes nicht die Vernichtung der potentiell zu Beherrschenden, sondern ihre ‚Inwertsetzung' im Sinne moderner Arbeitssklaverei, ihre indirekte Beherrschung durch kollaborierende indigene Eliten oder ihre Gewinnung als Kunden und Kundinnen für neue Absatzmärkte.

Weitet man nochmal den Blick und fragt nicht nur nach dem faschistischen Vernichtungskrieg in Abessinien im Kontext der versuchten faschistischen Imperiumsbildung,[2217] sondern bezieht den Zweiten Weltkrieg und seine Eigendynamik mit ein, so lassen sich weitere und triftigere Argumente für eine Unfähigkeit des Faschismus zur imperialen Herrschaftsbildung finden.[2218] Denn auch wenn der italienische Faschismus mit dem Kriegsausbruch zunehmend in die Defensive im Mittelmeerraum geriet, kann doch keinesfalls vom deutschen Faschismus als seinem engsten und dominierenden Alliierten abstrahiert werden. Das zeigt sich besonders evident an zwei verschiedenen Kriegsschauplätzen. So ging erstens der Krieg auf dem Balkan, auf dem Italien vorher

---

[2211] Siehe Korsch, Karl: Notes on History. The Ambiguities of Totalitarian Ideologies, in: New Essays 6 (1942) 2, S. 1-9. Vgl. auch Stuchtey: Zeitgeschichte und vergleichende Imperiengeschichte, S. 322.
[2212] Vgl. Fitzpatrick: Nazifying colonialism, S. 36.
[2213] Vgl. ebd., S. 37.
[2214] Vgl. ebd., S. 38 f.
[2215] Vgl. zu dessen definitorischer Eingrenzung Osterhammel: Die Verwandlung der Welt, S. 704; Zur konkreten Bewertung Brogini Künzi: Italien und der Abessinienkrieg 1935/36.
[2216] Vgl. Kühne: Colonialism and the Holocaust, S. 340.
[2217] Vgl. für diese Ansätze Moos: Mussolinis faschistisches Imperium, S. 1148 ff.
[2218] Vgl. ebd., S. 1139-1154.

bescheidene Versuche zur imperialen Herrschaftsbildung unternommen hatte, sehr rasch ebenfalls in einen Vernichtungskrieg über.[2219] Und zweitens diente der deutsche Feldzug in Nordafrika (1940-1943) perspektivisch dazu, den Holocaust auch und gerade im Mittelmeerraum militärisch abzusichern. Die deutschen Planungen orientierten dabei gerade auf Palästina.[2220] Dass es dazu nicht kam, ist allein auf den letztendlichen Sieg der Alliierten über die Achsenmächte zurückzuführen. Letzten Endes gilt auch hier, dass die bis hin zum Vernichtungskrieg gesteigerte faschistische Gewaltentfesselung kein Zeichen von imperialer Stärke bedeutete, sondern vielmehr ihre eklatante Schwäche offenbarte. Dafür spricht außerdem, dass in den 1920er und frühen 1930er Jahren eine intensive Debatte über den Charakter des ‚totalen Krieges' innerhalb einer international vernetzten „military community" geführt wurde, an der sich später für die Faschismen führend tätige Militärs beteiligten.[2221]

Letztendlich ist der Begriff des ‚faschistischen Imperiums' aufgrund dieser skizzierten Unfähigkeit, Herrschaftsbeziehungen zu verstetigen, zu zivilisieren[2222] und politisch statt militärisch zu regulieren, ein Oxymoron. Weder die DKG noch der DO ‚erfanden' die dafür nötigen Denkfiguren und Argumentationen, aber sie intensivierten sie auf rhetorischer Ebene und sorgten so mit dafür, dass der Faschismus das, was vorher nur gedacht wurde, in die Tat umsetzte und dies in einer neuen, exterminatorisch-negativen Qualität. Beiden Faschismen ging es nach der Vernichtung oder Vertreibung der vormaligen Bevölkerung darum, in bestimmten (keineswegs in allen) ‚kolonialen' Gebieten Siedlungskolonien zu gründen. Das ausschlaggebende Kriterium für die ‚Qualität' bei der Auswahl des entsprechenden Personals war jenes der möglichst ‚reinen Rasse', wobei besonders im deutschen Fall die SS sich für das Modell der Ansiedlung von ‚Wehrbauern' einsetzte.[2223] Diese Pläne scheiterten zwar, verdienen aber dennoch Aufmerksamkeit als Fluchtpunkte faschistischer Siedlungspolitik. Der bäuerlichen Zielgruppe brachten die Nazis dabei besondere Wertschätzung entgegen.[2224] Ihnen gegenüber inszenierte sich das Regime als „NS-Bauernstaat".

[2219] Vgl. ebd., S. 1148, bes. Anm. 97; siehe allgemeiner Manoschek: Partisanenkrieg und Genozid.
[2220] Vgl. Mallmann/ Cüppers: Halbmond und Hakenkreuz, S. 89-149.
[2221] Vgl. Brogini Künzi: Italien und der Abessinienkrieg, S. 112-118.
[2222] ‚Zivilisieren' meint hier: nicht auf direkte, physische Gewaltausübung abzielend.
[2223] Vgl. Haar: Historiker im Nationalsozialismus, S. 344 f.
[2224] Vgl. Pyta: „Menschenökonomie", S. 32. Auch das folgende Zitat ebd.

3.2. Thesen und Forschungsperspektiven

Kommen wir auf die eingangs dieser Studie aufgeworfene Frage zurück, ob es sich bei den beiden untersuchten Verbänden um gewichtige Teile eines ‚imperialen Milieus' handelt.[2225] Dafür würde sprechen, dass der Verlust der Kolonien bzw. der Herrschaftsposition in Ostmitteleuropa durchaus als „Schlüsselereignis" interpretiert werden kann, was zu einer „Fundamentalpolitisierung" führte.[2226] Dagegen spricht aber, folgen wir der These Stefan Breuers, dass ‚Milieus' umfassende Ansprüche an die Regulierung der „Lebensführung" ihrer Mitglieder stellen, was zu einer spezifischen „Sozialkultur" führe.[2227] Milieus hätten demnach also einen sehr umfassenden Wirkungsbereich. Breuer plausibilisiert dies an den vielfältigen Verbindungen beispielsweise des sozialistischen Milieus zu den Lebensreform-Bewegungen des ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhunderts.[2228] So kann mit Recht für den hier behandelten Zeitraum von einem sozialistischen sowie einem katholischen Milieu gesprochen werden,[2229] aber eben nicht von einem ‚imperialen'. Zwar entfalteten die beiden hier untersuchten Verbände eine emsige Betriebsamkeit, verfolgten als Ziel aber mitnichten die konkrete und möglichst umfassende Regulierung der Lebensführung ihrer Mitglieder. Vielmehr gruppierten sich all die hier diskutierten Vorgehensweisen im Grunde um dasselbe Ziel: die territoriale Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges. Insofern sind beide Verbände mit dem Begriff des ‚imperialen Interessenverbandes' treffender umschrieben. Da für beide die Revision das oberste Ziel war, wird man sie konkreter als ‚Revisionsverbände' bezeichnen können. Zwar weisen – wie hier vielfältig demonstriert – beide Verbände in ihrer Mitgliederstruktur, ihrer Publizistik, ihrer Erinnerungskultur etc. immer wieder starke bürgerliche Bezüge auf, dennoch lassen sie sich eher der sich seit dem Kaiserreich ausprägenden vielfältigen Verbands- und Vereinslandschaft zuordnen.

Allerdings ist dabei auf die engen Grenzen des Adjektivs ‚imperial' hinzuweisen. Mit ihren weitgespannten Plänen waren beide Verbände letztendlich nicht erfolgreich. Somit sind beide Beispiele für die Radikalisierung durch „imperial failure" bzw. sie waren „helpless imperialists".[2230] Die elitäre DKG vermochte es nicht, sich aus der politischen Kultur des Kaiserreichs gedanklich zu lösen und stand der in der Weimarer Republik zunehmenden

[2225] *Siehe S. 16.*
[2226] Pyta: Weimarer Republik [Literaturbericht, Teil II], S. 691.
[2227] Breuer: Gescheiterte Milieubildung, S. 1016.
[2228] Vgl. ebd., S. 995 ff. und S. 1006-1011.
[2229] Vgl. ebd., S. 995.
[2230] Thum/ Reinkowski (Hg.): Helpless Imperalists.

Partizipation immer breiterer Bevölkerungskreise reserviert und im Grunde unverständlich gegenüber. Der DO dagegen war trotz aller nationalistischen Rhetorik eine regionalistische Organisation. Der Grund dafür war, dass die Selbstwahrnehmung der ehemaligen ‚Ostmark'-Bewohner und –Bewohnerinnen konträr zu ihrer Fremdwahrnehmung lag. Während sie sich unter starkem Eindruck pangermanistischer Konzepte als wichtige Region im ‚Nationalitätenkampf' sahen, wurden ihnen diese reziproke Anerkennung in anderen Teilen der Weimarer Republik verweigert. Das verweist auf das grundlegende Spannungsverhältnis zwischen Nationalismus einerseits und Regionalismen andererseits.[2231]

Eine weitere wichtige Frage wurde bisher noch gar nicht diskutiert: kannten sich beide Verbände überhaupt bzw. standen sie in einem direkten Austausch- oder Konkurrenzverhältnis zueinander? Die überraschende Antwort lautet: *Nein*.[2232] Wie bereits gezeigt, gab es durchaus entsprechende Gunstbeweise und Ergebensheitsadressen ab etwa 1930 an den Faschismus als ‚Bewegung'. Allerdings (über-) interpretierte die bisherige Forschung die Wahl zwischen kolonialer Expansion in Afrika oder Osteuropa bisher immer vom Ergebnis her bzw. unfreiwillig durch die Brille der faschistischen Machthaber.[2233] Historisch sinnvoller (und dem zeitlichen Verlauf schlichtweg angemessen) wäre es dagegen, diese Diskussionen von den Anfängen her zu rekonstruieren und nicht vom Ergebnis her.[2234]

Und hier zeigt sich, dass in den Quellen weder bei der DKG noch beim DO wechselseitig Notiz voneinander genommen wurde. Die Gründe dafür sind überraschend, aber plausibel. Denn erstens mussten sich beide Verbände gegen zahlreiche andere Verbände behaupten, die ähnliche Ziele verfolgten.[2235] Auch war die Agitation für eine dieser Expansionsrichtungen keineswegs eine so ideologisch exklusive Angelegenheit, wie es zuweilen scheinen mag. So agitierte der führende DO-Propagandist Franz Lüdtke nicht nur für die deutsche Expansion nach Osteuropa, sondern ebenfalls für deutsche Siedlungskolonien in Afrika.[2236] Allerdings verbreiterte er sich dazu nicht in der DKG-Publizistik, sondern bei deren noch weiter rechts stehenden Konkurrenz: dem Blatt des „Deutschen Kolonialvereins".[2237] Da dieser sich nicht

---

[2231] Siehe Haslinger: Nationalismus und Regionalismus.

[2232] Auf methodologischer Ebene ist hier an das Diktum von Marc Bloch (1886-1944) zu erinnern, dass ein historischer Vergleich erst dann möglich ist, wenn die Vergleichsgegenstände sich nicht gegenseitig beeinflussen, was hiermit bestätigt werden konnte. Vgl. Bloch: Für eine vergleichende Geschichte, S. 124 ff.

[2233] Vgl. v.a. Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich, S. 70-88 und S. 212-229.

[2234] Zu erinnern wäre hierbei wiederum an das Diktum Detlev Peukerts, die Weimarer Republik in Anlehnung an historistische Denktraditionen als eine ‚Epoche eigenen Rechts' wahr- und ernstzunehmen. Vgl. Thonfeld: Krisenjahre revisited, S. 390-393 und S. 404 f.

[2235] *Siehe S. 276-286.*

[2236] Vgl. Djomo: „Des Deutschen Feld […]", S. 237 f. Auch das folgende Argument ebd.

[2237] Vgl. zu dem Blatt auch Nöhre: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung, S. 131; Fitzpatrick: Nazifying colonialism, S. 26.

wie die DKG aus den gesellschaftlichen Führungsschichten rekrutierte und dies auch auf den DO zutrifft, resultiert daraus einer der verblüffendsten Befunde dieser Studie. Demnach war nicht die „‚Himmelsrichtung [der] imperialen Visionen'" entscheidend,[2238] sondern vielmehr die *sozialen* Unterschiede zwischen den Verbänden. Denn auf der einen Seite stand ja für die konservative ostelbische Sozialstruktur beinahe paradigmatisch der preußische Junker.[2239] Auf der anderen Seite lag ja schon in der kolonialen Diskussion im Kaiserreich ein besonderes Interesse darauf, die Kolonien als Ort der Unabhängigkeit und Freiheit zu entwerfen.[2240] Natürlich waren diese Entwürfe *auch* gegen die Folgen der meist als negativ gedeuteten Modernisierung gerichtet,[2241] aber eben *nicht nur*. Vielmehr waren die Kolonien auch die Projektionsfläche, um in Gestalt des unabhängigen, selbstständigen deutschen Farmers ein (rassistisch-männlich konnotiertes) neues soziales Ideal zu schaffen.[2242]

Damit aufs Engste zusammen hängen die unterschiedlichen Diskussionen um die Siedler und Siedlerinnen in Afrika und den preußischen Ostprovinzen, die seit dem Kaiserreich intensiv geführt wurden. Im letztgenannten Fall galt die Siedlungspolitik einerseits innenpolitisch als ein konservativ-ländliches Gegenmodell zu den urbanen, modernen, tendenziell sozialistisch-revolutionären Tendenzen des ausgehenden 19. Jahrhunderts.[2243] Andererseits war sie ein zentrales Mittel im als ‚Nationalitätenkampf' gedeuteten Konflikt mit der polnischen Bevölkerung in den preußischen Ostprovinzen und wurde deswegen als Prestigeprojekt der preußischen Regierung betrachtet.[2244] Im Fall deutscher Siedlungskolonien gab es ein Bündel an Faktoren, die eine massenhafte Ansiedlung unmöglich machten. Einerseits galt im Kaiserreich das subsaharische Afrika über weite Teile als ungeeignet für die massenhafte ‚weiße' Siedlung.[2245] Ein zweiter Punkt betraf die unsicheren Verdienst- und Arbeitsmöglichkeiten vor Ort. Drittens unternahm die Reichsregierung kaum Schritte, um die Ansiedlung finanziell zu fördern. Das Thema galt im Unterschied zum Konflikt mit der polnischen Minderheit als nachrangig. Schließlich hielten Krankheiten oder auch die lange Schiffsreise viele Ausreisewillige davon ab, nach Süd- oder Ostafrika zu überzusiedeln. Diese Zielregionen standen ohnehin immer im Schatten der USA als Emigrationsland vieler

[2238] Zitiert nach Linne: Rendsburg, S. 135.
[2239] *Siehe S. 160.*
[2240] Vgl. Kundrus: Moderne Imperialisten, S. 129, S. 132 und S. 135 f.; Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 141 und S. 144.
[2241] Vgl. Breuer: Die Völkischen in Deutschland, S. 11 ff.
[2242] Vgl. Kundrus: Moderne Imperialisten, S. 57-69, bes. S. 66 ff.; Gümbel: „Volk ohne Raum", S. 37 ff.
[2243] Vgl. Ludwig: Die nationalpolitische Bedeutung der Ostsiedlung, S. 25.
[2244] Vgl. ebd., S. 43 f.
[2245] Vgl. Kundrus: Moderne Imperialisten, S. 162-173.

Deutscher.[2246] Schließlich scheint mir noch ein weiteres Argument für künftige Forschungen zentral zu sein: die Ansiedlungspolitik in den preußischen Ostprovinzen bot weite Einfallstore für völkische Deutungen, an die der DO in der Zwischenkriegszeit bruchlos anknüpfte. Ein nicht zu unterschätzender Aspekt dabei war die völkische Adelskritik,[2247] die gerade vor dem Hintergrund der junkerlichen Spielräume in der Weimarer Politik von Relevanz ist.[2248] Dagegen spielte die Adelskritik in den Diskussionen um deutsche Siedlungen in Afrika nur eine sehr periphere Rolle.[2249]

Während sich in Verbänden wie dem DO oder dem „Deutsche Kolonialverein" eher kleinbürgerlich-mittelständische ehemalige Siedler und Siedlerinnen unter Führung ehemaliger imperialer Funktionseliten organisiert haben dürften, dominierten letztgenannte ganz eindeutig in der DKG.[2250] Während die bisherige Forschung ein recht einheitliches Bild (post-) kolonialer Akteure und Akteurinnen in der Zwischenkriegszeit gezeichnet hat, wird hier für künftige Forschungen ein Ansatz vorgeschlagen, der wesentlich stärker auch die Differenzen zwischen diesen mit einbezieht. Gerade für das hier diskutierte Meta-Thema, als wie ‚imperial' eigentlich die deutsche Geschichte gelten könne, ist diese Frage von höchster Wichtigkeit. Denn in dieser Studie wurde eine relative Dominanz des Siedlungsgedankens herausgearbeitet.[2251] Wie in einem zentralen Beitrag herausgearbeitet wurde, ist der Siedlungsgedanke in der Neuzeit eng mit dem Gedanken der Verdrängung und tendenziellen Vernichtung der bisherigen Bevölkerung ‚vor Ort' verbunden.[2252] Dies wiederum untergräbt fundamental das zentrale soziologische Kriterium für imperiale Herrschaft: nämlich im Grunde in einem asymmetrischen Machtverhältnis Unterschiede zum Ausgleich zu bringen, oder (um es sehr modern auszudrücken): es geht um das „Management von Differenz".[2253] Akteure wie die DKG oder der DO, die folglich sehr stark den Siedlungsgedanken in den Vordergrund rückten, mögen zwar rein räumlich an alte imperiale Großmachtträume anknüpfen, waren sich aber dieses soziologischen Strukturprinzips nicht bewusst und untergruben somit tendenziell selbst imperiale Herrschaft.[2254] Demhardt kommt in seiner

---

[2246] Vgl. ebd., S. 52 f. und S. 55.
[2247] Vgl. ebd., S. 62 f. und S. 66.; Gümbel: „Volk ohne Raum", S. 38 f.
[2248] *Siehe nochmals S. 160.*
[2249] Vgl. Kundrus: Moderne Imperialisten, S. 60 f., Anm. 61 und S. 67 f.
[2250] Allerdings wissen wir über den „Kolonialverein" während der Weimarer Republik bisher einfach zu wenig. Von daher verbietet sich ein abschließendes Urteil dazu, solange er nicht umfassender erforscht wurde.
[2251] *Siehe Kap. 2.3.2.*
[2252] Siehe Wolfe: Settler colonialism and the elimination of the native; vgl. auch Stuchtey: Zeitgeschichte und vergleichende Imperiengeschichte, S. 327 f.
[2253] *Siehe S. 24.*
[2254] Dies ist schon deswegen wichtig, da jede imperiale Macht immer auch auf die Bevölkerung vor Ort angewiesen ist; sei es, um Arbeitskräfte, lokale Eliten oder Soldaten für die Absicherung der eigenen

lesenwerten Studie zu dem Befund, dass es bereits im späten Kaiserreich zu einem „Dauerkonflikt zwischen völkisch gesinnten Siedlungspropagandisten und Anhängern eines moderaten, die Eingeborenen möglichst schonenden Reformkolonialismus […] [kam].“[2255]

Die künftige Forschung sollte solche Interessengegensätze aber nicht nur viel gründlicher erforschen, sondern sie auch sorgfältig kontextualisieren und historisch gewichten. Eine definitive Aussage, ‚wie sehr‘ die deutsche Geschichte nun ‚endgültig‘ imperial gewesen sei, wird man nach dem hier präsentierten Forschungsstand immer noch für kühn oder vermessen halten dürfen.[2256] Hier liegt noch ein Ozean an Möglichkeiten für künftige Studien.

Gleicht man das hier ausgebreitete und analysierte Material mit dem eingangs geschilderten Forschungsstand ab, so ergibt sich eine bemerkenswerte Schieflage. Es konnte im Zuge der Verbreitung der ‚postcolonial studies‘ auf eine wahre Fülle an Studien zurückgegriffen werden, die sich für die Erforschung der DKG in der Zwischenkriegszeit nutzen ließen. Dagegen ist der DO bis jetzt selbst in der Forschung nahezu ‚terra incognita‘. Welche Gründe lassen sich dafür finden? Wir können auch hier wieder allgemeine sowie spezielle Gründe idealtypisch trennen. Zu den allgemeinen Gründen kann sicherlich gezählt werden, dass erst seit einigen Jahren der Erste Weltkrieg und seine Folgen insgesamt wieder mehr Aufmerksamkeit in der Forschung erlangt hat.[2257] Dabei neigen viele Studien aber noch zu sehr darunter, die Zwischenkriegszeit auszublenden.[2258] Zu den speziellen Gründen für die fehlende wissenschaftliche Aufmerksamkeit gegenüber dem DO und den ihm kleineren, angeschlossenen Verbänden und Vereinen liegt darin, dass er, wo er überhaupt Erwähnung findet, einzig und allein als der größte unter den „[o]stmärkischen Traditionsvereine[n]“ bzw. unter den „Selbsthilfeorganisationen“ interpretiert wird.[2259] Bei solchen Deutungen bleibt man noch zu sehr dem Selbstverständnis dieser Verbände und somit den Quellen verhaftet. Dagegen ist festzuhalten, dass der DO den ersten deutschen *Vertriebenenverband par excellence* darstellt. Dabei gilt es genau zu trennen zwischen diesem Begriff und dem der ‚Vertreibung‘ *an sich*.[2260] Nun ist gerade die Geschichte der Vertriebenenorganisationen

---

Herrschaft zu rekrutieren. Vgl. Osterhammel: Die Verwandlung der Welt, S. 612, S. 615, S. 659 und S. 663 f.; Lerp: Imperiale Grenzräume, S. 93, S. 95, S. 97 f., S. 101 und (resümierend) S. 334; Osterhammel/ Jansen: Kolonialismus, S. 12 f.

[2255] Demhardt: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 57.

[2256] Vgl. Stuchtey: Zeitgeschichte und vergleichende Imperiengeschichte, S. 303. Anregend dafür bleiben die zentralen konzeptionellen Beiträge von Ther: Imperial instead of National History; Dickinson: The German Empire: an Empire?

[2257] Siehe nur Förster: Hundert Jahre danach.

[2258] Erfreuliche Ausnahmen bilden beispielsweise Fehlemann: „Leidgemeinschaft“; Weinrich: Kult der Jugend – Kult des Opfers.

[2259] Dyroff: Erinnerungskultur im deutsch-polnischen Kontaktbereich, S. 155.

[2260] *Siehe auch S. 261 und hier S. 334-337.*

keineswegs ein schlecht bestelltes Feld der Historiografie. Doch wie wurden diese Organisationen bisher interpretiert? Hierfür einige Beispiele.

So geht Imhof in seiner Marburger Dissertation zwar sehr kurz (und belegfrei) darauf ein, dass es „[in] Kaiserzeit und Weimarer Republik […] eine Fülle völkisch nationalistisch imperialistischer [sic!] Organisationen und scheinbar wissenschaftlicher Einrichtungen die Ostexpansion propagiert[en]“,[2261] nennt hier aber keinerlei Beispiele.[2262] Dabei wäre es gerade für eine Dissertation aus der linken „Marburger Schule“ – Erstgutachter der Arbeit war der Faschismusforscher Reinhard Kühnl – doch naheliegend gewesen, zumindest die damals bereits erschienenen Beiträge der DDR-Forschung dazu zumindest kurz zu erwähnen.[2263]

Ein gewichtigerer Grund aber, warum der DO nicht als Vertriebenenverband gedeutet wurde, wo er überhaupt in den Gesichtskreis historischer Forschung geriet, dürfte mit der Begriffsgeschichte ‚Vertriebene‘ zu tun haben. Der Politologe Salzborn bemerkt treffend:

> „Am Ende des Zweiten Weltkrieges war die Verwendung des Begriffes ‚Vertreibung‘ in seiner heute gängigen Bedeutung noch gänzlich unbekannt. Er findet sich weder im *‚Potsdamer Abkommen‘*, noch in frühen Dokumenten zum Thema. Seinerzeit sprach man etwa von Flucht oder Um- bzw. Übersiedlung [H. i. O., RF].“[2264]

Das erste offizielle Dokument, was den Begriff des „Vertriebenen“ juristisch definierte, war das „Bundesvertriebenengesetz“ vom Mai 1953. An dieser Definition orientierte sich Eberl in seinem Überblick zur Geschichte der Vertriebenenverbände.[2265] In dem Gesetz wurde nach § 7 der Status als ‚Vertriebene(r)‘ nicht nur als vererblich definiert(!),[2266] sondern es wurden auch sehr deutungsoffene Kriterien für die „deutsche Volkszugehörigkeit“ definiert, um hier in Tradition zur Zwischenkriegszeit politische Ansprüche in Ostmitteleuropa geltend machen zu können. So heißt es im § 6: „Deutscher Volkszugehöriger […] ist, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird.“[2267]

[2261] Imhof: Die Vertriebenenverbände, S. 54.
[2262] Auch dort werden keine Beispiele vor 1945 angeführt, wo von den „organisatorischen Anfängen der Vertriebenenverbände“ die Rede ist. Ebd., S. 80 ff.
[2263] *Siehe S. 13 f.*
[2264] Salzborn: Grenzenlose Heimat, S. 13.
[2265] Siehe Eberl: Vertriebenenverbände.
[2266] Vgl. Salzborn: Grenzenlose Heimat, S. 17-21. Auch die folgenden Argumente ebd.
[2267] Gesetz [ohne lfd. Nr.]: Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz) vom 19.5.1953, in: Bundesgesetzblatt [5] (22.5.1953) 22, S. 201-221, hier S. 203.

Als *offiziell* eingeführter Begriff sind ‚Vertriebene' zwar erst eine Prägung der ersten Jahre der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dennoch war der Terminus bereits in den 1920er Jahren bekannt,[2268] ging aber im Unterschied zum Begriff der „Flüchtlingsfürsorge" nicht in substantivierter Form in den allgemeinen zeitgenössischen Sprachhaushalt der Weimarer Republik ein. Zum letztgenannten Begriff wußte „Meyers Lexikon" ([7]1926) zu berichten:

> „Flüchtlingsfürsorge: die Fürsorge des Deutschen Reiches für heimatlose *Deutsche*, staatenlose ehemalige *Deutsche* und staatenlose Personen *deutscher Abkunft*, die infolge des Weltkrieges in das Reichsgebiet zurückkehrten […]. Die Geflüchteten, zu denen nach Friedenschluß auch die *vertriebenen* Grenzland*deutschen* zählten […] [H. d. A., RF]."[2269]

Der Begriff des Flüchtlings deckte also bereits seit der Weimarer Republik jenes Bedeutungsfeld des späteren Begriffs ‚Vertriebene' ab: in dieser Selbstwahrnehmung handelte es sich immer zuerst einmal um ‚Deutsche', die ‚vertrieben' worden waren oder ‚geflüchtet' waren.[2270] Dennoch ist es bemerkenswert, dass in der mehrheitlich konservativ geprägten Forschungslandschaft zu ‚Flucht und Vertreibung' nicht auch die Zwischenkriegszeit stärker in den Blick genommen wird. So weiß die maßgebliche Arbeit von Stickler zu den Vertriebenenverbänden nach dem Zweiten Weltkrieg zwar vom „Volksgruppendenken des Auslandsdeutschtums der Zwischenkriegszeit"[2271] zu berichten, bleibt aber Antworten auf die Kontinuitätslinien zu der Zeit vor 1933 weitestgehend schuldig. Auch die stärker publizistisch orientierte Arbeit von Salzborn geht nur auf die staatliche deutsche Minderheitenpolitik im Polen der Zwischenkriegszeit ein, nirgends aber auf deren Organisationen an sich.[2272] Etwas ausführlicher, aber weitgehend belegfrei geht der Handbuchartikel von Ziegler auf die „Vertriebenen vor der Vertreibung" ein. Immerhin deutet sich in diesem Titel bereits ein Überwinden der Vorstellung an, dass es ‚Vertriebene' erst in Folge des Zweiten Weltkrieges gegeben habe. Auch weiß dieser Artikel von zahlreichen

---

[2268] Vgl. z.B. Dok. Nr. 6: W[allroth]: Das Auswärtige Amt an die Botschaft in London; Berlin, den 14.7.1926, in: ADAP 1918-1945, Reihe B.: 1925-1933. Bd. 2, 2. Teilbd.: Deutschlands Beziehungen zur Sowjet-Union, zu Polen, Danzig, und den baltischen Staaten; Juni bis Dezember 1926. Göttingen 1967, S. 12 f., hier S. 12.

[2269] Art. Flüchtlingsfürsorge, in: Meyers Lexikon. 7., vollständig neu bearbeitete Aufl. (1. Aufl. zuerst in 21 Bde. 1839-1855 unter dem Titel „Großes Conversations-Lexicon für die gebildeten Stände" erschienen). 15 Bde. Bd. 4: Engobe – Germanität. Leipzig 1926, Sp. 882 f.

[2270] *Siehe nochmals S. 261.*

[2271] Stickler: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 430; vgl. auch ebd., S. 398 f.

[2272] Vgl. Salzborn: Grenzenlose Heimat , S. 25 f.

Verbänden von deutschen Minderheiten in Ostmitteleuropa zu berichten – allein auch er bleibt wie der oben genannte Imhof die Referenzen schlichtweg dafür schuldig.[2273]

Das liegt auch daran, dass diese in zahllose mittlere bis kleinste Verbände, Vereine und Grüppchen zerfallen, deren quellenmäßige Erforschung und Kontextualisierung immer noch ein nicht unerhebliches Desiderat der Forschung darstellt. Dass Quellen dazu in nicht geringer Zahl vorhanden sein dürften, konnte in dieser Studie bereits für den DO mannigfach gezeigt werden. Nun dürfte die wahrscheinliche Marginalität all dieser Organisationen bis hin zu kleinen Grüppchen kein Argument für ihre Nicht-Erforschung sein. Nimmt man nämlich die Forderung nicht nur ernst sondern sogar wörtlich, „german history from the margins" zu schreiben,[2274] so steht doch die historische Erforschung dieses Netzwerkes (oder Nebeneinanders bzw. gar Gegeneinanders?) an Organisationen der ‚Vertriebenen' bzw. ‚Verdrängten' vor 1933 noch aus. Hier dürften zahlreiche produktive Kooperationen mit polnischen und tschechischen Forschenden in Zukunft zu erwarten sein; nicht zuletzt aufgrund der vermutlichen Fülle an Quellen in dortigen Archiven. Diese Fragen sind auch deswegen von Interesse, um wiederum auch nach den (Dis-) Kontinuitäten von Vertriebenenpolitikern und -politikerinnen zwischen der Weimarer Republik und der frühen Bundesrepublik zu fragen. Dieses Forschungsfeld ist immernoch weitgehend unbearbeitet.[2275]

Soweit ich es überblicke, geht einzig die Studie von Weger in der gebotenen Ausführlichkeit und anhand von umfassenden Quellenstudien den Kontinuitäten der Vertriebenenverbände bis ins erste Drittel des 20. Jahrhunderts nach – ‚leider' nur anhand der sudetendeutschen Minderheiten.[2276] Dennoch wurde damit wichtiges Neuland der Forschung betreten; denn es zeigt sich, dass die komplexe Gemengelage aus ‚völkischen', ‚nationalistischen' und ‚imperialen' Vorstellungen und Politiken nicht einfach aufzulösen ist und wohl doch wesentlich mehr mit der nunmehr erst in den letzten Jahren einsetzenden Deutung der ostmitteleuropäischen Staaten als Imperien zwischen dem 18. und 20. Jahrhundert viel enger zusammenhängt, als es bisher oft angenommen wurde.

Im Folgenden möchte ich nun stärker abstrahierend an einige mögliche Forschungsthemen erinnern, die im Zuge dieser Studie aufgeworfen wurden und hier noch durch weitere mögliche Themen ergänzt werden. Ein Vollständigkeitsanspruch wird dabei nicht verfolgt.

[2273] Vgl. Ziegler: Allgemeine Betrachtung zum Deutschtum im Osten, S. 26-30.

[2274] Gregor/ Roemer/ Roseman (Hg.): German History from the Margins.

[2275] Erste Ansätze finden sich aber bei Luther: Volkstumspolitik des Deutschen Reiches; Beer: Der „Neuanfang" der Zeitgeschichte.

[2276] Vgl. Weger: „Volkstumskampf" ohne Ende?, S. 30-51.

Schon allein auf methodischem Gebiet dürften solche Studien vielversprechend sein, die mehr auf der Meso- oder Mikroebene arbeiten und viel stärker auf Transfer und Verflechtungen/ ‚entangled history' abzielen statt wie hier auf den Vergleich.[2277] So ist es durchaus mehr als wahrscheinlich, in Archiven in Ostmitteleuropa mit diesen Ansätzen neue Quellen zu erschließen, die womöglich die hier ausgebreiteten Erkenntnisse ergänzen, aber auch relativieren könnten.[2278] Besonders trifft dieser Punkt auf eine mögliche ‚entangled history' mit den im Vergleich zum DO oder DOV nicht minder nationalistischen polnischen Organisationen der Zwischenkriegszeit zu. Besonders sind hier der „Polnische Westmarkenverein" und der „Polnische Aufständischen-Verband" zu nennen.[2279] Ein verflechtungshistorischer Ansatz könnte den in dieser Studie vertretenen intra-imperialen Ansatz um wertvolle weitere Einblicke in die europäische Geschichte ergänzen. Anknüpfen und ergänzen könnte er auch an die hier vorgeschlagene panoramaartige Kombination aus sozial-, struktur- und kulturhistorischen Perspektiven. Hierfür wären ebenso besonders polnische oder anderssprachige Archivalien und sonstige Quellen für die Forschung zu erschließen wie sie eine noch zu schreibende, moderne Verbandsgeschichte des DO insgesamt erfordert. Eine solche modernisierte Organisationsgeschichte hätte generell auch die Konfliktfelder innerhalb der entsprechenden Organisationen im Blick zu behalten.

Eines der lohnenswertesten Forschungsfelder bleibt dabei das hier nur unzureichend vermessene Feld zwischen völkisch-rassistisch orientierten Interessenorganisationen der (deutschen) Siedler und Siedlerinnen in Afrika und ihrem Verhältnis zum deutschen Reich und seinen Organisationen wie z.B. der DKG. Zugleich könnten neue Studien auch nach dem spannungsreichen Verhältnis zwischen jenem Rassismus der ‚weißen' Siedlergesellschaften in Afrika und ihren nationalistisch motivierten Problemen untereinander fragen. Eine damit eng verbundene Frage ist die nach dem sozialdarwinistischen Gehalt des Rassismus dieser Gesellschaften auch über den Ersten Weltkrieg hinaus. Auch wäre es in diesem Kontext interessant, international vergleichend nach der Rezeption der deutschen Kolonialkriege 1904-1908 zu fragen. Einerseits war ja die deutsche Siedlergesellschaft in Südwestafrika

[2277] Als methodisches Gebot sei hier nochmals auf die Übergänge zwischen diesen Ansätzen im Forschungsalltag verwiesen, statt einen von ihnen gegenüber den anderen unreflektiert zu bevorzugen. Vgl. Arndt/ Häberlen/ Reinecke: Europäische Geschichtsschreibung, S. 14 ff.

[2278] Siehe dazu die frühen Bestandsübersichten der polnischen Archive bei Mrowka (Bearb.): Die polnische Minderheit in Deutschland; Kotowski, W. (Bearb.): Quellen zur Geschichte der deutschen Minderheit; Kotowski/ Matelski (Bearb.): Quellen zur Geschichte der deutschen Minderheit.

[2279] Vgl. die kurzen Hinweise bei Kotowski: Polens Politik, S. 49 f.; Lakeberg: Die deutsche Minderheitenpresse, S. 309.

geradezu von der Angst besessen, zu ‚verkaffern',[2280] was neben einer Fülle an rassistischen Implikationen vor allem aber auch die bürgerliche Angst vor der Proletarisierung meinte.[2281] Deswegen waren die deutschen Siedler und Siedlerinnen nämlich andererseits aus ideologischen Gründen auf die afrikanische Bevölkerung als billig ausbeutbaren Arbeitskräften interessiert. Andere Studien könnten erforschen, ob es eine Solidarisierung dieser afrikanischen Arbeitskräfte untereinander oder womöglich auch zu anderen Solidaritäts- und Unabhängigkeitsbewegungen gab. Dabei ginge es einerseits um deren Beziehungen zu den panafrikanischen Bewegungen ihrer Zeit.[2282] Aber auch der atlantische oder indische Ozean würden beispielsweise nicht als trennende Räume das Untersuchungsfeld künstlich eingrenzen, sondern im Gegenteil als Räume von Kooperation, Kommunikation und Solidarität eine neue transnationale Sozialgeschichte ‚von unten' ermöglichen.[2283] Zurückkehrend zum Sozialdarwinismus, wäre besonders dessen Verhältnis zum Kolonialismus und zu Eugenik für die Zeit zwischen 1900 und 1950 ebenfalls möglichst im internationalen Kontext zu erhellen.[2284] Insgesamt sollte aber der Zwischenkriegszeit mehr Aufmerksamkeit bei den Debatten um die Frage nach den (Dis-) Kontinuitäten zwischen deutschen Kolonialkriegen und dem Holocaust erfahren. Auch die Weimarer Republik sollte hierbei nicht länger als ‚black box' gelten.

Insgesamt bleibt es unter organisationsgeschichtlichen Vorzeichen ein wichtiges Desiderat, die zahlreichen ‚landmannschaftlichen' oder auch ‚heimattreuen' Verbände und Vereine der Weimarer Republik genauer zu erforschen. Und auch deren Verhältnis zur faschistischen Bewegung, aber auch zu anderen politischen Organisationen verdient die Aufmerksamkeit der historischen Forschung. Andersherum wiederum sollte auch die Haltung der NSDAP in der Weimarer Republik zu Osteuropa stärker in den Fokus gerückt werden.[2285] Damit wird für eine Perspektivverschiebung weg vom Faschismus als ‚Regime' hin zur ‚Bewegung' votiert.[2286] Allerdings sollte ein solcher Zugang nicht teleologisch auf 1933 oder den Holocaust angelegt werden, sondern sich den abwägenden Blick für Alternativen bewahren.

Außerdem sollte insgesamt arbeitsökonomisch im Blick behalten werden, dass Archive insgesamt immer mehr dazu übergehen, zumindest ihre Bestandsübersichten online zu stellen,

---

[2280] *Siehe S. 255.*
[2281] Vgl. Laak: Afrika vor den Toren, S. 100.
[2282] Siehe z.B. Nantambu: Pan-Africanism.
[2283] Siehe z.B. Hofmeyr: The Black Atlantic.
[2284] Siehe Grosse: Kolonialismus, Eugenik und bürgerliche Gesellschaft; Kühl: Die Internationale der Rassisten.
[2285] *Siehe S. 129.*
[2286] Siehe Bach/ Breuer: Faschismus als Bewegung und Regime.

was für die Geschichtswissenschaften eine unglaubliche Arbeitserleichterung darstellt.[2287] Mag der hier ausgewertete Korpus an Quellen doch beachtlich *erscheinen* – er kann immer nur einen Teil des Themenkomplexes veranschaulichen. Diese kurze Blütenlese an Forschungsthemen kann nur einen Bruchteil des Potentials der hier berührten Themen aufzeigen. Sie wären und werden in Zukunft sicher umfassend zu ergänzen sein. Ebenso dürfte am Ende dieser umfangreichen Arbeit deutlich geworden sein, dass es nicht lohnt, die Frage danach, wie kolonial oder postkolonial die ‚deutsche' Geschichte denn nun ‚eigentlich' gewesen sei, abschließend beantworten zu wollen. Statt einer eilfertigen Aussage dazu soll hier auch vor dem Kontext der dargelegten multiperspektivischen, auf verschiedenen Abstraktionsstufen operierenden möglichen Forschungen lieber mit einer Frage geschlossen werden: kommt es nicht auch ganz darauf an, ob wir uns dieser Fragen aus der Perspektive der ehemals Kolonialisierenden oder aber der ehemals Kolonialisierten annehmen?[2288]

[2287] Siehe bereits Sahle: Der elektronische Zugriff auf die Quellen.
[2288] Vgl. Kößler: Kolonialherrschaft, S. 40; Dyroff: Preußische Ostmark, S. 160.

4. Anhang

4.1. Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1: Entwicklung der DO-Landesverbände und -Ortsgruppen 128
Tabelle 2: Entwicklung der „Frauendienst"-Gruppen des DO 181
Tabelle 3: Entwicklung der „Jungscharen" bei den DO-Ortsgruppen 197
Tabelle 4: Jahrestagungen beider Verbände 206

4.2. Verzeichnis der Abkürzungen

4.2.1. Allgemeine Abkürzungen

- AA= Auswärtiges Amt (Berlin).
- AdV= Alldeutscher Verband.
- BdA= Bund der Auslandsdeutschen.
- BDO= Bund Deutscher Osten.
- CHF= Centralverein für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande.
- DAI= Deutsches Auslands-Institut (Stuttgart).
- DKG= Deutsche Kolonialgesellschaft.
- DKV= Deutscher Kolonialverein.
- DNVP= Deutschnationale Volkspartei.
- DO= Deutscher Ostbund.
- DOV= Deutscher Ostmarkenverein.
- DSt= Deutsche Stiftung.
- DtSB= Deutscher Schutzbund.
- DVP= Deutsche Volkspartei.
- FDKG= Frauenbund der Deutschen Kolonialgesellschaft.
- H. d. A.= Hervorhebung des Autors.
- H. i. O.= Hervorhebung im Original.
- HJ= Hitlerjugend.

- KORAG= Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft.
- KPA= Kolonialpolitisches Amt (der NSDAP).
- NSDAP= Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.
- RKB= Reichskolonialbund.
- RKF= Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums.
- SA= Schutzabteilung.
- SPD= Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
- VdA= Verein für das Deutschtum im Ausland.
- VoMi= Volksdeutsche Mittelstelle.
- ZfD= Zweckverband der freien Deutschtumsvereine.

4.2.2. Abkürzungen von Archivalien und Periodika

- ADAP= Akten zur deutschen auswärtigen Politik.
- AfS= Archiv für Sozialgeschichte.
- BArch= Bundesarchiv (Berlin-Lichterfelde).
- GG= Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft.
- GStA PK= Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (Berlin-Dahlem).
- GWU= Geschichte in Wissenschaft und Unterricht.
- HMRG= Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft.
- HZ= Historische Zeitschrift.
- JCH= Journal of Contemporary History.
- NPL= Neue Politische Literatur. Berichte aus Geschichts- und Politikwissenschaft.
- OHK= Ostdeutscher Heimatkalender.
- PA AA= Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (Berlin-Mitte).
- VfZ= Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte.
- ZfG= Zeitschrift für Geschichtswissenschaft.

4.3. Quellenverzeichnis

4.3.1. Archivalische Quellen

Bundesarchiv (Berlin-Lichterfelde)

- BArch, R 2: Reichsfinanzministerium, Akten betreffend:
  - Nr. 695: Verdrängungsschäden. Generalia, Bd. 1: 18.11.1919-31.7.1920.
  - Nr. 697: Verdrängungsschäden. Generalia. Bd. 3: 5.8.1920-31.3.1921.
  - Nr. 702: Die Unterstützung der durch Verdrängung oder Verurteilung im besetzten Reichsgebiet geschädigten Deutschen. Generalia, Bd. 1.
  - Nr. 881: Die Kriegsschäden Deutscher in den abgetretenen Gebieten. Generalia, Bd. 6: 1.1925-31.12.1928.
- BArch, R 16: Landesbauernschaft Schleswig-Holstein, Nr. 2154: Hauptabteilung I, Siedlungs- und Siedlerangelegenheiten, Januar 1932-März 1939.
- BArch, R 43 I, Alte Reichskanzlei, Akten betreffend:
  - Nr. 1284: Siedlungswesen, Bd. 4: 1.1.1923-31.12.1925.
  - Nr. 1797: Heimatschutz Ost und gemeine Ostfragen, Bd. 3: 1.7.1926-30.4.1927.
  - Nr. 1798: Heimatschutz Ost und gemeine Ostfragen, Bd. 4: 1.5.1927-31.12.1927.
  - Nr. 1815: Alte Reichskanzlei, Akten betreffend: Deutscher Ostbund, Bd. 1: 1.1.1928-33.
- BArch, R 1001: Auswärtiges Amt, Abteilung III K[1]/ Pol. X/ Reichskolonialamt, Akten betreffend:
  - Nr. 6701: Deutsche Kolonialgesellschaft, Gewerkschaftsabteilung, Bd. 1: ab Januar 1933.
  - Nr. 9697: Deutsche Kolonialgesellschaft, Bd. 6: Januar 1927 bis August 1931.
  - Nr. 9698: Deutsche Kolonialgesellschaft, Bd. 7: Sept. 1931 bis 1937.
- BArch, R 1507: Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung, Akten betreffend, Nr. 473: Reichsverband Ostschutz – Deutscher Schutzbund – Deutscher Ostbund – Bund der deutschen Ostverbände. Vom Juli 1920 bis Mai 1931.
- BArch, R 3301, Nr. 1738: Reichsfinanzministerium, Akten betreffend: Geldbedarf pp. des „Deutschen Ostbundes“ (Reichsverband Ostschutz/ deutscher Heimatbund Posener Flüchtlinge), Bd. 1: 8.10.1921-16.9.1924.

- BArch, R 3901, Nr. 9129: Reichsarbeitsministerium, Abteilung II b, Akten betreffend: Deutscher Heimatbund Posener Flüchtlinge, jetzt: Deutscher Ostbund; ab Oktober 1919.
- BArch, R 8023: [Deutsche Kolonialgesellschaft],
  - Nr. 361: [Deutscher Kolonialverein etc.].
  - Nr. 393: Deutsche Kolonial-Gesellschaft, [ohne Untertitel].
  - Nr. 403: Deutsche Kolonial-Gesellschaft, [Akotech, Arbeitsgemeinschaft deutscher Verbände, DKG etc.].
  - Nr. 404: Frauenbund der DKG.
  - Nr. 669: [DKG-Korrespondenz mit Theodor Seitz etc.].
  - Nr. 734: [Korrespondenzen mit den Abteilungen].
  - Nr. 741: [Bestandslisten der DKG 1904-1922].
  - Nr. 796: [Beschlüsse usw. der DKG-Abteilungen].
  - Nr. 797: [DKG-Vorstandssitzungen etc.].
  - Nr. 798: [Beschlüsse etc. der DKG-Abteilungen 1931].
  - Nr. 803: Deutsche Kolonial-Gesellschaft, [Entwürfe betreffs des Verlustes der Kolonien].
  - Nr. 1107: Gegenbewegungen innerhalb der kolonialen Verbände.
- BArch, R 8043, Nr. 1148: Deutsche Stiftung – Ostverbände, Bd. 2.
- BArch, NS/5/VI, Nr. 17724: [Zeitungsausschnitt-/Loseblattsammlung, ohne Titel].

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (Berlin-Dahlem)

- GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 77: [Preußisches] Ministerium des Innern, Tit. 856, Nr. 566: Akten betr. 650-Jahrfeier der Stadt Marienburg und Tagung des deutschen Ostbundes in Königsberg und Marienburg 1926, vom 3.5. bis 24.6.26, Bd. 1, Beiheft 1.
- GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 84 a: Preußisches Justizministerium, Nr. 12017: Allgemeine Anordnungen betr. Übernahme von Ehrenämtern in Vereinen und dergl. durch den Justizminister.
- GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 90 A: Staatsministerium, Jüngere Registratur, Nr. 2573: Schreiben 1931.
- GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 151: Preußisches Finanzministerium, Nr. 293: Grenzlandangelegenheiten – Personelle Angelegenheiten. Beteiligung des

Staates an den Versorgungsbezügen für die aus den besetzten Gebieten verdrängten wieder im Reich untergebrachten Beamten (Allgemeines und Einzelfälle), 1928-1940.

- GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 191: Ministerium für Volkswohlfahrt/ Staatskommissar für die Regelung der Wohlfahrtspflege,
  - Nr. 3395: Akten betreffend Deutsche Kolonialgesellschaft 1915-1925.
  - Nr. 3927: Akten des Staatskommissars für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preussen, betreffend Heimatbund Posener Flüchtlinge, jetzt: Deutscher Ostbund, Bd. 1.
- GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 195: Deutscher Ostmarkenverein,
  - Nr. 306: Deutscher Ostbund, intus: Austrittserklärungen einzelner Mitglieder aus dem DOV 1926.
  - Nr. 347: Verhandlungen zwischen Deutschem Ostmarkenverein und Deutschem Ostbund zwecks Zusammenführung.
  - Nr. 348: Verhandlungen zwecks Zusammenführung von D.O.V. und D.O.
  - Nr. 349 a: Akten auf Anordnung der NSDAP (Alfred Rosenberg). Zusammenlegung der Ostverbände unter dem Namen „Bund Deutscher Osten“.
  - Nr. 349: Verhandlungen über die Zusammenlegung von Ostmarkenverein und von Ostbund 1925-1929.
- GStA PK, I. HA: Alte und neue Reposituren, Rep. 195: Gesamtauschuß [des DOV], Nr. 3, Bd. 2: 1919-1920.
- GStA PK, VI. HA: Nachlässe, Nl. Carl Heinrich Becker, Nr. 191: Deutsche Kolonialgesellschaft.
- GStA PK, VI. HA: Nachlässe, Nl. Heinrich Schnee,
  - Nr. 24: Heinrich-Schnee-Archiv. Bd. 2: Aufzeichnungen, Berichte Nr. 27-72.
  - Nr. 25: Heinrich-Schnee-Archiv. Bd. 3: Aufzeichnungen, Berichte Nr. 73-100.
  - Nr. 78 b: Heinrich-Schnee-Archiv. Sitzungsprotokolle etc. jener Verbände, Bünde u. Arbeitsgemeinschaften, die Schnee als Präsident leitete.
- GStA PK, XX. HA: Historisches Staatsarchiv Königsberg, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 10: Akten der Regierung zu Königsberg. Präsidial-Registratur P III: Heimatbund Ostpreußenschutz, Bd. 1.

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (Berlin-Mitte)

- PA AA, R 28600: Büro Reichsminister, Akten betreffend: Kolonien, Bd. 1: 1.2.1921-29.1.1930
- PA AA, R 28601: Büro Reichsminister, Akten betreffend: Kolonien, Bd. 2: 28.1.1930-16.7.1935.
- PA AA, R 28798: Büro Reichsminister, Akten betreffend: Kolonien, Bd. [3]: 23.2.1926-19.6.1933.
- PA AA, R 29433: Büro Staatssekretär, Akten betreffend: Kolonialfragen (Mandatgebiete), Bd. 1: 6.4.1924-22.6.1926.
- PA AA, R 29434: Büro Staatssekretär, Akten betreffend: Kolonialfragen, Bd. 2: 29.6.1926-16.3.1929.
- PA AA, R 29435: Büro Staatssekretär, Akten betreffend: Kolonialfragen, Bd. 3: 4.4.1929-18.2.1930.
- PA AA, R 60012, Rep. VI a: Auslandsdeutschtum und kulturelle Beziehungen zum Ausland, Akten betreffend: Die Förderung der Deutschen im Ausland, Bd. 13: 1928-1930.
- PA AA, R 60012, Rep. VI a: Deutschtum im Ausland, Nr. 2: Inländische Vereine, Akten betreffend: Inländische Vereine zur Förderung des Deutschtums im Ausland, Bd. 1: 1.10.1920-31.12.1920.
- PA AA, R 82313, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 1: 1.1.1925-14.8.1926.
- PA AA, R 82314, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V., Bd. 2: 15.8.1926-29.5.1927.
- PA AA, R 82315, Rep. IV a: Polen, Politik 25 C, Akten betreffend: Deutscher Ostbund e.V. (jetzt: Bund Deutscher Osten), Bd. 3: 30.5.1927-6.4.1933.

4.3.2. Zeitgenössische Publikationen

- [Anonym]: „Bund Deutscher Osten“. Die Arbeits- und Führertagung, in: Ostland 14 (1933) 23, S. 213 f.
- [Anonym]: Bundes-Nachrichten, in: Der Ostmark-Deutsche 1 (1920) 2, S. 6 ff.
- [Anonym]: Der Anspruch auf Totalität in der Ostarbeit, in: Ostland 14 (1933) 27, S. 261.
- [Anonym]: Der deutschen Ostmärker Not! Ein Wort ans deutsche Volk. Frankfurt a. d. O. 1920.
- [Anonym]: Der Reichsverband „Ostschutz“, in: Die Ostmark. Monatsblatt des Deutschen Ostmarkenvereins 25 (1920) 1, S. 9.
- [Anonym]: Die Auslandsdeutschen im Reich. Der Kongreß der Verdrängten in Berlin, in: Der Auslandsdeutsche. Halbmonatsschrift für Auslandsdeutschtum und Auslandkunde/ Mitteilungen des deutschen Ausland-Instituts Stuttgart 5 (1922) 23, S. 684 f.
- [Anonym]: Die vierte Schulungswoche des Deutschen Frauenausschusses zur Bekämpfung der Schuldlüge, in: Die ostmärkische Frau [ohne Jg.] (1927) 3, S. 24.
- [Anonym]: Eine bedeutsame, denkwürdige Ostbundtagung, in: Ostland 10 (1929) 11, S. 138 f.
- [Anonym]: Erste Bundestagung des Deutschen Heimatbundes Posener Flüchtlinge, in: Die verlorene Ostmark. Monatsschrift des Deutschen Heimatbundes Posener Flüchtlinge e.V. zugunsten der Deutschen Ostmark 1 (1920) 3, S. 17 f.
- [Anonym]: Gedenket der Ostmark! Festschrift zur Tagung des Deutschen Ostbundes in Braunschweig, 23.-25.9.1927. O. O., o. J. [Braunschweig 1927].
- [Anonym]: Kolonial-Bund Deutscher Pfadfinder. Jugendorganisation des Deutschen Kolonialvereins, Gesellschaft für nationale Siedlungs- und Auslandspolitik e.V. Berlin o. J. [1928].
- [Anonym]: Zehn Jahre Kampf für Ostheimat, deutsches Volkstum und Vaterland. Erinnerungsblätter zur Feier des 10jährigen Bestehens des Deutschen Ostbundes. Berlin 1929.
- [Anonym]: Zur Einführung, in: Der Ostmark-Deutsche. Zeitschrift für die deutschen Ostmärker in Heimat und Fremde. Nachrichtenblatt des Reichsverbandes Ostschutz 1 (1920) 1, S. 1 f.
- Allgemeiner Deutscher Schulverein zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande (Hg.): Handbuch des Deutschtums im Auslande. Einleitung von F[riedrich] Paulsen.

Statistische, geschichtliche und wirtschaftliche Uebersicht von F[ritz] H[ubert] Henoch. [Nebst eines] Adreßbuchs der deutschen Auslandsschulen von W[ilhelm] Dibelius und G[ustav] Lenz. Berlin 1904.

- Bach, Fritz: Kongreß der Verdrängten (Berlin, 12.-15. November 1922), in: Der Auslandsdeutsche. Halbmonatsschrift für Auslandsdeutschtum und Auslandkunde/ Mitteilungen des deutschen Ausland-Instituts Stuttgart 5 (1922) 24, S. 694 f.
- Becker, Carl Heinrich: Kulturpolitische Aufgaben des Reiches. Leipzig 1919.
- Beer, Robert Rüdiger: Der Stand der Jugendbewegung und wir, in: Grenzgau Ostland 4 (1927) 2, S. 68 f.
- Boehm, Max Hildebert: Die nationale Bedeutung des deutschen Vereinswesens, in: Praesent, Hans [Hg.]: Die Verbände des deutschen Schutzbundes und ihre Veröffentlichungen. O. O. [Berlin] 1928, S. 11-19.
- Bonn, Moritz Julius (1926): Die Gegenkolonisation, in: (ders.): Zur Krise der Demokratie. Politische Schriften in der Weimarer Republik 1919-1932. Hgg. von Jens Hacke. (= Schriften zur europäischen Ideengeschichte Bd. 9). Berlin/ Boston 2015, S. 101-107.
- Bonn, Moritz Julius: Siedlungsfragen und Eingeborenenpolitik. Die Entstehung der Gutsherrschaft in Südafrika [Teil II], in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 31 (1910), S. 810-830.
- Brodowski, [Horst]: Der parlamentarische Abend des Ostausschusses, in: Die Ostmark 32 (1927) 6, S. 126 f.
- Burckhardt, J[acob] an Friedrich von Preen; Basel, Sylvester 1872, in: (ders.): Briefe. Vollständige und kritische Ausgabe. Mit Benützung des handschriftlichen Nachlasses bearbeitet von Max Burckhardt. 10 Bde. und ein Registerband. Bd. 5: Scheitelpunkt der historischen Professur, Entstehungszeit der „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“ und der „Griechischen Culturgeschichte“, Wiederaufnahme kunstgeschichtlicher Vorlesungen. 1868 bis März 1875. Basel/ Stuttgart 1963, S. 181-184.
- Cleinow, Georg: Der Verlust der Ostmark. Die deutschen Volksräte des Bromberger Systems im Kampf um die Erhaltung der Ostmark beim Reich 1918/19. Berlin 1934.
- Damaschke, Adolf: Die Arbeitslosigkeit und ihre Überwindung. Briefe an einen jungen Staatsbürger. Berlin 1931.
- Das Bundespräsidium [des DO]: Der Bundestagung zum Gruß!, in: Grenzgau Ostland 3 (1926) 6, S. 257 f.

- Däubler, C.: Über die Berechtigung der Anlage von Höhensanatorien in den Tropen, auch mit Rücksicht auf die neuesten Ergebnisse der Malariaforschung, in: Geographische Zeitschrift 5 (1899) 12, S. 671-678.
- Deutsche Kriegsklänge. Ausgewählt von Johann Albrecht, Herzog zu Mecklenburg-Schwerin. 10 Hefte. Leipzig 1914-18.
- Deutscher Wirtschaftsverlag (Hg.): Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild. Mit einer Einführung von Ferdinand Tönnies. 2 Bde. Bd. 1: A-K, Bd. 2: L-Z. Berlin 1930-1931.
- DKG (Hg.): Jahresbericht der Deutschen Kolonialgesellschaft 1921. Berlin 1922.
- DKG (Hg.): Jahresbericht der Deutschen Kolonialgesellschaft 1923. Berlin 1924.
- DKG (Hg.): Jahresbericht der Deutschen Kolonialgesellschaft 1924. Berlin 1925.
- Dombrowski, Erica: Franz Lüdtke aus Bromberg. Dichter seiner ostdeutschen Heimat, in: Westpreußen-Jahrbuch 32 (1982), S. 115-118.
- Doyle, Arthur Conan: The Crime of the Congo. Garden City (NY) 1909.
- Duems, Erich: Die Deutsche Kolonialgesellschaft seit Versailles (1919-1932), in: (ders.)/ Stuemer, Willibald von: Fünfzig Jahre Deutsche Kolonialgesellschaft 1882-1932. Berlin 1932, S. 57-115.
- Eichholz, Julie: Fünf Frauentage. Ein Rückblick, in: Soziale Revue. Zeitschrift für die sozialen Fragen der Gegenwart 4 (1904) 1, S. 137-140.
- Engel, Georg: Germania magistra, in: DKG/ Interfraktionelle Vereinigung des Reichstages (Hg.): Deutschland in den Kolonien. Ein Buch deutscher Tat und deutschen Rechtes. Berlin o. J. [1926], S. 5 f.
- Flierl, Friedrich: Weltbund der Auslandsdeutschen?, in: Volk und Heimat. Zeitschrift des Vereins für das Deutschtum im Ausland. Nachrichtenblatt des Deutschen Schutzbundes für die Grenz- und Auslandsdeutschen 3 (1922) 2, S. 46.
- G[inschel, Emanuel]: Die Ostgrenzenfrage in Locarno, in: Ostland 6 (1925) 20, S. 205.
- Geleitworte der Reichsregierung und der Stadt Berlin zur Kolonialwoche 1925, in: Kolonialkriegerdank (Hg.): Deutschland braucht Kolonien! Werbebuch und Katalog für die Koloniale Ausstellung im Märchen- und Festsaal des Berliner Rathauses aus Anlaß der Kolonialen Woche [in] Berlin [vom] 30.3. [bis] 8.4.1925. Berlin 1925, S. 17 ff.
- Giere, Gustav: Das neue Deutschland und die Völker des Nahen Ostens. (= Schulungsbrief des Bundes Deutscher Osten Nr. 1). O. O. [Königsberg] Oktober 1934.

- Giere, Werner: Einsatz und Aufgabe der Deutschen in Ostmitteleuropa. (= Schulungsbrief des Bundes Deutscher Osten Nr. 4). O. O. [Königsberg] November 1934.
- Ginschel, E[manuel]: Die Tätigkeit und die Aufgaben des Deutschen Ostbundes, in: OHK 3/4 (1925), S. 82-85.
- Ginschel, E[manuel]: Vorwort des Herausgebers, in: (ders.) (Hg.): Handbuch für das Generalgouvernement Warschau. 2 Bde. Bd. 1: Die Verordnungen für das Generalgouvernement Warschau. Ausgabe A: Umfassend die Zeit von der Einrichtung der Zivilverwaltung für Polen bis zum Erlaß der Proklamation betr. Errichtung eines Königreichs Polen. Bearbeitet von Otto Palandt. Warschau/ Posen 1917, S. V f.
- Ginschel, Emanuel/ Lüdtke, Franz: Vorwort, in: Deutscher Ostbund (Hg.): Deutschlands Städtebau. Ostmark. Mittlere Ostmark – Grenzmark – Posen – Westpreußen. Berlin 1927, S. 5 f.
- Ginschel, Emanuel: Der Deutsche Ostbund im Jahre 1930, in: OHK 10 (1931), S. 108-117.
- Ginschel, Emanuel: Der Deutsche Ostbund und seine Kampfziele, in: Ostland 9 (1928) 14, S. 173 f.
- Ginschel, Emanuel: Generalfeldmarschall von Hindenburg. Sein Leben und seine Taten. Mit Glückwünschen führender Persönlichkeiten aus Heer und Heimat zum 70. Geburtstage des Generalfeldmarschalls. Posen 1917.
- Grenzdörfer, Franz: Die Front gegen die Volkstumsarbeit, in: Deutsche Arbeit. Zeitschrift des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland 35 (1935) 3, S. 113-119.
- Grimm, Hans: Volk ohne Raum. 2 Bde. [ohne Untertitel]. München 1926.
- Grothe, Hugo: Schicksale und Entwicklung des Auslandsdeutschtums im letzten Jahrzehnt, insbesondere seit dem Weltkrieg, in: Jahrbuch des Vereins für das Deutschtums im Ausland [1] (1921 [1922]), S. 25-189.
- H., K.: Auslandsdeutsche und Innen-Kolonisation, in: Hammer 13 (1914) 292, S. 445.
- Hain, Willy: Jahresrück- und Ausblick, in: Der junge Ostmärker. Monatsschrift für die Ostmarkarbeit der deutschen Jugend. Mitteilungsblatt der Jungscharen im deutschen Ostbund [1] (1932) 1, S. 1 f.
- Heerdegen, Ruth (Vorrede): Fleischlose Kost. Obst-, Gemüse- und Fischgerichte für das deutsche Haus in Krieg und Frieden. (= Schriften des Vereins zur Förderung des Obst- und Gemüseverbrauches in Deutschland, 2. Folge, Heft 2). Königsberg 1916.

- Heerdegen, Ruth: Frauenarbeit im Deutschen Ostbund, in: Die ostmärkische Frau [ohne Jg.] (1928) 1, S. 1.
- Heerdegen, Ruth: Frauenschulungstag der Frauendienstgruppen im Deutschen Ostbund, in: Die ostmärkische Frau [ohne Jg.] (1928) 7, S. 13 f.
- Heichen, Arthur: Der Wert unserer Kolonien. Ist überseeische Kolonisation eine Lebens-Notwendigkeit für das deutsche Volk, in: Hammer 15 (1916) 341/42, S. 449-453.
- Jacob, Ernst Gerhard: Deutsche Kolonialkunde 1884-1934. (= Staat – Recht – Wirtschaft. Einzeldarstellungen in Grundrissen Bd. 12). Dresden 1934.
- Kolonial-Wirtschaftliches Komitee: Denkschrift über die beim Friedensschluß als Neuerwerbungen in Betracht kommenden fremden Kolonialgebiete. Berlin 1916.
- Korsch, Karl: Notes on History. The Ambiguities of Totalitarian Ideologies, in: New Essays 6 (1942) 2, S. 1-9.
- Kredel, Otto: Das Jahr 1929 in der Geschichte der Ostmark, in: OHK 9 (1930), S. 117-121.
- Laubert, Manfred: Deutsch oder slawisch? Kämpfe und Leiden des Ostdeutschtums. Berlin 1928.
- Laubert, Manfred: Die oberschlesische Volksbewegung. Beiträge zur Tätigkeit der Vereinigung heimattreuer Oberschlesier 1918-1921. Breslau 1938.
- Loesch, K[arl] C[christian] von: Der Deutsche Schutzbund und seine Verbände, in: Praesent [Hg.]: Die Verbände des deutschen Schutzbundes *(siehe Boehm: Die nationale Bedeutung)*, S. 1-10.
- Lüdtke, Franz: Das deutsche Ostland, seine Geschichte, seine Kultur, seine Bedeutung, in: (ders.)/ Thiele, Ernst Otto (Hg.): Der Kampf um deutsches Ostland. Düsseldorf o. J. [1931], S. 5-35.
- Lüdtke, Franz: Das deutsche Ostland, seine Geschichte, seine Kultur, seine Bedeutung, in: (ders.)/ Thiele, Ernst Otto (Hg.): Der Kampf um deutsches Ostland – trotz Versailles. Düsseldorf o. J. [1931], S. 5-35.
- Lüdtke, Franz: Der ostdeutsche Mensch, in: OHK 8 (1929), S. 113 f.
- Lüdtke, Franz: Deutsche Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten im künftigen Polen, in: Die Ostmark. Monatsblatt des Deutschen Ostmarken-Vereins 24 (1919) 8, S. 57 f.
- Lüdtke, Franz: Deutscher Ostbund, in: OHK 12 (1933), S. 93 f.
- Lüdtke, Franz: Deutsches Volkstum. Ein Volksabend. (= Volksabende Heft 49). Gotha 1918.

- Lüdtke, Franz: Die Bedeutung der deutschen Ostmark, in: Heilige Ostmark 1 (1925) 2, S. 45 f.
- Lüdtke, Franz: Die strategische Bedeutung der Schlacht bei Dresden. (= Phil. Diss., Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin 1904). Berlin 1904.
- Lüdtke, Franz: Ein Jahrtausend Krieg zwischen Deutschland und Polen. (= Geschichtsfibeln für Wehrmacht und Volk Bd. 3). Stuttgart 1941.
- Lüdtke, Franz: Einleitung, in: (ders.) [Hg.]: Preußische Kulturarbeit im Osten. (= Teubners Quellensammlung für den Geschichtsunterricht, zweite Reihe: Quellensammlung für den geschichtlichen Unterricht an höheren Schulen Bd. 97). Leipzig/ Berlin 1915, S. 1.
- Lüdtke, Franz: Hindenburg, der Grenzlanddeutsche, und das Grenz- und Auslandsdeutschtum, in: Deutsche Welt. Zeitschrift des Vereins für das Deutschtum im Ausland [4] (1927) 10, S. 454-461.
- Lüdtke, Franz: Land im Schatten, in: OHK 10 (1932), S. 25.
- Lüdtke, Franz: Ostmark und Aufbruch. (= Flugschriften des Arbeitsringes für ostdeutsches Schrifttum Heft 1). Oranienburg/ Berlin o. J. [1932].
- Lüdtke, Franz: Ostmark und Volkshochschule. (= Heimatbücher der Freien Ostmärkischen Volkshochschule Heft 3). 2., teilweise geänderte Aufl. (1. Aufl. 1920). Berlin o. J. [ca. 1921].
- Lüdtke, Franz: Ostmärkische Jugendarbeit, in: Ostland-Kultur 1 (1921) 2, S. 1.
- Lüdtke, Franz: Rasse, Recht, Raum, Reich. Das Werden des deutschen Volkes, in: Zeitschrift für Politik 27 (1937) 5, S. 261-283.
- Lüdtke, Franz: Wann kommst du, Bismarck? Gedichte aus Deutschlands tiefster Not. Berlin 1921.
- Lüdtke, Franz: Worte zu meinem Schaffen, in: OHK 12 (1933), S. 69 f.
- Lüdtke, Franz: Zum 10. Jahrestag der Wiedererrichtung des polnischen Staates – 5. November 1916, in: Grenzgau Ostland 3 (1926) 11, S. 490 f.
- Meinecke, Friedrich (1919): Verfassung und Verwaltung der deutschen Republik, in: (ders.): Werke. 10 Bde. Bd. 2: Politische Schriften und Reden. Hgg. und eingeleitet von Georg Kotowski. 3. Aufl. (1. Aufl. 1957). Darmstadt 1968, S. 280-298.
- Naumann, Friedrich: Das Schicksal der Naturvölker im Zivilisationskriege. Vortrag, gehalten am 16.9.1918 im Abgeordnetenhause, in: Koloniale Rundschau [10] (1918) 9/10, S. 320-328.

- Oberländer, Theodor: Die soziale Erneuerung des Auslandsdeutschtums. (= Schulungsbrief des Bundes Deutscher Osten Nr. 5). O. O. [Königsberg] Januar 1935.
- Oncken, Hermann: Die geistige und sittliche Kulturbedeutung des Auslandsdeutschtums, in: Zeitwende 3 (1927) 1, S. 201-218.
- P., L.: Deutscher Ostbund, in: Die verlorene Ostmark 1 (1920) 7, S. 61 f.
- Penck, Albrecht: Deutscher Volks- und Kulturboden, in: Loesch, Karl Christian von (Hg.): Volk unter Völkern. (= Bücher des Deutschtums Bd. 1). Breslau 1925, S. 62-73.
- Peters, Carl (1917): Ein deutsches Kolonialreich in Mittelafrika, in: (ders.): Gesammelte Schriften. Hgg. von Walter Frank. 3 Bde. Bd. 1: [ohne Untertitel]. 2. Aufl. (1. Aufl. 1934). München/ Berlin 1934, S. 469-473.
- Pischke, Hermann: Wir siedeln oder wir sinken! Ein Weckruf an das deutsche Volk! Berlin 1926.
- Praesent, Hans: Das Schrifttum der Verbände des Deutschen Schutzbundes, in: (ders.) [Hg.]: Die Verbände des deutschen Schutzbundes *(siehe Boehm: Die nationale Bedeutung)*, S. 20-175.
- Rauch, Karl: Schluß mit „junger Generation“. Leipzig 1933.
- Reichenau, Franz von: Volk und Heimat, in: Volk und Heimat. Zeitschrift des Vereins für das Deutschtum im Ausland. Nachrichtenblatt des Deutschen Schutzbundes für die Grenz- und Auslandsdeutschen [1] (1920) 1, S. 2 f.
- Satzungen der DKG. Berlin 1925.
- Schäfer, Otto: Sinn und Wesen des V.D.A. Volksbundes für das Deutschtum im Auslande. 3., verbesserte Aufl. (1. Aufl. 1933). Frankfurt a. M. 1934.
- Schmid, A[ugust]: Die Lage der deutschen Ostsiedlung, in: OHK 12 (1933), S. 84-88.
- Schmitthenner, Heinrich: Die Deutschen als Kolonialvolk, in: Geographische Zeitschrift 40 (1934) 5/6, S. 161-181.
- Schnee, Heinrich: Die Deutsche Volkspartei und die Kolonien, in: Koloniale Rundschau. Zeitschrift für koloniale Wirtschaft, Völker- und Länderkunde [16] (1924) 4, S. 122-126.
- Schnee, Heinrich: Die koloniale Schuldlüge. Berlin 1924.
- Schnee, Heinrich: Kriegsschuldfrage, Kolonien, Auslandsdeutschtum, in: Kempkes, A[dolf] (Hg.): Deutscher Aufbau. Nationalliberale Arbeit der Deutschen Volkspartei. Berlin 1927, S. 85-99.
- Schnee, Heinrich: Leistungen und Ziele der deutschen Kolonialverwaltung, in: Zeitschrift für Politik 29 (1939) 1/2, S. 11-27.

- Schnee, Heinrich: Neuzeitliche Kolonialpolitik, in: Harms, Bernhard (Hg.): Volk und Reich der Deutschen. Vorlesungen gehalten in der Deutschen Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung. 3 Bde. Bd. 3: Weltpolitische Gestaltungstendenzen, das Schrifttum. Berlin 1929, S. 106-133.
- Schottky, Johannes: Der Auslesegedanke in der deutschen Bauernsiedlung, in: Deutsche Medizinische Wochenschrift 62 (1936) 39, S. 1596-1599.
- Schubert, Ernst: Das evangelische Auslandsdeutschtum, in: Kirchliches Jahrbuch 47 (1920), S. 278-301.
- Schwarz, Bernhard: Ein deutsches Indien und die Theilung der Erde. Colonialpolitische Randglossen zur Sachlage in Afrika und zur Congoconferenz. Leipzig 1884.
- Stresemann, Gustav: Begrüßungsansprache des Reichsministers […] auf dem Begrüßungsabend der Tagung, in: Bund der Auslandsdeutschen (Hg.): Auslandsdeutschtum und Heimat. Die Tagung des Auslandsdeutschtums in der Heimat [in] Berlin [im] August/ September 1925. Gehaltene Ansprachen und erstattete Berichte. Berlin 1926, S. 5-13.
- Treitschke, Heinrich von (1884): Die ersten Versuche deutscher Kolonialpolitik, in: (ders.): Aufsätze, Reden und Briefe. Hgg. von Karl Martin Schiller. 5 Bde. Bd. 4: Schriften und Reden zur Zeitgeschichte II. Leipzig 1929, S. 665-676.
- Walther, Emil: Festdichtung, in: Bismarck-Jahrbuch 2 (1895), S. S. 259-266.
- Wertheimer, Fritz: Auslandsdeutschtum und Deutschtumspolitik, in: Harms (Hg.): Volk und Reich der Deutschen *(siehe Schnee: Neuzeitliche Kolonialpolitik)*, S. 207-227.
- Wiese, Hans R[ichard]: Auslanddeutsche Erneuerung. Berlin 1936.
- Worgitzki, Max: Deutsche Kulturarbeit in Ostpreußen, in: Deutsche Arbeit. Zeitschrift des Vereins für das Deutschtum im Ausland 23 (1924) 11, S. 281 ff.
- Zache, Hans: Imperialismus und Kolonialpolitik. Berlin 1927.

4.3.3. Edierte Dokumente

- Dok. Nr. 4: Der Präsident der deutschen Kolonialgesellschaft Seitz an den Reichsminister des Auswärtigen Stresemann; Berlin, den 4. Juli 1927, in: ADAP 1918-1945, Reihe B.: 1925-1933. Bd. 6: 1. Juli bis 30. September 1927. Göttingen 1974, S. 6-11.
- Dok. Nr. 5: Aufzeichnung des Legationssekretärs Noebel; Berlin, den 5.1.1923 (vertraulich), in: ADAP 1918-1945, Reihe A: 1918-1925, Bd. 7: 1. Januar 1923 bis 31. Mai 1923. Göttingen 1989, S. 9-13.
- Dok. Nr. 6: W[allroth]: Das Auswärtige Amt an die Botschaft in London; Berlin, den 14.7.1926, in: ADAP 1918-1945, Reihe B.: 1925-1933. Bd. 2, 2. Teilbd.: Deutschlands Beziehungen zur Sowjet-Union, zu Polen, Danzig, und den baltischen Staaten; Juni bis Dezember 1926. Göttingen 1967, S. 12 f.
- Dok. Nr. 12: Erlaß des Führers und Reichskanzlers zur Festigung deutschen Volkstums vom 7.10.1939, in: Moll, Martin (Hg.): „Führer-Erlasse“ 1939-1945. Edition sämtlicher, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkriegs schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung. Stuttgart 1997, S. 101 f.
- Dok. Nr. 17: Dienstags, 19.11.1918 abends: Kabinettssitzung, in: Miller, Susanne (Bearb.): Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, erster Teil. (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. Reihe: Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik. Bd. 6, 1. Teilbd.). Düsseldorf 1969, S. 105-108.
- Dok. Nr. 19: Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Dirksen [über den Empfang des Bundes der deutschen Ostverbände durch den Herrn Reichsminister]; Berlin, den 28.12.1925, Ganz geheim, in: ADAP 1918-1945, Reihe B.: 1925-1933. Bd. 2, 1. Teilbd.: Sowjet-Union, zu Polen, Danzig, und den baltischen Staaten; Dezember 1925 bis Juni 1926. Göttingen 1967, S. 63 ff.
- Dok. Nr. 31: Allgemeiner Deutscher Verband (Alldeutscher Verband), Aufruf [vom] 9.4.1891, in: Mommsen, Wilhelm (Hg.): Deutsche Parteiprogramme. (= Deutsches Handbuch der Politik Bd. 1). München 1960, S. 88-91.
- Dok. Nr. 52: Erklärung der russischen Delegation auf der ersten Vollsitzung der Friedenskonferenz in Brest-Litowsk vom 9. (22.) Dezember 1917, in: Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und der UdSSR [Hg.]: Deutsch-sowjetische

Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litowsk bis zum Abschluß des Rapallovertrages. Dokumentensammlung. 2 Bde. Bd. 1: 1917-1918. Berlin 1967, S. 167 ff.

- Dok. Nr. 52 b: Kabinettssitzung vom 24. April 1919, 11 Uhr, in: Schulze, Hagen (Bearb.): Das Kabinett Scheidemann. 13. Februar bis 20. Juni 1919. (= Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik). Boppard am Rhein 1971, S. 210-225.
- Dok. Nr. 56: Kabinettssitzung vom 28. April 1919, 11 Uhr, in: Schulze (Bearb.): Das Kabinett Scheidemann *(siehe Dok. Nr. 52 b)*, S. 245-249.
- Dok. Nr. 61: Das Parteiprogramm der NSDAP vom 25.2.1920, in: Kühnl, Reinhard [Hg.]: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten. 7., durchges. und erw. Aufl. (1. Aufl. 1975). Köln 2000, S. 96-100.
- Dok. Nr. 62: Erklärung der verbündeten Mächte, dargelegt vom Minister für Auswärtige Angelegenheiten Österreich-Ungarns, Czernin vom 25. Dezember 1917, in: Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und der UdSSR [Hg.]: Deutsch-sowjetische Beziehungen *(siehe Dok. Nr. 52)*, S. 194-197.
- Dok. Nr. 68: Telegramm des Unterstaatssekretärs des Auswärtigen Amtes an das Mitglied der deutschen Delegation in Brest-Litowsk, von Rosenberg vom 26. Dezember 1917, in: Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und der UdSSR [Hg.]: Deutsch-sowjetische Beziehungen *(siehe Dok. Nr. 52)*, S. 204.
- Dok. Nr. 72: „Grundsätze für die künftige Ostarbeit“, beschlossen auf einer Tagung des Deutschen Schutzbundes in Frankfurt a. d. O. im März 1927, in: Schumann, Wolfgang/ Nestler, Ludwig (Hg.): Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945. Berlin/ DDR 1975, S. 191-195.
- Dok. Nr. 178: Aufzeichnung des vortragenden Legationsrats Gunzert [über die] Denkschrift des Gouverneurs Seitz vom 3. März 1925 über die deutschen kolonialen Ziele; Berlin, den 19. März 1925, in: ADAP 1918-1945, Reihe A: 1918-1925, Bd. 12: 1. Januar bis 25. April 1925. Göttingen 1994, S. 442-446.
- Dok. Nr. 198: Niederschrift über die Besprechung in der Reichskanzlei am 5.11.1937 (Hoßbach-Protokoll, Auszüge), in: Kühnl [Hg.]: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten *(siehe Dok. Nr. 61)*, S. 280-283.

- Dok. Nr. 256: Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts von Schubert an den Präsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft Seitz; Berlin, den 14.4.1925 (streng vertraulich!), in: ADAP 1918-1945, Reihe A, Bd. 12 *(siehe Dok. Nr. 178)*, S. 666-669.
- Dok. Nr. 257: Aufzeichnung des vortragenden Legationsrates von Dirksen über die Haltung der deutschen Minderheiten in Polen zu Locarno; Berlin, den 23.11.1925, in: ADAP 1918-1945, Reihe A: 1918-1925, Bd. 14: 14. August bis 30. November 1925. Göttingen 1995, S. 650 f.
- Dok. Nr. 753: Aus dem Protokoll über die Gesamtausschußsitzung des deutschen Ostmarkenvereins; Posen, den 26. und 27. Oktober 1918, in: Schrader, Gerhard/ Weber, Hellmuth (Bearb.): Die Auswirkungen der grossen sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland. (= Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. 4, Teilbd. 4). Berlin 1959, S. 1687 ff.
- Dok. Nr. II: Der Reichsminister des Innern an den Stellvertreter des Führers, das Auswärtige Amt (u.a.); Berlin, den 12.9.1939; (Schnellbrief, vertraulich), in: Konieczny, Alfred: Likwidacja Polskiego stanu Posiadania w Niemczech w Latach 1939-1944 [Auflösung des polnischen Besitzstandes in Deutschland in den Jahren 1939-1944], in: Acta Universitatis Wratislaviensis [13] (1974) 222, S. 41-63 [Anhang, S. 57 f.].
- Hitler, Adolf: [Rede vor der Reichswehrgeneralität. Abschrift der inoffiziell angefertigten Protokollnachschrift durch den kommunistischen Nachrichtendienst vom 6.2.1933, (streng vertraulich!)], in: Wirsching, Andreas: „Man kann nur Boden germanisieren!“ Eine neue Quelle zu Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr am 3. Februar 1933. [Hgg. und eingeleitet von Andreas Wirsching], in: VfZ 49 (2001) 3, S. 517-550.
- Kasten, Bernd: Das Kriegszielprogramm Herzog Johann Albrechts zu Mecklenburg aus dem Frühjahr 1915. [Hgg. und eingeleitet von Bernd Kasten], in: Zeitgeschichte regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern 18 (2014) 1, S. 36-42.

4.3.4. Amtliche Druckschriften & zeitgenössische Lexika

- Art. Flüchtlingsfürsorge, in: Meyers Lexikon. 7., vollständig neu bearbeitete Aufl. (1. Aufl. zuerst in 21 Bde. 1839-1855 unter dem Titel „Großes Conversations-Lexicon für die gebildeten Stände“ erschienen). 15 Bde. Bd. 4: Engobe – Germanität. Leipzig 1926, Sp. 882 f.

- Art. Verband, in: Meyers Lexikon *(siehe Art. Flüchtlingsfürsorge)*, Bd. 12: Traunsee – ZZ. Leipzig 1930, Sp. 542.
- Art. Verein, in: Meyers Lexikon *(siehe Art. Verband)*, Sp. 568.
- Gesetz [ohne lfd. Nr.]: Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz) vom 19.5.1953, in: Bundesgesetzblatt [5] (22.5.1953) 22, S. 201-221.
- Gesetz [ohne lfd. Nr.]: Gesetz zur endgültigen Regelung der Liquidations- und Gewaltschäden (Kriegsschädenschlußgesetz) vom 30.3.1928, in: Reichsgesetzblatt [58] (31.3.1928) 14, S. 120-124.
- Gesetz Nr. 8251: Gesetz über den Ersatz der durch die Abtretung deutscher Reichsgebiete entstandenen Schäden (Verdrängungsschädengesetz) vom 28.7.1921, in: Reichsgesetzblatt [51] (5.8.1921) 82, S. 1021-1031.

4.4. Literaturverzeichnis

- Akakpo-Numado, Sena Yawo: Mädchen- und Frauenbildung in den deutschen Afrika-Kolonien (1884-1914). (= Phil. Diss., Univ. Bochum 2005). O. O., o. J. [Bochum 2005], URL: http://www-brs.ub.ruhr-uni-bochum.de/netahtml/HSS/Diss/AkakpoNumadoSenaYawo/diss.pdf [Stand: 13.11.2016].
- Albrecht, Monika: (Post-) colonial amnesia? German debates on colonialism and decolonization on the post-war era, in: Perraudin, Michael (Hg.): German colonialism and national identity. (= Routledge studies in modern European history Vol. 14). London/ New York 2011, S. 187-196.
- Allolio-Näcke, Lars: Turn, turn, turn around – bis die Konturen verschwimmen, in: Historical Social Research/ Historische Sozialforschung 33 (2008) 4, S. 290-310.
- Andersson, Jan Otto: Art. Imperialismus, in: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Bisher 8 Bde. Bd. 6, 1. Teilbd.: Hegemonie bis Imperialismus. Hamburg 2004, Sp. 848-864.
- Arndt, Agnes/ Häberlen, Joachim C./ Reinecke, Christiane: Europäische Geschichtsschreibung zwischen Theorie und Praxis, in: (dies.) (Hg.): Vergleichen, verflechten, verwirren? Europäische Geschichtsschreibung zwischen Theorie und Praxis. Göttingen 2011, S. 11-30.

- Axster, Felix: Die Angst vor dem *Verkaffern*. Politiken der Reinigung im deutschen Kolonialismus, in: WerkstattGeschichte [14] (2005) 39, S. 39-53.
- Bach, Maurizio/ Breuer, Stefan: Faschismus als Bewegung und Regime. Italien und Deutschland im Vergleich. (= Neue Bibliothek der Sozialwissenschaften). Wiesbaden 2010.
- Bade, Klaus J./ Oltmer, Jochen: Art. Deutschland, in: Bade, Klaus J./ Emmer, Pieter C./ Lucassen, Leo (u. a.) (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Paderborn (u.a.) 2007, S. 141-170.
- Bade, Klaus J.: Art. Seitz, Theodor, in: Ottnad, Bernd (Hg.): Badische Biographien (N. F.). 6 Bde. Bd. 2: [Alker – Zürcher]. Stuttgart 1987, S. 258 f.
- Bade, Klaus J.: Die „Zweite Reichsgründung“ in Übersee. Imperiale Visionen, Kolonialbewegung und Kolonialpolitik in der Bismarckzeit, in: Birke, Adolf M./ Heydemann, Günther (Hg.): Die Herausforderung des europäischen Staatensystems. Nationale Ideologie und staatliches Interesse zwischen Restauration und Imperialismus. (= Veröffentlichungen des DHI London Bd. 23). Göttingen/ Zürich 1989, S. 183-215.
- Bade, Klaus J.: Enthusiasmus und Kalkül. Kolonialbewegung und Wirtschaftsinteressen in der Bismarckzeit, in: Scripta Mercaturae. Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 30 (1996) 2, S. 81-107.
- Baier, Roland: Der deutsche Osten als soziale Frage. Eine Studie zur preußischen und deutschen Siedlungs- und Polenpolitik in den Ostprovinzen während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik. (= Phil. Diss., Univ. Erlangen-Nürnberg 1980). (= Dissertationen zur neueren Geschichte Bd. 8). Köln/ Wien 1980.
- Bamberger-Stemmann, Sabine: Der Europäische Nationalitätenkongreß 1925 bis 1938. Nationale Minderheiten zwischen Lobbyistentum und Großmachtinteressen. (= Phil. Diss. Univ. Marburg 1999). (= Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung Bd. 7). Marburg 2000.
- Baranowski, Shelley: Nazi Empire. German Colonialism and Imperialism from Bismarck to Hitler. New York 2011.
- Barelkowski, Matthias: Manfred Laubert und Wolfgang Kohte. Zwei deutsche Karrieren zwischen „Ostforschung“, Geschichtsschreibung und Wissenschaftspolitik, in: Kessler, Wolfgang/ Krzoska, Markus (Hg.): Zwischen Region und Nation. 125 Jahre Forschung zur Geschichte der Deutschen in Polen. (= Polono-Germanica. Schriften der Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen e.V. Bd. 7). Osnabrück 2013, S. 90-116.

- Bartelt, Dawid: ‚Fünfte Kolonne‘ ohne Plan. Die Auslandsorganisation der NSDAP in Brasilien 1931-1939, in: Ibero-Amerikanisches Archiv. Zeitschrift für Sozialwissenschaften und Geschichte (N.F.) 19 (1993) 1/2, S. 3-35.
- Bausinger, Hermann: Zwischen Grün und Braun. Volkstumsideologie und Heimatpflege nach dem Ersten Weltkrieg, in: Cancik, Hubert (Hg.): Religions- und Geistesgeschichte der Weimarer Republik. (= Patmos Paperback). Düsseldorf 1982, S. 215-229.
- Bayertz, Kurt/ Gerhard, Myriam/ Jaeschke, Walter (Hg.): Weltanschauung, Philosophie und Naturwissenschaft im 19. Jahrhundert. 3 Bde. Bd. 2: Der Darwinismus-Streit. Hamburg 2007.
- Bechhaus-Gerst, Marianne/ Klein-Arendt, Reinhard (Hg.): Die (koloniale) Begegnung. AfrikanerInnen in Deutschland 1880-1945 – Deutsche in Afrika 1880-1918. Frankfurt a. M. (u.a.) 2013.
- Bechhaus-Gerst, Marianne: „Ein Fest in unseren Kolonien”. Koloniale Feiern und Versammlungen in Köln, in: (dies.)/ Horstmann, Anne-Kathrin (Hg.): Köln und der deutsche Kolonialismus. Eine Spurensuche. Köln/ Weimar/ Wien 2013, S.127-130.
- Bechhaus-Gerst, Marianne: „Raum ohne Volk und Volk ohne Raum“. Die „Koloniale Sonderschau“ auf der Pressa 1928, in: (dies.)/ Horstmann (Hg.): Köln und der deutsche Kolonialismus *(siehe Bechhaus-Gerst: „Ein Fest in unseren Kolonien”)*, S. 211-214.
- Bechhaus-Gerst, Marianne: „Wir müssen für unser Volk mehr Raum haben.“ Kolonialrevisionismus im Rheinland. Eine Annäherung, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 78 (2014), S. 146-162.
- Becker, Frank G.: „Deutsch die Saar, immerdar!“ Die Saarpropaganda des Bundes der Saarvereine 1919-1935. (= Phil. Diss., Univ. Saarbrücken 2005). (= Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung Bd. 40). Saarbrücken 2007.
- Becker, Heinrich: Handlungsspielräume der Agrarpolitik in der Weimarer Republik zwischen 1923 und 1929. (= Phil. Diss., Univ. Göttingen 1987). Stuttgart 1990.
- Beer, Mathias: Der „Neuanfang“ der Zeitgeschichte nach 1945. Zum Verhältnis von nationalsozialistischer Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik und der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa, in: Oexle, Otto Gerhard/ Schulze, Winfried (Hg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus. (= Fischer-Taschenbuch Bd. 14606). Frankfurt a. M. 1999, S. 274-301.

- Begemann, Christian: Eros und Gewissen. Literarische Psychologie in Ludwig Tiecks Erzählung *Der getreue Eckart und der Tannenhäuser*, in: Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur 15 (1990) 2, S. 89-145.
- Behrends, Jan C.: Gewalt und Staatlichkeit im 20. Jahrhundert. Einige Tendenzen zeithistorischer Forschung, in: NPL 58 (2013) 1, S. 39-58.
- Bendikat, Elfi: Organisierte Kolonialbewegung in der Bismarck-Ära. (= Staatsexamensarbeit FU Berlin 1980). Brazzaville/ Heidelberg 1984.
- Benecke, Werner: „... ein allerdings zur Zeit sehr schwacher Verbündeter Deutschlands". Das Auswärtige Amt und die ukrainische Minderheit in der Polnischen Republik 1922-1930, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung 49 (2000) 2, S. 221-241.
- Berger, Stefan: William Harbutt Dawson. The Career and Politics of an Historian of Germany, in: The English Historical Review 116 (2001) 465, S. 76-113.
- Bergien, Rüdiger: Die bellizistische Republik. Wehrkonsens und „Wehrhaftmachung" in Deutschland 1918-1933. (= Phil. Diss., Univ. Potsdam 2008). (= Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit Bd. 35). München 2012.
- Bernhard, Patrick: Hitler's Africa in the East. Italian Colonialism as a Model for German Planning in Eastern Europe, in: JCH 51 (2016) 1, S. 61-90.
- Bickelmann, Hartmut: Deutsche Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit. (= Phil. Diss., Univ. Hamburg 1978). (= Von Deutschland nach Amerika Bd. 1). Wiesbaden 1980.
- Blackbourn, David/ Eley, Geoff: The Peculiarities of German History. Bourgeois Society and Politics in Nineteenth-Century Germany. Oxford 1984.
- Blackbourn, David: Das Kaiserreich transnational. Eine Skizze, in: Conrad, Sebastian/ Osterhammel, Jürgen (Hg.): Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871-1914. Göttingen 2004, S. 302-324.
- Blackbourn, David: Die Eroberung der Natur. Eine Geschichte der deutschen Landschaft. Aus dem Englischen von Udo Rennert. München 2007 (englisch zuerst erschienen als: The Conquest of Nature. Water, Landscape and the Making of Modern Germany. London 2006).
- Bloch, Marc (1928): Für eine vergleichende Geschichte der europäischen Gesellschaften, in: (ders.): Aus der Werkstatt des Historikers. Zur Theorie und Praxis der Geschichtswissenschaft. Hgg. und mit einem Nachwort von Peter Schöttler. Frankfurt a. M./ New York 2000, S. 122-159.

- Boeßenecker, Karl-Heinz: Wohlfahrtspflege in der Weimarer Republik, in: Rauf, Ceylan/ Kiefer, Michael (Hg.): Ökonomisierung und Säkularisierung. Konfessionelle Wohlfahrtspflege in Deutschland vor neuen Herausforderungen mit besonderer Berücksichtigung der Muslime als neue Akteure. Wiesbaden 2017, S. 7-38.
- Böhler, Jochen: Europas „Wilder Osten“. Gewalterfahrungen in Mitteleuropa 1917-1923, in: Osteuropa 64 (2014) 2, S. 141-156.
- Boie, Jenni: Volkstumsarbeit und Grenzregion. Volkskundliches Wissen als Ressource ethnischer Identitätspolitik in Schleswig-Holstein 1920-1930. (= Phil. Diss., Univ. Kiel 2012). (= Kieler Studien zur Volkskunde und Kulturgeschichte Bd. 9). Münster 2013.
- Borgolte, Michael (1992): „Totale Geschichte“ des Mittelalters? Das Beispiel der Stiftungen, in: (ders.): Stiftung und Memoria. Hgg. von Tillmann Lohse. (= StiftungsGeschichten Bd. 10.) Berlin/ Boston 2012, S. 41-59.
- Bösch, Frank: Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen 1900-1960. (= Veröffentlichungen des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen Bd. 19). Göttingen 2002.
- Bösch, Frank: Militante Geselligkeit. Formierungsformen der bürgerlichen Vereinswelt zwischen Revolution und Nationalsozialismus, in: Hardtwig, Wolfgang (Hg.): Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918-1939. (= GG-Sonderheft Bd. 21). Göttingen 2005, S. 151-182.
- Bösch, Frank: Öffentliche Geheimnisse. Skandale, Politik und Medien in Deutschland und Großbritannien 1880-1914. (= Veröffentlichungen des DHI London Bd. 65). München 2009.
- Boschütz, Kerstin: Nationalsozialismus und „junge Generation“. Von der Mythisierung der Jugend in der Weimarer Republik zu ihrer Disziplinierung im Dritten Reich. (= Magisterarbeit Univ. Hamburg 1996). Hamburg 1997.
- Bothe, Alina/ Schuh, Dominik: Geschlecht in der Geschichte? Zwischen Integration und Separation einer Forschungskategorie, in: (dies.) (Hg.): Geschlecht in der Geschichte – integriert oder separiert? Gender als historische Forschungskategorie. (= Mainzer Historische Kulturwissenschaften Bd. 20). Bielefeld 2014, S. 9-32.
- Bowersox, Jeff: Raising Germans in the Age of Empire. Youth and Colonial Culture 1871-1914. [= Phil. Diss., Univ. of Toronto 2008]. Oxford 2013.
- Brandes, Detlef: Deutsche aus Polen. „Verdrängung“ nach dem Ersten Weltkrieg, in: (ders.)/ Sundhaussen, Holm/ Troebst, Stefan (Hg.): Lexikon der Vertreibungen.

Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts. Köln/ Weimar/ Wien 2010, S. 160-163.

- Brehl, Medardus: Orte des Ichs. Selbsterfahrung, Selbstbehauptung und Identität in der deutschen Kolonialliteratur mit dem Schwerpunkt Deutsch-Südwestafrika, in: Heyden, Ulrich van der/ Zeller, Joachim (Hg.): Kolonialismus hierzulande. Eine Spurensuche in Deutschland. Erfurt 2007, S. 363-369.
- Brehl, Medardus: Vernichtung als Arbeit an der Kultur. Kolonialdiskurs, kulturelles Wissen und der Völkermord an den Herero, in: Zeitschrift für Genozidforschung 2 (2000) 2, S. 8-28.
- Breuer, Stefan: Carl Schmitt im Kontext. Intellektuellenpolitik in der Weimarer Republik. Berlin 2012.
- Breuer, Stefan: Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik. 2. Aufl. (1. Aufl. 2008). Darmstadt 2010.
- Breuer, Stefan: Gescheiterte Milieubildung. Die Völkischen im Kaiserreich, in: ZfG 52 (2004) 11, S. 995-1016.
- Brogini Künzi, Giulia: Italien und der Abessinienkrieg 1935/36. Kolonialkrieg oder Totaler Krieg? (= Phil. Diss., Univ. Bern 2002). (= Krieg in der Geschichte Bd. 23). Paderborn (u.a.) 2006.
- Bruendel, Steffen: Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg. (= Phil. Diss., Univ. Bielefeld 2001). Berlin 2003.
- Buchen, Sylvia: Neue Geschlechterkonstruktionen und (queere) subkulturelle Strömungen in der Weimarer Republik, in: Freiburger FrauenStudien 17 (2005), S. 203-224.
- Büschel, Hubertus: Das Schweigen der Subalternen. Die Entstehung der Archivkritik im Postkolonialismus, in: Horstmann, Anja/ Kopp, Vanina (Hg.): Archiv – Macht – Wissen. Organisation und Konstruktion von Wissen und Wirklichkeiten in Archiven. Frankfurt a. M. 2010, S. 73-88.
- Campbell, I[an] C.: New Zealand and the Mau in Samoa. Reassessing the Causes of a Colonial Protest Movement, in: New Zealand Journal of History 33 (1999) 1, S. 92-110.
- Chu, Winson: The German minority in interwar Poland. (= Publications of the German Historical Institute). Cambridge 2012.

- Ciarlo, David: Advertising empire. Race and visual culture in imperial Germany. (= Harvard historical studies Bd. 171). Cambridge (Mass.) 2011.
- Conrad, Sebastian/ Osterhammel, Jürgen: Einleitung, in: (dies.) (Hg.): Das Kaiserreich transnational *(siehe Blackbourn: Das Kaiserreich transnational)*, S. 7-27.
- Conrad, Sebastian/ Randeria, Shalini (Hg.): Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften. 2., erw. Aufl. (1. Aufl. 2002). Frankfurt a. M./ New York 2013.
- Conrad, Sebastian: Globalisierung und Nation im Deutschen Kaiserreich. München 2006.
- Cooper, Frederick (2002): Aufstieg, Niedergang und Wiederaufstieg der colonial studies 1951-2001, in: (ders.): Kolonialismus denken. Konzepte und Theorien in kritischer Perspektive. Frankfurt a. M. 2012 (englisch zuerst erschienen als: Colonialism in Question. Theory, Knowledge, History. Berkeley 2007), S. 69-105.
- Cooper, Frederick (2003): Staaten, Imperien und politische Phantasie, in: (ders.): Kolonialismus denken *(siehe (ders.): Aufstieg, Niedergang und Wiederaufstieg)*, S. 255-336.
- Cooper, Frederick/ Stoler, Ann Laura: Between Metropole and Colony. Rethinking a Research Agenda, in: (dies.) (Hg.): Tensions of Empire. Colonial Cultures in a Bourgeois World. Berkeley (CA) 1997, S. 1-56.
- Crozier, Andrew: Imperial Decline and the Colonial Question in Anglo-German Relations 1919-39, in: European Studies Review 11 (1981) 2, S. 207-242.
- Crozier, Andrew: The Colonial Question in Stresemann`s Locarno Policy, in: The International History Review 4 (1982) 1, S. 37-54.
- Csáky, Moritz/ Feichtinger, Johannes/Prutsch, Ursula (Hg.): Habsburg postcolonial. Machtstrukturen und kollektives Gedächtnis. (= Gedächtnis – Erinnerung – Identität Bd. 2). Innsbruck/ Wien/ München (u.a.) 2003.
- Dabag, Mihran: National-koloniale Konstruktionen in politischen Entwürfen des Deutschen Reichs um 1900, in: (ders.)/ Gründer, Horst/ Ketelsen, Uwe-K. (Hg.): Kolonialismus, Kolonialdiskurs und Genozid. (= Genozid und Gedächtnis Bd. 3). München 2004, S. 19-66.
- Daniel, Ute: Art. Frauen, in: Hirschfeld, Gerhard/ Krumeich, Gerd/ Renz, Irina (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg. Erneut aktualisierte und erw. Studienausg., 2. Aufl. (1. Aufl. 2003). Paderborn 2014, S. 116-134.

- Demantowsky, Marko: Geschichtskultur und Erinnerungskultur – zwei Konzeptionen des einen Gegenstandes. Historischer Hintergrund und exemplarischer Vergleich, in: Geschichte, Politik und ihre Didaktik 33 (2005) 3/4, S. 11-20.
- Demhardt, Imre Josef: Deutsche Kolonialgesellschaft 1888-1918. Ein Beitrag zur Organisationsgeschichte der deutschen Kolonialbewegung. (= Magisterarbeit, Univ. Frankfurt a. M. 1987). Wiesbaden 2002.
- Denzer, Jörg: Die Konquista der Augsburger Welser-Gesellschaft in Südamerika 1528-1556. (= Phil. Diss., Freiburg i. Br. 2003). (= Schriftenreihe der Zeitschrift für Unternehmensgeschichte Bd. 15). München 2005.
- Dharampal-Frick, Gita: Indien im Spiegel deutscher Quellen (1500-1750). Studien zu einer interkulturellen Konstellation. (= Habilitationsschrift, Univ. Freiburg 1992). (= Frühe Neuzeit Bd. 18). Tübingen 1994.
- Dickinson, Edward Ross: The German Empire: an Empire?, in: History Workshop Journal [33] (2008) 66, S. 129-162.
- Dinkel, Jürgen/ Greiner, Florian/ Methfessel, Christian: „Murder of a European“. Der „bedrohte Europäer“ als Leitmotiv im Kolonialdiskurs vom Zeitalter des Hochimperialismus bis zur Epoche der Dekolonisation, in: ZfG 62 (2014) 3, S. 219-238.
- Dinkel, Jürgen: Die Bewegung bündnisfreier Staaten. Genese, Organisation und Politik (1927-1992). (= Phil. Diss., Univ. Gießen 2013). (= Studien zur internationalen Geschichte Bd. 37). Berlin/ München/ Boston 2015.
- Dipper, Christof/ Schieder, Wolfgang: Art. Propaganda, in: Brunner, Otto/ Conze, Werner/ Koselleck, Reinhart (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. 8 Bde. Bd. 5: Pro – Soz. Stuttgart 1984, 69-112.
- Diziol, Sebastian: „Deutsche, werdet Mitglieder des Vaterlandes!“ Der deutsche Flottenverein 1898-1934. (= Phil. Diss., Univ. Hamburg 2014). (= Kulturgeschichte des Politischen). 2 Bde. Kiel 2015.
- Djomo, Esaïe: „Des Deutschen Feld, es ist die Welt!“ Pangermanismus in der Literatur des Kaiserreichs, dargestellt am Beispiel der deutschen Koloniallyrik. Ein Beitrag zur Literatur im historischen Kontext. (= Phil. Diss., Univ. Saarbrücken 1992). (= Saarbrücker Beiträge zur Literaturwissenschaft Bd. 31). St. Ingbert 1992.
- Djomo, Esaïe: Eine Bildungsstätte für Kulturpioniere ohne Betätigungsfeld. Die Deutsche Kolonialschule zu Witzenhausen an der Werra in der Weimarer Republik, in:

Halse, Sven (Hg.): Worte, Blicke, Träume. Beiträge zum deutschen Kolonialismus in Literatur, Fotografie und Ausbildung. (= Text & Kontext. Jahrbuch für Germanistische Literaturforschung in Skandinavien, Sonderreihe Bd. 53). Kopenhagen/ München 2007, S. 165-186.

- Doyle, Michael: Empires. (= Cornell studies in comparative history). Ithaca (NY) (u.a.) 1986.
- Dreyer, Michael/ Lembcke, Oliver: Die deutsche Diskussion um die Kriegsschuldfrage 1918/19. (= Beiträge zur Politischen Wissenschaft Bd. 70). Berlin 1993.
- Drummond, Elizabeth A.: „Durch Liebe stark, deutsch bis ins Mark“. Weiblicher Kulturimperialismus und der Deutsche Frauenverein für die Ostmarken, in: Planert, Ute (Hg.): Nation, Politik und Geschlecht. Frauenbewegungen und Nationalismus in der Moderne. (= Geschichte und Geschlechter Bd. 31). Frankfurt a. M./ New York, S. 147-159.
- Drummond, Elizabeth A.:: „Einen kräftigen Damm gegen die polnische Hochflut zu errichten“. Kultur und Natur im deutschen Ostmarkendiskurs (1886-1914), in: Bialas, Wolfgang (Hg.): Die nationale Identität der Deutschen. Philosophische Imaginationen und historische Mentalitäten. Frankfurt a. M. (u. a.) 2002, S. 99-113.
- Duchhardt, Heinz: Afrika und die deutschen Kolonialprojekte der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts, in: Archiv für Kulturgeschichte 68 (1986) 1, S. 119-133.
- Duignan, Peter/ Gann, Lewis H. (Hg.): Colonialism in Africa 1870-1960. 5 Bde. Cambridge 1969-1973.
- Dünnwald, Stephan: Integration als soziale Konstruktion des Fremden in Deutschland, in: Sociologia Internationalis. Europäische Zeitschrift für Kulturforschung 49 (2011) 1, S. 7-27.
- Düwell, Kurt: Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918-1932. Grundlinien und Dokumente. (= Habilitationsschrift Univ. Köln 1974). Köln (u. a.) 1976.
- Dyroff, Stefan: Aneignung oder Beseitigung des Fremden. Auf der Suche nach einem deutschen Heimatbewusstsein in der Provinz Posen, in: Flegel, Silke/ Hoffmann, Frank (Hg.): Barrieren, die man durchschreiten kann, wenn man das Geschick dazu hat“. Grenzmarken und Grenzgänge im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts. Beiträge des Promotionskollegs Ost-West. (= Gesellschaft und Kultur. Neue Bochumer Beiträge und Studien Bd. 3). Hamburg 2006, S. 57-91.

- Dyroff, Stefan: Das ostmärkische Erbe im Deutschland der Zwischenkriegszeit. Zur ostdeutschen Traditionspflege in Berlin, Frankfurt (Oder) und der Grenzmark, in: Studia historica slavo-germanica 26 (2004/05 [2006]), S. 167-203.
- Dyroff, Stefan: Erinnerungskultur im deutsch-polnischen Kontaktbereich. Bromberg und der Nordosten der Provinz Posen (Wojewodschaft Poznań) 1871-1939. (= Phil. Diss., Univ. Frankfurt a. d. O. 2006 u. d. T.: Erinnerungskultur im Nordosten der Provinz Posen (Wojewodschaft Poznań) in den Jahren 1871 bis 1939). (= Einzelveröffentlichungen des DHI Warschau Bd. 19). Osnabrück 2007.
- Dyroff, Stefan: Preußische Ostmark. Nationales Konkurrenzgebahren, in: Hahn, Hans Henning/ Traba, Robert (Hg.): Deutsch-Polnische Erinnerungsorte. 5 Bde. Bd. 1: Geteilt/ Gemeinsam. Paderborn 2015, S. 157-175.
- Eberhardt, Martin: Zwischen Nationalsozialismus und Apartheid. Die deutsche Bevölkerungsgruppe Südwestafrika 1915-1965. (= Phil. Diss., Univ. Konstanz 2005). (= Periplus-Studien Bd. 10). Berlin 2007.
- Eberl, Immo: Vertriebenenverbände. Entstehung, Funktion, Wandel, in: Beer, Mathias (Hg.): Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im deutschen Südwesten nach 1945. (= Schriftenreihe des Instituts für Donauschwäbische Geschichte und Landeskunde Bd. 3). Sigmaringen 1994, S. 211-234.
- Eckert, Andreas/ Randeria, Shalini (Hg.): Vom Imperialismus zum Empire. Nicht-westliche Perspektiven auf die Globalisierung. (= edition suhrkamp Bd. 2548). Frankfurt a. M. 2009.
- Eckert, Andreas: Panafrikanismus, afrikanische Intellektuelle und Europa im 19. und 20. Jahrhundert, in: Journal of Modern European History 4 (2006) 2, S. 224-240.
- Eisler, Cornelia: Minderheitenpolitik in Polen und Deutschland. Das „Grenz- und Auslandsdeutschtum“ 1919-1939 als Forschungsfeld. In: Jahrbuch für Europäische Ethnologie [10] (2015), S. 77-94.
- Eley, Geoff: Germany and its colonies. Margins and metropole, in: WerkstattGeschichte 19 (2010) 55, S. 63-71.
- Eley, Geoff: Reshaping the German right. Radical nationalism and political change after Bismarck. (= PhD-thesis, Univ. of Brighton (UK) 1974). (= Social history, popular culture, and politics in Germany). Nachdruck und mit neuer Einleitung der 1. Aufl. New Haven 1980. Ann Arbor (MI) 1991.

- El-Tayeb, Fatimah: Schwarze Deutsche. Der Diskurs um „Rasse“ und nationale Identität 1890-1933. (= Phil. Diss., Univ. Hamburg 1999). Frankfurt a. M./New York 2001.
- Elvert, Jürgen: Mitteleuropa! Deutsche Pläne zur europäischen Neuordnung 1918-1945. (= Habilitationsschrift Univ. Kiel 1996). (= HMRG-Beihefte Bd. 35). Stuttgart 1999.
- Epkenhans, Michael: Aspekte des deutschen Englandbildes 1800-1914. Vorbild und Rivale, in: Westfälische Forschungen 44 (1994), S. 329-342.
- Erbar, Ralph: Art. Schnee, Albert Hermann Heinrich, in: Hockerts, Hans Günter (Hg.): Neue Deutsche Biographie. Bisher 25 Bde. Bd. 23: Schinzel – Schwarz. Berlin 2007, S. 280 f.
- Eser, Ingo: „Volk, Staat, Gott!“ Die deutsche Minderheit in Polen und ihr Schulwesen 1918-1939. (= Phil. Diss., Univ. Marburg 2006). (= Veröffentlichungen des Nordost-Instituts Bd. 15). Wiesbaden 2010.
- Faehndrich, Jutta: Eine endliche Geschichte. Die Heimatbücher der deutschen Vertriebenen. (= Phil. Diss. Univ. Erfurt 2009). (= Visuelle Geschichtskultur Bd. 5). Köln/ Wien 2011.
- Fahlbusch, Michael/ Haar, Ingo (Hg.): German scholars and ethnic cleansing 1919-1945. Foreword by Georg G. Iggers. New York (u.a.) 2005.
- Fahlbusch, Michael/ Haar, Ingo (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen – Institutionen – Forschungsprogramme – Stiftungen. München 2008.
- Fahlbusch, Michael: „Wo der deutsche ... ist, ist Deutschland!“ Die Stiftung für Deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig 1920-1933. (= Phil. Diss., Univ. Osnabrück 1993/94 u. d. T.: Stiftung für Deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig). (= Beiheft der Abhandlungen zur Geschichte der Geowissenschaften und Religion-Umwelt-Forschung Bd. 6). Bochum 1994.
- Falk, Francesca/ Lüthi, Barbara/ Purtschert, Patricia (Hg.) Postkoloniale Schweiz. Formen und Folgen eines Kolonialismus ohne Kolonien. (= Postcolonial Studies Bd. 10). Bielefeld 2012.
- Faulstich, Werner: Die bürgerliche Mediengesellschaft. (= Die Geschichte der Medien Bd. 4). Göttingen 2002.
- Fehlemann, Silke: „Leidgemeinschaft“. Kriegserfahrungen im Ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit, in: Geschichte im Westen 26 (2011), S. 35-60.

- Feldman, David: The New Imperial History [Rezension zu: Hall, Catherine: Civilising Subjects. Metropole and Colony in the English Imagination 1830-1867. Cambridge 2002], in: Journal of Victorian Culture 9 (2004) 2, S. 235-240.
- Fensch, Dorothea: Zur Vorgeschichte, Organisation und Tätigkeit des Deutschen Schutzbundes in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Revanchismus. (= Phil. Diss., Univ. Rostock 1966). 2 Bde. [jeweils ohne Untertitel]. O. O., o. J. [Rostock 1966].
- Fenske, Hans: Imperialistische Tendenzen in Deutschland vor 1866. Auswanderung, überseeische Bestrebungen, Weltmachtträume, in: Historisches Jahrbuch 97/98 (1978), S. 336-383.
- Fenske, Reiner: Vom ›Randphänomen‹ zum ›Verdichtungsraum‹. Geschichte der ›Rechtsextremismus‹-Forschungen seit 1945. (= Masterarbeit TU Dresden 2012 u. d. T.: Geschichte der ‚Rechtsextremismus'- Forschungen von ihren Anfängen bis heute). Münster 2013.
- Fischer, Peter: Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1939. (= Phil. Diss., Univ. Münster 1990). (= Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund Bd. 7). Wiesbaden 1991.
- Fitzpatrick, Matthew P.: Liberal imperialism in Germany. Expansionism and nationalism, 1848-1884. (= Monographs in German history Bd. 23). New York (u.a.) 2008.
- Fitzpatrick, Matthew P.: Nazifying colonialism. Settler colonialism and the fate of Germany´s colonial chronotope, in: Settler Colonial Studies 6 (2016) 1, S. 23-44.
- Flemming, Jens: Die Bewaffnung des „Landvolks". Ländliche Schutzwehren und agrarischer Konservatismus in der Anfangsphase der Weimarer Republik, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 25/26 (1979) 2, S. 7-36.
- Fließ, Gerhard/ John, Jürgen: Art. Deutsche Studentenschaft (DSt) 1919-1936, in: Fricke (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte *(siehe ebd.),* Bd. 2: Deutsche Liga für Völkerbund – Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Leipzig 1984, S. 367-379.
- Fließ, Gerhard/ John, Jürgen: Art. Deutscher Hochschulring (DHR) 1920-1933, in: Fricke (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte *(siehe Fließ/ John: Art. Deutsche Studentenschaft)*, S. 116-127.
- Föllmer, Moritz: The Problem of National Solidarity in Interwar Germany, in: German History 23 (2005) 2, S. 202-231.

- Förster, Stig: Hundert Jahre danach. Neue Literatur zum Ersten Weltkrieg, in: NPL 60 (2015) 1, S. 5-25.
- Förster, Stig: Imperialismus, Militarismus und das deutsche Kaiserreich. Grundtendenzen in der Historiographie der DDR zur deutschen Geschichte von 1897/98 bis 1914, in: Fischer, Alexander/ Heydemann, Günther (Hg.): Geschichtswissenschaft in der DDR. 2 Bde. Bd. 2: Vor- und Frühgeschichte bis Neueste Geschichte. (= Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung Bd. 25/2). Berlin 1990, S. 711-734.
- Forstreuter, Kurt: Art. Brönner-Höpfner, Elisabeth (geb. Brönner), in: (ders.)/ Gause, Fritz (Hg.): Altpreußische Biographie. 5 Bde. Bd. 3: Ergänzungen zu Bd. 1 und 2. Marburg 1975, S. 875 f.
- Frerich, Johannes/ Frey, Martin: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. 3 Bde. Bd. 1: Von der vorindustriellen Zeit bis zum Ende des Dritten Reiches. München/ Wien 1993.
- Frey, Marc: Experten, Stiftungen und Politik. Zur Genese des globalen Diskurses über Bevölkerung seit 1945, in: Zeithistorische Studien/ Studies in Contemporary History 4 (2007) 1/2, S. 137-159.
- Fricke, Dieter (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). 4 Bde. Leipzig 1983-86.
- Frings, Andreas/ Marx, Johannes (Hg.): Erzählen, Erklären, Verstehen. Beiträge zur Wissenschaftstheorie und Methodologie der Historischen Kulturwissenschaften. (= Beiträge zu den Historischen Kulturwissenschaften Bd. 3). Berlin 2008.
- Fröhlich, Michael: Das lange Scheitern einer Illusion. Die Deutsche Kolonialbewegung im Kaiserreich, in: Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento/ Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient 24 (1998 [1999]), S. 217-238.
- Führer, Karl Christian: Auf dem Weg zur „Massenkultur"? Kino und Rundfunk in der Weimarer Republik, in: HZ 262 (1996) 3, S. 739-781.
- Fuhrmann, Wolfgang: Imperial Projections. Screening the German Colonies. (= Film Europa Bd. 17). New York/ Oxford 2005.
- Gabriel, Gottfried: Art. Solipsismus, in: Ritter, Joachim/ Gründer, Karlfried (Hg.): Historisches Wörterbuch der Philosophie. 13 Bde. Bd. 9: Se-Sp. Darmstadt 1995, Sp. 1018-1023.

- Gall, Alexander: Authentizität, Dramatik und der Erfolg der populären zoologischen Illustration im 19. Jahrhundert : „Brehms Thierleben“ und die „Gartenlaube“, in: Samida, Stefanie (Hg.): Inszenierte Wissenschaft. Zur Popularisierung von Wissen im 19. Jahrhundert. (= Histoire Bd. 21). Bielefeld 2011, S. 103-126.
- Gann, Lewis H.: Marginal colonialism. The German case, in: (ders.)/ Knoll, Arthur J. (Hg.): Germans in the tropics. Essays in German colonial history. (= Contributions in comparative colonial studies Bd. 24). New York (u.a.) 1987, S. 1-17.
- Gentzen, Felix-Heinrich: Die Rolle des Deutschen Ostmarkenvereins bei der Bildung einer fünften Kolonne in Polen zur Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges, in: Stern, Leo/ Jerussalimski, A[rkadi] S[samssonovic]/ Bartel, Walter (u.a.) (Hg.): Der deutsche Imperialismus und der Zweite Weltkrieg. Materialien der wissenschaftlichen Konferenz der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR zum Thema „Der deutsche Imperialismus und der Zweite Weltkrieg“ vom 14. Bis 19.12.1959 in Berlin. 5 Bde. Bd. 2: Die Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs durch den deutschen Imperialismus. Berlin 1961, S. 199-215.
- Gentzen, Felix-Heinrich: Zur Geschichte des deutschen Revanchismus in der Periode der Weimarer Republik, in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas 4 (1960), S. 40-76.
- Gerbing, Stefan: Afrodeutscher Aktivismus. Interventionen von Kolonisierten am Wendepunkt der Dekolonisierung Deutschlands 1919. (= Zivilisationen & Geschichte Bd. 6). Frankfurt a. M. 2010.
- Gerhard, Otto/ Houwink ten Cate, Johannes (Hg.): Das organisierte Chaos. „Ämterdarwinismus“ und „Gesinnungsethik“. Determinanten nationalsozialistischer Besatzungsherrschaft. (= Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939-1945 Bd. 7). Berlin 1999.

- Gerhard, Otto/ Houwink ten Cate, Johannes (Hg.): Das organisierte Chaos. „Ämterdarwinismus“ und „Gesinnungsethik“. Determinanten nationalsozialistischer Besatzungsherrschaft. (= Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939-1945 Bd. 7). Berlin 1999.

- Glück, Helmut: Die preussisch-polnische Sprachenpolitik. Eine Studie zur Theorie und Methodologie der Forschung über Sprachenpolitik, Sprachbewußtsein und Sozialgeschichte am Beispiel der preußisch-deutschen Politik gegenüber der polnischen Minderheit vor 1914. (= Phil. Diss., Univ. Osnabrück 1978). Hamburg 1979.

- Golczewski, Mechthild: Die Grenzbüchereien im „Volkstumskampf“ gegen Polen 1900-1939, in: Alexander, Manfred/ Kämpfer, Frank/ Kappeler, Andreas (Hg.): Kleine Völker in der Geschichte Osteuropas. Festschrift für Günther Stökl zum 75. Geburtstag. (= Beiheft der Jahrbücher für Geschichte Osteuropas Bd. 5). Stuttgart 1991, S. 105-118.
- Goldenbaum, Hans: Nationalsozialismus als Antikolonialismus. Die deutsche Rundfunkpropaganda für die arabische Welt, in: VfZ 64 (2016) 3, S. 449-490.
- Göttsche, Dirk/ Dunker, Axel/ Dürbeck, Gabriele (Hg.): Handbuch Postkolonialismus und Literatur. Stuttgart 2017.
- Gottwald, Herbert: Art. Centralverein für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande (CHF) 1878-1925, in: Fricke (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte *(siehe ebd.)*, Bd. 1: Alldeutscher Verband – Deutsche Liga für Menschenrechte. Leipzig 1983, S. 427-430.
- Gottwald, Herbert: Art. Deutscher Kolonialverein (DKv) 1882-1887, in: Fricke (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte *(siehe Fließ/ John: Art. Deutsche Studentenschaft)*, S. 159-162.
- Grabowski, Sabine: Deutscher und polnischer Nationalismus. Der Deutsche Ostmarken-Verein und die polnische Stra‘z 1894-1914. (= Phil. Diss., Univ. Düsseldorf 1997). (= Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung Bd. 3). Marburg 1998.
- Gregor, Neil/ Roemer, Nils/ Roseman, Mark (Hg.): German History from the Margins. Bloomington (IN) (u.a.) 2006.
- Große, Judith/ Spöring, Francesco/ Tschurenev, Jana (Hg.): Biopolitik und Sittlichkeitsreform. Kampagnen gegen Alkohol, Drogen und Prostitution 1880-1950. (= Globalgeschichte Bd. 18). Frankfurt a. M./ New York 2014.
- Grosse, Pascal Kolonialismus, Eugenik und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland 1850-1918. (= Campus Forschung Bd. 815). (= Phil. Diss., FU Berlin 1997). Frankfurt a. M./ New York 2000.
- Gründer, Horst: Christliche Heilsbotschaft und weltliche Macht. Studien zum Verhältnis von Mission und Kolonialismus. Gesammelte Aufsätze. Hgg. von Thomas Küster/ Franz-Josef Post/ Clemens Sorgenfrey. (= Europa-Übersee Bd. 14). Münster 2004.
- Gründer, Horst: Kolonialismus und Marxismus. Der deutsche Kolonialismus in der Geschichtsschreibung der DDR, in: Fischer/ Heydemann (Hg.): Geschichtswissenschaft in der DDR *(siehe Förster: Imperialismus, Militarismus und das deutsche Kaiserreich)*, S. 671-709.

- Grupp, Peter: Deutschland, Frankreich und die Kolonien. Der französische „Parti colonial“ und Deutschland von 1890 bis 1914. (= Tübinger Studien zur Geschichte und Politik Bd. 32). Tübingen 1980.
- Grupp, Peter: Parti colonial Français und deutsche Kolonialbewegung, in: Fisch, Stefan (Hg.): Machtstrukturen im Staat in Deutschland und Frankreich/ Les structures de pouvoir dans l'État en France et en Allemagne. (= Schriftenreihe des Deutsch-Französischen Historikerkomitees Bd. 1). München 2007, S. 147-162.
- Grygier, Tadeusz: Hitlerowska polityka narodowościowa w Prusach Wschodnich [Die faschistische Nationalitätenpolitik in Ostpreußen], in: Komunikaty mazursko-warminskie [21] (1969) 2, S. 159-186.
- Guettel, Jens-Uwe: German expansionism, imperial liberalism, and the United States 1776-1945. Cambridge (Mass.) (u.a.) 2013.
- Gümbel, Annette: „Volk ohne Raum“. Der Schriftsteller Hans Grimm zwischen nationalkonservativem Denken und völkischer Ideologie. (= Phil. Diss., Univ. Gießen 2002). (= Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte Bd. 134). Darmstadt/ Marburg 2003.
- Gutjahr, Ortrud/ Hermes, Stefan (Hg.): Maskeraden des (Post-)Kolonialismus. Verschattete Repräsentationen ‚der Anderen‘ in der deutschsprachigen Literatur und im Film. (= Interkulturelle Moderne Bd. 1). Würzburg 2012.
- Haar, Ingo: Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten. [= Phil. Diss., Univ. Halle 1998]. (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Bd. 143). Göttingen 2000.
- Haas, Stefan: Theory Turn. Entstehungsbedingungen, Epistemologie und Logik der Cultural Turns in der Geschichtswissenschaft, in: (ders.)/ Wischermann, Clemens (Hg.): Die Wirklichkeit der Geschichte. Wissenschaftstheoretische, mediale und lebensweltliche Aspekte eines (post-)konstruktivistischen Wirklichkeitsbegriffes in den Kulturwissenschaften. Stuttgart 2015, S. 11-44.
- Hacke, Jens: Einleitung. Moritz Julius Bonn – Liberale Krisendiagnostik in der Weimarer Demokratie, in: Bonn, Moritz Julius: Zur Krise der Demokratie. Politische Schriften in der Weimarer Republik 1919-1932. Hgg. von Jens Hacke. (= Schriften zur europäischen Ideengeschichte Bd. 9). Berlin/ Boston 2015, S. 1-38.
- Hagemann, Albrecht: Die Entstehung und Entwicklung der Apartheid. Eine Skizze, in: Rüsen, Jörn/ Vörös-Rademacher, Hildegard (Hg.): Südafrika. Apartheid und

Menschenrechte in Geschichte und Gegenwart. (= Bibliothek der Historischen Forschung Bd. 4). Pfaffenweiler 1992, S. 17-34.

- Hagenlücke, Heinz: Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches. (= Phil. Diss., Univ. Düsseldorf 1993). (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 108). Düsseldorf 1997.
- Hahn, Eva/ Hahn, Hans Henning: Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte. Paderborn (u.a.) 2010.
- Hahn, Hans-Werner/ Kaiser, Tobias: Die Arbeitsgruppe zur Geschichte der bürgerlichen Parteien 1962-1990. Ein geisteswissenschaftliches Großprojekt, in: Hoßfeld, Uwe/ Kaiser, Tobias/ Mestrup, Heinz (Hg.): Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945-1990). 2 Bde. Bd. 2: [ohne Untertitel]. Köln/ Weimar/ Wien 2007, S. 1687-1714.
- Hakim, Adi: Pan-Africanism and Communism. The Communist International, Africa and the Diaspora 1919-1939. (= The Harriet Tubman Series on the African Diaspora). Trenton (NJ) (u.a.) 2013.
- Hampe, Peter: Sozioökonomische und psychische Hintergründe der bildungsbürgerlichen Imperialbegeisterung, in: Vondung, Klaus (Hg.): Das wilhelminische Bildungsbürgertum. Zur Sozialgeschichte seiner Ideen. (= Kleine Vandenhoeck-Reihe Bd. 1420). Göttingen 1976, S. 67-79.
- Hancock, Eleanor: The purge of the SA reconsidered: „an old putschist trick"?, in: Central European History 44 (2011) 4, S. 669-683.
- Hanisch, Ernst: Die linguistische Wende. Geschichtswissenschaft und Literatur, in: Hardtwig, Wolfgang/ Wehler, Hans-Ulrich (Hg.): Kulturgeschichte heute. (= GG-Sonderheft Bd. 16). Göttingen 1996, S. 212-230.
- Hanschmidt, Alwin: Panslawismus – Pangermanismus – Panromanismus. Übernationale Kulturen oder machtpolitische Ideologien? Horst Gründer zum 65. Geburtstag gewidmet, in: Laer, Hermann von/ Scheer, Klaus-Dieter (Hg.): Kultur und Kulturen. (= Vechtaer Universitätsschriften Bd. 23). Münster 2004, S. 139-162.
- Hartwig, Edgar: Art. Deutsche Kolonialgesellschaft (DKG) 1887-1936, in: Fricke (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte *(siehe Gottwald: Art. Centralverein für Handelsgeographie)*, S. 724-748.

- Harvey, Elizabeth: Pilgrimages to the „Bleeding Border“. Gender and rituals of nationalist protest in Germany 1919-39, in: Women´s History Review 9 (2000) 2, S. 201-229.
- Harvey, Elizabeth: Serving the Volk, saving the nation. Women in the youth movement and the public sphere in Weimar Germany, in: Jones, Larry Eugene/ Retallack, James (Hg.): Elections, mass politics, and social change in modern Germany: New perspectives. (= Publications of the German Historical Institute). Washington (D.C.) 1992, S. 201-221.
- Haslinger, Peter: Nationalismus und Regionalismus. Konflikt oder Koexistenz?, in: Ther, Philipp/ Sundhaussen, Holm (Hg.): Regionale Bewegungen und Regionalismen in europäischen Zwischenräumen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. (= Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung Bd. 18). Marburg 2003, S. 267-274.
- Haunfelder, Bernd: Art. Ehrhardt (-Oppeln), Franz, in: (ders.): Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1871-1933. Biographisches Handbuch und historische Photographien. (= Photodokumente zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 4). Düsseldorf 1999, S. 307.
- Haupt, Heinz-Gerhard/ Kocka, Jürgen: Historischer Vergleich. Methoden, Aufgaben, Probleme. Eine Einleitung, in: (dies.) (Hg.): Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung. Frankfurt a. M./ New York 1996, S. 9-45.
- Häußler, Matthias: Soldatische Hinterwäldler oder Avantgarde? Über die Kaiserliche Schutztruppe in „Deutsch-Südwestafrika“, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 71 (2012) 2, S. 309-327.
- Healy, Róisín: From Commonwealth to Colony? Poland under Prussia, in: (dies.)/ Dal Lago, Enrico (Hg.): The shadow of colonialism on Europe's modern past. Basingstoke/ London 2014, S. 109-125.
- Heimpel, Hermann: [Rezension zu: Heydte, Friedrich August Freiherr von der: Die Geburtsstunde des souveränen Staates. Ein Beitrag zur Geschichte des Völkerrechts, der allgemeinen Staatslehre und des politischen Denkens. Regensburg 1952], in: Göttingische Gelehrte Anzeigen 208 (1954) 3/4, S. 197-221.
- Heinemann, Isabel: Rasse, Siedlung, deutsches Blut. das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas. (= Phil. Diss., Univ. Freiburg i. Br. 2001). (= Moderne Zeit Bd. 2). Göttingen 2003.

- Heinemann, Isabel: Umvolkungspläne, Rassenauslese, Zwangsumsiedlungen. Die Rasseexperten der SS und die bevölkerungspolitische Neuordnung Europas: In: Melville, Ralph/ Pešek, Jiři/ Scharf, Claus (Hg.): Zwangsmigrationen im mittleren und östlichen Europa. Völkerrecht – Konzeptionen – Praxis (1938-1950). (= Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz Bd. 69). Mainz 2007, S. 203-218.
- Heinemann, Ulrich: Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik. (= Phil. Diss., Univ. Bochum 1981). (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Bd. 59). Göttingen 1983.
- Heinsohn, Kirsten: Konservative Parteien in Deutschland 1912 bis 1933. Demokratisierung und Partizipation in geschlechterhistorischer Perspektive. (= Habilitationsschrift Univ. Hamburg 2006). (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 155). Düsseldorf 2010.
- Heise, Robert/ Watermann, Daniel: Vereinsforschung in der Erweiterung. Historische und sozialwissenschaftliche Perspektiven, in: GG 43 (2017) 1, S. 5-31.
- Hell, Jürgen: Das „südbrasilianische Neudeutschland“. Der annexionistische Grundzug der wilhelminischen und nazistischen Brasilienpolitik (1895-1938), in: Sanke, Heinz (Hg.): Der deutsche Faschismus in Lateinamerika 1933-1943. Berlin 1966, S. 103-124.
- Hennig, Eike: Materialien zur Diskussion der Monopolgruppentheorie. Anmerkungen zu Kurt Gossweilers „Großbanken, Industriemonopole, Staat“, in: NPL 18 (1973) 2, S. 170-193.
- Henschel, Christhardt: Territoriale Expansion und „völkische Flurbereinigung“. Überlegungen für einen „polnischen Grenzstreifen“ im Ersten Weltkrieg, in: Colloquia Baltica 19 (2010), S. 61-74.
- Hentges, Gudrun: Der Rassen-Begriff im Zeitalter der Aufklärung, in: Heister, Hanns-Werner (Hg.): Die Ambivalenz der Moderne/ Musik, Gesellschaft, Geschichte. 5 Bde. Bd. 3: Biologismus, Rassismus, Rentabilität. Berlin 2007, S. 37-57.
- Herb, Guntram Henrik: Under the map of Germany. Nationalism and propaganda 1918-1945. London 1997.
- Hering, Rainer: „Parteien vergehen, aber das deutsche Volk muß weiterleben“. Die Ideologie der Überparteilichkeit als wichtiges Element der politischen Kultur im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: Schmitz, Walter/ Vollnhals, Clemens (Hg.): Völkische Bewegung – Konservative Revolution – Nationalsozialismus. Aspekte

einer politisierten Kultur. (= Kulturstudien Bd. 2 = Kultur und antidemokratische Politik in Deutschland Bd. 1). Dresden 2005, S. 33-43.

- Hering, Rainer: Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939. [= Habilitationsschrift Univ. Hamburg 2002]. (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte Bd. 40). Hamburg 2003.
- Hertz-Eichenrode, Dieter: Die Vertriebenenorganisationen der BRD in polnischer Sicht [Sammelrezension], in: Politische Vierteljahresschrift 11 (1970) 3, S. 464 ff.
- Hertz-Eichenrode, Dieter: Heinrich von Treitschke und das deutsch-polnische Verhältnis. Einige Bemerkungen, ausgehend von dem Aufsatz „Das deutsche Ordensland Preußen“ (1862), in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 41 (1993), S. 45-89.
- Hertz-Eichenrode, Dieter: Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919-1930. Untersuchung eines Strukturproblems in der Weimarer Republik. Mit einer Einleitung von Hans Herzfeld. (= Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft Bd. 23). Köln/ Opladen 1969.
- Heyden, Ulrich van der: Die Afrikawissenschaften in der DDR. Eine akademische Disziplin zwischen Exotik und Exempel. Eine wissenschaftsgeschichtliche Untersuchung. (= Phil. Diss., FU Berlin 1997). (= Die DDR und die Dritte Welt Bd. 5). Hamburg 1999.
- Heyn, Susanne: „Gründet Jugendgruppen, denn sie schaffen Freude!“ Zur Geschichte kolonialer Mädchengruppen in Deutschland von 1926 bis 1933, in: Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte [25?] (2009) 56, S. 16-22.
- Hiden, John W.: The Weimar Republic and the Problem of the Auslandsdeutsche, in: JCH 12 (1977) 2, S. 273-289.
- Hildebrand, Klaus: Monokratie oder Polykratie? Hitlers Herrschaft und das Dritte Reich, in: Hirschfeld, Gerhard/ Kettenacker, Lothar (Hg.): Der „Führerstaat“. Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches. (= Veröffentlichungen des DHI London Bd. 8). Stuttgart 1981, S. 73-97.
- Hildebrand, Klaus: Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945. (= Phil. Diss., Univ. Mannheim 1967). (= Veröffentlichungen des Historischen Instituts der Universität Mannheim Bd. 1). München 1969.
- Hind, Robert J.: The internal colonial concept, in: Comparative Studies in Society and History 26 (1984) 3, S. 543-568.

- Hinnenberg, Wolfgang: Die deutschen Bestrebungen zur wirtschaftlichen Durchdringung Tanganyikas 1925 bis 1933. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Kolonialpolitik in der Weimarer Republik. (= Phil. Diss., Univ. Hamburg 1973). O. O., o. J. [Hamburg 1973].
- Hirschfelder, Gunther/ Winterberg, Lars: Das ‚Volk' und seine ‚Stämme'. Leitbegriffe deutscher Identitätskonstruktionen sowie Aspekte ihrer ideologischen Funktionalisierung in der ‚Volkskunde' der Weimarer Republik und des ‚Dritten Reichs', in: Fischer, Erik (Hg.): ‚Deutsche Musikkultur im östlichen Europa'. Konstellationen – Metamorphosen – Desiderata – Perspektiven. (= Berichte des interkulturellen Forschungsprojekts „Deutsche Musikkultur im östlichen Europa" Bd. 4). Stuttgart 2012, S. 22-44.
- Hirschhausen, Ulrike von/ Leonhard, Jörn: Empires und Nationalstaaten im 19. Jahrhundert. (= rote Reihe des Freiburg Institute of Advanced Studies Bd. 1). Göttingen 2009.
- Hirschhausen, Ulrike von: A New Imperial History? Programm, Potenzial, Perspektiven, in: GG 41 (2015) 4, S. 718-757.
- Hoegen, Jesko von: Der „Marschall" und der „Gefreite". Visualisierung und Funktionalisierung des Hindenburg-Mythos im „Dritten Reich", in: Politische Ikonographie 1 (2009), URL: http://edoc.hu-berlin.de/kunsttexte/2009-1/von-hoegen-jesko-1/PDF/von-hoegen.pdf [Stand: 9.7.2016].
- Hoffmann, Stefan-Ludwig: Geselligkeit und Demokratie. Vereine und zivile Gesellschaft im transnationalen Vergleich 1750-1914. (= Synthesen. Probleme europäischer Geschichte Bd. 1). Göttingen 2003.
- Hofmeyr, Isabel: The Black Atlantic Meets the Indian Ocean. Forging New Paradigms of Transnationalism in the Global South. Literary and Cultural Perspectives", in: Social Dynamics 33 (2007) 2, S. 3-32.
- Höhne, Günter: Art. Deutsche Liga für den Völkerbund (DLfV) 1918 – April 1933, in: Fricke (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte *(siehe Fließ/ John: Art. Deutsche Studentenschaft)*, S. 9-16.
- Honold, Alexander/ Simons, Oliver (Hg.): Kolonialismus als Kultur. Literatur, Medien, Wissenschaft in der deutschen Gründerzeit des Fremden. (= Kultur, Herrschaft, Differenz Bd. 2). Tübingen/ Basel 2002.

- Höpfner, Hans-Paul: Deutsche Südosteuropapolitik in der Weimarer Republik. (= Phil. Diss., Univ. Bonn 1982). (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Bd. 182). Frankfurt a. M./ Bern 1983.
- Horne, John/ Gerwarth, Robert (Hg.): Krieg im Frieden. Paramilitärische Gewalt in Europa nach dem Ersten Weltkrieg. Göttingen 2013 (englisch zuerst erschienen als: War in peace. paramilitary violence in Europe after the Great War. Oxford 2012).
- Horstmann, Anne-Kathrin: „Das deutsche Volk braucht Kolonien". Konrad Adenauer und der Kolonialrevisionismus, in: (dies.)/ Bechhaus-Gerst (Hg.): Köln und der deutsche Kolonialismus *(siehe Bechhaus-Gerst: „Raum ohne Volk […]")*, S. 197-203.
- Hösch, Edgar: Deutschland, Europa und der Balkan, in: Südosteuropa-Mitteilungen 42 (2002) 4, S. 47-59.
- Hösch, Edgar: Die „Balkanisierung". Vor- und Schreckbilder der Entstehung neuer Nationalstaaten, in: Lemberg, Hans (Hg.): Grenzen in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert. Aktuelle Forschungsprobleme. (= Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung Bd. 10). Marburg 2000, S. 79-94.
- Howe, Stephen: Introduction. New Imperial Histories, in: (ders.) (Hg.): The new imperial histories reader. (= Routledge Readers in History). London/ New York 2010, S. 1-20.
- Hülsewiesche, Reinhold: Art. Präsentismus, in: Ritter, Joachim/ Gründer, Karlfried (Hg.): Historisches Wörterbuch der Philosophie. 13 Bde. Bd. 7: P-Q. Darmstadt 1989, Sp. 1257 ff.
- Hunczak, Taras: Polish Colonial Ambitions in the Inter-war Period, in: Slavic Review 26 (1967) 4, S. 648-656.
- Imhof, Michael: Die Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik. Geschichte, Organisation und gesellschaftliche Bedeutung. (= Phil. Diss., Univ. Marburg 1975). O. O., o. J. [Marburg 1975].
- Inachin, Kyra T.: Nationalstaat und regionale Selbstbehauptung. Die preußische Provinz Pommern 1815-1945. (= Quellen und Studien aus den Landesarchiven Mecklenburg-Vorpommerns Bd. 7). Bremen 2005.
- Jabłkowska, Joanna/ Saryusz-Wolska, Magdalena: KKK (Kinder, Küche, Kirche) und Mutter Polin. An- und abwesend. Weiblichkeitsmodelle in der deutschen und polnischen Kultur, in: Hahn, Hans Henning/ Traba, Robert (Hg.): Deutsch-Polnische Erinnerungsorte. 5 Bde. Bd. 3: Parallelen. Paderborn 2012, S. 337-359.

- Jacobsen, Hans-Adolf: Nationalsozialistische Außenpolitik 1933-1938. Frankfurt a. M./ Berlin 1968.
- Jaeger, Friedrich: Historische Kulturwissenschaft, in: (ders.)/ Straub, Jürgen (Hg.): Handbuch der Kulturwissenschaften. 3 Bde. Bd. 2: Paradigmen und Disziplinen. Stuttgart/ Weimar 2004, S. 518-545.
- Jäger, Siegfried/ Jäger, Margarete/ Cleve, Gabriele (u.a.): Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden. Medien und Straftaten. Mit Vorschlägen zur Vermeidung diskriminierender Berichterstattung. Duisburg 1998.
- Jaworski, Rudolf: Der auslandsdeutsche Gedanke in der Weimarer Republik, in: Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento/ Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient 4 (1978), S. 369-386.
- Jaworski, Rudolf: Ostmitteleuropa. Zur Tauglichkeit und Akzeptanz eines historischen Hilfsbegriffs, in: Eberhard, Winfried/ Lemberg, Hans/ Heimann, Heinz-Dieter (u.a.) (Hg.): Westmitteleuropa – Ostmitteleuropa. Vergleiche und Beziehungen. Festschrift für Ferdinand Seibt zum 65. Geburtstag. (= Veröffentlichungen des Collegium Carolinum Bd. 70). München 1992, S. 37-45.
- Jaworski, Rudolf: Zur Kulturträgertheorie, der Pflege des Grenz- und Auslandsdeutschtums und zur deutschtumszentrierten Ostforschung in der Zwischenkriegszeit, in: Schmitz, Walter (Hg.): Zwischeneuropa/ Mitteleuropa. Sprache und Literatur in interkultureller Konstellation. Akten des Gründungskongresses des Mitteleuropäischen Germanistenverbandes. (= Veröffentlichungen des Mitteleuropäischen Germanistenverbandes Bd. 1). Dresden 2007, S. 174-180.
- Jaworski, Rudolf: Zwischen Polenliebe und Polenschelte. Zu den Wandlungen des deutschen Polenbildes im 19. und 20. Jahrhundert, in: Aschmann, Birgit/ Salewski, Michael (Hg.): Das Bild „des Anderen". Politische Wahrnehmung im 19. und 20. Jahrhundert. (= HMRG-Beihefte Bd. 37). Stuttgart 2000, S. 80-89.
- Jeserich, Kurt G. A.: Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, in: (ders.)/ Heinrich, Gerd/ Henning, Friedrich-Wilhelm (Hg.): Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands 1815-1945. Organisation – Aufgaben – Leistungen der Verwaltung. Stuttgart/ Berlin/ Köln 1992, S. 495-587.
- Joseph, Richard A.: The German Question in French Cameroon (1919-1939), in: Comparative Studies in Society and History 17 (1975) 1, S. 65-90.

- Jungcurt, Uta: Alldeutscher Extremismus in der Weimarer Republik. Denken und Handeln einer einflussreichen bürgerlichen Minderheit. (= Phil. Diss., Univ. Mannheim 2014). Berlin/ Boston 2016.
- Jureit, Ulrike: Das Ordnen von Räumen. Territorium und Lebensraum im 19. und 20. Jahrhundert. Hamburg 2012.
- Jureit, Ulrike: Ordnungen des politischen Raumes im Kaiserreich. Territorium, Raumschwund und leerer Raum, in: Marung, Steffi/ Naumann, Katja (Hg.): Vergessene Vielfalt. Territorialität und Internationalisierung in Ostmitteleuropa seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. (= Transnationale Geschichte Bd. 2). Göttingen 2014, S. 47-61.
- Kaiser, Jochen-Christoph: Freie Wohlfahrtsverbände im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Ein Überblick, in: Westfälische Forschungen 43 (1993), S. 26-57.
- Kalinke, Heinke: „Grenzmark Posen-Westpreußen“. Anatomie eines Heimatbuchs der Zwischenkriegszeit, in: Fendl, Elisabeth (Hg.): Zur Ästhetik des Verlusts. Bilder von Heimat, Flucht und Vertreibung. (= Schriftenreihe des Johannes-Künzig-Instituts Bd. 12). Münster (u.a.) 2010, S. 25-44.
- Keskinen, Suvi/ Tuori, Salla / Irni, Sari (Hg.): Complying with Colonialism. Gender, Race and Ethnicity in the Nordic Region. Farnham 2009.
- Kessler, Wolfgang: Elitenwechsel. Die Gebietsabtretungen in Posen-Westpreußen und Oberschlesien 1920-1922 und die regionalen Führungsschichten, in: Schulz, Günther (Hg.): Vertriebene Eliten. Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert. (= Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit Bd. 24). München 2001, S. 41-60.
- Klautke, Egbert: Auf den Spuren des Sonderwegs. Zur Westorientierung der deutschen Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik, in: Berg, Manfred/ Gassert, Philipp (Hg.): Deutschland und die USA in der internationalen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Festschrift für Detlef Junker. (= Transatlantische Historische Studien Bd. 19). Stuttgart 2004, S. 98-112.
- Klein-Arendt, Reinhard/ Heyn, Susanne: „Glücklich das Volk, welches, gewollt oder ungewollt, keine Kolonien besitzt!“ Kolonialkritik in Deutschland zwischen 1750 und 1933, in: Heyden/ Zeller (Hg.): Kolonialismus hierzulande *(siehe Brehl: Orte des Ichs)*, S. 251-261.
- Kleßmann, Christoph/ Frackowiak, Johannes: Die Polenpolitik des Deutschen Kaiserreichs 1871-1918, in: (ders.) (Hg.): Nationalistische Politik und Ressentiments.

Deutsche und Polen von 1871 bis zur Gegenwart. (= Berichte und Studien des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung Bd. 64). Göttingen 2013, S. 23-38.

- Klotz, Marcia: The Weimar Republic. A postcolonial state in an still-colonial world, in: Ames, Eric/ Klotz, Marcia/ Wildenthal, Lora (Hg.): Germany's colonial pasts. Foreword by Sander L. Gilman (= Texts and contexts). Lincoln (NE)/ London 2005, S. 135-147.
- Koinzer, Thomas: Wohnen nach dem Krieg. Wohnungsfrage, Wohnungspolitik und der Erste Weltkrieg in Deutschland und Großbritannien (1914-1932). (= Phil. Diss., HU Berlin 2001). (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bd. 72). Berlin 2002.
- Kokkonen, Pellervo: Religious and Colonial Realities. Cartography of the Finnish Mission in Ovamboland, Namibia, in: History in Africa 20 (1993), S. 155-171.
- Kölling, Bernd: Preußisches Landkino in den zwanziger Jahren. Grenzen der kulturellen Modernisierung im ostelbischen Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Brandenburg, in: Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte 47 (1996), S. 131-148.
- Kopp, Kristin Leigh Germany's wild east. Constructing Poland as colonial space. (= Social history, popular culture, and politics in Germany). Ann Arbor (MI) 2012.
- Kopp, Kristin Leigh: The Weimar „Drang nach Osten“. Colonial depictions of Poland in German interwar literature, in: Krobb, Florian/ Martin, Elaine (Hg.): Weimar colonialism. Discourses and legacies of post-imperialism in Germany after 1918. (= Postkoloniale Studien in der Germanistik Bd. 6). Bielefeld 2014, S. 189-207.
- Koschorke, Albrecht/ Lüdemann, Susanne/ Frank, Thomas (u.a.): Der fiktive Staat. Konstruktionen des politischen Körpers in der Geschichte Europas. (= Fischer-Taschenbuch Bd. 17147). Frankfurt a. M. 2007.
- Kößler, Reinhart: Kolonialherrschaft. Auch eine deutsche Vergangenheit, in: Niederlande-Studien 40 (2005), S. 23-40.
- Köstler, Wolfgang: Die „Ostarbeit“ an der Universität Greifswald 1919-1945, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 18 (1969) 3/4, S. 273-288.
- Köstlin, Konrad: Volkskultur als Argument. Jugendbewegte Expeditionen zu den zerstreuten Deutschen, in: Störtkuhl, Beate/ Stüben, Jens/ Weger, Tobias (Hg.): Aufbruch und Krise. Das östliche Europa und die Deutschen nach dem Ersten Weltkrieg. (= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa Bd. 41). München 2010, S. 509-520.

- Kotowski, Albert S./ Matelski, Dariusz (Bearb.): Quellen zur Geschichte der deutschen Minderheit in Polen von 1919 bis 1939 in deutschen und polnischen Archiven sowie in polnischen Bibliotheken, in: Dokumentation Ostmitteleuropa 19 (1993) 6, S. 1-53.
- Kotowski, Albert S.: Die erste Vertreibung der Deutschen aus Polen? Die Migrationsbewegungen in Posen und Pommerellen nach dem Ersten Weltkrieg, in: Dahlmann, Dittmar (Hg.): Unfreiwilliger Aufbruch. Migration und Revolution von der Französischen Revolution bis zum Prager Frühling. (= Migration in Geschichte und Gegenwart Bd. 2). Essen 2007, S. 171-186.
- Kotowski, Albert S.: Polens Politik gegenüber seiner deutschen Minderheit 1919-1939. (= Habilitationsschrift Univ. Freiburg i. Br. 1996). (= Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund Bd. 23). Wiesbaden 1998.
- Kotowski, Wojciech Stefan (Bearb.): Quellen zur Geschichte der deutschen Minderheit in Polen von 1919 bis 1939 in deutschen und polnischen Archiven, in: Dokumentation Ostmitteleuropa 18 (1992) 3/4, S. 1-88.
- Kozielek, Gerard: Ideologische Aspekte der Mittelalter-Rezeption zu Beginn des 19. Jahrhunderts, in: Wapnewski, Peter (Hg.): Mittelalter-Rezeption. Ein Symposion. (= Berichtsbände der germanistischen Symposien Bd. 6). Stuttgart 1986, S. 119-132.
- Krause, Ingo Till: „Koloniale Schuldlüge“ ? Die Schulpolitik in den afrikanischen Kolonien Deutschlands und Britanniens im Vergleich. (= Phil. Diss., FU Berlin 2006). (= Studien zur Geschichtsforschung der Neuzeit Bd. 51). Hamburg 2007.
- Krebs, Siegfried: „Neue“ Kolonialpolitik und koloniale Siedlung in Tanganyika. Ein Beitrag gegen die neokolonialistische Verfälschung der Geschichte der deutschen Kolonialpolitik in der Zeit der Weimarer Republik. (= Phil. Diss., Univ. Leipzig 1963). O. O., o. J. [Leipzig 1963].
- Krekeler, Norbert: Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. (= Phil. Diss., Univ. Bonn 1971 u. d. T.: Zur Deutschtumspolitik des Auswärtigen Amtes in den durch den Versailler Vertrag abgetretenen Gebieten 1918-1933. Der Revisionsanspruch und die finanzielle Unterstützung deutscher Volksgruppen in Polen). (= VfZ-Schriftenreihe Bd. 27). Stuttgart 1973.
- Krüger, Peter: Die Aussenpolitik der Republik von Weimar. 2., unveränderte Aufl. (1. Aufl. 1985). Darmstadt 1993.

- Kühl, Stefan Die Internationale der Rassisten. Aufstieg und Niedergang der internationalen eugenischen Bewegung im 20. Jahrhundert. 2., aktualisierte Aufl. (1. Aufl. 1997). Frankfurt a. M./ New York 2014.
- Kühl, Stefan: Organisationen. Eine sehr kurze Einführung. Wiesbaden 2011.
- Kühl, Stefan: Wirtschaft und Gesellschaft. Neomarxistische Ansätze, in: Maurer, Andrea (Hg.): Handbuch der Wirtschaftssoziologie. (= Wirtschaft + Gesellschaft). Wiesbaden 2008, S. 124-151.
- Kühne, Thomas: Colonialism and the Holocaust. Continuities, Causations, and Complexities, in: Journal of Genocide Research 15 (2013) 3, S. 339–362.
- Kundrus, Birthe: Das Reichskolonialamt zwischen nationalem Geltungsbewusstsein und Weltbürgertum, in: Heyden, Ulrich van der/ Zeller, Joachim (Hg.): „Macht und Anteil an der Weltherrschaft“. Berlin und der deutsche Kolonialismus. Münster 2005, S. 14-21.
- Kundrus, Birthe: Die imperialistischen Frauenverbände des Kaiserreichs. Koloniale Phantasie- und Realgeschichte im Verein, in: Basler Afrika Bibliographien, Working Paper No. 3 (2005); URL: http://www.freiburg-postkolonial.de/Seiten/Kundrus.pdf [Stand: 27.7.2015].
- Kundrus, Birthe: Moderne Imperialisten. Das Kaiserreich im Spiegel seiner Kolonien. (= Habilitationsschrift Univ. Oldenburg 2002 u. d. T.: Koloniale Behauptungen. Kolonialinteresse und Deutsch-Südwestafrika 1884-1914). Köln 2003.
- Kundrus, Birthe: Von der Peripherie ins Zentrum. Zur Bedeutung des Kolonialismus für das Deutsche Kaiserreich, in: Müller, Sven Oliver/ Torp, Cornelius (Hg.): Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse. Göttingen 2009, S. 359-373.
- Küttler, Wolfgang/ Middell, Matthias/ Zeuske, Michael: Manfred Kossok – Wege zur Weltgeschichte, in: Kossok, Manfred: Ausgewählte Schriften. 3 Bde. Bd. 1: Kolonialgeschichte und Unabhängigkeitsbewegung in Lateinamerika. Hgg. von Matthias Middell und Michael Zeuske. (= Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung Bd. 19). Leipzig 2000, S. IX-LII.
- Küttler, Wolfgang: Bemerkungen zum Platz der osteuropäischen Geschichte in der DDR-Historiographie im Rahmen des Ost-West-Konflikts, in: Dahlmann, Dittmar (Hg.): Hundert Jahre osteuropäische Geschichte. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. (= Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa Bd. 68). Stuttgart 2005, S. 159-172.

- Laak, Dirk van: Afrika vor den Toren. Deutsche Raum- und Ordnungsvorstellungen nach der erzwungenen Dekolonisation, in: Hardtwig, Wolfgang (Hg.): Ordnungen in der Krise. Zur politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1900-1933. (= Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit Bd. 22). München 2007, S. 95-112.
- Laak, Dirk van: Erzählen, Erklären oder Erbsenzählen? Über das Verhältnis von Literatur und Geschichtsschreibung, in: GWU 66 (2015) 7/8, S. 365-383.
- Laak, Dirk van: Imperiale Infrastruktur. Deutsche Planungen für eine Erschließung Afrikas 1880-1960. (= Habilitationsschrift, Univ. Jena 2001). Paderborn (u.a.) 2004.
- Laba, Agnes: „Entgegen dem feierlich erklärten Mehrheitswillen“. Das Volk als diskursive Ressource im Ostgrenzen-Diskurs der Weimarer Republik, in: Kämper, Heidrun/ Haslinger, Peter/ Raithel, Thomas (Hg.): Demokratiegeschichte als Zäsurgeschichte. Diskurse der frühen Weimarer Republik. (Diskursmuster/ Discourse Patterns Bd. 5). Berlin 2014, S. 123-152.
- Lakeberg, Beata Dorota: Die deutsche Minderheitenpresse in Polen 1918-1939 und ihr Polen- und Judenbild. (= Phil. Diss., Univ. Oldenburg 2007). (= Die Deutschen und das östliche Europa Bd. 6). Frankfurt a. M./ Berlin/ Bern 2010.
- Langbehn, Volker/ Salama, Mohammad: Introduction, in: (dies.) (Hg.): German Colonialism. Race, the Holocaust, and Postwar Germany. New York 2011, S. IX-XXXI.
- Langewiesche, Dieter (2003): Was heißt ‚Erfindung der Nation‘? Nationalgeschichte als Artefakt – oder Geschichtsdeutung als Machtkampf, in: (ders.): Reich, Nation, Föderation. Deutschland und Europa. (= Beck'sche Reihe Bd. 1873). München 2008, S. 15-35.
- Langewiesche, Dieter (2007): Das alte Reich nach seinem Ende – die Reichsidee in der deutschen Politik. Versuch einer nationalgeschichtlichen Neubewertung in welthistorischer Perspektive, in: (ders.): Reich, Nation, Föderation *(siehe Langewiesche: Was heißt ‚Erfindung der Nation‘?)*, S. 211-234.
- Langewiesche, Dieter: Nationalismus als Pflicht zur Intoleranz, in: Mattioli, Aram/ Ries, Markus/ Rudolph, Enno (Hg.): Intoleranz im Zeitalter der Revolutionen. Europa 1770-1848. (= Kultur – Philosophie – Geschichte Bd. 1). Zürich 2004, S. 281-302.
- Lawaty, Andreas: 1918. Das Ende des Ersten Weltkrieges, Deutschlands Zusammenbruch und die erste Wiederherstellung des polnischen Staates, in: Nordost-Archiv (N. F.) 2 (1993) 1, S. 19-34.

- Lemke, Heinz: Georg Cleinow und die deutsche Polenpolitik 1914-1916, in: Klein, Fritz (Hg.): Politik im Krieg 1914-1918. Studien zur Politik der deutschen herrschenden Klassen im ersten Weltkrieg. Berlin/ DDR 1964, S. 134-166.
- Leniger, Markus: Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit“ und Umsiedlungspolitik 1933-1945. Von der Minderheitenbetreuung zur Siedlerauslese. (= Phil. Diss., Univ. Bochum 2004 u. d. T.: Heim im Reich?). (= Geschichtswissenschaft Bd. 6). Berlin 2006.
- Lenk, Kurt (1982): Elite – Begriff oder Phänomen?, in: (ders.): Von Marx zur Kritischen Theorie. Dreißig Interventionen. (= Edition DISS Bd. 24). Münster 2009, S. 195-211.
- Lerp, Dörte: Imperiale Grenzräume. Bevölkerungspolitiken in Deutsch-Südwestafrika und den östlichen Provinzen Preußens 1884-1914. (= Phil. Diss., Univ. Rostock 2014). Frankfurt a. M. 2016.
- Lindner, Ulrike: Plätze an der Sonne? Die Geschichtsschreibung auf dem Weg in die deutschen Kolonien, in: AfS 48 (2008), S. 487-510.
- Lingelbach, Gabriele: „… die Hungernden zu speisen“. Zur Entwicklung des Spendenverhaltens in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 60 (2010) 51/52, S. 29-34.
- Linne, Karsten: Rendsburg. Zwischen Afrika-Träumereien und „Osteinsatz“. Die Koloniale Frauenschule, in: Heyden/ Zeller (Hg.): Kolonialismus hierzulande *(siehe Brehl: Orte des Ichs)*, S. 131-136.
- Linse, Ulrich: Antiurbane Bestrebungen in der Weimarer Republik, in: Alter, Peter (Hg.): Im Banne der Metropolen. Berlin und London in den zwanziger Jahren. (= Veröffentlichungen des DHI London Bd. 29). Göttingen 1993, S. 314-344.
- Liszkowski, Uwe: Osteuropaforschung und Politik. Ein Beitrag zum historisch-politischen Denken von Otto Hoetzsch. (= Habilitationsschrift, Univ. Kiel 1987). (= Osteuropaforschung Bd. 19). 2 Bde. Berlin 1988.
- Liulevicius, Vejas Gabriel: Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg. Hamburg 2002 (auf Englisch zuerst erschienen als: War Land on the Eastern Front. Culture, National Identity and German Occupation in World War I. Cambridge (Mass.) 2000).
- Lixfeld, Hannjost: Aufbau und Aufgaben von Rosenbergs Reichsarbeitsgemeinschaft für Deutsche Volkskunde, in: (ders.)/ Jacobeit, Wolfgang/ Bockhorn, Olaf (Hg.): Völkische Wissenschaft. Gestalten und Tendenzen der deutschen und österreichischen Volkskunde

in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Helmut Paul Fielhauer gewidmet. Wien (u.a.) 1994, S. 205-217.

- Loth, Heinrich: Bemerkungen zur Tradition der antikolonialen Demagogie des deutschen Imperialismus, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 18 (1969) 3, S. 475-482.
- Louis, William Roger (Hg.): Imperialism. The Robinson and Gallagher controversy. New York 1976.
- Luchesi, Brigitte: Art. Nativismus, in: Cancik, Hubert/ Gladigow, Burkhard/ Kohl, Karl-Heinz (Hg.): Handbuch religionswissenschaftlicher Grundbegriffe. 5 Bde. Bd. 4: Kultbild – Rolle. Stuttgart/ Berlin/ Köln 1998, S. 219 ff.
- Lüdtke, Alf: Geschichte und „Eigensinn“, in: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.): Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte. Münster 1994, S. 139-153.
- Ludwig, Claudia-Yvonne: Die nationalpolitische Bedeutung der Ostsiedlung in der Weimarer Republik und die öffentliche Meinung. (= Phil. Diss., Univ. Heidelberg 2003). (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Bd.1000). Frankfurt a. M. 2004.
- Luther, Tammo: Volkstumspolitik des Deutschen Reiches 1933-1938. Die Auslanddeutschen im Spannungsfeld zwischen Traditionalisten und Nationalsozialisten. (= Phil. Diss., Univ. Kiel 2002). (= HMRG-Beihefte Bd. 55). Stuttgart 2004.
- Mackensen, Rainer (Hg.): Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik im „Dritten Reich“. Opladen 2004.
- Majer, Diemut: Das besetzte Osteuropa als deutsche Kolonie (1939-1944). Die Pläne der NS-Führung zur Beherrschung Osteuropas, in: Jahrbuch zur Geschichte und Wirkung des Holocaust [9] (2005), S. 111-134.
- Mallmann, Klaus-Michael/ Cüppers, Martin: Halbmond und Hakenkreuz. Das Dritte Reich, die Araber und Palästina. (= Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart Bd. 8). 3. Aufl. (1. Aufl. 2006). Darmstadt 2011.
- Manoschek, Walter: Partisanenkrieg und Genozid. Die Wehrmacht in Serbien 1941, in: (ders.) (Hg.) Die Wehrmacht im Rassenkrieg. Der Vernichtungskrieg hinter der Front. Wien 1996, S. 142-167.
- Manz, Stefan: Constructing a German Diaspora. The „Greater German Empire“. 1871-1918. (= Routledge Studies in Modern European History Bd. 24). New York 2014.

- Martin, Bernd (Hg.): Die deutsche Beraterschaft in China 1927-1938. Militär – Wirtschaft – Außenpolitik. Düsseldorf 1981.
- Martin, Peter: Die Liga gegen koloniale Unterdrückung, in: Heyden/ Zeller (Hg.): „…Macht und Anteil an der Weltherrschaft.“ *(siehe Kundrus: Das Reichskolonialamt)*, S. 261-269.
- Marung, Steffi: Zivilisierungsmissionen à la polonaise. Polen, Europa und der Osten, in: Comparativ 20 (2010) 1, S. 100-122.
- Maß, Sandra: Weiße Helden, schwarze Krieger. Zur Geschichte kolonialer Männlichkeit in Deutschland 1918-1964. (= Phil. Diss., EUI Florenz 2004). Köln/ Weimar/ Wien 2006.
- Maul, Daniel Roger: Von der Etsch bis an den Belt...? Die Deutsche Rechte und das Südtirolproblem 1919-1933. (= Magisterarbeit LMU München 2000). (= magi-e; forum historicum Bd. 8). München 2003.
- Maur, Hans: Beiträge zur Geschichte der Stadt Greifswald im Sommer 1919, in: Greifswald-Stralsunder Jahrbuch 3 (1963), S. 91-100.
- McClintock, Anne: The Angel of Progress. Pitfalls of the Term „Post-Colonialism“, in: social text 14 (1992) 31/32, S. 84-98.
- Meier, Helmut: Deutsche Mitteleuropa-Konzepte. Vorherrschaftspläne oder Visionen gutnachbarlicher Partnerschaft?, in: Kultursoziologie 12 (2003) 2, S. 135-157.
- Mergel, Thomas: Das Kaiserreich als Migrationsgesellschaft, in: Müller, Sven Oliver/ Torp, Cornelius (Hg.): Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse. Göttingen 2009, S. 374-391.
- Mergel, Thomas: Führer, Volksgemeinschaft und Maschine. Politische Erwartungsstrukturen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus 1918-1936, in: Hardtwig (Hg.): Politische Kulturgeschichte *(siehe Bösch: Militante Geselligkeit)*, S. 91-127.
- Merkenich, Stephanie: Grüne Front gegen Weimar. Reichs-Landbund und agrarischer Lobbyismus 1918-1933. (= Phil. Diss., Univ. Düsseldorf 1996 u. d. T.: Für Ar und Halm: agrarische Interessenpolitik im Reichs-Landbund 1918-1933). (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 113). Düsseldorf 1998.
- Michels, Eckard: Von der Deutschen Akademie zum Goethe-Institut. Sprach- und auswärtige Kulturpolitik 1923-1960. (= Studien zur Zeitgeschichte Bd. 70). München 2005.

- Mieck, Ilja: Preußen und Westeuropa, in: Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Handbuch der Preussischen Geschichte. 3 Bde. Bd. 1: Das 17. und 18. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens. Berlin/ New York 2009, S. 411-847.
- Moltmann, Günter: Die Bedeutung der revisionistischen Geschichtsschreibung in den Vereinigten Staaten für das amerikanisch-deutsche Verhältnis in der Weimarer Zeit, in: Internationales Jahrbuch für Geschichts- und Geographieunterricht 11 (1967), S. 88-100.
- Mommsen, Hans: Die Realisierung des Utopischen. Die „Endlösung der Judenfrage“ im „Dritten Reich“, in: GG 9 (1983) 3, S. 381-420.
- Moos, Carlo: Mussolinis faschistisches Imperium, in: Gehler, Michael/ Rollinger, Robert (Hg.): Imperien und Reiche in der Weltgeschichte. Epochenübergreifende und globalhistorische Vergleiche. 2 Bde. Bd. 2: Neuzeitliche Imperien, zeitgeschichtliche Imperien, Imperien in Theorie, Geist, Wissenschaft, Recht und Architektur, Wahrnehmung und Vermittlung. Wiesbaden 2014, S. 1133-1163.
- Mrowka, Heinrich (Bearb.): Die polnische Minderheit in Deutschland vor dem Hintergrund der anderen Bevölkerungsgruppen, in: Dokumentation Ostmitteleuropa (N.F.) 20 (1994) 3/4, S. 1-97.
- Mühlhahn, Klaus: Herrschaft und Widerstand in der „Musterkolonie“ Kiautschou. Interaktionen zwischen China und Deutschland 1897-1914. (= Phil. Diss., FU Berlin 1998). (= Studien zur internationalen Geschichte Bd. 8). München 2000.
- Müller, Frank Lorenz: „Der Traum von der Weltmacht“. Imperialistische Ziele in der deutschen Nationalbewegung von der Rheinkrise bis zum Ende der Paulskirche, in: Jahrbuch der Hambach-Gesellschaft 6 (1996/97 [1997]), S. 99-183.
- Müller, Helmut: Die Zentralbank – eine Nebenregierung. Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht als Politiker der Weimarer Republik. (= Schriften zur politischen Wirtschafts- und Gesellschaftslehre Bd. 5). Opladen 1973.
- Müller-Armack, Alfred: Geistesgeschichte der Kolonialpläne und der Kolonialexpansion des Deutschen Barock, in: (ders.): Religion und Wirtschaft. Geistesgeschichtliche Hintergründe unserer europäischen Lebensform. Stuttgart 1959, S. 245-327.
- Münch, Paul: „Rassenreinheit“. Zu Geschichte, Inhalt und Wirkungen eines anthropologischen Axioms, in: Burschel, Peter / Marx, Christoph (Hg.): Reinheit. (= Veröffentlichungen des Instituts für Historische Anthropologie e.V. Bd. 12). Köln/ Weimar/ Wien 2011, S. 421-462.

- Münker, Stefan/ Roesler, Alexander: Poststrukturalismus. 2., aktualisierte und erw. Aufl. (1. Aufl. 2012). Stuttgart/ Weimar 2012.
- Myers, Perry: German visions of India 1871-1918. Commandeering the holy Ganges during the Kaiserreich. Basingstoke 2013.
- Nakata, Jun: Der Grenz- und Landesschutz in der Weimarer Republik 1918-1933. Die geheime Aufrüstung und die deutsche Gesellschaft. (= Einzelschriften zur Militärgeschichte Bd. 41). Freiburg i. Br. 2002.
- Nantambu, Kwame: Pan-Africanism versus Pan-African Nationalism. An Afrocentric Analysis, in: Journal of Black Studies 28 (1998) 5, S. 561-574.
- Naranch, Bradley [Daniel]: Inventing the ‚Auslandsdeutsche'. Emigration, colonial fantasy, and German national identity 1848-71, in: Ames/ Klotz/ Wildenthal (Hg.): Germany´s colonial pasts. *(siehe Klotz: The Weimar Republic)*, S. 21-40.
- Nathaus, Klaus: Organisierte Geselligkeit. Deutsche und britische Vereine im 19. und 20. Jahrhundert. (= Phil. Diss., HU Berlin 2008). (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Bd. 181). Göttingen 2009.
- Niendorf, Mathias: „So ein Haß war nicht". Zeitzeugenbefragungen zum deutsch-polnischen Grenzgebiet der Zwischenkriegszeit, in: BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History 10 (1997) 1, S. 17-33.
- Niendorf, Mathias: Minderheiten an der Grenze. Deutsche und Polen in den Kreisen Flatow (Złotów) und Zempelburg (Sępólno Krajeńskie); 1900-1939. (= Phil. Diss., Univ. Kiel 1996). (= Quellen und Studien des DHI Warschau Bd. 6). Wiesbaden 1997.
- Nietzel, Benno: Im Bann des Raums. Der ‚Osten' im deutschen Blick vom 19. Jahrhunderts bis 1945, in: Gebhard, Gunther/ Geisler, Oliver/ Schröter, Steffen (Hg.): Das Prinzip „Osten". Geschichte und Gegenwart eines symbolischen Raums. (= Edition Kulturwissenschaft). 2010, S. 21-49.
- Nipperdey, Thomas (1961): Interessenverbände und Parteien in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, in: (ders.): Gesellschaft, Kultur, Theorie. Gesammelte Aufsätze zur neueren Geschichte. (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Bd. 18). Göttingen 1976, S. 319-337.
- Nipperdey, Thomas (1972): Verein als soziale Struktur in Deutschland im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert. Eine Fallstudie zur Modernisierung I, in: (ders.): Gesellschaft, Kultur, Theorie *(siehe (ders.): Interessenverbände und Parteien)*, S. 174-205.

- Nöhre, Joachim: Das Selbstverständnis der Weimarer Kolonialbewegung im Spiegel ihrer Zeitschriftenliteratur. (= Phil. Diss., Univ. Münster 1997). (= Unipress Bd. 103). Münster 1998.
- Oberkrome, Willi: „Deutsche Heimat“. Nationale Konzeption und regionale Praxis von Naturschutz, Landschaftsgestaltung und Kulturpolitik in Westfalen-Lippe und Thüringen (1900-1960). (= Habilitationsschrift Freiburg i. Br. 2002/03). (= Forschungen zur Regionalgeschichte Bd. 47). Paderborn (u.a.) 2004.
- Oberkrome, Willi: „Grenzkampf“ und „Heimatdienst“. Geschichtswissenschaft und Revisionsbegehren, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 25 (1996), S. 187-204.
- Oexle, Otto Gerhard (1992): Das Mittelalter und das Unbehagen an der Moderne. Mittelalterbeschwörungen in der Weimarer Republik und danach, in: (ders.): Geschichtswissenschaft im Zeichen des Historismus. (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Bd. 116). Göttingen 1996, S. 137-162.
- Ofuatey-Alazard, Nadja: Art. ‚Eingeborene_r‘, in: (dies.)/ Arndt, Susan (Hg.): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk. 2., korrigierte Aufl. (1. Aufl. 2011). Münster 2015, S. 683.
- Olbrich, Josef: Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland. Opladen 2001.
- Oldenburg, Jens: Der Deutsche Ostmarkenverein (1894-1934). (= Phil. Diss., FU Berlin 2000). Berlin 2002.
- Oltmer, Jochen: Migration und Politik in der Weimarer Republik. (= Habilitationsschrift Univ. Osnabrück 2001). Göttingen 2005.
- Osterhammel, Jürgen/ Jansen, Jan C.: Dekolonisation. Das Ende der Imperien. (= Beck'sche Reihe Bd. 2785: Wissen). München 2013.
- Osterhammel, Jürgen/ Jansen, Jan C.: Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen. 7., vollständig überarbeitete und aktualisierte Aufl. (1. Aufl. 1995). München 2012.
- Osterhammel, Jürgen: [Rez. zu: Burton, Antoinette M. (Hg.): After the Imperial Turn. Thinking with and through the Nation. Durham (NC) 2003.], in: http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-4452 [Stand: 8.4.2015].
- Osterhammel, Jürgen: [Rez. zu: Wilson, Kathleen (Hg.): A New Imperial History. Culture, Identity and Modernity in Britain and the Empire 1660-1840, Cambridge 2004.],

in: sehepunkte 5 (2005) 4, URL: http://www.sehepunkte.de /2005/04/6602.html [Stand: 8.4.2015].

- Osterhammel, Jürgen: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts. (= Historische Bibliothek der Gerda-Henkel-Stiftung). 6. Aufl. (1. Aufl. 2009). München 2012.
- Osterhammel, Jürgen: Gesellschaftsgeschichte und Historische Soziologie, in: (ders.)/ Langewiesche, Dieter/ Nolte, Paul (Hg.): Wege der Gesellschaftsgeschichte. (= GG-Sonderheft Bd. 22). Göttingen 2006, S. 81-102.
- Osterhammel, Jürgen: Imperialgeschichte, in: Cornelißen, Christoph (Hg.): Geschichtswissenschaften. Eine Einführung. Frankfurt a. M. 2000, S. 221-232.
- Osterhammel, Jürgen: Transkulturell vergleichende Geschichtswissenschaft, in: Haupt/ Kocka (Hg.): Geschichte und Vergleich *(siehe (dies.): Historischer Vergleich)*, S. 271-313.
- Ott, Hugo: Das Reichsministerium für Wiederaufbau in seiner wirtschaftspolitischen Funktion für den Arbeitsmarkt 1919/20, in: Kellenbenz, Hermann (Hg.): Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt. Bericht über die 4. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Wien am 14. und 15. April 1971. (= Sozial- und Wirtschaftshistorische Studien). Wien 1974, S. 288-306.
- Pade, Werner: Reise um den mecklenburgischen Globus. Mit Aufenthalten in Dänemark, Schweden und den Niederlanden, am englischen, französischen und russischen Hofe, in Mecklenburg County, Milwaukee und Texas, in Brasilien und den früheren deutschen Kolonien. Rostock 2000.
- Pade, Werner: Zwischen Wissenschaft, Abenteurertum und Kolonialpolitik, in: Guntau, Martin (Hg.): Mecklenburger im Ausland. Historische Skizzen zum Leben und Wirken von Mecklenburgern in ihrer Heimat und in der Ferne. Bremen 2001, S. 201-212.
- Paterna, Erich: Die Rolle der Stadt Frankfurt (Oder) in der Ostexpansionspolitik des deutschen Imperialismus 1924-1933, in: Frankfurter Beiträge zur Geschichte 3 (1976), S. 1-71.
- Pätzold, Kurt: Art. Erich Paterna. 1897 bis 1982, in: Heitzer, Heinz/ Noack, Karl-Heinz/ Schmidt, Walter (Hg.): Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien. Berlin 1989, S. 182-202.
- Pedersen, Susan: The Guardians. The League of Nations and the Crisis of Empire. Oxford 2015.

- Peters-Schildgen, Susanne: Das polnische Vereinswesen in der Kaiserzeit und in der Weimarer Republik. Ein Vergleich, in: Dahlmann, Dittmar/ Kotowski, Albert/ Karpus, Zbigniew (Hg.): Schimanski, Kuzorra und andere. Polnische Einwanderer im Ruhrgebiet zwischen der Reichsgründung und dem Zweiten Weltkrieg. Essen 2005, S. 51-72.
- Petersson, Fredrik: History, Transnational Connections and Anti-Imperial Intentions. The League Against Imperialism and for National Independence (1927-1937), in: Ness, Immanuel/ Cope, Zak (Hg.): The Palgrave Encyclopedia of Imperialism and Anti-Imperialism. 2 Teilbde. Teilbd. 1: [ohne Untertitel]. Basingstoke 2016, S. 688-696.
- Petri, Rolf: Deutsche Heimat 1850-1950, in: Comparativ 11 (2001) 1, S. 77-127.
- Petzinna, Berthold: Erziehung zum deutschen Lebensstil. Ursprung und Entwicklung des jungkonservativen „Ring"-Kreises 1918-1933. (= Phil. Diss., Univ. Bochum 1996). Berlin 2000.
- Petzold, Joachim: „Ethischer Imperialismus". Eine Studie über die politische Konzeption des Kreises um den Prinzen Max v. Baden am Vorabend der deutschen Frühjahrsoffensive von 1918, in: Klein (Hg.): Politik im Krieg *(siehe Lemke: Georg Cleinow und die deutsche Polenpolitik)*, S. 204-229.
- Planert, Ute: Vater Staat und Mutter Germania. Zur Politisierung des weiblichen Geschlechts im 19. und 20. Jahrhundert, in: (dies.) (Hg.): Nation, Politik und Geschlecht *(siehe Drummond: „Durch Liebe stark, deutsch bis ins Mark")*, S. 15-65.
- Pogge von Strandmann, Hartmut: Imperialism and Revisionism in Interwar Germany, in: Mommsen, Wolfgang J./ Osterhammel, Jürgen (Hg.): Imperialism and After. Continuities and Discontinuities. London 1986, S. 90-119.
- Pommerin, Reiner: Sterilisierung der Rheinlandbastarde. Das Schicksal einer farbigen deutschen Minderheit 1918-1937. Düsseldorf 1979.
- Poßekel, Kurt: Art. Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) 1881-1945, in: Fricke, (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte *(siehe ebd.),* Bd. 4: Reichsverband der Deutschen Industrie – Zweckverband der freien Deutschtumsvereine. Leipzig 1986, S. 282-297.
- Prehn, Ulrich: „Volksgemeinschaft im Abwehrkampf". Zur Organisation und Politik des Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA) in der Weimarer Republik. (= Magisterarbeit Univ. Hamburg 1997). O. O., o. J. [Hamburg 1997].
- Prehn, Ulrich: Max Hildebert Boehm. Radikales Ordnungsdenken vom Ersten Weltkrieg bis in die Bundesrepublik. [= Phil. Diss., Univ. Hamburg 2009]. (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte Bd. 51). Göttingen 2013.

- Puschner, Uwe: Kolonialismus im völkischen Diskurs, in: Bussiek, Dagmar/ Göbel, Simona (Hg.): Kultur, Politik und Öffentlichkeit. Festschrift für Jens Flemming. Kassel 2009, S. 230-242.
- Puschner, Uwe: Strukturmerkmale der völkischen Bewegung (1900-1945), in: (ders.)/ Grunewald, Michel (Hg.): Das konservative Intellektuellen-Milieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1890-1960)/ Le milieu intellectuel conservateur en Allemagne, sa presse et ses réseaux (1890-1960). (= Convergences Bd. 27). Bern 2003, S. 445-468.
- Pyta, Wolfram: „Menschenökonomie". Das Ineinandergreifen von ländlicher Sozialraumgestaltung und rassenbiologischer Bevölkerungspolitik im NS-Staat, in: HZ 273 (2001) 1, S. 31-94.
- Pyta, Wolfram: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler. München 2007.
- Pyta, Wolfram: Weimarer Republik [Literaturbericht, Teil II], in: GWU 54 (2003) 11, S. 688-702.
- Radkau, Joachim: Natur und Macht. Eine Weltgeschichte der Umwelt. Aktualisierte und erw. Aufl. (1. Aufl. 2000). München 2002.
- Ramonat, Wolfgang: Der Völkerbund und die Freie Stadt Danzig 1920-1934. (= Phil. Diss., Univ. Münster 1977). (= Studien zur Militärgeschichte, Militärwissenschaft und Konfliktforschung Bd. 18). Osnabrück 1979.
- Rasmus, Hugo: Westpreußen im Schatten des Hakenkreuzes. Gleichschaltung und Unrecht forcierten Gegnerschaft, in: Westpreußen-Jahrbuch 48 (1997 [1998]), S. 119-158.
- Rathmann, Thomas/ Wegmann, Nikolaus (Hg.): „Quelle". Zwischen Ursprung und Konstrukt. Ein Leitbegriff in der Diskussion. (= Beihefte der Zeitschrift für deutsche Philologie Bd. 12). Berlin 2004.
- Rautenberg, Heinz/ Puls, Willi Walter: Der Jungnationale Bund, in: Kindt, Werner (Hg.): Dokumentation der Jugendbewegung. 3 Bde. Bd. 3: Die deutsche Jugendbewegung 1920-1933. Die bündische Zeit. Quellenschriften. Düsseldorf/ Köln 1974, S. 489-496.
- Recken, Dietmar von: Wissenschaft, Raum und Volkstum. Historische und gegenwartsbezogene Forschung in und über „Niedersachsen" 1910-1945. Ein Beitrag zur regionalen Wissenschaftsgeschichte, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 68 (1996), S. 43-90.

- Reichardt, Sven: Klaus Theweleits „Männerphantasien“. Ein Erfolgsbuch der 1970er-Jahre, in: Zeithistorische Forschungen/ Studies in Contemporary History 3 (2006) 3, S. 401-421.
- Reichardt, Sven: Selbstorganisation und Zivilgesellschaft. Soziale Assoziationen und politische Mobilisierung in der deutschen und italienischen Zwischenkriegszeit, in: (ders.)/ Jessen, Ralph/ Klein, Ansgar (Hg.): Zivilgesellschaft als Geschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert. (= Bürgergesellschaft und Demokratie Bd. 13). Wiesbaden 2004, S. 219-238.
- Reif, Wolfgang: Kalter Zweifrontenkrieg. Der Grenzlandroman konservativer und (prä-) faschistischer Autoren der Zwischenkriegszeit, in: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 24 (1994) 95, S. 30-50.
- Reinhard, Wolfgang: Die Unterwerfung der Welt. Globalgeschichte der europäischen Expansion 1415-2015. 3. Aufl. (1. Aufl. in 4 Bde. u. d. T.: Geschichte der europäischen Expansion. Stuttgart 1983-1990). München 2016.
- Reinhard, Wolfgang: Kolonialgeschichtliche Probleme und kolonialhistorische Konzepte, in: Lüdtke, Alf/ Kraft, Claudia/ Martschukat, Jürgen (Hg.): Kolonialgeschichten. Regionale Perspektiven auf ein globales Phänomen. Frankfurt a. M./ New York 2010, S. 67-91.
- Reulecke, Jürgen: Jugend und „junge Generation“ in der Gesellschaft der Zwischenkriegszeit, in: Langewiesche, Dieter/ Tenorth, Heinz-Elmar (Hg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. 6 Bde. Bd. 5: 1918-1945. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur. München 1989, S. 86-110.
- Richarz, Monika: Ländliches Judentum als Problem der Forschung, in: (dies.)/ Rürup, Reinhard (Hg.): Jüdisches Leben auf dem Lande. Studien zur deutsch-jüdischen Geschichte. (= Wissenschaftliche Abhandlungen des Leo-Baeck-Instituts Bd. 56). Tübingen 1997, S. 1-8.
- Richter, Lieselotte: Die Finanzierung von Kolonialgesellschaften. (= rer. pol. Diss., TH Dresden 1940). Dresden 1941.
- Richter, Reinhard: Nationales Denken im Katholizismus der Weimarer Republik. (= Theol. Diss., Univ. Bochum 2000). (= Theologie Bd. 29). Münster/ Hamburg/ London 2000.
- Riesenberger, Dieter: Das Deutsche Rote Kreuz. Eine Geschichte 1864-1990. Paderborn (u.a.) 2002.

- Riesenberger, Dieter: Die katholische Friedensbewegung in der Weimarer Republik. Mit einem Vorwort von Walter Dirks. Düsseldorf 1976.
- Ritter, Ernst: Das deutsche Ausland-Institut in Stuttgart 1917-1945. Ein Beispiel deutscher Volkstumsarbeit zwischen den Weltkriegen. (= Phil. Diss., Univ. Frankfurt a. M. 1972). (= Frankfurter historische Abhandlungen Bd. 14). Wiesbaden 1976.
- Röpcke, Andreas: Adolf Friedrich Herzog zu Mecklenburg (1873-1969). „Der Afrikaner“, in: Mecklenburgische Jahrbücher 121 (2006), S. 167-207.
- Rothbart, Maria: Der „Bund Deutscher Osten“ (1933-1942). Instrument aggressiver Ostpolitik des faschistischen deutschen Imperialismus. (= Phil. Diss., Univ. Rostock 1971). (= Studien zur Geschichte bürgerlicher Interessenorganisationen). 2 Bde. [Jeweils ohne Untertitel]. O. O., o. J. [Rostock 1970].
- Rothbart, Maria: Der Bund Deutscher Osten. Instrument des aggressiven faschistischen Imperialismus, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 21 (1972) 2, S. 213-219.
- Rüger, Adolf: Der Kolonialrevisionismus der Weimarer Republik, in: Stoecker, Helmuth (Hg.): Drang nach Afrika. Die koloniale Expansionspolitik und Herrschaft des deutschen Imperialismus in Afrika von den Anfängen bis zum Ende des zweiten Weltkrieges. Berlin/ DDR 1977, S. 243-279.
- Rüger, Adolf: Die kolonialen Bestrebungen der imperialistischen deutschen Bourgeoisie und ihre Reaktion auf Forderungen nach Freiheit für Afrika 1917-1933, in: Jahrbuch für Geschichte 24 (1981), S. 241-282.
- Rüger, Adolf: Die kolonialen Bestrebungen des deutschen Imperialismus vom Waffenstillstand von Compiègne bis zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 13 (1964) 7, S. 882-889.
- Ruppenthal, Jens: Die Kolonialabteilung im Auswärtigen Amt der Weimarer Republik, in: Heyden/ Zeller (Hg.): „…Macht und Anteil an der Weltherrschaft.“ *(siehe Kundrus: Das Reichskolonialamt)*, S. 22-28.
- Ruppert, Karsten: Der Untergang der Imperien im Ersten Weltkrieg und die Folgen für Europa, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 13 (2009) 1, S. 11-47.
- Rüsen, Jörn: Geschichte als Aufklärung ? Oder: Das Dilemma des historischen Denkens zwischen Herrschaft und Emanzipation, in: GG 7 (1981) 2, S. 189-218.

- Rwankote, Mathias Mulumbar: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik und der verschiedenen Interessengruppen im Rahmen der kolonialen politischen Aktivitäten in der Zeit der Weimarer Republik. (= Phil. Diss., Univ. Köln 1985). O. O., o. J. [Köln 1985].
- Sahle, Patrick: Der elektronische Zugriff auf die Quellen. Zum Entwicklungsstand digitaler Bestandserschließung, in: Historical Social Research/ Historische Sozialforschung 24 (1999) 2, S. 99-134.
- Salewski, Michael: Das Weimarer Revisionssyndrom, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 30 (1980) 2, S. 14-25.
- Salzborn, Samuel: Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände. (= Antifa Edition). Berlin 2000.
- Sammartino, Annemarie H.: The Impossible Border. Germany and the East 1914–1922. Ithaca (NY) 2014.
- Sargent, Howard: Diasporic Citizens. Germans Abroad in the Framing of German Citizenship Law, in: Bridenthal, Renate/ O´Donnell, Krista/ Reagin, Nancy (Hg.): The Heimat Abroad. The Boundaries of Germanness. (= Social History, Popular Culture and Politics in Germany. 5. Aufl. (1. Aufl. 2007). Ann Arbor (MI) 2010, S. 17-39.
- Sauer, Walter (Hg.): k. u. k. kolonial. Habsburgermonarchie und europäische Herrschaft in Afrika. Köln/ Weimar/ Wien 2002.
- Schanetzky, Tim: Die Mitläuferfabrik. Erlanger Zugänge zur „modernen Unternehmensgeschichte“, in: Akkumulation. Informationen des Arbeitskreises für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte 21 (2011) 31, S. 3-10.
- Schaser, Angelika: Das Engagement des Bundes Deutscher Frauenvereine für das „Auslandsdeutschtum“. Weibliche „Kulturaufgabe“ und nationale Politik vom Ersten Weltkrieg bis 1933, in: Planert, Ute (Hg.): Nation, Politik und Geschlecht. Frauenbewegungen und Nationalismus in der Moderne. (= Geschichte und Geschlechter Bd. 31). Frankfurt a. M./ New York 2000, S. 254-274.
- Schaser, Angelika: Zur Einführung des Frauenwahlrechts vor 90 Jahren am 12. November 1918, in: Feministische Studien 27 (2009) 1, S. 97-110.
- Schattkowsky, Ralph: Deutschland und Polen von 1918/19 bis 1925. Deutsch-polnische Beziehungen zwischen Versailles und Locarno. [= Habilitationsschrift Univ. Rostock 1991]. (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Bd. 619). Frankfurt a.M. 1994.

- Scheck, Raffael: Mothers of the Nation. Right-Wing Women in Weimar Germany. [= Habilitationsschrift Univ. Basel 2003]. Oxford 2004.
- Schildt, Axel: Radikale Antworten von rechts auf die Kulturkrise der Jahrhundertwende. Zur Herausbildung und Entwicklung der Ideologie einer „Neuen Rechten“ in der wilhelminischen Gesellschaft des Kaiserreichs, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 4 (1995), S. 63-87.
- Schiller, Theo: Parteien und Interessenverbände, in: Gabriel, Oscar W./ Niedermayer, Oskar/ Stöss, Richard (Hg.): Parteiendemokratie in Deutschland. (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 338). Opladen 1997, S. 459-477.
- Schilling, Britta: „Deutsche Frauen! Euch und Eure Kinder geht es an!“ Deutsche Frauen als Aktivistinnen für die koloniale Idee, in: Bechhaus-Gerst, Marianne/ Leutner, Mechthild (Hg.): Frauen in den deutschen Kolonien. (= Schlaglichter der Kolonialgeschichte Bd. 10). Berlin 2009, S. 70-78.
- Schinzinger, Francesca: Die Kolonien und das Deutsche Reich. Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Besitzungen in Übersee (= Wissenschaftliche Paperbacks Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Bd. 20). Stuttgart 1984.
- Schobert, Alfred: Analysen und Essays. Extreme Rechte, Geschichtspolitik, Antisemitismus, Poststrukturalismus. Hgg von Martin Dietzsch, Siegfried Jäger und Moshe Zuckermann. Münster 2009.
- Schreiner, Klaus: „Wann kommt der Retter Deutschlands?“ Formen und Funktionen von politischem Messianismus in der Weimarer Republik, in: Saeculum. Jahrbuch für Universalgeschichte 49 (1998), S. 107-160.
- Schubert, Michael: Der schwarze Fremde. Das Bild des Schwarzafrikaners in der parlamentarischen und publizistischen Kolonialdiskussion in Deutschland von den 1870er bis in die 1930er Jahre. (= Phil. Diss., Univ. Osnabrück 2001). (= Beiträge zur Kolonial- und Überseegeschichte Bd. 86). Stuttgart 2003.
- Schulz, Oliver: Fürst Hermann zu Hohenlohe-Langenburg (1832-1913). Kolonialpolitiker und Statthalter im Reichsland Elsass-Lothringen, in: Hannig, Alma/ Winkelhofer-Thyri, Martina (Hg.): Die Familie Hohenlohe. Eine europäische Dynastie im 19. und 20. Jahrhundert. Köln/ Weimar/ Wien 2013, S. 270-285.
- Schulze, Frederik: Von verbrasilianisierten Deutschen und deutschen Brasilianern. „Deutschsein“ in Rio Grande do Sul, Brasilien (1870-1945), in: GG 41 (2015) 2, S. 197-227.

- Schulze, Gerhard (Bearb.): 14.11.1918 bis 31.3.1925. (= Acta Borussica (N. F.), 1. Reihe: Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817-1934/38. Bd. 11, 2. Teilbd.). Hildesheim 2002.
- Schulze, Hagen: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie. (= Habilitationsschrift Univ. Kiel 1977). Frankfurt a. M./ Berlin/ Wien 1977.
- Schulze, Winfried: „Geschichte in der permanenten Erweiterung“ und die „Einheit des Fachs Geschichte“, in: GWU 60 (2009) 3, S. 159-165.
- Schumann, Rosemarie: Initiativen deutscher Pazifisten gegen die reaktionäre Polenpolitik in der Weimarer Republik, in: ZfG 22 (1974) 11, S. 1223-1232.
- Schurz, Gerhard: Erklären und Verstehen. Tradition, Transformation und Aktualität einer klassischen Kontroverse, in: Jaeger (Hg.): Handbuch der Kulturwissenschaften *(siehe Jaeger: Historische Kulturwissenschaft)*, S. 156-174.
- Schwarz, Maria-Theresia: „Je weniger Afrika, desto besser“. Die deutsche Kolonialkritik am Ende des 19. Jahrhunderts. Eine Untersuchung zur kolonialen Haltung von Linksliberalismus und Sozialdemokratie. (= Phil. Diss., Univ. Mainz 1998). (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften = Histoire, sciences auxiliaires de l'histoire = History and allied studies Bd. 850). Frankfurt a. M./ Berlin/ Bern 1999.
- See, Klaus von (1970): Vom ‚edlen Wilden‘ zum ‚Volk der Dichter und Denker‘. Die Anfänge der Germanen-Ideologie, in: (ders.): Barbar – Germane – Arier. Die Suche nach der Identität der Deutschen. Heidelberg 1994, S. 61-82.
- See, Klaus von (1987): Kulturkritik und Germanenschwärmerei zwischen den Weltkriegen, in: (ders.): Barbar – Germane – Arier *(siehe (ders.): Vom ‚edlen Wilden‘)*, S. 187-206.
- Serrier, Thomas: „Barbaren aus dem Osten“ und „barbarischer Osten“. Ein Vergleich deutsch-französischer und deutsch-polnischer Stereotypie im 19. Jahrhundert, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 40 (2012), S. 60-77.
- Shohat, Ella: Notes on the „Post-Colonial“, in: social text 14 (1992) 31/32, S. 99-113.
- Smith, Woodruff D.: Colonialism and the culture of respectability, in: Ames/ Klotz/ Wildenthal (Hg.): Germany´s colonial pasts *(siehe Klotz: The Weimar Republic)*, S. 3-20.
- Smith, Woodruff D.: The Ideological Origins of Nazi Imperialism. New York/ Oxford 1986.

- Sobczak, Janusz: Die Grenzrevisionspropaganda des deutschen Imperialismus gegenüber Polen im Ausland in der Zeit der Weimarer Republik, in: Schrage, Bruno (Hg.): Polen im Schatten von Versailles. (= Studien zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen Bd. 4). Rostock 1981, S. 69-82.
- Sobczak, Janusz: Działalność Deutscher Ostbund a oficjalna polityka rządu Republiki Weimarskiej [Die Tätigkeit des Deutschen Ostbundes und die offizielle Politik der Weimarer Republik], in: Przegląd Zachodni 27 (1971) 5/6, S. 150-164.
- Sobich, Frank Oliver: „Schwarze Bestien, rote Gefahr“. Rassismus und Antisozialismus im deutschen Kaiserreich. (= Phil. Diss., Univ. Bremen 2006). (= Campus Forschung Bd. 909). Frankfurt a. M./ New York 2006.
- Spät, Robert: Die „polnische Frage“ in der öffentlichen Diskussion im Deutschen Reich, 1894-1918. (= Phil. Diss., Univ. Freiburg 2011/12). (= Studien zur Ostmitteleuropaforschung Bd. 29). Marburg 2014.
- Speitkamp, Winfried: Die Jugendarbeit der deutschen Kolonialbewegung in der Zwischenkriegszeit, in: Historische Jugendforschung (N.F.) 2 (2005 [2006]), S. 69-83.
- Speitkamp, Winfried: Kolonialherrschaft und Denkmal. Afrikanische und deutsche Erinnerungskultur im Konflikt, in: Martini, Wolfram (Hg.): Architektur und Erinnerung. (= Formen der Erinnerung Bd. 1). Göttingen 2000, S. 165-190.
- Speth, Rudolf/ Zimmer, Annette: Verbändeforschung, in: Kaina, Viktoria/ Römmele, Andrea (Hg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden 2009, S. 269-309.
- Springman, Luke: Koloniale Kinder- und Jugendliteratur, in: Hopster, Norbert (Hg.): Die Kinder- und Jugendliteratur in der Zeit der Weimarer Republik. 2 Teilbde., Teilbd. 1: [ohne Untertitel]. (= Kinder- und Jugendkultur, -literatur und –medien. Theorie – Geschichte – Didaktik Bd. 74). Frankfurt a. M. (u.a.) 2012, S. 229-267.
- Stahl, Friedrich-Christian, Art. Lindemann, Fritz, in: Wagner, Fritz (Hg.): Neue Deutsche Biographie. Bisher 25 Bde. Bd. 14: Laverrenz – Locher-Freuler. Berlin 1985, S. 585 f.
- Stażewski, Marek: Zwischen Freiwilligkeit und Abwanderungsdruck. Die Migration von Deutschen aus dem nach dem Ersten Weltkrieg Polen zuerkannten Teil Westpreußens, in: Nordost-Archiv (N. F.) 14 (2005), S. 53-90.
- Stegmann, Dirk: Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands. Sammlungspolitik 1897-1918. (= Phil. Diss., Univ. Hamburg 1968 u. d. T.: Sammlungspolitik 1908-1918. Ein Beitrag zur Politik der herrschenden Schichten im Kaiserreich). Köln (u.a.) 1970.

- Stegmann, Dirk: Konservativismus und nationale Verbände im Kaiserreich. Bemerkungen zu einigen neueren Veröffentlichungen, in: GG 10 (1984) 3, S. 409-420.
- Stegmann, Dirk: Vom Neokonservatismus zum Proto-Faschismus. Konservative Partei, Vereine und Verbände 1893-1920, in: (ders.)/ Wendt, Bernd-Jürgen/ Witt, Peter-Christian (Hg.): Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Fritz Fischer zum 75. Geburtstag und zum 50. Doktorjubiläum. Bonn 1983, S. 199-230.
- Stępiński, Włodzimierz: Preussische Nationalkonservative über die Zweite Polnische Republik. Polen im DNVP-Vereinsblatt „Pommersche Tagespost“ in der ersten Hälfte des Jahres 1923, in: Studia Maritima 24 (2011), S. 175-196.
- Steuwer, Janosch: Was meint und nützt das Sprechen von der ‚Volksgemeinschaft‘? Neuere Literatur zur Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus, in: AfS 53 (2013), S. 487-534.
- Stickler, Matthias: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949-1972. (= Habilitationsschrift Univ. Würzburg 2003). (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte Bd. 46). Düsseldorf 2004.
- Stoecker, Helmuth: Der erste Weltkrieg, in: (ders.) (Hg.): Drang nach Afrika *(siehe Rüger: Drang nach Afrika)*, S. 221-242.
- Stoecker, Helmuth: Die Expansionsbestrebungen in Mittelafrika 1898-1914, in: (ders.) (Hg.): Drang nach Afrika *(siehe Rüger: Drang nach Afrika)*, S. 207-215.
- Strazhas, Abba: Deutsche Ostpolitik im Ersten Weltkrieg. Der Fall Ober-Ost 1915 – 1917. (= Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes München, Reihe Geschichte Bd. 61). Wiesbaden 1993.
- Streeck, Wolfgang (Hg.): Staat und Verbände. (= Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift Bd. 25). Opladen 1994.
- Streubel, Christiane: Frauen der politischen Rechten [Literaturbericht], in: http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-1697 [Stand: 29.6.2015].
- Streubel, Christiane: Radikale Nationalistinnen. Agitation und Programmatik rechter Frauen in der Weimarer Republik. (= Phil. Diss. Univ. Münster 2004 u. d. T.: Radikalnationalistinnen in der Weimarer Republik). (= Geschichte und Geschlechter Bd. 55). Frankfurt a. M./ New York 2006.

- Strohmeier, Arno: Die Habsburgermonarchie in der Frühen Neuzeit – ein Imperium? Ein Problemaufriss, in: Gehler/ Rollinger (Hg.): Imperien und Reiche in der Weltgeschichte *(siehe Moos: Mussolinis faschistisches Imperium)*, S. 1027-1055.
- Stuchtey, Benedikt: Zeitgeschichte und vergleichende Imperiengeschichte. Voraussetzungen und Wendepunkte in ihrer Beziehung, in: VfZ 65 (2017) 3, S. 301-337.
- Sunseri, Thaddeus: Working in the Mangroves and Beyond. Scientific Forestry and the Labour Question in Early Colonial Tanzania, in: Environment and History 11 (2005) 4, S. 365-394.
- Sweeney, Dennis: Pan-German Conceptions of Colonial Empire, in: Eley, Geoff/ Naranch, Bradley (Hg.): German Colonialism in a Global Age. (= Politics, History and Culture). Durham (N.C.)/ London 2014, S. 265-285.
- Thamer, Hans-Ulrich: Das Dritte Reich und sein Imperium, in: Gehler/ Rollinger (Hg.): Imperien und Reiche in der Weltgeschichte *(siehe Moos: Mussolinis faschistisches Imperium)*, S. 1119-1131.
- Ther, Philipp: „Imperial Nationalism“ as a Challenge for the Study of Nationalism, in: Berger, Stefan/ Miller, Alekseĭ [I.] (Hg.): Nationalizing Empires. (= Historical Studies in Eastern Europe and Eurasia). Budapest 2015, S. 573-592.
- Ther, Philipp: Die dunkle Seite der Nationalstaaten. „Ethnische Säuberungen“ im modernen Europa. (= Synthesen. Probleme europäischer Geschichte Bd. 5). Göttingen 2011.
- Ther, Philipp: Imperial instead of National History. Positioning Modern German History on the Map of European Empires, in: Miller, Alekseĭ I./ Rieber, Alfred J. (Hg.): Imperial Rule. (= Pasts incorporated Bd. 1). Budapest/ New York 2004, S. 47-68.
- Theweleit, Klaus: Männerphantasien. 2 Bde. Bd. 1: Frauen, Fluten, Körper, Geschichte. (= Phil. Diss., Univ. Freiburg i. Br. 1977 u. d. T.: Freikorpsliteratur. Vom deutschen Nachkrieg 1918-1923). Frankfurt a.M. 1977.
- Thonfeld, Christoph: Krisenjahre revisited. Die Weimarer Republik und die Klassische Moderne in der gegenwärtigen Forschung, in: HZ 302 (2016) 2, S. 390-420.
- Thum, Gregor/ Reinkowski, Maurus (Hg.): Helpless Imperialists. Imperial Failure, Fear, and Radicalization. (= Schriftenreihe der FRIAS School of History Bd. 6). Göttingen 2013.
- Thum, Gregor: Eine deutsche Frontier? Die deutsch-polnische Grenze und die Ideen von 1848, in: Colloquia Baltica 19 (2010), S. 19-38.

- Thum, Gregor: Mythische Landschaften. Das Bild vom „deutschen Osten“ und die Zäsuren des 20. Jahrhunderts, in: (ders.) (Hg.): Traumland Osten. Deutsche Bilder vom östlichen Europa im 20. Jahrhundert. Göttingen 2006, S. 181-211.
- Tillmann, Heinz: Zu einigen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Aspekten der „Deutschtums“-Politik des deutschen Imperialismus gegenüber Polen, in: Studia Historiae Oeconomicae 4 (1969 [1970]), S. 123-140.
- Toppe, Andreas: Militär und Kriegsvölkerrecht. Rechtsnorm, Fachdiskurs und Kriegspraxis in Deutschland 1899-1940. (= Jur. Diss., Univ. Augsburg 2004). München 2008.
- Troebst, Stefan: „Macedonia heroica”. Zum Makedonier-Bild der Weimarer Republik, in: Südost-Forschungen 49 (1990), S. 293-364.
- Tschapek, Rolf Peter: Bausteine eines zukünftigen deutschen Mittelafrika. Deutscher Imperialismus und die portugiesischen Kolonien. Deutsches Interesse an den südafrikanischen Kolonien Portugals vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg. (= Phil. Diss., Univ. Düsseldorf 1998). (= Beiträge zur Kolonial- und Überseegeschichte Bd. 77). Stuttgart 2000.
- Ullmann, Hans-Peter: Interessenverbände in Deutschland. (= Neue Historische Bibliothek; edition suhrkamp Bd. 1283 = (N. F.) Bd. 283). Frankfurt a. M. 1988.
- Vaagt, Gerd: Der 14. März als nationales Erlebnis, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 96 (1971), S. 279-308.
- Vahrein, Heinz Josef (Hg.): Interessenverbände in Deutschland. (= Neue wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 60: Geschichte). Köln 1973.
- Verhey, Jeffrey: Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft. Hamburg 2000 (englisch zuerst erschienen als: The spirit of 1914. Militarism, myth and mobilization in Germany. Cambridge 2000).
- Voigt, Johannes H[ermann]: Die Deportation – ein Thema der deutschen Rechtswissenschaft und Politik im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Gestrich, Andreas/ Hirschfeld, Gerhard/ Sonnabend, Holger (Hg.): Ausweisung und Deportation. Formen der Zwangsmigration in der Geschichte. (= Stuttgarter Beiträge zur historischen Migrationsforschung Bd. 2). Stuttgart 1995, S. 83-101.
- Wächter, Katja-Maria: Die Macht der Ohnmacht. Leben und Politik des Franz Xaver Ritter von Epp (1868-1946). (= Phil. Diss., Univ. Bonn 1997). (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Bd. 824). Frankfurt a. M./ Berlin/ Bern 1999.

- Wagner, Florian: Kolonialverbände in Deutschland, Frankreich, Spanien und Belgien. Von der kolonialpraktischen Kooperation zum „europäischen Ideal“ (1880-1914), in: Bösch, Frank/ Brill, Ariane/ Greiner, Florian (Hg.): Europabilder im 20. Jahrhundert. Entstehung an der Peripherie. (= Geschichte der Gegenwart Bd. 5). Göttingen 2012, S. 27-53.
- Wagner, Patrick: Vom totalen Krieg zum latenten Unfrieden. Kriegführung und Politik im Jahrzehnt des Ersten Weltkrieges (1914-1923), in: Politische Bildung 47 (2014) 1, S. 9-28.
- Walgenbach, Katharina: „Die weiße Frau als Trägerin deutscher Kultur“. Koloniale Diskurse über Geschlecht, „Rasse“ und Klasse im Kaiserreich. (= Phil. Diss., Univ. Kiel 2004). (= Campus Forschung Bd. 891). Frankfurt a. M./ New York 2005.
- Walkenhorst, Peter: Nation, Volk, Rasse. Radikaler Nationalismus im Deutschen Kaiserreich 1890-1914. (= Phil. Diss., Univ. Bielefeld 2006). (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Bd. 176). Göttingen 2007.
- Wąsicki, Jan: Prowincja Grenzmark Posen-Westpreussen. Geneza i zadania [Die Provinz Grenzmark Posen-Westpreussen. Ihre Genese und Aufgaben], in: Roczniki Historyczne 31 (1965), S. 59-118.
- Weger, Tobias: „Volkstumskampf“ ohne Ende? Sudetendeutsche Organisationen 1945-1955. (= Phil. Diss., Univ. Oldenburg 2005). (= Die Deutschen und das östliche Europa. Studien und Quellen Bd. 2). Frankfurt a. M. 2008.
- Wehler, Hans-Ulrich (1979): Historische Verbandsforschung. Zur Funktion und Struktur der nationalen Kampfverbände in Deutschland, in: (ders.): Historische Sozialwissenschaft und Geschichtsschreibung. Göttingen 1980, S. 151-161.
- Wehler, Hans-Ulrich: Bismarck und der Imperialismus. Köln 1969.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. 5 Bde. Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949. München 2003.
- Weidenfeller, Gerhard: „Volkstumsarbeit“ in der Weimarer Republik. Zur Struktur und Ideologie einer Bewegung, in: Essener Unikate 6/7 (1995), S. 143-149.
- Weidenfeller, Gerhard: VDA, Verein für das Deutschtum im Ausland. Allgemeiner Deutscher Schulverein 1881-1918. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Nationalismus im Kaiserreich. (= Phil. Diss., Univ. Münster 1971). (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Bd. 66). Bern/ Frankfurt a. M. 1976.

- Weinrich, Arndt: Kult der Jugend – Kult des Opfers. Der Langemarck-Mythos in der Zwischenkriegszeit, in: Historical Social Research/ Historische Sozialforschung 34 (2009) 4, S. 319-330.
- Weißbecker, Manfred: Art. Bund der Auslandsdeutschen (BdA) 1919-1939, in: Fricke (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte *(siehe Gottwald: Art. Centralverein für Handelsgeographie)*, S. 202-209.
- Weißbecker, Manfred: Art. Bund Deutscher Osten (BDO) 1933-1937 (1945), in: *(siehe Gottwald: Art. Centralverein für Handelsgeographie)*, S. 308-315.
- Weißbecker, Manfred: Art. Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft (Korag) 1922-1936/ (1933-1936 Reichskolonialbund (RKB)), in: Fricke (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte *(siehe ebd.)*, Bd. 3: Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften – Reichs- und freikonservative Partei. Leipzig 1985, S. 268-273.
- Weißbecker, Manfred: Art. Zweckverband der freien Deutschtumsvereine (ZfD) 1922-1932/33, in: Fricke (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte *(siehe Poßekel: Art. Verein für das Deutschtum im Ausland)*, S. 642-646.
- Weißbecker, Manfred: Die nationalistisch-revanchistische „Deutschtumspolitik“ in der Geschichte des deutschen Imperialismus – Thesen, in: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“ [12] (1986) 1-4, S. 161-188.
- Welskopp, Thomas: Die Sozialgeschichte der Väter. Grenzen und Perspektiven der Historischen Sozialwissenschaft, in: GG 24 (1998) 2, S. 173-198.
- Welskopp, Thomas: Stolpersteine auf dem Königsweg. Methodenkritische Anmerkungen zum internationalen Vergleich in der Gesellschaftsgeschichte, in: AfS 35 (1995), S. 339-367.
- Wempe, Sean Andrew: From unfit Imperialists to Fellow Civilizers. German Colonial Officials as Imperial Experts in the League of Nations, 1919–1933, in: German History 34 (2016) 1, S. 21-48.
- Wendehorst, Stephan: Altes Reich, „Alte Reiche“ und der imperial turn in der Geschichtswissenschaft, in: (ders.) (Hg.): Die Anatomie frühneuzeitlicher Imperien. Herrschaftsmanagement jenseits von Staat und Nation. (= bibliothek altes Reich Bd. 5). Berlin/ München/ Boston 2015, S. 17-58.

- Werner, Theodor Gustav: Die Beteiligung der Nürnberger Welser und Augsburger Fugger an der Eroberung des Rio de la Plata und der Gründung von Buenos Aires, in: Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte Nürnbergs 11 (1967) 1, S. 494-592.
- Weßling, Wolfgang: Hindenburg, Neudeck und die deutsche Wirtschaft, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 64 (1977), S. 41-73.
- Wildenthal, Lora: German Women for Empire 1844-1945. (= Politics, History, and Culture). Durham (NC)/ London 2001.
- Wildt, Michael: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes. (= Habilitationsschrift Univ. Hannover 2001). Hamburg 2002.
- Wildt, Michael: Nationalsozialismus oder deutscher Faschismus?, in: ZfG 65 (2017) 2, S. 103-115.
- Wildt, Michael: Volksgemeinschaft und Führererwartung in der Weimarer Republik, in: Daniel, Ute (Hg.): Politische Kultur und Medienwirklichkeiten in den 1920er Jahren. (= Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte Bd. 14). München 2010, S. 181-204.
- Willems, Ulrich/ Winter, Thomas von: Interessenverbände als intermediäre Organisationen. Zum Wandel ihrer Strukturen, Funktionen, Strategien und Effekte in einer veränderten Umwelt, in: (dies.) (Hg.): Interessenverbände in Deutschland. Wiesbaden 2007, S. 13-50.
- Wilson, Jeffrey K.: Environmental Chauvinism in the Prussian East. Forestry as a Civilizing Mission on the Ethnic Frontier (1871-1914), in: Central European History 41 (2008) 1, S. 27-70.
- Winkler, Heinrich August: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924. (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts [Bd. 9]). 2., völlig korrigierte und durchgesehene Aufl. (1. Aufl. 1984). Berlin/ Bonn 1985.
- Wippermann, Klaus W.: Politische Propaganda und staatsbürgerliche Erziehung. Die Reichszentrale für Heimatdienst in der Weimarer Republik. (= Phil. Diss., Univ. Göttingen 1976). (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 114). Bonn 1976.
- Wippermann, Wolfgang: „Gesunder Volksegoismus“. Vorgeschichte, Verlauf und Folgen der Polendebatte in der Paulskirche, in: Timmermann, Heiner (Hg.): 1848 – Revolution

in Europa. Verlauf, politische Programme, Folgen und Wirkungen. (= Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen Bd. 87). Berlin 1999, S. 351-365.

- Wippermann, Wolfgang: Antislavismus, in: Puschner, Uwe/ Schmitz, Walter/ Ulbricht, Justus H. (Hg.): Handbuch zur „Völkischen Bewegung“ 1871-1918. München (u.a.) 1996, S. 512-524.
- Wirz, Albert: Innerer und äußerer Wald. Zur moralischen Ökologie der Kolonisierenden, in: Flitner, Michael (Hg.): Der deutsche Tropenwald. Bilder, Mythen, Politik. Frankfurt a. M./ New York 2000, S. 23-48.
- Witt, Horst: Die faschistische Bodenpolitik als Mittel zur Sicherung der ökonomischen Basis des Faschismus auf dem Lande und der Kriegsvorbereitung, erläutert an Beispielen aus Mecklenburg (1933 bis 1939), in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 10 (1961) 2, S. 215-252.
- Wolfe, Patrick: Settler colonialism and the elimination of the native, in: Journal of Genocide Research 8 (2006) 4, S. 387–409.
- Wolff, Larry: Inventing Eastern Europe. The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment. Stanford (CA) 1994.
- Wolfgramm, Eberhard: „Grenzlandkämpfer“. Zur Ideologie, den historischen Wurzeln und den Hintergründen des sudetendeutschen Revanchismus, in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas 4 (1960), S. 9-39.
- Wolkowicz, Max: Art. Arbeitsausschuß Deutscher Verbände, in: Fricke (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte *(siehe Gottwald: Art. Centralverein für Handelsgeographie)*, S. 103-113.
- Wolkowicz, Max: Art. Deutscher Ostbund (DO) 1920-1933, in: Fricke (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte *(siehe Höhne: Art. Deutsche Liga für den Völkerbund)*, S. 221-224.
- Wollstein, Günter: Das „Grossdeutschland” der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49. (= Habilitationsschrift Univ. Köln 1977). Düsseldorf 1977.
- Wollstein, Günter: Hitlers gescheitertes Projekt einer Juniorpartnerschaft Polens, in: Universitas 38 (1983) 5, S. 525-532.
- Wolschke-Bulmahn, Joachim: Heimatschutz, in: Puschner/ Schmitz/ Ulbricht (Hg.): Handbuch zur „Völkischen Bewegung“ *(siehe Wippermann: Antislavismus)*, S. 533-545.

- Wolter, Heike: „Volk ohne Raum“. Lebensraumvorstellungen im geopolitischen, literarischen und politischen Diskurs der Weimarer Republik. Eine Untersuchung auf der Basis von Fallstudien zu Leben und Werk Karl Haushofers, Hans Grimms und Adolf Hitlers. [= Staatsexamensarbeit TU Dresden 2002]. (= Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Bd. 7). Münster/ Hamburg/ London 2003.
- Zahra, Tara: Looking East. East Central European „Borderlands“ in German History and Historiography, in: History Compass 3 (2005) 1, S. 1-23.
- Zangger, Andreas: Koloniale Schweiz. Ein Stück Globalgeschichte zwischen Europa und Südostasien (1860-1930). (= Phil. Diss., Univ. Zürich 2010). (= 1800-2000. Kulturgeschichten der Moderne Bd. 8). Bielefeld 2011.
- Zantop, Susanne: Kolonialphantasien im vorkolonialen Deutschland (1770-1870). (= Philologische Studien und Quellen Bd. 158). Berlin 1999 (englisch zuerst erschienen als: Colonial Fantasies. Conquest, Family, and Nation in Precolonial Germany 1770-1870. (= Post-Contemporary Interventions). Durham (NC) 1997).
- Zeller, Joachim: „Stätte des deutschen kolonialen Wollens“. Das Afrika-Haus der Deutschen Kolonialgesellschaft (DKG), in: (ders.)/ Heyden, Ulrich van der (Hg.): Kolonialmetropole Berlin. Eine Spurensuche. Berlin 2002, S. 44-50.
- Zernack, Klaus (1980): Der hochmittelalterliche Landesausbau als Problem der Entwicklung Ostmitteleuropas, in: (ders.): Preußen – Deutschland – Polen. Aufsätze zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen. Hgg. von Wolfram Fischer und Michael G. Müller. (= Historische Forschungen Bd. 44). Berlin 1991, S. 185-202.
- Zernack, Klaus: „Ostkolonisation“ in universalgeschichtlicher Perspektive, in: Hübinger, Gangolf/ Osterhammel, Jürgen/ Pelzer, Erich (Hg.): Universalgeschichte und Nationalgeschichten. Ernst Schulin zum 65. Geburtstag. (= Rombach Wissenschaft: Rombach aktuell). Freiburg i. Br. 1994, S. 105-116.
- Ziegler, Walter: Allgemeine Betrachtung zum Deutschtum im Osten, in: (ders.) (Hg.): Die Vertriebenen vor der Vertreibung. Die Heimatländer der deutschen Vertriebenen im 19. und 20. Jahrhundert. Strukturen, Entwicklungen Erfahrung. (= Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge Bd. 5, 1. Teilbd.). München 1999, S. 13-35.
- Ziemann, Benjamin: Germany after the First World War – a violent society? Results and implications of recent research on Weimar Germany, in: Journal of Modern European History 1 (2003) 1, S. 24-43.

- Zimmerer, Jürgen: Colonialism and Genocide, in: Jefferies, Matthew (Hg.): The Ashgate research companion to Imperial Germany. Farnham (u.a.) 2015, S. 433-451.
- Zimmerer, Jürgen: Das portugiesische Kolonialreich in der Außenpolitik des deutschen Kaiserreiches. Die deutsch-britischen Teilungspläne von 1898 und 1913, in: Siepmann, Helmut (Hg.): Portugal, Indien und Deutschland. Akten der 5. Deutsch-Portugiesischen Arbeitsgespräche. Köln/ Lissabon 2001, S. 485-494.
- Zimmerer, Jürgen: Von Windhuk nach Ausschwitz? Beiträge zum Verhältnis von Kolonialismus und Holocaust. (= Periplus-Studien Bd. 15). Münster 2011.

4.5. Eigenständigkeitserklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit ohne unzulässige Hilfe Dritter und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus anderen Quellen und der Literatur direkt oder indirekt übernommenen Daten, Konzepte und Texte sind unter Angabe der Quelle gekennzeichnet.

Bei der Auswahl und Auswertung folgenden Materials haben mir die nachstehend aufgeführten Personen in der jeweils beschriebenen Weise entgeltlich/~~unentgeltlich~~ (Nichtzutreffendes streichen) geholfen:

1. Frau Olivia Halke übersetzte mir folgenden Aufsatz vom Polnischen ins Deutsche:

   Sobczak, Janusz: Działalność Deutscher Ostbund a oficjalna polityka rządu Republiki Weimarskiej [Die Tätigkeit des Deutschen Ostbundes und die offizielle Politik der Weimarer Republik], in: Przegląd Zachodni 27 (1971) 5/6, S. 150-164.

Weitere Personen waren an der inhaltlich-materiellen Erstellung der vorliegenden Arbeit nicht beteiligt. Insbesondere habe ich nicht die entgeltliche Hilfe von Vermittlungs- bzw. Beratungsdiensten (Promotionsberater oder anderer Personen) in Anspruch genommen. Niemand hat von mir unmittelbar oder mittelbar geldwerte Leistungen für nicht angegebene Arbeiten erhalten, die im Zusammenhang mit dem Inhalt der vorgelegten Dissertation stehen.

Die Arbeit wurde bisher weder im In- noch im Ausland in gleicher oder ähnlicher Form einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Ich habe bisher an keiner anderen deutschen oder ausländischen Hochschule den philosophischen Doktorgrad erworben oder den Erwerb dieses Grades endgültig nicht bestanden.

Ich versichere, dass ich nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen habe.

Vor Aufnahme der obigen Erklärung wurde ich über deren Bedeutung und über die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen oder unvollständigen Erklärung belehrt.

Ort, Datum

Unterschrift
Reiner Fenske

Unterschrift und Dienststellung des die Erklärung aufnehmenden Beamten oder Angestellten.

Unterschrift